

UNSERE VISION

UNSER PROGRAMM

UNSERE PLANUNG

UNSER RÜCKBLICK



BESCHLUSS LANDRAT

KANTON BASEL-LANDSCHAFT / REGIERUNGSRAT

Unser Programm wird zum **Plan**

JAHRESPLANUNG 2015
Vorlage an den Landrat
Nr. 2014/250

2015

Inhaltsverzeichnis

Bericht zur Jahresplanung 2015

1. Vorwort des Regierungsrates	4
2. Budgetprozess	6
2.1 Vom Finanzplan 2014-2017 zur Budgetrichtlinie 2015	6
2.2 Von der Budgetrichtlinie 2015 zum Budget 2015	7
2.3 Vom Finanzplan 2014-2017 zum Budget 2015	8
3. Strategische Planung	9
4. Jahresprogramm-Massnahmen	10
4.1 Wirtschaftsoffensive: Konsolidierung und Übergang in den Betrieb	10
4.2 Weitere Schwerpunkte des Jahresprogramms 2015	12
5. Konjunkturelle Rahmenbedingungen	15
6. Einfluss der Bundespolitik	16
6.1 Finanzpolitik	16
6.2 Finanzausgleich zwischen Bund und Kantonen	16
7. Kantonale Rahmenbedingungen	17
7.1 Kantonaler Finanzausgleich	17
7.2 Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden	17
7.3 Reform der BLPK	18
8. Entlastungen im Budget	19
8.1 Entlastungspaket 12/15	19
8.2 Massnahmen zur Saldoentlastung im Budget 2015	21
9. Defizitbremse	21
10. Der Voranschlag im Überblick	23
10.1 Kennzahlen	23
10.2 Aufwand	26
10.3 Ertrag	29
10.4 Investitionsrechnung	31
10.4.1 Investitionsniveau	31
10.4.2 Investitionsbudget 2015	33
11. Das Personal	35
11.1 Entwicklungen im Personalwesen	35
11.2 Stellenentwicklung 2006-2015	35
12. Beteiligungen	37
13. Angepasste Leistungsaufträge	38
14. Anträge	39
15. Dekret über den Steuerfuss 2015	40

Die Kantonalen Behörden, Direktionen, Dienststellen und Gerichte

Kantonale Behörden KB	43
Finanz- und Kirchendirektion FKD	57
Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion VGD	83
Bau- und Umweltschutzdirektion BUD	113
Sicherheitsdirektion SID	165
Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion BKSD	203
Gerichte GER	249

Anhang

1. Konsolidiertes Budget 2015	262
1.1 Erfolgsrechnung über alle Organisationseinheiten	262
1.2 Investitionsrechnung über alle Organisationseinheiten	263
2. Erfolgsrechnung nach Organisationseinheiten	264
3. Funktionale Gliederung	265
4. Fonds	266
5. Verpflichtungskredite	280
5.1 Verpflichtungskredite der Erfolgsrechnung	280
5.2 Verpflichtungskredite und Sammelpositionen der Investitionsrechnung	289
6. Liste der Massnahmen aus dem Entlastungspaket 12/15 mit Entlastungen bis 2015	301
7. Rechtsgrundlagen und angewandtes Regelwerk	308
7.1 Rechtsgrundlagen	308
7.2 Rechnungsmodell des Kantons (HRM2)	308
7.3 Rechnungsaufbau	308
7.4 Erfasste Organisationseinheiten	309
7.5 Grundsätze der Budgetierung und Rechnungslegung	309
7.6 Kontenrahmen nach HRM2	311
7.7 Abweichungen von HRM2	314
7.8 Abschreibungsmethoden	314
7.9 Angaben zum ausserordentlichen Aufwand und Ertrag	315
7.10 Kommentierungsgrundsätze	315
8. Definition Kennzahlen	316
9. Glossar	318

Bericht zur Jahresplanung 2015

1. Vorwort des Regierungsrates

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft unterbreitet dem Landrat das Budget für das Jahr 2015, das durch drei zentrale Punkte geprägt wird:

1. Im Vergleich zum Budget des Vorjahres kann das Defizit deutlich verringert und der Selbstfinanzierungsgrad leicht erhöht werden.
2. Der Regierungsrat hat zusätzlich zum Entlastungspaket 12/15 rund CHF 28 Mio. an Optimierungen erzielt und im Budget eingestellt.
2. Trotz dieser Verbesserungen im Budget 2015 müssen mit Blick auf den Finanzplan 2016–2018 nochmals CHF 60 Mio. an Entlastungen realisiert werden, damit der vom Regierungsrat angestrebte Selbstfinanzierungsgrad von 100% im Jahr 2018 erreicht werden kann.

Das Budget rechnet mit einem Gesamtergebnis in der Erfolgsrechnung von CHF -35.0 Mio. Gegenüber dem Budget des Vorjahres (CHF -45.2 Mio., inkl. Reform BLPK) bedeutet dies eine Verbesserung von rund einem Viertel. Die Reduktion des Defizits im Budget 2015 resultiert im Wesentlichen aus der Entwicklung von Aufwand und Ertrag. Der Aufwand erhöht sich im Budget 2015 um 3.5 Prozent und liegt damit deutlich unter dem Zuwachs beim Ertrag von 3.9%. Das tiefere Wachstum beim Aufwand ist das Resultat der grossen Anstrengungen des Regierungsrates und der Direktionen, zusätzlich zum Entlastungspaket 12/15 rasch weitere Optimierungen umzusetzen. Die Gespräche mit den Direktionen zum Budget 2015 und zum Finanzplan haben zu substanziellen und nachhaltigen Entlastungen geführt. Der Selbstfinanzierungsgrad erhöht sich mit dem Budget leicht auf 22% (Budget 2014: 19%, inkl. Reform BLPK). Das Resultat des Budgets 2015 ist für den Regierungsrat insgesamt zufriedenstellend.

Das Entlastungspaket 12/15 wird planmässig mit dem Jahr 2015 abgeschlossen. Alle konkreten Massnahmen, die sich im Moment noch in der Planung oder bereits in der Umsetzung befinden, werden weiterverfolgt. Das bis zum Budget 2015 realisierbare Entlastungsvolumen beläuft sich kumuliert auf CHF 102 Mio. Zusätzlich zu den Massnahmen aus dem Entlastungspaket 12/15 hat der Regierungsrat Optimierungen im Umfang von CHF 28 Mio. für das Jahr 2015 beschlossen. Diese Massnahmen sind in einem straffen Prozess mit mehreren Klausuren des Regierungsrates und intensiven Gesprächen der Regierung mit den Direktionen zusammengetragen und beschlossen worden. Dabei wurden die Erfolgsrechnung und die Investitionsrechnung detailliert analysiert. Von den CHF 28 Mio. sind CHF 21 Mio. nachhaltige Entlastungen, sie zeigen ihre Wirkung also auch in den folgenden Finanzplanjahren. Insgesamt wurde der Staatshaushalt somit seit 2012 nachhaltig um CHF 123 Mio. entlastet (CHF 102 Mio. aus dem EP 12/15 und CHF 21 Mio. aus den Optimierungsmassnahmen Budget 2015).

Trotz dieser zusätzlichen Optimierungen im Budget 2015 müssen mit Blick auf den Finanzplan 2016–2018 nochmals CHF 60 Mio. an nachhaltigen Entlastungen realisiert werden, damit der vom Regierungsrat angestrebte Selbstfinanzierungsgrad von 100% im Jahr 2018 erreicht werden kann. Der Ausgleich des Staatshaushaltes ist also mit dem Budget 2015 noch nicht geschafft und die Neuverschuldung ist noch nicht gestoppt. Der Regierungsrat bekräftigt aber mit dem Finanzplan 2016–2018, dass er an seinem Ziel festhält, im Jahr 2018 einen Selbstfinanzierungsgrad von 100% zu erreichen und damit die Grundlage für einen Schuldenabbau in den Folgejahren zu schaffen (Details siehe LRV zum Finanzplan 2015–2018).

Tabelle 1: Gestufter Erfolgsausweis mit Buchung Bilanzfehlbetrag Reform BLPK

in Mio. CHF	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abweichung vom Vorjahr	
Betrieblicher Aufwand	2'475.4	2'513.8	2'576.9	63.1	2.5%
Betrieblicher Ertrag	2'354.2	2'389.9	2'480.8	90.9	3.8%
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	-121.1	-124.0	-96.1	27.8	-22.4%
34 Finanzaufwand	31.3	32.5	57.5	25.0	77.0%
44 Finanzertrag	130.7	100.6	102.6	2.0	2.0%
Ergebnis aus Finanzierung	99.4	68.1	45.1	-23.0	-33.8%
Operatives Ergebnis	-21.8	-55.9	-51.1	4.8	-8.6%
38 Ausserordentlicher Aufwand	10.2	1'352.4		-1'352.4	-100.0%
48 Ausserordentlicher Ertrag	27.7	470.1	16.1	-453.9	-96.6%
Ausserordentliches Ergebnis	17.5	-882.4	16.1	898.5	101.8%
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	-4.2	-938.3	-35.0	903.3	-96.3%

Tabelle 2: Selbstfinanzierung mit Buchung Bilanzfehlbetrag Reform BLPK

in Mio. CHF	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abweichung vom Vorjahr	
Aufwand	2'516.9	3'898.8	2'634.4	-1'264.4	-32.4%
Ertrag	2'512.6	2'960.5	2'599.4	-361.1	-12.2%
Saldo Erfolgsrechnung	-4.2	-938.3	-35.0	903.3	-96.3%
Selbstfinanzierung	-17.4	-854.9	45.1	900.0	-105.3%
Investitionsausgaben	300.0	246.9	245.1	-1.8	-0.7%
Investitionseinnahmen	82.6	42.7	41.0	-1.7	-3.9%
Saldo Investitionsrechnung	-217.4	-204.2	-204.0	0.2	-0.1%
+ Selbstfinanzierung	-17.4	-854.9	45.1	900.0	-105.3%
Finanzierungssaldo	-234.8	-1'059.1	-158.9	900.2	-85.0%
Selbstfinanzierung	-17.4	-854.9	45.1	900.0	-105.3%
Saldo Investitionsrechnung	-217.4	-204.2	-204.0	0.2	-0.1%
Selbstfinanzierungsgrad in %	-8%	-419%	22%		

Tabelle 3: Gestufter Erfolgsausweis ohne Buchung Bilanzfehlbetrag Reform BLPK

in Mio. CHF	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abweichung vom Vorjahr	
Betrieblicher Aufwand	2'475.4	2'513.8	2'576.9	63.1	2.5%
Betrieblicher Ertrag	2'354.2	2'389.9	2'480.8	90.9	3.8%
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	-121.1	-124.0	-96.1	27.8	-22.4%
34 Finanzaufwand	31.3	32.5	57.5	25.0	77.0%
44 Finanzertrag	130.7	100.6	102.6	2.0	2.0%
Ergebnis aus Finanzierung	99.4	68.1	45.1	-23.0	-33.8%
Operatives Ergebnis	-21.8	-55.9	-51.1	4.8	-8.6%
38 Ausserordentlicher Aufwand	10.2				
48 Ausserordentlicher Ertrag	27.7	10.7	16.1	5.5	51.3%
Ausserordentliches Ergebnis	17.5	10.7	16.1	5.5	51.3%
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	-4.2	-45.2	-35.0	10.2	-22.7%

Tabelle 4: Selbstfinanzierung ohne Buchung Bilanzfehlbetrag Reform BLPK

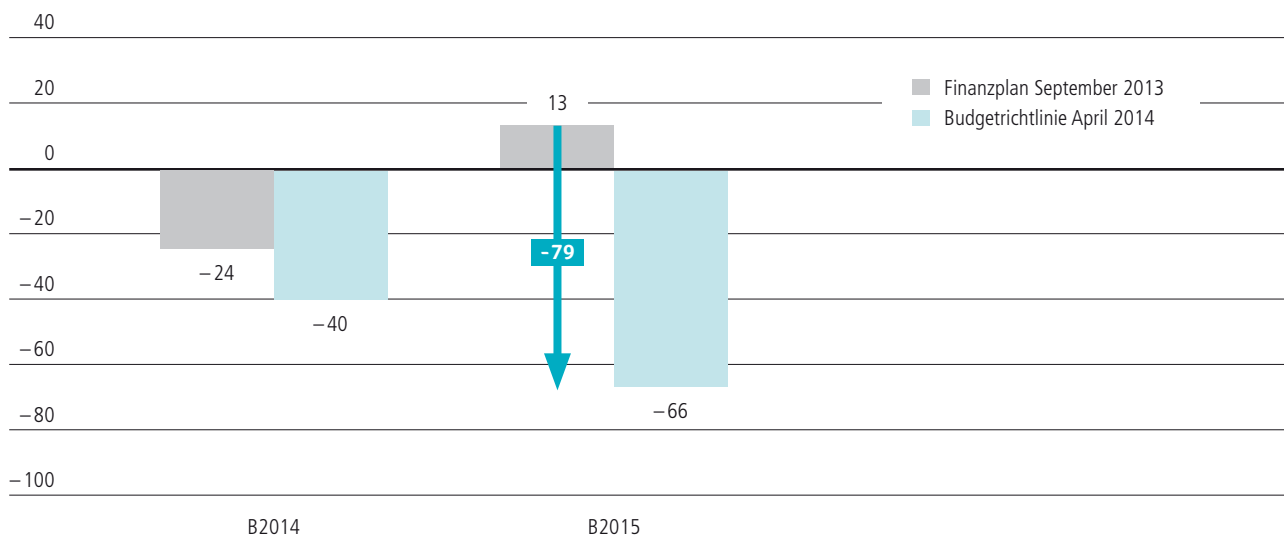
in Mio. CHF	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abweichung vom Vorjahr	
Aufwand	2'516.9	2'546.3	2'634.4	88.1	3.5%
Ertrag	2'512.6	2'501.1	2'599.4	98.3	3.9%
Saldo Erfolgsrechnung	-4.2	-45.2	-35.0	10.2	-22.7%
Selbstfinanzierung	-17.4	38.2	45.1	6.9	18.2%
Investitionsausgaben	300.0	246.9	245.1	-1.8	-0.7%
Investitionseinnahmen	82.6	42.7	41.0	-1.7	-3.9%
Saldo Investitionsrechnung	-217.4	-204.2	-204.0	0.2	-0.1%
+ Selbstfinanzierung	-17.4	38.2	45.1	6.9	18.2%
Finanzierungssaldo	-234.8	-166.0	-158.9	7.1	-4.3%
Selbstfinanzierung	-17.4	38.2	45.1	6.9	18.2%
Saldo Investitionsrechnung	-217.4	-204.2	-204.0	0.2	-0.1%
Selbstfinanzierungsgrad in %	-8%	19%	22%		

2. Budgetprozess

2.1 Vom Finanzplan 2014–2017 zur Budgetrichtlinie 2015

Am 17. September 2013 hat der Regierungsrat dem Landrat den Finanzplan 2014–2017 (LRV 2013-330) mit einem Saldo der Erfolgsrechnung von CHF +13 Mio. für das Planjahr 2015 überwiesen. Im Rahmen der Erarbeitung der Budgetrichtlinie 2015 musste der Regierungsrat jedoch diesen April feststellen, dass sich die finanzielle Ausgangslage drastisch auf CHF -66 Mio. verschlechtert hat.

Abbildung 1: Saldoentwicklung Erfolgsrechnung im Vergleich zum Finanzplan (LRV 2013-330)
in Mio. CHF



Die Verschlechterung im Planjahr 2015 ist insbesondere auf folgende drei Faktoren zurückzuführen:

- Entlastungspaket 12/15: Gegenüber der letztjährigen Finanzplanung wird in der Budgetrichtlinie von einer um CHF 54 Mio. tieferen Entlastungswirkung ausgegangen.
- Gesundheitsversorgung: Im Abschluss 2013 resultierte bei der allgemeinen Spitalversorgung eine Budgetüberschreitung von rund CHF 36 Mio. für Behandlungsfälle Akutsomatik und Pfllegetage in der Rehabilitation. Die leicht fallenden Baserates und Pfllegetagestaxen konnten das Mengenwachstum nicht ausgleichen. Diese neuen Erkenntnisse sind in die Budgetrichtlinie eingeflossen, welche in diesem Bereich um CHF 34 Mio. höher liegt als im letztjährigen Finanzplan.
- Reform Pensionskasse: Für die Reform der BLPK wird eine höhere Gesamtbelastung von rund CHF 14 Mio. erwartet. In der Budgetrichtlinie wurden die voraussichtlichen Mehrkosten des Gegenvorschlages zur Gemeindeinitiative berücksichtigt.

Demgegenüber werden gemäss Budgetrichtlinie aber auch substantielle Verbesserungen erwartet, insbesondere beim Ertragspotenzial und in den beiden Bereichen ÖV und Prämienverbilligungen (insgesamt rund CHF -25 Mio.).

Die Verschlechterung der finanziellen Ausgangslage hat der Regierungsrat anlässlich seiner Klausur vom 1. April 2014 zur Kenntnis genommen und gleichzeitig beschlossen, dass der Zielsaldo für 2015 deutlich verbessert werden muss. Die vom Regierungsrat am 8. April 2014 verabschiedete Budgetrichtlinie weist einen äusserst anspruchsvollen Zielsaldo von CHF -20 Mio. aus. Dieser Zielsaldo wird vom Regierungsrat wie folgt hergeleitet: der Saldo 2015 aus dem letztjährigen Finanzplan, korrigiert um die Entscheide des Landrats, welche zur Saldoverschlechterung beigetragen haben (betrifft insbesondere im Finanzplan 2014–2017 eingeplante Entlastungsmassnahmen).

Tabelle 5: Herleitung Zielsaldo 2015

in Mio. CHF	
Ausgangslage Saldo 2015 im Finanzplan 2014–2017	13
FKD1 Krankheitskostenabzug	-15
FKD3 Vermögensverzehr EL AHV/IV	-5
FKD4 Neuregelung Prämienverbilligung junge Erwachsene	-1
BKSD3 Abgeltung Standardkosten	-4
Mehrkosten PK Reform Gegenvorschlag Gemeindeinitiative ¹	-8
Hergeleiteter Zielsaldo 2015	-20

2.2 Von der Budgetrichtlinie 2015 zum Budget 2015

Anlässlich seiner Klausur hat der Regierungsrat neue Vorhaben im Umfang von CHF 4 Mio. ins Budget 2015 aufgenommen (u.a. Schweizer Innovations Park Region NWCH und Mobile Computing bei der Polizei). Dadurch verschlechterte sich die Ausgangslage von CHF -66 Mio. auf CHF -70 Mio. Zur Erreichung des Zielsaldo von CHF -20 Mio. ergab sich ein Bedarf zur Saldoverbesserung von CHF 50 Mio., welchen es innert weniger Monate zu konkretisieren und umzusetzen galt. Aufgrund des anspruchsvollen Zielsaldos musste die Zusammenarbeit mit den Direktionen intensiviert werden. In drei Klausuren mit dem Gesamtregierungsrat und zwei bilateralen Planungsgesprächsrunden zwischen Vorsteher FKD und jeder Direktion wurde das nun vorliegende Budget erarbeitet.

Mit einem Saldo in der Erfolgsrechnung von CHF -35 Mio. wird der angestrebte Zielsaldo nicht ganz erreicht. Bei genauerer Betrachtung wird allerdings ersichtlich, dass

- aufgrund des intensiven Planungsprozesses Saldokürzungen bei zahlreichen Dienststellen im stattlichen Umfang von CHF 28 Mio. beschlossen werden konnten, davon über CHF 21 Mio. nachhaltig (vgl. Kapitel 8.2):

Tabelle 6: Massnahmen zur Saldoverbesserung im Budget 2015

in Mio. CHF	Total	KB	FKD	VG	BUD	SID	BKSD	GER
Nachhaltige Massnahmen	21.27	0.25	9.77	1.07	2.03	1.85	6.31	0.00
Nicht nachhaltige Massnahmen	7.10	0.00	1.35	0.07	0.85	0.00	4.83	0.00
Total	28.37	0.25	11.12	1.14	2.88	1.85	11.13	0.00
Vorgabe in der Budgetrichtlinie	50.50	0.40	6.32	10.46	2.86	1.82	28.43	0.39
Abweichung	-22.13	-0.15	4.80	-9.32	0.20	0.03	-17.30	-0.39

- im Bereich der BLPK-Ausfinanzierung eine Entlastung von CHF -9 Mio. gegenüber den Annahmen der Budgetrichtlinie erzielt werden konnte. Aufgrund der Einigung der FKD mit der BLPK, dass die gesamte Verbindlichkeit vollumfänglich im Jahr 2015 beglichen werden soll, liegen die Zinskosten (Refinanzierung, Verzinsung Restforderung BLPK) markant tiefer.
- der Ressourcenausgleich NFA als exogener Faktor den Entlastungsbedarf positiv unterstützt. Im Juni 2014 hat die eidgenössische Finanzverwaltung die Ausgleichszahlungen für das Jahr 2015 ermittelt. Diese liegen knapp CHF 11 Mio. unter den Annahmen in der Budgetrichtlinie.
- im Budget 2015 eine Rückerstattung aus den Jahren 2011–2014 an die Gemeinden aufgrund der Pflegenormkostenübernahme eingestellt ist (Mehrkosten von CHF 15 Mio. gegenüber der Budgetrichtlinie gemäss Vernehmlassungsvorlage «Teilrevision des Ergänzungsleistungsgesetzes zur AHV und IV/Neuaufteilung der Ergänzungsleistungen»).

¹ Stand Budgetrichtlinie (April 2014): Damals wurde davon ausgegangen, dass die Rückzahlung der zusätzlichen Schuld von CHF 276 Mio. an die PK in 10 gleichmässigen Jahrestanchen erfolgt. Dabei wurde unterstellt, dass jeweils zu Beginn des Jahres Fremdkapital mittels mehrjährigen Anleihen in der Höhe einer Jahrestanche aufgenommen wird (Annahme: Zinssatz 2%) und die Verzinsung der Restforderung gegenüber der BLPK zu einem Zinssatz von 3% (technischer Zinssatz) erfolgt. Mittlerweile hat sich die FKD mit der BLPK darauf geeinigt, dass die gesamte Verbindlichkeit vollumfänglich im Jahr 2015 beglichen werden soll, was sich für den Kanton als wesentlich günstiger erweist.

Am 11. Dezember 2014 wurde das vom Regierungsrat vorgelegte Budget durch den Landrat um den Aufwand von CHF 5.4 Mio. modifiziert (vgl. LRV 2014-250_01-09).

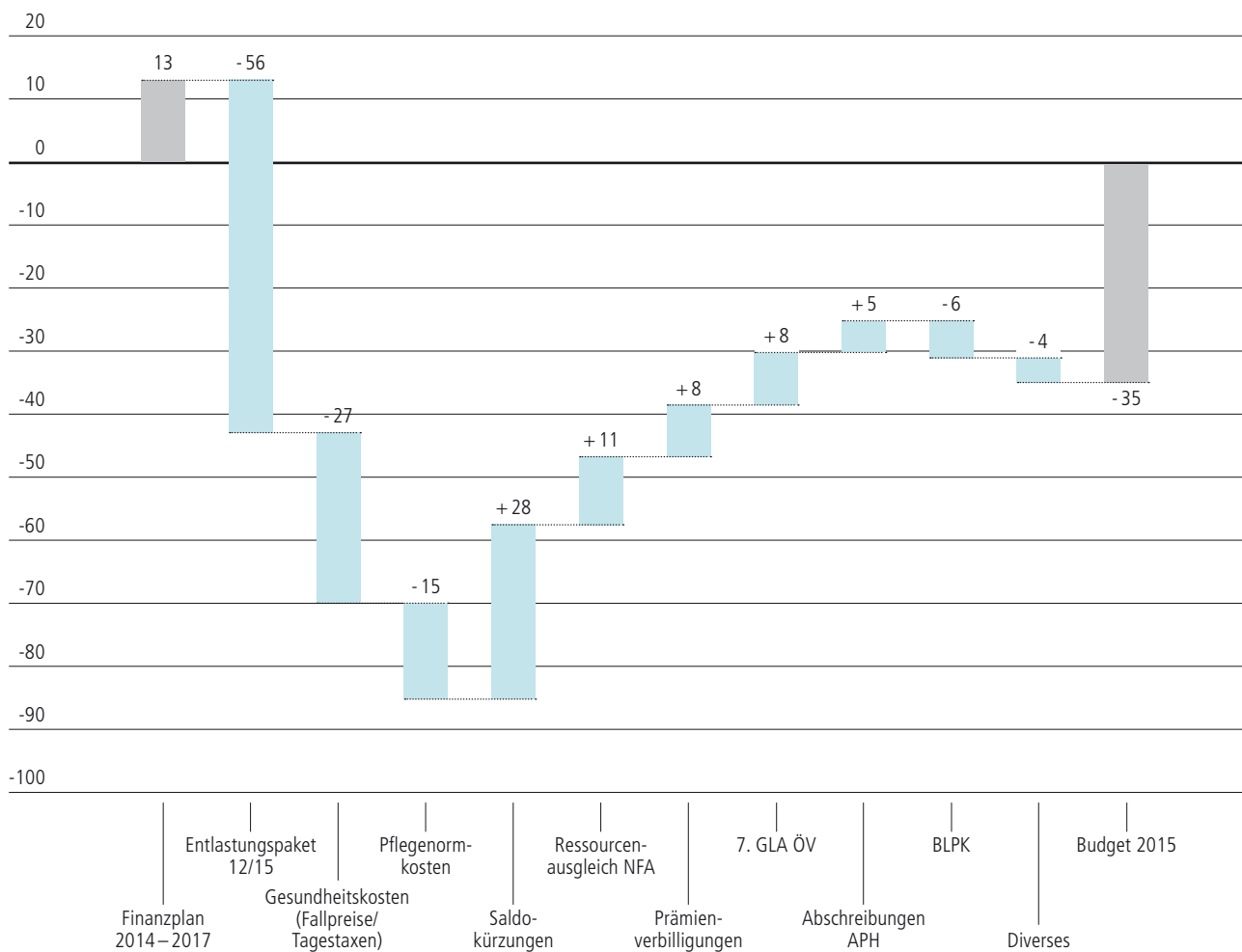
2.3 Vom Finanzplan 2014–2017 zum Budget 2015

Nachfolgende Tabelle und Abbildung zeigen zusammenfassend die wesentlichen Veränderungen in der Erfolgsrechnung zwischen dem im letztjährigen Finanzplan aufgezeigten Prognosesaldo 2015 und dem Voranschlag 2015.

Tabelle 7: Herleitung Saldo Voranschlag 2015

in Mio. CHF	
Ausgangslage Saldo 2015 im Finanzplan 2014–2017	13
Entscheide des Landrats	-33
Total	-20
Weitere Verschlechterung der finanziellen Ausgangslage (insb. Gesundheitsversorgung mit CHF -34 Mio.)	-46
Total	-66
Aufnahme neuer Vorhaben	-4
Total	-70
Verbesserungen (insb. Saldokürzungen Dienststellen mit CHF +28 Mio.)	+40
Budgetmodifikation aus Budgetdebatte	-5
Saldo Voranschlag 2015	-35

Abbildung 2: Differenzanalyse zwischen Budget 2015 und Prognosesaldo 2015 aus Finanzplan 2014–2017
Saldo Erfolgsrechnung in Mio. CHF

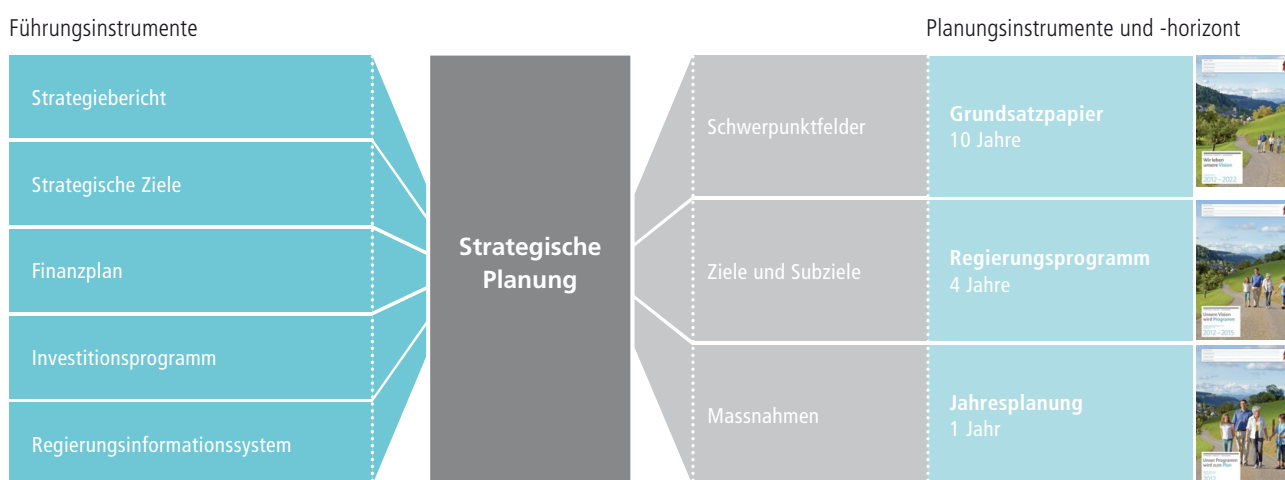


3. Strategische Planung

Die Legislaturperiode 2012–2015 basiert auf umfassenden strategischen Vorgaben des Regierungsrates. Die Planungs- und Führungsinstrumente sowie das Berichtswesen sind optimiert und berücksichtigen die strategischen Vorgaben. Zudem werden sämtliche neuen Vorhaben im Budget, im Finanzplan und im Investitionsprogramm anhand der strategischen Planungsvorgaben priorisiert und posteriorisiert.

Die Jahresplanung 2015 stellt die vierte und letzte Planungspublikation der laufenden Legislaturperiode dar. Es geht vor allem auch darum, das Verständnis in Bezug auf die neue strategische Planung und Führung des Regierungsrates in den Direktionen und Dienststellen weiter zu festigen. Anhand der neu ausgestalteten Planungs- und Führungsprozesse soll ein roter Faden gesponnen werden, welcher die Durchgängigkeit der strategischen Planung und Führung der Regierung bis zur Umsetzung und zum Reporting in der Verwaltung sicherstellt. Eine konsequente strategische Planung und Führung setzt voraus, dass ein Übergang von der reinen Finanzsteuerung hin zur finanzbewussten Aufgabensteuerung stattfindet.

Abbildung 3: Zusammenhang zwischen Planungs- und Führungsinstrumenten



Die Zusammenhänge zwischen den Planungs- und Führungsinstrumenten sind in der Abbildung 3 dargestellt:

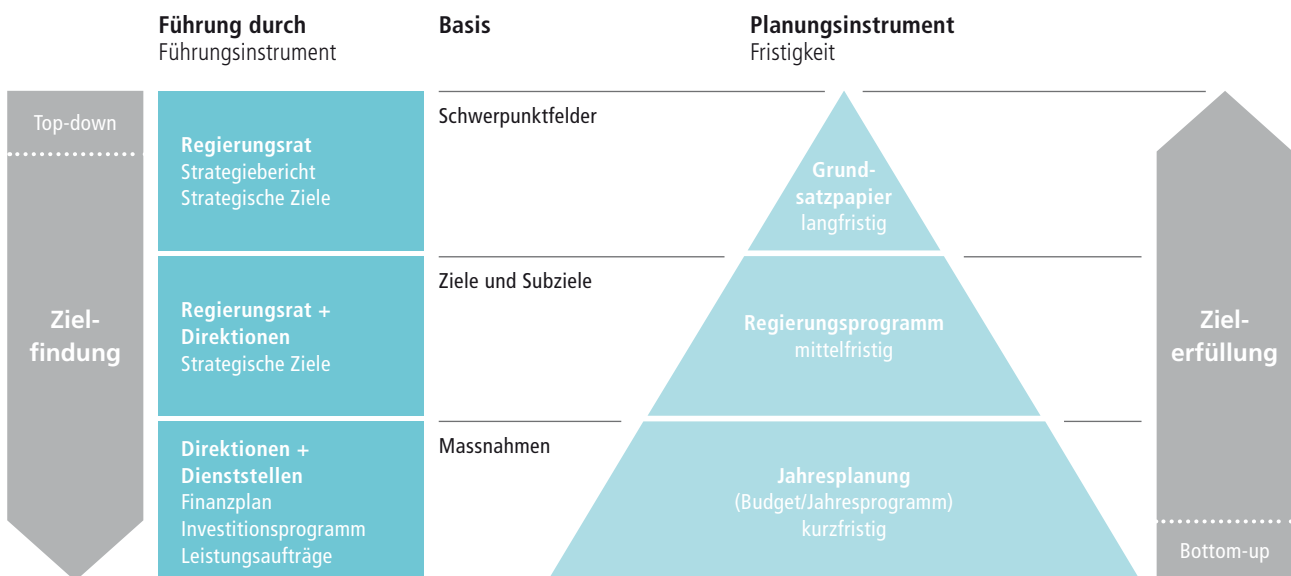
1. Das *Grundsatzpapier* markiert die oberste Planungsebene. Darin werden die 7 strategischen Schwerpunktfelder der Regierungstätigkeit für 10 Jahre ausführlich beschrieben.
2. Im *Regierungsprogramm*, das auf einen Zeitraum von 4 Jahren angelegt ist, werden die strategischen Ziele des Regierungsrates für die aktuelle Legislaturperiode sowie die Subziele der Direktionen und die Indikatoren zu den strategischen Schwerpunktfeldern dargestellt. Ausserdem werden strategierelevante Massnahmen aufgelistet.
3. Die *Jahresplanung* umfasst das Budget und das Jahresprogramm und verknüpft somit die wichtigsten geplanten Massnahmen für das kommende Jahr mit den Finanzen.

Das Konzept der strategischen Planung ermöglicht eine verstärkte Top-down-Führung im Sinne eines Agenda-Settings bzw. eine Stärkung der Rolle des Regierungsrates bei der Zielfindung und Zielsetzung (vgl. Abbildung 4). Es basiert auf folgenden Grundprinzipien:

- Der rote Faden: Über alle drei Planungsebenen (Grundsatzpapier, Regierungsprogramm und Jahresplanung) ist ein roter Faden erkennbar. Oder anders formuliert: Die Köpfe in den Direktionen und Dienststellen sind auf die Strategie des Regierungsrates ausgerichtet.
- Setzen von Prioritäten: Die Orientierung an bestimmten strategischen Schwerpunktfeldern bedeutet ausdrücklich auch eine Straffung und eine fokussierte Ausrichtung der staatlichen Tätigkeiten. Politikbereiche, die ausserhalb der strategischen Schwerpunktfelder liegen, werden aber auch in Zukunft bearbeitet. Dies trifft insbesondere auf den Vollzug von Bundesaufgaben, den Vollzug von gesetzlichen Grundlagen und den allgemeinen Service Public zu.
- Konsistenz (Widerspruchsfreiheit): Die Planung ist von den 7 strategischen Schwerpunktfeldern über die strategischen Ziele und die Subziele bis zu den konkreten Massnahmen konsistent (widerspruchsfrei).

- Transparenz: In der Jahresplanung wird transparent dargestellt, welche Massnahmen (Vorhaben, Aufgaben und Leistungen) welche strategischen Ziele unterstützen.

Abbildung 4: Planungshierarchie des Kantons Basel-Landschaft



Mehr zur Strategie des Regierungsrates und zur Legislaturplanung ist im Grundsatzpapier 2012–2022 des Regierungsrates und im Regierungsprogramm 2012–2015 zu finden (www.baselland.ch/Regierungsrat/Strategie, Publikationen).

4 Jahresprogramm-Massnahmen

4.1 Wirtschaftsoffensive: Konsolidierung und Übergang in den Betrieb

Mit dem Projekt Wirtschaftsoffensive werden massgebliche Beiträge zu den Strategiefeldern «Innovation und Wertschöpfung» sowie «Effizientes und effektives staatliches Handeln» erbracht. Von Juli 2014 bis Ende 2015 läuft die Phase 3 des Projektes. In dieser sollen einerseits die implementierten Instrumente wie der Welcome Desk, die Investorengespräche und das Key Account Management konsolidiert sowie die Fokus-Areale weiterentwickelt werden. Andererseits ist mit Blick auf das Projektende der Übergang in den Normalbetrieb vorzubereiten. Das bedeutet auch, dass eine organisatorische Lösung erarbeitet werden muss, welche die diversen Schnittstellen zu den Direktionen wie auch zu deren externen Leistungserbringern (BaselArea, iNet, Innovationspark NWCH) klärt.

Arealentwicklung mit neuem Schwung

Der Regierungsrat hat sich für die Entwicklung von Salina Raurica zu einer vertraglichen Zusammenarbeit zwischen der öffentlichen Hand und einem privatrechtlich organisierten Unternehmen entschlossen. Dabei handelt es sich um die Firma Losinger Marazzi, welche für die Entwicklung des Know-how und die notwendigen Ressourcen in ein gemeinsames Projekt einbringen wird. Nach der Genehmigung des Richtplans durch den Bundesrat im September 2010 läuft die Projektierung der Infrastrukturmassnahmen und der Nutzungsplanungen in den Gemeinden auf Hochtouren. Die revidierten Zonenpläne von Augst und Pratteln werden Anfang 2015 auf der Basis des Richtplans genehmigungsreif. Die Verlegung der Kantonsstrasse hat die Stufe «Bauprojekt» erreicht. Die Arealdatenbank der Wirtschaftsoffensive wird laufend auf dem aktuellen Stand gehalten. Neu wird die Möglichkeit zu Kommentaren zur Verfügbarkeit von Liegenschaften ausgebaut.

Umsetzung der kantonalen Bodenpolitik

Für die aktive Mitwirkung der Bodenpolitik an der Wirtschaftsoffensive ist neben der Veräusserung von bereits vorhandenen Grundstücken insbesondere der Ankauf von Grundstücken notwendig. Ein besonderes Augenmerk wird auf die Arealentwicklung und damit den strategischen Ankauf und Verkauf von Grundstücken gerichtet. Hierbei findet eine enge Zusammenarbeit des Hochbauamtes mit dem Amt für Raumplanung statt. Grundstücke für Infrastrukturbauwerke (Hoch- und Tiefbau) werden vorausschauend beschafft.

Elektronisches Baubewilligungsverfahren und Dokumenten-Scanning

Als erster Meilenstein bei der Einführung des elektronischen Baubewilligungsverfahrens ist geplant, bis Mitte 2015 die heute bestehende Baugesuchs-Software des Bauinspektorates durch ein neues webtaugliches System abzulösen. In einem weiteren Schritt werden 2015 die Arbeiten zur Einbindung der Gemeinden und der Integration des Gebäude-Wohnungs-Registers in das neue System in Angriff genommen. Diese beiden Projektschritte bilden die Grundlage für die Realisierung der elektronischen Baubewilligungs-Plattform BL. Mit deren Einführung können die technologischen und sicherheitstechnischen Standards entsprechend der eidgenössischen Strategie «e-Government Schweiz» erfüllt werden. Mit der Entwicklung der neuen Software-Lösung geht auch eine Überprüfung der internen Verfahrensabläufe einher, mit dem Ziel auch auf organisatorischer Ebene eine Vereinfachung und eine Beschleunigung der Verfahrensabläufe zu erwirken. Als Ergebnis dieser Massnahmen soll das Baubewilligungsverfahren gestrafft und gleichzeitig kundenfreundlicher abgewickelt werden können, was sich im Sinne der Bestrebungen der Wirtschaftsförderung positiv auf die Standortattraktivität des Kantons Basel-Landschaft auswirken wird.

Strategie Hochschulen und Forschung

Unter der Voraussetzung der vierkantonalen Zustimmung wird das primäre Ziel der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) in der vierten Leistungsperiode die Konsolidierung des Erreichten und die stärkere Profilierung als Innovations-treiberin für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung unserer Region sein. Die Universität Basel stärkt entlang ihrer Strategie weiter ihre Schwerpunkte: Life Sciences, Nanowissenschaften, Nachhaltigkeits- und Energie-forschung, Bildungswissenschaften und European and Global Studies. Das CSEM Muttenz entwickelt im Rahmen seiner disziplinübergreifenden Kompetenzen und Netzwerke zukunftsorientierte und nachhaltige Technologien. Mit der dabei gewonnenen Expertise und dem Wissensvorsprung baut es Technologieplattformen, die als Innovationskatalysatoren zugunsten von KMU und der Life-Sciences-Industrie eingesetzt werden. Sowohl die FHNW als auch die Universität Basel leisten bedeutende Beiträge zum strategischen Schwerpunktfeld «Basel-Bildungs-Landschaft». Beide Hochschulen und das CSEM unterstützen den Schwerpunkt «Innovation und Wertschöpfung» und die Wirtschaftsoffensive sowie den Bereich der Nachhaltigen Entwicklung.

Kompetenzzentrum Hochschulen, Forschung, Innovation

Mit diesem Kompetenzzentrum besteht die Absicht, das bestehende Engagement des Kantons in den Bereichen Förderung, Koordinierung, Begleitung und Mitgestaltung von Innovations- und Forschungsprojekten zu erhöhen und einen behördlichen Ansprechpartner für private sowie für öffentliche Forschungseinrichtungen zu schaffen. In erster Linie geht es darum, der Innovation bestmögliche Rahmenbedingungen zu setzen. Dabei werden die heute verfügbare Expertise sowie die in den letzten Jahren aufgebauten Netzwerke genutzt. Auf der Grundlage dieser Aufgabenstellung sowie einer Auslegeordnung zum Schwerpunkt Innovation, zu wirtschaftspolitischen Perspektiven (im Rahmen der Wirtschaftsoffensive) und komplementär zum Standortmarketing werden Konzept, Struktur und organisatorische Eingliederung definiert und daraus die erforderlichen Ressourcen abgeleitet.

Vorfinanzierung für den Schweizer Innovations Park Nordwestschweiz

Der Kanton Basel-Landschaft gewährt dem Verein Schweizer Innovations Park Nordwestschweiz (SIP NWCH) für die Vorfinanzierung des Initialstandortes in Allschwil einen einmaligen, nicht rückzahlbaren Beitrag in der Höhe von CHF 475'000 für die Jahre 2014 und 2015. Der Beitrag wird dem Wirtschaftsförderungsfonds entnommen. Die Vorfinanzierung erfolgt partnerschaftlich zusammen mit dem Kanton Basel-Stadt, welcher den gleich hohen Beitrag beisteuert.

Die Region Nordwestschweiz ist laut dem Bundesamt für Statistik die Region mit den meisten Investitionen in Forschung und Entwicklung. Es ist deshalb naheliegend, dass ein nationaler Innovationspark auch einen Standort in der Nordwestschweiz haben muss. Mit dem Verein Schweizer Innovations Park Region Nordwestschweiz haben die Kantone Basel-Stadt, Basel-Landschaft und Jura zusammen mit der Handelskammer beider Basel eine Plattform geschaffen, um das Projekt eines Standortes in der Nordwestschweiz gemeinsam voranzutreiben.

Erfreulicherweise kann der SIP NWCH den Betrieb bereits Anfang 2015 in bestehenden Räumlichkeiten in Allschwil aufnehmen. Die Vorbereitungen dafür laufen bereits seit einigen Monaten intensiv. Nach dem Entscheid der Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz (VDK) von Mitte Juni 2014 können nun in den drei beteiligten Kantonen die Finanzierung für den Betrieb am Initialstandort gesichert sowie die Planung und die Finanzierung für den definitiven Standort (Betrieb ab 2018, ebenfalls in Allschwil) vorangetrieben werden.

Luftverkehr EuroAirport

Der Kanton engagiert sich für den Erhalt des gut funktionierenden und konkurrenzfähigen Flughafens. Er soll weiterhin die Bedürfnisse des Wirtschaftsstandortes und der Bevölkerung befriedigen können sowie eine wichtige Arbeitsstätte sein. Gleichzeitig soll der Verkehr in Zusammenarbeit mit den regionalen Partnern möglichst umweltverträglich abgewickelt und die Wohnqualität in den flughafennahen Gemeinden so wenig wie möglich beeinträchtigt werden. Die Regierung setzt sich dafür ein, dass konsensfähige Massnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit und der Umweltverträglichkeit realisiert werden. Die Prüfung möglicher Massnahmen wird zusammen mit dem Flughafen,

Behörden im In- und Ausland sowie unter Konsultation der Fluglärmkommission weitergeführt. Der Flughafen soll weiterhin die Mobilitätsbedürfnisse der Bevölkerung und der Wirtschaft befriedigen können. Überdies setzt sich die Regierung dafür ein, dass die Rahmenbedingungen für die auf dem EuroAirport tätigen Unternehmen erhalten werden.

4.2 Weitere Schwerpunkte des Jahresprogramms 2015

Unter den zahlreichen Massnahmen des Jahresprogramms 2015 sind die folgenden Schwerpunkte für die Strategie und die Politik von besonderer Bedeutung:

Finanz- und Kirchendirektion

Stärkung der finanziellen Steuerung

Als zentraler Beitrag zum strategischen Schwerpunktfeld «Effizientes und effektives staatliches Handeln» des Regierungsrates steht auch im Jahr 2015 die Optimierung der finanziellen Steuerung. Im Wesentlichen geht es dabei um eine Systematisierung, eine Priorisierung und eine Konsolidierung einzelner bestehender und künftiger Projekte. Als Taktgeber für alle Arbeiten in diesem Bereich gilt die Totalrevision des Finanzhaushaltsgesetzes (FHG). Sie soll bis Ende 2014 im Entwurf vorliegen und anschliessend 2015 in die Vernehmlassung geschickt werden. Parallel dazu werden drei Projekte im Vordergrund stehen: die Etablierung einer integrierten mittelfristigen Aufgaben- und Finanzplanung, die Optimierung der Rechnungslegung und die Verbesserung der Haushaltssteuerung. Zu diesen drei Projekten sollen bis Ende 2014 die Fachkonzepte stehen, die dann im Jahr 2015 konkretisiert werden.

Beteiligungscontrolling

Nachdem im Jahr 2014 in einem Grossprojekt einerseits die Verordnung über das Controlling der Beteiligungen (Public Corporate Governance) überarbeitet und nach den neusten Erkenntnissen aus Theorie und Praxis aufgestellt wurde und andererseits in einem Pilotprojekt die Eigentümerstrategien des Kantonsspitals Baselland sowie der Basellandschaftlichen Kantonalbank ausgearbeitet wurden, steht das Jahr 2015 im Zeichen der weiteren Umsetzung der überarbeiteten Verordnung sowie der Entwicklung weiterer Eigentümerstrategien.

Weiterentwicklung des Finanzausgleichs

Aufgrund der Evaluation der Jahre 2013 und 2014 ergab sich ein Bedarf sowohl nach kurzfristigen Änderungsmaßnahmen als auch nach einer längerfristigen Weiterentwicklung des Finanzausgleichs. Kurzfristige Änderungen auf der Ebene der Finanzausgleichsverordnung (FAV) wurden bereits mit dem Finanzausgleich 2014 wirksam; das längerfristige Projekt «Weiterentwicklung des Finanzausgleichs» mit Änderungen auf der Ebene des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) wurde im 2014 gestartet. Ziel des Inkrafttretens des revidierten FAG ist der Finanzausgleich 2016.

Gemeindestrukturengesetz soll Regionalkonferenzen bringen

Gegen Ende 2014 wird der Regierungsrat nach durchgeführter Vernehmlassung die Entwürfe zur Änderung der Kantonsverfassung sowie zu einem Gemeindestrukturengesetz zuhanden des Landrates verabschieden. Der Landrat wird die Gesetzesänderung im Frühling/Sommer 2015 beraten und sie voraussichtlich per 1. Januar 2016 in Kraft setzen. Die Verfassungsänderung verankert das Subsidiaritätsprinzip für die Gesetzgebung und verstärkt die Gemeindeautonomie. Das Gemeindestrukturengesetz konsolidiert die Formen der interkommunalen Zusammenarbeit, führt Regionalkonferenzen für die Gemeindepräsidien ein und ermöglicht die faktische wie auch finanzielle kantonale Unterstützung bei Gemeindezusammenschlüssen.

Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion

Monitoring der stationären Spitalversorgung der Nordwestschweizer Kantone

Mit dem Projekt zur Überprüfung der Veränderungen der Patientenströme und deren Auswirkungen in Zusammenarbeit der vier Nordwestschweizer Kantone AG, BL, BS und SO sollen die Planungs- und Entscheidungsgrundlagen für die Gesundheitsversorgung der Nordwestschweiz aktualisiert werden. Das Monitoring schafft die Basis für allfällige Entscheidungen bezüglich Angebotskonzentration, Diversifizierung und Spezialisierung über die Kantonsgrenzen hinweg. Der Zwischenbericht wird per Oktober 2014 vorliegen. Der Schlussbericht der vorläufig ersten Etappe mit der Analyse über zwei Jahre wird per September 2015 vorliegen.

Alterspolitik: Umsetzung des Leitbildes

Auf der Basis der strategischen Grundlagen der Senioren- und Alterspolitik (Leitbild «Älter werden gemeinsam gestalten») werden Massnahmen in den vom Regierungsrat festgelegten Handlungsfeldern vorangetrieben. Im Handlungsfeld «Dienstleistung und Pflege» erfolgt dies mit der Erstellung von kantonalen Konzepten zur «Nationalen Strategie Palliative Care und Demenz», im Handlungsfeld «Wohnen im Alter» mit der Massnahmenplanung zur Förderung des altersgerechten Wohnens in Verbindung mit Dienst- und Pflegeleistungen. Des Weiteren werden eine Überprüfung der bisherigen Subventionierungspraxis der Alters- und Pflegeheime und die Revision des Gesetzes über die Betreuung und Pflege im Alter eingeleitet. Im Handlungsfeld «Information und Koordination in Gemeinden und Kanton» wird der Kanton neben der Fortsetzung des kantonalen Runden Tisches für Altersfragen seine Koordinationsrolle verstärkt wahrnehmen.

Waldpflege und Waldbeobachtung

Schwerpunkte im Jahr 2015 bilden verschiedene Schutzbautenprojekte (SBB Laufental, Burg, Liestal, Füllinsdorf). Schutzwälder in Bacheinhängen sowie entlang von Kantonsstrassen werden so gepflegt, dass sich keine zusätzliche Gefährdung für die Bevölkerung ergibt. Die Walddauerbeobachtung wird weitergeführt. Die Ergebnisse dienen als Frühwarnsystem über die Auswirkungen von Immissionen aus der Luft und der Veränderung des Klimas. Schwerpunkte bilden das Monitoring zum Eschentriebsterben und Herkunftsuntersuchungen, zum Beispiel Stieleichen aus der Ukraine in Pratteln und Muttenz.

Bau- und Umweltschutzdirektion

Werterhalt beim Strassennetz

Im Vordergrund stehen die Aufrechterhaltung der Betriebsbereitschaft und der Substanzerhaltung. Wo sinnvoll, wird die Werterhaltung mit einer Umgestaltung an die geänderten Bedürfnisse verbunden und die entsprechende Planung weitergeführt wie zum Beispiel in Allschwil, Sanierung der Baslerstrasse. Um die gesetzlichen Anforderungen an den Lärmschutz bis 2018 erfüllen zu können und die Bundessubventionen zu sichern, wird das Lärmschutzprogramm plangemäss weiter geführt. Mit hoher Priorität werden Projekte gestartet bzw. weiterverfolgt, die einen hohen Instandsetzungsbedarf beinhalten (zum Beispiel Langenbruck: Korrektur/Umgestaltung Hauensteinerstrasse; Reigoldswil: Sanierung Ziefenstrasse; Seltisberg: Hauptstrasse) und/oder die im Agglomerationsprogramm Basel enthalten sind (Allschwil: Sanierung Baslerstrasse).

Senkung der CO₂-Emissionen / Luftreinhaltung

Mit dem Ausbau der kantonalen Radrouten und einem attraktiven öffentlichen Verkehr wird die Senkung der CO₂-Emissionen und die Reduktion des Schadstoffausstosses des motorisierten Verkehrs gefördert. Für den Ausbau der Radrouten sind zum Beispiel folgende Projekte in Arbeit bzw. im Bau: Grellingen–Laufen, Bubendorf–Ziefen, Zwingen–Brislach, Oberwil–Allschwil.

Optimierung der Verknüpfung der Verkehrsmittel

Im Rahmen der verschiedenen Projekte zur Erneuerung / Werterhaltung der Kantonsstrassen und dem Ausbau der kantonalen Radrouten wird hoher Wert auf eine optimale Verknüpfung der Haltestellen des öffentlichen Verkehrs mit anderen Verkehrsträgern gelegt. Es wird immer geprüft, ob die Haltestelle noch am richtigen Ort liegt. Im Rahmen der flankierenden Massnahmen in Sissach wird zum Beispiel eine Bushaltestelle den Bedürfnissen entsprechend verlegt. Wenn immer möglich werden in diesem Rahmen Bushaltestellen zudem so umgebaut, dass für ältere und behinderte Personen ein hindernisfreier Zugang zum ÖV gegeben ist.

Umfassender Risikokataster chemischer und biologischer Risiken

Das Schadenpotenzial durch Naturgefahren und Störfälle wird durch eine effiziente Prävention minimiert. Das erfordert eine Weiterführung der laufenden Arbeiten zur Zusammenführung und zeitgemässen Kommunikation der chemischen und biologischen Risiken im Kanton. Zusätzlich werden die aktuellen Risiken auf bestehenden Geoinformationssystemen dargestellt. Das ermöglicht ein frühzeitiges Erkennen von Konflikten zwischen Raumplanung und Störfallrisiken und vereinfacht die Planungsprozesse. Somit können in einem Frühstadium der Planung Objektschutzmassnahmen einbezogen werden. Das Risikokataster kann durch die Öffentlichkeit eingesehen werden.

Sicherheitsdirektion

Kantonales Integrationsprogramm 2014–2017 (KIP)

Die im KIP definierten integrationsfördernden Projekte, welche durch den Bund massgeblich mitfinanziert werden, befinden sich seit dem 1. Januar 2014 in der Umsetzungsphase. Mit Ausnahme der Integrationsförderung in den Regelstrukturen werden in diesem Programm sämtliche Integrationstätigkeiten des Kantons zusammengefasst. Dank der mehrjährigen Programmdauer können die einzelnen Projekte langfristig geplant und besser koordiniert werden. Das Projekt «Communis» bildet neben der sprachlichen Frühförderung das Herzstück des KIP: Mit «Communis-Integration gemeinsam mit den Gemeinden» werden auf kommunaler Ebene individuelle, an die spezifischen Gemeindebedürfnisse angepasste Strategiepapiere verfasst, mithilfe derer konkrete Integrationsmassnahmen umgesetzt werden können. Geplant ist das Erarbeiten von weiteren strategischen Programmen mit Gemeinden, welche über einen überdurchschnittlich hohen Anteil von Ausländerinnen und Ausländern verfügen. Der Kanton begleitet und unterstützt die Gemeinden während des mehrmonatigen Prozesses.

Umsetzung des Gesetzes zur familienergänzenden Kinderbetreuung

Die Rahmenbedingungen sollen für die Bewohnerinnen und Bewohner familienfreundlich gestaltet werden, so dass ihnen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtert wird. Damit gewinnt auch der Wirtschaftsstandort an Attraktivität, weil mehr gut ausgebildetes Personal verfügbar ist. Vorausgesetzt der Landrat und die Stimmberechtigten stimmen dem Entwurf für das Gesetz über die familienergänzende Kinderbetreuung zu, kann die Umsetzung im Jahr 2015 vorbereitet werden. Diese Arbeiten stehen auch in Abhängigkeit vom Entscheid über die beiden Volksinitiativen zur familienergänzenden Kinderbetreuung.

Umsetzung des Konzeptes Kinder- und Jugendhilfe

Der Fachbereich Kindes- und Jugendschutz wirkt bei der Umsetzung der zehn Handlungsempfehlungen des Konzeptes Kinder- und Jugendhilfe mit. 2015 stehen die bessere Koordination in Kinder- und Jugendfragen sowie die zunehmende Erlangung eines flächendeckenden Beratungsangebotes für Kinder, Jugendliche und Erziehende im Mittelpunkt der Bemühungen. Zusätzliche Finanzmittel des Bundes (Kinder- und Jugendförderungsgesetz) ermöglichen auch im Bereich des Kinderschutzes Entwicklungsschritte, soweit die für die Umsetzung beantragten kantonalen Mittel ebenfalls zur Verfügung stehen.

Mobile Computing bei der Polizei

Das Projekt Mobile Computing hat zum Ziel, die Effizienz der Frontkräfte der Polizei zu erhöhen, indem mittels Informatikmittel Journaleinträge, Rapportierungen, Abfragen von Systemen oder Fahndungsgesuche direkt mobil erfolgen können. Damit können redundante Erfassungen eliminiert und Wartezeiten effizient genutzt werden. Andererseits sollen die Requisitionsinformationen online auf die Fahrzeuge übertragen werden (zum Beispiel Koordinaten für die Navigation).

Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion

Projekte im Schulbereich

Neben der Umsetzung der Bildungsharmonisierung und der entsprechenden Kooperation bei Projekten im Bildungsraum Nordwestschweiz wird das Schwergewicht gelegt auf die Projektierung der Integrativen Schulung sowohl für die Volksschule wie auch neu für die Optimierung der Anschlusslösungen Sekundarstufe II in Verbindung mit den Brückenangeboten. Ebenso bildet der Rahmenlehrplan Berufsmaturität in Vernetzung mit der Bildungsharmonisierung einen Schwerpunkt. Ferner ist nach einer Standortbestimmung zur externen Evaluation der Gymnasien und der Berufsfachschulen vorgesehen, das Konzept im Lichte der interkantonalen Entwicklung (Bildungsmonitoring Schweiz, Leistungsmessungen Checks, Benchmarking, Schulen Sekundarstufe II) für alle Stufen zu überprüfen und zu aktualisieren sowie im Rahmen der beschränkten Mittel fokussiert bzw. etappiert umzusetzen. Es wird eine Vorlage für die Änderung der Verordnung aller Schulstufen im Hinblick auf eine Inkraftsetzung 2016/2017 vorbereitet.

Förderung der Höheren Berufsbildung (HBB)

Im Rahmen der Förderung der höheren Berufsbildung wird 2014 auf mehreren Ebenen gleichzeitig gearbeitet: Einerseits wird im Rahmen der Wirtschaftsoffensive bei den regionalen KMU sowie Industrie- und Dienstleistungsbetrieben der Fachkräftebedarf erhoben. Zielsetzung ist, dass daraus Strategien zur lokalen Förderung von Angeboten für die höhere Berufsbildung, aber auch generell für die Sicherstellung von Fachpersonal abgeleitet werden können. Für die Bedarfsabklärung wird eng mit der Wirtschaftskammer BL und der Handelskammer beider Basel zusammengearbeitet. Die Resultate sollen bis spätestens Ende 2014 zur Verfügung stehen und werden anschliessend genutzt, um die regionale Bildungsstrategie im Bereich der höheren Berufsbildung auf den kantonalen Bedarf abzustimmen.

Bereits in Planung ist, die ehemalige Informatikausbildung auf der Stufe Höhere Fachschulen dem aktuellen Bedarf anzupassen. Dabei wird davon ausgegangen, dass 2015 ein neuer Rahmenlehrplan Informatik zur Verfügung stehen wird, so dass ab 2016 die Höhere Fachschule für Informatik und Kommunikationstechnologie (HF ICT) strukturell und inhaltlich an die bereits überarbeitete Modularisierung der Grundbildung im Beruf Informatiker/in EFZ angepasst sein wird. Auch aprentas erarbeitet derzeit die Grundlagen für eine neue «Höhere Fachschule Chemie» auf der Grundlage des Rahmenlehrplans Höhere Fachschule Technik, Fachrichtung Systemtechnik. Die Einführung wird 2015 oder 2016 erfolgen. Gemäss Planung wird der Landrat die Ratifizierung der «Interkantonalen Vereinbarung über Beiträge an Bildungsgänge der Höheren Fachschulen» (HFSV) voraussichtlich noch 2014 verabschieden. Ziel ist, dass 2015 auch der Kanton Basel-Landschaft der HFSV beitrifft. Damit kann das Abkommen einen wichtigen Beitrag zur Förderung der höheren Berufsbildung leisten, gleichzeitig wird dadurch ein bedeutender Beitrag zu Schwerpunkten der Strategie «Innovation und Wertschöpfung» geleistet.

Kooperationsinitiative Museen (KIM.bl)

Nach dem erfolgreichen Abschluss des in enger Zusammenarbeit mit ausgewählten Regionalmuseen und dem Kulturgüterschutz entwickelten Kooperationsprojektes zur langfristigen Erschliessung, Sicherung und Bewahrung der kultur- und naturhistorisch wertvollen Güter im Kanton Basel-Landschaft soll KIM.bl in einer dreijährigen Verstetigungsphase in den laufenden Betrieb überführt werden. Parallel dazu läuft die Mitarbeit im EU-Forschungsprojekt EEXCESS weiter, das zum Ziel hat, digital erschlossene kulturgeschichtliche Inhalte im Internet gezielter an interessierte User zu bringen.

Beratung und Unterstützung im Bereich Sport

Das Sportamt verstärkt seine Beratungs- und Unterstützungsleistungen, insbesondere in den Bereichen Jugend + Sport, Erwachsenensport, Schulsport, Vereinssport, Sport in der kantonalen Verwaltung, Sportförderung der Gemeinden und in der Beratung im Sportanlagenbau. Um die Anzahl sportlich aktiver Personen zu steigern, sollen zudem neue Sportförderangebote entwickelt und umgesetzt werden.

5. Konjunkturelle Rahmenbedingungen

Die Schweizer Wirtschaft ist etwas weniger dynamisch ins neue Jahr gestartet als erwartet. Enttäuschend verlief im ersten Quartal insbesondere die Investitionstätigkeit der Unternehmen. Die binnen- und aussenwirtschaftlichen Unsicherheiten lassen die Investoren nach wie vor vorsichtig agieren. Mit der zunehmenden Kapazitätsauslastung, guten Auftragslage und wieder an Dynamik gewinnenden Weltkonjunktur dürfte die Investitionstätigkeit im restlichen Jahresverlauf aber spürbar anziehen. Für das Gesamtjahr 2014 rechnet BAK Basel mit einem Schweizer BIP-Wachstum von +2.0% (analog Vorjahr 2013). Für das Budgetjahr 2015 wird eine leichte Beschleunigung des BIP-Wachstums auf +2.2% erwartet. Voraussetzung ist jedoch, dass die globale Erholung wie derzeit erwartet weiter voranschreitet. Durch die hiermit verbundenen positiven Nachfrageeffekte und die verbesserte Kapazitätsauslastung dürfte sich dies auch auf eine trotz der verbleibenden Unsicherheiten verstärkte Investitionstätigkeit der Unternehmen übertragen. Auch für den privaten Konsum gibt sich der Ausblick robust. Ein dämpfender Effekt ist 2015 hingegen von den Bauinvestitionen zu erwarten.

Die Aussichten des Kantons Basel-Landschaft für das Jahr 2014 liegen mit einem erwarteten Wachstum von +2.0% im gesamtschweizerischen Durchschnitt. Damit kann der Kanton nach der schwachen Entwicklung der Jahre 2012 und 2013 wieder zum nationalen Durchschnitt aufschliessen. Grund für dieses freundliche Bild ist einerseits die chemisch-pharmazeutische Industrie, welche im Zuge der weltweiten Konjunkturbelebung eine kräftige Beschleunigung erfahren und im Jahr 2014 um beinahe 4% wachsen dürfte. Darüber hinaus sollte die Investitionsgüterindustrie die Trendwende schaffen und zum ersten Mal seit 2012 nicht schrumpfen. Dies ist auch der erhöhten Auslandsnachfrage geschuldet. Zudem dürfte auch der tertiäre Sektor um 2% zulegen, so profitiert insbesondere der Grosshandel von der Belebung des Aussenhandels. Auch der Ausblick für die kommenden Jahre bleibt freundlich. Für das Budgetjahr 2015 wird ein BIP-Wachstum von +2.2% prognostiziert. Somit wird die Baselbieter Wirtschaft in den kommenden Jahren im Bereich des gesamtschweizer Mittels expandieren.

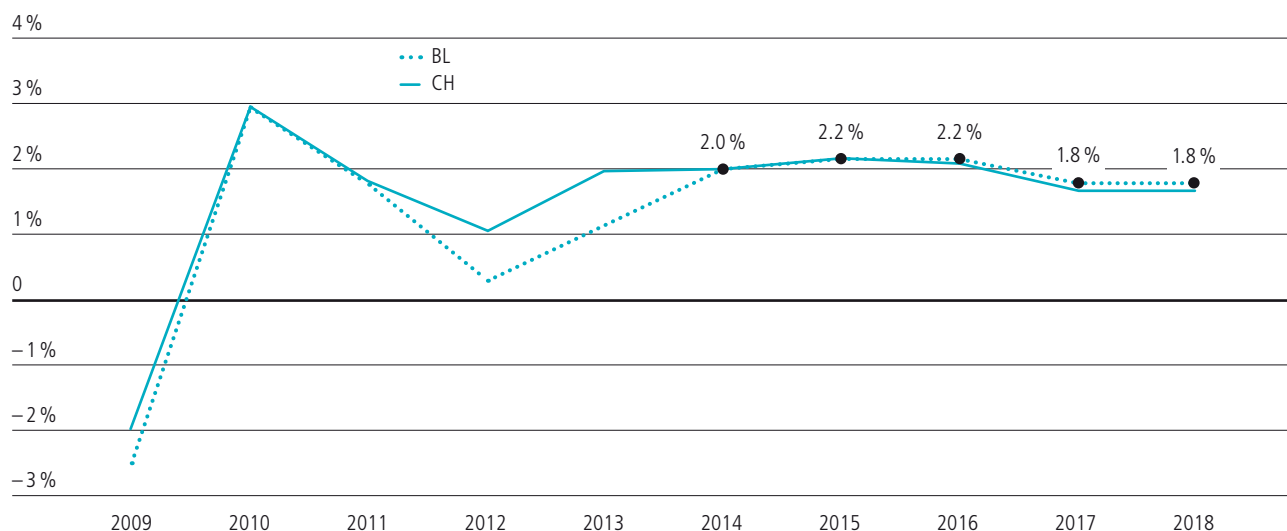
Tabelle 8: Volkswirtschaftliche Eckwerte (Stand Juli 2014)

in %	2014	2015	2016	2017	2018
Bruttoinlandsprodukt CH real	2.0	2.2	2.1	1.7	1.7
Bruttoinlandsprodukt BL real	2.0	2.2	2.2	1.8	1.8
Teuerung (Konsumentenpreise CH)	0.1	0.7	1.5	1.5	1.5
Arbeitslosenquote	3.2	3.0	2.9	2.8	2.9
Langfristige Zinsen (Kapitalmarkt)	0.8	1.0	1.2	1.8	2.5
Kurzfristige Zinsen (Geldmarkt)	0.0	0.0	0.1	0.6	1.5

Quelle: BAKBASEL

Abbildung 5: Prognosen BIP real (Stand Juli 2014)

Quelle: BAKBASEL



6. Einfluss der Bundespolitik

6.1 Finanzpolitik

Gemäss vorliegender Hochrechnung per Ende Juni 2014 dürfte die Finanzierungsrechnung des Bundes im laufenden Jahr 2014 weitgehend ausgeglichen abschliessen. Budgetiert war ein kleiner Überschuss von CHF 0.1 Mrd. Das eidgenössische Finanzdepartement erwartet zwar hohe Mindereinnahmen (CHF -2.0 Mrd.), diese können aber durch fast ebenso umfangreiche Minderausgaben (CHF -1.9 Mrd.) kompensiert werden. Die tieferen Einnahmen sind zum grössten Teil auf die direkte Bundessteuer zurückzuführen (Mindereinnahmen im Umfang von CHF -1.4 Mrd.). Ausgabenseitig summieren sich Kreditreste auf, insbesondere die nicht mehr nötige Einlage in den Gripenfonds (CHF -0.3 Mrd.) und der Kantonsanteil an der direkten Bundessteuer (CHF -0.2 Mrd.). Unter Einschluss nicht budgetierter ausserordentlicher Einnahmen im Umfang von CHF 0.1 Mrd. resultiert ein geschätztes Finanzierungsergebnis von CHF 0.1 Mrd. (analog Budget 2014).

Für das Jahr 2015 sieht der Bundesrat einen Überschuss von rund CHF 0.5 Mrd. vor. Im Finanzplan 2016–2018 steigen die Überschüsse sogar auf bis zu CHF 2.8 Mrd. an. Der Anstieg der Überschüsse muss allerdings relativiert werden: In der Planung sind verschiedene wichtige Reformvorhaben noch nicht enthalten, insbesondere die Unternehmenssteuerreform III, zu deren Finanzierung Überschüsse notwendig sind. Zudem geht der Bundesrat davon aus, dass das vom Parlament blockierte Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspaket 2014 (KAP 2014) vollständig umgesetzt wird. Überdies plant der Bundesrat im Hinblick auf die nächste Legislaturplanung eine neue finanzpolitische Prioritätenordnung zu definieren und in diesem Rahmen die Mittelausstattung der bedeutenden mehrjährigen Finanzbeschlüsse zu überprüfen (Bildung, Forschung und Innovation, Landwirtschaft, Entwicklungszusammenarbeit, Armee, regionaler Personenverkehr).

6.2 Finanzausgleich zwischen Bund und Kantonen

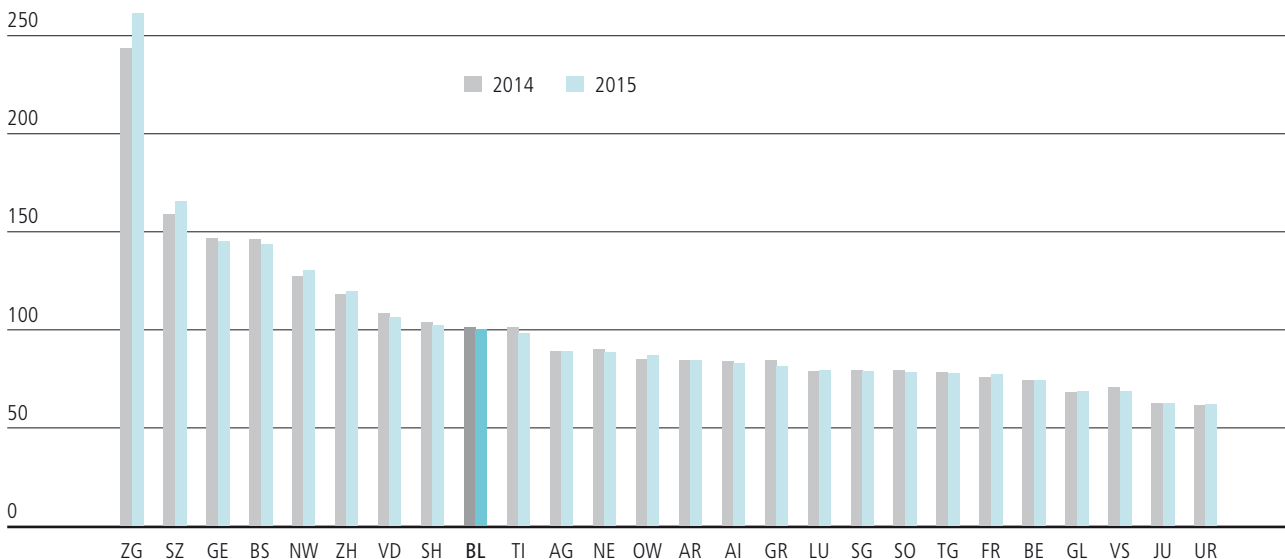
Im Juni 2014 hat die eidgenössische Finanzverwaltung die Ausgleichszahlungen der einzelnen Kantone für das Jahr 2015 ermittelt. Zentrale Steuerungsgrösse im Finanzausgleich ist der Ressourcenindex. Dieser ist für den Kanton Basel-Landschaft von 101.6 auf 100.1 leicht gesunken. Mit Ausnahme der beiden Jahre 2011 und 2013 gehört Baselland seit der Einführung des neuen Finanzausgleichs (im Jahr 2008) stets der Gruppe der ressourcenstarken Kantone an. Im Kanton Basel-Landschaft basiert das Ressourcenpotenzial im Wesentlichen auf den massgebenden Einkommen der natürlichen Personen und den massgebenden Gewinnen juristischer Personen. Der Ressourcenindex 2015 basiert auf den Bemessungsjahren 2009 bis 2011 und spiegelt die wirtschaftliche Situation der Kantone in diesen Jahren wider. Die Mehrheit der Kantone verzeichnet 2015 einen Rückgang des Ressourcenindex. Am stärksten fällt dieser Rückgang in Graubünden und in Basel-Stadt aus. Ressourcenstärkster Kanton bleibt Zug, ressourcenschwächster Kanton bleibt Uri.

Nachfolgende Grafik illustriert die Veränderung der Ressourcenindizes von 2014 zu 2015.

Abbildung 6: Ressourcenindex 2014 und 2015

Ressourcenindex NFA, in Prozent

Quelle: EFV



Unter Berücksichtigung des Härteausgleichs (CHF 4.3 Mio.) ergibt sich mit dem Ressourcenausgleich (CHF 0.7 Mio.) eine Ausgleichszahlung von über CHF 4.9 Mio., resp. CHF 18 pro Einwohner. Somit ist der Gesamtaufwand für den Kanton im Vergleich zum Vorjahr um CHF 6.8 Mio. zurückgegangen. Absolut betrachtet bleibt der Kanton Zürich mit CHF 417.0 Mio. grösster Geberkanton und der Kanton Bern bleibt mit CHF 1'233.4 Mio. grösster Nehmerkanton.

7. Kantonale Rahmenbedingungen

7.1 Kantonaler Finanzausgleich

Der geltende Finanzausgleich, welcher per 2010 eingeführt wurde, besteht aus den folgenden vier Elementen: Horizontaler Finanzausgleich, Sonderlastenabgeltung, Zusatzbeiträge und Einzelbeiträge. Der horizontale Finanzausgleich sowie die Zusatz- und Einzelbeiträge werden von den Gemeinden selbst alimentiert und haben daher keinen Einfluss auf die Kantonsfinanzen. Die Sonderlastenabgeltungen werden vom Kanton an Gemeinden mit überdurchschnittlichen Lasten in den Bereichen Bildung, Sozialhilfe und Nicht-Siedlungsfläche ausgerichtet. Sie sind abhängig von der Verteilung der Lasten unter den Gemeinden sowie von den Grenzkosten in diesen drei Bereichen. In den letzten fünf Jahren betragen die Sonderlastenabgeltungen zwischen CHF 22.3 Mio. und CHF 23.6 Mio.

Diejenigen Gemeinden, welche den Finanzausgleich alimentieren (Gebergemeinden), sind mit dem geltenden Finanzausgleich nicht einverstanden. Sie haben im Jahr 2010 eine Initiative eingereicht, welche u.a. dazu geführt hat, dass die Maximalbelastung der finanzstärksten Gebergemeinden mittels einer ersten Gesetzesrevision per 2012 auf 17% ihrer Steuerkraft begrenzt wurde. Die Initiative fordert aber auch die Abschaffung der Zusatzbeiträge und ist daher nicht vollständig umgesetzt. Die Initiativgemeinden haben die Initiative aber sistiert, damit die Konsultativkommission Aufgabenteilung und Finanzausgleich (KKAF) Zeit hat, eine weitere FAG-Revision in die Wege zu leiten. Die KKAF arbeitet zurzeit (September 2014) intensiv daran. Vorgesehen ist, dass die FAG-Revision im Oktober 2014 in die Vernehmlassung gegeben werden kann. Bereits anfangs September 2014 wird das Gemeindestrukturengesetz, welches u.a. die Schaffung von Regionalkonferenzen vorsieht, in die Vernehmlassung gegeben. Das Gemeindestrukturengesetz hat keinen direkten Einfluss auf den Finanzausgleich, soll aber dazu beitragen, dass vermehrt regional gedacht wird und somit die Abhängigkeit der ländlichen Gemeinden vom Finanzausgleich verringert werden kann. Auch ist denkbar, dass der Finanzausgleich zu einem späteren Zeitpunkt nicht mehr nur in die Gemeinden, sondern auch in die Regionen ausgerichtet werden kann.

7.2 Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden

Zusammen mit dem Finanzausgleich werden auch der Gemeindeanteil an den Ergänzungsleistungen sowie die Kompensationsleistung für Aufgabenverschiebungen verfügt. Diese beiden Zahlungen sind Folge der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden.

Bei den Ergänzungsleistungen (EL) bezahlten die Gemeinden bis anhin 32% des kantonalen Nettoaufwands des Vorjahres. Am 8. Juli 2014 hat der Regierungsrat eine Vorlage in die Vernehmlassung gegeben, welche diesen pauschalen Verteilschlüssel zwischen Kanton und Gemeinden per 2015 aufheben will. Neu sollen die Gemeinden die EL im Bereich Altersversorgung tragen und der Kanton die EL im Bereich der Invalidität. Dadurch bezahlen der Kanton und die Gemeinden die EL in demjenigen Bereich, in welchem sie auch ansonsten zuständig sind. Somit wird die fiskalische Äquivalenz hergestellt. Diese Neuaufteilung der EL-Kosten hat den grossen Vorteil, dass Kostendämpfungsmaßnahmen zu 100% derjenigen Staatsebene zugute kommen, welche diese Massnahmen in ihrem Bereich eingeleitet hat.

Im Fall der Pflegenormkosten, welche die Gemeinden seit dem Jahr 2011 bezahlen müssen, ist es zu einer Entlastung der EL im Altersbereich gekommen, von welcher neben den Gemeinden auch der Kanton nach geltendem EL-Verteilschlüssel zu 68% profitiert. Die Gemeinden verlangen daher eine Kompensation im Umfang der Kantonsentlastung. Solche Diskussionen sind nach der Neuregelung der EL-Finanzierung nicht mehr nötig. Für die Jahre 2011 bis 2014 sieht die erwähnte Vorlage aber vor, dass der Kanton den Gemeinden seine errechnete EL-Einsparung von CHF 30 Mio. je hälftig im 2015 und im 2016 vergütet, so wie dies bereits bei der Einführung der Pflegenormkosten (Landratsvorlage 2010-293) in Aussicht gestellt wurde. Kurzfristig kommt es daher zu einer Mehrbelastung für den Kanton. Mittel- bis langfristig hat die Herstellung der fiskalischen Äquivalenz aber zur Folge, dass Kosten gespart werden, da die finanzielle Steuerung besser wahrgenommen werden kann.

Die Kompensationsleistungen werden ausgerichtet für Aufgabenverschiebungen zwischen Kanton und Gemeinden: Diejenige Staatsebene, welche eine Aufgabe von der anderen Staatsebene übernimmt, erhält dafür eine Kompensation. Aktuelles Beispiel ist die Kompensationsleistung für die Übernahme des 6. Primarschuljahres durch die Gemeinden auf das Schuljahr 2015/2016 hin (HarmoS). Die entsprechende Landratsvorlage wurde am 25. März 2014 überwie-

sen (2014-089). Der Kanton wird demzufolge zur Kompensation dieser Aufgabenverschiebungen im Jahr 2015 einen Betrag von CHF 14.54 Mio. leisten. Ab dem Jahr 2016 steigt dann dieser Betrag auf CHF 34.89 Mio. Die Kompensation erfolgt nach der Anzahl der Primarschüler.

7.3 Reform der BLPK

Anlässlich der Volksabstimmung vom 22. September 2013 stimmte das Baselbieter Volk der Reform der beruflichen Vorsorge des Kantonspersonals des Kantons Basel-Landschaft zu. Somit wird die Basellandschaftliche Pensionskasse (BLPK) per 31. Dezember 2014 zu 100% ausfinanziert, wobei der Kanton neben seinem eigenen Anteil zusätzlich auch jenen der Kantonalen Spitalbetriebe sowie zur Hälfte den Anteil des UKBB übernehmen wird. Der auszufinanzierende Betrag in der Höhe von CHF 1'352.4 Mio. wird in der Bilanz 2014 passiviert und der Erfolgsrechnung des Jahres 2014 belastet, was entsprechend budgetiert ist (LRV 2013-250).

Parallel zur Beratung der Vorlage zur Reform der BLPK in den parlamentarischen Kommissionen reichten 28 Einwohnergemeinden am 8. April 2013 die formulierte Gemeindeinitiative (Gesetzesinitiative) «Ausfinanzierung der Basellandschaftlichen Pensionskasse» ein. Diese Initiative verlangte, dass der Kanton die Ausfinanzierungsschulden aller angeschlossenen Arbeitnehmenden – also nicht nur diejenigen der Gemeinden – à *fonds perdu* übernehmen soll. Dies hätte bedeutet, dass der Kanton neben seiner eigenen Schuld bei der BLPK sowie derjenigen der Spitalbetriebe zusätzlich die Schuld aller anderen der BLPK angeschlossenen Arbeitgebenden in der Höhe von CHF 872.7 Mio. ausfinanzieren muss, insgesamt also CHF 2'225.1 Mio. (Zahlenbasis 31. Dezember 2012).

Der als Antwort auf die Gemeindeinitiative präsentierte Gegenvorschlag beinhaltete als Kompromiss die Übernahme der Ausfinanzierungskosten für die GemeindelehrerInnen (Primar- und MusikschullehrerInnen) in der Höhe von CHF 276.1 Mio. Dieser Vorschlag wurde vom Baselbieter Stimmvolk anlässlich der Volksabstimmung vom 18. Mai 2014 angenommen. Mit Stand 31. Dezember 2013 beträgt der Fehlbetrag, welcher durch den Kanton ausfinanziert wird, insgesamt ca. CHF 1'603 Mio.

Tabelle 9: Gesamte Verbindlichkeit gegenüber der BLPK (Stand per 31. Dezember 2013)

in Mio. CHF		Bemerkungen
Forderungen		
Forderung Kanton	998.59	Deckungslücke per 31.12.2013
Forderung Kantonsspital BL	200.53	Deckungslücke per 31.12.2013
Forderung Psychiatrie BL	68.43	Deckungslücke per 31.12.2013
Forderung UKBB (1/2)	24.47	½ Deckungslücke per 31.12.2013
Garantiefall auf Annuität	16.09	Garantiefall auf Annuität per 31.12.2011 (gemäss LRV betreffend Garantieleistungen des Kantons (2013-231))
Garantiefall auf Forderung (Verbindlichkeit)	18.75	Garantiefall auf Forderungen per 31.12.2011 (gemäss LRV betreffend Garantieleistungen des Kantons (2013-231))
Total 1	1'326.86	
Gegenvorschlag Gemeindeinitiative	276.10	geplant
Total 2	1'602.96	Verbindlichkeit gegenüber BLPK

Gemäss dem per 1. Januar 2015 in Kraft tretenden Gesetz über die berufliche Vorsorge durch die Basellandschaftliche Pensionskasse (Pensionskassengesetz) und dem darin verankerten Prinzip der Vollkapitalisierung ist die BLPK am Vortag des Inkrafttretens dieses Gesetzes zu 100% auszufinanzieren. Demzufolge hat die BLPK gegenüber dem Kanton per 1. Januar 2015 eine Forderung in Höhe des durch den Kanton zu tragenden Betrages. Gemäss § 15 Absatz 2 des Pensionskassengesetzes amortisiert der Kanton diese Forderung in Teilschritten in spätestens 10 Jahren ab Inkrafttreten des Pensionskassengesetzes.

Im letzten Finanzplan 2014–2017 (LRV 2013-330) wurde davon ausgegangen, dass die Rückzahlung der Schuld in 10 gleichmässigen Jahrestanchen erfolgt. Dabei wurde unterstellt, dass jeweils zu Beginn des Jahres Fremdkapital mittels mehrjährigen Anleihen in der Höhe einer Jahrestanche aufgenommen wird (Annahme: Zinssatz 2%) und die Verzinsung der Restforderung gegenüber der BLPK zu einem Zinssatz von 3% (technischer Zinssatz) erfolgt. Die daraus resultierenden Zinskosten (Refinanzierung, Verzinsung Restforderung BLPK) für das Jahr 2015 bezifferten sich auf CHF 39.2 Mio. Mit der Annahme des Gegenvorschlags zur Gemeindeinitiative erhöhte sich die Verbindlichkeit des Kantons gegenüber der BLPK um CHF 276 Mio. Nach dem im Finanzplan 2014–2017 unterstellten Rückzahlungsmodell erhöht sich dadurch die Gesamtbelastung im Jahr 2015 um CHF 8 Mio. auf CHF 47.2 Mio.

Die FKD hat sich mit der BLPK darauf geeinigt, dass die gesamte Verbindlichkeit vollumfänglich im Jahr 2015 beglichen werden soll, was für den Kanton günstiger ist, da die Verzinsung der Restforderung stark reduziert werden kann. Zudem wird die Refinanzierung zu wesentlich tieferen Zinsen erfolgen können, als dies im Finanzplan 2014–2017 angenommen wurde. Die daraus resultierenden Zinskosten (Refinanzierung, Verzinsung Restforderung BLPK) betragen für das Jahr 2015 CHF 28.1 Mio. und wurden ins Budget aufgenommen. Gegenüber der ursprünglichen Planung von CHF 47.2 Mio. kann also die Belastung der Erfolgsrechnung im Budget 2015 um CHF 19.1 Mio. gesenkt werden.

Mit der Reform der BLPK ändern sich die Arbeitgeberbeiträge. Der Mehraufwand für die gesamte Verwaltung beträgt rund CHF 5.7 Mio. Des Weiteren wurden auch die Rückforderungen der Arbeitnehmerbeiträge sowie die Einsparungen bei den Rententeuerungen der Spitalbetriebe durch den Kanton ins Budget 2015 aufgenommen. Die Arbeitnehmenden beteiligen sich an der Reform der Pensionskasse, indem während 20 Jahren das Beitragsverhältnis AN/AG von 40/60 auf 45/55 umgestellt wird. Da der Kanton den Spitalbetrieben die Deckungslücke finanziert, hat er ein Anrecht auf die 5% (Schlüsseländerung) des Amortisationsbeitrages, den die Arbeitnehmenden in den Spitalbetrieben leisten. Zudem wird in der 20-jährigen Amortisationsphase auch der Teuerungsbeitrag für die Rentenbeziehenden, welcher der Arbeitgeber bezahlen muss, gesenkt. D.h., der Teuerungsfonds wird entsprechend weniger geöffnet (zu Lasten der aktuellen und zukünftigen Rentner). Die Höhe des gesamten Mehrertrages aus dem Bereich der Spitalbetriebe beträgt CHF 5.9 Mio.

Zur finanziellen Unterstützung der übrigen der BLPK angeschlossenen Arbeitgebenden wurde mit der BLKB eine Finanzierungslösung erarbeitet (Pooling). Der Regierungsrat hat zudem den Rechtsrahmen für die Ausrichtung der Garantien beschlossen. Zurzeit läuft die Erhebung der Pooling- und Garantiebedürfnisse bei den angeschlossenen Arbeitgebenden. Ziel ist es, bis Ende Oktober 2014 von allen Arbeitgebenden einen geprüften Entscheid hinsichtlich deren Finanzierung des Fehlbetrages (eigene Mittel, Pooling, Forderungsmodell) vorliegen zu haben. Der Kanton bürgt mit einer Kreditrisikogarantie für allfällige Ausfälle von Arbeitgebenden gegenüber der BLKB im Bereich Pooling, ebenso haftet er für die Ansprüche der BLPK gegenüber den Arbeitgebenden im Forderungsmodell (Garantie), falls diese ihren Verpflichtungen nicht mehr nachkommen können. Das Total der Restkredite der BLKB (offene Kreditsicherungs garantien) per Bilanzstichtag wird als Eventualverpflichtung im Anhang der Staatsrechnung ausgewiesen (erstmalig per 31. Dezember 2014), ebenso die Restforderungen der BLPK aus den offenen Garantien.

Die Finanzierung des Fehlbetrages der Basellandschaftlichen Pensionskasse (BLPK) führt im Bereich Kinder-, Schul- und Jugendheimen, Sonderschulen, Wohnheimen, Werk- und Tagesstätten der Behindertenhilfe sowie der übrigen anerkannten Einrichtungen bzw. Organisationen mit Leistungsvereinbarung der BKSD zu Mehrausgaben des Kantons aufgrund der Erhöhung der Leistungspauschalen. Die BKSD rechnet mit Mehrausgaben für das Jahr 2015 von CHF 8.175 Mio., welche vom Landrat anlässlich der Beratung der Vorlage zu den Budgetanträgen (LRV 2014-250_01-09) am 10./11. Dezember 2014 bewilligt wurden.

8. Entlastungen im Budget

8.1 Entlastungspaket 12/15

Die Umsetzung des Entlastungspaketes 12/15 läuft seit 2012. Die bis Budget 2015 realisierbaren Entlastungen belaufen sich kumuliert auf CHF 102 Mio.

Tabelle 10: Stand Umsetzung Entlastungspaket 12/15 im Budget 2015 und Finanzplan

in Mio. CHF	2012–2013	Budget 2014	Budget 2015	2012–2015	2016	2012–2016
Entlastungsziel	118	62	0	180	0	180
Entlastungswirkung	76	42	-16	102	0	102
Differenz zum Entlastungsziel	-42	-20	-16	-78	0	-78

In einigen Bereichen zeigt es sich nun, dass die Entlastungswirkung zu Beginn zu optimistisch formuliert wurde. Zwar lassen sich auch Bereiche aufzeigen, in welchen gegenüber der bisherigen Planung Zusatzentlastungen erzielt wurden, diese zwei Effekte heben sich allerdings nicht auf. Vielmehr überwiegt die fehlende Entlastungswirkung. Zudem führen nicht alle seit 2012 geplanten Entlastungen zu konkreten Massnahmen mit einem exakten Entlastungsbetrag und einem definierten Termin.

Betreffend Zielabweichung sind zwei Effekte zu beachten:

1. Die Abweichung zum Budget 2014
2. Die Abweichung zum Ziel des EP 12/15

Zu 1: Im Budget 2014 war eine kumulierte Entlastung von CHF 118 Mio. eingestellt. Im Budget 2015 sind Entlastungen von CHF 102 Mio. eingesetzt. Zur Reduktion der Entlastungswirkung um rund CHF 16 Mio. trugen 37 Massnahmen mit Minderentlastungen im Umfang von CHF 24 Mio. und 47 Massnahmen mit höheren Entlastungen im Umfang von CHF 8 Mio. bei.

Tabelle 11: Wesentliche Massnahmen mit einer geringeren Entlastungswirkung

in Mio. CHF	
Ü-2 «Optimierung im Personalwesen»	-10.5
FKD-3 «Anpassung Ergänzungsleistungen zu AHV/IV (Vermögensverzehr)»	-7.6
FKD-4 «Neuregelung Anspruch auf Prämienverbilligung für junge Erwachsene»	-1.0
VGD-3 «Regressforderungen im KVG-Bereich (Haftung Dritter für Spitalbehandlungen)»	-0.7
BUD-4 «Reduktion des Aufwands für Instandhaltung Gebäude und Umgebung»	-0.6
SID-1 «Projekt FOCUS: Verzicht auf die Führung eines Amtsnotariats und vollständige Reorganisation der Behörden im Zivilrecht»	-0.6

Trotz des Rückgangs des Entlastungsumfangs insgesamt gegenüber dem Budget 2014 konnten im Budget 2015 bezogen auf einzelne Massnahmen auch bedeutende zusätzliche Entlastungen realisiert werden:

Tabelle 12: Wesentliche Massnahmen mit einer höheren Entlastungswirkung

in Mio. CHF	
VGD-neu-5 «Gemeinwirtschaftliche Leistungen Kantonsspital BL»	+1.4
FKD-KI-13 «Finanz- und Lastenausgleich»	+0.9
BKSD-4 «Erhöhung der Pflichtlektionen der Fachlehrer Sek.-Schule»	+0.9
SID-1 «Projekt Focus, Teil Raumeinsparungen»	+0.6
Ü-8-BKSD «Reduktion Subventionen durch neue Berechnungsgrundl.»	+0.6
Ü-1/Ü-4-VGD «Revisionen Fischerei- und Jagdgesetz»	+0.4

Zu 2: Insgesamt liegt die nachhaltige Entlastungswirkung rund CHF 78 Mio. hinter der Zielsetzung von CHF 180 Mio. zurück. Die wesentlichen Gründe hierfür sind:

- Bei den direktionsübergreifenden Massnahmen insgesamt kann die geplante Entlastungswirkung nicht erreicht werden.
- Zahlreiche dem Volk und dem Landrat unterbreitete Vorlagen zum Entlastungspaket wurden abgelehnt. Aus den in der Kompetenz von Volk und Landrat liegenden Entlastungsmassnahmen wird per Ende 2015 per Saldo ein Betrag von rund CHF 30 Mio. nicht realisiert werden. So lehnte das Stimmvolk am 17. Juni 2012 das Entlastungsrahmengesetz im Umfang von rund CHF 26 Mio. ab. Davon beschloss der Landrat später in separat unterbreiteten Vorlagen rund CHF 7 Mio. Aus dem Entlastungsrahmengesetz resultiert somit eine Lücke von rund CHF 19 Mio. Weitere Vorlagen im Umfang von rund CHF 8 Mio. wurden vom Volk oder vom Landrat abgelehnt, konnten bisher noch nicht unterbreitet werden oder wurden mit tieferen Entlastungswirkungen beschlossen als ursprünglich geplant, u.a.:

in Mio. CHF	
BKSD-3 «Abgeltung der Standardkosten bei Sonderschulung durch den Schulträger»	-3.5
FKD-3 «Anpassung Ergänzungsleistungen zu AHV/IV (Vermögensverzehr)»	-7.6
BUD-1 «Senkung des Angebots an wenig wirtschaftlichen ÖV-Linien»	-1.7
BUD-KI-4 «Schlösser Wildenstein und Bottmingen, Gutshof Wildenstein, Änderung der Trägerschaft»	-0.7
VGD-Neu-4 «Erhebung von Gebühren für Tarifverfahren nach KVG»	-0.1
Weitere Massnahmen	-1.6

Die erwähnten Aspekte zeigen, dass einerseits die ursprünglich geplante Entlastungswirkung noch nicht vollständig erreicht werden konnte. Andererseits wird die Wirkung teilweise mit anderen als den im EP 12/15 zu Beginn geplanten Massnahmen erreicht. Dies zeigt die grosse, pragmatische und umfassende Arbeit, welche von den verantwortlichen Personen geleistet wurde.

Die Zielvorgabe, den Finanzhaushalt um CHF 180 Mio. zu entlasten, wird somit bis Budget 2015 aus den angeführten Gründen um rund CHF 78 Mio. unterschritten. Entsprechend ist das Defizit im kantonalen Staatshaushalt noch nicht beseitigt und es besteht die Notwendigkeit, den Staatshaushalt weiter zu entlasten. Um dieses Ziel zu erreichen, sieht der Regierungsrat ab 2016 weitere Massnahmen zur Sanierung des Finanzhaushalts vor. Dabei stehen die Bereiche Bildung, Gesundheit und Optimierungsmassnahmen in der gesamten Verwaltung im Vordergrund. Das Vorgehen wird im Finanzplan aufgezeigt.

Der Regierungsrat hat aufgrund der oben erwähnten Entwicklung nach einer finanziellen Lageanalyse im Rahmen der Vorbereitung zur Budgetrichtlinie zusätzliche Aufträge an die Direktionen erteilt mit dem Ziel, den Haushalt zusätzlich und nachhaltig zu entlasten (siehe nachfolgendes Kapitel 8.2).

8.2 Massnahmen zur Saldoentlastung im Budget 2015

Da das EP 12/15 nicht die geplante Wirkung gebracht hat, waren die Organisationseinheiten beauftragt, weitere Massnahmen zur Saldoverbesserung zu ergreifen und im Budget 2015 einzustellen. Dadurch konnte das Budget um insgesamt CHF 28.37 Mio. entlastet werden. Aus methodischen Gründen werden die Massnahmen zur Saldoverbesserung nicht ins Entlastungspaket 12/15 überführt, sondern separat ausgewiesen.

Rund CHF 7 Mio. haben nur finanzielle Auswirkungen auf das Budget 2015 und sind nicht nachhaltig. Es handelt sich dabei mehrheitlich um Reduktionen von ursprünglich geplanten Verpflichtungskredittranchen (Aufschub, Erstreckung).

Tabelle 13: Massnahmen zur Saldoverbesserung im Budget 2015

in Mio. CHF	Total	KB	FKD	VGD	BUD	SID	BKSD	GER
Nachhaltige Massnahmen	21.27	0.25	9.77	1.07	2.03	1.85	6.31	0.00
Nicht nachhaltige Massnahmen	7.10	0.00	1.35	0.07	0.85	0.00	4.83	0.00
Total	28.37	0.25	11.12	1.14	2.88	1.85	11.13	0.00
Vorgabe in der Budgetrichtlinie	50.50	0.40	6.32	10.46	2.86	1.82	28.43	0.39
Abweichung	-22.13	-0.15	4.80	-9.32	0.20	0.03	-17.30	-0.39

Ca. CHF 21.3 Mio. sind nachhaltige Massnahmen, welche über das Budgetjahr hinaus wirken. Es handelt sich dabei einerseits um viele Kleinstpositionen im Sachaufwand aber auch um grössere Positionen. Die wichtigsten sind:

- Erhöhung Verzugszins auf Steuern von 5% auf 6% CHF 3.50 Mio.
- Reduktion Vergütungszins auf Steuern von 0.5% auf 0.2% CHF 1.20 Mio.
- Senkung der Richtprämie der obligatorischen Kranken-
Pflegeversicherung für Erwachsene CHF 1.50 Mio.
- Reduktion finanzielle Belastung des Kantons für Stationäre
Drogentherapien (LRV in Vernehmlassung): CHF 0.30 Mio.
- Reduktion finanzielle Belastung des Kantons für
Kinder- und Jugendzahnpflege (LRV in Vernehmlassung): CHF 0.15 Mio.
- Optimierung Berufsfachschulen (*pro rata* Schuljahr 2015) CHF 0.69 Mio.
- Abbau Altersentlastung Lehrpersonen (*pro rata* Schuljahr 2015) CHF 0.67 Mio.
- Reduziertes Wachstum Trägerbeiträge an FHNW CHF 1.70 Mio.
- Spezielle Förderung an Privatschulen CHF 1.10 Mio.

Insgesamt wurde die anvisierte Zielsetzung von CHF 50.5 Mio. nicht erreicht. Die BKSD und die VGD konnten die Zielvorgaben der Budgetrichtlinie mit namhaften Abweichungen nicht erfüllen. Bei beiden Direktionen wirken einzelne, vom Regierungsrat beschlossene Massnahmen nicht oder noch nicht vollumfänglich im Budget 2015, sondern erst in der Finanzplanperiode ab 2016. Die aus diesen Massnahmen resultierenden Entlastungen von ca. CHF 9 Mio. sind im Finanzplan 2015–2018 eingestellt.

9. Defizitbremse

Die Defizitbremse hilft, den Finanzhaushalt ausgeglichen zu gestalten, wie es die Kantonsverfassung vorschreibt. Ihr Ziel ist es, die Ausgaben in der jährlichen Staatsrechnung kleiner zu halten als die Einnahmen. Sie entfaltet ihre Wirkung bereits im Budgetprozess und ihre Anwendung wird jedes Jahr neu geprüft.

Weist das Jahresbudget ein Defizit auf, soll dies in erster Linie durch Verzicht auf Ausgaben eliminiert werden. Gelingt dies nicht, wird der Fehlbetrag aus dem Eigenkapital des Kantons gedeckt, solange dessen Bestand nicht unter CHF 100 Mio. fällt. Reicht das Eigenkapital nicht aus, muss der Landrat eine befristete Steuererhöhung festlegen. Diese Steuererhöhung gilt nur für die betroffene, defizitäre Jahresrechnung und ist abhängig von der Höhe des Defizits. Die Erhöhung des Steuerfusses betrifft nur die Kantonssteuer. Die Gemeindesteuer wird davon nicht berührt.

Weist das Budget einen Überschuss aus, welcher nicht ins Eigenkapital fliessen muss (wenn dieses mehr als CHF 250 Mio. beträgt) und der Selbstfinanzierungsgrad mehr als 75% beträgt, kann der Landrat den Steuerfuss um maximal 5% senken. Im Gegensatz zur Steuererhöhung ist die Steuersenkung für das Parlament aber freiwillig.

Gemäss Landratsbeschluss vom 16. Mai 2013 ist die Ausfinanzierung der BLPK von den Bestimmungen zur Defizitbremse ausgenommen und wird im Eigenkapital ausserhalb der Defizitbremse ausgewiesen.

Der Voranschlag 2015 entspricht den Bestimmungen zur Defizitbremse. Mit CHF 251 Mio. verbleibt das Eigenkapital innerhalb der Defizitbremse deutlich über der CHF 100-Mio.-Grenze.

Abbildung 7: Eigenkapital innerhalb Defizitbremse

in Mio. CHF

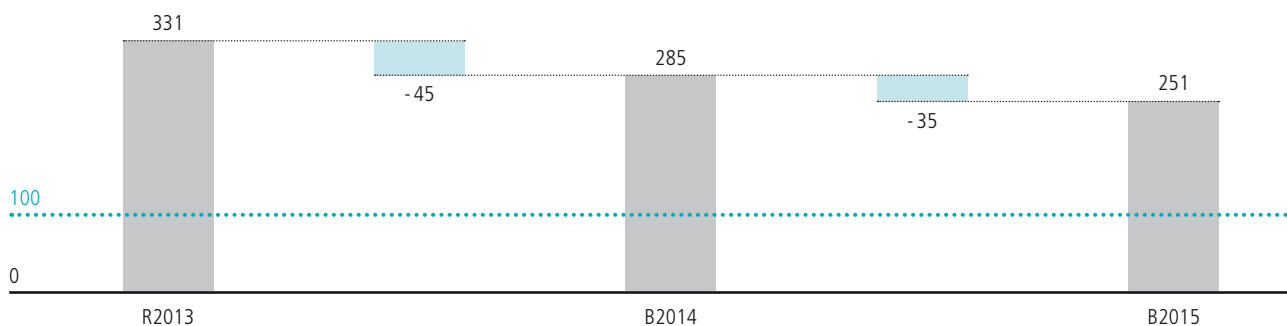
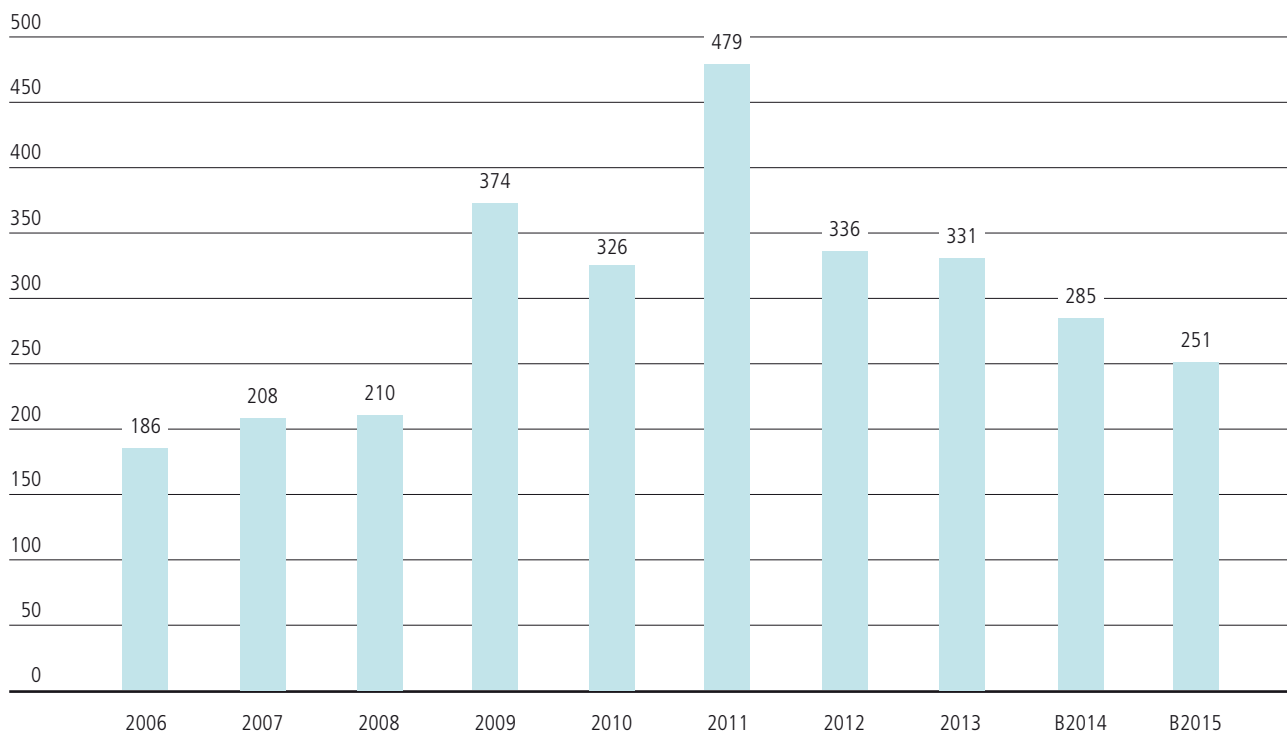


Abbildung 8: Entwicklung Eigenkapital

Eigenkapital innerhalb Defizitbremse, in Mio. CHF



Ab 2009 wird nur noch das Eigenkapital innerhalb der Defizitbremse ausgewiesen. Im Abschluss 2011 erfolgte mit der bilanzwirksamen Aufwertung infolge Neubewertung der Grundstücke im Verwaltungsvermögen (Restatement II) eine Aufstockung im Umfang von CHF 232 Mio.

10. Der Voranschlag im Überblick

10.1 Kennzahlen

Die Entwicklung des Staatshaushaltes kann anhand von ausgewählten Finanzkennzahlen (Definition siehe Anhang, Kapitel 8) beurteilt werden. Dabei muss berücksichtigt werden, dass das Volkseinkommen auf Prognosewerten basiert (BAK Basel, Juli 2014), welche regelmässig aktualisiert werden. Bei den Kennzahlen können sich deshalb von Jahr zu Jahr kleine Veränderungen ergeben. Dies betrifft folgende Kennzahlen: Staats- und Steuerquote.

Am 25. Januar 2013 genehmigte die FDK (Konferenz der Kantonalen FinanzdirektorenInnen) in ihrer Plenarversammlung unter anderem die revidierte HRM2-Fachempfehlung Nr. 18 über die Finanzkennzahlen², da die Fassung aus dem Jahr 2008 Fehler und Lücken aufwies. Dies wurde nun korrigiert und einige Kennzahlen haben dadurch Änderungen in ihrer Definition erfahren. Die Kennzahlen in Tabelle 14 wurden gemäss den aktualisierten Definitionen berechnet. Gegenüber den Vorjahren können sich daher leichte Veränderungen ergeben.

Tabelle 14 gibt einen Überblick über die Kennzahlen, deren Entwicklung im Vergleich zum Budget 2014 nachfolgend kurz beschrieben wird.

Tabelle 14: Finanzkennzahlen

Finanzkennzahlen	2010 Rechnung	2011 Rechnung	2012 Rechnung	2013 Rechnung	2014 Budget	2015 Budget
Staatsquote	16.7%	18.8%	14.7%	15.1%	14.8%	14.8%
Steuerquote	8.9%	9.2%	9.2%	9.1%	9.4%	9.3%
Selbstfinanzierungsgrad	6.3%	0.2%	-90.2%	-8.0%	-418.6%	22.1%
Kapitaldienstanteil	2.8%	3.1%	3.0%	3.2%	3.0%	4.3%
Zinsbelastungsanteil	0.2%	0.3%	0.5%	0.3%	0.4%	1.4%
Investitionsanteil	7.2%	13.9%	7.5%	11.4%	6.2%	9.1%
Transferanteil	40.3%	37.8%	56.1%	55.3%	57.8%	58.9%
Nettoverschuldungsquotient	69.0%	87.8%	97.9%	92.3%	153.9%	159.9%
Nettoschuld I in TCHF	1'019'535	1'329'620	1'526'425	1'458'029	2'528'639	2'699'492
Nettoschuld I in TCHF / Einwohner	3.70	4.80	5.49	5.21	9.02	9.53

Bei der Beurteilung der Kennzahlen ist insbesondere zu berücksichtigen, dass sich die Einflüsse aus der Ausfinanzierung der Deckungslücke der BLPK ab 2014 niederschlagen.

Die *Staatsquote* bleibt im Vergleich zum Vorjahr stabil. Das heisst, der konsolidierte Gesamtaufwand wächst proportional gleich stark wie das Volkseinkommen.

Die *Steuerquote* fällt um 0.1 Prozentpunkte. Das heisst, dass sich der Fiskalertrag proportional etwas schwächer entwickelt als das Volkseinkommen.

Gemessen an den HRM2 Richtwerten, die nach Konjunkturlage differenziert sind (Aufschwung: 50%–80%, Normalfall: 80%–100%, Hochkonjunktur: >100%) ist der *Selbstfinanzierungsgrad* von 22.1% immer noch als ungenügend zu bezeichnen. Der Kanton kann seine Investitionen nicht aus eigenen Mitteln finanzieren. Aufgrund der Buchung des Bilanzfehlbetrages im Rahmen der Reform der BLPK resultiert im Budget 2014 ein Selbstfinanzierungsgrad von -418.6%. Ohne diesen Effekt würde der Selbstfinanzierungsgrad 19% betragen.

Der *Kapitaldienstanteil* steigt um 1.3 Prozentpunkte auf 4.3%. Die Zunahme ist vorwiegend auf die Reform der BLPK zurückzuführen. Die Kennzahl ist ein Mass für die Belastung des Haushalts durch die Kapitalkosten. Gemessen an den HRM2-Richtwerten ist diese Belastung als gering einzustufen.

geringe Belastung: <5%	tragbare Belastung: 5% – 15%	hohe Belastung: 15%
------------------------	------------------------------	---------------------

² <http://www.srs-cspp.ch/srscspp.nsf/vwBaseDocuments/HR5RS01?OpenDocument&lng=de>

Durch den steigenden Nettozinsaufwand (Reform BLPK) bei gleichzeitig sinkendem laufenden Ertrag (2014 sind die Auflösungen der Rückstellungen zur Ausfinanzierung der Deckungslücke budgetiert) resultiert eine Zunahme des *Zinsbelastungsanteils* um einen Prozentpunkt auf 1.4%. Die Kennzahl sagt aus, welcher Anteil des «verfügbaren Einkommens» durch den Zinsaufwand gebunden ist. Je tiefer der Wert, desto grösser der Handlungsspielraum. Gemessen an den HRM2-Richtwerten ist der aktuelle Wert dieser Kennzahl als gut einzustufen.

gut: 0%–4%	genügend: 4%–9%	schlecht: >9%
------------	-----------------	---------------

Der *Investitionsanteil* ist definiert als Bruttoinvestitionen in % der Gesamtausgaben. Er steigt rund 2.9 Prozentpunkte auf 9.1% an. Da sich die Bruttoinvestitionen auf dem Niveau des Vorjahres bewegen, ist die Zunahme des Investitionsanteils auf die Veränderung der Gesamtausgaben zurückzuführen. Diese sind im Vorjahr 2014 durch die einmalige, erfolgswirksame Buchung der Deckungslücke der BLPK ausserordentlich hoch und nehmen im Budget 2015 stark ab. Die Kennzahl zeigt die Aktivität im Bereich der Investitionen. Gemessen an den HRM2-Richtwerten weist der aktuelle Wert auf eine schwache Investitionstätigkeit hin.

schwach: <10%	mittel: 10%–20%	stark: 20%–30%	sehr stark: >30%
---------------	-----------------	----------------	------------------

Der *Transferanteil* steigt 1.1 Prozentpunkte auf 58.9%. Das heisst, der Anteil der Transferausgaben bezogen auf den konsolidierten Gesamtaufwand ist grösser geworden.

Die Zunahme des *Nettoverschuldungsquotienten* von 153.9% auf 159.9% ist darauf zurückzuführen, dass die Nettoschuld I (Fremdkapital abzüglich Finanzvermögen) proportional stärker zunimmt als die Fiskalerträge. Diese Kennzahl gibt an, welcher Anteil der Fiskalerträge, bzw. wie viel Jahrestranchen erforderlich wären, um die Nettoschulden abzutragen. Gemessen an den HRM2-Richtwerten ist der aktuelle Wert der Kennzahl als schlecht einzustufen.

gut: <100%	genügend: 100%–150%	schlecht: >150%
------------	---------------------	-----------------

Die Zunahme der *Nettoschuld I* führt trotz unterstelltem Bevölkerungswachstum zu einer Zunahme der *Nettoschuld I in CHF / Einwohner* auf CHF 9'530. Gleichzeitig wird aber im HRM2 dieser Kennzahl nur eine beschränkte Aussagekraft zubilligt, da es eher auf die Finanzkraft der Einwohner und nicht auf ihre Anzahl ankommt³. HRM2 gibt folgende Richtwerte vor:

gering: CHF 0-1'000	mittel: CHF 1'001-2'500	hoch: CHF 2'501-5'000	sehr hoch: >CHF 5'000
---------------------	-------------------------	-----------------------	-----------------------

Nachfolgend ist die Entwicklung des Staatshaushaltes anhand weiterer Kennzahlen grafisch aufgezeigt.

3 Zudem schränkt HRM2 die Aussagekraft der Richtwerte wie folgt ein: Sie gelten sowohl für Kanton als auch Gemeinden, aber nur dann, wenn die Aufgaben zwischen Gemeinden und Kanton ungefähr im Verhältnis 50:50 aufgeteilt sind. Ist die Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden anders, verschieben sich die Richtwerte entsprechend. Im Kanton Basel-Landschaft mit einem hohen Zentralisierungsgrad dürften die Richtwerte demnach höher liegen.

Abbildung 9: Entwicklung Selbstfinanzierungsgrad

Selbstfinanzierungsgrad, in Prozent

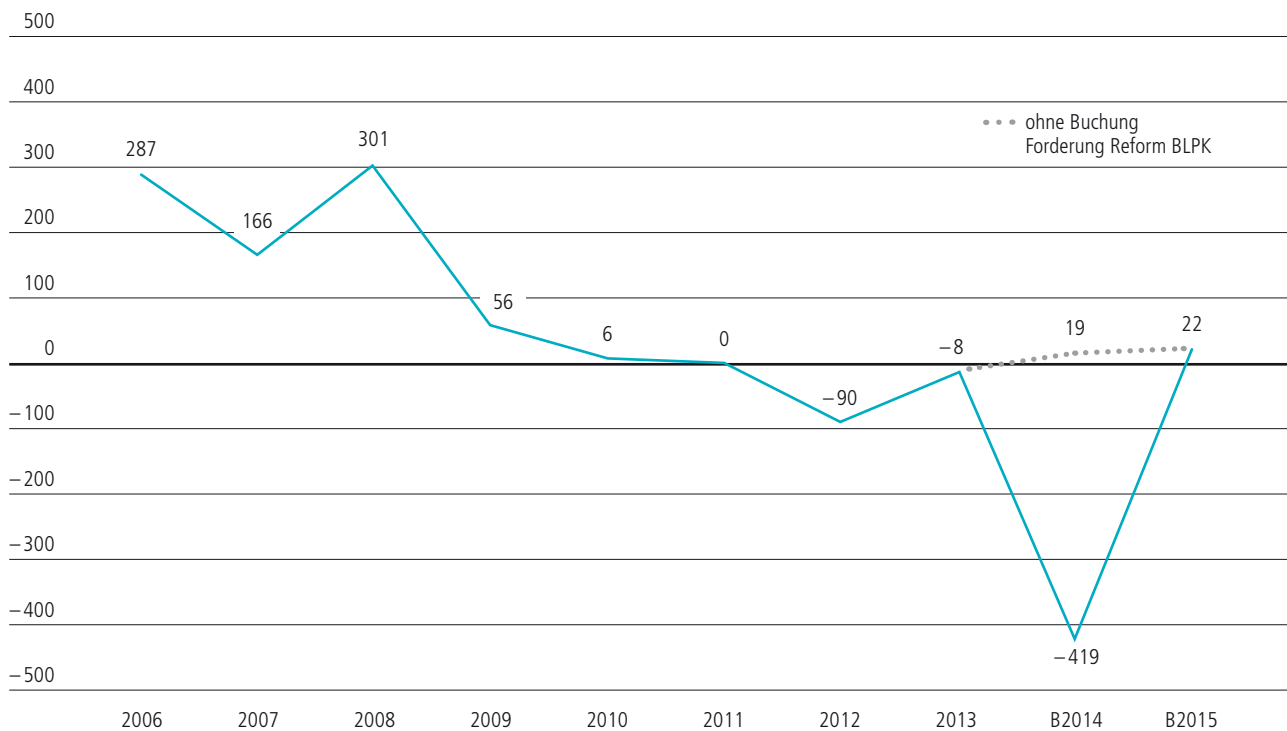
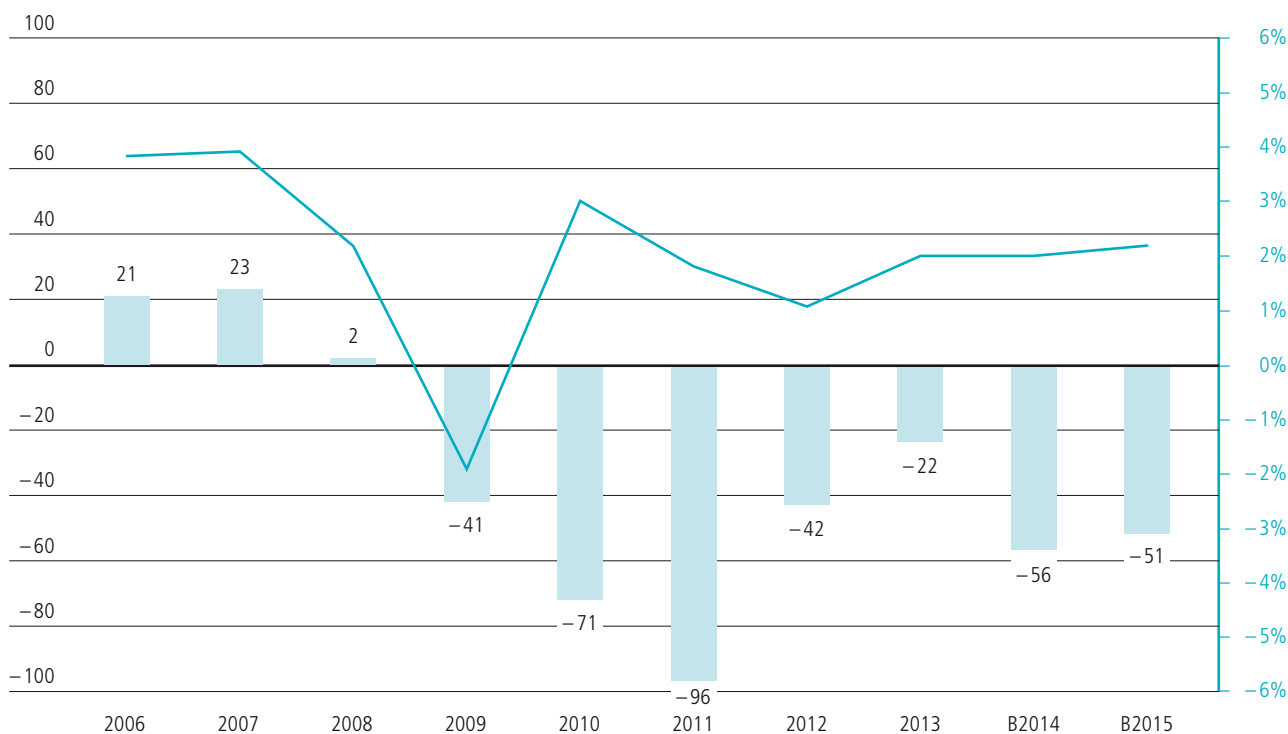


Abbildung 10: Entwicklung Saldo der Erfolgsrechnung und Wirtschaftswachstum

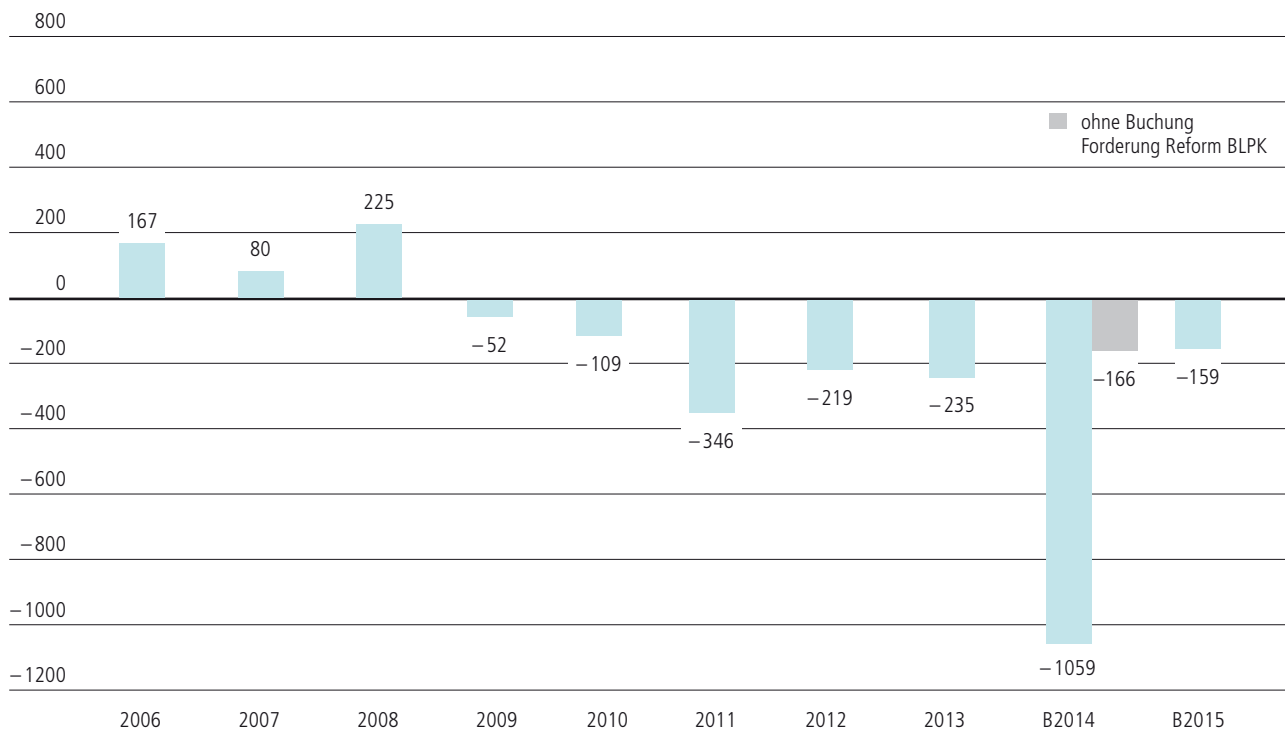
Erfolgsrechnung (operatives Ergebnis)/ BIP CH real (in Prozent), in Mio. CHF



Ab 2009 wird anstelle des Gesamtergebnisses der Erfolgsrechnung das operative Ergebnis ausgewiesen (vgl. Tabelle 1 Gestufter Erfolgsausweis).

Abbildung 11: Entwicklung Finanzierungssaldo

Finanzierungssaldo, in Mio. CHF



10.2 Aufwand

Die Entwicklung der einzelnen Aufwandskategorien im Vergleich mit dem Budget 2014 und der Rechnung 2013 ist aus der folgenden Tabelle 15 ersichtlich. Insgesamt nimmt der Aufwand um CHF 1'264.4 Mio. oder um 32.4% ab.

Bereinigt um die einmalige Buchung der Forderung im Rahmen der Reform der BLPK steigt der Aufwand um CHF 88.1 Mio. oder 3.5%.

Tabelle 15: Laufender Aufwand nach Kontogruppen

in Mio. CHF	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abweichung vom Vorjahr	
30 Personalaufwand	632.2	634.9	621.9	-13.0	-2.0%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	251.0	256.7	243.9	-12.8	-5.0%
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen	69.5	71.9	68.2	-3.7	-5.1%
34 Finanzaufwand	31.3	32.5	57.5	25.0	77.0%
35 Übertrag Fonds / StaatsRG	23.0	22.7	21.7	-1.1	-4.7%
36 Transferaufwand	1'403.8	1'431.7	1'521.0	89.4	6.2%
37 Durchlaufende Beiträge	95.8	95.9	100.1	4.3	4.4%
38 Ausserordentlicher Aufwand	10.2	1'352.4	0.0	-1'352.4	-100.0%
39 Interne Fakturen	0.2	0.2	0.2	-0.0	-4.9%
Gesamttotal Aufwand	2'516.9	3'898.8	2'634.4	-1'264.4	-32.4%

Personalaufwand

Der Personalaufwand nimmt gegenüber dem Vorjahresbudget um CHF 13 Mio. ab. Die Veränderung wird durch folgende Sachverhalte begründet.

- Bei den Löhnen des Verwaltungs- und Betriebspersonals wurde im Budget 2014 die Massnahme Ü2 (Optimierung im Personalwesen) mit einer Entlastungswirkung von 10.5 Mio. zentral beim Personalamt eingestellt. Diese Massnahme fällt im 2015 weg; CHF +10.5 Mio.

- Der für das Entlastungspaket 12/15 vorgesehene Sozialplan sieht um CHF 1.9 Mio. geringere Ausgaben im Personalaufwand vor.
- Die Reform der BLPK beeinflusst den Personalaufwand wie folgt: Bei den Arbeitgeberbeiträgen an die PK resultiert eine Mehrbelastung von CHF 5.8 Mio. Demgegenüber sinkt der Personalaufwand um CHF 11.6 Mio., da mit der Reform der BLPK ab Budget 2015 die Beiträge an vorzeitige Pensionierungen entfallen.
- Bei den Sollstellen haben die folgenden Entwicklungen Einfluss auf das Budget 2015: Ab August 2015 werden infolge der Umsetzung des Projektes HarmoS 185 Stellen bei den Lehrpersonen abgebaut. In der Verwaltung nehmen die Sollstellen um 39.3 Stellen zu.

Sach- und übriger Betriebsaufwand

Beim Sach- und übrigen Betriebsaufwand ist eine Abnahme um CHF 12.8 Mio. zu verzeichnen. Die grössten Abnahmen sind mit CHF 5.0 Mio. bei den Dienstleitungen und Honoraren sowie bei der Hardware mit CHF 3.7 Mio. zu finden. Aber auch das Auslaufen von Verpflichtungskrediten sowie der Aufschub bzw. die reduzierten Ausgaben bei Projekten verdeutlichen den Druck zu einer sehr restriktiven Budgetierung. Des Weiteren können gegenüber 2014 Entlastungen bei den Mieten und Pachten von Liegenschaften aus der Aufgabe diverser Einmietungen von CHF 1.5 Mio. erwartet werden, unter anderem infolge der Umsetzung von HarmoS. Trotz dieser Reduktionen sind im Sachaufwand auch neue, strategisch wichtige oder dringend notwendige Vorhaben enthalten wie etwa e-Government BL mit CHF 0.5 Mio.

Abschreibungen Verwaltungsvermögen

Die Abschreibungen des Verwaltungsvermögens nehmen insgesamt um CHF 3.7 Mio. ab. Die Reduktion basiert hauptsächlich auf den Erkenntnissen der Vorjahresergebnisse im Bereich der Hochbauten, in welchen das geplante Abschreibungsvolumen um CHF 3.7 Mio. reduziert wird.

Finanzaufwand

Der Finanzaufwand steigt gegenüber dem Vorjahresbudget um CHF 25 Mio. Die Zunahme basiert hauptsächlich auf der Ausfinanzierung der BLPK. Die ganze Verbindlichkeit gegenüber der BLPK wird im 2015 vollumfänglich beglichen. Die daraus resultierenden Zinskosten (Refinanzierung, Verzinsung Restforderung BLPK) betragen für das Jahr 2015 rund CHF 28.1 Mio. Der gewährte Vergütungszins bei den Steuern wird von 0.5% im Jahr 2014 auf 0.2% im Jahr 2015 gesenkt, was eine Aufwandreduktion von CHF 1.2 Mio. mit sich bringt.

Übertrag Fonds/StaatsRG

Die Einlagen in Spezialfinanzierungen und Fonds nehmen gegenüber dem Vorjahr um CHF 1.1 Mio. ab. Mit der Reform der BLPK per 1. Januar 2015 werden die Pensionsleistungen für die ehemaligen Regierungsräte neu geregelt und die Einlage in den Ruhegehaltsfonds von CHF 0.6 Mio. (Halbjahresranche 2014) fällt weg. Im Weiteren umfasst die Position die Einlage in den Fonds zur Finanzierung der H2 (aus der Aufhebung des Verkehrssteuerrabatts), die gegenüber dem Vorjahr um CHF 0.3 Mio. auf CHF 20.4 Mio. sinkt. Wie im Vorjahresbudget ist wiederum eine Einlage in den Wirtschaftsförderungsfonds von CHF 1 Mio. budgetiert.

Transferaufwand

Der Transferaufwand nimmt um CHF 89.4 Mio. zu. Es sind folgende grössere Abweichungen gegenüber dem Vorjahresbudget auszuweisen:

- CHF +25.6 Mio. Gesundheitsversorgung: Im dritten Jahr nach Einführung der neuen Spitalfinanzierung mittels Fallpauschalen und fixen Kantonsanteilen werden die Auswirkungen erkennbar. Die Systemänderung hat für Patienten eine erhöhte Freiheit bei der Wahl der stationären Leistungserbringer gebracht. Die Spitäler haben die Chancen der Liberalisierung genutzt und ihre Leistungsmengen im Markt gesteigert. Wenig überraschend wählen Patienten diejenigen Leistungserbringer, welche hohen Aufwand betreiben und so höhere Behandlungsqualität in Aussicht stellen. Mit der Veränderung der Patientenströme, insbesondere hin zu ausserkantonalen Anbietern, sind bedeutende Mehrkosten entstanden. Diese systembedingte Aufwandsteigerung ist auch in anderen Kantonen aufgetreten und stellt keine Eigenheit des Kantons Basel-Landschaft dar. Die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion hat diese Effekte gemäss Auftrag des Landrats durch eine externe Expertise untersuchen lassen. Die für das Jahr 2015 eingesetzten Planwerte sind im Vergleich zur Rechnung 2013 um CHF 7.9 Mio. höher eingestellt worden, was einer relativen Zunahme von +2.4% innert zweier Jahre entspricht. Bei den Gemeinwirtschaftlichen und übrigen besonderen Leistungen (GWL) ist durch die Aufhebung der stationären Geburtshilfe und Gynäkologie in Laufen eine Abnahme von insgesamt CHF 1.4 Mio. auszumachen.
- CHF +22.6 Mio. Kompensationsleistungen EL: Aufgrund der geplanten Teilrevision des Ergänzungsleistungsgesetzes (Vorlage ist in Vernehmlassung) tragen die Gemeinden neu die EL im Bereich der Altersversorgung und der Kanton die EL im Bereich der Invalidität. Diese Aufgabenverschiebung führt zu Kompensationsleistungen des Kantons an die Gemeinden in der Höhe von CHF 22.6 Mio.

CHF +20.6 Mio.	Ergänzungsleistungen AHV/IV: In diesem Bereich ist eine starke Zunahme von CHF 20.6 Mio. zu verzeichnen, wobei im Vorjahresbudget die EP-Massnahme FKD-3 «Anpassung Ergänzungsleistungen zu AHV/IV (Vermögensverzehr)» von CHF 7.6 Mio. berücksichtigt ist. Durch den Entscheid des Baselpieter Stimmvolks vom 28. September 2014 wird diese Entlastungsmassnahme (Anpassung des Vermögensverzehrs (LRV 2013-202)) nicht umgesetzt.
CHF +15.0 Mio.	Entschädigung Pflegenormkosten: Rückerstattung der Kantonsentlastung bei den Ergänzungsleistungen aus den Jahren 2011–2014 an die Gemeinden aufgrund der Pflegenormkostenübernahme durch die Gemeinden ab 2011. Erste Tranche im 2015 eingestellt.
CHF +14.5 Mio.	Kompensation Aufgabenverschiebung: Im Rahmen von HarmoS werden die Gemeinden per 1. August 2015 das 6. Primarschuljahr übernehmen. Für die Kompensation der Leistungen sind CHF 14.5 Mio. an die Gemeinden zu leisten.
CHF +8.2 Mio.	Budgetantrag Berücksichtigung Reform BLPK im AKJB/AVS (LRV 2014-250_01-09 vom 11. Dezember 2014).
CHF +2.8 Mio.	Nachzahlung Pflegekosten: Für Nachzahlungen für Pflegekosten von Bewohnerinnen und Bewohner von Alters- und Pflegeheimen für das Kalenderjahr 2011 wurde im Budget 2015 ein Schätzwert eingestellt. Die diesbezüglichen Verhandlungen mit den Gemeinden über den Finanzierungsschlüssel sind zum Zeitpunkt der Budgetierung noch nicht abgeschlossen.
CHF +2.2 Mio.	Sonderschulung
CHF +2.0 Mio.	Behindertenhilfe
CHF +2.0 Mio.	Beitrag an Universität (Leistungsauftrag 2014–2017)
CHF -6.8 Mio.	Ressourcenausgleich (NFA): Der Ressourcenindex sinkt gegenüber dem Vorjahr von 101.6 auf 100.1 (vgl. Kapitel 6.2).
CHF -6.0 Mio.	Prämienverbilligung: Senkung der Richtprämie der obligatorischen Krankenpflegeversicherung für Erwachsene um CHF 5 pro Monat, woraus eine Abnahme von CHF 1.5 Mio. resultiert. Mit der im 2014 eingestellten EP-Massnahmen FKD-4 «Neuregelung Anspruch auf Prämienverbilligung für junge Erwachsene» im Umfang von CHF 5 Mio. kann CHF 1 Mio. weniger eingespart werden als geplant.
CHF -4.0 Mio.	Leistungsauftrag FHNW: Reduktion durch enge Vorgaben für die Verhandlungen zum neuen Leistungsauftrag der Periode 2015–2017. Der anerkannte Mehrbedarf der FHNW soll aus ihren Reserven finanziert werden.
CHF -2.8 Mio.	Im Budget 2014 wurden Rückstellungen für altlastrechtliche Massnahmen gebildet. Die Beanspruchung derer im 2015 erfolgt lediglich über die Bilanz.

Durchlaufende Beiträge

Die Durchlaufenden Beiträge nehmen insgesamt um ca. CHF 4.3 Mio. zu. Im Rahmen von CHF 3.9 Mio. werden neu Förderbeiträge zum nationalen Gebäudeprogramm Energie über die Erfolgsrechnung ausgewiesen.

Ausserordentlicher Aufwand

Damit die BLPK per 1. Januar 2015 als ausfinanziert gilt, wird die gesamte Forderung gegenüber dem Kanton per 31. Dezember 2014 in die Bilanz aufgenommen. Dieser Sachverhalt ist im Budget 2014 mit der Einbuchung der Forderung (CHF 1'352.44 Mio. (Stand per 31. Dezember 2012)) als ausserordentlicher Aufwand eingestellt. Diese einmalige Position fällt im Budget 2015 weg.

10.3 Ertrag

Auf der Ertragsseite der Erfolgsrechnung weist das Budget 2015 eine Abnahme von CHF 361.1 Mio. oder 12.2% auf.

Bereinigt um die Auflösung der Rückstellungen im Zusammenhang mit der Reform der BLPK steigt der Ertrag um CHF 98.3 Mio. oder 3.9%.

Tabelle 16: Laufender Ertrag nach Kontogruppen

in Mio. CHF	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abweichung vom Vorjahr	
40 Fiskalertrag	1'580.0	1'642.6	1'687.8	45.2	2.8%
41 Regalien und Konzessionen	31.2	30.7	31.1	0.4	1.2%
42 Entgelte	137.0	150.5	152.0	1.5	1.0%
43 Verschiedene Erträge	2.3	1.7	1.9	0.1	8.3%
44 Finanzertrag	130.7	100.6	102.6	2.0	2.0%
45 Übertrag Fonds / StaatsRG	61.3	2.3	2.0	-0.3	-14.7%
46 Transferertrag	446.5	466.1	505.8	39.8	8.5%
47 Durchlaufende Beiträge	95.8	95.9	100.1	4.3	4.4%
48 Ausserordentlicher Ertrag	27.7	470.1	16.1	-453.9	-96.6%
49 Interne Fakturen	0.2	0.2	0.2	-0.0	-4.9%
Gesamttotal Ertrag	2'512.6	2'960.5	2'599.4	-361.1	-12.2%

Fiskalertrag

Die Entwicklung der einzelnen Steuerarten geht aus der folgenden Tabelle 17 hervor. Insgesamt nimmt das Steueraufkommen gegenüber dem Vorjahresbudget um ca. CHF 45.2 Mio. oder 2.8% zu.

Tabelle 17: Steuererträge gegliedert nach Arten

	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abweichung vom Vorjahr	
Einkommenssteuern nat. Pers. (periodengerecht)	981.0	1'022.0	1'024.0	2.0	0.2%
Steuern auf Kapitalabfindung 2./3. Säule	18.8	14.0	15.5	1.5	10.7%
Steuerausscheidung/pauschale Steueranrech.	-2.3	-2.5	-2.5	0.0	0.0%
Vermögenssteuern nat. Pers. (periodengerecht)	147.0	140.0	162.0	22.0	15.7%
Quellensteuern natürliche Personen	44.9	43.5	44.0	0.5	1.1%
Nach- und Strafsteuern	9.2	7.0	8.0	1.0	14.3%
Gewinnsteuern jur. Pers. (periodengerecht)	176.0	190.0	200.0	10.0	5.3%
Kapitalsteuern jur. Pers. (periodengerecht)	7.0	7.0	7.1	0.1	1.4%
Kirchensteuer jur. Personen	9.3	9.9	10.4	0.5	5.1%
Vermögensgewinnsteuern	22.7	27.0	30.0	3.0	11.1%
Vermögensverkehrssteuern	31.2	34.0	32.0	-2.0	-5.9%
Erbschafts- und Schenkungssteuern	30.3	25.0	30.0	5.0	20.0%
Verkehrsabgaben	106.0	105.7	107.3	1.6	1.5%
Gesamttotal Steuern periodengerecht	1'581.2	1'622.6	1'667.8	45.2	2.8
Einkommensteuern aus Vorjahren	-10.5				
Vermögenssteuern aus Vorjahren	7.1				
Gewinnsteuern aus Vorjahren	1.9				
Kapitalsteuern aus Vorjahren	0.3				
Erfahrungswert Steuern aus Vorjahren		20.0	20.0	0.0	0.0%
Gesamttotal Steuern	1'580.0	1'642.6	1'687.8	45.2	2.8%

Die Einschätzung der regionalen konjunkturellen Entwicklung und deren Auswirkungen auf den Einkommenssteuerertrag basiert auf dem durch die BAK Basel Economics entwickelten Finanzhaushaltsmodell für den Kanton Basel-Landschaft mit Stand Anfang Juli 2014. Im Vergleich zur BAK-Prognose vor einem Jahr fallen die Wachstumsraten für die Steuerjahre 2012 bis 2014 um zusammen 1.7 Prozentpunkte tiefer aus. Für 2014 beträgt der voraussichtliche

Ertragszuwachs nur noch 1.8%. Beim Einkommenssteuerertrag wird deshalb 2014 voraussichtlich der budgetierte Wert um CHF -27 Mio. nicht erreicht. Für 2015 ist eine Wachstumsrate von 3.0% gegenüber dem Erwartungswert 2014 (CHF 995 Mio.) budgetiert.

Die Einführung eines günstigeren Tarifs für sehr hohe Kapitaleinkünfte Anfang dieses Jahres dürfte durch Volumenzuwachstum 2015 weiter kompensiert werden.

Der Ertrag aus der Vermögenssteuer wird dank der positiven Börsenentwicklung im bisherigen Verlauf von 2014 um weitere gut 5% höher erwartet, sodass der Budgetwert 2014 deutlich übertroffen wird. Für 2015 ist ein weiteres Wachstum von knapp 4% gegenüber dem Erwartungswert 2014 budgetiert.

Nach aktueller Einschätzung verläuft die Entwicklung der Gewinnsteuer in den vergangenen Steuerperioden wie beim Jahresabschluss 2013 angenommen. Der Budgetwert 2014 wird wahrscheinlich gut erreicht werden. Die meisten Baselbieter Unternehmen mit hohem Gewinnpotenzial zeigen sich weiterhin sehr anpassungs- und konkurrenzfähig und verbessern ihre Effizienz laufend. Sie entwickeln sich deshalb vermutlich auch in den Jahren 2014 und 2015 finanziell erfreulich.

Der Ertrag aus der Vermögensgewinnsteuer wird für 2015 infolge der aktuellen Entwicklung höher budgetiert als für 2014. Bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer wird der IST-Wert für 2013 als Budgetwert 2015 übernommen; die Voraussehbarkeit ist bei dieser Steuerart indessen naturgemäss eingeschränkt.

Seit 2005 waren sehr häufig Abwicklungsgewinne bei den vier periodischen Steuerarten (Einkommens- und Vermögenssteuer natürliche Personen, Gewinn- und Kapitalsteuer juristische Personen) zu verzeichnen. Im Budget 2015 wird wiederum ein Pauschalbetrag für künftige Abwicklungsgewinne eingesetzt. In der Jahresrechnung erfolgt eine sachgerechte Zuordnung auf die entsprechende Steuerart.

Regalien und Konzessionen

Die Erträge aus Regalien und Konzessionen steigen gegenüber dem Vorjahr um CHF 0.4 Mio. leicht an. Die Budgetierung der Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank (SNB) wurde wie im Vorjahr mit CHF 23.2 Mio. ins Budget 2015 eingestellt. Bei der Sonderrechnung Wasser ist bei den Konzessionen mit einem Anstieg von CHF 0.2 Mio. zu rechnen.

Entgelte

Die Erträge aus Entgelten nehmen um insgesamt CHF 1.5 Mio. zu. Eine Zunahme verzeichnen die folgenden Positionen: Durch die revidierte Gebührenverordnung bei den Baubewilligungen und die erfolgreiche Fortführung der Wirtschaftsoffensive wird mit zusätzlichen Baugesuchen von erheblichen Volumen gerechnet, was eine Erhöhung von CHF 1.0 Mio. mit sich bringt. Für zusätzliche Fernwärmeanschlüsse im AIB können Mehreinnahmen von CHF 0.9 Mio. und bei den Entsorgungsgebühren kann mit zusätzlichen CHF 0.8 Mio. gerechnet werden aufgrund eines prognostizierten Mengenwachstums. Bei der Verlustscheinbewirtschaftung werden Mehrerträge von CHF 0.6 Mio. angenommen. Eine starke Abnahme von CHF 2.3 Mio. ist bei den Bussenerträgen der Polizei zu verzeichnen, wegen der rückläufigen Anzahl von Verkehrsübertretungen. Durch die Aufhebung des Kreisgeometerbüros Arlesheim fallen Gebühren im Rahmen von CHF 0.7 Mio. weg.

Verschiedene Erträge

Bei den verschiedenen Erträgen handelt es sich um eine Kontoklasse gemäss HRM2, welche ausgewählte Entgeltkonti der Spitalbetriebe beinhaltet. Seit der Verselbständigung der Spitalbetriebe sind die verschiedenen Erträge unbedeutend geworden. Im vorliegenden Budget ist eine Zunahme von CHF 0.1 Mio. auf insgesamt CHF 1.9 Mio. zu verzeichnen.

Finanzertrag

Der Finanzertrag steigt um CHF 2.0 Mio. Der Verzugszins auf Steuerforderungen wird von 5% im 2014 auf 6% im 2015 erhöht, was eine Zunahme von CHF 3.5 Mio. bedeutet. Durch eine tiefere Refinanzierung einer Tranche des Dotationskapitals der BLKB (was sich beim Zinsaufwand und Zinsertrag entsprechend auswirkt) sinken die Grundkapitalzinsen um CHF 1.1 Mio.

Übertrag Fonds/StaatsRG

Die Erträge aus Fonds und Spezialfinanzierungen nehmen um CHF 0.3 Mio. ab, was hauptsächlich aus einer angenommenen tieferen Verzinsung bei den Fonds resultiert.

Transferertrag

Der Transferertrag nimmt um CHF 39.8 Mio. zu. Es sind folgende grössere Abweichungen gegenüber dem Vorjahresbudget auszuweisen:

- CHF +25.8 Mio. Gemeindebeitrag Ergänzungsleistungen (EL): Aufgrund der geplanten Teilrevision des Ergänzungsleistungsgesetzes zur AVH/IV / Neuaufteilung übernehmen die Gemeinden neu die altersbedingten EL ab dem Finanzausgleichsjahr 2015 zu 100%. Die entsprechenden Gemeindebeiträge steigen auf ein Volumen von CHF 73.8 Mio. Die damit einhergehenden Kompensationsleistungen sind im Transferaufwand eingestellt.
- CHF +9.0 Mio. Direkte Bundessteuer (Erkenntnisse aus Abschluss 2013)
- CHF +2.5 Mio. Bundesbeitrag an Prämienverbilligung
- CHF +2.4 Mio. Bundesbeiträge an Ergänzungsleistungen AHV/IV

- CHF -2.0 Mio. Tiefere Abwassergebühren in der Höhe von CHF 2.0 Mio., welche durch die Gebührenfinanzierung direkt von den Kosten (tiefere Abschreibungen und ausserordentlicher Kauf der Saug- und Spülwagen) abhängig sind.

Durchlaufende Beiträge

Die Durchlaufenden Beiträge nehmen insgesamt um ca. CHF 4.3 Mio. zu. Im Rahmen von CHF 3.9 Mio. werden neu Förderbeiträge zum nationalen Gebäudeprogramm Energie über die Erfolgsrechnung ausgewiesen.

Ausserordentlicher Ertrag

Im ausserordentlichen Ertrag wird insgesamt eine Abnahme von CHF 453.9 Mio. verzeichnet. Diese setzt sich wie folgt zusammen: Im Rahmen der Ausfinanzierung der BLPK per 1. Januar 2015 wurde im Budget 2014 die Auflösung der Rückstellung im Umfang von CHF 459.4 im ausserordentlichen Ertrag eingestellt. Diese einmalige Position fällt im Budget 2015 weg. Ausserdem übernimmt der Kanton die Ausfinanzierung des Fehlbetrages der Spitalbetriebe (Kantonsspital Baselland, Psychiatrie Baselland, UKBB) gegenüber der BLPK per 1. Januar 2015. Dafür müssen die Spitalbetriebe und das UKBB den Arbeitnehmendenbeitrag von 5% bzw. CHF 2.3 Mio. sowie die Einsparung bei der Rententeuerung von CHF 3.7 Mio. an den Kanton abtreten.

10.4 Investitionsrechnung

10.4.1 Investitionsniveau

Mit brutto rund CHF 245 Mio. und netto rund CHF 204 Mio. liegt die Jahrestranche der Investitionen auf dem Niveau des Vorjahres.

Neu wird eine pauschale Kürzung von 10% auf die geplanten Investitionen vorgenommen (Realprognose). Gemäss den Erfahrungen der letzten Jahre werden die budgetierten Investitionstranchen aus unterschiedlichen Gründen nie ausgeschöpft. Die Realprognose soll diesem Sachverhalt nun Rechnung tragen, indem auf die Gesamtsumme der Investitionen eine pauschale Korrektur ohne Bezug auf konkrete Projekte vorgenommen wird. Diese Planungskorrektur ist bei der Finanzverwaltung eingestellt.

Tabelle 18: Investitionen im weiteren Sinne

in Mio. CHF	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abweichung vom Vorjahr	
Nettoinvestitionen	217.4	204.2	204.0	-0.2	-0%
+ Investitionseinnahmen	82.6	42.7	41.0	-1.7	-4%
= Bruttoinvestitionen (Investitionsausgaben)	300.0	246.9	245.1	-1.8	-1%

Die Bruttoinvestitionen sind für die Bauwirtschaft und das Gewerbe die massgebliche Grösse, während für den Kanton die Nettoinvestitionen und die daraus entstehenden Folgekosten die wesentlichen finanzpolitischen Grössen darstellen. Mit dem Transfer der Beiträge an Investitionen Dritter in die Investitionsrechnung entsprechen die Bruttoinvestitionen ab dem Jahr 2013 den Investitionen im weiteren Sinne.

Abbildung 12: Entwicklung von Brutto- und Nettoinvestitionen sowie Beiträge an Investitionen Dritter

Brutto-, Nettoinvestitionen und Beiträge an Investitionen Dritter, in Mio. CHF

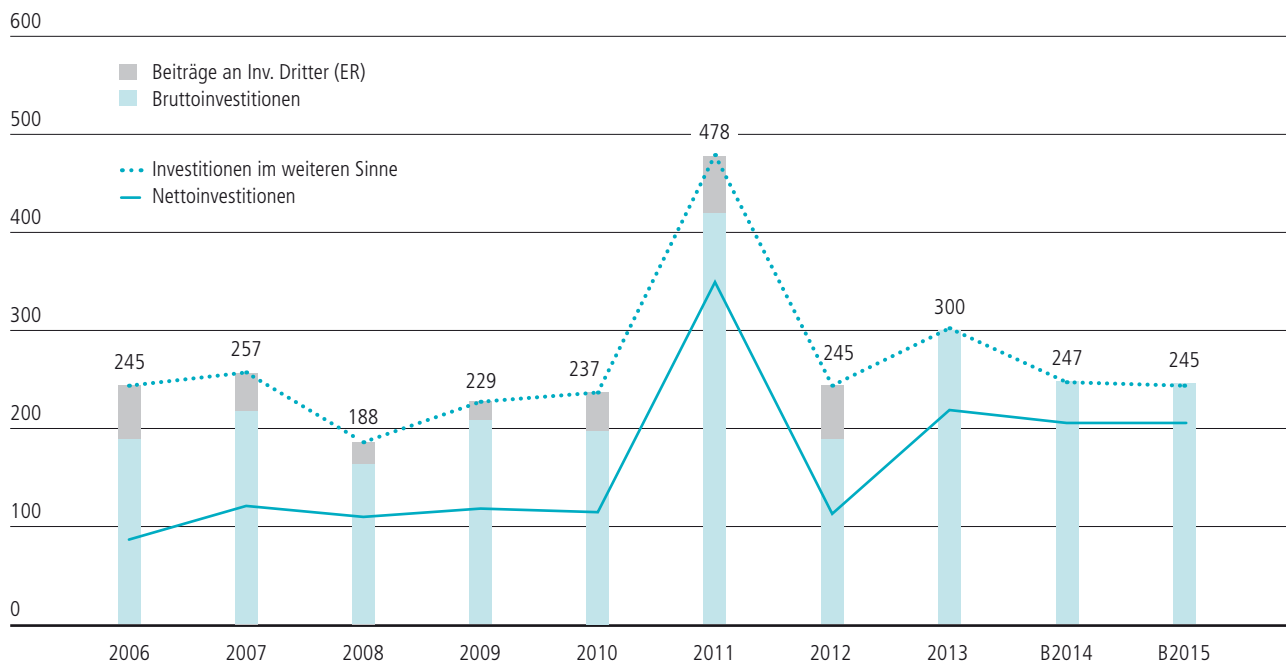
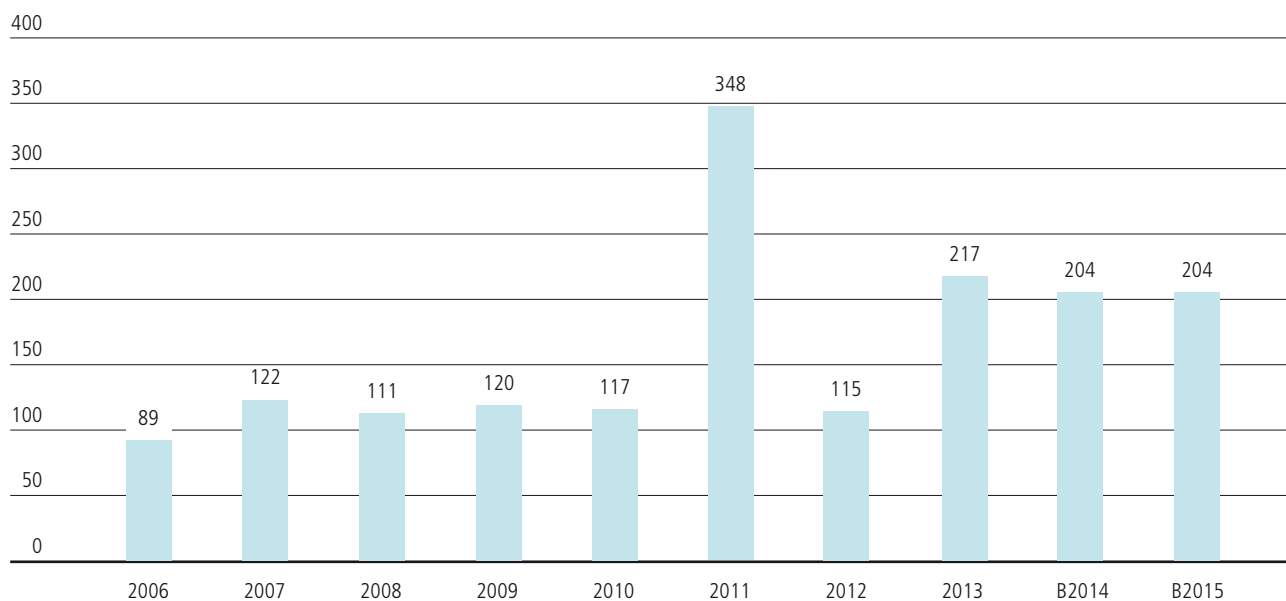


Abbildung 13: Entwicklung Nettoinvestitionen

Nettoinvestitionen, in Mio. CHF



Mit dem Erwerb der Sekundarschulbauten und -anlagen ist das Niveau der Nettoinvestitionen im Jahr 2011 ausserordentlich hoch. Das höhere Investitionsniveau ab 2013 resultiert u.a. aus dem Transfer der Beiträge der Investitionen Dritter aus der Erfolgs- in die Investitionsrechnung.

10.4.2 Investitionsbudget 2015

Mit CHF 63 Mio. fallen rund 24% der Bruttoinvestitionsausgaben (vor Realprognose) der Jahrestrenche 2015 im Strassenbau an. Die budgetierten CHF 29 Mio. für Werterhalt und Wertwiederherstellung (Instandsetzung/Korrektion) der Kantonsstrassen folgen einer langjährigen Planung zur Betriebsaufrechterhaltung unseres Kantonsstrassennetzes. Für die Instandsetzung Hochleistungsstrassen sind CHF 4 Mio. und für die flankierenden Massnahmen zur Umfahrung Sissach CHF 2.5 Mio. geplant. Die Realisierung des Projektes Sanierung/Ortsdurchfahrt Grellingen ist mit CHF 3.6 Mio. und die Sanierung der Kantonsstrasse in Seltisberg mit CHF 2 Mio. veranschlagt. Schliesslich ist der Lärmschutz an Kantonsstrassen und an kantonalen Hochleistungsstrassen mit insgesamt CHF 5.5 Mio. und der Ausbau der Radrouten mit CHF 2 Mio. zu erwähnen.

Für Hochbauten werden im Budget 2015 CHF 103 Mio. oder 38% der Bruttoinvestitionsausgaben aufgewendet. Mit CHF 55.5 Mio. fällt der Neubau FHNW am stärksten ins Gewicht. Es folgt mit rund CHF 20 Mio. der Anteil des Kantons Basel-Landschaft am Neubau Schällenmätteli der Universität Basel. Der Umbau der Sekundarschulen Birsfelden, Muttenz und Binningen schlagen mit insgesamt CHF 13.6 Mio. und der Neubau der Sekundarschule Laufen mit CHF 1 Mio. zu Buche. Gleichzeitig laufen dazu eine Vielzahl von kleineren Massnahmen in der Sammelposition Bauliche Investitionen, welche mit CHF 1.8 Mio. budgetiert ist. Die Erhaltung der Haustechnik (technische Investitionen) ist mit CHF 1.4 Mio. veranschlagt.

Im ÖV fallen gut CHF 41 Mio. oder 15% der Bruttoinvestitionsausgaben an. Diese Ausgaben beinhalten den WB Ausbau Infrastruktur mit CHF 13.5 Mio., den Doppelspurausbau Ettingen-Flüh mit CHF 1.5 Mio., Instandsetzungen und Trasseesanierungen der BLT von insgesamt rund CHF 11 Mio., die Realisierung des Busbahnhofs Laufen mit CHF 4 Mio. und die Optimierungsmassnahmen Tram/Bahnübergänge in der Höhe von CHF 4 Mio.

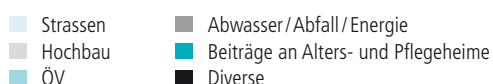
Für die Abwasserreinigung, Abfallbeseitigung und Energie sind rund CHF 27 Mio. oder 10% der Bruttoinvestitionsausgaben budgetiert. Hier sind die Projekte Mischwasserbehandlung Frenkentäler mit CHF 2.8 Mio., Ausbau/Erhalt ARA Frenke und Abwasserbehandlung ARA Rünenberg mit CHF 4.5 Mio. bzw. CHF 2 Mio. und die Sanierung Schlammanlage ARA E1 mit CHF 3 Mio. zu erwähnen.

Es folgen mit CHF 30 Mio. oder 11% der Bruttoinvestitionen die Beiträge der VGD an Alters- und Pflegeheime. Die diversen Positionen beinhalten die Beiträge der BKSD an das überbetriebliche Berufsausbildungszentrum in der Höhe von CHF 0.5 Mio., zudem sind für den Wasserbau CHF 3 Mio. budgetiert.

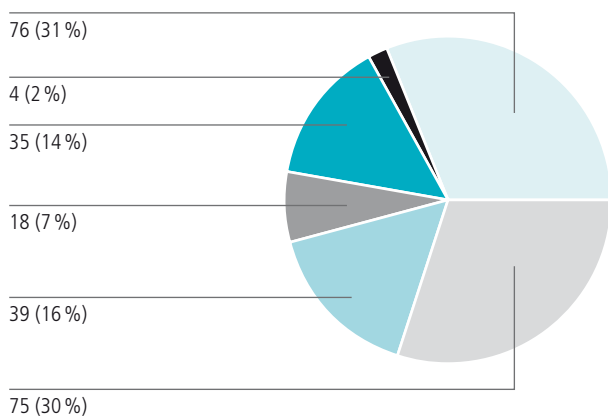
Mittels Realprognose werden die Bruttoinvestitionen von insgesamt CHF 268 Mio. um 10% auf CHF 245 Mio. gekürzt. In nachfolgender Abbildung ist die Realprognose nicht enthalten.

Abbildung 14: Bruttoinvestitionsausgaben Budget 2014 und Budget 2015

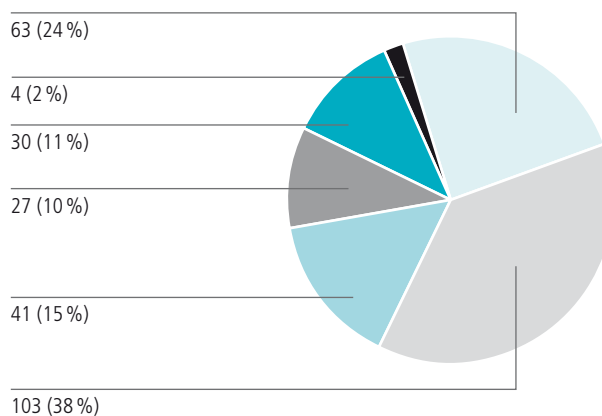
in Mio. CHF



Budget 2014



Budget 2015



**Tabelle 19: Überblick über die wichtigsten Investitionsprojekte im Voranschlag 2015
(Investitionsausgaben in Mio. CHF)**

Bereich	Projekt	R 2013	B 2014	B 2015	F 2016	F 2017	F 2018
Strassen	Instandsetzung Kantonsstr./Nebenanlagen - 9981	18.8	19.0	19.0	15.0	15.0	15.0
	Korrektion Kantonsstrasse/ Nebenanlagen - 9991	20.7	10.0	10.0	7.0	7.0	7.0
	Instandsetzung HLS (H18 / H2)	6.0	–	4.0	2.5	2.5	2.5
	Grellingen, San./Umgestalt. Ortsdurchf. (Realisierung)	0.0	3.5	3.6	2.5	0.5	
	H2 Pratteln-Liestal (HPL)	72.1	20.0	3.5	0.5		
	HS-Lärmschutz Kant. Hochleistungsstr. - 9951	2.4	1.0	3.0	2.0	2.0	1.0
	Sissach, Umfahrung, flank. Massnahmen	0.3	3.5	2.5	0.2		
	Lärmsanierung Kantonsstrassen - 9950	2.6	2.5	2.5	2.5	2.5	1.0
	Ausbauprogramm Radrouten	2.7	2.0	2.0	2.0	2.0	2.0
	Seltisberg, San. Kantonsstrasse innerorts	0.1	0.5	2.0	0.5		
	H2, Umfahrung Liestal, Bauprojekt	1.0	0.2	1.5	0.5	0.5	
	HPL, flankierende Massnahme Rheinstrasse	–	0.8	1.5	4.0	1.5	1.0
	Langenbruck, Sanierung Ortsdurchfahrt	0.0	0.2	1.5	5.0	0.5	
	Hochbau	Muttenz, Neubau FHNW-Campus	6.6	26.1	55.5	76.0	69.0
Basel, Uni, Neubau Schällemätteli		1.8	13.8	19.9	30.9	45.0	37.8
SEK I, Birsfelden, Umbau/Erweiterung		–	0.4	7.0	0.5		
SEK I, Muttenz, Umbau Sanierung PS_Gebäude		–	4.2	4.0			
SEK I, Binningen UmbauSanierung Geb. 11, 2. Et.		–	0.4	2.6	1.0		
Um- und Ausbau von Gebäuden / Werterhaltung		11.9	5.0	1.8	1.0		
APH	Beiträge an Investitionen von Alters- und Pflegeheimen (APH)		35.0	30.0	23.8	23.8	18.8
Abwasser	Ara Frenke Neubau	0.4	0.8	4.5	17.1	13.5	4.5
	Sanierung Schlammanlage ARA E1	–	0.8	3.0	2.4		
	Massnahmen im Netz Frenkentäler	0.0	4.6	2.8	–	3.7	1.5
	Ara Rünenberg-Süd, Abwasserbehandlung	–	1.5	2.0	1.4		
	Abwasserreinigungsanlagen Sammelpos - 9990	2.4	0.7	1.9	1.3	1.7	2.0
ÖV	WB Ausbau Infrastruktur (500431)	–	3.4	13.5			
	BLT 10, 10/17 & 11, Instandsetzung 14-16	0.6	3.9	6.9			
	Tram/Bahnüberg. Optimierungsm. (500422)	3.5	5.0	4.0	0.5		
	Laufen; Busbahnhof Modul A; Realisierung	0.5	0.4	4.0	3.0		
	Trasseesanier. BLT Linie 12/14 (500420) (EBG)	1.6	4.0	3.6			
	Salina Raurica, ÖV-Anl. Projekt.	0.7	0.5	2.0	2.0	2.0	
	BLT Linie 10/17Doppelsp Ettingen(500622) (A2-E)	3.2	11.6	1.5			

11. Das Personal

11.1 Entwicklungen im Personalwesen

Im Jahr 2015 werden über alle Organisationseinheiten hinweg 145.7 Stellen abgebaut. Zwar kommen in der Verwaltung 39.3 neue Stellen hinzu, jedoch werden ab August 2015 infolge der Umsetzung des Projektes HarmoS 185 Stellen bei den Lehrpersonen abgebaut, was zu einem gesamthaften Stellenabbau von 145.7 Stellen führt.

Verwaltung im engeren Sinn

In den Direktionen werden insgesamt 29.7 Stellen mehr budgetiert als im Vorjahr (+1.2%).

Der Ausbau bei der Finanz- und Kirchendirektion erfolgt hauptsächlich durch eine Aufstockung der Stellen in den zentralen Informatikdiensten (Projekt STRATUM2, Übernahme von Informatikdienstleistungen für die Bildungs-, Kultur und Sportdirektion sowie die Sicherheitsdirektion (Polizeiinformatik)). Weiterhin wird im Rahmen des Projektes «Neues Organisationsmodell Personalwesen» das Vertragsteam für Lehrpersonen von der Bildungs-, Kultur und Sportdirektion in das Personalamt (Dienstleistungszentrum Personal) transferiert, sodass sämtliche administrativen Aufgaben im Bereich HR an einem Ort erledigt werden können.

Die Stellenerhöhung bei der Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion ist hauptsächlich auf das Kantonale Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit zurückzuführen, welches neue Stellen für Arbeitsmarktaufsicht und Bekämpfung der Schwarzarbeit erhält sowie aus dem Transfer der Abteilung Natur und Landschaft von der BUD zur VGD.

Der Stellenausbau bei der SID resultiert aus einer Aufstockung der Stellen bei der Polizei im Rahmen von Optimierungen, ausserdem werden gemeindepolizeiliche Aufgaben für die Stadt Liestal von der Kantonspolizei übernommen.

Die Aufsichtsstelle Datenschutz wird im Jahr 2015 von der SID zu den Kantonalen Behörden transferiert. Insgesamt werden durch Massnahmen aus dem Entlastungspaket 0.4 Stellen bei der SID abgebaut.

Tabelle 20: Stellenentwicklung 2014–2015

	Sollstellen 2014	Sollstellen 2015	Abweichung absolut	Abweichung in %
Kantonale Behörden	42.7	47.1	4.4	10.3
Finanz- und Kirchendirektion	355.7	371.5	15.8	4.4
Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion	171.2	185.1	13.9	8.1
Bau- und Umweltschutzdirektion	475.3	469.6	-5.7	-1.2
Sicherheitsdirektion	1'042.3	1'047.8	5.5	0.5
Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion (ohne Lehrpersonen)	417.0	412.9	-4.1	-1.0
Total Soll-Stellenplan (Stellen der engeren Verwaltung)	2'504.2	2'533.9	29.7	1.2
Gerichte	117.2	117.9	0.7	0.6
Refinanzierte Stellen KIGA	148.9	157.3	8.4	5.6
<i>Lehrpersonen bis August 2015 infolge HarmoS</i>	<i>1'464.5</i>	<i>1'465.0</i>	<i>0.5</i>	<i>0.0</i>
<i>Lehrpersonen ab August 2015 infolge HarmoS</i>	<i>1'464.5</i>	<i>1'280.0</i>	<i>-184.5</i>	<i>-12.6</i>
Total ausserhalb Soll-Stellenplan bis August 2015	1'730.6	1'740.2	9.6	0.6
Total ausserhalb Soll-Stellenplan ab August 2015	1'730.6	1'555.2	-175.4	-10.1
Total Stellenveränderung Kanton BL bis August 2015	4'234.8	4'274.1	39.3	0.9
Total Stellenveränderung Kanton BL ab August 2015	4'234.8	4'089.1	-145.7	-3.4

Stellen ausserhalb des Soll-Stellenplans

Ausserhalb des Soll-Stellenplans werden bis August 2015 9.6 Stellen aufgebaut. Dieser Aufbau ergibt sich aus einer Ausweitung der vom Bund refinanzierten Stellen bei den regionalen Arbeitsvermittlungen. Ab August 2015 werden infolge der Umsetzung von HarmoS (Reduktion des Lehrpersonals) 185 Stellen eingespart.

11.2 Stellenentwicklung 2006–2015

Über alle Stellen betrachtet wurde der kantonale Personalbedarf gegenüber 2006 von 7'140.9 Vollstellen auf 4'274.1 (-2'866.8 Vollstellen, -40.1%), bzw. ab August 2015 auf 4'089.1 Vollstellen (-3'051.8 Vollstellen, -42.7%) reduziert. Die Ausgliederung der Spitalbetriebe (inkl. Zentralwäscherei) per 1. Januar 2012 hatte den Weggang von 2'842.1 Vollstellen zur Folge (im Vergleich zu 2006). Ohne die Spitalbetriebe wird der kantonale Stellenetat bis August 2015 gegenüber 2006 um -24.7 Vollstellen (-0.6%) abnehmen. Nach der Umsetzung von HarmoS zeigt sich eine Reduktion von -209.7 Stellen (-4.9%) gegenüber dem Jahr 2006.

Die differenzierte Betrachtung der Stellenentwicklung 2006–2015 zeigt die fortwährenden Anstrengungen des Regierungsrats, den Personalbestand plafoniert zu belassen oder bei Bedarf nur sehr limitiert zu erhöhen.

Tabelle 21: Kantonale Stellenentwicklung 2006–2015

	Sollstellen 2006	Sollstellen 2015	Abweichung 06/15 absolut	Abweichung 06/15 in %
Kantonale Behörden	26.0	47.1	21.1	81.2%
Finanz- und Kirchendirektion	293.6	371.5	77.9	26.5%
Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion ohne Spitalbetriebe	187.6	185.1	-2.5	-1.3%
Bau- und Umweltschutzdirektion	499.4	469.6	-29.8	-6.0%
Sicherheitsdirektion	972.0	1'047.8	75.8	7.8%
Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion (ohne Lehrpersonen)	385.9	412.9	27.0	7.0%
Total Soll-Stellenplan (Stellen der engeren Verwaltung)	2'364.5	2'533.9	169.4	7.2%
Gerichte	213.6	117.9	-95.7	-44.8%
Refinanzierte Stellen KIGA	143.1	157.3	14.2	9.9%
<i>Lehrpersonen bis August 2015 infolge HarmoS</i>	<i>1'577.6</i>	<i>1'465.0</i>	<i>-112.6</i>	<i>-7.1%</i>
Lehrpersonen ab August 2015 infolge HarmoS	1'577.6	1'280.0	-297.6	-18.9%
Total ausserhalb Soll-Stellenplan bis August 2015	1'934.3	1'740.2	-194.1	-10.0%
Total ausserhalb Soll-Stellenplan ab August 2015	1'934.3	1'555.2	-379.1	-19.6%
Spitalbetriebe	2'842.1	0.0	-2'842.1	-100.0%
Total Stellenveränderung Kanton BL bis August 2015	7'140.9	4'274.1	-2'866.8	-40.1%
Total Stellenveränderung Kanton BL ab August 2015	7'140.9	4'089.1	-3'051.8	-42.7%
Total Stellenveränderung Kanton BL (ohne Spitalbetriebe) bis August 2015	4'298.8	4'274.1	-24.7	-0.6%
Total Stellenveränderung Kanton BL (ohne Spitalbetriebe) ab August 2015	4'298.8	4'089.1	-209.7	-4.9%

2010: Organisatorischer Wechsel der Finanzkontrolle von der Finanz- und Kirchendirektion zu den Kantonalen Behörden (10.8 Vollstellen)

2011: Organisatorischer Wechsel der Statthalterämter und des BUR von den Gerichten zur Sicherheitsdirektion (135.0 Vollstellen)

2014: Zusammenlegung der Bezirksschreibereien und Verzicht auf die Führung des Amtsnotariats (52.2 Vollstellen)

Die *Stellen der engeren Verwaltung* haben über den Betrachtungszeitraum um 7.2% (169.4 Vollstellen) zugenommen. Massgeblich wirkte sich 2011 der organisatorische Wechsel der Statthalterämter und des BUR von den Gerichten in die Sicherheitsdirektion mit transferierten 135 Vollstellen aus. Des Weiteren wird im Jahr 2014 die Zusammenlegung der Bezirksschreibereien durchgeführt, was einen Abbau von 52.2 Vollstellen zur Folge hat. Verschiedene kleinere organisatorische Transfers und Änderungen wirken sich zudem in geringem Mass auf die Stellenentwicklung 2006–2015 aus.

Bei den *Stellen ausserhalb des Soll-Stellenplans* wurden – ohne Berücksichtigung der Spitalbetriebe – bei den Gerichten, den refinanzierten KIGA-Stellen und den Lehrpersonen gegenüber 2006 gesamthaft 379.1 Vollstellen bzw. -19.6% der Stellen abgebaut.

Neben dem Weggang der Statthalterämter sowie des BUR von den Gerichten zur Sicherheitsdirektion (2011: 135 Vollstellen) wirken sich die Bedarfsschwankungen bei den Lehrpersonen und den refinanzierten KIGA-Stellen aus, welche innerhalb des Betrachtungszeitraums jährlich jeweils sehr unterschiedlich ausfallen. So wird bei den refinanzierten KIGA-Stellen für 2015 mit einem um 14.2 Vollstellen (9.9%) höheren Bestand gegenüber 2006 geplant. Bei den Lehrpersonen fällt der Bedarf ab August 2015 gegenüber 2006 um insgesamt -18.9% (rund -297.6 Vollstellen) niedriger aus, was hauptsächlich an der Umsetzung des Projektes HarmoS liegt.

12. Beteiligungen

In der folgenden Tabelle sind die Beteiligungen aufgeführt, für welche im Budget 2015 des Kantons Aufwand (bspw. für den Leistungseinkauf), Ertrag (bspw. aus Dividenden) sowie Beiträge in der Investitionsrechnung eingestellt sind:

Tabelle 22: Aufwendungen für Leistungseinkauf bei Beteiligungen und Erträge von Beteiligungen

Beteiligung	Art der Leistung / Ertragsart	Aufwand in CHF	Ertrag in CHF	Investitions- rechnung in CHF
ARA Rhein AG (wird vollständig über Gebühren finanziert)	Betriebskostenbeiträge	1'600'000	1'600'000	1'000'000
Autobus AG (AAGL)	Betriebskostenbeiträge Dividende	6'000'000	6'642	
Baselland Transport AG (BLT)	Betriebskosten- und Investitionsbeiträge	18'100'000		20'000'000
Basellandschaftliche Kantonalbank	Anteil am Reingewinn Abgeltung Staatsgarantie Verzinsung Dotationskapital	2'700'000	42'000'000 8'500'000 2'700'000	
BSABB	Verzinsung Dotationskapital		3'000	
Fachhochschule Nordwestschweiz	Leistungsauftrag Mieteträge	63'674'000	3'660'000	
Fondation des Archives de l'ancien évêché de Bâle	Beitrag	100'000		
Hardwasser AG	Wasserzins (Entnahmegebühr)		380'000	
Interkantonale Lehrmittelzentrale	Beitrag	17'000		
Interkantonale Polizeischule Hitzkirch	Leistungspauschale	1'000'000	125'000	
Kantonsspital Baselland	Leistungseinkauf Baurechtszinsen Darlehenszinsen	140'000'000	2'521'000 2'071'059	
Kraftwerk Augst AG	Konzession f. Wassernutzung für Energieerzeugung Dividende		520'000 150'000	
Kraftwerk Birsfelden AG	Konzession f. Wassernutzung f. Energieerzeugung und Betriebskostenanteil Schifffahrtsanlagen Dividende	58'000	2'720'000 262'500	
Landwirtschaftliche Trocknungs-Anlagen LTA AG	Dividende		3'000	
MCH Group AG	Dividende		235'625	
NSNW AG	Aufwand für Strassenunterhalt kant. HLS Dividende	3'365'000	255'000	
ProRheno AG (wird vollständig über Gebühren finanziert)	Betriebskostenbeiträge und Investitionsanteil BL	1'800'000	1'800'000	700'000
Psychiatrie Baselland	Leistungseinkauf Baurechtszinsen Darlehenszinsen	35'500'000	942'000 668'700	
Schweizer Salinen AG	Dividende Regalien Konzession		278'400 80'000 250'000	
Schweizerische Nationalbank	Anteil am Reingewinn Dividende		23'200'000 12'390	
Schweizerische Rheinhäfen	Anteil am Reingewinn		4'500'000	
Sozialversicherungsanstalt Baselland	Verwaltungsaufwand Vollzug Prämienverbilligung (CHF 111.33 Mio.) Verwaltungsaufwand Ergänzungsleistungen (CHF 206.90 Mio.)	1'833'000 4'547'000		
Swisslos	Gewinnausschüttung		14'000'000	
TSM Schulzentrum für Kinder und Jugendliche	Leistungseinkauf	5'788'137		
Universität Basel	Leistungsauftrag	161'900'000		
Universitäts-Kinderspital beider Basel	Leistungseinkauf	15'401'000		
Waldenburgerbahn AG (WB)	Betriebskosten- und Investitionsbeiträge	3'400'000		13'500'000
TOTAL		466'783'137	113'444'316	35'200'000

13. Angepasste Leistungsaufträge

Parallel zum Budget 2015 haben die Kantonalen Behörden und die Direktionen ihre Leistungsaufträge überprüft. Die bestehenden Leistungsaufträge haben keine Änderungen erfahren.

Per Mitte November 2013 hat die Bau- und Umweltschutzdirektion bei zwei Dienststellen die Leistungsaufträge angepasst. Diese Änderungen konnten somit in der letztjährigen Vorlage zur Jahresplanung nicht ausgewiesen werden. Dies wird nun nachgeholt.

P2304 Hochbauamt

Gemäss dem Landratsbeschluss zur Vorlage 2012/376 vom 4. Dezember 2012 wurde das Amt für Liegenschaftsverkehr in das Hochbauamt integriert. Damit kann eine einheitliche, rationelle Immobilienverwaltung über Immobilien aus sämtlichen Vermögensteilen erreicht werden. In der Folge entstand neu der Bereich «Immobilienverkehr». Der Bereich «Liegenschaften» wurde umbenannt in «Immobilienverwaltung». Die Produktegruppen und Produkte des Hochbauamts wurden neu den Geschäftsbereichen «Steuerung Raum», «Bereitstellung Raum», «Bewirtschaftung Raum» und «Dienste» zugeordnet. Materiell wird grundsätzlich nichts getan, was nicht vorher schon als Auftrag bestanden hat. Es handelt sich bei dieser Integration einer Dienststelle in eine andere um eine wesentliche organisatorische Anpassung.

P2314 Öffentlicher Verkehr

Mit RRB Nr. 1477 vom 11. September 2012 wurde die Abteilung öffentlicher Verkehr vom Amt für Raumplanung in das Tiefbauamt integriert. Damit ist die Idee einer integralen Bearbeitung des Themas Mobilität samt Optimierung innerhalb der verschiedenen Verkehrsträger realisiert. Mit diesem Transfer konnte der Leistungsauftrag generell überarbeitet und mit der neuen, aktualisierten Produktegruppe Mobilität ergänzt werden. Ebenfalls wurde innerhalb der Produktegruppen eine klare Trennung zwischen den Phasen Planung und Projektierung gemacht und diese in eigene Produkte unterteilt. Auch wenn grundsätzlich keine neuen Aufgaben wahrgenommen werden, so handelt es sich dabei doch um eine grössere organisatorische Anpassung, da diese mit der Verschiebung eines der grössten Kostenblocks innerhalb der Bau- und Umweltdirektion verbunden ist.

14. Anträge

1. Dem Budget 2015 der Erfolgsrechnung mit einem Aufwand von CHF 2'634.4 Mio. und einem Ertrag von CHF 2'599.4 Mio., was einen Aufwandüberschuss von CHF 35.0 Mio. ergibt, wird zugestimmt.
2. Dem Investitionsbudget 2015 mit Ausgaben von CHF 245.1 Mio. und Einnahmen von CHF 41.0 Mio., ergebend Nettoinvestitionen von CHF 204.0 Mio., wird zugestimmt.
3. Vom aus der Gesamtrechnung resultierenden Finanzierungssaldo von CHF -158.9 Mio. wird Kenntnis genommen.
4. Mit beiliegendem Dekret zum Steuerfuss 2015 wird der Steuerfuss für die Einkommenssteuer natürlicher Personen für das Jahr 2015 auf 100% festgelegt.
5. Die geänderten Leistungsaufträge der Bau- und Umweltschutzdirektion werden zur Kenntnis genommen. Gemäss § 4 Abs. 2 und § 5 Dekret zum Finanzhaushaltsgesetz haben diese Dienststellen die Kreditverschiebungskompetenz.
6. Der Regierungsrat beantragt dem Landrat, die Jahresprogramm-Massnahmen 2015 des Regierungsrates zur Kenntnis zu nehmen.

Liestal, 11. Dezember 2014

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident: Isaac Reber

Der Landschreiber: Peter Vetter

15. Dekret über den Steuerfuss 2015

Dekret über den Steuerfuss 2015

Vom

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft, gestützt auf §19^{bis} des Gesetzes vom 7. Februar 1974⁴ über die Staats- und Gemeindesteuern (Steuergesetz) sowie gestützt auf §32^b Absatz 3 des Finanzhaushaltsgesetzes vom 18. Juni 1987⁵, beschliesst:

§ 1 Steuerfuss 2015

Der kantonale Einkommenssteuerfuss für das Steuerjahr 2015 beträgt 100%.

§ 2 Inkrafttreten

Dieses Dekret tritt am 1. Januar 2015 in Kraft.

4 GS 35.0000, SGS 331

5 GS 35.0000, SGS 310

**Kantonale Behörden,
Direktionen, Dienststellen
und Gerichte**

Beitrag zu strategischen Zielen

Die Landeskantlei unterstützt Landrat und Regierungsrat in ihrer politischen Führungsaufgabe. Regierung und Parlament arbeiten bei der Bewältigung der Herausforderungen unserer Zeit möglichst optimal zusammen. Diese Zusammenarbeit, die jeder der beiden Behörden ihren Verantwortungsbereich und ihren Entscheidungsspielraum belässt, braucht Koordination. Die Landeskantlei als zentrale Stabsstelle kennt die rechtlichen und politischen Zusammenhänge und Spielregeln und hat gute Verbindungen zum Parlament und seinen Organen einerseits und zur Regierung und Verwaltung andererseits. Mit einer sinnvollen Koordination und Kooperation sollen Synergien ermöglicht, Leerläufe verhindert, das gegenseitige Vertrauen gefördert und die vorhandenen personellen und finanziellen Ressourcen optimal genutzt werden.

Die Vorbereitung und Durchführung der kantonalen Wahlen und Abstimmungen sowie die organisatorische Unterstützung des Landrates und des Regierungsrates in ihren zahlreichen Repräsentationsverpflichtungen sind weitere Kernaufgaben der Landeskantlei.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landeskantlei haben den Anspruch die von Verfassung und Gesetz sowie Landrat und Regierung übertragenen Aufgaben stets einwandfrei, termingerecht und mit optimalem Einsatz an Mitteln erfüllen. Verschiedene Tätigkeiten der Landeskantlei konzentrieren sich auf das strategische Schwerpunktfeld 'Auftritt und Kooperation' des Regierungsrates. Die Landeskantlei trägt massgebend dazu bei, dass der Kanton im Bereich der Aussenbeziehungen in der interkantonalen und internationalen Zusammenarbeit sowie der Interessenvertretung gegenüber dem Bund und anderen Regionen über die relevanten Informationen und Dienstleistungen verfügt. Die Landeskantlei unterstützt zudem die Bemühungen des Regierungsrates, den Kanton Basel-Landschaft regional und auf Bundesebene gut zu vernetzen.

Gesamtübersicht Budget

Dank erheblicher Sparanstrengungen reduziert sich der Aufwand der Kantonalen Behörden gegenüber dem Vorjahresbudget in mehreren Positionen. Der Sparerfolg wird allerdings etwas verdeckt durch einmalige Ausgaben, die im Jahr 2015 für zentrale IT-Projekte wie die Gesamterneuerung der Website des Kantons und der Geschäftskontrollen des Landrates und des Regierungsrates im Budget der Landeskantlei anfallen werden. Zusätzlich wurde das Projekt E-Government mit CHF 650'000 ins Budget eingestellt. Erstmals im Budget der Kantonalen Behörden wird die Aufsichtsstelle Datenschutz berücksichtigt. Daraus allein ergibt sich ein Aufwandanstieg gegenüber Vorjahresbudget um rund CHF 900'000.

Erfolgsrechnung

	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %
30 Personalaufwand	9'640'301	9'601'243	10'702'747	1'101'505	11%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	2'160'729	2'550'150	2'573'650	23'500	1%
34 Finanzaufwand	463	1'000	1'000	0	0%
36 Transferaufwand	1'251'909	1'326'400	1'288'765	-37'635	-3%
42 Entgelte	-945'727	-895'000	-895'000	0	0%
43 Verschiedene Erträge	-160				
44 Finanzertrag	-4				
46 Transferertrag	-187'278	-178'650	-187'650	-9'000	-5%
Total Aufwand	13'053'402	13'478'793	14'566'162	1'087'370	8%
Total Ertrag	-1'133'169	-1'073'650	-1'082'650	-9'000	-1%
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	11'920'233	12'405'143	13'483'512	1'078'370	9%

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	40.8	42.7	47.1	4.4	10.3%

Mit Abschluss des Ausbaus der Parlamentsdienste hat der Sollstellenplan zu Beginn des Jahres 2014 in diesem Bereich die angestrebte Grösse erreicht. Erstmals im Sollstellenplan der Kantonalen Behörden wurden die 4.0 Stellen die Aufsichtsstelle Datenschutz berücksichtigt. Weiter wurde eine Stelle in der Landeskantlei für die Aufgaben E-Government geschaffen und die nicht mehr benötigte 0.7 Projektstelle im Staatsarchiv gestrichen.

2000 Landrat

Auftrag und Zielsetzungen

Der Landrat ist die gesetzgebende Behörde des Kantons Basel-Landschaft. Er erlässt alle grundlegenden und wichtigen Bestimmungen in der Form des Gesetzes. Ausführende Bestimmungen kann er in der Form des Dekretes erlassen, soweit ihn ein Gesetz ausdrücklich dazu ermächtigt.

Der Landrat übt die Oberaufsicht über alle Behörden und Organe aus, die kantonale Aufgaben wahrnehmen. Die Oberaufsicht ist ein Element der Gewaltenteilung - sie dient der Machthemmung und der Machtausbalancierung im Staat.

Im Weiteren genehmigt das kantonale Parlament wichtige Staatsverträge und die grundlegenden Planung der staatlichen Tätigkeiten, etwa das Regierungsprogramm und den Finanzplan, beschliesst über neue finanzielle Ausgaben, setzt das jährliche Budget fest, nimmt die Staatsrechnung ab, übt die Mitwirkungsrechte aus, die den Kantonen in der Bundesverfassung eingeräumt werden, wählt u.a. die Mitglieder der kantonalen Gerichte, verleiht das Kantonsbürgerrecht an Ausländerinnen und Ausländer und übt die Rechte der Begnadigung und der Amnestieerteilung aus.

KB

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	1'284'467	1'212'565	1'224'000	11'435	1%	
305	Arbeitgeberbeiträge	67'395	69'408	73'030	3'622	5%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	1'345	2'000	2'000	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare	135'412	40'000	40'000	0	0%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	247'496	283'000	272'000	-11'000	-4%	
341	Realisierte Kursverluste	-13					
	Total Aufwand	1'736'103	1'606'973	1'611'030	4'057	0%	
	Total Ertrag						
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	1'736'103	1'606'973	1'611'030	4'057	0%	

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Fraktionsentschädigungen	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	104'250	105'000	120'000	15'000	14%	
Gemeindebeitrag Präsidentenfest	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	30'000	30'000	30'000	0	0%	
Total Transferaufwand			134'250	135'000	150'000	15'000	11%	
Total Transferertrag								
Transfers (Netto)			134'250	135'000	150'000	15'000	11%	

2001 Regierungsrat

Auftrag und Zielsetzungen

Der Regierungsrat ist die oberste leitende und vollziehende Behörde des Kantons. Er besteht aus fünf Mitgliedern. Jedes Mitglied steht einer Direktion vor. Der Regierungsrat bestimmt die wichtigen Ziele und Mittel des staatlichen Handelns. Er plant und koordiniert die staatlichen Tätigkeiten und legt dem Landrat Entwürfe zu Verfassungsänderungen, Gesetzen und Dekreten zum Beschluss vor. Er erlässt Verordnungen auf der Grundlage und im Rahmen der Gesetze und Staatsverträge.

Der Regierungsrat beaufsichtigt die anderen Träger öffentlicher Aufgaben, sorgt für eine rechtmässige und wirksame Verwaltungstätigkeit und bestimmt im Rahmen von Verfassung und Gesetz die zweckmässige Organisation. Der Regierungsrat entscheidet nach Massgabe des Gesetzes über Verwaltungsbeschwerden und versagt Erlassen die Anwendung, wenn sie dem Bundesrecht oder kantonalen Verfassungs- oder Gesetzesrecht widersprechen. Zu den Aufgaben des Regierungsrats gehört die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit. Zudem vertritt er den Kanton nach innen und nach aussen und pflegt die Beziehungen mit den Behörden des Bundes und anderer Kantone. Er schliesst im Rahmen seiner Zuständigkeit endgültig Staatsverträge sowie Verwaltungsvereinbarungen ab, verleiht das Kantonsbürgerrecht an Schweizerinnen und Schweizer und nimmt Wahlen vor, soweit diese nicht anderen Organen übertragen sind. Weitere Zuständigkeiten können dem Regierungsrat durch Gesetz eingeräumt werden.

Ein Kernstück der Legislaturplanung 2012-2015 ist die Baselbieter Wirtschaftsoffensive. Der Regierungsrat hat seine Ziele, seine Massnahmen, seinen Finanzplan und seine Investitionsplanung einheitlich darauf abgestimmt, die Vision eines pulsierenden Wirtschafts- und Bildungsstandortes Basel-Landschaft umzusetzen. Bis 2018 soll der Ertrag aus der Unternehmenssteuern um 50 Prozent gesteigert werden. Dieses Ziel kann erreicht werden, wenn sich genügend wertschöpfungsstarke Unternehmen im Kanton ansiedeln und die bereits ansässigen Unternehmen am Standort Basel-Landschaft festhalten. Die Baselbieter Wirtschaftsoffensive ist in sieben Teilprojekte unterteilt, die den Kanton in eine wirtschaftlich starke Zukunft führen sollen:

1. Bestandespflege / Key Account Management
2. Arealentwicklung
3. Bodenpolitik
4. Instrumentarium Steuern und Abgaben
5. One-Stop-Shop - vereinfachte administrative Prozesse
6. Forschungs- und Innovationsstandort
7. Kundenfreundliche Kommunikationsstrategie

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	1'434'908	1'455'719	1'455'719	0	0%	
304	Zulagen	9'225	11'860	9'225	-2'636	-22%	
305	Arbeitgeberbeiträge	265'054	288'626	330'507	41'882	15%	
310	Material- und Warenaufwand	-1'879					
313	Dienstleistungen und Honorare	115'233	30'000	20'000	-10'000	-33%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	279'563	225'000	210'000	-15'000	-7%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	134'053	180'000	140'000	-40'000	-22%	
341	Realisierte Kursverluste	-131					
426	Rückerstattungen	-221'820	-150'000	-200'000	-50'000	-33%	1
	Total Aufwand	2'236'026	2'191'205	2'165'451	-25'754	-1%	
	Total Ertrag	-221'820	-150'000	-200'000	-50'000	-33%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	2'014'205	2'041'205	1'965'451	-75'754	-4%	

- 1 Die Erträge aus Rückerstattungen werden 2015 nach geänderter Regelung der Rückerstattung von Mandatsentschädigungen an Regierungsräte gegenüber Vorjahresbudget voraussichtlich deutlich ansteigen.

2002 Landeskantlei

Auftrag und Zielsetzungen

Die Landeskantlei ist die zentrale Stabsstelle des Regierungsrates und des Landrates. Sie unterstützt die politische Führungsaufgabe dieser Behörden.

Die Herausforderungen unserer Zeit an den Staat lassen sich nur bewältigen, wenn Regierung und Parlament möglichst optimal zusammenarbeiten. Die Zusammenarbeit, die jeder Behörde ihren Verantwortungsbereich und ihren Entscheidungsspielraum belässt, braucht Koordination. Für diese Aufgabe ist die Landeskantlei prädestiniert, weil sie die rechtlichen und politischen Zusammenhänge und Spielregeln kennt und Verbindungen zum Parlament und seinen Organen einerseits und zur Regierung und Verwaltung andererseits hat.

Mit einer sinnvollen Koordination und Kooperation sollen Synergien ermöglicht, Leerläufe verhindert, das gegenseitige Vertrauen gefördert und die vorhandenen personellen und finanziellen Ressourcen bestmöglich genutzt werden.

Die Vorbereitung und Durchführung der kantonalen und eidgenössischen Wahlen und Abstimmungen sowie die organisatorische Unterstützung des Landrates und des Regierungsrates in ihren zahlreichen Repräsentationspflichten sind weitere Kernaufgaben der Landeskantlei.

KB

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	2'473'742	2'406'359	2'482'441	76'082	3%	
304	Zulagen	32'197	21'192	31'248	10'056	47%	
305	Arbeitgeberbeiträge	590'239	438'028	470'460	32'433	7%	
309	Übriger Personalaufwand	20'457	17'000	13'000	-4'000	-24%	
310	Material- und Warenaufwand	768'263	643'500	553'000	-90'500	-14%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	10'791	45'100	63'200	18'100	40%	1
313	Dienstleistungen und Honorare	170'524	422'000	303'000	-119'000	-28%	1
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	85'369	85'000	35'000	-50'000	-59%	2
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	35'926	22'500	24'800	2'300	10%	
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	607	1'000	1'000	0	0%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-61'193	-50'000	-55'000	-5'000	-10%	
425	Erlös aus Verkäufen	-477'351	-520'000	-460'000	60'000	12%	3
430	Verschiedene betriebliche Erträge	-160					
440	Zinsertrag	-4					
	Total Aufwand	4'188'113	4'101'678	3'977'149	-124'529	-3%	
	Total Ertrag	-538'709	-570'000	-515'000	55'000	10%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	3'649'405	3'531'678	3'462'149	-69'529	-2%	

- Die im Jahr 2015 geplante Erneuerung zentraler IT-Programme, insbesondere des kantonalen Internetauftritts und der Geschäftskontrolle des Landrates wie des Regierungsrates erhöht den Aufwand der Landeskantlei in den Positionen „nicht aktivierbare Anlagen“ und „Dienstleistungen und Honorare“ beträchtlich.
- Dank der schrittweisen Umstellung auf einen weniger „papierintensiven“ Betrieb des Landrates kann der Mietaufwand für Drucker reduziert werden.
- Die mit der per Ende 2014 vorgesehene Einstellung der Papierversion der systematischen Gesetzessammlung wird zu namhaften Einsparungen führen, bringt andererseits aber auch Erlösminderungen von voraussichtlich rund CHF 60'000 mit sich.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Trinationaler Raum Basel	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	133'941	190'000	167'863	-22'137	-12%	
Leistungen für Gemeinden	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-52'600	-54'000	-54'000	0	0%	
Oberrhein Kooperation	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	454'128	462'400	449'402	-12'998	-3%	

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Interreg	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	254'190	250'000	250'000	0	0%	
Interkantonale Zusammenarbeit	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	142'510	155'000	155'000	0	0%	
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-134'678	-124'650	-133'650	-9'000	-7%	
Total Transferaufwand			984'769	1'057'400	1'022'265	-35'135	-3%	
Total Transferertrag			-187'278	-178'650	-187'650	-9'000	-5%	
Transfers (Netto)			797'491	878'750	834'615	-44'135	-5%	

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Beiträge an Interreg IV (2008-2013)	36	Transferaufwand	254'190					
Beitrag an TEB 2011-2013	36	Transferaufwand	89'780					
Beitrag an Infobest Palmrain 2011-2013	36	Transferaufwand	44'161					
Beitrag Kooperationsfond ORK 2011-2014	36	Transferaufwand	17'247	22'400		-22'400	-100%	
Beitrag an Regio Basiliensis 2011-2014	36	Transferaufwand	343'000	343'000		-343'000	-100%	
Beitrag an Sekretär ORK 2011-2014	36	Transferaufwand	58'000	58'000		-58'000	-100%	
Beitrag an Sekretariat ORK 2011-2014	36	Transferaufwand	28'262	39'000		-39'000	-100%	
Beitrag an TEB 2014-2016	36	Transferaufwand		110'000	95'063	-14'937	-14%	
Beitrag an Infobest Palmrain 2014-2016	36	Transferaufwand		80'000	72'800	-7'200	-9%	
Beiträge an Interreg V (2014-2020)	36	Transferaufwand		250'000	250'000	0	0%	
Sammelvorlage IT/Auftritt BL	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		250'000		-250'000	-100%	
Beitrag Kooperationsfond ORK 2015-2018	36	Transferaufwand			19'600	19'600	X	
Beitrag an Regio Basiliensis 2015-2018	36	Transferaufwand			349'860	349'860	X	
Beitrag an Sekretär ORK 2015-2018	36	Transferaufwand			32'177	32'177	X	
Beitrag an Sekretariat ORK 2015-2018	36	Transferaufwand			47'765	47'765	X	
E-Government BL	30	Personalaufwand			150'000	150'000	X	1
	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand			500'000	500'000	X	1
		Total			650'000	650'000	X	
Total Verpflichtungskredite Aufwand			834'639	1'152'400	1'517'265	364'865	32%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag								
Total Verpflichtungskredite (netto)			834'639	1'152'400	1'517'265	364'865	32%	

1 Entwicklung E-Government direktionsübergreifend gem. RRB 0946 vom 24.06.2014. Mit Budgetantrag 2014-250_01 wurde die Verpflichtungskredittranche von CHF 950'000 auf neu CHF 650'000 gekürzt.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	21.0	21.0	22.1	1.1	5.2%

Eine Stelle resultiert aus dem Projekt "E-Government BL" gemäss RRB 0946 vom 24.06.2014. Zudem werden durch die Übernahme von zusätzlichen IT-Massnahmen 0.1 Stelleneinheiten benötigt.

Jahresprogramm

2002.005 Erneuerung Öffentlichkeitsarbeit

Nach einer schwierigen Phase wird die Landeskanzlei im Jahr 2015 die bereits 2014 unter neuer Führung begonnene Erneuerung der eigenen Organisation vorantreiben und die Öffentlichkeitsarbeit des Kantons erneuern. Ebenfalls anstehend ist ein umfangreiches Projekt, das zentrale Teile der Softwareunterstützung der Geschäftsbearbeitung betrifft. Landrat, Regierung und die Direktionen sollen auf einer einheitlichen, benutzerfreundlichen Arbeitsgrundlage ihre Geschäfte einfacher und schneller bearbeiten können.

2003 Staatsarchiv

Auftrag und Zielsetzungen

Archivierung macht staatliches Handeln nachvollziehbar, dient der Rechtsstaatlichkeit, schafft Transparenz gegenüber der Bevölkerung und ermöglicht wissenschaftliche Forschung. Das Staatsarchiv ist das zentrale Archiv der Kantonsverwaltung. Als Fachstelle unterstützt es die kantonalen Dienststellen bei der Aktenführung und entscheidet darüber, welche Unterlagen aus rechtlichen oder historischen Gründen aufbewahrt werden müssen. Zudem ist es Kompetenzzentrum in Fragen der elektronischen Archivierung.

Als "Gedächtnis des Kantons" sorgt es für die fachgerechte langfristige Aufbewahrung, Erschliessung und Vermittlung von archivischem Kulturgut auf allen Datenträgern. Die Bestände des Staatsarchivs reichen vom 13. Jahrhundert bis in die Gegenwart. Schwerpunkt bilden die Unterlagen seit der Kantonsgründung im Jahr 1832. Daneben befinden sich im Staatsarchiv auch Unterlagen von Privaten (Einzelpersonen, Firmen, Vereine), Fotografien, Karten, Pläne und Zeitungen. Das Staatsarchiv ist öffentlich und für alle Interessierten zugänglich.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	1'035'120	1'081'938	993'553	-88'385	-8%	
304	Zulagen	10'676	10'676	10'676	0	0%	
305	Arbeitgeberbeiträge	184'366	199'155	205'987	6'831	3%	
309	Übriger Personalaufwand	4'307	10'000	5'000	-5'000	-50%	
310	Material- und Warenaufwand	26'111	47'000	40'000	-7'000	-15%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	29'070	35'000	30'000	-5'000	-14%	
313	Dienstleistungen und Honorare	41'866	101'200	101'500	300	0%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	4'528		4'500	4'500	X	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	4'467	4'500	4'500	0	0%	
424	Benützungsgbühren und Dienstleistungen	-69'862	-65'000	-70'000	-5'000	-8%	
	Total Aufwand	1'340'511	1'489'470	1'395'716	-93'753	-6%	
	Total Ertrag	-69'862	-65'000	-70'000	-5'000	-8%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	1'270'649	1'424'470	1'325'716	-98'753	-7%	

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Beitrag Archiv ehem. Fürstbistum Basel	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	110'000	110'000	100'000	-10'000	-9%	
Beitrag GRK	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	7'000	7'000	7'000	0	0%	
Beitrag KOST	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	10'977	11'000		-11'000	-100%	
Total Transferaufwand			127'977	128'000	107'000	-21'000	-16%	
Total Transferertrag								
Transfers (Netto)			127'977	128'000	107'000	-21'000	-16%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	8.2	8.9	8.2	-0.7	-7.9%

Jahresprogramm

2003.001 Elektronische Aktenführung

Förderung der elektronischen Vorgangsbearbeitung in der Verwaltung (Strategieentwicklung, Beratung)

2003.002 Digitale Archivierung

Sicherstellung der langfristigen Archivierung von elektronischen Daten und Unterlagen aus den Applikationen der Verwaltung

2004 Finanzkontrolle

Auftrag und Zielsetzungen

Die Finanzkontrolle, das Fachorgan der Finanzaufsicht, stellt in Zusammenarbeit mit den parlamentarischen Obergangsbehörden eine wirksame Kontrolle über den staatlichen Finanzhaushalt sicher. Sie erbringt für das Parlament und die Exekutive unabhängige und objektive Prüfungs- und Beratungsdienstleistungen, welche darauf ausgerichtet sind, Mehrwerte zu schaffen und die Geschäftsprozesse zu verbessern. Sie arbeitet fachlich selbständig und unabhängig. Mit den Regierungs- und Verwaltungsstellen sowie mit den parlamentarischen Kommissionen verkehrt sie direkt. Mit ihrer Tätigkeit will sie das Vertrauen des Volkes und der Steuerzahler zum Staat fördern, indem sie sich einsetzt für eine gesetzes- und zweckkonforme sowie wirtschaftliche Verwendung staatlicher Mittel; ebenso sorgt sie für eine transparente und nachvollziehbare Rechnungslegung des öffentlichen Finanzhaushaltes.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	1'543'905	1'618'582	1'629'779	11'196	1%	
304	Zulagen	12'554	8'305	12'554	4'250	51%	
305	Arbeitgeberbeiträge	290'041	302'257	337'563	35'306	12%	
309	Übriger Personalaufwand	9'555	20'000	20'000	0	0%	
310	Material- und Warenaufwand	3'957	4'200	4'400	200	5%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	8'781	22'050	15'250	-6'800	-31%	
313	Dienstleistungen und Honorare	32'424	69'100	67'000	-2'100	-3%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	5'315	6'000	6'000	0	0%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	12'680	14'200	14'200	0	0%	
426	Rückerstattungen	-115'500	-110'000	-110'000	0	0%	
	Total Aufwand	1'919'212	2'064'694	2'106'746	42'052	2%	
	Total Ertrag	-115'500	-110'000	-110'000	0	0%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	1'803'712	1'954'694	1'996'746	42'052	2%	

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Verbandsbeiträge	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	4'090	5'000	5'000	0	0%	
Total Transferaufwand			4'090	5'000	5'000	0	0%	
Total Transferertrag								
Transfers (Netto)			4'090	5'000	5'000	0	0%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	9.6	10.8	10.8	0.0	0.0%

2005 Ombudsman

Auftrag und Zielsetzungen

Der Ombudsman wird vom Landrat gewählt. Als unabhängige Vertrauensperson und Vermittler steht er der Bevölkerung bei Problemen mit Behörden und Verwaltungen des Kantons und der Gemeinden sowie mit privaten Institutionen, die in Erfüllung öffentlich-rechtlicher Aufgaben hoheitlich handeln, kostenlos zur Verfügung. Der Ombudsman erteilt Rat und hilft Streitfälle schlichten.

Der Ombudsman wirkt in erster Linie auf ein gütliches Einvernehmen hin. Er erfüllt diese Aufgabe, indem er über die Rechtmässigkeit, Korrektheit und Zweckmässigkeit der Verwaltung in Kanton und Gemeinden sowie der Justizverfahren wacht und dabei die Verwaltung und die Justiz zu bürgerfreundlichem Verhalten anregt und sie vor ungerechtfertigten Vorwürfen schützt.

KB

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	307'312	360'507	364'083	3'577	1%	
304	Zulagen	4'349	4'349	4'349	0	0%	
305	Arbeitgeberbeiträge	60'038	63'718	80'980	17'262	27%	
309	Übriger Personalaufwand	395	1'000	1'000	0	0%	
310	Material- und Warenaufwand	5'045	7'200	7'200	0	0%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen		6'000	6'000	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare	440	800	800	0	0%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	1'429	1'500	1'500	0	0%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	2'521	3'300	3'300	0	0%	
	Total Aufwand	381'528	448'373	469'212	20'839	5%	
	Total Ertrag						
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	381'528	448'373	469'212	20'839	5%	

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Verbandsbeiträge	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	823	1'000	1'000	0	0%	
Total Transferaufwand			823	1'000	1'000	0	0%	
Total Transferertrag								
Transfers (Netto)			823	1'000	1'000	0	0%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	2.0	2.0	2.0	0.0	0.0%

2006 Aufsichtsstelle Datenschutz

Auftrag und Zielsetzungen

Die Datenschutzbeauftragte ist verpflichtet die unabhängige Aufsicht über den Umgang mit Informationen und das Bearbeiten von Personendaten durch öffentliche Organe gemäss internationalem, nationalem und kantonalem Recht zu gewährleisten.

Die Aufsichtsstelle setzt sich für den Schutz der Persönlichkeitsrechte von Personen ein, deren Daten von öffentlichen Organen bearbeitet werden (Datenschutz). Zudem setzt sie sich dafür ein, dass Privatpersonen ihr Recht auf Informationszugang wahrnehmen können (Öffentlichkeitsprinzip).

Der Zuständigkeitsbereich der Aufsichtsstelle ist im Informations- und Datenschutzgesetz wie folgt definiert:

- Organisationseinheiten des Kantons und der Gemeinden, die eine öffentliche Aufgabe erfüllen;
- die Organisationseinheiten der juristischen Personen des kantonalen und kommunalen öffentlichen Rechts, die eine öffentliche Aufgabe erfüllen;
- Private, soweit ihnen von Kanton oder Gemeinden die Erfüllung öffentlicher Aufgaben übertragen sind.

Zu den Aufgaben der Aufsichtsstelle gehören im Wesentlichen:

- Kontrolle der Anwendung der Bestimmungen über den Umgang mit Informationen nach einem autonom aufzustellenden Prüfprogramm (sog. Datenschutz-Audits)
- Beratung der öffentlichen Organe von Kanton und allen Gemeinden in den Bereichen Datenschutz, Informationssicherheit und Öffentlichkeitsprinzip
- Vorabkontrolle von Projekten, die eine Bearbeitung von Personendaten vorsehen (insb. IT-Projekte).
- Beratung von Privatpersonen, die von einer Datenbearbeitung durch öffentliche Organe betroffen sind.
- Vermittlung zwischen betroffenen Personen und öffentlichen Organen
- Erlass von förmlichen Empfehlungen und Weisungen
- Laufende Beobachtung der aktuellen Entwicklungen in den Bereichen Datenschutz und Öffentlichkeitsprinzip
- Stellungnahme zu Erlassen, die für das Öffentlichkeitsprinzip oder den Datenschutz relevant sind.
- Information und Sensibilisierung der Öffentlichkeit, der politischen Organe und der öffentlichen Organe
- Berichterstattung
- Zusammenarbeit mit Organen der Gemeinden, der anderen Kantone, des Bundes und des Auslands, welche die gleichen Aufgaben erfüllen.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals			651'935	651'935	X	
304	Zulagen			5'140	5'140	X	
305	Arbeitgeberbeiträge			130'518	130'518	X	
309	Übriger Personalaufwand			10'000	10'000	X	
310	Material- und Warenaufwand			24'000	24'000	X	
313	Dienstleistungen und Honorare			60'500	60'500	X	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützunggeb			3'000	3'000	X	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen			17'000	17'000	X	
	Total Aufwand			902'093	902'093	X	
	Total Ertrag						
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)			902'093	902'093	X	

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Kantonsbeitrag Datenschutz	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte			3'500	3'500	X	
Total Transferaufwand					3'500	3'500	X	
Total Transferertrag								
Transfers (Netto)					3'500	3'500	X	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen			4.0	4.0	X

Beitrag zu strategischen Zielen

Als zentraler Beitrag der Finanz- und Kirchendirektion zum strategischen Schwerpunktfeld "Effizientes und effektives staatliches Handeln" des Regierungsrates steht auch im Jahr 2015 die Stärkung der finanziellen Steuerung. Im Wesentlichen geht es dabei um eine Systematisierung, eine Priorisierung und eine Konsolidierung einzelner bestehender und künftiger Projekte und Massnahmen. Die finanzielle Steuerung wird auf der mittelfristigen Ebene gestärkt, indem ab der Jahresplanung 2017 ergänzend zum Budget die drei darauffolgenden Finanzplanjahre in der gleichen Planungsqualität wie das Budget zusammengestellt werden. Als Taktgeber für alle Arbeiten in diesem Bereich gilt die Totalrevision des Finanzhaushaltsgesetzes (FHG). Sie soll im Jahr 2015 vorliegen und in die Vernehmlassung geschickt werden. Parallel dazu stehen drei Projekte im Vordergrund: die Etablierung eines integrierten vierjährigen Aufgaben- und Finanzplans, die Optimierung der Rechnungslegung und die Verbesserung der Haushaltssteuerung.

Die Stärkung der finanziellen Steuerung unterstützt die nachhaltige Finanzpolitik des Regierungsrates. Diese strebt nach einem mittelfristig ausgeglichenen Haushalt, einer ausreichenden Selbstfinanzierung der Investitionen, einer tragbaren Schuldenlast und der Substanzerhaltung von Vermögenspositionen, um das gewünschte Leistungsniveau aufrecht halten zu können.

Einen ebenfalls wichtigen Beitrag zum strategischen Schwerpunktfeld "Effizientes und effektives staatliches Handeln" des Regierungsrates leistet die Umsetzung des Entlastungspakets 12 / 15. Das Entlastungspaket hat zum Ziel, den Staatshaushalt bis zum Jahr 2016 dauerhaft um insgesamt 180 Millionen Franken zu entlasten. Die Arbeiten gehen mit dem vierten Entlastungsjahr im 2015 weiter.

Die Steuerverwaltung wird im Jahr 2015 die Vorbereitung und die Umsetzung der Unternehmenssteuerreform III weiter vorantreiben. Damit sollen die steuerlichen Rahmenbedingungen des Wirtschaftsstandortes Basel-Landschaft verbessert werden. Diese leisten einen wichtigen Beitrag zur Wirtschaftsoffensive und damit zum strategischen Schwerpunktfeld "Innovation und Wertschöpfung".

Die Stabsstelle Gemeinden moderiert im Jahr 2015 die Arbeiten zur Revision des kantonalen Finanzausgleichs. Ziel ist es, im Juni 2016 erstmals einen Finanzausgleich nach neuem System ermitteln zu können. Parallel zu den Revisionsarbeiten beim Finanzausgleich wird das Gemeindegesetz revidiert und das Gemeindestrukturgesetz erarbeitet. Ziel beider Gesetzesarbeiten ist es, die Zusammenarbeit der Gemeinden untereinander zu fördern.

Das Statistische Amt leitet weiterhin eine interdirektionale Arbeitsgruppe zur demografischen Entwicklung, die eine Analyse der Chancen und der Risiken vornimmt und Vorschläge für einen konkreten Massnahmenplan erarbeitet. Ziel der vorbereitenden Arbeiten ist es, für den Regierungsrat eine Strategie zum Umgang mit der älter werdenden Bevölkerung zu formulieren. Damit leistet das Statistische Amt einen wesentlichen Beitrag zum strategischen Schwerpunkt "Zusammenleben in BL".

Gesamtübersicht Budget

Das Budget der Finanz- und Kirchendirektion ist stark geprägt durch die Reform der BLPK, die Konjunktorentwicklung, den Ressourcenausgleich, den Finanzausgleich zwischen Kanton und Gemeinden sowie durch den Bereich Ergänzungsleistungen für AHV/IV.

Damit die BLPK per 1. Januar 2015 als ausfinanziert gilt, wird die gesamte Forderung gegenüber dem Kanton per 31. Dezember 2014 in die Bilanz aufgenommen. Dieser Sachverhalt ist im Budget 2014 mit der Einbuchung der Forderung (CHF 1'352.44 Mio. (Stand per 31.12.2012)) als ausserordentlicher Aufwand und der Auflösung der Rückstellungen (CHF 449.2 Mio. (Stand Rückstellungen per 31.12.2012)) als ausserordentlicher Ertrag eingestellt. Diese beiden einmaligen Positionen fallen im Budget 2015 weg. Die FKD hat sich mit der BLPK darauf geeinigt, dass die gesamte Verbindlichkeit vollumfänglich im Jahr 2015 beglichen werden soll. Die daraus resultierenden Zinskosten (Refinanzierung, Verzinsung Restforderung BLPK) betragen für das Jahr 2015 CHF 28.1 Mio. und führen zu einer Erhöhung des Finanzaufwandes.

Für das Gesamtjahr 2014 rechnet BAK Basel mit einem Schweizer BIP-Wachstum von +2.0% (analog Vorjahr 2013). Für das Budgetjahr 2015 wird eine leichte Beschleunigung des BIP-Wachstums auf +2.2% erwartet. Es wird insgesamt von einem Anstieg der Steuererträge von rund CHF 45 Mio. oder 3% ausgegangen.

Der Ressourcenindex 2015 des Kantons Basel-Landschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr von 101.6 auf 100.1 gesenkt. Damit bleibt der Kanton nach wie vor ressourcenstark, wenn auch nur noch leicht. Nach den letztjährigen Ausgleichszahlungen von CHF 7.5 Mio., welche der Kanton zu leisten hatte, bezahlt er 2015 noch einen Ausgleich von CHF 0.7 Mio.. Das bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Entlastung von rund CHF 6.8 Mio.

Der Transferbereich (Kto 36/46) ist stark beeinflusst durch zwei Sachverhalte, welche die Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden betreffen. Im Rahmen von HarmoS werden die Gemeinden per 1. August 2015 das 6. Primarschuljahr übernehmen. Der Kanton wird demzufolge zur Kompensation dieser Aufgabenverschiebungen im Jahr 2015 einen Betrag von CHF 14.5 CHF zu leisten haben(LRV 2014-089).

Am 8. Juli 2014 hat der Regierungsrat eine Vorlage Teilrevision des Ergänzungsleistungsgesetzes zur AHV/IV/Neuaufteilung Ergänzungsleistungen in die Vernehmlassung gegeben. Neu sollen die Gemeinden die EL im Bereich Altersversorgung tragen und der Kanton die EL im Bereich der Invalidität. Der Anteil der Gemeinden an der EL nimmt um CHF 25.8 Mio. zu, was sich im Transferertrag des Budgets niederschlägt. Demgegenüber führt die Kompensationsleistung des Kantons an die Gemeinden zu einem Mehraufwand von CHF 22.6 Mio. In der Vernehmlassungsvorlage wird ebenfalls die Rückerstattung der Kantonsentlastung bei den Ergänzungsleistungen aus den Jahren 2011-2014 an die Gemeinden aufgrund der Pflegenormkostenübernahme durch die Gemeinden ab 2011 vorgeschlagen. Im Budget 2015 ist hierfür die erste Tranche im Umfang von CHF 15 Mio. eingestellt.

Die Ergänzungsleistungen für AHV/IV auch im Budget 2015 mit einer Zunahme von CHF 20.6 Mio. ein starkes Wachstum. Hier gilt es allerdings zu berücksichtigen, dass im Budgetwert 2014 ist eine Entlastung durch den Vermögensverzehr von CHF 7.6 berücksichtigt sind. Durch den Entscheid des Baselpieter Stimmvolk vom 28. September 2014 wird diese Entlastungsmassnahme (Anpassung des Vermögensverzehrs (LRV 2013-202)) nicht umgesetzt.

FKD

Erfolgsrechnung

	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %
30 Personalaufwand	47'441'233	43'646'297	46'604'471	2'958'175	7%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	51'974'790	53'242'530	42'143'187	-11'099'343	-21%
34 Finanzaufwand	30'131'988	31'106'000	55'860'738	24'754'738	80%
35 Übertrag Fonds / StaatsRG	22'662'858	22'511'000	21'440'000	-1'071'000	-5%
36 Transferaufwand	383'482'009	393'906'168	452'498'899	58'592'731	15%
37 Durchlaufende Beiträge	28'510'091	28'168'200	27'300'000	-868'200	-3%
38 Ausserordentlicher Aufwand	10'215'109	1'352'440'000		-1'352'440'000	-100%
40 Fiskalertrag	-1'579'956'831	-1'642'550'000	-1'687'755'000	-45'205'000	-3%
41 Regalien und Konzessionen	-23'485'982	-23'530'000	-23'530'000	0	0%
42 Entgelte	-13'610'715	-15'069'200	-15'613'500	-544'300	-4%
43 Verschiedene Erträge	-779'212	-1'001'000	-938'860	62'140	6%
44 Finanzertrag	-92'537'292	-71'971'900	-73'458'800	-1'486'900	-2%
45 Übertrag Fonds / StaatsRG	-59'441'888	-500'000	-40'000	460'000	92%
46 Transferertrag	-301'987'638	-309'638'904	-350'264'000	-40'625'096	-13%
47 Durchlaufende Beiträge	-28'510'091	-28'168'200	-27'300'000	868'200	3%
48 Ausserordentlicher Ertrag	-10'215'109	-459'400'000	-5'930'000	453'470'000	99%
49 Interne Fakturen	-24'862	-21'127	-21'127	0	0%
Total Aufwand	574'418'078	1'925'020'195	645'847'295	-1'279'172'899	-66%
Total Ertrag	-2'110'549'621	-2'551'850'331	-2'184'851'287	366'999'044	14%
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	-1'536'131'543	-626'830'136	-1'539'003'992	-912'173'855	-146%

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	317.6	355.7	371.5	15.8	4.4%

Die Gesamtdirektion verzeichnet zum Vorjahresbudget eine Stellenzunahme von 15.8 Sollstellen. Der Grossteil der Zunahme fällt beim Generalsekretariat FKD mit insgesamt 15.2 Stellen an. Hauptsächlich erfolgt die Zunahme im Rahmen von STRATUM (+10.2 Stellen (Stellentransfer von SID und BKSD)) an. Zudem werden Dienstleistungen Dritter reduziert, indem 3 zusätzliche Stellen zur Sicherung des zuverlässigen Betriebs im Team Client Services geschaffen werden. Beim Personalamt werden 2.5 Stellen im Rahmen des Projekts NOP von der BKSD zum Dienstleistungszentrum Personal transferiert und eine weitere Stelle im Rahmen der SAP Strategie auf PPP (Public Private Partnership) abgebaut. Daneben verzeichnet das Kantonale Sozialamt einen kleinen Zuwachs aufgrund einer Korrektur und die Finanzverwaltung sowie das Statistische Amt eine Abnahme bei den Sollstellen. Die Details gehen aus den Kommentaren bei den entsprechenden Dienststellen hervor.

2100 Generalsekretariat FKD

Auftrag und Zielsetzungen

Das Generalsekretariat der Finanz- und Kirchendirektion nimmt als zentrale Stabsstelle der Querschnittsdirektion FKD neben den klassischen internen Aufgaben auch eine grosse Zahl vielfältiger direktionsübergreifender sowie bürger- und gemeinderelevanter Aufgaben wahr. Es dient somit in der Beratung, Unterstützung und Koordination nicht nur den Organen der Finanz- und Kirchendirektion, sondern auch zahlreichen Organen der gesamten Verwaltung im Interesse der effizienten und effektiven Aufgabenerfüllung.

Die grösste Abteilung des Generalsekretariats, die Zentralen Informatikdienste (ZID), sind der zentrale Informatikdienstleister der Verwaltung des Kantons Basel-Landschaft. Sie erbringen die Basis- und Infrastrukturleistungen (z.B. Betrieb der Rechenzentren, der Infrastruktur, der Netzwerke, der Server, der Clients, des Servicedesks sowie zahlreicher Applikationen), aber auch Fachinformatikdienstleistungen. Zudem tragen sie die operative Verantwortung für das gemeinsame IT-Service-Management-System (GSMS). Die strategische Verantwortung für GSMS liegt demgegenüber bei der Informatikplanung und -koordination (IPK), die gemeinsam mit der ZID die dezentralen Informatikstellen und Projektgruppen bei der Planung, Einführung und beim Betrieb von Informatiklösungen unterstützt.

Die weiteren Aufgabenschwerpunkte des Generalsekretariats bilden Information und Kommunikation nach innen und aussen und in übergeordneten Gremien, die Personalberatung innerhalb der Finanz- und Kirchendirektion, Vorbereitungsarbeiten auf dem Gebiet der Gesetzgebung sowie Beschwerdefunktionen im Verwaltungsverfahren. Daneben dient das Generalsekretariat als Fachzentrum in allgemeinen Gemeindefragen, insbesondere in rechtlicher Hinsicht, und ist zuständig für Fragen, die kirchliche Angelegenheiten und die Medienpolitik des Kantons betreffen.

FKD

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	21'790	50'000	35'000	-15'000	-30%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	8'403'135	8'960'529	10'606'709	1'646'180	18%	1
304	Zulagen	126'205	108'424	126'205	17'781	16%	
305	Arbeitgeberbeiträge	1'321'767	1'707'991	1'911'489	203'498	12%	1
309	Übriger Personalaufwand	261'304	416'086	278'549	-137'537	-33%	2
310	Material- und Warenaufwand	438'271	324'500	325'500	1'000	0%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	5'351'313	6'385'550	3'256'547	-3'129'003	-49%	3
313	Dienstleistungen und Honorare	12'448'777	13'156'770	9'537'882	-3'618'888	-28%	4
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	3'078'105	2'594'160	2'066'001	-528'159	-20%	5
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	38'099	1'700	38'700	37'000	>1000%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	131'523	111'000	106'680	-4'320	-4%	
341	Realisierte Kursverluste	-4'454					
410	Regalien	-80'115	-80'000	-80'000	0	0%	
412	Konzessionen	-245'421	-250'000	-250'000	0	0%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-850					
425	Erlös aus Verkäufen	-564'084	-677'200	-737'200	-60'000	-9%	
	Total Aufwand	31'615'836	33'816'710	28'289'262	-5'527'448	-16%	
	Total Ertrag	-890'470	-1'007'200	-1'067'200	-60'000	-6%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	30'725'366	32'809'510	27'222'062	-5'587'448	-17%	

- Im Rahmen von STRATUM2 werden mit dem Budget 2015 nochmals 3,2 Stellen aus der SID (Polizeiinformatik) sowie 7,0 Stellen aus der BKSD (Stab Informatik BKSD) in die FKD/ZID transferiert. Im Team Client Services sind zum Zwecke der Reduktion von externen Kosten (Dienstleistungen Dritter) 3 zusätzliche Stellen zur Sicherstellung eines zuverlässigen Betriebes notwendig. Im Rahmen des Projekts "E-Government BL" werden in ZID und IPK je 0,5 Stellen geschaffen. Für die HR-Beratung ist eine auf zwei Jahre befristete Stelle vorgesehen, da mit den vorhandenen Ressourcen der Aufbau bzw. die Gewährleistung der HR-Beratung im Sinne des Projekts NOP nicht möglich ist.
- Zur Einhaltung der Sparvorgaben wird der Aufwand für Aus- und Weiterbildung um CHF 100'000 gekürzt. Der ursprünglich bei den ZID eingestellte Betrag für Aus- und Weiterbildung betreffend VGD wird dorthin zurücktransferiert.

- 3 Ab Budget 2015 werden Mittel und Dienstleistungen, die von den ZID an die Direktionen erbracht werden, den Direktionen belastet, da diese in den Direktionsbudgets eingeplant sind. Die ursprünglich bei den ZID eingestellten Budgetpositionen der VGD werden in diesem Zusammenhang zurücktransferiert. Zur Erfüllung der Sparvorgaben wird zudem auf bestimmte neue Vorhaben verzichtet (z.B. grössere Postfächer im Exchange, Sharepoint update) und werden Ausgaben im IT-Infrastrukturbereich gekürzt.
Eine weitere Abweichung zwischen Budget 2014 und 2015 ergibt sich aus einer Erhöhung des Budget 2014. Diese beruht auf der Bewilligung eines Nachtragskredits durch den Landrat am 26. Juni 2014 für die Umstellung der IT-Arbeitsplätze (LRV 2014-135).
- 4 Die Abweichung zwischen Budget 2014 und 2015 ergibt sich aus einer Erhöhung des Budget 2014. Diese beruht auf der Bewilligung eines Nachtragskredits durch den Landrat am 26. Juni 2014 für die Umstellung der IT-Arbeitsplätze (LRV 2014-135).
- 5 Ab Budget 2015 werden Mittel und Dienstleistungen, die von den ZID an die Direktionen erbracht werden, den Direktionen belastet, da diese in den Direktionsbudgets eingeplant sind.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Verbandsbeiträge	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	97'315	75'668	76'319	651	1%	
Beiträge an Landeskirchen	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	10'197'050	10'098'000	10'008'400	-89'600	-1%	
Total Transferaufwand			10'294'365	10'173'668	10'084'719	-88'949	-1%	
Total Transferertrag								
Transfers (Netto)			10'294'365	10'173'668	10'084'719	-88'949	-1%	

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Erneuerung Telefonie der Kant Verwaltung	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	311'217	250'000		-250'000	-100%	1
ERP-Etappe 2	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	1'260'678					
2tes Rechenzentrum der Kant. Verwaltung	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	718'471	200'000		-200'000	-100%	2
ERP-Etappe 3	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	191'056	1'600'000	1'350'000	-250'000	-16%	3
Erneuerung erstes Rechenzentrum	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		800'000		-800'000	-100%	4
Total Verpflichtungskredite Aufwand			2'481'421	2'850'000	1'350'000	-1'500'000	-53%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag								
Total Verpflichtungskredite (netto)			2'481'421	2'850'000	1'350'000	-1'500'000	-53%	

- 1 Gemäss Verpflichtungskredit Erneuerung der Telefonie in der Kantonalen Verwaltung (LRV 2007-003) kann das Vorhaben gemäss Plan Ende 2014 abgeschlossen werden.
- 2 Das 2. Rechenzentrum konnte erfolgreich in Betrieb genommen werden.
- 3 Zur Einhaltung der Sparvorgaben und der zusätzlichen Saldokürzung müssen von der ursprünglich geplanten Jahrestranche 2015 von CHF 1.9 Mio. CHF 0.55 Mio. gekürzt werden.
- 4 Zur Einhaltung der Sparvorgaben und der zusätzlichen Saldokürzung wird die ursprünglich geplante Jahrestranche 2015 von CHF 0.4 Mio. nicht realisiert. Gemäss Bestätigung der BUD kann die Investition noch um maximal 2 Jahre hinausgeschoben werden.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	65.4	70.7	85.9	15.2	21.5%

Im Rahmen von STRATUM2 werden mit dem Budget 2015 nochmals 3,2 Stellen aus der SID (Polizeiinformatik) sowie 7,0 Stellen aus der BKSD (Stab Informatik BKSD) in die FKD/ZID transferiert. Im Team Client Services sind zum Zwecke der Reduktion von externen Kosten (Dienstleistungen Dritter) 3 zusätzliche Stellen zur Sicherstellung eines zuverlässigen Betriebes notwendig. Im Rahmen des Projekts "E-Government BL" werden in ZID und IPK je 0,5 Stellen geschaffen. Für die HR-Beratung ist eine auf zwei Jahre befristete Stelle vorgesehen, da mit den vorhandenen Ressourcen der Aufbau bzw. die Gewährleistung der HR-Beratung im Sinne des Projekts NOP nicht möglich ist.

Jahresprogramm

2100.013 Projekt Enterprise Resource Planning (ERP) Etappe 3

Inhaltlich umfasst die dritte Etappe die Fortführung der Organisationsentwicklung und die Weiterentwicklung der strategischen Applikationslandschaft. Besonders zu erwähnen sind auch die Anforderungen des Entlastungspaketes. Ohne die Bereitstellung der entsprechenden Informatik-Instrumente könnten einige geplante Einsparungen nicht oder nur ansatzweise erreicht werden. Die Umsetzung folgender Themengebiete ist besonders erwähnenswert: Einführung der Instrumente für das Dienstleistungszentrum Personal; Integration der Sekundarschulen in die Finanzprozesse des Kantons; Anpassung der Finanzprozesse an die Anforderung von E-Government; weitere Optimierung der Materialwirtschaft und Logistik des Kantons; Erweiterung der Immobilienbewirtschaftung (ehemals getrennt im Hochbauamt [HBA] und Amt für Liegenschaftsverkehr [ALV]). Im Rahmen der Saldokürzungen Budget 2015 wurden total 0.55 Mio. Fr. im Projekt ERP Etappe 3 eingespart. Es wurde der Umfang der Anzahl Umsysteme, welche mit SAP Komponenten ersetzt werden sollten, reduziert und ebenso der Umfang an Workflow-Prozessen. Weiter wurden in mehreren Teilprojekten die geplanten Aktivitäten auf der Zeitachse weiter nach hinten verschoben (2016/2017).

2100.014 Sanierung bzw. Einmietung Erstes Rechenzentrum

Das 1. Rechenzentrum an der Rheinstrasse 33b muss nach fast 20 Jahren saniert werden, da die Gebäudetechnik nicht mehr gewartet werden kann (vgl. Landratsvorlage 2. Rechenzentrum). Die wirtschaftlichen Abklärungen werden zeigen, ob eine Sanierung sinnvoll ist oder ob eine Einmietung wie beim 2. Rechenzentrum angestrebt wird. Infolge fehlender Ersatzteile und Wartungsmöglichkeiten bei der Gebäudetechnik besteht dringender Handlungsbedarf. Aus technischer Sicht kann die Investition noch um maximal 2 Jahre hinausgeschoben werden, wie die Bau- und Umweltschutzdirektion bestätigt. Im Zuge der geforderten Saldokürzungen wird das Vorhaben deshalb für das Budget 2015 nicht eingestellt.

2100.015 Teilrevision des Gemeindegesetzes

Im Herbst 2014 wird der Regierungsrat nach durchgeführter Vernehmlassung den Entwurf zur Teilrevision des Gemeindegesetzes zuhanden des Landrats verabschieden. Der Landrat wird die Gesetzesänderung im Frühling 2015 beraten und sie voraussichtlich per 1. September 2015 in Kraft setzen. Die Gesetzesänderung setzt politische Vorstösse um (Initiative zur Einführung des Einwohnerrats sowie kommunaler Finanzplan) und schliesst kleinere Lücken im Gesetz.

2100.016 Teilrevision des Anmeldungs- und Registergesetzes

Gegen Ende 2014 wird der Regierungsrat nach durchgeführter Vernehmlassung den Entwurf zur Teilrevision des Anmeldungs- und Registergesetzes zuhanden des Landrats verabschieden. Der Landrat wird das Gesetz im Frühling/Sommer 2015 beraten und es voraussichtlich per 1. Januar 2016 in Kraft setzen. Die Gesetzesänderung erweitert den Kreis der zugriffsberechtigten Stellen auf das kantonale Personenregister und regelt Details.

2100.017 Neues Brand- und Elementarschadenpräventionsgesetz

Gegen Ende 2014 wird der Regierungsrat den Entwurf des Brand- und Elementarschadenpräventionsgesetzes nach durchgeführter Vernehmlassung zuhanden des Landrats verabschieden. Der Landrat wird das Gesetz im Frühling/Sommer 2015 beraten und es voraussichtlich per 1. Januar 2016 in Kraft setzen. Das Gesetz fasst die bisherigen Brandschutzmassnahmen mit neu einzuführenden Schutzmassnahmen gegen Elementarschäden in einem Präventionsgesetz zusammen.

2100.018 Änderung der Kantonsverfassung sowie Gemeindestrukturengesetz

Gegen Ende 2014 wird der Regierungsrat nach durchgeführter Vernehmlassung die Entwürfe zur Änderung der Kantonsverfassung sowie zu einem Gemeindestrukturengesetz zuhanden des Landrats verabschieden. Der Landrat wird die Gesetzesänderung im Frühling/Sommer 2015 beraten und sie voraussichtlich per 1. Januar 2016 in Kraft setzen. Die Verfassungsänderung verankert das Subsidiaritätsprinzip für die Gesetzgebung und verstärkt die Gemeindeautonomie. Das Gemeindestrukturengesetz konsolidiert die Formen der interkommunalen Zusammenarbeit, führt Regionalkonferenzen für die Gemeindepräsidien ein und ermöglicht die faktische wie auch finanzielle, kantonale Unterstützung bei Gemeindegemeinschaften.

2101 Fachstelle für Gleichstellung

Auftrag und Zielsetzungen

Als kantonales Kompetenzzentrum ist Gleichstellung für Frauen und Männer Kanton Basel-Landschaft (Gleichstellung BL) für alle da. Regierungsrat und Verwaltung, Unternehmen, Organisationen und auch Einzelpersonen können auf die fachliche Unterstützung bei der Realisierung des Verfassungs- und Gesetzesauftrags zur tatsächlichen Gleichstellung in Familie, Ausbildung und Arbeit zählen (§ 19 SGS 108).

Gleichstellung BL stellt den Behörden Entscheidungsgrundlagen zur Verfügung und prüft die kantonalen Erlasse und Massnahmen auf ihre Übereinstimmung mit der Gleichstellungsgesetzgebung und die Auswirkungen auf Bürgerinnen und Bürger. Sie entwickelt Programme und Massnahmen zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern. Ihre Öffentlichkeitsarbeit sensibilisiert für Fragen der direkten und indirekten Diskriminierung, informiert über den Stand der Gleichstellung sowie über Massnahmen und Instrumente zur Lösung von Defiziten und den Abbau von Geschlechterstereotypen. Dazu unterhält Gleichstellung BL eine öffentlich zugängliche Dokumentationsstelle. Sie entwickelt zusammen mit dem Personalamt Massnahmen zur Förderung der Gleichstellung und zur Vermeidung von Diskriminierungen von Frauen und Männern in allen Bereichen und auf allen Stufen der Verwaltung.

Sie arbeitet mit der Kommission für Gleichstellung sowie kommunalen, kantonalen und eidgenössischen Einrichtungen und Organisationen zusammen.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	10'395	21'000	12'000	-9'000	-43%	1
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	373'021	355'577	356'900	1'323	0%	
304	Zulagen	2'998	2'965	2'965	0	0%	
305	Arbeitgeberbeiträge	52'632	63'696	68'748	5'052	8%	
310	Material- und Warenaufwand	24'094	42'000	32'000	-10'000	-24%	2
311	Nicht aktivierbare Anlagen	162	200	200	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare	60'900	59'500	41'500	-18'000	-30%	2
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	2'594		2'297	2'297	X	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	13'475	10'500	12'400	1'900	18%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	7'929	10'000	8'000	-2'000	-20%	
425	Erlös aus Verkäufen	-1'727		-500	-500	X	
430	Verschiedene betriebliche Erträge	-7'000		-5'000	-5'000	X	3
	Total Aufwand	548'199	565'439	537'010	-28'428	-5%	
	Total Ertrag	-8'727		-5'500	-5'500	X	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	539'473	565'439	531'510	-33'928	-6%	

1 Es findet eine Reorganisation der Gremienarbeit statt.

2 Zur Einhaltung der Sparvorgaben wurde eine Verzichtsplanning diverser Produkte vorgenommen.

3 Kurseinnahmen aufgrund der Weiterbildung zum Gleichstellungsgesetz (GIG), welche alle zwei Jahre durchgeführt wird.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Chancengleichheitspreis	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-10'000		-10'000	-10'000	X	1
Beitrag an CH-Gleichstellungskonferenz	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	2'288	3'000	3'000	0	0%	
Total Transferaufwand			2'288	3'000	3'000	0	0%	
Total Transferertrag			-10'000		-10'000	-10'000	X	
Transfers (Netto)			-7'712	3'000	-7'000	-10'000	-333%	

1 Mit der wechselseitigen Federführung fällt der Beitrag von Basel-Stadt jeweils in den ungeraden Jahren an.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	2.5	2.5	2.5	0.0	0.0%

Jahresprogramm

2101.001 Zukunftsstrategie Gleichstellung 2012-2015

Die sozialen, demografischen und wirtschaftlichen Herausforderungen verlangen nach einer aktiven und gezielten Gleichstellungspolitik. Die Zukunftsstrategie Gleichstellung BL unterstützt diese in verschiedenen Teilprojekten.

Teilprojekt 1: Laufende Optimierung: Fachberatung sowie Entwicklung von Instrumenten zur directionspezifischen Definition und Umsetzung des Legislaturziels, der Ausrichtung des staatlichen Handelns "nach den Grundsätzen der Chancengleichheit und des Gleichstellungs-Controllings".

Teilprojekt 2: Im Fokus: "Attraktiver und fortschrittlicher Wohnort und Unternehmensstandort" mit Grundlagen und fachspezifischen Beiträgen in den drei Schwerpunktbereichen Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Innovations- und Personalstrategien in Zusammenarbeit mit den beteiligten Dienststellen.

Teilprojekt 3: Gleichstellungsbericht 2016

2102 Finanzverwaltung

Auftrag und Zielsetzungen

Die Finanzverwaltung nimmt im Bereich des Staatshaushalts übergeordnete Koordinations- und Steuerungsaufgaben für den Regierungsrat wahr. Der Finanzverwalter und sein Team beraten den Regierungsrat, den Finanzdirektor und die Direktionen in finanz-, volks- und betriebswirtschaftlichen Fragen. Die Finanzverwaltung gliedert sich in die Bereiche Finanz- und Volkswirtschaft, Controlling und Rechnungswesen. Zu ihren Kernkompetenzen gehören die Steuerung der Planungsprozesse (Regierungsprogramm, Jahresplanung, Finanzplanung) und des Berichtswesens, das Finanzrecht, die Risikopolitik, das IKS sowie die Weiterentwicklung der Führungsinstrumente und -prozesse. Im Rahmen der Steuerung der Finanzstruktur (Vermögen und Verpflichtungen) wird die Zahlungsbereitschaft des Kantons sichergestellt. Die Finanzverwaltung ist zudem Koordinationsstelle für die Partnerschaftsverhandlungen BS-BL, für Versicherungen, Prämienverbilligungen sowie Beteiligungen des Kantons.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	4'600	950		-950	-100%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	2'339'180	2'625'075	2'680'045	54'970	2%	
304	Zulagen	23'550	20'756	23'550	2'794	13%	
305	Arbeitgeberbeiträge	367'720	450'925	486'105	35'181	8%	
309	Übriger Personalaufwand	23'148	25'000	25'000	0	0%	
310	Material- und Warenaufwand	10'081	8'000	8'000	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare	1'923'453	1'405'000	1'265'600	-139'400	-10%	1
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	11'686		11'000	11'000	X	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	6'377	15'000	7'000	-8'000	-53%	
340	Zinsaufwand	28'998'888	28'470'000	54'751'538	26'281'538	92%	2
341	Realisierte Kursverluste	120'129					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	31'193	300'000	40'000	-260'000	-87%	3
344	Wertberichtigungen Anlagen FV	1'157'300					
349	Verschiedener Finanzaufwand	-2'999'986					
350	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	1'036'147	1'200'000	1'040'000	-160'000	-13%	4
411	Schweizerische Nationalbank	-23'160'446	-23'200'000	-23'200'000	0	0%	
430	Verschiedene betriebliche Erträge	-710'477	-787'000	-719'860	67'140	9%	
439	Übriger Ertrag	-3'617	-160'000	-160'000	0	0%	
440	Zinsertrag	-7'800'679	-5'850'000	-3'800'000	2'050'000	35%	5
441	Realisierte Gewinne FV	-4'107					
442	Beteiligungsertrag FV	-4'368	-4'000		4'000	100%	
444	Wertberichtigungen Anlagen FV	-284'730		-50'000	-50'000	X	6
445	Finanzertrag aus Darl/Beteil des VV	-4'066'046	-3'950'000	-3'940'000	10'000	0%	
446	Finanzertrag von öff Unternehmungen	-48'618'941	-50'620'000	-50'620'000	0	0%	
449	Übriger Finanzertrag	-16'643'809					
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	-30'923	-500'000	-40'000	460'000	92%	4
451	Übertrag Fonds EK / StaatsRG	-59'410'965					
483	Ausserordentliche verschiedene Erträge			-5'930'000	-5'930'000	X	7
489	Entnahmen aus dem Eigenkapital	-10'215'109					
491	Int Faktoren Dienstleistungen	-24'862	-21'127	-21'127	0	0%	
	Total Aufwand	33'053'468	34'520'705	60'337'838	25'817'132	75%	
	Total Ertrag	-170'979'078	-85'092'127	-88'480'987	-3'388'860	-4%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	-137'925'610	-50'571'422	-28'143'149	22'428'272	44%	

- 1 Zur Einhaltung der Sparvorgaben wird der Aufwand bei den Dienstleistungen und Honoraren gekürzt.
- 2 Neuverschuldung auf Grund der Ausfinanzierung BLPK sowie Verzinsung der Restforderung gegenüber der BLPK.
- 3 Weniger Kapitalbeschaffungskosten, da die abzulösenden Fälligkeiten wahrscheinlich wieder mittels Darlehen erfolgen.
- 4 Annahme tiefere Verzinsung der Fonds.

- 5 Auf Grund der zu erwartenden Marktsituation sowie dem Wegfall der im 2014 fällig gewordenen Anlagen des Vermögensverwaltungsmandates wird im 2015 von geringeren Zinserträgen ausgegangen.
- 6 Auflösung Wertberichtigung Darlehen wird neu budgetiert.
- 7 Der Kanton übernimmt die Ausfinanzierung des Fehlbetrages der Spitalbetriebe (Kantonsspital Baselland, Psychiatrie Baselland, Universitätskinderhospital beider Basel) gegenüber der Basel-landschaftlichen Pensionskasse (BLPK) per Inkrafttreten des neuen Pensionskassengesetzes am 1. Januar 2015. Dafür müssen die Spitalbetriebe und das UKBB den Arbeitnehmendenbeitrag von 5% sowie die Einsparung bei der Rententeuerung an den Kanton abtreten.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Ressourcenausgleich an andere Kantone	362	Finanz- und Lastenausgleich		7'505'000	684'000	-6'821'000	-91%	1
	462	Finanz- und Lastenausgleich	-1'095'434					
Härteausgleich an andere Kantone	362	Finanz- und Lastenausgleich	4'264'259	4'264'000	4'264'000	0	0%	
Direkte Bundessteuer	460	Ertragsanteile von Dritten	-95'876'827	-97'000'000	-106'000'000	-9'000'000	-9%	2
Verrechnungssteuer	460	Ertragsanteile von Dritten	-18'359'213	-15'997'000	-16'380'000	-383'000	-2%	
Anteil an EU-Zinsbesteuerung	460	Ertragsanteile von Dritten	-532'631	-623'000	-480'000	143'000	23%	3
Anteil an Bundessteuern, LSVA	460	Ertragsanteile von Dritten	-12'732'142	-12'533'000	-12'790'000	-257'000	-2%	
Familienzulagen Landwirte	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	653'017	635'000	650'000	15'000	2%	
Ergänzungsl. zu AHV/IV Renten	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	189'775'070	189'270'000	209'900'000	20'630'000	11%	4
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-87'191'295	-90'300'000	-118'530'000	-28'230'000	-31%	5
CO2 Abgabe	369	Verschiedener Transferaufwand	42'634		140'000	140'000		X6
	469	Verschiedener Transferertrag	-134'107	-250'000	-400'000	-150'000	-60%	6
Verwaltungsaufwand SVA für EL	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	4'920'834	4'800'000	4'547'000	-253'000	-5%	7
Prämienverbilligung	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	119'965'499	117'350'000	111'330'000	-6'020'000	-5%	8
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-76'071'244	-78'473'404	-80'964'000	-2'490'596	-3%	9
Verlustscheine obl. Krankenversicherung	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	6'066'503	10'000'000	9'000'000	-1'000'000	-10%	10
Verw.Aufwand SVA für Prämienverbilligung	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	2'054'822	2'000'000	1'833'000	-167'000	-8%	7
Familienzulagen Nichterwerbstätige	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte		2'450'000	2'800'000	350'000	14%	11
Verwaltungsaufwand SVA für FamZulagen NE	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte			126'000	126'000		X12
Total Transferaufwand			327'742'637	338'274'000	345'274'000	7'000'000	2%	
Total Transferertrag			-291'992'892	-295'176'404	-335'544'000	-40'367'596	-14%	
Transfers (Netto)			35'749'745	43'097'596	9'730'000	-33'367'596	-77%	

- 1 2015 gehört der Kanton BL noch knapp zu den ressourcenstarken Kantonen. Der Ressourcenindex sinkt gegenüber dem Vorjahr von 101.6 auf 100.1.
- 2 Bei der Bundessteuer wird weiterhin mit einer Zunahme gerechnet. Der Budgetwert 2014 erweist sich aufgrund der aktuellen Erkenntnisse aus dem Rechnungsabschluss 2013 als unterschätzt (Erwartungswert 2014: CHF 102 Mio.).
- 3 Gemäss Prognose Bund
- 4 Für das Jahr 2015 wird ein Fallwachstum von 3.5% sowie eine Rentenerhöhung von 1.5% erwartet. Unter Berücksichtigung weiterer Anpassungen der Heimtaxen (Alters-/Pflegeheime +2.0%, IV-Wohnheime +3.0 %) prognostiziert die SVA für das Jahr 2015 einen EL-Gesamtaufwand von CHF 209.9 Mio. Im Budgetwert 2014 ist eine Entlastung durch den Vermögensverzehr von CHF 7.63 berücksichtigt. Durch den Entscheid des Baselbieter Stimmvolk vom 28. September 2014 wird diese Entlastungsmassnahme (Anpassung des Vermögensverzehrs (LRV 2013-202)) nicht umgesetzt.

- 5 Diese Position beinhaltet die Bundesbeiträge an die AHV EL/IV, welche von CHF 42.3 Mio. auf CHF 44.7 Mio. zunehmen sowie die Beiträge der Gemeinden. Der Gemeindebeitrag 2014 beträgt CHF 48 Mio. und bemisst sich auf 32% des Aufwandes des Vorjahres. Mit der geplanten Teilrevision des Ergänzungsleistungsgesetzes zur AHV/IV/Neuaufteilung Ergänzungsleistungen (Vernehmlassungs-Entwurf vom 8. Juli 2014) übernehmen die Gemeinden neu die altersbedingten EL ab dem Finanzausgleichsjahr 2015 zu 100%. Der entsprechende Gemeindebeitrag ist im Budget 2015 mit CHF 73.82 Mio. eingestellt. Die damit einhergehenden Kompensationsleistungen sind im Statistischen Amt (Dienststelle 2105) budgetiert und kommentiert.
- 6 Ab 2015 wird die Auszahlung an die Gemeinden und das KIGA über das entsprechende Aufwandkonto budgetiert und nicht als Aufwandminderung (Bruttoprinzip).
- 7 Zur Einhaltung der Sparvorgaben konnte in Zusammenarbeit mit der Sozialversicherungsanstalt Basel-Landschaft mittels Effizienzsteigerungen im Bereich des Verwaltungsaufwands (bei den Ergänzungsleistungen und der Prämienverbilligung) gegenüber dem Budget 2014 eine Einsparung von insgesamt CHF 420'000 realisiert werden.
- 8 Die Prämienverbilligung verzeichnet gegenüber dem Vorjahresbudget eine Abnahme von CHF 5.5 Mio. Es werden die Richtprämien der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (Prämienverbilligung) für Erwachsene ab 2015 um CHF 5 pro Monat gesenkt. Daraus resultiert eine Abnahme von CHF 1.5 Mio. Gleichzeitig wird im Bereich der Entlastungspaketmassnahme FKD-4 'Neuregelung des Anspruchs junger Erwachsener' 1 Mio. weniger eingespart, als im Budget 2014 (ursprünglich CHF 5 Mio. vorgesehen; jetzt resultiert eine Reduktion von CHF 4 Mio.).
- 9 Der Bund passt seine Beiträge zur Prämienverbilligung jährlich an die Kostenentwicklungen im Gesundheitswesen an. Gemäss Hochrechnung des Bundesamts für Gesundheit steigen die Bundesbeiträge um CHF 2.49 Mio. an.
- 10 Aus den Erfahrungen der Vorjahre, wird der Budgetbetrag reduziert.
- 11 Gemäss Prognosen steigen die Familienzulagen für Nichterwerbstätige auch im 2015 an, dies u.a. weil im 2015 mit einer Erhöhung der AHV-Renten zu rechnen ist und dadurch die Obergrenze für den Anspruch auf FAK-NE erhöht wird.
- 12 Neu wird der Verwaltungsaufwand der SVA für Familienzulagen Nichterwerbstätige nicht mehr als Bestandteil der Beitragszahlung budgetiert, sondern separat als Verwaltungsaufwand.

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Umsetzung Entlastungspaket 12/15	30	Personalaufwand	95'645	15'962	16'550	588	4%	
	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	2'624'046	1'200'000	600'000	-600'000	-50%	
	34	Finanzaufwand	4					
		Total	2'719'694	1'215'962	616'550	-599'412	-49%	
Total Verpflichtungskredite Aufwand			2'719'694	1'215'962	616'550	-599'412	-49%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag								
Total Verpflichtungskredite (netto)			2'719'694	1'215'962	616'550	-599'412	-49%	

Investitionen

Investitionsvorhaben	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Realprognose	50	Sachanlagen			-22'700'000	-22'700'000	X	1
Total Investitionsausgaben					-22'700'000	-22'700'000	X	
Total Investitionseinnahmen								
Total Nettoinvestitionen					-22'700'000	-22'700'000	X	

- 1 In den vergangenen Jahren wurden die budgetierten und bewilligten Investitionen nie ausgeschöpft. Das Investitionsvolumen der geplanten Projekte wird daher pauschal um 10% nach unten korrigiert. Diese Planungskorrektur ist bei der Finanzverwaltung eingestellt. Das bewilligte Investitionsvolumen beträgt CHF 226.7 Mio. abzüglich der Planungskorrektur von CHF 22.7 Mio. (10%); also CHF 204.0 Mio.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	18.1	20.4	19.5	-0.9	-4.4%

Im Rahmen der Erarbeitung von Massnahmenvorschlägen zur Saldoreduktion, werden in der Finanzverwaltung 0.4 Sollstellen im Sekretariat und 0.5 Sollstellen der im Budget 2014 bewilligten 100% Stelle für das Beteiligungscontrolling (LRV 2013/231, S. 34) abgebaut. Die in der Jahresplanung 2014 bewilligte 100% Stelle für die Führung der Liste säumiger Versicherter (Liste von Versicherten, die Ihrer Prämienpflicht trotz Betreibung nicht nachkommen) wird nicht besetzt. Dagegen wird eine neue Stelle im Rahmen der Neuorganisation Tresorerie geschaffen (RRB 2014-0546 vom 8. April 2014).

Jahresprogramm

2102.003 Weiterentwicklung des Internen Kontrollsystems (IKS)

Im Rahmen der Etappe II sind für die Jahre 2014-2015 folgende weiterführende Teilprojekte vorgesehen: Ausarbeitung und Einführung des IKS Monitorings, der Berichterstattung und des Change Managements. Dies beinhaltet die Überprüfung und Aktualisierung der Risiko-, Prozess- und Kontrollinventare und wo nötig die Anpassung der Prozessdokumentation. Ferner soll die Schnittstelle zum Risikomanagement sichergestellt werden.

2102.004 Umsetzung Entlastungspaket 12/15

Die Umsetzung des Entlastungspakets 12/15 wird den Kanton auch dieses Jahr weiter beschäftigen. Obwohl der Regierungsrat intensiv an der Konkretisierung und Umsetzung der noch fehlenden Entlastungsmassnahmen arbeitet, schreitet das Projekt nur sehr langsam voran. Am Ziel, den Finanzhaushalt bis 2016 um den Betrag von CHF 180 Mio. zu entlasten, wird festgehalten. Massnahmen bei denen sich zeigt, dass sie innerhalb des ursprünglichen Zeithorizonts nicht realisiert werden können, werden auf einer verlängerten Zeitachse weiterverfolgt. Das Entlastungspaket 12/15 wird schrittweise in die regulären Planungs- und Controllingprozesse überführt.

2102.005 Weiterentwicklung der Strategie und Planung

Der Planungs- und Strategieausschuss, der vom Finanzverwalter und einem akademischen Mitarbeiter aus dem Generalsekretariat der FKD geleitet wird, wird direktionsübergreifend folgende Projekte bearbeiten: Vorbereitungen für das nächste Regierungsprogramm 2016 bis 2019, Aufgabenteilung zwischen den Direktionen sowie vertiefte Partnerschaft. Des Weiteren sollen weitere Entlastungsmassnahmen eruiert und in der Budgetierung berücksichtigt sowie die Verzahnung des Regierungsprogramms mit der Jahresplanung nochmals optimiert werden. Für die Haushaltsteuerung werden jährlich zwei strategische finanzpolitische Klausuren mit dem Regierungsrat durchgeführt.

2102.007 Interkantonale Zusammenarbeit

Die interkantonale Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Stadt soll vertieft werden. Es werden gemeinsam mit dem Kanton Basel-Stadt neue Handlungsfelder für Kooperation und Koordination definiert und bei Konsens weiter entwickelt.

2102.008 Nachhaltige Finanzsteuerung

Das Programm zur Stärkung der finanziellen Steuerung verfolgt in erster Linie die Stärkung der mittelfristigen Steuerung der Finanzen in Verbindung mit den Leistungen sowie die Institutionalisierung einer periodischen Überprüfung von Aufgaben, Leistungen und Wirkungen. Gleichzeitig soll das wirtschaftliche Handeln auf allen Ebenen des Kantons gefördert werden. Im Zentrum stehen dabei die Totalrevision der Finanzhaushaltsgesetzgebung, die Erweiterung des Finanzplans zu einem Aufgaben- und Finanzplan und eine Verbesserung der Transparenz über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

2102.009 Beteiligungscontrolling

Nachdem im Jahr 2014 in einem Grossprojekt einerseits die Verordnung über das Controlling der Beteiligungen (Public Corporate Governance) überarbeitet und nach den neusten Erkenntnissen aus Theorie und Praxis aufgestellt wurde und andererseits in einem Pilotprojekt die Eigentümerstrategien des Kantonsspitals Baselland sowie der Basellandschaftlichen Kantonalbank ausgearbeitet wurden, steht das Jahr 2015 im Zeichen der weiteren Umsetzung der überarbeiteten Verordnung sowie der Entwicklung weiterer Eigentümerstrategien.

2103 Kantonales Sozialamt

Auftrag und Zielsetzungen

Das kantonale Sozialamt vollzieht die Kantonsaufgaben gemäss Sozialhilfegesetz (SHG) und verkehrt mit den Sozialhilfebehörden sowie den Sozialdiensten der Gemeinden und von anderen Kantonen. Es prüft die Meldungen hinsichtlich des ordnungsgemässen und angemessenen Vollzuges der Sozialhilfegesetzgebung und sorgt für die Fortbildung der Personen, die in den Gemeinden mit dem Vollzug des Sozialhilfegesetzes betraut sind. Ebenso vollzieht es die Bestimmungen über die Rückerstattung von Unterstützungen auf der Basis der wirtschaftlichen Verhältnisse. Ausserdem bevorschusst das kantonale Sozialamt die gerichtlich oder vormundschaftlich genehmigten Unterhaltsbeiträge für Kinder und hilft geschiedenen oder getrennten Ehegatten bei der Vollstreckung der gerichtlich verfügbaren Unterhaltsansprüche. Für die Überprüfung der Sozialpolitik des Kantons erhebt das Amt statistische Daten aus dem Bereich der Sozialhilfe und erstellt jährlich eine umfassende Sozialhilfestatistik. Weitere Aufgaben stellen die Eingliederung unterstützungsberechtigter Personen. Das kantonale Sozialamt koordiniert zudem die Zuweisung, Unterbringung und finanzielle Unterstützung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern im Kanton. Auch ist das Sozialamt bei Beschwerden verfahrensleitende Instanz und bereitet die Beschwerdeentscheide zu Handen des Regierungsrates vor.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	875	2'500	1'000	-1'500	-60%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	2'315'684	2'124'309	2'186'214	61'904	3%	
304	Zulagen	34'058	33'136	34'058	922	3%	
305	Arbeitgeberbeiträge	472'298	361'616	409'182	47'566	13%	
309	Übriger Personalaufwand	4'734	2'500	3'000	500	20%	
310	Material- und Warenaufwand	25'810	34'500	27'200	-7'300	-21%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	2'675		1'400	1'400	X	
313	Dienstleistungen und Honorare	314'271	313'000	320'500	7'500	2%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	10'460					
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	16'307	13'500	13'000	-500	-4%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	2'263'890	2'695'000	2'395'680	-299'320	-11%	1
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	5'148	6'000	5'200	-800	-13%	
370	Durchlaufende Beiträge	28'510'091	28'168'200	27'300'000	-868'200	-3%	2
421	Gebühren für Amtshandlungen	-381'153	-236'000	-370'000	-134'000	-57%	3
440	Zinsertrag	-12'817	-17'900	-12'800	5'100	28%	
470	Durchlaufende Beiträge	-28'510'091	-28'168'200	-27'300'000	868'200	3%	2
	Total Aufwand	33'976'301	33'754'262	32'696'434	-1'057'828	-3%	
	Total Ertrag	-28'904'062	-28'422'100	-27'682'800	739'300	3%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	5'072'239	5'332'162	5'013'634	-318'528	-6%	

- 1 Reduktion der Ausgaben; aufgrund verschiedener Parameter (Reduktion der Bevorschussungsfälle sowie höhere Einbringungsquote).
- 2 Gemäss den Schätzungen des Bundesamtes für Migration dürften sich die Gesuchszahlen im Jahr 2015 auf dem Niveau der letzten beiden Jahre bewegen. Die Vergütungsansätze werden sich, wenn überhaupt, nur marginal verändern, für das wirtschaftliche Umfeld ist keine substantielle Erholung zu erwarten. Somit kann davon ausgegangen werden, dass die Ausgaben stabil bleiben.
- 3 Das KSA rechnet mit mehr Einnahmen im Bereich direkte Rückerstattung und ZUG Gebühren.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Integration vorläufig aufgenomm. Personen	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	503'169	700'000	700'000	0	0%	
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-451'842	-420'000	-450'000	-30'000	-7%	

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Nothilfe	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	3'097'557	2'900'000	3'000'000	100'000	3%	
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-3'808'841	-2'882'500	-3'000'000	-117'500	-4%	
Zuständigkeit Unterstützung Bedürftiger	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	3'868'123	2'850'000	2'923'230	73'230	3%	
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-1'029'713	-800'000	-800'000	0	0%	
Sozialhilfe - Eingliederungsmassnahmen	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	1'949'816	1'500'000	1'320'000	-180'000	-12%	1
Verbandsbeitrag & SODK	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	74'240	70'000	74'000	4'000	6%	
Notfälle	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	125'145	125'000	125'000	0	0%	
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-113					
Pflegekinder	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	404'550	300'000	400'000	100'000	33%	2
Über-/Unterdeckung B-Flüchtlinge	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-359'885					
Über-/Unterdeckung Asyl	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-960'453	-650'000	-750'000	-100'000	-15%	3
Stiftung Anlaufstelle Baselland, Liestal	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	70'000	70'000	70'000	0	0%	
Total Transferaufwand			10'092'600	8'515'000	8'612'230	97'230	1%	
Total Transferertrag			-6'610'848	-4'752'500	-5'000'000	-247'500	-5%	
Transfers (Netto)			3'481'752	3'762'500	3'612'230	-150'270	-4%	

- 1 Es kann aufgrund der Gesetzesänderungen im Bereich der Eingliederungsmassnahmen, welche per 1. Januar 2014 in Kraft getreten sind, davon ausgegangen werden, dass die Ausgaben für den Kanton sinken werden.
- 2 Gemäss Erfahrungswert vom Jahr 2013 Rechnungsabschluss CHF 404'550 muss diese Budgetposition um ca. CHF 100'000 erhöht werden.
- 3 Vergütungen Bund für Asylwesen Anteil Kanton für die gesamte Infrastruktur. Weiterleitung an Gemeinden. Gesamthaft ist der Asylbereich kostenneutral für den Kanton.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	20.0	20.2	20.4	0.2	0.7%

Gemäss LRB 2011-148 betreffend Teilrevision des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung (EG KVG) vom 1. Dezember 2011 wurden 0.35 Stellen im Sollstellenplan genehmigt. Im Rahmen des Budget 2012 wurden lediglich 0.20 Stellen im Sollstellenplan nachgeführt; folglich wird der Sollstellenplan nun um 0.15 nach oben korrigiert.

Jahresprogramm

2103.001 Zielsetzungen Sozialhilfe

2014 wird für die Gemeinden ein Erhebungsformular betreffend Sozialhilfemissbrauchs zur Verfügung gestellt. So liegen in den nächsten Jahren verlässliche Daten über diese Thematik vor. Bezüglich der Umsetzung des 'Kompetenzzentrums' für den Bereich der Eingliederungsmassnahmen wird 2014 ein Fragebogen erstellt, der Auskunft geben wird über die Qualität der Massnahmen. Im Internet werden die frequently asked questions (FAQ) im Bereich Sozialhilfe und Asyl aufgeschaltet. Zudem werden die Entscheide des Regierungsrates und des Kantonsgerichts ins Internet gestellt. Auch wird das KSA im Rahmen eines Forums die Gemeinden aus erster Hand informieren. Die IIZ-Tagung im 2014 befasst sich mit dem Thema der regionalen Zentren, wo insbesondere die IV, das RAV und die Sozialdienste unter einem Dach arbeiten (Pilotprojekt Kanton AG). 2014 finden zudem kostenpflichtige Schulungen für die Gemeinden statt- organisiert vom Kantonalen Sozialamt. Das Sozialhilfegesetz wird teilrevidiert; geplant ist eine Inkraftsetzung per 1. Juli 2015 sowie

gleichzeitig eine Überarbeitung des Handbuchs. Nicht zuletzt wird der Amtsvorsteher circa 10 Gemeinden zwecks Informations- und Gedankenaustausch besuchen.

2103.002 Zielsetzungen Asylwesen

Schwerpunktthema im Jahr 2014 ist die Thematik der Neuorganisation betreffend den zu definierenden Standorten der Bundeszentren. Zudem stellt sich die Frage, inwieweit der Kanton Basellandschaft ein gewisses Kontingent an syrischen Flüchtlingen aufnehmen und unterbringen kann.

2104 Personalamt

Auftrag und Zielsetzungen

Das Personalamt (PA) ist für die Umsetzung der Personalpolitik verantwortlich und erarbeitet Entscheidungsgrundlagen für den Regierungsrat zu allen Themen des Personalwesens. Zudem ist das PA für die Sicherstellung der einheitlichen und rechtskonformen Anwendung der personalrechtlichen Bestimmungen, für die Weiterentwicklung des Lohnsystems und für das Erlassen von Richtlinien verantwortlich. Die Unterstützung durch Informatiksysteme im Personalbereich ist zudem ein wichtiger Pfeiler, um den täglichen Anforderungen gerecht zu werden und um Lösungen anzubieten, die ein neuzeitliches Personalwesen ermöglichen. Im Weiteren trägt das PA die Gesamtverantwortung für den Bereich der Berufs-, Aus- und Weiterbildung und unterstützt die HR-Beratungen zu Fachthemen von Führungsverantwortlichen und Mitarbeitenden. Das PA entwickelt Instrumente zur Führungsentwicklung und stellt das jährliche Weiterbildungsangebot des Kantons zusammen. Seit dem Jahr 2013 bietet das Dienstleistungszentrum Personal (DLZ) - ebenfalls Teil des PA - umfassende administrative Dienstleistungen für den Personalbereich. Das PA ist zudem Anstellungsbehörde im Bereich der geschützten / integrativen Arbeitsplätze und stellt eine entsprechende Koordination mit den Direktionen und den Kantonalen Behörden sicher. Das Personalcontrolling ermöglicht die Identifikation und Auswertung von wichtigen Kennzahlen, um die Führung optimal zu unterstützen.

FKD

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter		5'000	5'000	0	0%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	2'152'768	-6'149'018	4'115'081	10'264'099	167%	1
304	Zulagen	27'744	17'635	27'744	10'109	57%	
305	Arbeitgeberbeiträge	678'416	782'325	754'431	-27'894	-4%	
306	Arbeitgeberleistungen	6'541'505	6'950'000		-6'950'000	-100%	2
309	Übriger Personalaufwand	402'888	455'500	414'500	-41'000	-9%	
310	Material- und Warenaufwand	28'370	92'500	58'000	-34'500	-37%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	4'217		5'000	5'000		X
313	Dienstleistungen und Honorare	1'020'821	1'266'000	1'036'600	-229'400	-18%	3
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	32'554	26'000	30'450	4'450	17%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	102'388	140'500	101'350	-39'150	-28%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	-1					
319	Verschiedener Betriebsaufwand	8'275	18'650	14'700	-3'950	-21%	
341	Realisierte Kursverluste	-274					
350	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	1'472'477	611'000		-611'000	-100%	4
380	Ausserordentlicher Personalaufwand	10'215'109	1'352'440'000		1'352'440'000	-100%	5
424	Benützungsgebühren und Dienstleistungen	-1'125					
426	Rückerstattungen	-152'220	-239'000	-138'600	100'400	42%	6
430	Verschiedene betriebliche Erträge	-58'118	-54'000	-54'000	0	0%	
440	Zinsertrag	-2'194					
483	Ausserordentliche verschiedene Erträge		-459'400'000		459'400'000	100%	5
	Total Aufwand	22'687'257	1'356'656'092	6'562'856	'350'093'236	-100%	
	Total Ertrag	-213'657	-459'693'000	-192'600	459'500'400	100%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	22'473'600	896'963'092	6'370'256	-890'592'836	-99%	

- Der negative Budgetsaldo 2014 ist auf die Massnahme Ü2 (Optimierung im Personalwesen) zurück zu führen, welche im 2014 zu einer Entlastung von CHF 10.5 Mio. führen sollte. Die Umsetzung dieser Massnahme sollte Ende 2014 abgeschlossen sein. Bei den geschützten Arbeitsplätzen resultiert eine Abnahme von 2 Stellen (Reduktion betrifft Sollstellenplan nicht) und im Kompetenzzentrum wird eine Stelle weniger budgetiert als 2014.
- Die Einlage in den Teuerungsfonds für Rentner erfolgt nicht mehr zentral beim Personalamt, sondern die Einlage ist in den Arbeitgeberbeiträgen an die Pensionskasse der einzelnen Dienststellenbudgets eingerechnet.
- Zur Einhaltung der Sparvorgaben wurden verschiedene Kürzungen vorgenommen. Neben der Nichtdurchführung der Mitarbeitendenbefragung 2015 (CHF -150'000) wurden auch weniger Honorare für Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Neuorganisation Personalwesen und dem Personalmarketing budgetiert.
- Beim Übertrag Fonds FK / StaatsRG handelt es sich um einen Budgetposten für die Pensionsleistungen für die ehemaligen Regierungsräte. Da 2015 die Reform der BLPK umgesetzt wird, wird auch dieser Budgetposten mit dem neuen Pensionskassendekret anders geregelt und fällt deshalb in dieser Form weg.

- 5 2013 hiess das Volk in einer Abstimmung die Sanierung der Basellandschaftlichen Pensionskasse gut, die 2014 umgesetzt wurde. Die Forderung gegenüber der Pensionskasse von CHF 1.35 Mrd. sowie die Auflösung der Rückstellungen von CHF 0.46 Mrd. (Stand Budget 2014) werden im 2014 abgewickelt und fallen im 2015 nicht mehr an.
- 6 Da weniger Seminare budgetiert sind (unter anderem eine Reduktion der Anzahl Kurse zur Führungsentwicklung von 2 Kursen auf einen Kurs) und dieses Jahr auch weniger Anmeldungen durch Externe aus den Kantonen Aargau und Basel-Stadt sowie von den Spitälern erfolgten, wurden die erwarteten Rückerstattungen konservativer budgetiert als in den letzten Jahren.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Beiträge für Kinderbetreuung	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	25'000	28'000	25'000	-3'000	-11%	
Total Transferaufwand			25'000	28'000	25'000	-3'000	-11%	
Total Transferertrag								
Transfers (Netto)			25'000	28'000	25'000	-3'000	-11%	

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Sozialplan Entlastungspaket 12/15	30	Personalaufwand	461'701	2'390'000	500'000	-1'890'000	-79%	1
	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		390'000	200'000	-190'000	-49%	1
		Total	461'701	2'780'000	700'000	-2'080'000	-75%	
Total Verpflichtungskredite Aufwand			461'701	2'780'000	700'000	-2'080'000	-75%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag								
Total Verpflichtungskredite (netto)			461'701	2'780'000	700'000	-2'080'000	-75%	

- 1 Die Reorganisationsmassnahmen, die im Entlastungspaket 12/15 vorgesehen waren, sind fast abgeschlossen. Die meisten Stellen, welche abgebaut worden sind, konnten anders als über den Sozialplan abgedeckt werden. Somit waren beim Sozialplan keine so hohen Ausgaben nötig wie ursprünglich angenommen. Für 2015 sind nur geringfügige Ausgaben in diesem Bereich vorgesehen.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	41.9	64.8	66.3	1.5	2.3%

Im Jahr 2015 wird die SAP-Strategie auf PPP (Public-Private-Partnership) umgestellt. Im Zuge dieser Umstellung wird das SAP HR Supportteam im Personalamt umstrukturiert und eine Stelle in diesem Team fällt weg.

Im August 2015 werden im Zuge des NOP zweieinhalb Stellen des BKSD Stab Personal zum Dienstleistungszentrum Personal transferiert.

Dies ergibt insgesamt ein Plus von eineinhalb Stellen für das Personalamt.

Jahresprogramm

2104.001 Berufsbildungskonzept

Vollendung der Umsetzung des Berufsbildungskonzepts in Zusammenarbeit mit den Direktionen, der Gerichte und der Landeskanzlei.

2104.005 ERP HCM

Weiterentwicklung des ERP HCM im Rahmen der Vorgaben des übergeordneten Projekts in Zusammenarbeit mit den Direktionen, den Gerichten und der Landeskanzlei. Namentlich Einführung der Zeitwirtschaft, des E-Dossiers und des E-Recruiting sowie Optimierungen der bestehenden Komponenten.

2104.006 Betriebliches Gesundheitsmanagement

Einführung eines betrieblichen Gesundheitsmanagements im Rahmen der Umsetzung der Geschäfts- und der Personalstrategie des Regierungsrats in Zusammenarbeit mit den Direktionen, der Gerichte und der Landeskanzlei.

2104.007 Neues Organisationsmodell Personalwesen

Das Personalamt (PA) ist für die Umsetzung des Neuen Organisationsmodelles Personalwesen (NOP) verantwortlich. Die Inbetriebnahme des Dienstleistungszentrums Personal hat im 2013 stattgefunden. Die HR-Beratung als Teil der Direktionen und Kantonalen Behörden wurde ebenfalls im 2013 aufgebaut und wird im 2014 noch weiter entwickelt. Das PA entwickelte sich im 2013 in ein Kompetenzzentrum, das vor allem für den Landrat, den Regierungsrat und die HR-Beratung zu personalspezifischen Fragestellungen zur Verfügung steht.

2104.008 Umsetzung der Reform der Basellandschaftlichen Pensionskasse

Mit den Volksabstimmungen vom 22. September 2013 und 18. Mai 2014 sind die Weichen zur Reform der Basellandschaftlichen Pensionskasse (BLPK) endgültig gestellt worden. Die Reform tritt auf den 1. Januar 2015 in Kraft. Damit wird die Pensionskasse auf eine langfristig tragfähige Grundlage gestellt. Die Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung beteiligen sich in bedeutendem Ausmass an den Kosten der Reform. Zum einen durch die temporäre Erhöhung ihres Anteils an den Pensionskassenbeiträgen von bisher 40 auf 45 Prozent, während der Arbeitgeber - also der Kanton - anstatt 60 neu nur noch 55 Prozent übernimmt. Diese Beitragsverschiebung von 40:60 auf 45:55 gilt für 20 Jahre. Zum anderen wird das ordentliche Pensionsalter von 64 auf 65 Jahre erhöht. Ausserdem gibt es ab 1. Januar 2015 bei vorzeitiger Pensionierung keine Beiträge des Kantons an den Wegkauf der Rentenkürzung mehr, und auch die kollektive Finanzierung der AHV-Überbrückungsrente durch die BLPK fällt weg. Die Kosten der Reform betragen für den Kanton insgesamt CHF 1'593.7 Mio. (Stand: 31. Dezember 2012).

2105 Statistisches Amt

Auftrag und Zielsetzungen

Das Amt führt die durch Bundes- oder Kantonsrecht vorgegebenen statistischen Erhebungen durch. Die erhobenen Daten werden mittels geeigneter Medien der Regierung, der Verwaltung, dem Parlament und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt. Es erarbeitet darüber hinaus im Auftrag der Direktion oder der Regierung Entscheidungsgrundlagen auf der Basis statistischer Informationen.

Das Amt prüft Budgets bzw. Rechnungen der Einwohner- und Bürgergemeinden im Rahmen der Passation und Finanzaufsicht des Kantons über die Gemeinden. Es berät die Gemeinden in Finanzfragen. Es führt den Finanzausgleich durch und bearbeitet die Gesuche der Gemeinden für Einzelbeiträge.

Das Amt ist zudem verantwortlich für die Umsetzung des Anmeldungs- und Registergesetzes vom 19. Juni 2008 (ARG). Mit dem auf der Basis der harmonisierten Einwohnerregister aufgebauten kantonalen Personenregister arbo, können den Dienststellen für den Vollzug ihrer Aufgaben aktuelle Personendaten zur Verfügung gestellt werden. Es führt ferner, gemeinsam mit der GIS-Fachstelle des Amtes für Geoinformation, das Gebäude- und Wohnungsregister gemäss den Vorgaben des Bundes.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	1'756'272	1'998'675	1'925'878	-72'797	-4%	
304	Zulagen	16'071	16'011	19'071	3'060	19%	
305	Arbeitgeberbeiträge	279'486	345'938	354'946	9'008	3%	
310	Material- und Warenaufwand	64'430	91'000	67'000	-24'000	-26%	
313	Dienstleistungen und Honorare	95'111	158'000	48'000	-110'000	-70%	1
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	9'002		10'000	10'000		X
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	23'221	22'000	23'000	1'000	5%	
425	Erlös aus Verkäufen	-3'937	-2'000	-2'000	0	0%	
426	Rückerstattungen	-174		-200	-200		X
	Total Aufwand	2'243'593	2'631'624	2'447'894	-183'730	-7%	
	Total Ertrag	-4'111	-2'000	-2'200	-200	-10%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	2'239'482	2'629'624	2'445'694	-183'930	-7%	

- 1 Reduktion des Betrages aufgrund Abschluss zweier Projekte aus den beiden Vorjahren (Evaluation Finanzausgleich, Massnahmenbericht Demografie)

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Kompensation Aufgabenverschiebungen	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte			37'087'500	37'087'500		X1
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-1'250'000	-7'550'000	-7'550'000	0	0%	
14.0 Gesundheit	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-160'000	-220'000	-220'000	0	0%	
09.1 Baustatistik/GWR	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-27'800	-25'000	-25'000	0	0%	
09.3 Leerwohnungszählung	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	1'000	1'000	1'000	0	0%	
59.0 Finanzausgleich	362	Finanz- und Lastenausgleich	22'541'131	23'600'000	22'600'000	-1'000'000	-4%	2
47.0 Verbandsbeiträge	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	2'370	2'500	2'500	0	0%	
13.1 Sozialhilfestatistik	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	27'467	27'500	27'500	0	0%	

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
08.0 Energiestatistik	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	10'000	10'000	10'000	0	0%	
Entschädigungen Pflegenormkosten	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte			15'000'000	15'000'000		X3
Total Transferaufwand			22'581'968	23'641'000	74'728'500	51'087'500	216%	
Total Transferertrag			-1'437'800	-7'795'000	-7'795'000	0	0%	
Transfers (Netto)			21'144'168	15'846'000	66'933'500	51'087'500	322%	

- 1 CHF 14.54 Mio. für Kompensation Harnos/6. Primarschuljahr gemäss LRV 2014-089, Anteil des Gesamtbetrages für 5 Monate ab 1. August 2015 sowie CHF 22.55 Mio. für Kompensationsleistungen im Rahmen der Ergänzungsleistungen.
- 2 Rückgang des Budgetbetrages aufgrund des aktuellsten, zur Verfügung stehenden effektiven Wertes (Finanzausgleich 2013)
- 3 Rückerstattung der Kantonsentlastung bei den Ergänzungsleistungen aus den Jahren 2011-2014 an die Gemeinden aufgrund der Pflegenormkostenübernahme durch die Gemeinden ab 2011; erster hälftiger Teilbetrag von einer Gesamtrückerstattung von CHF 30 Mio.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	15.3	15.5	15.3	-0.2	-1.3%

Abbau von 20 Stellenprozenten aus befristeten Verträgen

Jahresprogramm

2105.004 Weiterentwicklung Finanzausgleich

Aufgrund der Evaluation 2013/14 ergab sich ein Bedarf sowohl nach kurzfristigen Änderungsmaßnahmen als auch nach einer längerfristigen Weiterentwicklung des Finanzausgleichs. Kurzfristige Änderungen auf Ebene der Finanzausgleichsverordnung (FAV) wurden bereits mit dem Finanzausgleich 2014 wirksam; das längerfristige Projekt Weiterentwicklung des Finanzausgleichs mit Änderungen auf der Ebene des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) wurde im 2014 gestartet, Ziel des Inkrafttretens des revidierten FAG ist der Finanzausgleich 2016.

2105.007 Indikatoren

Konzeptionelle Arbeiten sowie Datenerhebung und -aufbereitung zu den Umweltindikatoren im Rahmen der Umweltberichterstattung beider Basel

2105.008 Webportal

Weiterer Ausbau und Dynamisierung der statistischen Datenpräsentation im Zahlenfenster des Webportals www.statistik.bl.ch

2105.009 Finanzaufsicht über die Gemeinden

Erstmalige Durchführung der Passation der Gemeinderechnungen 2014 nach HRM2

2106 Steuerverwaltung

Auftrag und Zielsetzungen

Die kantonale Steuerverwaltung vollzieht eidgenössische und kantonale Steuergesetze. Sie prüft Steuererklärungen, veranlagt natürliche und juristische Personen und bezieht die Staats- und die direkte Bundessteuer sowie im Auftragsverhältnis auch die Gemeindesteuer. Sie veranlagt und bezieht die Grundstückgewinn-, die Handänderungs- sowie die Erbschafts- und Schenkungssteuer und bearbeitet und bezieht die Quellensteuer.

Die kantonale Steuerverwaltung stellt eine einheitliche Veranlagungspraxis im Kanton sicher; sie betreut und unterstützt die Gemeindesteuerrämter. Sie bearbeitet das Meldewesen und den Verkehr mit Amtsstellen sowie mit der eidgenössischen Steuerverwaltung.

Aufgrund der politischen Vorgaben bereitet die kantonale Steuerverwaltung die Anpassungen der Steuergesetze vor und setzt beschlossene Änderungen um. Durch eine hohe und kompetente Auskunftsbereitschaft und eine effiziente Infrastruktur fördert sie das gute Steuerklima im Kanton.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	4'533	5'000	5'000	0	0%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	15'554'116	16'204'497	15'922'109	-282'388	-2%	
304	Zulagen	200'826	191'396	200'826	9'430	5%	
305	Arbeitgeberbeiträge	3'025'800	2'979'340	2'991'617	12'276	0%	
309	Übriger Personalaufwand	84'369	105'000	105'000	0	0%	
310	Material- und Warenaufwand	558'441	453'000	467'000	14'000	3%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	3'753					
312	Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV	4'552	5'000	5'000	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare	2'528'683	2'735'000	2'440'000	-295'000	-11%	1
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	54'693	75'000	70'000	-5'000	-7%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	52'178	40'000	40'000	0	0%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	0					
319	Verschiedener Betriebsaufwand	500					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	307'031	330'000	264'000	-66'000	-20%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-9'481'313	-10'000'000	-9'750'000	250'000	3%	1
425	Erlös aus Verkäufen	-26'549	-25'000	-25'000	0	0%	
426	Rückerstattungen	-389'880	-390'000	-390'000	0	0%	
440	Zinsertrag	-7'697	-30'000	-36'000	-6'000	-20%	
	Total Aufwand	22'379'476	23'123'233	22'510'551	-612'682	-3%	
	Total Ertrag	-9'905'440	-10'445'000	-10'201'000	244'000	2%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	12'474'036	12'678'233	12'309'551	-368'682	-3%	

1 Aufgrund der Zusammenfassung von Betreibungsbegehren kann der Budgetwert um CHF 250'000 reduziert werden; dies ist indessen saldoneutral, da die Erträge aus Gebühren (Kontengruppe 421) um denselben Betrag zurückgehen.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Bezugsentschädigungen	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-716'536	-755'000	-755'000	0	0%	
Veranlagungsentschädigung	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	3'448'410	3'400'000	3'400'000	0	0%	
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-1'109'460	-1'050'000	-1'050'000	0	0%	
Meldungen an die AHV	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-110'103	-110'000	-110'000	0	0%	

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Gemeindeanteil Fristerstreckungsgebühren	360	Ertragsanteile an Dritte	123'650	120'000	120'000	0	0%	
Total Transferaufwand			3'572'060	3'520'000	3'520'000	0	0%	
Total Transferertrag			-1'936'099	-1'915'000	-1'915'000	0	0%	
Transfers (Netto)			1'635'961	1'605'000	1'605'000	0	0%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	154.5	161.6	161.6	0.0	0.0%

Jahresprogramm

2106.003 Vereinfachung im Steuerwesen

(Legislaturziel R-SH-1; Direktionsziel FKD-SH-3; Massnahme FKD 17; zwingende Umsetzung der harmonisierungsrechtlichen Vorgaben)

Vorlage und Beratung einer Änderung des Steuergesetzes zur Umsetzung des neuen § 133a der Kantonsverfassung (einfaches, leicht verständliches und nachvollziehbares Steuergesetz) und zur Neuregelung der Aus- und Weiterbildungskosten – Parlamentarische Beratung im 1. Semester 2015; allenfalls Durchführung einer Volksabstimmung im 2. Semester 2015 – Diese Massnahme wird mit einer Vorlage, die auch die Massnahme 2106.007 enthält, umgesetzt.

2106.004 E-Government

(Legislaturziel R-SH-1; Direktionsziel FKD-SH-3; Massnahme FKD 18)

Umsetzung der medienbruchfreien Verarbeitung von Quellensteuerabrechnungen, die via dem Modul ELM-QSt elektronisch eingereicht werden, Einführung des NEST-Moduls "Wertschriftenabgleich" zur Steigerung der Veranlagungsqualität sowie Weiterausbau der elektronischen Kommunikation mit dem Betriebsamt (eSchKG 2.0).

2106.007 Überprüfung Eigenmietwert

(Auftrag gemäss § 27ter Absatz 8 Steuergesetz)

Vorlage und Beratung einer Änderung des Steuergesetzes zur Anpassung des Eigenmietwerts und des pauschalen Liegenschaftsunterhalts – Parlamentarische Beratung im 1. Semester 2015; allenfalls Durchführung einer Volksabstimmung im 2. Semester 2015 – Diese Massnahme wird mit einer Vorlage, die auch die Massnahme 2106.003 enthält, umgesetzt.

2106.009 Unternehmenssteuerreform III (USR III)

(Legislaturziel R-IW-1)

Weiterführung der Vorbereitungsarbeiten zur USR III im Interesse des Kantons und der regionalen Wirtschaft sowie regelmässiger Austausch mit den interessierten Kreisen.

2107 Kantonale Steuern

Auftrag und Zielsetzungen

Beim Profitcenter "Kantonale Steuern" handelt es sich nicht um eine Organisationseinheit. Im Interesse einer möglichst hohen Transparenz werden die Steuererträge und die direkt damit zusammen hängenden Aufwände kostenartengenau aufgezeigt.

Die Erhebung der Verkehrsabgaben (Konto 4030 0 000) und die Einlagen in den H2-Fonds (Konto 3501 0 000) werden durch die Dienststelle Motorfahrzeugkontrolle (2432) verantwortet.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
31800010	WB auf Steuerforderungen	2'205'316					
31810000	Tatsächliche Forderungsverluste	13'892'565	16'500'000	16'100'000	-400'000	-2%	
34990000	Vergütungszins Steuern	2'517'008	2'000'000	800'000	-1'200'000	-60%	1
35010000	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	20'154'234	20'700'000	20'400'000	-300'000	-1%	
40000000	Einkommenssteuern natürliche Personen	-980'998'170	-1'022'000'000	-1'024'000'000	-2'000'000	0%	2
40000010	Einkommenssteuern nat Personen Vorjahre	10'498'047					
40000020	Steuern auf Kapitalabfind 2./3. Säule	-18'834'570	-14'000'000	-15'500'000	-1'500'000	-11%	3
40000030	Erfahrungswert period Steuern Vorjahre		-20'000'000	-20'000'000	0	0%	
40000990	Steuerausscheid/pausch Steueranrechnung	2'278'182	2'500'000	2'500'000	0	0%	
40010000	Vermögenssteuern natürliche Personen	-147'000'053	-140'000'000	-162'000'000	-22'000'000	-16%	4
40010010	Vermögenssteuern nat Personen Vorjahre	-7'100'480					
40020000	Quellensteuern Grenzgänger F	-44'912'128	-43'500'000	-44'000'000	-500'000	-1%	5
40090000	Nach- und Strafsteuern	-9'240'238	-7'000'000	-8'000'000	-1'000'000	-14%	6
40100000	Gewinnsteuern juristische Personen	-176'000'192	-190'000'000	-200'000'000	-10'000'000	-5%	7
40100010	Gewinnsteuern jur Personen Vorjahre	-1'899'609					
40110000	Kapitalsteuern juristische Personen	-6'999'906	-7'000'000	-7'100'000	-100'000	-1%	
40110010	Kapitalsteuern jur Personen Vorjahre	-299'826					
40190000	Kirchensteuern juristische Personen	-9'263'728	-9'850'000	-10'355'000	-505'000	-5%	8
40220000	Vermögensgewinnsteuern	-22'702'299	-27'000'000	-30'000'000	-3'000'000	-11%	9
40230000	Vermögensverkehrssteuern	-31'229'485	-34'000'000	-32'000'000	2'000'000	6%	10
40240000	Erbschafts- und Schenkungssteuern	-30'295'505	-25'000'000	-30'000'000	-5'000'000	-20%	11
40300000	Verkehrsabgaben	-105'956'870	-105'700'000	-107'300'000	-1'600'000	-2%	12
42900000	Übrige Entgelte	-231'101	-200'000	-300'000	-100'000	-50%	
42900010	Eingang abgeschriebener Forderungen	-2'376'601	-3'300'000	-3'900'000	-600'000	-18%	13
44010020	Zinsen Steuerforderungen	-15'091'906	-11'500'000	-15'000'000	-3'500'000	-30%	14
	Total Aufwand	38'769'123	39'200'000	37'300'000	-1'900'000	-5%	
	Total Ertrag	-1'597'656'439	-1'657'550'000	-1'706'955'000	-49'405'000	-3%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	-1'558'887'316	-1'618'350'000	-1'669'655'000	-51'305'000	-3%	

- 1 Reduktion des Vergütungszinses von 0.5% im Jahr 2014 auf 0.2% im Jahr 2015.
- 2 Die Entwicklung der Einkommenssteuer übernimmt die Ergebnisse des Finanzhaushaltsmodells der BAK Basel vom Juli 2014.
- 3 Die Einführung eines günstigeren Tarifs für sehr hohe Kapitaleinkünfte per 2014 (LRV 2012-222) wird durch das Volumenwachstum bereits kompensiert.
- 4 Die BAK-Prognose für die Jahre 2014 und 2015 weist auf ein deutliches Ertragswachstum hin.
- 5 2015 ist mit einem leichten Mehrertrag aufgrund anzahlmässig steigender Lohnmeldungen zu rechnen.
- 6 Es wird im Jahr 2015 mit einem Mehrertrag gerechnet.
- 7 Aufgrund der Konjunkturdaten der BAK Basel ist eine sehr erfreuliche Entwicklung der Baselbieter Unternehmen für 2015 zu erwarten.
- 8 Auf der Gewinn- und der Kapitalsteuer der juristischen Personen (Konten 4010 und 4011) wird ein fünfprozentiger Zuschlag als Kirchensteuer erhoben.
- 9 Der Ertrag aus der Grundstückgewinnsteuer wird infolge der aktuellen Entwicklung für 2015 höher budgetiert als für 2014.
- 10 Der Ertrag aus der Handänderungssteuer wird für 2015 tiefer budgetiert als für 2014.
- 11 Der Ertrag aus Erbschafts- und Schenkungssteuern wird für 2015 höher budgetiert als für 2014.
- 12 Der Verkehrssteuer wird weiterhin ein moderates Wachstum unterstellt.

13 Der Mehrertrag ist eine Folge des erhöhten Personaleinsatzes im Hinblick auf die 2017 beginnende Verjährung von Verlustscheinen.

14 Der Verzugszins wird von 5% im Jahre 2014 auf 6% im Jahre 2015 erhöht.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Steueranteil der Landeskirchen	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	9'171'091	9'751'500	10'251'450	499'950	5%	
Total Transferaufwand			9'171'091	9'751'500	10'251'450	499'950	5%	
Total Transferertrag								
Transfers (Netto)			9'171'091	9'751'500	10'251'450	499'950	5%	

**Volkswirtschafts- und
Gesundheitsdirektion**

VG
D

Beitrag zu strategischen Zielen

Wirtschaftsoffensive: Konsolidierung und Übergang in Betrieb

Mit dem Projekt Wirtschaftsoffensive werden massgebliche Beiträge zur «Innovation und Wertschöpfung» sowie zum «effizienten und effektiven staatlichen Handeln» erbracht. Von Juli 2014 bis Ende 2015 läuft die Phase 3 des Projekts. In dieser sollen einerseits die implementierten Instrumente wie der Welcome Desk, die Investorengespräche oder das Key Account Management konsolidiert sowie die Fokus-Areale weiter entwickelt werden. Andererseits ist mit Blick auf das Projektende der Übergang in den Normalbetrieb vorzubereiten. Das bedeutet auch, dass eine organisatorische Lösung erarbeitet werden muss, welche die diversen Schnittstellen zu den Direktionen wie auch zu deren externen Leistungserbringern (BaselArea, iNet, Innovationspark NWCH) klärt.

AVENIR VGD

Das Projekt hat zum Ziel, die Dienstleistungen der VGD noch konsequenter auf ihre Anspruchsgruppen Unternehmen, Haushalte & Familien, Verwaltung & Partner auszurichten. Neben der klareren inhaltlichen Fokussierung auf die drei Handlungsfelder Volkswirtschaft, Gesundheit und Landschaft ist auch eine konsequente Trennung von Stabs- und Linienaufgaben das Ziel. Dem Landrat wurde eine entsprechende Vorlage mit dem Zweck einer Neuorganisation der VGD unterbreitet. 2015 soll die Umsetzung erfolgen. Das Projekt liefert somit einen nachhaltigen Beitrag zu den Schwerpunktfeldern «Innovation und Wertschöpfung» sowie «effizientes und effektives staatliches Handeln».

Umsetzung GSA und AMAG

Ziel ist die effektivere und effizientere Bekämpfung der Schwarzarbeit im Bauwesen. Die Zusammenarbeit soll auf eine erneuerte und verbesserte Grundlage gestellt werden. Weiter sollen im Zuge der Wirtschaftsoffensive die Aktualisierung der e-Government-Anwendung für Arbeitsbewilligungen von ausländischen Arbeitskräften «ePublic» realisiert und die e-Government-Anwendung «Tacho» des Bundes im Bereich der arbeitsgesetzlichen Bewilligungen eingeführt werden.

Weiterentwicklung der Alterspolitik

Das im Jahr 2013 verabschiedete Altersleitbild stellt eine wichtige Basis für das «Zusammenleben in Baselland» dar. Es enthält strategische Wirkungsziele für acht Handlungsfelder der Senioren- und Alterspolitik des Kantons Basel-Landschaft. 2015 ist die Umsetzung der Nationalen Strategien „Demenz“ und „Palliative Care“ in Kooperation mit dem Kanton Basel-Stadt geplant. Weiter läuft seit 2014 eine Überprüfung des Gesetzes über die Betreuung und Pflege im Alter. Überprüft werden die zu regulierenden Leistungen, die Qualität sowie die Finanzierung im gesamten System. Die wichtigsten Partner (Gemeinden, Leistungserbringer) sind im Prozess stufengerecht miteinbezogen.

Public Corporate Governance - Eignerstrategien

Der Regierungsrat plant eine Überarbeitung der Verordnung zum Beteiligungscontrolling. Zentrales Instrument sind hierbei die Eignerstrategien. In die Zuständigkeit der VGD fallen insbesondere die fünf folgenden Beteiligungen: Kantonsspital Baselland KSBL, Psychiatrie Baselland PBL, Universitäts-Kinderspital beider Basel UKBB, die Rheinhäfen beider Basel sowie die Messe Schweiz MCH Group. Auf der Basis von Piloten, zu denen das KSBL sowie die Rheinhäfen gehören, sollen für alle Beteiligungen systematisch Eignerstrategien entwickelt werden und ab 2015 zur Anwendung gelangen.

Gesamtübersicht Budget

Die zum Vorjahresbudget grössten Veränderungen im Planjahr 2015 und die hauptsächlichsten Ursachen begründen sich, bezogen auf die einzelnen Kostenarten, wie folgt.

PERSONALAUFWAND (Kostenart 30)

Vom Total der Stellenveränderungen der Direktion (+ 22.25 Stellen) schlägt sich lediglich ein kleiner Teil (+ 4.95 Stellen) auf den Haushalt bzw. Saldo des Kantons nieder (GSK + 1.6 / KIGA + 5.3 / AGI - 2.4 / LZE + 0.45). Alleine der Vollzug der beiden neuen kantonalen Gesetze über die Bekämpfung der Schwarzarbeit (GSA) und die Arbeitsmarktaufsicht (AMAG) verursacht 5.3 neue Stellen, die beim KIGA eingeplant werden mussten.

Der weitaus grössere Teil der Stellenveränderungen (+ 17.3 Stellen) belastet den Saldo des Kantons nicht zusätzlich, da dieser entweder vollumfänglich durch Dritte (Bund, Basel-Stadt, Dritte) finanziert wird (GSK + 2.2 / KIGA + 0.5 / Öff. AIK + 6.6 / RAV/LAM/KASSt + 1.8 / LZE + 1.0) oder aber durch den Wechsel der Abteilung "Natur und Landschaft" von der BUD zu VGD (+ 5.2 Stellen im Landwirtschaftlichen Zentrum Ebenrain) bedingt ist.

Die Umsetzung der Reform BLPK führt zu einer leichten Entlastung im Vergleich zum Vorjahresbudget, da der Wegfall der Arbeitgeberbeiträge an die vorzeitigen Pensionierungen (./ CHF 0.62 Mio.) höher ist als die neuen und leicht höheren Beiträge (+ rd. CHF 0.54 Mio.) des Arbeitgebers an die BLPK.

SACH- UND ÜBRIGER BETRIEBSAUFWAND (Kostenart 31)

Die ausgewiesene Erhöhung in dieser Kostenart ist keine echte Aufwanderhöhung. Einerseits wurden die Verpflichtungskreditkosten "Wirtschaftsoffensive" von jährlich CHF 1.5 Mio. nun, wie in der Rechnung 2013 und im Jahr 2014 auch angefallen, kostenartengerecht im Sachaufwand und nicht wie bisher in der Kostenart 36 eingestellt. Andererseits mussten durch den Wechsel der Abteilung "Natur und Landschaft" auf den 1. Januar 2015 Sachkosten im Gesamtumfang von CHF 1.04 Mio. von der BUD hin zur VGD (ins LZE) transferiert werden, wovon alleine in den laufenden mitübernommenen Verpflichtungskrediten CHF 0.37 Mio. als gebundene Sachausgaben enthalten sind. Ausserdem hat der Regierungsrat mit RRB Nr. 1674 am 4. November 2014 (STRATUM2) beschlossen, die Kosten im Informatikbereich von gesamthaft CHF 0.63 Mio. von der FKD (ZID) hin zur VGD zu transferieren, wovon der grösste Teil (CHF 0.58 Mio.) den Sachaufwand betrifft.

TRANSFERAUFWAND (Kostenart 36)

Gesundheitskosten (Fallpreise/Tagestaxen + CHF 27.03 Mio.)

Im dritten Jahr nach Einführung der neuen Spitalfinanzierung mittels Fallpauschalen und fixen Kantonsanteilen werden die Auswirkungen erkennbar. Die Systemänderung hat für Patienten eine erhöhte Freiheit bei der Wahl der stationären Leistungserbringer gebracht. Die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion hat diesen Effekt gemäss Auftrag des Landrats durch eine externe Analyse untersuchen lassen. Dabei hat sich gezeigt, dass aufgrund von Abgrenzungsproblemen in den Rechnungsjahren 2012 und 2013 die tatsächlichen Kostensteigerungen wesentlich tiefer, als in diesen Jahren ausgewiesen, ausgefallen sind. Die für das Jahr 2015 aufgrund vorliegender Expertise und dem als am wahrscheinlichsten sich abzeichnenden Szenario eingesetzten Planwerte sind nun im Vergleich zum Rechnungsausweis für das Jahr 2013 um rd. CHF 7.9 Mio. höher eingestellt worden.

Wechsel der Abteilung "Natur und Landschaft" von BUD zu VGD (+ CHF 10.4 Mio.)

Mit dem beschlossenen Wechsel der Abteilung "Natur und Landschaft" auf den 1. Januar 2015 von der BUD ins Landwirtschaftliche Zentrum Ebenrain, mussten auch die Beiträge aus dem Transferbereich im Umfange von CHF 10.4 Mio. budgetmässig übertragen werden. Davon sind alleine in den drei laufenden und mitübernommenen Verpflichtungskrediten CHF 10.3 Mio. als gebundene Ausgaben im Transferbereich enthalten.

Gemeinwirtschaftliche und besondere Leistungen / GWL (/J. CHF 1.4 Mio.)

Mit der Aufhebung der stationären Geburtshilfe und Gynäkologie in Laufen reduziert sich der GWL-Anteil an das Kantonsspital Baselland per Ende 2014.

Abschreibungen Investitionsbeiträge APH (+ CHF 0.5 Mio.)

In den Jahren 2014 und 2015 werden einige Bauprojekte fertiggestellt werden und die linearen Abschreibungen ab Folgemonat des Vorliegens der Bauabrechnungen einsetzen.

Nachzahlungen Pflegefinanzierung 2011 (+ CHF 2.75 Mio.)

Für die Nachzahlungen an die Pflegekosten von Bewohnerinnen und Bewohner von Alters- und Pflegeheimen für das Kalenderjahr 2011 wurde im Budget 2015 ein Schätzwert eingestellt. Die diesbezüglichen Verhandlungen mit den Gemeinden über den Finanzierungsschlüssel sind zum Zeitpunkt der Budgetierung noch nicht abgeschlossen.

Verpflichtungskredit Wirtschaftsoffensive (/J. CHF 1.5 Mio.)

Der Rückgang ist keine echter Rückgang, sondern eine Umbudgetierung der Tranchen ab 2015 des Verpflichtungskredites in die korrekte Kostenart (s/Abschnitt zur Kostenart 31).

Schweizer Innovationspark Region NWCH (SIP + CHF 0.39 Mio.)

Wir verweisen auf den entsprechenden Kommentar zum Abschnitt "Transferaufwand und -ertrag" im Profitcenter "Generalsekretariat P2200".

Arbeitsmarktliche Kontrolltätigkeit entsprechend Jahresprogramm-punkt 2201.001 beim KIGA (+ CHF 0.7 Mio.)

Im Februar 2014 sind in diesem Bereich zwei neue kantonale Gesetze in Kraft getreten, die durch eine parlamentarische Initiative geschaffen wurden. Es handelt sich um das neue Gesetz über die Bekämpfung der Schwarzarbeit (GSA) (Ersatz des seit 2008 bestehenden Gesetzes über die Bekämpfung der Schwarzarbeit) und das vollständig neue Gesetz über die Arbeitsmarktaufsicht und über Entsendungen von Arbeitnehmenden und Dienstleistungserbringenden in die Schweiz (Arbeitsmarktaufsichtsgesetz, AMAG).

DURCHLAUFENDE BEITRÄGE (Kostenart 37/47)

Aufgrund der geänderten Direktzahlungsbeiträge beim Bund ist mit einem Anstieg dieser saldoneutralen Durchlaufpositionen zu rechnen (s/Profitcenter 2207 Landwirtschaftliches Zentrum Ebenrain). Durch den Wechsel der Abteilung "Natur und Landschaft" haben sich diese Durchlaufpositionen um zusätzliche CHF 20'000 erhöht.

ENTGELTE (Kostenart 42)

Die Aufhebung des Kreisgeometerbüros Arlesheim bedingt durch EG ZGB (§ 184 Übergangsbestimmung), wonach die kantonalen Kreisgeometerbüros nur noch bis Ende 2014 für die Durchführung von amtlichen Vermessungen zuständig sind, zeichnet verantwortlich für einen Rückgang der Entgelte im Umfang von rd. CHF 0.77 Mio. (s/Kommentar zur Erfolgsrechnung im Profitcenter 2206 Amt für Geoinformation).

FINANZERTRAG (Kostenart 44)

Die auf das Jahr 2015 geplante Umsetzung der Revision der Jagd- und Fischereigesetzgebung (EP 12/15 Massnahme) ist hauptsächlich für die geplante Ertragssteigerung verantwortlich (s/Kommentar zur Erfolgsrechnung im Profitcenter 2200 Generalsekretariat).

TRANSFERERTRAG (Kostenart 46)

Mit dem Wechsel der Abteilung "Natur und Landschaft" auf den 1. Januar 2015 von der BUD zur VGD (ins LZE), wurden auch die ertragsseitigen Beiträge im Transferbereich im Umfange von CHF 8.92 Mio. budgetmässig übertragen. Diese gehen fast ausschliesslich (CHF 8.42 Mio.) aus den mitübernommenen und weiterlaufenden Verpflichtungskrediten hervor.

Erfolgsrechnung

	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %
30 Personalaufwand	39'434'689	41'938'278	44'410'993	2'472'715	6%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	9'472'752	7'918'298	10'752'171	2'833'873	36%
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen	7'807'863				
34 Finanzaufwand	145'609	127'700	130'000	2'300	2%
35 Übertrag Fonds / StaatsRG	300'000	210'000	210'000	0	0%
36 Transferaufwand	379'053'726	363'208'976	401'661'444	38'452'468	11%
37 Durchlaufende Beiträge	55'588'160	60'459'900	61'432'900	973'000	2%
39 Interne Fakturen	178'909	175'544	166'877	-8'667	-5%
42 Entgelte	-4'239'457	-3'849'700	-3'222'500	627'200	16%
43 Verschiedene Erträge	-36'022	-144'650	-166'500	-21'850	-15%
44 Finanzertrag	-5'260'383	-5'159'720	-5'643'440	-483'720	-9%
45 Übertrag Fonds / StaatsRG	-157'500	-157'500	-157'500	0	0%
46 Transferertrag	-24'130'078	-26'011'805	-35'903'314	-9'891'509	-38%
47 Durchlaufende Beiträge	-55'588'160	-60'459'900	-61'432'900	-973'000	-2%
48 Ausserordentlicher Ertrag	-7'807'863				
Total Aufwand	491'981'709	474'038'695	518'764'385	44'725'690	9%
Total Ertrag	-97'219'464	-95'783'275	-106'526'154	-10'742'879	-11%
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	394'762'245	378'255'420	412'238'231	33'982'811	9%

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	304.9	320.1	342.4	22.3	7.0%

Nachstehend werden kurz auf Stufe der Dienststellen die hauptsächlichsten Veränderungen und Ursachen erwähnt. Bei zwei Dienststellen (Amt für Wald und Kantonales Laboratorium) sind keinerlei Sollstellenveränderungen auf das Budgetjahr 2015 zu verzeichnen. Für eingehendere Details verweisen wir auf die detaillierteren Kommentare bei den einzelnen Dienststellen zu den jeweiligen Abschnitten "Personal".

- + 3.8 Vollstellen "Generalsekretariat" (+ 1.0 Transfer von KIGA / + 1.0 Kantonsarzt / + 1.3 Abtlg. Kantonsapotheker / + 0.5 für die Bewirtschaftung sämtlicher Beteiligungen resp. der Eignerstrategien im Zuständigkeitsbereich der VGD)
- + 5.8 Vollstellen "KIGA" (+ 5.3 aufgrund neuer Gesetze / + 1.5 Eichdienstleistungen finanz. von BS / - 1.0 Transfer zu GSK)
- + 8.4 Vollstellen "Oeff. Arbeitslosenkasse" und "RAV/LAM/KASt" (IKS-Weisung SECO / voll refinanziert vom Bund)
- 2.4 Vollstellen "Amt für Geoinformation" (Pensionierungen im Zusammenhang mit der Aufhebung Kreisgeometerbüro A'heim)
- + 6.7 Vollstellen "Landwirtschaftliches Zentrum Ebenrain" (+ 1.0 befristet z.L. Verpflichtungskredit BUD / + 0.45 Ernährung+ / + 5.2 Transfer der Abteilung "Natur und Landschaft" von der BUD zur VGD)

2200 Generalsekretariat VGD

Auftrag und Zielsetzungen

Das Generalsekretariat ist Stabsstelle des Direktionsvorstehers und wirkt als Koordinations- und Kontrollstelle der Gesamtdirektion. Im weiteren vollzieht das Generalsekretariat zur Zeit noch als Linienorganisation die hoheitlichen Aufgaben im Bereich des Gesundheitswesens (Kantonsärztlicher Dienst, Kantonszahnärztlicher Dienst, Heil- und Betäubungsmittelkontrolle, Gesundheitsversorgung) und im Bereich des Veterinär- Jagd- und Fischereiwesens. Ebenfalls eingegliedert sind die Wirtschaftsförderung, KMU-Info Baselland sowie die Schlichtungsstelle für Mietangelegenheiten und die Schlichtungsstelle für Diskriminierungsstreitigkeiten des Kantons. Seit 2012 gehört zudem die Wahrnehmung der Eigner-Interessen im Projekt "Deponie Feldreben" zu den Aufgaben. Ein weiterer Aufgabenzuwachs umfasst das Projekt "Wirtschaftsoffensive".

Der Leistungsbereich des Generalsekretariates umfasst im Wesentlichen:

- die Managementdienstleistungen für die Direktion wie Rechtswesen, Rechnungswesen, Controlling, Personalwesen, Information, sowie allgemeine Kanzleiaufgaben,
- den kantonsärztlichen Dienst,
- den Dienst des Kantonsapothekers / Kontrollstelle für Heil- und Betäubungsmittel,
- den kantonszahnärztlichen Dienst,
- die Gesundheitsversorgung (Gesundheitsplanung und -controlling)
- die Gesundheitsförderung,
- Alter und Gesundheit,
- die Schlichtungsstelle für Mietangelegenheiten,
- die Schlichtungsstelle für Diskriminierungsstreitigkeiten im Erwerbsleben,
- das Veterinär-, Jagd und Fischereiwesen,
- Volkswirtschaft; Wirtschaftsförderung, Kompetenzzentrum für Wirtschaftsentwicklung und Standortmarketing (Wirtschaftsoffensive), KMU-Info Baselland.
- Deponie Feldreben: Wahrung der Eigner-Interessen

Das Generalsekretariat arbeitet nach den folgenden Leitsätzen:

- Wir stehen ein für eine hohe Qualität unserer Leistungen zugunsten unserer Kunden.
- Wir handeln in Kenntnis unserer Verantwortung und stehen ein für eine fristgerechte Leistungserbringung.

Die VGD sieht im Rahmen des Strategieentwicklungsprojekts "AVENIR VGD" vor, ihre Strukturen anzupassen. Eine Vorlage dazu soll dem Landrat in der zweiten Jahreshälfte 2014 unterbreitet werden.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	178'205	198'600	193'000	-5'600	-3%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	5'531'152	5'915'210	6'515'130	599'920	10%	1
304	Zulagen	91'776	75'177	89'376	14'199	19%	
305	Arbeitgeberbeiträge	1'037'713	1'171'521	1'280'924	109'403	9%	2
306	Arbeitgeberleistungen		1'000		-1'000	-100%	
309	Übriger Personalaufwand	177'363	69'750	132'450	62'700	90%	3
310	Material- und Warenaufwand	327'520	323'475	349'275	25'800	8%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	28'313	15'350	364'900	349'550	>1000%	3
312	Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV	346	500	500	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare	892'971	914'167	1'117'250	203'083	22%	3
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	932		6'900	6'900	X	3
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	37'309	25'500	33'500	8'000	31%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	134'152	156'800	173'800	17'000	11%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	3'530	251	2'601	2'350	936%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand		500	500	0	0%	
330	Abschreibungen Sachanlagen VV	7'807'863					
341	Realisierte Kursverluste	-381					

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	2'387	200	2'200	2'000	>1000%	
350	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	300'000	210'000	210'000	0	0%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-444'849	-342'400	-432'200	-89'800	-26%	4
424	Benützungsgebühren und Dienstleistungen	-10'650	-10'000	-13'000	-3'000	-30%	
425	Erlös aus Verkäufen	-172		-100	-100	X	
426	Rückerstattungen	-10'907	-7'000	-37'500	-30'500	-436%	
429	Übrige Entgelte		-100'000		100'000	100%	5
430	Verschiedene betriebliche Erträge	-33'965	-41'650	-43'500	-1'850	-4%	
440	Zinsertrag	-71		-10	-10	X	
443	Liegenschaftenertrag FV	-601'545	-595'000	-595'000	0	0%	
446	Finanzertrag von öff Unternehmungen	-4'600'000	-4'500'000	-4'500'000	0	0%	
447	Liegenschaftenertrag VV	-2'518	-2'500	-492'500	-490'000	<-1000%	6
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	-152'500	-152'500	-152'500	0	0%	
489	Entnahmen aus dem Eigenkapital	-7'807'863					
	Total Aufwand	16'551'152	9'078'001	10'472'306	1'394'305	15%	
	Total Ertrag	-13'665'040	-5'751'050	-6'266'310	-515'260	-9%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	2'886'112	3'326'951	4'205'996	879'045	26%	

- 1 Diese Veränderung ist hauptsächlich durch die im Abschnitt "Personal" im Detail aufgezeigten Anpassungen begründet.
- 2 Der Wegfall der vorzeitigen Pensionierungen (B2014 CHF 95'000) ist durch die Stellenveränderungen und die erhöhten Kosten durch die Reform BLPK überkompensiert worden.
- 3 Mit RRB Nr. 1674 hat der Regierungsrat am 4. November 2014 Verschiebungen im Informatikbereich (STRATUM2) beschlossen. So wurden auf das Jahr 2015 insgesamt CHF 629'400 von der Finanz- und Kirchendirektion zur Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion hin verschoben. Nach Kostenarten stellen sich diese Aufwandtransfers wie folgt dar: KoA 309 + CHF 46'700; KoA 311 + CHF 349'400; KoA 313 + CHF 227'300; KoA 315 + CHF 6'000 = Total CHF 629'400.
- 4 Erhöhung der Einnahmen aus Inspektionen im Bereich der Kontrollstelle für Heil- und Betäubungsmittel (s/auch Abschnitt "Personal").
- 5 Im 2014 ist ein einmaliger Ertrag aus Auflösung "Ethikkommission" budgetiert.
- 6 Jagd- und Fischereigesetzrevision gehen im 2014 in die Vernehmlassung; kann nur im 2015 realisiert werden, wenn die geplanten Änderungen bereits im 2015 rechtskräftig werden. Einnahmen im 2015: CHF 490'000 und ab 2016 ist mit CHF 590'000 an Entlastung (EP 12/15) zu rechnen.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Gesundheitsinstitutionen	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	1'125'062	1'456'356	1'459'556	3'200	0%	
Verbandsbeiträge	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	24'731	29'900	22'300	-7'600	-25%	
Abhängigkeitserkrankungen	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	3'641'575	4'480'000	4'060'000	-420'000	-9%	1
	460	Ertragsanteile von Dritten	-930'015	-970'000	-960'000	10'000	1%	
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-730'799	-850'000	-750'000	100'000	12%	1
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-186'052	-200'000	-200'000	0	0%	
Prävention	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte		15'000	3'000	-12'000	-80%	
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	749'554	756'800	767'700	10'900	1%	2
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-96'500	-101'250	-114'250	-13'000	-13%	
Veterinärwesen	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	6'060	10'000	6'000	-4'000	-40%	
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	20'732	20'770	35'770	15'000	72%	

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
APH	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte			2'750'000	2'750'000		X3
	366	Abschreibungen Investitionsbeiträge		500'000	1'000'000	500'000	100%	4
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-242'316	-225'000	-260'000	-35'000	-16%	
Baselland Tourismus	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	600'000	600'000	600'000	0	0%	
Impfungen	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-264'710	-220'000	-220'000	0	0%	
Beiträge an Sanitätsdienste	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	413'000	423'000	413'000	-10'000	-2%	5
Akutsomatik Kantonsspital BL	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte		118'548'000	110'862'639	-7'685'361	-6%	6
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	110'410'270					
Standortpolitik	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte		1'500'000	390'000	-1'110'000	-74%	7
Rehabilitation Kantonsspital BL	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte		8'666'000	11'043'253	2'377'253	27%	8
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	10'835'681					
Akutsomatik Privatspitäler BL	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte		10'476'000	11'927'936	1'451'936	14%	9
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	11'703'024					
Akutsomatik UKBB	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte		9'076'000	10'523'450	1'447'450	16%	10
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	10'325'828					
Akutsomatik Spitäler BS	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	61'786'195	95'039'000	111'304'981	16'265'981	17%	11
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	47'420'791					
Rehabilitation Spitäler BS	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	4'181'475	8'906'000	11'768'938	2'862'938	32%	12
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	7'366'221					
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-211'816					
Akutsomatik Spitäler and. Kt. und Ausl.	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	19'093'540	14'686'000	20'229'486	5'543'486	38%	13
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-2'917					
Rehabilitation Spitäler and. Kt. und Aus	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	1'660	9'290'000	12'232'683	2'942'683	32%	14
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	10'003'041					
Psychiatrie BL	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte		26'545'000	27'817'582	1'272'582	5%	15
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	27'293'006					
Psychiatrie Private BL	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte		631'000	630'897	-103	0%	
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	619'562					
Psychiatrie BS	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	3'735'683	5'890'000	6'400'704	510'704	9%	16
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	2'545'285					

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Psychiatrie and. Kt. und Ausl.	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	130'387	4'751'000	4'796'451	45'451	1%	
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	4'375'920					
GWL Kantonsspital BL	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte		14'900'000	13'500'000	-1'400'000	-9%	17
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	12'205'161					
GWL Psychiatrie BL	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte		8'000'000	8'000'000	0	0%	
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	8'269'570					
GWL UKBB	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte		5'451'000	5'451'000	0	0%	
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	6'213'557					
GWL Private BL	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte		345'000	345'000	0	0%	
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	345'000					
Wildschäden	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	388'783	221'000	214'000	-7'000	-3%	
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-59'127	-59'000		59'000	100%	18
MUBA 64+	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	54'414	55'000	55'000	0	0%	
Uni.-Kinderspital b. Basel (UKBB)	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	68'482					
Reg. Heilmittelinsp. NW-CH (RHI)	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	55'625	10'000		-10'000	-100%	19
Beiträge Kinder- und Jugendzahnpflege	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	1'274'560	1'500'000	1'355'000	-145'000	-10%	20
Kantonales Tabakprogramm	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte			130'000	130'000		X21
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten			-130'000	-130'000		X21
metrobasel	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	75'000					
Regressforderungen Unfall	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-212'419	-1'000'000	-300'000	700'000	70%	22
Total Transferaufwand			367'358'435	352'777'826	380'096'326	27'318'500	8%	
Total Transferertrag			-2'936'671	-3'625'250	-2'934'250	691'000	19%	
Transfers (Netto)			364'421'764	349'152'576	377'162'076	28'009'500	8%	

- 1 Der Regierungsrat hat für den Bereich der stationären Drogentherapien einer Landratsvorlage zugestimmt, die eine restriktivere Bewilligungspraxis und für den Kanton Einsparungen an Bruttokosten im Umfang von CHF 400'000 vorsieht. Die entsprechenden Anteile der Gemeinden (25%) verringern sich dadurch ebenfalls um CHF 100'000. Die Minderkosten dieser EP 12/15 Massnahme für den Kanton belaufen sich auf netto CHF 300'000. Der Regierungsrat hat am 4. November 2014 (RRB Nr. 1676) darauf verzichtet, die Vorlage dem Landrat zu unterbreiten. Die entsprechend erfasste Entlastung konnte nicht mehr rückgängig gemacht werden.
- 2 Der Regierungsrat hat einem Verpflichtungskredit (Mammographie-Screening / LRV 2014/251) mit Gesamtausgaben von total CHF 2.0 Mio. für die Jahre 2015 bis 2018 zugestimmt. Die Jahrest tranche 2015 beträgt CHF 500'000 (s/auch Abschnitt "Verpflichtungskredite"). Die Vorlage wurde am 23. Oktober 2014 durch den Landrat abgelehnt (s/LRB 2014/2232) und daraufhin im Budget 2015 herausgenommen.
- 3 Für die Nachzahlungen an die Pflegekosten von Bewohnerinnen und Bewohner von Alters- und Pflegeheimen für das Kalenderjahr 2011 wurde im Budget 2015 ein Schätzwert eingestellt. Die diesbezüglichen Verhandlungen mit den Gemeinden über den Finanzierungsschlüssel sind zum Zeitpunkt der Budgetierung noch nicht abgeschlossen.
- 4 Da in den Jahren 2014 und 2015 einige Bauprojekte entsprechend der zeitlichen Planung fertiggestellt werden und die linearen Abschreibungen im Folgemonat der Bauabrechnung mit Schlussverfügung beginnen, musste die Abschreibungsgrösse entsprechend erhöht werden.
- 5 Mit dem Rettungsdienst Käch, Dornach kann eine Vereinbarung auf der Basis von CHF 173'000 anstatt CHF 183'000 abgeschlossen werden.

- 6 Die Fallzahlen im Kantonsspital Baselland sind weiterhin rückläufig, weshalb auch für das Jahr 2015 mit einem tieferen Wert gerechnet werden muss.
- 7 Die Abnahme um CHF 1.5 Mio. ist bedingt durch den Verpflichtungskredit "Wirtschaftsoffensive", da nun die Tranche 2015 erstmals kostenartengerecht in der Kostenart 31 (ehemals KoA 36) budgetiert werden konnte (s/Abschnitt Verpflichtungskredite). Andererseits resultiert eine Zunahme im Umfang von CHF 0.39 Mio. für den "Schweizer Innovationspark Region NWCH" (SIP).
- 8 Die von KPMG durchgeführte Expertise der Spitalkosten des Kantons Basel-Landschaft zeigte auf, dass die dem Budget 2014 zugrunde gelegten Werte (Rechnung 2012) aufgrund der Einführung von DRGs in der Akutsomatik insgesamt zu tief waren. Zudem wurde bei der Rehabilitation des Kantonsspitals Baselland ein starkes Mengenwachstum beobachtet.
- 9 Die von KPMG durchgeführte Expertise der Spitalkosten des Kantons Basel-Landschaft zeigte auf, dass die dem Budget 2014 zugrunde gelegten Werte (Rechnung 2012) aufgrund der Einführung von DRGs in der Akutsomatik insgesamt zu tief waren. Die effektiven Zahlen in der Akutsomatik der Privatspitäler im Kanton Basel-Landschaft sind aber relativ konstant.
- 10 Die von KPMG durchgeführte Expertise der Spitalkosten des Kantons Basel-Landschaft zeigte auf, dass die dem Budget 2014 zugrunde gelegten Werte (Rechnung 2012) aufgrund der Einführung von DRGs in der Akutsomatik insgesamt zu tief waren.
- 11 Die von KPMG durchgeführte Expertise der Spitalkosten des Kantons Basel-Landschaft zeigte auf, dass die dem Budget 2014 zugrunde gelegten Werte (Rechnung 2012) aufgrund der Einführung von DRGs in der Akutsomatik insgesamt zu tief waren. Zudem findet eine Verlagerung vom Kantonsspital Baselland hin zu den Spitälern im Kanton Basel-Stadt statt.
- 12 Die von KPMG durchgeführte Expertise der Spitalkosten des Kantons Basel-Landschaft zeigte auf, dass die dem Budget 2014 zugrunde gelegten Werte (Rechnung 2012) aufgrund der Einführung von DRGs in der Akutsomatik insgesamt zu tief waren. Zudem wurde bei der Rehabilitation allgemein ein starkes Mengenwachstum beobachtet. Dieser Trend ergibt sich auch durch die Einführung der Fallpauschalen in der Akutsomatik im Jahr 2012.
- 13 Die von KPMG durchgeführte Expertise der Spitalkosten des Kantons Basel-Landschaft zeigte auf, dass die dem Budget 2014 zugrunde gelegten Werte (Rechnung 2012) aufgrund der Einführung von DRGs in der Akutsomatik insgesamt zu tief waren. Zudem ist insbesondere beim Standort Dornach der Solothurner Spitäler AG ein starkes Mengenwachstum zulasten des Kantonsspitals Baselland zu beobachten.
- 14 Die privaten Rehabilitationskliniken werden ihren Anteil 2015 weiter und deutlich ausbauen können. Dieser Trend ergibt sich auch durch die Einführung der Fallpauschalen in der Akutsomatik im Jahr 2012.
- 15 Im Bereich der Psychiatrie ist schweizweit ein anhaltendes Mengenwachstum zu beobachten. Dies wurde bei Erstellung des Budgets 2014 unterschätzt.
- 16 Im Bereich der Psychiatrie ist schweizweit ein anhaltendes Mengenwachstum zu beobachten, das sich auch 2015 fortsetzen wird.
- 17 Der Betrag für die Aufrechterhaltung der stationären Geburtshilfe und Gynäkologie entfällt mit deren Aufhebung per Ende 2014.
- 18 Die 20% Pachtzinsanteile der Gemeinden fallen weg, wenn das Jagdregal aufgrund der Jagd- und Fischereigesetzrevision zum Kanton kommt (s/Anmerkung zum Mehrertrag aus EP 12/15 unter dem Abschnitt Erfolgsrechnung).
- 19 Im Zuge der Umsetzung einer EP 12/15 Massnahme wurden die Beiträge an das Regionale Heilmittelinstitut (RHI) auf Null gefahren und von der Institution nun die volle Kostendeckung durch Gebühreneinnahmen verlangt.
- 20 Der Regierungsrat hat im Zuge der Umsetzung unter EP 12/15 im Bereich der Kinder- und Jugendzahnpflege einer Landratsvorlage zugestimmt, die den Verzicht auf die Kantonsbeiträge an kieferorthopädische Leistungen / Behandlungen mit einer Entlastung über CHF 145'000 ab 2015 zugestimmt. Der Regierungsrat hat am 4. November 2014 (RRB Nr. 1676) alsdann darauf verzichtet, die Vorlage dem Landrat zu unterbreiten. Die entsprechend erfasste Entlastung konnte nicht mehr rückgängig gemacht werden.
- 21 Ab 2015 wird ein kantonales Tabakpräventionsprogramm umgesetzt. Dieses generiert Unterstützungsbeiträge des Bundes in der Höhe von CHF 130'000 pro Jahr. Diese Gelder werden für die Finanzierung von Dienstleistungen im Kanton in diesem Bereich verwendet.
- 22 Die bisherigen Erträge aus dem Regresswesen blieben deutlich hinter den Erwartungen. Ein Grund dafür kann die verzögerte Bearbeitung der Forderungen durch die Regressfirmen sein. Die dafür erforderlichen Unterlagen können zudem durch die Direktion jeweils erst nach Erhalt der Schlussrechnungen der Spitäler (d.h jeweils erst Mitte des entsprechenden Folgejahres) geliefert werden.

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Aids-Hilfe/Frauen-Oase 10-13	36	Transferaufwand	267'500					
Zentrum Selbsthilfe 2012-14	36	Transferaufwand	100'000	100'000		-100'000	-100%	1
Gesundes Körpergewicht 2012-2015	30	Personalaufwand	930					
	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	170'078	202'500	227'000	24'500	12%	
	46	Transferertrag	-96'500	-101'250	-114'250	-13'000	-13%	
		Total	74'509	101'250	112'750	11'500	11%	
Weiterb. Assi.ärzte in Praxen (2012-14)	36	Transferaufwand	195'925	250'000		-250'000	-100%	2

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Standortpolitische Massnahmen 2013	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	1'503'542					3
Baselland Tourismus 2013-2016	36	Transferaufwand	600'000	600'000	600'000	0	0%	
Gesetzl. Schwangerschaftsberatung 13-16	36	Transferaufwand	224'500	224'500	224'500	0	0%	
Standortpolitische Massnahmen 2014-2017	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand			1'500'000	1'500'000		X 3
	36	Transferaufwand		1'500'000		-1'500'000	-100%	3
		Total		1'500'000	1'500'000	0	0%	
Aids-Hilfe/Frauen-Oase 14-17	36	Transferaufwand		262'500	275'000	12'500	5%	
GWL Kantonsspital BL 2014 bis 2016	36	Transferaufwand		14'900'000	13'500'000	-1'400'000	-9%	4
GWL Psychiatrie BL 2014 bis 2016	36	Transferaufwand		8'000'000	8'000'000	0	0%	
GWL UKBB 2014 bis 2015	36	Transferaufwand		5'451'000	5'451'000	0	0%	
Weiterbild. AA in Privatspit. BL 2014-16	36	Transferaufwand		345'000	345'000	0	0%	
Zentrum Selbsthilfe 2015 - 18	36	Transferaufwand			120'000	120'000		X 1
Weiterb. Assi.ärzte in Praxen (2015-17)	36	Transferaufwand			225'000	225'000		X 2
Total Verpflichtungskredite Aufwand			3'062'476	31'835'500	30'467'500	-1'368'000	-4%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag			-96'500	-101'250	-114'250	-13'000	-13%	
Total Verpflichtungskredite (netto)			2'965'976	31'734'250	30'353'250	-1'381'000	-4%	

- 1 Für die Weiterführung der Leistungsvereinbarung mit dem "Zentrum Selbsthilfe" wird beim Landrat ein erneuter Verpflichtungskredit beantragt. Der Aufwand wird verglichen mit der Vorperiode um CHF 20'000 pro Jahr höher angesetzt.
- 2 Für die Weiterführung des Programms zur Förderung des Hausärztenachwuchses wird beim Landrat ein erneuter Verpflichtungskredit beantragt. Der Aufwand wird verglichen mit der Vorperiode um CHF 25'000 pro Jahr tiefer angesetzt.
- 3 Der Verpflichtungskredit "Wirtschaftsoffensive" kann ab dem Budgetjahr 2015 kostenartengerecht und unter dem Sachaufwand (s/auch Rechnung 2013) budgetiert werden.
- 4 Der Betrag für die Aufrechterhaltung der stationären Geburtshilfe und Gynäkologie entfällt mit deren Aufhebung per Ende 2014.

Investitionen

Investitionsvorhaben	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
APH-Investitionsbeiträge	56	Eigene Inv.-Beitr.	29'332'496	35'000'000	30'000'000	-5'000'000	-14%	1
Beteiligung UKBB	55	Beteil. und Grundkapitalien	18'825'563					
Total Investitionsausgaben			48'158'059	35'000'000	30'000'000	-5'000'000	-14%	
Total Investitionseinnahmen								
Total Nettoinvestitionen			48'158'059	35'000'000	30'000'000	-5'000'000	-14%	

- 1 Aufgrund der angemeldeten und laufenden konkreten Bauprojekte im Bereich der Alters- und Pflegeheime ist für das Planjahr 2015 mit einem leicht reduzierten Volumen im Vergleich zum Vorjahr zu rechnen.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	44.9	48.0	51.8	3.8	7.9%

Die sachlich notwendige Trennung der beiden Funktionen "Kantonsarzt" und "Leiter Gesundheit" (frühzeitige Teilpensionierung [-50%] per Ende Oktober 2014) erfordert die Erhöhung der Planstellen um eine 100% Stelle. Für die Bewirtschaftung sämtlicher Beteiligungen resp. Eignerstrategien im Zuständigkeitsbereich der VGD sind zusätzlich 50 Stellenprozente in das Budget und den Sollstellenplan der VGD aufgenommen worden. In der Kontrollstelle für Heil- und Betäubungsmittel sind überdies die folgenden beiden Veränderungen im Sollstellenplan berücksichtigt. Ein absolut saldoneutrales Insourcing erfolgt im Umfang von 70% für die Übernahme der zuständigen Inspektorin (aus dem RHI), die gemäss § 83 Gesundheitsgesetz kostendeckend arbeitet, sowie das

ebenfalls kostenneutrale Insourcing (ehemals DL und Honorare) der Stelle "Kantonsapotheker" im Rahmen von 50% unter gleichzeitiger Aufstockung von 10% um die gesetzlich festgelegten Inspektionen durchführen zu können. Ausserdem ist der Transfer einer 100% Stelle vom KIGA im Bereich HR enthalten.

Jahresprogramm

2200.001 AVENIR VGD

Das Projekt AVENIR VGD sieht eine Verbesserung der strategischen Ausrichtung und Positionierung der VGD vor. Das Projekt beinhaltet neben des strategischen Entwicklungsprozesses der Direktion mit der Ausrichtung auf die drei VGD-Handlungsfelder Volkswirtschaft, Gesundheit und Landschaft sowie der konsequenten Trennung von Stabs- und Linienaufgaben auch eine Organisationsentwicklung. Dem Landrat wurde eine entsprechende Vorlage mit dem Zweck einer Neuorganisation der VGD unterbreitet. 2015 soll die Umsetzung erfolgen.

2200.002 Wirtschaftsoffensive

Seit Juli 2014 läuft die Phase 3 des Projekts. Sie dauert bis Ende 2015. In dieser Phase sollen einerseits die implementierten Instrumente wie der Welcome Desk, die Investorengespräche oder das Key Account Management konsolidiert sowie die Fokus-Areale weiter entwickelt werden. Zugleich ist mit Blick auf das Projektende spätestens 2017 der Übergang in den Normalbetrieb vorzubereiten. Das bedeutet auch, dass eine organisatorische Lösung erarbeitet werden muss, welche die diversen Schnittstellen zu den Direktionen wie auch zu deren externen Leistungserbringern (BaselArea, iNet, Innovationspark NWCH) klärt.

2200.003 Public Corporate Governance - Eignerstrategien

Der Regierungsrat plant eine Überarbeitung der Verordnung zum Beteiligungscontrolling. Zentrale Instrumente sind hierbei die Eignerstrategien. In die Zuständigkeit der VGD fallen insbesondere die fünf folgenden Beteiligungen: Kantonsspital Baselland KSBL, Psychiatrie Baselland PBL, Universitäts-Kinderspital beider Basel UKBB, die Rheinhäfen beider Basel sowie die Messe Schweiz MCH Group. Auf der Basis von Piloten, zu denen das KSBL sowie die Rheinhäfen gehören, sollen für alle Beteiligungen systematisch Eignerstrategien entwickelt werden und ab 2015 zur Anwendung gelangen.

2200.008 Monitoring der stationären Spitalversorgung der Nordwestschweizer Kantone

Mit dem Projekt zur Überprüfung der Veränderungen der Patientenströme und deren Auswirkung in Zusammenarbeit der vier Nordwestschweizer Kantone AG, BL, BS und SO sollen die Planungs- und Entscheidungsgrundlagen für die Gesundheitsversorgung der Nordwestschweiz aktualisiert werden. Das Monitoring schafft die Basis für allfällige Entscheidungen bezüglich Angebotskonzentration, Diversifizierung und Spezialisierung über die Kantonsgrenzen hinweg.

Der Dienstleistungsauftrag an Dritte wurde nach GATT/WTO ausgeschrieben. Aufgrund des Auftrages aus dem Krankenversicherungsgesetz (Art. 39 Abs. 1 lit.d KVG), welcher eine von mehreren Kantonen gemeinsam aufgestellte Planung für eine bedarfsgerechte Spitalversorgung fordert wurde dieses Vorgehen zur Versorgungssicherung und Kostenoptimierung als notwendig erachtet. Der Zwischenbericht wird per Oktober 2014 und der Schussbericht der vorläufig ersten Etappe mit der Analyse über 2 Jahre wird per September 2015 vorliegen.

2200.009 Neue Spitalfinanzierung

Das Controlling bei der neuen Spitalfinanzierung wird weiterentwickelt. Im 3. Quartal 2014 wird eine Software zum Empfang elektronischer Spitalrechnungen validiert. Damit verbunden ist die automatische Prüfung von Wohnsitz, Leistungsaufschub, Dubletten, Kostengewichte etc. Die Verbuchung soll automatisch im zentralen kantonalen Buchungssystem erfolgen und so ermöglichen, unberechtigte Rechnungen zu erfassen und auszuschneiden.

Die im Krankenversicherungsgesetz (KVG) per 1. Januar 2012 eingeführte freie Spitalwahl erfordert eine periodische Überprüfung der Spitalliste, wobei die Veränderungen bei den Patientenströmen und der Angebote der Leistungserbringer zu berücksichtigen sind. Die erste Überarbeitung der Spitalliste ist per 2015 vorgesehen und steht in engem Zusammenhang mit dem Projekt Monitoring der Patientenströme. Zur Überprüfung der Wirtschaftlichkeit werden in einem Projekt der Gesundheitsdirektorenkonferenz (GDK) schweizweit einheitliche Kriterien geschaffen, um die Tarife und Baserates nach einheitlichem Mass zu genehmigen.

2200.010 Rettungswesen

Das Rettungswesen erfordert grundlegende Anpassungen sowohl in den gesetzlichen Grundlagen wie auch bei den Leitungsstrukturen und den Leistungsverträgen. Eine Arbeitsgruppe erarbeitet das Konzept für die Zusammenführung der Blaulichtdienste und die Schaffung einer Rettungszentrale 144.

2200.011 Alterspolitik

Auf der Basis der strategischen Grundlagen der Senioren- und Alterspolitik (Leitbild "Älter werden gemeinsam gestalten") werden die Entwicklung von Massnahmen in folgenden, vom Regierungsrat festgelegt als prioritär zu

bearbeitende Handlungsfelder, vorangetrieben. Im Handlungsfeld "Dienstleistung und Pflege" mit der Erstellung von kantonalen Konzepten zur Nationalen Strategie Palliative Care und Demenz. Im Handlungsfeld "Wohnen im Alter" mit der Massnahmenplanung zur Förderung des altersgerechten Wohnens in Verbindung mit Dienst- und Pflegeleistungen. Des Weiteren werden eine Überprüfung der bisherigen Subventionierungspraxis der Alters- und Pflegeheime und die Revision des Gesetzes über die Betreuung und Pflege im Alter eingeleitet (Projekt Revision GeBPA mit befristeten überjährigen 140 Stellenprozenten für 2014 und 2015). Im Handlungsfeld "Information und Koordination in Gemeinden und Kanton" wird der Kanton neben der Fortsetzung des kantonalen Runden Tisches für Altersfragen seine Koordinationsrolle verstärkt wahrnehmen.

2200.012 Revision Schulgesundheitsgesetz

Aufgrund der Ergebnisse der Evaluation des schulärztlichen Angebots im Kanton BL wird die Anpassung des Angebots auf der Stufe der Schulen und der SchulärztInnen umgesetzt. Die Arbeiten werden 2015 weitergeführt, damit dem Landrat eine Gesetzesrevision vorgelegt werden kann.

2200.013 Fischereibiologische Untersuchungen von Gewässern

Die Gewässer müssen in periodischen Abständen auf die fischereiliche Ertragsfähigkeit untersucht werden. Diese Angaben sind notwendig für die Besatzplanung und Festlegung der Pachtzinsen. Im Jahr 2013 erfolgt der erste Teil der Untersuchungen, im Jahr 2014 der zweite Teil.

2200.014 Dritte Staffel "Gesundes Körpergewicht"

Durch die Gesundheitsförderung wird eine dritte Staffel des Präventionsprogramms mit Beginn 2016 und einer Laufzeit von vier Jahren vorbereitet. Die Kosten werden zu 50% vom Bund (Gesundheitsförderung Schweiz) getragen.

2200.015 Teilrevision des EG ZGB: Anordnung der fürsorgerischen Unterbringung durch die Ärzteschaft

Im Gegensatz zu den meisten anderen Kantonen kennt der Kanton Basel-Landschaft die ärztlich angeordnete fürsorgerische Unterbringung (bei Gefahr in Verzug) nicht. Dies schafft in der Praxis einen erheblichen Mehraufwand bei den Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden, da diese (nebst dem psychiatrischen Notfalldienst der Ärztesgesellschaft) einen zusätzlichen 24-Stunden Pikettdienst bereitstellen müssen. Diese Doppelspurigkeit soll beseitigt werden. Mit einer Teilrevision des Gesetzes über die Einführung des Zivilgesetzbuches (EG ZGB) soll die Anordnung der fürsorgerischen Unterbringung bei Gefahr in Verzug auch direkt durch die Ärzteschaft ermöglicht werden.

2201 Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (KIGA)

Auftrag und Zielsetzungen

Als öffentlicher Dienstleistungsbetrieb, dessen Hauptaufgaben in den Bereichen Arbeitsmarkt, Industrie, Handel und Gewerbe, aber auch im Konsumentenschutz und in der Wohnbauförderung liegen, steht das KIGA Baselland an einer der zentralen Schnittstellen des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens.

Die Abteilung Arbeitsbedingungen erteilt Arbeitsbewilligungen für ausländische Personen, dazu gehören auch die Grenzgängerbewilligungen. Zur Arbeitsaufsicht gehören Kontrollen, wie unter anderem innerhalb der Personenfreizügigkeit gefordert, oder die Bekämpfung der Schwarzarbeit. Das Arbeitsinspektorat setzt sich mit dem Gesundheitsschutz und der Sicherheit am Arbeitsplatz auseinander. Das Messwesen und die Kalibrierstelle gehören ebenfalls zu dieser Abteilung. Eine weitere wesentliche Dienstleistung für Handel und Industrie ist mit der regionalen Konformitätsbewertungsstelle im Aufbau.

Der Schutz der Arbeitnehmenden steht im Zentrum der Abteilung Arbeitsrecht/Arbeitnehmerschutz. Eine wichtige Basis dafür ist das Arbeitsgesetz. Die Überwachung von Verleih- und Vermittlungsfirmen, die Kontrolle der berufsmässigen Chauffeure und die arbeitsvertragliche Rechtsauskunft sind weitere Aufgaben in diesem Bereich. Die Abteilung ist zudem zuständig für die Einhaltung der Sonn- und Feiertagsruhe, überwacht den Verkauf und die Lagerung von Feuerwerk, überprüft die Preisanschriften in Werbung und Verkaufsgeschäften und betätigt sich im Bereich der Wohnbauförderung.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	6'214	8'500	8'000	-500	-6%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	3'713'473	3'965'177	4'369'868	404'691	10%	A
304	Zulagen	68'926	66'367	64'326	-2'041	-3%	
305	Arbeitgeberbeiträge	891'853	1'123'499	863'707	-259'791	-23%	1
309	Übriger Personalaufwand	21'261	31'640	31'000	-640	-2%	
310	Material- und Warenaufwand	87'118	68'875	74'050	5'175	8%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	51'627	48'100	48'700	600	1%	
312	Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV	8	100		-100	-100%	
313	Dienstleistungen und Honorare	44'815	19'150	28'100	8'950	47%	
314	Baulicher und betrieblicher Unterhalt	79					
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	14'290	20'800	20'800	0	0%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	62'364	41'600	47'150	5'550	13%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	65'069	59'400	67'150	7'750	13%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	43'634	15'000	15'000	0	0%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	259	200	200	0	0%	
340	Zinsaufwand	5'124	4'000	5'000	1'000	25%	
341	Realisierte Kursverluste	714	600	700	100	17%	
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	1'578	1'200	1'700	500	42%	
390	Int Fakturen Material- und Warenbezüge	2'006	2'610	2'050	-560	-21%	
391	Int Fakturen Dienstleistungen	24'862	21'127	21'127	0	0%	
392	Int Fakturen Pacht, Mieten, Benützungsko	8'378	8'144		-8'144	-100%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-1'285'865	-926'200	-1'141'200	-215'000	-23%	2
425	Erlös aus Verkäufen	-13'823	-16'600	-13'600	3'000	18%	
426	Rückerstattungen	-1'941	-2'000	-2'000	0	0%	
429	Übrige Entgelte	-565	-1'000	-600	400	40%	
440	Zinsertrag	-55	-250	-60	190	76%	
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	-5'000	-5'000	-5'000	0	0%	
	Total Aufwand	5'113'653	5'506'088	5'668'628	162'540	3%	
	Total Ertrag	-1'307'248	-951'050	-1'162'460	-211'410	-22%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	3'806'405	4'555'038	4'506'168	-48'870	-1%	

- 1 Weniger Aufwand infolge Wegfalls der Kosten für vorzeitige Pensionierungen (B2014 CHF 400'000), welcher aber teilweise kompensiert wird durch den Stellenausbau in den Bereichen Schwarzarbeitsbekämpfung und Arbeitsmarktaufsicht und die Beitragserhöhung aufgrund der Reform des Pensionskassengesetzes.
- 2 Mehreinnahmen als Folge des Projektes "Erbringung von amtlichen Eichdienstleistungen für den Kanton Basel-Stadt" verursachen die Zunahme.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Arbeitsrecht	360	Ertragsanteile an Dritte	82'841	100'000	100'000	0	0%	
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	4'582'413	4'978'300	5'411'378	433'078	9%	A
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-1'378'778	-1'275'900	-1'259'700	16'200	1%	
Eichstätte	360	Ertragsanteile an Dritte	12'342	15'000	15'000	0	0%	
	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	1'400	10'000	10'000	0	0%	
Volkswirtschaft	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	91'727					
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	2'418'373	398'750	668'750	270'000	68%	A
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-190'000	-280'000	-300'000	-20'000	-7%	
Total Transferaufwand			7'189'095	5'502'050	6'205'128	703'078	13%	
Total Transferertrag			-1'568'778	-1'555'900	-1'559'700	-3'800	0%	
Transfers (Netto)			5'620'318	3'946'150	4'645'428	699'278	18%	

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Bekämpfung Schwarzarbeit 2011-2013	36	Transferaufwand	380'000					
	46	Transferertrag	-190'000					
		Total	190'000					
Total Verpflichtungskredite Aufwand			380'000					
Total Verpflichtungskredite Ertrag			-190'000					
Total Verpflichtungskredite (netto)			190'000					

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	34.7	37.7	43.5	5.8	15.4%

Der Vollzug der beiden neuen kantonalen Gesetze über die Bekämpfung der Schwarzarbeit (GSA) und die Arbeitsmarktaufsicht (AMAG) erfordert 5,3 neue Stellen. 1,5 zusätzliche Stellen sind im Rahmen des Projektes "Erbringung von amtlichen Eichdienstleistungen für den Kanton Basel-Stadt" geplant, wobei diese Stellen durch entsprechende Mehrerträge (s/KoA 421) saldoneutral budgetiert werden konnten. Um 1 Stelle reduziert sich der Stellenbestand aufgrund eines Stellentransfers im Rahmen des Projekts "Neue Organisation Personalwesen (NOP)".

Jahresprogramm

A 2201.001 Arbeitsmarktliche Kontrolltätigkeit

Im Februar 2014 sind in diesem Bereich zwei neue kantonale Gesetze in Kraft getreten, die durch eine parlamentarische Initiative geschaffen wurden. Es handelt sich um das neue Gesetz über die Bekämpfung der Schwarzarbeit (GSA) (Ersatz des seit 2008 bestehenden Gesetzes über die Bekämpfung der Schwarzarbeit) und das vollständig neue Gesetz über die Arbeitsmarktaufsicht und über Entsendungen von Arbeitnehmenden und Dienstleistungserbringenden in die Schweiz (Arbeitsmarktaufsichtsgesetz, AMAG). Die Gesetze haben eine stärkere Wirkung in der Bekämpfung der Schwarzarbeit und in der Arbeitsmarktaufsicht zum Ziel. Die Umsetzung wurde 2014 umgehend an die Hand genommen und zieht sich im 2015 fort. Sie verlangt nach neuen Prozessen, Massnahmen und insbesondere auch Ressourcen, was sich im Budget des KIGA Baselland niederschlägt.

2201.002 E-Government

Die Inangriffnahme des Updates von E-Public, welche für 2014 geplant war, hat sich erneut verzögert und soll nun 2015 erfolgen. Unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftsoffensive wie auch des Abstimmungsergebnisses zur Masseneinwanderungsinitiative ist dies von zunehmender Dringlichkeit.

2202 Abteilung Öffentliche Arbeitslosenkasse (KIGA)

Auftrag und Zielsetzungen

Die Öffentliche Arbeitslosenkasse unterstützt Stellensuchende mit Arbeitslosengeldern. Arbeitnehmende erhalten bei einem Konkurs ihres Arbeitgebers Leistungen aus der Insolvenzentschädigung. Firmen gewährt die Öffentliche Arbeitslosenkasse Schlechtwetter- oder Kurzarbeitsentschädigungen.

Die Aufwendungen der öffentlichen Arbeitslosenkasse werden vollumfänglich durch Bundesbeiträge aus dem Fonds der Arbeitslosenversicherung entschädigt. Dies bedeutet, dass dem Kanton alle Aufwendungen für Personal, Raum und Administration - bis auf eine allfällige Trägerhaftung - vergütet werden.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	2'684'441	2'896'813	3'510'761	613'948	21%	1,A
304	Zulagen	49'338	34'242	61'323	27'081	79%	
305	Arbeitgeberbeiträge	414'171	477'957	626'901	148'944	31%	2,A
313	Dienstleistungen und Honorare		4'000		-4'000	-100%	
392	Int Fakturen Pacht, Mieten, Benützungsko	143'663	143'663	143'700	37	0%	
	Total Aufwand	3'291'613	3'556'675	4'342'684	786'010	22%	
	Total Ertrag						
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	3'291'613	3'556'675	4'342'684	786'010	22%	

- Die vom Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) erlassene Weisung zum internen Kontrollsystem und der daraus folgende Ausbau im personellen Bereich sowie der Stellentransfer vom Profit-Center 2203 (ausserhalb Soll-Stellenplan) verursachen die Zunahme.
- Neben den Erläuterungen zur Kostenart 301 und zum entsprechenden Jahresprogramm punkt verursacht die Reform des Pensionskassengesetzes die überproportionale Zunahme.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Arbeitsrecht	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-3'291'613	-3'556'675	-4'342'684	-786'010	-22%	1
Total Transferaufwand								
Total Transferertrag			-3'291'613	-3'556'675	-4'342'684	-786'010	-22%	
Transfers (Netto)			-3'291'613	-3'556'675	-4'342'684	-786'010	-22%	

- Erhöhte Refinanzierung durch den Bund infolge grösserem Gesamtaufwand.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	27.6	30.6	37.2	6.6	21.6%

Die vom Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) erlassene Weisung zum internen Kontrollsystem und der daraus folgende Ausbau im personellen Bereich sowie der Stellentransfer vom Profit-Center 2203 (ausserhalb Soll-Stellenplan) verursachen die Zunahmen.

Jahresprogramm

A 2202.001 Internes Kontrollsystem (IKS)

Kurzfristig wurde von der Aufsichtsbehörde SECO (Staatssekretariat für Wirtschaft) per Anfang 2014 eine neue Weisung zum internen Kontrollsystem IKS erlassen. Deren Umsetzung verlangt nach einem Ausbau der entsprechenden Tätigkeiten bei der Öffentlichen Arbeitslosenkasse. Dies schlägt sich im Budget 2015 nieder.

2203 Arbeitsvermittlung/Logistik arbeitsmarktliche Massnahmen/ Amtsstelle AVIG (KIGA)

Auftrag und Zielsetzungen

In diesem Profitcenter sind die umfangreichen Dienstleistungen erfasst, welche das KIGA Baselland nebst den finanziellen Leistungen der Öffentlichen Arbeitslosenkasse im Vollzug der Arbeitslosenversicherung erbringt. Es sind dies die Beratung und Vermittlung der Stellensuchenden in den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren, deren Unterstützung mit Bildungs- und Beschäftigungsmassnahmen, sowie diverse Sonderfunktionen (Vorentscheide zu Kurzarbeits- und Schlechtwetterentschädigungen, sogenannte „Überweisungen zum Entscheid“ etc.). Die Aufwendungen der Regionalen Arbeitsvermittlungszentren, der Logistik arbeitsmarktliche Massnahmen und der Amtsstelle AVIG (Bundesgesetz über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung) werden vollumfänglich durch Bundesbeiträge aus dem Fonds der Arbeitslosenversicherung entschädigt. Dies bedeutet, dass dem Kanton alle Aufwendungen für Personal, Raum und Administration - bis auf eine allfällige Trägerhaftung - vergütet werden.

Die Abteilung Ergänzende Massnahmen Arbeitslosenversicherung des KIGA unterstützt mit ihrem Angebot an Bildungs- und Beschäftigungsmassnahmen die rasche und nachhaltige Wiedereingliederung von Stellensuchenden in den Arbeitsmarkt. Sie trifft auch die Vorentscheide zu Kurzarbeits- und Schlechtwettergesuchen. Die Aufwendungen im Bereich Logistik Arbeitsmarktliche Massnahmen werden durch Bundesbeiträge aus dem Fonds der Arbeitslosenversicherung vollumfänglich entschädigt. Dies bedeutet, dass dem Kanton alle Aufwendungen für Personal, Raum und Administration - bis auf eine allfällige Trägerhaftung - vergütet werden.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	10'629'654	11'201'664	11'361'362	159'699	1%	
304	Zulagen	188'852	144'413	177'903	33'490	23%	
305	Arbeitgeberbeiträge	1'729'541	1'907'576	1'983'429	75'853	4%	
309	Übriger Personalaufwand	149'490	234'100	263'600	29'500	13%	
310	Material- und Warenaufwand	87'364	112'100	113'000	900	1%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	167'954	216'500	231'800	15'300	7%	
312	Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV	176'466	182'970	195'085	12'115	7%	
313	Dienstleistungen und Honorare	239'254	206'650	195'250	-11'400	-6%	
314	Baulicher und betrieblicher Unterhalt	15'696					
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	106'324	107'800	113'600	5'800	5%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	899'879	948'300	996'950	48'650	5%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	55'059	58'500	67'000	8'500	15%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	8'621	79'400	63'900	-15'500	-20%	
343	Liegenschaftenaufwand Finanzvermögen	135'693	121'300	120'000	-1'300	-1%	
426	Rückerstattungen	-17'920					
447	Liegenschaftenertrag VV	-4'300					
	Total Aufwand	14'589'845	15'521'273	15'882'879	361'607	2%	
	Total Ertrag	-22'220					
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	14'567'625	15'521'273	15'882'879	361'607	2%	

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Arbeitsrecht	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-14'567'625	-15'521'273	-15'882'879	-361'607	-2%	
Total Transferaufwand								
Total Transferertrag			-14'567'625	-15'521'273	-15'882'879	-361'607	-2%	
Transfers (Netto)			-14'567'625	-15'521'273	-15'882'879	-361'607	-2%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	114.7	118.3	120.1	1.8	1.5%

Die vom Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) erlassene Weisung zum internen Kontrollsystem und der daraus folgende Ausbau im personellen Bereich sowie der Stellentransfer zum Profit-Center 2202 (ausserhalb Soll-Stellenplan) verursachen die Veränderungen.

Jahresprogramm

2203.001 Neue Leistungsvereinbarung RAV/LAM/KASt

Eine neue Leistungsvereinbarung mit dem Bund wird per 1. Januar 2015 in Kraft treten und bis Ende 2018 Gültigkeit haben. Sie sieht neu vor, dass auch versucht werden soll, die Wirkung der Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) gegenüber denjenigen Versicherten zu evaluieren, die keinen Leistungsanspruch haben.

2203.002 Reorganisation KASt

Die per 2014 geplante Umstrukturierung zur Wahrnehmung der Aufgaben der Kantonalen Amtsstelle AVIG (KASt) sollte in der 2. Jahreshälfte 2014 realisiert sein. Es gilt, im Jahr 2015 die neue Organisation zu konsolidieren.

2203.003 RAV Liestal

Per 2015 ist geplant, die heute auf zwei Standorte (Rufsteinweg/Gräubernstrasse) aufgeteilte RAV-Tätigkeit wieder in einem Regionalen Arbeitsvermittlungszentrum Liestal zusammenzuführen.

2203.004 Internes Kontrollsystem (IKS)

Kurzfristig wurde von der Aufsichtsbehörde SECO (Staatssekretariat für Wirtschaft) per Anfang 2014 eine neue Weisung zum internen Kontrollsystem IKS erlassen. Deren Umsetzung verlangt nach einem Ausbau der entsprechenden Tätigkeiten bei den Abteilungen Arbeitsvermittlung und Ergänzende Massnahmen ALV. Dies schlägt sich im Budget 2015 nieder.

2205 Amt für Wald

Auftrag und Zielsetzungen

Das Amt für Wald überwacht und vollzieht in beiden Basel mittel- und unmittelbar die Einhaltung und Umsetzung der waldrechtlichen Regelungen und Vorgaben. Die Erhaltung, der Schutz und die Pflege des Waldareals verfolgen folgende Zielsetzungen:

- Das "System Wald" wird zur Sicherung seiner vielfältigen Funktionen langfristig erhalten.
- Die Attraktivität des Siedlungsraums und die Vielfalt der Landschaften werden aktiv beeinflusst.
- Die nachhaltige Nutzung von Holz als Rohstoff und Energieträger sowie die Wirkung des Waldes zum Schutz von Mensch, Siedlung und Infrastruktur werden gewährleistet.
- Eine vielfältige Flora und Fauna werden erhalten und gefördert.
- Die Benützung des Waldes als Erholungsraum wird ermöglicht und beschränkt.
- Die Bevölkerung verfügt über ein hohes Mass an Waldverständnis und der Forstdienst ist qualifiziert.

Daraus ergeben sich folgende wichtigen Aufgabengebiete:

- Erarbeiten der mittel- und langfristigen waldpolitischen Zielsetzungen. Beraten der Direktion / des Departements in waldpolitischen und waldrechtlichen Fragen.
- Aktive Vertretung der Waldinteressen auf allen Verwaltungsebenen.
- Erheben der für die Ziele und die Kontrolle einer umfassenden Nachhaltigkeit notwendigen Daten.
- Gewährleisten einer auf die nachhaltige Erfüllung aller Waldfunktionen ausgerichteten Bewirtschaftung der Wälder; Formulierung von Grundsätzen der waldbaulichen Behandlung.
- Koordination der öffentlichen Interessen und Sicherstellen der öffentlichen Ziele im Wald und in der Walderhaltung.
- Beratung und Unterstützung von Forstbetrieben, Waldeigentümern und Revierförstern.
- Bewirtschaftung der Waldungen im Eigentum des Kantons.
- Bereitstellung von adressatengerechten Informationen über die Bedeutung von Wald und Holz.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	8'780	12'000	18'800	6'800	57%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	1'376'058	1'486'779	1'421'404	-65'375	-4%	
304	Zulagen	18'669	17'713	18'669	956	5%	
305	Arbeitgeberbeiträge	300'881	277'298	282'942	5'644	2%	
309	Übriger Personalaufwand	452	500	500	0	0%	
310	Material- und Warenaufwand	51'218	42'100	21'600	-20'500	-49%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	6'401	10'000	8'000	-2'000	-20%	
313	Dienstleistungen und Honorare	823'222	834'000	742'500	-91'500	-11%	1
314	Baulicher und betrieblicher Unterhalt	9'764	25'000	20'000	-5'000	-20%	
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen		3'000	1'500	-1'500	-50%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützunggeb	4'342	500	500	0	0%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	32'514	37'400	36'000	-1'400	-4%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	-9'880					
319	Verschiedener Betriebsaufwand		500	500	0	0%	
341	Realisierte Kursverluste	-13					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	180	100	100	0	0%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-11'700	-30'000	-30'000	0	0%	
425	Erlös aus Verkäufen	-106'961	-97'800	-68'000	29'800	30%	
426	Rückerstattungen	-26'669	-28'000	-23'000	5'000	18%	
430	Verschiedene betriebliche Erträge		-100'000	-120'000	-20'000	-20%	
440	Zinsertrag	-13	-300	-200	100	33%	
	Total Aufwand	2'622'586	2'746'890	2'573'015	-173'875	-6%	
	Total Ertrag	-145'342	-256'100	-241'200	14'900	6%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	2'477'244	2'490'790	2'331'815	-158'975	-6%	

1 Beitrag an EP 12/15 mit Reduktion des Dienstleistungsaufwandes im Bereich der Grundlagenerhebung für die Waldentwicklungsplanung.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Wald	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	513'239	513'000	513'000	0	0%	
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	2'158'784	2'011'500	2'062'200	50'700	3%	
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-795'360	-977'357	-1'233'450	-256'093	-26%	1
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-60'351	-60'351	-60'350	1	0%	
Total Transferaufwand			2'672'023	2'524'500	2'575'200	50'700	2%	
Total Transferertrag			-855'711	-1'037'708	-1'293'800	-256'092	-25%	
Transfers (Netto)			1'816'313	1'486'792	1'281'400	-205'392	-14%	

1 Zusätzliche Bundesbeiträge für die SBB- und anderen Schutzbautenprojekte.

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Walddauerbeobachtung 2008-2013	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	42'476					1
Total Verpflichtungskredite Aufwand			42'476					
Total Verpflichtungskredite Ertrag								
Total Verpflichtungskredite (netto)			42'476					

1 Die Programmperiode wurde im Jahre Ende März abgeschlossen.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	10.7	11.7	11.7	0.0	0.0%

2014 wurde planungsgemäss die von Basel refinanzierte Stelle "Öffentlichkeitsarbeit" mit einem Pensum von 60% besetzt. Für 2015 ergeben sich keine Änderungen im Sollstellenplan und im Personalbestand.

Jahresprogramm

2205.003 Schonung von Boden, Luft und Wasser

Auf Basis der neu erstellten Waldbodenkarte wird schrittweise ein Informationsnetz über den Wassergehalt typischer bzw. empfindlicher Waldböden aufgebaut. Das System soll dazu beitragen, Schäden durch "das Befahren der Böden zum falschen Zeitpunkt" zu verringern. 2015 wird ein Kurs für die Revierförster / Betriebsleiter und die Maschinisten durchgeführt.

2205.004 Waldpflege und Waldbeobachtung

Schwerpunkt 2015 bilden verschiedene Schutzbautenprojekte (SBB Laufental, Burg, Liestal, Füllinsdorf). Schutzwälder in Bacheinhängen sowie entlang von Kantonsstrassen sind so gepflegt, dass sich keine zusätzliche Gefährdung für die Bevölkerung ergibt. Die Walddauerbeobachtung wird weitergeführt. Die Ergebnisse dienen als Frühwarnsystem über die Auswirkungen von Immissionen aus der Luft und der Veränderung des Klimas. Schwerpunkte bilden das Monitoring zum Eschentriebsterben und Herkunftsuntersuchungen, z.B. Stieleichen aus der Ukraine, in Pratteln und Muttenz.

2205.005 Teilrevision Waldgesetz (Vorarbeiten)

Im Herbst 2015 ist mit einer Konkretisierung des Bundesratsvorschlages und mit der politischen Stossrichtung / Apzeptanz

dieses erweiteren Vorschlages zu rechnen. Bis Ende 2015 sind die Vorarbeiten für das WaG BL abgeschlossen.

2205.006 Monitoring Asiatischer Laubholzbockkäfer

Der Asiatische Laubholzbockkäfer gilt gemäss Eidgenössischer Pflanzenschutzverordnung als besonders gefährlicher Schadorganismus. Die Überwachung der Ausbreitung und die Bekämpfung des Schädling sind kantonale Aufgaben. Wieviel Monitoring oder allenfalls Bekämpfung 2015 notwendig ist, entscheidet sich 2014, falls im Umkreis des "Befallsgebiet" Birsfelder Hafen neue Käfer auftreten sollten.

2205.007 Nachführung Naturgefahrenkarte; Ereigniskataster

Die Naturgefahrenkarte ist nicht statisch, sondern muss laufend / periodisch nachgeführt werden. Auslöser dazu sind bisher primär Gegengutachten im Auftrag von Gemeinden und Grundeigentümern, die materiell zu prüfen sind. Der Bund hat ein neues Datenmodell für den Ereigniskataster entwickelt. 2015 werden regionale/kantonale Naturgefahrenbeobachter ausgebildet.

2205.008 Umsetzung des Postulates "Wanderwege für Biker"

Gestützt auf die Landratsentscheide vom 20. Januar 2014 soll ein kantonales (regionales) Bikenetz erarbeitet werden. Ende 2015 liegt ein erster Entwurf für ein kantonales Bikenetz vor.

2205.009 Evaluation Waldentwicklungsplanung

Bis Ende 2016 wird der letzte Waldentwicklungsplan der ersten Generation abgeschlossen sein. Im Hinblick auf die Waldgesetzrevision wird das System der Waldentwicklungsplanung (Inhalte, Mitwirkungsverfahren, Planungssperimeter, Revisionszeitplan, Grundlagenerhebung) einer Evaluation unterzogen werden.

2206 Amt für Geoinformation

Auftrag und Zielsetzungen

Dem Amt für Geoinformation obliegen die operative Führung der amtlichen Vermessung im Kanton sowie die Führung und der Betrieb des kantonalen Geoinformationssystems (GIS). Es vollzieht die Aufgaben im Bereich der Geoinformation, die dem Kanton durch eidgenössische und kantonale Gesetze, Verordnungen und Beschlüsse übertragen sind.

Die Hauptabteilung Vermessung nimmt die Vorbereitung, Ausschreibung, begleitende Verifikation und in begründeten Fällen die Durchführung der Ersterhebungen und Erneuerungen sowie der laufenden Nachführung der Vermessungswerke wahr. Zudem beaufsichtigt sie die Baulandumlegungsverfahren und die kommunale Leitungskataster.

Die GIS-Fachstelle sorgt für die koordinierte Weiterentwicklung der Geoinformationssysteme in der Verwaltung und betreibt und pflegt die kantonale Geodateninfrastruktur. Zudem berät und unterstützt sie die Direktionen, Dienststellen, Gemeinden und Dritte und nimmt die Koordination mit dem Bund und den Nachbarkantonen im Bereich der Geoinformation wahr.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	1'233	8'000	8'000	0	0%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	2'194'161	2'322'517	2'030'462	-292'056	-13%	1
304	Zulagen	21'470	19'295	21'906	2'611	14%	
305	Arbeitgeberbeiträge	471'324	476'141	391'950	-84'191	-18%	2
309	Übriger Personalaufwand	1'036	5'100	5'100	0	0%	
310	Material- und Warenaufwand	18'992	55'000	18'000	-37'000	-67%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	271'954	308'550	313'000	4'450	1%	
313	Dienstleistungen und Honorare	919'812	883'660	683'510	-200'150	-23%	3
314	Baulicher und betrieblicher Unterhalt		2'000	2'000	0	0%	
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	1'365	5'000	1'000	-4'000	-80%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	9'511					
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	27'106	40'000	25'000	-15'000	-38%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	-2'156	1'000		-1'000	-100%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand		1'000	1'000	0	0%	
341	Realisierte Kursverluste	-14					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	72	100	100	0	0%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-999'615	-1'015'000	-315'000	700'000	69%	4
425	Erlös aus Verkäufen	-65'164	-62'000	-15'000	47'000	76%	4
426	Rückerstattungen	-30'354	-30'000	-10'000	20'000	67%	4
440	Zinsertrag	-6	-20	-20	0	0%	
	Total Aufwand	3'935'865	4'127'363	3'501'027	-626'336	-15%	
	Total Ertrag	-1'095'139	-1'107'020	-340'020	767'000	69%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	2'840'726	3'020'343	3'161'007	140'664	5%	

1 Vorpensionierungen, teilweise nicht ersetzt.

2 Der Wegfall vorzeitiger Pensionierungen (B2014 CHF 70'000) wurde durch die Reform BLPK teilweise kompensiert.

3 Periodische Nachführung der AV Daten auslaufend.

4 Aufhebung Kreisgeometerbüro Arlesheim.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Geoinformation	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	127'010	101'100	64'000	-37'100	-37%	1

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-830'733	-634'000	-890'000	-256'000	-40%	2
Total Transferaufwand			127'010	101'100	64'000	-37'100	-37%	
Total Transferertrag			-830'733	-634'000	-890'000	-256'000	-40%	
Transfers (Netto)			-703'723	-532'900	-826'000	-293'100	-55%	

- 1 Anpassung der Vereinbarung mit den Nachführungsbetrieben.
- 2 Pilotprojekte AV93 3. Etappe (langfristige Massnahme) und Abschluss der periodischen Nachführung der AV.

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Realisierung AV93, 2. Etappe	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	132'785	20'000		-20'000	-100%	
	46	Transferertrag	-204'633	-40'000		40'000	100%	
		Total	-71'847	-20'000		20'000	100%	
Realisierung AV93, 3. Etappe	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	152'618	9'000	114'000	105'000	>1000%	1
	46	Transferertrag	-35'000	-113'000	-293'000	-180'000	-159%	1
		Total	117'618	-104'000	-179'000	-75'000	-72%	
Total Verpflichtungskredite Aufwand			285'403	29'000	114'000	85'000	293%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag			-239'633	-153'000	-293'000	-140'000	-92%	
Total Verpflichtungskredite (netto)			45'770	-124'000	-179'000	-55'000	-44%	

- 1 Start AV93 3. Etappe durch AGI.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	17.8	18.3	15.9	-2.4	-13.1%

Vorzeitige Pensionierungen (300 %)
Ordentliche Pensionierung (100 %)
Anstellungen (160 %)

Jahresprogramm

2206.002 Neue Amtliche Vermessung 93 (AV 93)

2014 wird die bundeskonforme Erneuerung der amtlichen Vermessung im gesamten Baugebiet BL abgeschlossen (AV93 2. Etappe, mittelristige Massnahme). Zum Abschluss der Verbundsaufgabe AV93 wird 2014 dem Landrat die Vorlage betreffend der dritten Etappe (langfristige Massnahme) vorgelegt. Das Konzept sieht darin ein gebietsweises Vorgehen vor, was zu Synergien und damit zu Einsparung von Zeit und Geld führt. Im Jahr 2015 wird vorgesehen, die Arbeiten im gesamten Bezirk Arlesheim und in den direkt südlich angrenzenden Gemeinden mit dem Start 2016 in die Wege zu leiten.

2206.005 Periodische Nachführung (PNF) Amtliche Vermessung

In der PNF werden die Bestandteile der amtlichen Vermessung, für welche kein Meldesystem geregelt ist, längstens alle 12 Jahre nachgeführt. Davon sind insbesondere Gebiete ausserhalb dem Baugebiet betroffen. Thematisch handelt es sich vorwiegend um die Bestimmung der Waldränder, bestockte Flächen sowie Wald- und Feldstrassen. Diese Arbeiten werden in engem Kontext mit dem Amt für Wald beider Basel durchgeführt. Nach Abschluss der PNF 2015 verfügt Basel-Landschaft flächendeckend über Basispläne mit den Massstäben 1 : 2500 / 5000 / 10'000. Die Basispläne werden

generisch aus den aktuellen Daten der amtlichen Vermessung erzeugt, entsprechen der Landeskarten im kleinmasstäblichem Bereich und ersetzen die Übersichtspläne.

2206.006 Pflege und Weiterentwicklung der kantonalen Geodateninfrastruktur

Das Angebot an verfügbaren Geodaten wird weiter ausgebaut. Die Entwicklung von direktionsübergreifenden und fachspezifischen Applikationen für die Dienststellen zu GeoView BL wird fortgeführt. Die Vernetzung der kantonalen Gebäudedatenbank mit den sich ändernden Umsystemen - statistisches Amt (STA), Bauinspektorat (BIT) und basellandschaftliche Gebäudeversicherung (BGV) - wird verstärkt. Die kontinuierliche Harmonisierung der Geodaten und Geodienste an die Anforderungen des Bundesgesetzes über Geoinformation (GeolG) wird fortgesetzt.

2206.007 Kataser der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREB-Kataster)

Der Bund verpflichtet die Kantone, den ÖREB-Kataster bis spätestens 1. Januar 2020 definitiv einzuführen. Die dazu notwendigen Konzept- und Gesetzgebungsarbeiten werden 2015 in Angriff genommen.

2207 Landwirtschaftliches Zentrum Ebenrain (LZE)

Auftrag und Zielsetzungen

Das Landwirtschaftliche Zentrum Ebenrain ist ein Kompetenzzentrum für Landwirtschaft, Landschaft und Hauswirtschaft. Es vollzieht Massnahmen des Landwirtschafts-, des Umweltschutz- sowie des Natur- und Landschaftsschutzgesetzes.

Mit der landwirtschaftlichen Ausbildung werden das Fachwissen, das Umweltbewusstsein und die Selbständigkeit der Landwirte gefördert.

Die Weiterbildung unterstützt die Fähigkeiten zur Anpassung an schnell ändernde Rahmenbedingungen und an eine markt- und umweltgerechte Produktion.

Der Bereich "Hauswirtschaft und Garten" ist zuständig für die Weiterbildung und Beratung in Ernährung, Hauswirtschaft und Garten. Die theoretischen und praktischen Kenntnisse werden an die bäuerliche und die übrige Bevölkerung vermittelt. Angeboten werden die Vorlehre hauswirtschaftlicher Richtung und ein Schulgarten für praxisbezogene Kurse. Es wird eine Tagungsstätte für Auszubildende sowie für kantonsinterne und -externe Benützerinnen und Benützer geführt.

Der Vollzug der agrarpolitischen Massnahmen umfasst folgende Aufgaben:

1. Direktzahlungen, der Schutz und die Förderung von ökologischen Ausgleichsflächen (neu: Biodiversitätsflächen) sowie die Beiträge an biologischen Landbau u.a. Das Landwirtschaftliche Zentrum Ebenrain erhebt im Auftrag des Bundes die Agrardaten und erfasst auch die Tierbestände Privater.
2. Tierhaltung: Förderung wirtschaftlicher und leistungsfähiger Zuchttiere sowie des Viehabsatzes.
3. Pflanzenbau, Spezialkulturen: Förderung von Anbau, Vermarktung und Qualitätssicherung von Obst, Trauben, Gemüse, Beeren.
4. Strukturverbesserungen: Aufsicht, finanzielle Abwicklung und Verfahrensleitung von Bodenverbesserungen (Meliorationen), Bearbeitung und Gewährung von Hochbaubeiträgen, von Investitionskrediten und Betriebshilfedarlehen, Vollzug von Boden- und Pachtrecht sowie Mitarbeit in der Raumplanung.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	9'181	21'000	-58'800	-79'800	-380%	1,2
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	3'589'165	3'751'803	4'493'025	741'221	20%	2
304	Zulagen	37'795	35'090	51'160	16'071	46%	2
305	Arbeitgeberbeiträge	612'715	697'706	842'481	144'775	21%	2,3
309	Übriger Personalaufwand	3'164	5'500	6'000	500	9%	
310	Material- und Warenaufwand	320'526	378'000	328'500	-49'500	-13%	2,4
311	Nicht aktivierbare Anlagen	34'825	64'000	31'700	-32'300	-50%	4
312	Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV	37'937	43'500	42'500	-1'000	-2%	
313	Dienstleistungen und Honorare	262'971	301'900	388'700	86'800	29%	2
314	Baulicher und betrieblicher Unterhalt	21'569	30'000	550'000	520'000	>1000%	2
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	13'351	16'500	16'000	-500	-3%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	37'772	34'300	37'300	3'000	9%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	98'299	73'000	105'500	32'500	45%	2,5
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	2'168	500	500	0	0%	
341	Realisierte Kursverluste	-11					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	155	200	200	0	0%	
370	Durchlaufende Beiträge	55'588'160	60'459'900	61'432'900	973'000	2%	2,6
421	Gebühren für Amtshandlungen	-34'600	-34'000	-36'000	-2'000	-6%	
422	Spital- und Heimtaxen, Kostgelder	-132'823	-131'000	-131'500	-500	0%	
423	Schul- und Kursgelder	-150'918	-177'000	-140'000	37'000	21%	5
424	Benützungsgebühren und Dienstleistungen	-64'646	-68'000	-52'400	15'600	23%	5

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
425	Erlös aus Verkäufen	-95'388	-86'400	-76'400	10'000	12%	
426	Rückerstattungen	-49'885					
429	Übrige Entgelte	-176					
430	Verschiedene betriebliche Erträge	-2'058	-3'000	-3'000	0	0%	
440	Zinsertrag	-84	-50	-50	0	0%	
447	Liegenschaftenertrag VV	-51'790	-61'600	-55'600	6'000	10%	
470	Durchlaufende Beiträge	-55'588'160	-60'459'900	-61'432'900	-973'000	-2%	2,6
	Total Aufwand	60'669'742	65'912'899	68'267'666	2'354'767	4%	
	Total Ertrag	-56'170'527	-61'020'950	-61'927'850	-906'900	-1%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	4'499'215	4'891'949	6'339'816	1'447'867	30%	

- Die Kommissionsentschädigungen sind in gleicher Höhe wie im Vorjahr budgetiert worden (CHF 21'000). Zusätzlich ist die Rückerstattung der Stelle LQB (Landschaftsqualitätsbeiträge) im Umfange von ./ CHF 102'000 in dieser Position enthalten, da diese Kosten über einen in der BUD laufenden Verpflichtungskredit finanziert werden (s/Abschnitt "Personal").
- Durch den Wechsel der Abteilung "Natur und Landschaft" von der BUD ins Landwirtschaftliche Zentrum Ebenrain auf den 1. Januar 2015 mussten auch die entsprechenden Positionen der Erfolgsrechnung mit Aufwendungen von CHF 1'536'589 und Erträgen von CHF 20'000 transferiert werden. Die Veränderungen nach Kostenarten stellen sich wie folgt dar. KoA 300 + CHF 22'200; KoA 301 + CHF 665'336; KoA 304 + CHF 13'365; KoA 305 + CHF 146'689; KoA 310 + CHF 1'000; KoA 313 + CHF 130'000; KoA 314 + CHF 525'000; KoA 317 + CHF 13'000; KoA 370 und 470 + CHF 20'000.
- Der Wegfall der vorzeitigen Pensionierungen (B2014 CHF 56'000) ist durch die höheren Beiträge im Zuge der Reform BLPK kompensiert worden.
- An die Rechnung 2013 angepasst.
- Hängt von den Schülerzahlen ab. Im 2013 wurde das dritte Lehrjahr doppelt geführt.
- Auf Grund der geänderten Direktzahlungsbeiträge des Bundes werden höhere Zahlungen an die baselbieter Landwirte erwartet.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Landwirtschaft	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	119'630	150'000	141'000	-9'000	-6%	
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	1'072'533	1'353'500	1'263'790	-89'710	-7%	1
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-16'000	-16'000	-16'000	0	0%	
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-35'498	-40'000	-39'000	1'000	3%	
Melioration	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	515'000	800'000	920'000	120'000	15%	2
Beiträge an diverse Naturschutzprojekte	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte			65'000	65'000		X3
Naturschutz im Wald	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte			1'631'000	1'631'000		X3
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten			-280'000	-280'000		X3
Ökologischer Ausgleich	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte			8'700'000	8'700'000		X3
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten			-8'140'000	-8'140'000		X3
Bundesbeitrag Schutz/Unterhalt Biotope	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten			-500'000	-500'000		X
Total Transferaufwand			1'707'163	2'303'500	12'720'790	10'417'290	452%	
Total Transferertrag			-51'498	-56'000	-8'975'000	-8'919'000	15'927%	
Transfers (Netto)			1'655'665	2'247'500	3'745'790	1'498'290	67%	

- Als Beitrag zum Entlastungsprogramm (EP 12/15) wurden die Beiträge an die Bodenuntersuchungen aufgehoben (minus CHF 35'000).
- Aufwand Gesamtmeliorationen gemäss Verpflichtungskrediten (Details s/nachstehend im Abschnitt Verpflichtungskredite).

- 3 Durch den Wechsel der Abteilung "Natur und Landschaft" von der BUD ins Landwirtschaftliche Zentrum Ebenrain auf den 1. Januar 2015 mussten auch die entsprechenden Beiträge mit Aufwendungen im Umfang von CHF 10'396'000 und Erträgen im Umfang von CHF 8'920'000 transferiert werden.

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Gesamtmelioration Blauen 2009-2018	36	Transferaufwand		300'000	120'000	-180'000	-60%	1
Gesamtmelioration Brislach 2008-2017	36	Transferaufwand	91'000	100'000	300'000	200'000	200%	2
Gesamtmelioration Wahlen 2009-2021	36	Transferaufwand	424'000	400'000	500'000	100'000	25%	3
VK Naturschutz im Wald 2014-2015	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand			100'000	100'000		X 4
	36	Transferaufwand			1'631'000	1'631'000		X 4
	46	Transferertrag			-280'000	-280'000		X 4
		Total			1'451'000	1'451'000		X
VK Biodiversität (ehm.Öko.Ausg.) 2014-17	30	Personalaufwand			105'000	105'000		X 4
	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand			260'000	260'000		X 4
	36	Transferaufwand			8'700'000	8'700'000		X 4
	46	Transferertrag			-8'140'000	-8'140'000		X 4
		Total			925'000	925'000		X
VK Verleg. Amph Zurlindengrube Pratteln	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand			10'000	10'000		X 4
Total Verpflichtungskredite Aufwand			515'000	800'000	11'726'000	10'926'000	1'366%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag					-8'420'000	-8'420'000	X	
Total Verpflichtungskredite (netto)			515'000	800'000	3'306'000	2'506'000	313%	

- 1 Im Jahr 2015 werden vorwiegend Planungsverfahren mit geringen Kosten anfallen.
- 2 Im Jahr 2015 werden die Arbeiten der Grundlagenetappe abgerechnet.
- 3 In der Gesamtmelioration Wahlen laufen die kostenintensiven Bauarbeiten.
- 4 Durch den Wechsel der Abteilung "Natur und Landschaft" von der BUD ins Landwirtschaftliche Zentrum Ebenrain auf den 1. Januar 2015 mussten auch die drei weiterlaufenden Verpflichtungskredite mit Aufwendungen von CHF 10'806'000 und Erträgen von CHF 8'420'000 transferiert werden.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	30.3	30.6	37.3	6.7	21.9%

1) Die Stelle LQB (Landschaftsqualitätsbeiträge) ist eine neue, bereits bewilligte Vollstelle gemäss Landratsvorlage 2013/390 vom 5. November 2013. Diese wurde im LZE saldoneutral budgetiert, da sie dem Verpflichtungskredit BUD belastet wird. Zurzeit sind erst 80 Stellenprozent besetzt. Die restlichen 20% aus der bewilligten Stelle LQB werden im Verlaufe des Jahres 2014 spätestens Anfang 2015 besetzt.

2) 10% Aufstockung für das Projekt "bim Buur in d'Schuel".

3) Das Projekt Ernährung+ erfordert 80 Stellenprozent. Von den ursprünglich beantragten 80% gehen 10% an eine bestehende Mitarbeiterin. Im Sollstellenplan waren hierfür erst 35% enthalten. Die fehlende Differenz im Umfang von 45% wurde nun im Stellenplan 2015 budgetiert und im Soll-Stellenplan 2015 beantragt.

4) Durch den Transfer der Abteilung "Natur und Landschaft" von der BUD ins Landwirtschaftliche Zentrum Ebenrain hat sich der Sollstellenplan auf den 1. Januar 2015 um weitere 520 Stellenprozent erhöht.

Jahresprogramm

2207.001 Baselbieter Spezialkulturen

Das Programm Baselbieter Spezialkulturen ist in der Vorbereitungsphase und soll 2015 gestartet werden. Ziel ist die Förderung wertschöpfungsstarker Kulturen wie Obst, Wein, Gemüse, Beeren, Kräuter etc. Im Zentrum des Programms steht die unternehmerische Professionalisierung im Anbau. Das Programm ist als flankierendes Element der Wirtschaftsförderung im primären Sektor zu betrachten. Angestrebt wird eine Beteiligung des Privatsektors (Public Private Partnership).

2207.002 Schonung von Boden, Luft und Wasser

Das Ressourcenprojekt Ammoniak BL ist seit 2012 in Umsetzung. Es läuft nach wie vor erfolgreich. 2015 steht eine Zwischenevaluation an.

2207.003 Absatz für heimische Nahrungsmittel

Die Landwirtschaft ist primär Produzent von Nahrungsmitteln. Die Gesellschaft erwartet nachhaltig produzierte und gesunde Lebensmittel, aber auch Leistungen in der Pflege der Kulturlandschaft und der Biodiversität. Diese Leistungen kann die Landwirtschaft nur erbringen, wenn der primäre Auftrag gut erfüllt werden kann. Es gilt deshalb, ihr gute Rahmenbedingungen für den Absatz der Produkte zu verschaffen. Dies geschieht durch die Unterstützung von Marketing- und weiteren Absatzmassnahmen landwirtschaftlicher Organisationen. Gleichzeitig beteiligt sich das LZE in der Weiterentwicklung der Land- und Ernährungswirtschaft (Agrarpolitik) 2018+, wo die Förderung der Produktion und Vermarktung verstärkt werden soll.

2207.004 Fort- und Weiterbildung

Die Veränderungen in der Landwirtschaft (Technologie, Organisation und Umwelt) sind gross und erfordern eine dauernde berufliche Fort- und Weiterbildung. Der Kanton bietet die nötigen Kurse an und unterstützt die Angebote Dritter. Das LZE ist daran, sein Weiterbildungs- und Beratungsangebot den aktuellen Bedürfnissen entsprechend weiter zu entwickeln.

2207.005 ErnährungPlus

Mit Informationen, Kursen und Beratungen werden die ausgewogene Ernährung für Jung und Alt sowie die Verwendung saisonaler landwirtschaftlicher Produkte aus der Region gefördert. Der Ernährungsbericht des Bundes dient dabei als Entscheidungsgrundlage für die Prioritäten. Im 2014/15 soll vor allem die Breitenwirkung verstärkt werden.

2208 Kantonales Laboratorium

Auftrag und Zielsetzungen

Das Kantonale Laboratorium vollzieht die eidgenössische und kantonale Lebensmittelgesetzgebung sowie Teile der Landwirtschafts-, Epidemien-, Gesundheits- und Strahlenschutzgesetzgebung. Es sorgt durch Inspektionen und analytische Untersuchungen von Stichproben dafür, dass im Kanton keine gesundheitsgefährdenden Lebensmittel, Trinkwasser und Gebrauchsgegenstände wie Geschirr, Kosmetika, Textilien und Spielwaren in Verkehr gebracht werden. Das Amt hat auch sicherzustellen, dass niemand im Umgang mit Lebensmitteln getäuscht wird. Es informiert und berät gezielt über geeignete Kanäle Verbraucherinnen und Verbraucher wie auch Vollzugsadressaten. Zur Aufgabe gehören neben der Kontrolle von Solarien und Saunas auch die Überwachung der Badewasserqualität und der Hygiene in öffentlichen Bädern und Flussbadestellen.

Die Abteilung Umweltanalytik des Kantonalen Laboratoriums beschäftigt sich mit der qualitativen und quantitativen Untersuchung von Stoffen in der Umwelt. Sie beschafft wissenschaftliche Grundlagen, erkennt und beschreibt Umweltverschmutzungen und liefert so einen wesentlichen Beitrag für den Vollzug der Umweltschutzgesetze. Bei vielen Projekten des Amtes für Umweltschutz und Energie (AUE) und des Lufthygieneamts beider Basel (LHA) sind die Fachleute der Abteilung Umweltanalytik von Anfang an dabei. So wird eine wichtige Voraussetzung geschaffen, um Umweltschutz effizient und effektiv betreiben zu können.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	2'655'378	2'705'205	2'654'804	-50'401	-2%	
304	Zulagen	41'436	33'785	41'436	7'651	23%	
305	Arbeitgeberbeiträge	456'027	458'642	486'095	27'454	6%	1
309	Übriger Personalaufwand	71'409	81'000	57'000	-24'000	-30%	
310	Material- und Warenaufwand	356'039	328'800	328'100	-700	0%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	359'510	340'800	321'300	-19'500	-6%	
312	Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV	1'655	4'000	4'000	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare	80'602	73'000	56'000	-17'000	-23%	
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	93'382	85'500	91'000	5'500	6%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	5'466		5'000	5'000	X	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	27'041	36'300	32'000	-4'300	-12%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	401					
319	Verschiedener Betriebsaufwand	2'625	2'000	2'000	0	0%	
341	Realisierte Kursverluste	-9					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	133					
421	Gebühren für Amtshandlungen	-649'678	-653'000	-652'000	1'000	0%	
424	Benützungsgebühren und Dienstleistungen	-33'472	-32'000	-33'000	-1'000	-3%	
425	Erlös aus Verkäufen	-219	-300		300	100%	
426	Rückerstattungen	-500					
440	Zinsertrag	-1					
	Total Aufwand	4'151'096	4'149'032	4'078'735	-70'296	-2%	
	Total Ertrag	-683'869	-685'300	-685'000	300	0%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	3'467'227	3'463'732	3'393'735	-69'996	-2%	

1 Die überproportionale Erhöhung der AG-Beiträge ist bedingt durch die Reform der BLPK.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Rückerst. Zollproben, Grenzkontr., etc.	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-27'450	-25'000	-25'000	0	0%	
Total Transferaufwand								
Total Transferertrag			-27'450	-25'000	-25'000	0	0%	
Transfers (Netto)			-27'450	-25'000	-25'000	0	0%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	24.2	24.9	24.9	0.0	0.0%

Jahresprogramm

2208.001 Trinkwasserüberwachung (chemische Untersuchungen)

Die Untersuchungsprogramme und die Analytik für die Trinkwasserüberwachung werden auf dem modernsten Stand gehalten und wo notwendig auf diesen gebracht. Alle Wasserversorgungen im Kanton werden auf das Vorhandensein ausgewählter organischer Mikroschadstoffe untersucht, welche durch Siedlung, Industrie, Landwirtschaft oder Deponieabstrom ins Grundwasser eingetragen werden könnten.

2208.003 Synergien Lebensmittelkontrolle und Umweltanalytik

Synergien der Lebensmittelkontrolle mit dem Umweltanalytiklabor werden forciert genutzt. Dadurch können Untersuchungen sowohl für die Lebensmittelkontrolle wie auch den Umweltschutz gezielt und effizient durchgeführt werden. Damit werden Beiträge geleistet zu VGD14 "Zielgerichtete Kontrollen im Gesundheitsschutz", sowie zu BUD-2 "Günstige Abwassergebühren".

2208.004 Trinkwasserüberwachung (Ereignisbeprobung)

Trinkwasserfassungen mit einem hohen mikrobiologischen Risiko werden gezielt nach Regenereignissen beprobt. Damit können Aussagen über die Wasserqualität im worst-case gemacht werden und ob die Infrastruktur für die Gewinnung eines sicheren Trinkwassers ausreicht.

2208.005 Radonmessungen in Kindergärten, Tagesheimen und Schulen

Mit Messkampagnen 2013-2016 in möglichst allen (öffentlichen und privaten) Kindergärten, Schulen und Tagesheimen inkl. Sonderschulen wird das Radonrisiko für die am meisten gefährdeten Bevölkerungsgruppe Kinder und Jugendliche erfasst, um die Grundlagen für allfällige Massnahmen zum Schutz vor Radon zu schaffen.

Bau- und
Umweltschutzdirektion

BUD

Beitrag zu strategischen Zielen

Die Querschnittsfunktionen Infrastruktur, Planung, Bewilligung und Umweltschutz weisen zu allen Schwerpunktfeldern einen hohen Bezug auf.

1. Innovation und Wertschöpfung

Die BUD erstellt, betreibt und unterhält die kantonalen Infrastrukturen. Diese sind Grundvoraussetzung für prosperierende Gesellschaft und Wirtschaft. Bewirtschaftung und Werterhaltung der bestehenden Infrastrukturen kommt höchste Priorität zu. Die baulichen Anlagen müssen über lange Zeit erhalten, dauerhaft betriebsbereit und sicher gehalten werden. Allein die baulichen Aktivitäten für die Infrastruktur stellen einen beachtlichen Teil der Wertschöpfung der Region dar.

Für die notwendigen Verkehrsbeziehungen sind gut ausgebaute, betriebsbereite Verkehrsnetze unerlässlich. Nebst Werterhaltung sind Sicherstellung von Verkehrssicherheit und Verkehrsfluss sehr bedeutsam. Der Dynamik von Geländestabilität und Hochwasserereignissen ist als weitere Voraussetzung für die Entwicklung von Gesellschaft und Wirtschaft zu begegnen.

Anlagen zur Ver- und Entsorgung sind für geordnete Wirtschafts- und Siedlungsverhältnisse Voraussetzung. Im technisch-industriellen Umweltschutz sorgt die BUD für einen gesetzeskonformen, sicheren Betrieb von Abwasserreinigungs- und Energie-Anlagen sowie Abfallentsorgung. Mit der integralen Wasserstrategie soll die aktuelle Versorgungssicherheit erhalten bleiben. Teilrevision des kantonalen Energiegesetzes und Umsetzung des Bundesgesetzes über die Stromversorgung leisten einen wesentlichen Beitrag zur Versorgungssicherheit.

Die Infrastruktur der Verwaltungsbauten leistet indirekt wesentliche Beiträge an Innovation und Wertschöpfung. Zur Bereitstellung des notwendigen Raums sind zahlreiche Projekte von prioritärer Bedeutung.

Mit der Raumplanung müssen die Nutzungsmöglichkeiten der Flächen klar ausgedehnt sein. Aufbau von Raumbewirtschaftung sowie Bewirtschaftung eines zweckdienlichen Liegenschaftsportfolio unterstützen die Entwicklung. Die Bewilligungsverfahren für alle Nutzungsarten müssen rasch und rechtssicher abgewickelt werden, was für ansässige wie potentielle Investoren einen wichtigen Faktor darstellt.

Transparenter Umgang mit Altlasten, Vollzug von Schadstoffminderungsmassnahmen sowie Vorkehrungen zur Minimierung der Risiken mit dem Ziel, die Eigenverantwortung der Betriebe nachhaltig zu unterstützen, schaffen kalkulierbare, klare Bedingungen.

2. Basel-Bildungs-Landschaft (BBL)

Der Beitrag unserer Infrastruktur - insbesondere der Bildungsbauten - ist unverkennbar. Bewirtschaftung und Werterhaltung der Bildungsbauten kommt höchste Priorität zu. Diese müssen über lange Zeit erhalten und sicher betrieben werden. Ohne funktionierendes Verkehrsnetz sind die Bildungsorte nicht erreichbar.

Sanierung, Umbau, Ausbau und Neubau der Schulbauten der Sekundarschulstufen I und II bilden einen Beitrag zur Sicherung des Bildungsangebots und zur Umsetzung von HarmoS. Insbesondere die Übernahme der rund 100 Gebäude der Sekundarschulbauten durch den Kanton mit einem durchschnittlichen Alter von 43 Jahren löst eine grosse Anzahl Bauprojekte aus.

Bei den partnerschaftlichen Projekten für die Universität Basel und für die Fachhochschule Nordwestschweiz trägt die BUD bei Projektierung und Realisierung die Verantwortung für die Interessenwahrung des Kantons.

3. Zusammenleben in Baselland

Zusammenleben ohne Verkehrsinfrastruktur, welche sämtlichen Bevölkerungsgruppen in allen Kantonsteilen offen stehen, ist undenkbar. Gut ausgebaute, betriebsbereite Verkehrsnetze ermöglichen erst das Miteinander. Dabei spielt der öffentliche Verkehr eine herausragende Rolle, weil dieser ohne Alterslimiten genutzt werden kann und gleichzeitig integratives Sozialverhalten fordert.

Die Bedeutung des Schutzes vor Naturgefahren ist nicht nur für Siedlungsgebiete, sondern auch für die verbindende Mobilität von grosser Wichtigkeit. Bei ungenügender Schutz-Infrastruktur ist rasch eine Talschaft isoliert.

Die Umsetzung des Kantonalen Richtplans zur Aufteilung in Wohnen, Verkehr, Arbeit, Freizeit, ebenso wie die Bewältigung von Umweltherausforderungen sowie Ver- und Entsorgungsaufgaben, fördern ein geordnetes Zusammenleben.

4. Natur- und Klimawandel

Eine Kernaufgabe der BUD besteht darin, dem Natur- und Klimawandel mit Instrumenten von Umweltschutz, Bau-, Planungs-, Sicherheits- und Verkehrsmassnahmen zu begegnen.

Die BUD verhält sich als Anbieter der Infrastrukturen in Hoch- und Tiefbau vorbildlich. Der Schutz der lebenswichtigen Ressourcen Boden, Wasser, Luft wird durch den Vollzug der massgebenden Gesetzgebung sowie durch den effizienten, ökologischen Betrieb von Entsorgung, Recycling und Energieanlagen sichergestellt, bei welchem

Aufbereitung und Rückführung von Wertstoffen in den Stoffkreislauf sowie Energie-(Rück-)Gewinnung an Bedeutung zunehmen. Mit der Wasserstrategie wird eine Priorisierung und Koordination zur nachhaltigen Sicherstellung von Qualität und Quantität vorgenommen. Mit der Energiestrategie sollen die Massnahmen für einen Ausstieg aus der Kernenergie koordiniert umgesetzt werden. Hierzu soll auch das kantonale Energiegesetz revidiert werden. Nachhaltige Angebotsoptimierungen im öffentlichen Verkehr sollen u.a. eine Veränderung des Modal-Split und somit verringerte Umweltbelastung aus dem Verkehr heraus erreichen. Mit planerischen und baulichen Massnahmen ist der Dynamik von Geländeinstabilität und Hochwasserereignissen naturnah zu begegnen. Weiter wird durch Überprüfung der Prozesse für Information und Förderung, Regulierung und Gesetze die Effizienz im Vollzug der Energie- und Umweltgesetzgebung weiter optimiert, so z.B. beim Umgang mit Altlasten, Massnahmenvollzug bei Schadstoffminderung, Nichtionisierende Strahlung und Sicherheit durch Risikominimierung. Schliesslich ist der rechtssichere, klar geregelte Umgang mit Arealen ein bedeutsamer Faktor für Wirtschaft und Gesellschaft. In den Bewilligungsverfahren wird auch die strikte Einhaltung der energie- und umweltschutzrelevanten Vorgaben konsequent durchgesetzt.

5. Mobilität

Gut ausgebaute, betriebsbereite Verkehrsnetze, bestehend aus Strassennetzen von nationaler und regionaler Bedeutung, Schienennetzen für Nah- und Fernbereich sowie Verkehrswegen für den Langsamverkehr ermöglichen erst die Mobilität im gewohnten Umfang. Dabei geht es auf dem Kantonalen Verkehrsnetz nebst Werterhaltung auch um Sicherstellung von Verkehrssicherheit und Verkehrsfluss. Wirtschaftliches Verkehrsmanagement gewinnt an Bedeutung. Die koordinierte Planung und Vernetzung aller beeinflussbaren Mobilitätsformen gewähren das erreichbare Optimum zur Befriedigung der Nachfrage. Aufgrund des Platzmangels werden künftige Angebotserweiterungen tendenziell eher im öffentlichen Verkehr stattfinden. Bewirtschaftung und Werterhaltung der Verkehrs-Infrastruktur haben höchste Priorität. Diese Anlagen müssen über lange Zeit erhalten sowie jederzeit betriebsbereit und sicher zur Verfügung stehen. Im öffentlichen Verkehr sollen als permanente Aufgabe nachhaltige Angebotsoptimierungen bei Erfüllung des 7. Generellen Leistungsauftrages 2014-2017 wesentliche Beiträge zur Aufrechterhaltung der Mobilität bei laufend steigendem Verkehrsaufkommen auf beschränktem Raum leisten. Mit planerischen und baulichen Massnahmen sollen Behinderungen des Verkehrsflusses durch die Dynamik von Naturgefahren begegnet werden. Die Zugehörigkeit der Hochleistungsstrassen ist aufgrund der Diskussion in den eidgenössischen Räten sowie dem angekündigten Referendum weiterhin ungewiss.

6. Auftritt und Kooperation

Bei der Organisation von Ver- und Entsorgung wie Wasserversorgung, Abwasser-Reinigung sowie Abfall-Recycling und -entsorgung werden seit Jahrzehnten enge Kooperationsverhältnisse mit Nachbarkantonen sowie Privatwirtschaft gepflegt und optimiert. Im öffentlichen Verkehr wird mit dem Tarifverbund Nordwestschweiz eine intensive Zusammenarbeit, sowohl mit allen Nachbarkantonen als auch mit allen beteiligten Unternehmen als entscheidendes Erfolgselement, gepflegt. Die Aussenwirkung ist sehr wirkungsvoll.

7. Effizientes und effektives staatliches Handeln

Das dauerhaft betriebsbereite und sichere Infrastrukturangebot durch optimale Werterhaltung und Bewirtschaftung in ökonomisch und ökologisch sinnvollem Rahmen ist ein wirkungsvoller Beitrag an Effektivität und Effizienz staatlichen Handelns. Die Strategie für ein Flächenmanagement der kantonalen Verwaltung bildet die Basis für eine technisch und wirtschaftlich optimale Raumbereitstellung für die Leistungserbringung der Verwaltung zu Gunsten von Steuer- und Gebührendzahlern. Die Abwicklung der Baubewilligungsverfahren mit hoher Rechtssicherheit und vergleichsweise kurzen Bewilligungsfristen erscheinen nach Rückmeldungen von Investoren im interkantonalen und internationalen Vergleich als sehr effizient und attraktiv. Mit etapierter Einführung eines elektronischen Baugesuchportals können Attraktivität und Effizienz weiter erhöht werden.

Gesamtübersicht Budget

Die Abnahme im Personalaufwand von -3 % gegenüber Budget 2014 sind vor allem auf die wegfallenden Arbeitgeberbeiträge (CHF -3.75 Mio.), als Folge der Reform der Basellandschaftlichen Pensionskasse (BLPK) und Frühpensionierungen, zurück zu führen. Im Gegenzug nehmen die Arbeitgeberbeiträge um rund CHF 1.2 Mio. zu.

Die geringeren Abschreibungen (-5 %) sind auf die Differenz der Investitionen zur Jahrestrenche 2014 zurück zu führen.

Der Transferaufwand nimmt u. a. aufgrund erfolgreicher Verhandlungen mit den Transportunternehmungen betreffend der Abgeltungen im öffentlichen Verkehr gegenüber 2014 ab (CHF -2.3 Mio.). Zusätzlich werden die altlastrechtlichen Massnahmen nicht mehr der Erfolgsrechnung belastet, sondern direkt mit den Rückstellungen (CHF 2.7 Mio.) verrechnet.

Die Steigerung der Entgelte (+10 %) ist durch Mehreinnahmen (Anlieferung grössere Mengen) im Bereich Abfall und Energie (CHF 1.4 Mio.) beim Amt für Industrielle Betriebe und durch die Anpassung der Baubewilligungsgebühren (CHF 0.9 Mio.) zurück zu führen.

Die Abnahme des Transferertrags (-5 %) ist durch tiefere Einnahmen von Abwassergebühren (CHF -2 Mio.) beim Amt für Industrielle Betriebe und den Anteil am nicht werkgebundenen Mineralölsteueranteil (CHF -0.5 Mio.) des Bundes zurück zu führen.

Da die Abschreibungen der Sekundarschulbauten geringer sind, wird weniger Eigenkapital (-5 %) zur Deckung entnommen.

Erfolgsrechnung

	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %
30 Personalaufwand	66'828'869	71'738'812	68'503'627	-3'235'185	-5%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	107'507'076	111'807'630	110'888'984	-918'647	-1%
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen	60'557'059	70'758'318	67'061'271	-3'697'047	-5%
34 Finanzaufwand	611'714	815'550	1'115'650	300'100	37%
36 Transferaufwand	90'915'312	104'250'827	88'807'687	-15'443'140	-15%
37 Durchlaufende Beiträge	7'531'162	3'083'000	6'884'000	3'801'000	123%
41 Regalien und Konzessionen	-6'912'966	-6'403'000	-6'754'000	-351'000	-5%
42 Entgelte	-30'353'782	-31'300'150	-34'283'365	-2'983'215	-10%
43 Verschiedene Erträge	-102'362	-55'000	-55'000	0	0%
44 Finanzertrag	-32'574'125	-23'151'960	-23'201'000	-49'040	0%
45 Übertrag Fonds / StaatsRG	-1'181'500	-1'200'500	-1'300'500	-100'000	-8%
46 Transferertrag	-49'597'914	-57'013'631	-45'526'234	11'487'397	20%
47 Durchlaufende Beiträge	-7'531'162	-3'083'000	-6'884'000	-3'801'000	-123%
48 Ausserordentlicher Ertrag	-9'702'547	-10'650'000	-10'179'367	470'633	4%
49 Interne Fakturen	-154'047	-154'417	-145'750	8'667	6%
Total Aufwand	333'951'191	362'454'137	343'261'218	-19'192'919	-5%
Total Ertrag	-138'110'405	-133'011'658	-128'329'216	4'682'442	4%
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	195'840'786	229'442'479	214'932'002	-14'510'477	-6%

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	447.5	475.3	469.6	-5.7	-1.2%

Bereich Generalsekretariat BUD

Der Bereich Generalsekretariat BUD umfasst die Aufgaben- und Themenvielfalt der Direktion mit all seinen Querschnittsfunktionen. Auf eine detaillierte Kommentierung auf Bereichsebene wird deshalb verzichtet. Detaillierte Kommentare finden sich im Dienststellenkommentar 2300 Generalsekretariat BUD.

Erfolgsrechnung

	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %
30 Personalaufwand	5'238'566	5'803'757	5'608'535	-195'222	-3%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	1'917'256	2'472'600	2'262'100	-210'500	-9%
34 Finanzaufwand	-292				
36 Transferaufwand	312'067	278'000	778'000	500'000	180%
42 Entgelte	-12'835	-15'300	-14'500	800	5%
44 Finanzertrag	-6				
46 Transferertrag	-78'140				
Total Aufwand	7'467'597	8'554'357	8'648'635	94'278	1%
Total Ertrag	-90'981	-15'300	-14'500	800	5%
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	7'376'616	8'539'057	8'634'135	95'078	1%

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	34.6	36.0	36.5	0.5	1.4%

2300 Generalsekretariat BUD

Auftrag und Zielsetzungen

Das Generalsekretariat (GSK) ist die Stabsstelle der Direktionsvorsteherin oder -vorstehers sowie Koordinations- und Beratungsstelle für die ganze Direktion. Namentlich sind dem GSK folgende Aufgaben übertragen:

Beratung und Koordination zu Handen der Direktionsvorsteherin oder -vorstehers und der Dienststellen; interne und externe Kommunikation; das Rechtswesen der ganzen Direktion auf sämtlichen Rechtsgebieten samt Vertretung nach Aussen in Rechtsgeschäften; Koordination, Beratung und Unterstützung der Direktion, Bereiche und ihren Dienststellen im Personalwesen, zentrale Führung des Rechnungswesens der BUD. Weiter werden alle Controllingprozesse im GSK koordiniert und konsolidiert.

Der Informatikbetrieb wurde an den Zentralen Informatikdienst (ZID) in der FKD übertragen. Das Personal wurde ins ZID transferiert; die Sachmittel bleiben weiterhin in der Direktion budgetiert. Im GSK der BUD bleiben weiterhin die Informatikentwicklung sowie die Pflege aller GIS-Applikationen.

Dem GSK ist weiter die Zentrale Beschaffungsstelle angegliedert, welche für die fachlich und formal korrekte Abwicklung der Beschaffungen der gesamten Verwaltung zuständig ist. Administrativ, jedoch nicht weisungsgebunden, ist das Aktuariat der Baurekurskommission dem GSK angegliedert.

Mit Koordination und Optimierung von Verwaltungsprozessen werden Wirkungsorientierung und Rationalisierung vorangetrieben (RP 2012-2015: R-SH-1, R-SH-2, R-SH-3).

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	72'054	95'110	72'960	-22'150	-23%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	4'257'137	4'479'586	4'496'758	17'172	0%	
304	Zulagen	68'488	52'823	68'488	15'665	30%	
305	Arbeitgeberbeiträge	795'263	1'124'938	926'529	-198'409	-18%	1
309	Übriger Personalaufwand	45'624	51'300	43'800	-7'500	-15%	
310	Material- und Warenaufwand	141'869	203'700	176'000	-27'700	-14%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	331'349	223'000	261'000	38'000	17%	
313	Dienstleistungen und Honorare	853'651	1'542'900	1'182'500	-360'400	-23%	2
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	447'124	340'000	460'100	120'100	35%	3
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	36'230		30'000	30'000	X	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	107'001	163'000	152'500	-10'500	-6%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	32					
340	Zinsaufwand	1					
341	Realisierte Kursverluste	-524					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	231					
421	Gebühren für Amtshandlungen	-9'285	-9'300	-9'500	-200	-2%	
426	Rückerstattungen	-3'550	-6'000	-5'000	1'000	17%	
440	Zinsertrag	-6					
	Total Aufwand	7'155'530	8'276'357	7'870'635	-405'722	-5%	
	Total Ertrag	-12'841	-15'300	-14'500	800	5%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	7'142'689	8'261'057	7'856'135	-404'922	-5%	

- 1 Die Budgetminderung resultiert aus der Reform der BLPK. 2014 wurden finanzielle Mittel für Übergangsrrenten von vorzeitigen Pensionierungen budgetiert, welche 2015 wegfallen.
- 2 Eine irrtümlich zentral budgetierte Position wird ins Proficenter 2301 TBA Strassen transferiert, da es sich hier nicht um IT Leistung handelt.
- 3 Durch Vorgaben der Budgetierung seitens ZID, werden die Direktionen mehr als in den Vorjahren belastet.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Verbandsbeiträge	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	206'314	173'000	673'000	500'000	289%	1
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-78'140					
Projektbeiträge Naturschutz	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	105'753	105'000	105'000	0	0%	
Total Transferaufwand			312'067	278'000	778'000	500'000	180%	
Total Transferertrag			-78'140					
Transfers (Netto)			233'927	278'000	778'000	500'000	180%	

- 1 Im Sommer 2014 wurde die Trägerschaft des Agglomerationsprogramms Basel in einen Verein AggloBasel überführt, für welchen neu Mitgliedsbeiträge (CHF 350'000.–) entrichtet werden. Zusätzlich wird gemäss Landratsbeschluss 2014-250 vom 11. Dezember 2014 ein Leistungsauftrag (CHF 150'000.–) an den Verein AggloBasel für Arbeiten im trinationalen Raum und im Zusammenhang mit FABI erteilt.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	34.6	36.0	36.5	0.5	1.4%

Der veränderte Sollstellenbestand von 0.5 Sollstellen, befristet bis 30. Juni 2017 resultiert aus der Landratsvorlage 2012-404 für die Wirtschaftsoffensive.

Jahresprogramm

2300.001 Gleichstellung von Frau und Mann

Schwerpunktfeld «Förderung der Gleichstellung»

Nach fachlichen Kriterien wird versucht, insbesondere in der Baubranche sowie bei naturwissenschaftlichen Berufen, die geschlechterneutrale Chancengleichheit zu wahren, soweit der Stellenmarkt dies zulässt.

2300.002 Luftverkehr EuroAirport

Der Kanton engagiert sich für den Erhalt des gut funktionierenden und konkurrenzfähigen Flughafens. Er soll weiterhin die Bedürfnisse des Wirtschaftsstandortes und der Bevölkerung befriedigen können sowie eine wichtige Arbeitsstätte sein. Gleichzeitig soll der Verkehr in Zusammenarbeit mit den regionalen Partnern möglichst umweltverträglich abgewickelt und die Wohnqualität in den flughafennahen Gemeinden so wenig wie möglich beeinträchtigt werden. Die Regierung setzt sich dafür ein, dass konsensfähige Massnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit und der Umweltverträglichkeit realisiert werden. Die Prüfung möglicher Massnahmen wird zusammen mit dem Flughafen, Behörden im In- und Ausland sowie unter Konsultation der Fluglärmkommission weitergeführt. Weiterhin besonders beobachtet wird die Benutzung des Südlandeverfahrens ILS 33. Die Regierung besteht auf einer strikten Einhaltung der Benutzungsvereinbarung und unterstützt Massnahmen zur Verbesserung der Transparenz. Der Flughafen soll weiterhin die Mobilitätsbedürfnisse der Bevölkerung und der Wirtschaft befriedigen können. Überdies setzt sich die Regierung dafür ein, dass die Rahmenbedingungen für die auf dem EuroAirport tätigen Unternehmen verbessert werden.

Bereich Infrastruktur und Mobilität

Der Bereich Infrastruktur und Mobilität umfasst die beiden Dienststellen Amt für Industrielle Betriebe und Tiefbauamt.

Die prioritäre Zielsetzung des Bereichs ist das Anbieten, Betreiben und Weiterentwickeln einer leistungsfähigen, sicheren, wirtschaftsfreundlichen und umweltgerechten Infrastruktur für die Mobilität, für Abwasser-, Abfall- und Energieanlagen sowie der Hochwasserschutz und die langfristige Sicherung von vitalen und sauberen Gewässern.

Eine zukunftsfähige Verkehrsinfrastruktur, die insbesondere dem steigenden Verkehrsaufkommen, den sich verändernden gesellschaftlichen Anforderungen und den Bedürfnissen der Wirtschaft gerecht wird, ist unverzichtbar. Mit dem Geschäftsbereich Mobilität wird die nachhaltige Abstimmung von Siedlung und Verkehr vorangetrieben, mit dem Geschäftsbereich Verkehrsinfrastruktur werden Um- und Neubauten verkehrsträgerübergreifend projektiert und realisiert, und mit dem Geschäftsbereich Kantonsstrassen wird die bestehende Strasseninfrastruktur erhalten und gepflegt. Ebenso definiert und bestellt das Tiefbauamt ein optimal koordiniertes und attraktives Gesamtangebot des öffentlichen Verkehrs. Damit die Grundmobilität von Gesellschaft und Wirtschaft (IV, ÖV und Strassen-Güterverkehr) sichergestellt werden kann, werden räumlich und zeitlich differenzierte Anreize für eine gezielte Entlastung des Strassenverkehrs geschaffen.

Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur folgen einer dualen Strategie:

1. Wert- und Funktionserhalt des bestehenden Netzes priorisiert nach ökonomischen Überlegungen (Erhaltungsplanung) und Wirkung in der Regierungsstrategie (z.B. Wirtschaftsoffensive).
2. Aus- und Umbauten abgestimmt auf die Entwicklungsgebiete gemäss Richtplan und Zukunftsbild 2030. Innerhalb der Teilräume und Cluster der Wirtschaftsoffensive priorisiert nach Wirksamkeit (Stufigkeit Aggloprogramm) und Aufwärtskompatibilität für überregionale Wirkung.

Weitere Tätigkeitsschwerpunkte sind die behinderten- und altersgerechte Gestaltung bzw. Anpassung der Infrastruktur, die Lärmsanierung der Kantonsstrassen, die Verbesserung der Sicherheit bei Bahnübergängen sowie die Fertigstellung des kantonalen Radroutennetzes.

Der integrale Hochwasserschutz mit einer abgestimmten Revitalisierungsplanung kombiniert, ermöglicht den Schutz der Siedlungs- und Gewerbegebiete bei möglichst naturnahen Gewässern.

Mit einer konsequenten und langfristigen Erhaltungsplanung der Infrastrukturen und der vorausschauenden Gewässerunterhaltsplanung wird erreicht, dass die Werterhaltung - unter Berücksichtigung sich wandelnder Anforderungen - zum ökonomisch und ökologisch richtigen Zeitpunkt erfolgt. Dank einem effizienten Strassenunterhaltsdienst wird ein zu jeder Jahreszeit sicheres und leistungsfähiges Strassennetz bereitgestellt.

Zur Schonung lebenswichtiger Ressourcen wie Boden, Luft und Wasser wird beim Betrieb der Abwasserreinigungsanlagen und Abwassernetze eine Energieerzeugung mit möglichst hohem Anteil erneuerbarer Energie eingesetzt. Weiter wird mit Hilfe von Energiemonitoring ein energieeffizienter Betrieb bei der Leistungserbringung gefördert. Mit leistungsstarken Entsorgungsanlagen wird Industrie und Gewerbe ein interessanter Produktionsstandort angeboten.

Mit all diesen Massnahmen wird erreicht, dass die Wettbewerbsfähigkeit des Baselbieter Wirtschaftsraumes gestärkt wird, die Infrastrukturen die Ressourcen sorgsam nutzen, die Behandlung von Wertstoffen und Abfällen umweltgerecht erfolgt, und der Verkehr mit möglichst wenig Emissionen verbunden ist.

Beim Kauf von Fahrzeugen für die kantonale Fahrzeugflotte wird grosser Wert auf die Effizienzsteigerung der Antriebssysteme gelegt. Alternative Antriebsformen werden zielgerichtet eingesetzt. Zudem garantiert die vorschriftsgemässe Wartung der Fahrzeuge deren Betriebssicherheit und einen emissionsarmen Betrieb.

Erfolgsrechnung

	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %
30 Personalaufwand	25'402'226	26'912'971	26'259'088	-653'883	-2%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	43'172'248	48'064'700	47'825'739	-238'961	-1%
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen	33'977'995	37'008'318	36'964'613	-43'705	0%
34 Finanzaufwand	4'417	8'500	8'100	-400	-5%
36 Transferaufwand	75'938'318	84'333'000	81'755'779	-2'577'221	-3%

	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %
42 Entgelte	-23'703'088	-24'841'350	-26'656'650	-1'815'300	-7%
43 Verschiedene Erträge	-102'362	-55'000	-55'000	0	0%
44 Finanzertrag	-729	-600	-600	0	0%
45 Übertrag Fonds / StaatsRG	-1'000				
46 Transferertrag	-42'157'495	-44'656'300	-43'128'281	1'528'019	3%
49 Interne Fakturen	-2'006	-2'610	-2'050	560	21%
Total Aufwand	178'495'205	196'327'489	192'813'319	-3'514'170	-2%
Total Ertrag	-65'966'680	-69'555'860	-69'842'581	-286'721	0%
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	112'528'525	126'771'629	122'970'738	-3'800'891	-3%

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	198.8	210.8	211.8	1.0	0.5%

2301 Tiefbauamt Strassen

Auftrag und Zielsetzungen

Der zuverlässige und dauerhafte Betrieb sowie die nachhaltige Werterhaltung der Infrastruktur (Kantonsstrassen inkl. Tunnel, Radrouten, Bushaltestellen etc.) werden durch gezielte betriebliche Massnahmen (Winterdienst, laufender baulicher Unterhalt etc.) und durch eine konsequente, langfristige Erhaltungsplanung gemäss der dualen Erhaltungsstrategie sichergestellt. Im Rahmen der rollenden Mehrjahresplanung und vor dem Hintergrund von weiteren Entlastungsmassnahmen hat der Landrat die vom Tiefbauamt vorgeschlagene 4-Jahresbudgetierung für den Strassenunterhalt genehmigt. Das Tiefbauamt hat mit der Umsetzung im 2014 begonnen. Erste wirtschaftliche Erfolge werden sich gegen Ende 2014 zeigen. Künftig werden die Arbeiten jeweils über das ganze Jahr verteilt ausgeführt werden.

Mit dieser Vorgehensweise soll erreicht werden, dass die Werterhaltung und der bauliche Unterhalt zum ökonomisch richtigen Zeitpunkt erfolgt, so dass die Bewältigung der Anforderungen an die Mobilität mit einer kostenoptimierten Infrastruktur erfolgt.

Mit der konsequenten Umsetzung des kantonalen Richtplanes werden die entsprechenden Planungen der Strasseninfrastruktur vorangetrieben, um so eine grosse Planungssicherheit für alle zu gewährleisten.

Zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Baselbieter Wirtschaftsraumes wird z.B. die Planung der Infrastrukturen für Salina Raurica vorangetrieben. Zum gleichen Zweck wird im Rahmen der Stellungnahme zum Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF) z.H. des Bundes verlangt, dass die Finanzierung des NEB (Neuer Netzbeschluss) im NAF geregelt wird, so dass der NEB in Kraft gesetzt werden kann: Die Übernahme der A22, Pratteln - Sissach sowie der H18 Basel - Delémont durch den Bund unter fairen Bedingungen wird befürwortet, um langfristig den Erhalt und notwendigen Ausbau zu sichern.

Mit geeigneten Massnahmen (Hohe Haltekanten bei Bushaltestellen, geeignete Beläge, Fussgängerampeln richtig ausgerüstet etc.) wird gewährleistet, dass für Menschen mit Bewegungshilfen, Rollgepäck oder Kinderwagen die Abnahme der Mobilitätseinschränkung zu vermehrter, selbstbestimmter Bewegungsfreiheit führt. (RP 2012-2015: BUD-SH-2)

Zur Steigerung des Sicherheitsniveaus werden die vorgesehenen Strassenprojekte gemäss standardisiertem Ablauf sicherheitstechnisch überprüft. Parallel werden z.B. die Fussgängerstreifen laufend überprüft und Massnahmen ergriffen wie z.B. Verbesserung der Beleuchtung, etc..

Mit der Planung zum weiteren Ausbau des kantonalen Radroutennetzes, der Priorisierung des öffentlichen Verkehrs in den Agglomerationen (Steuerung der LSA-Anlagen, Busspuren, situationsbedingte Fahrbahnhaltestellen) und der lärmtechnischen Sanierung der Kantonsstrassen werden die Voraussetzungen geschaffen, dass der Verkehr die Ressourcen sorgsam nutzt und mit so wenig Immissionen wie möglich verbunden ist.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	2'415		2'520	2'520	X	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	12'200'334	12'606'644	12'567'024	-39'620	0%	
304	Zulagen	210'485	182'999	210'485	27'486	15%	
305	Arbeitgeberbeiträge	2'511'570	2'972'443	2'358'715	-613'728	-21%	1
309	Übriger Personalaufwand	181'593	152'000	152'000	0	0%	
310	Material- und Warenaufwand	90'049	73'000	73'000	0	0%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	871'430	918'500	918'500	0	0%	
312	Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV	443'855	710'000	510'000	-200'000	-28%	2
313	Dienstleistungen und Honorare	2'121'597	1'880'000	2'439'000	559'000	30%	3
314	Baulicher und betrieblicher Unterhalt	10'752'534	4'300'000	4'600'000	300'000	7%	
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	104'871	95'500	95'500	0	0%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	59'239	45'000	60'000	15'000	33%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	376'512	351'000	402'000	51'000	15%	4
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	13'658					

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
319	Verschiedener Betriebsaufwand	263'452	327'000	327'000	0	0%	
330	Abschreibungen Sachanlagen VV	23'722'350	25'315'233	26'120'210	804'977	3%	
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	100					
421	Gebühren für Amtshandlungen	-190					
424	Benützungsgebühren und Dienstleistungen	-162					
425	Erlös aus Verkäufen	-22'911	-11'000	-11'000	0	0%	
426	Rückerstattungen	-440'734	-325'000	-400'000	-75'000	-23%	5
430	Verschiedene betriebliche Erträge	-102'362	-55'000	-55'000	0	0%	
440	Zinsertrag	-237					
	Total Aufwand	53'926'045	49'929'320	50'835'954	906'634	2%	
	Total Ertrag	-566'595	-391'000	-466'000	-75'000	-19%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	53'359'449	49'538'320	50'369'954	831'634	2%	

- Die Budgetminderung resultiert aus der Reform der BLPK. 2014 wurden finanzielle Mittel für Übergangsrenten von vorzeitigen Pensionierungen budgetiert, welche 2015 wegfallen.
- Aufgrund einer optimierten Entsorgungsstrategie fallen weniger Kosten an. Diese werden jedoch mit Einführung der neuen TVA ab ca. 2017/2018 wieder massiv steigen.
- Aufgrund der privatisierten Notariate fallen neu Gebühren bei Landerwerbsmutationen an.
- Im 2015 obliegt es dem Tiefbauamt Basel-Landschaft die Organisation und Gastgeberrolle für die Konferenz der Kantonsingenieure KIK, sowie der gemischten Kommission CH/D zu übernehmen. Ebenfalls werden die Kosten für Bahnbillette seit dem Wegfall des unpersönlichen Generalabonnements über die Dienststelle verrechnet.
- Aus den letztjährigen Erfahrungen erfolgt eine Angleichung der Erträge.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Einnahmen Mineralölsteuer	460	Ertragsanteile von Dritten	-11'436'127	-11'514'800	-12'032'281	-517'481	-4%	1
Leitungskataster	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	18'436	100'000		-100'000	-100%	2
Total Transferaufwand			18'436	100'000		-100'000	-100%	
Total Transferertrag			-11'436'127	-11'514'800	-12'032'281	-517'481	-4%	
Transfers (Netto)			-11'417'691	-11'414'800	-12'032'281	-617'481	-5%	

- Anteil am nicht werkgebundenen Mineralölsteueranteil des Bundes fallen höher aus.
- Neue Verordnung über Leitungskataster daraus fallen per 2015 keine Kosten mehr an.

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Beteiligung NSNW AG	30	Personalaufwand	54'916	55'000	27'500	-27'500	-50%	
Unterhalt Kantonsstrassen (exkl. H-Str.)	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		9'700'000	9'000'000	-700'000	-7%	1
Total Verpflichtungskredite Aufwand			54'916	9'755'000	9'027'500	-727'500	-7%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag								
Total Verpflichtungskredite (netto)			54'916	9'755'000	9'027'500	-727'500	-7%	

- Mit der Einführung des 4 Jahreskredites wurden die Kosten auf dem Vorjahresniveau eingefroren. Im Finanzplan war ursprünglich eine Steigerung vorgesehen, welche durch die Effizienzsteigerung mit dem 4 Jahreskredit kompensiert werden kann. So ist ab 2015 wieder der Jahreskreditdurchschnitt budgetiert worden.

Investitionen

Investitionsvorhaben	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Erneuerung Kantonsstr./Nebenanlagen 9981	50	Sachanlagen	18'842'086	19'000'000	19'000'000	0	0%	A,B, C,D
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	-825'617	-830'000		830'000	100%	
		Nettoinvestitionen	18'016'470	18'170'000	19'000'000	830'000	5%	
Ausbau Kantonsstrasse/Nebenanlagen 9991	50	Sachanlagen	20'678'068	10'000'000	10'000'000	0	0%	A,B, C,D
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	-825'000	-820'000		820'000	100%	
		Nettoinvestitionen	19'853'068	9'180'000	10'000'000	820'000	9%	
Lärmschutz Kant. Hochleistungsstr. 9951	50	Sachanlagen	2'369'544	1'000'000	3'000'000	2'000'000	200%	D
Erneuerung Kant. Hochleistungsstr. 9970	50	Sachanlagen	6'020'487	5'200'000	1'300'000	-3'900'000	-75%	D
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	-1'650'000	-1'650'000	-3'400'000	-1'750'000	-106%	
		Nettoinvestitionen	4'370'487	3'550'000	-2'100'000	-5'650'000	-159%	
Ankauf Grundstücke 9990	50	Sachanlagen	310'338	800'000	500'000	-300'000	-38%	
Salina Raurica	50	Sachanlagen	356'363	2'550'000	550'000	-2'000'000	-78%	
Sissach, Umfahrung	50	Sachanlagen	66'420					
Ausbauprogramm Radrouten	50	Sachanlagen	2'720'443	2'000'000	2'000'000	0	0%	E,F, G
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	-581'000	-600'000	-630'000	-30'000	-5%	
		Nettoinvestitionen	2'139'443	1'400'000	1'370'000	-30'000	-2%	
Lärmsanierung Kantonsstrassen	50	Sachanlagen	2'586'057	2'500'000	2'500'000	0	0%	D
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	-863'775	-630'000	-600'000	30'000	5%	
		Nettoinvestitionen	1'722'282	1'870'000	1'900'000	30'000	2%	
Darlehen/Beteiligung NSNW AG	65	Übertragung von Beteil.	-1'000'000					
7001 Tunnel Eggflue, Tunnelsicherheit	50	Sachanlagen	1'430'642	100'000		-100'000	-100%	
H18, Aesch; Knoten Angenstein	50	Sachanlagen			150'000	150'000	X	B,G
H18, Birstal, Anschluss Aesch	50	Sachanlagen	11'305	100'000	100'000	0	0%	
0aH2, Pratteln-Liestal (HPL)	50	Sachanlagen	72'085'477	20'800'000	5'000'000	-15'800'000	-76%	
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	-71'492'584	-28'000'000	-29'000'000	-1'000'000	-4%	
		Nettoinvestitionen	592'893	-7'200'000	-24'000'000	-16'800'000	-233%	
Allschwil-Baslerstrasse, Projektierung	50	Sachanlagen	244'926	250'000		-250'000	-100%	
H2, Umfahrung Liestal, Konzept/Bauprojek	50	Sachanlagen	976'342	200'000	1'500'000	1'300'000	650%	D
Muttenz/Pratteln, San. Rheinfelderstrass	50	Sachanlagen		300'000	200'000	-100'000	-33%	D,E, G
Allschwil, Dorfplatz Tramendschlaufe	50	Sachanlagen		100'000	50'000	-50'000	-50%	A,D, E
Laufen, Gesamtplanung neue Birsbrücke	50	Sachanlagen		500'000	700'000	200'000	40%	H
Sicherheitsmassnahmen TRA 9500	50	Sachanlagen	50'155	50'000		-50'000	-100%	
Allschwil, Baslerstr., Strassenbau	50	Sachanlagen		500'000		-500'000	-100%	
Richtplan, Projektierung Strassennetz	50	Sachanlagen	277'557	250'000	150'000	-100'000	-40%	

Investitionsvorhaben	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Seltisberg, San. Kantonsstrasse innerorts	50	Sachanlagen	71'614	500'000	2'000'000	1'500'000	300%	
Langenbruck, Sanierung Ortsdurchfahrt	50	Sachanlagen	3'600	200'000	1'500'000	1'300'000	650%	A,D
Augst, San./Umgestalt. Ortsdurchfahrt A1	50	Sachanlagen	16'185	50'000		-50'000	-100%	D,G
Füllinsdorf, Giebenacherstrasse	50	Sachanlagen	-4'656					
Reigoldswil, Sanierung Ziefenstrasse	50	Sachanlagen	112'224	200'000	200'000	0	0%	A,D,E
Grellingen, San./Umgestalt. Ortsdurchf.	50	Sachanlagen	27'903	3'500'000	3'600'000	100'000	3%	D,E
Zwingen, San./Umgest. Ortsdurchfahrt	50	Sachanlagen	2'203'846	20'000		-20'000	-100%	D
Aesch, Zubringer Pfeffingerring, Vorproj.	50	Sachanlagen	186'410	500'000		-500'000	-100%	
Aesch; Zubringer Dornach an H18, Proj/Real	50	Sachanlagen	44'533	300'000	100'000	-200'000	-67%	
Allschwil, Kreisel Hegenheimermattweg	50	Sachanlagen	62'215	200'000	200'000	0	0%	D,E,G
Allschwil; Zubringer Nordtang. Vorproj.	50	Sachanlagen			100'000	100'000		X
Liestal, Betriebs-u. Gestalt.konzept Ost	50	Sachanlagen		300'000	200'000	-100'000	-33%	E,G
Laufen, Neue Kantonsstrasse Stangimatt	50	Sachanlagen		50'000	100'000	50'000	100%	
Sissach, Umfahrung Flank. Massnahmen	50	Sachanlagen	342'777	3'500'000	2'500'000	-1'000'000	-29%	A,D
Aesch, Anschluss Pfeffingerring, Real.	50	Sachanlagen			1'000'000	1'000'000		X
Aesch, Betriebs-u. Gestaltungskonzept	50	Sachanlagen			50'000	50'000		X D,E,F
Entw.planung ELBA; Projektierung	50	Sachanlagen			1'250'000	1'250'000		X E,G,H
Instandsetzung HLS (H18 / H2)	50	Sachanlagen			4'000'000	4'000'000		X D
Total Investitionsausgaben			132'092'861	75'520'000	63'500'000	-12'020'000	-16%	
Total Investitionseinnahmen			-77'237'976	-32'530'000	-33'630'000	-1'100'000	-3%	
Total Nettoinvestitionen			54'854'885	42'990'000	29'870'000	-13'120'000	-31%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	118.8	125.0	123.8	-1.2	-1.0%

Der veränderte Sollstellenbestand resultiert aus dem Abbau -1.0 Sollstellen der bis zum 30.09.2014 befristeten Stelle und einer Verschiebung von -0.2 Sollstellen innerhalb des Bereichs Infrastruktur und Mobilität zum Profitcenter Öffentlicher Verkehr.

Jahresprogramm

D 2301.001 Werterhalt beim Strassennetz

Im Vordergrund stehen die Aufrechterhaltung der Betriebsbereitschaft und der Substanzerhaltung. Wo sinnvoll, wird die Werterhaltung mit einer Umgestaltung an die geänderten Bedürfnisse verbunden und die entsprechende Planung weitergeführt wie z. B. in Allschwil, Sanierung Baslerstrasse. Um die gesetzlichen Anforderungen an den Lärmschutz bis 2018 erfüllen zu können und die Bundessubventionen zu sichern, wird das Lärmschutzprogramm plangemäss weitergeführt. Mit hoher Priorität werden Projekte gestartet bzw. weiterverfolgt, die einen hohen Instandsetzungsbedarf

beinhalten (z. B. Langenbruck; Korrektur/Umgestaltung Hauensteinerstrasse; Reigoldswil; Sanierung Ziefenstrasse; Seltisberg; Hauptstrasse) und/oder im Agglomerationsprogramm Basel enthalten sind (Allschwil; Sanierung Baslerstrasse).

F 2301.006 Senkung der CO₂ - Emissionen/Luftreinhaltung

Mit dem Ausbau der kantonalen Radrouten und einem attraktiven, öffentlichen Verkehr wird die Senkung der CO₂ - Emissionen und die Reduktion des Schadstoffausstosses des motorisierten Verkehrs gefördert. Für den Ausbau der Radrouten sind z. B. folgende Projekte in Arbeit bzw. im Bau; Grellingen - Laufen, Bubendorf - Ziefen; Zwingen - Brislach; Oberwil - Allschwil.

C 2301.007 Sicherung der Strassen

In Zusammenarbeit mit dem Amt für Wald sind diverse Sicherheitsholzschläge vorgesehen. Nach Bedarf erfolgen im Rahmen des betrieblichen Unterhaltes Felsräumungen und im Rahmen der Werterhaltung und Erneuerung von Kantonsstrassen Böschungssicherung.

G 2301.008 Koordination Agglomerationsprogramm

Zur Erreichung der regional positiven Wirkung des Agglomerationsprogrammes sind kantonsübergreifende Planungen und Realisierungen zwingend. Das Agglomerationsprogramm erlaubt, solche Massnahmen prioritär zu behandeln und finanzierbar zu machen. Die Projekte im Agglomerationsprogramm Basel werden prioritär vorangetrieben wie z. B. Salina Raurica; Verlegung der Kantonsstrasse (2. Generation; A-Liste). Für die Projekte des Agglomerationsprogrammes 1. Generation mit Realisierungsbeginn bis ca. 2015/16 (Bundesbeiträge bis zu 40 %) wird die Ausführung vorbereitet (Allschwil; Sanierung Baslerstrasse).

E 2301.009 Prioritäten bei der Mobilität

Die Optimierung aller Verkehrsträger zur Befriedigung des Mobilitätsbedarfs ist oberstes Ziel. Wo zweckdienlich und sinnvoll wird mit einem attraktiven öffentlichen Verkehr und mit dem Ausbau der Kantonalen Radrouten als ergänzende Massnahme die Verkehrsverlagerung gefördert. In Allschwil; Erneuerung Baslerstrasse ist der Baubeginn 2015 vorgesehen; dabei werden die Haltestellen der Linie 6 an die heutigen Anforderungen angepasst sowie Radstreifen realisiert; d. h. Tram und MIV können Velos sicher überholen. Mit hoher Priorität werden die Arbeiten für einen abgetrennten Radweg als Verbindung zwischen Allschwil und Oberwil weiter vorangetrieben.

H 2301.010 Optimierung der Verknüpfung der Verkehrsmittel

Im Rahmen der verschiedenen Projekte zur Erneuerung/Werterhaltung der Kantonsstrassen und dem Ausbau der kantonalen Radrouten wird hoher Wert gelegt auf eine optimale Verknüpfung der Haltestellen des öffentlichen Verkehrs mit anderen Verkehrsträgern; es wird immer geprüft, ob die Haltestelle noch am richtigen Ort liegt. Im Rahmen der flankierenden Massnahmen in Sissach; dem Ausbau der Güterstrasse zur Kantonsstrasse, wird z. B. eine Bushaltestelle den Bedürfnissen entsprechend verlegt.

A 2301.011 Senioren-, Behindertengerecht

Im Rahmen der Erneuerung und Werterhaltung von Kantonsstrassen werden diese speziellen Bedürfnisse vermehrt beachtet wie z. B. bei der Wahl der Beläge, Höhe der Anschlagkanten bei Übergängen über die Strasse sowie Tram- und Bushaltestellen und bei der Ausrüstung von Lichtsignalanlagen. Wenn immer möglich werden in diesem Rahmen Bushaltestellen so umgebaut, dass ein hindernisfreier Zugang zum ÖV möglich ist.

B 2301.012 Überprüfung und Sanierung von Unfallorten

Auf Grund der Unfallstatistik der Polizei werden die Unfallorte ermittelt und Vorschläge zur Verbesserung/Eliminierung erarbeitet (z. B. Bruderholzstrasse Münchenstein - Bottmingen). Diese werden im Rahmen der Werterhaltung oder in speziellen Projekten umgesetzt.

Mit der Inbetriebnahme der A22, Pratteln - Liestal, können Unfallorte entlang der Rheinstrasse eliminiert werden.

2302 Tiefbauamt Fahrzeugwesen

Auftrag und Zielsetzungen

Das Tiefbauamt sorgt für die Bewirtschaftung des kantonalen Fahrzeugparks. Die Bewirtschaftung umfasst die Evaluation und den Fahrzeugeinkauf, das Unfallschadens- und Versicherungswesen sowie die Wartung und den Unterhalt. Bei der Beschaffung wird darauf geachtet, dass die Fahrzeuge dem Anforderungsprofil von Fahrzeugnutzer und Beschaffungsstelle entsprechen. Bei jeder Beschaffung räumt das Tiefbauamt dem Ökologieaspekt höchste Priorität ein.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	982'840	1'018'444	1'011'191	-7'253	-1%	
304	Zulagen	23'328	12'651	23'328	10'677	84%	
305	Arbeitgeberbeiträge	195'706	181'186	206'265	25'079	14%	
309	Übriger Personalaufwand	325					
310	Material- und Warenaufwand	8'063'014	8'900'000	8'900'000	0	0%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	1'419'168	1'410'000	1'410'000	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare	152'608	148'000	158'000	10'000	7%	
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	1'078'282	1'142'000	1'112'000	-30'000	-3%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	6'213	5'000	6'100	1'100	22%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	30					
319	Verschiedener Betriebsaufwand	500	12'000	12'000	0	0%	
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	6'778	8'000	8'000	0	0%	
425	Erlös aus Verkäufen	-7'389'477	-8'155'000	-8'155'000	0	0%	
426	Rückerstattungen	-104'687	-50'000	-50'000	0	0%	
440	Zinsertrag	-431	-500	-500	0	0%	
490	Int Fakturen Material- und Warenbezüge	-2'006	-2'610	-2'050	560	21%	
	Total Aufwand	11'928'791	12'837'281	12'846'884	9'603	0%	
	Total Ertrag	-7'496'602	-8'208'110	-8'207'550	560	0%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	4'432'189	4'629'172	4'639'334	10'162	0%	

BUD

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	10.0	10.0	10.0	0.0	0.0%

Jahresprogramm

2302.001 Senkung der CO2-Emissionen

Beim Kauf von Fahrzeugen für die kantonale Fahrzeugflotte werden - unter Beachtung der Zweckmässigkeit und der Wirtschaftlichkeit - prioritär Fahrzeuge mit geringem Schadstoffausstoss und/oder alternativem Antriebskonzept beschafft. Um diesem strategischen Ziel gerecht zu werden, steht die Effizienzsteigerung der Antriebssysteme im Vordergrund. Downsizing: Bei einer Ersatzbeschaffung wird geprüft, ob ein Fahrzeug aus einer kleineren Fahrzeugklasse gewählt werden kann. Downshifting: Bei einer Ersatzbeschaffung wird unter Beibehaltung der Fahrzeugklasse geprüft, ob eine kleinere Motorengrösse gewählt werden kann. Fahrzeugmodell: Bei einer Ersatzbeschaffung werden immer auch die Ratings der aktuellen Auto-Umweltlisten und Verbrauchskataloge der Automobilverbände berücksichtigt. Die Ersatzbeschaffung durch Fahrzeuge mit alternativen Antriebssystemen wird ebenfalls bei jeder Evaluation geprüft. Die Beschaffung eines rein elektrisch angetriebenen Fahrzeuges ist im Jahr 2014 erfolgt. Durch die vorschriftsgemässe Wartung der Fahrzeuge erhöhen wir einerseits die Betriebssicherheit der Fahrzeuge, andererseits wird sichergestellt, dass die Abgaswerte der Motoren die gesetzlichen Vorschriften erfüllen.

2303 Tiefbauamt Wasserbau

Auftrag und Zielsetzungen

Planung, Realisierung und Unterhalt der kantonalen Gewässer sind darauf ausgerichtet, einen möglichst ungehinderten Wasserabfluss zu gewährleisten, ohne Schaden anzurichten. Dabei spielt die Sicherstellung der Funktion der bestehenden Schutzbauten eine wichtige Rolle. Die Anliegen des Ufer- und Hochwasserschutzes werden unter massvoller Berücksichtigung ökologischer und ortsplanerischer Anliegen realisiert. Mit Revitalisierungen und Ausdolungen wird ein aktiver Beitrag zur Wiederherstellung, Aufwertung und Vernetzung wichtiger Lebensräume geleistet.

Die Planung der Massnahmen für den Hochwasserschutz, für Revitalisierungen sowie die ökologische Aufwertung der Gewässer erfolgen gemäss Wasserbaukonzept und den darin festgelegten Prioritäten unter Berücksichtigung der vorhandenen knappen Mitteln und der Opportunität. Das Wasserbaukonzept wird laufend aufgrund der realisierten Massnahmen sowie neuer Erkenntnisse nachgeführt.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	1'439'853	1'462'427	1'456'143	-6'284	0%	
304	Zulagen	31'949	21'074	31'949	10'874	52%	
305	Arbeitgeberbeiträge	266'705	270'106	295'744	25'637	9%	
309	Übriger Personalaufwand	24					
311	Nicht aktivierbare Anlagen	62'219	87'000	67'000	-20'000	-23%	
313	Dienstleistungen und Honorare	117'367	180'000	120'000	-60'000	-33%	1
314	Baulicher und betrieblicher Unterhalt	1'245'603	1'250'000	1'250'000	0	0%	
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	30'237	40'000	40'000	0	0%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	48'843	47'000	49'000	2'000	4%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	31					
319	Verschiedener Betriebsaufwand		1'000	1'000	0	0%	
330	Abschreibungen Sachanlagen VV	1'034'753	1'047'141	1'082'587	35'446	3%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-21'110	-20'000	-20'000	0	0%	
425	Erlös aus Verkäufen	-6'925	-20'000	-20'000	0	0%	
426	Rückerstattungen	-266					
	Total Aufwand	4'277'582	4'405'749	4'393'423	-12'326	0%	
	Total Ertrag	-28'301	-40'000	-40'000	0	0%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	4'249'281	4'365'749	4'353'423	-12'326	0%	

1 Die strategische Planung der Revitalisierung von Fließgewässern ist weitgehend abgeschlossen.

Investitionen

Investitionsvorhaben	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Ankauf Grundstücke Wasserbau 9990	50	Sachanlagen	10'102	100'000	100'000	0	0%	A
Wasserbau genereller Ausbau 9991	50	Sachanlagen	969'140	1'400'000	1'500'000	100'000	7%	A
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	-485'000	-580'000	-575'000	5'000	1%	
		Nettoinvestitionen	484'140	820'000	925'000	105'000	13%	
Allschwil, Hochwasserschutz	50	Sachanlagen		100'000	100'000	0	0%	A
Gelterkinden, Eibach, Hochwasserschutz	50	Sachanlagen	1'406					

Investitionsvorhaben	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	-52'472					
		Nettoinvestitionen	-51'066					
Reigoldswil, Hintere Frenke, HW-Schutz	50	Sachanlagen	63'641	400'000	200'000	-200'000	-50%	A
Grellingen, HWS Birs gem. Konzept	50	Sachanlagen	61'203	100'000		-100'000	-100%	
Liesberg, HWS Birs gem. Konzept	50	Sachanlagen	15'379	1'500'000	1'000'000	-500'000	-33%	A
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung		-500'000	-400'000	100'000	20%	
		Nettoinvestitionen	15'379	1'000'000	600'000	-400'000	-40%	
Zwingen, HWS Birs gem. Konzept	50	Sachanlagen	35'863	100'000	100'000	0	0%	A
Laufen, HWS Birs gem. Konzept	50	Sachanlagen	500'631	600'000	600'000	0	0%	A
"Bäche ans Licht"	50	Sachanlagen			400'000	400'000	X	A
Total Investitionsausgaben			1'657'363	4'300'000	4'000'000	-300'000	-7%	
Total Investitionseinnahmen			-537'472	-1'080'000	-975'000	105'000	10%	
Total Nettoinvestitionen			1'119'891	3'220'000	3'025'000	-195'000	-6%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	16.9	16.9	16.9	0.0	0.0%

Jahresprogramm

A 2303.008 Minimierung des Schadenpotentials durch Hochwasserschutz / Biodiversität

Bei der Realisierung des Ufer- und des Hochwasserschutzes sind sowohl ökologische als auch ortsplanerische Anliegen zu berücksichtigen. Dabei helfen ingenieurbioökologische Massnahmen, die Gewässer stets so naturnah wie möglich zu gestalten. Mit Revitalisierungen und Ausdolungen wird zudem auf Abschnitten, wo keine Siedlungsgebiete geschützt werden müssen, ein aktiver Beitrag zur Wiederherstellung, Aufwertung und Vernetzung wichtiger Lebensräume geleistet. Sowohl bei der Gewässerplanung als auch beim Gewässerunterhalt wird der Förderung der Biodiversität in hohem Masse Rechnung getragen. Das Tiefbauamt unterstützt damit die Ziele der Prävention im Bereich "Natur und Klimawandel".

2306 Amt für Industrielle Betriebe

Auftrag und Zielsetzungen

Das Amt für Industrielle Betriebe (AIB) engagiert sich mit seinen Abwasser-, Abfall- und Energieanlagen für sauberes Wasser und gesunde Gewässer, Energieerzeugung mit geringer Umweltbelastung und für eine umweltgerechte Behandlung von Werkstoffen und Abfällen.

Der gesetzeskonforme Betrieb der technischen Anlagen im Umweltbereich stellt einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung der Legislaturziele des strategischen Schwerpunktes Natur- und Klimawandel dar. Dazu zählen insbesondere die Schonung lebenswichtiger Ressourcen wie Boden, Luft und Wasser sowie die Rückgewinnung von Wertstoffen die Produktion von erneuerbarer Energie und der energieeffiziente Betrieb bei der Leistungserbringung (BUD-NK-1).

Der auf die zukünftigen Anforderungen ausgerichtete Ausbau und Werterhalt der Anlagen ist eine Voraussetzung für das Wohnen und die wirtschaftliche Entwicklung gemäss strategischem Schwerpunkt Innovation und Wertschöpfung. Mit leistungsstarken Entsorgungsanlagen wird Industrie und Gewerbe ein interessanter Produktionsstandort angeboten. (Legislaturziel BUD-IW-2).

Dank der engen Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Stadt im Bereich der Abwasserbewirtschaftung und der Fachhochschule (FHNW) leistet das AIB einen Beitrag zu den Legislaturzielen (R-AK) und (R-BBL).

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	910	490	910	420	86%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	5'096'110	5'621'496	5'405'895	-215'600	-4%	
303	Temporäre Arbeitskräfte	225'729	135'000	180'000	45'000	33%	
304	Zulagen	117'655	60'499	117'655	57'156	94%	1
305	Arbeitgeberbeiträge	1'012'153	1'341'631	1'062'316	-279'314	-21%	2
309	Übriger Personalaufwand	162'100	88'500	101'500	13'000	15%	
310	Material- und Warenaufwand	998'675	1'102'500	1'155'500	53'000	5%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	705'170	1'515'000	742'650	-772'350	-51%	3
312	Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV	8'836'831	8'841'300	8'868'100	26'800	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare	1'552'717	1'516'800	1'615'650	98'850	7%	
314	Baulicher und betrieblicher Unterhalt	643'097	583'000	549'000	-34'000	-6%	
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	2'412'153	2'199'000	2'548'350	349'350	16%	4
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	316'033	297'600	396'600	99'000	33%	5
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	73'068	91'500	78'194	-13'306	-15%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	48'509		16'095	16'095	X	
330	Abschreibungen Sachanlagen VV	8'993'551	10'353'292	9'482'641	-870'651	-8%	6
341	Realisierte Kursverluste	-2'561					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	100	500	100	-400	-80%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-13					
424	Benützungsgebühren und Dienstleistungen	-6'965'202	-7'869'850	-8'710'450	-840'600	-11%	7
425	Erlös aus Verkäufen	-8'619'706	-8'390'000	-9'290'000	-900'000	-11%	8
426	Rückerstattungen	-2'221	-500	-200	300	60%	
440	Zinsertrag	-61	-100	-100	0	0%	
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	-1'000					
	Total Aufwand	31'192'001	33'748'107	32'321'157	-1'426'950	-4%	
	Total Ertrag	-15'588'202	-16'260'450	-18'000'750	-1'740'300	-11%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	15'603'799	17'487'657	14'320'407	-3'167'250	-18%	

1 Im Auftrag des Personalamtes erfolgte eine Korrektur (auf Basis der Rechnung 2013) der Erziehungszulagen da systemmässig in der Planung 2014 zu tief budgetiert wurde.

2 Die Budgetminderung resultiert aus der Reform der BLPK. 2014 wurden finanzielle Mittel für Übergangrenten von vorzeitigen Pensionierungen budgetiert, welche 2015 wegfallen.

- 3 2014 wurde der Saug- und der Spülwagen à je ca. CHF 350'000.– über die laufende Rechnung verbucht. Dieser Betrag fällt 2015 weg.
- 4 2015 müssen grössere Unterhaltsarbeiten an den beiden Faultürmen der Ergolanlagen getätigt werden. Zudem steigt mit der Zunahme an Maschinen auf der Deponie der Unterhalt derselben.
- 5 Aufgrund der erhöhten eingelagerten Abfallmengen muss eine zusätzliche Baumaschine gemietet werden.
- 6 Die geringeren Abschreibungen der Investitionen sind auf die Differenz Budget - Rechnung zurückzuführen. Die geplanten Abschreibungen weichen von den effektiven Abschreibungen ab, da die Inbetriebnahme von Bauten schwer planbar ist.
- 7 Aufgrund aktueller Entwicklung der eingelagerten Mengen in der Deponie Höli ist mit mehr Einnahmen gegenüber Budget 2014 zu rechnen.
- 8 Die zusätzlichen Fernwärmeanschlüsse generieren Mehreinnahmen.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Beiträge an ARA	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	3'524'025	3'235'000	3'435'000	200'000	6%	
Abwassergebühren	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-30'416'763	-32'741'500	-30'701'000	2'040'500	6%	1
Beitrag an VASA-Gebühren	360	Ertragsanteile an Dritte	583'786	892'000	892'000	0	0%	
Entschädigungen Deponie Kelsag Liesberg	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	1'316'644	1'550'000	1'550'000	0	0%	
Verbandsbeiträge Abfall	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	5'217	6'000	6'000	0	0%	
Beiträge IWB an Wärmeverbund St. Jakob	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-219'475	-300'000	-300'000	0	0%	
Beitrag BL Mitnutzung BS-Kanalisation	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	301'864	1'000'000	500'000	-500'000	-50%	2
Beiträge VA Aesch	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	87'316	100'000	100'000	0	0%	
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-85'130	-100'000	-95'000	5'000	5%	
Total Transferaufwand			5'818'852	6'783'000	6'483'000	-300'000	-4%	
Total Transferertrag			-30'721'368	-33'141'500	-31'096'000	2'045'500	6%	
Transfers (Netto)			-24'902'515	-26'358'500	-24'613'000	1'745'500	7%	

- 1 Die Abwassergebühren sind direkt abhängig von den Kosten (Gebührenfinanzierung). In erster Linie führen tiefere Abschreibungen 2015 sowie der ausserordentliche Kauf der Saug- und Spülwagen 2014 zu der Differenz.
- 2 Nach dem Peak 2014 sinken die Beiträge an die Kanalisation BS gemäss Information BS wieder auf das vorherige Niveau.

Investitionen

Investitionsvorhaben	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Abwasserreinigungsanlagen Sammelpos 9990	50	Sachanlagen	2'420'235	700'000	1'850'000	1'150'000	164%	A
Abfallbeseitigungsanlagen Sammelpos 9991	50	Sachanlagen		50'000	50'000	0	0%	A
Energiewirtschaft Sammelpositionen 9981	50	Sachanlagen	836'938	1'050'000	200'000	-850'000	-81%	
Effizienzinvest. Fernwärmezentrale 9992	50	Sachanlagen	838'098	1'000'000	200'000	-800'000	-80%	
Mischwasserbehandlung Region Birstal	50	Sachanlagen	3'818'207	1'100'000	800'000	-300'000	-27%	B
Netz Sammelposition 9991	50	Sachanlagen	1'199'899	1'400'000	1'400'000	0	0%	A
Solaranlagen	50	Sachanlagen	447'497	600'000		-600'000	-100%	
Massnahmen im Netz Frenkentaler	50	Sachanlagen	23'965	4'600'000	2'800'000	-1'800'000	-39%	B
ARA Frenke Neubau	50	Sachanlagen	368'710	800'000	4'500'000	3'700'000	463%	A

Investitionsvorhaben	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Region Birsig Regenwasserbehandlung	50	Sachanlagen	296'078					
Wasser Sammelposition-9990	50	Sachanlagen		500'000	500'000	0	0%	
Ara Zeglingen, Abwasserbehandlung	50	Sachanlagen			1'000'000	1'000'000	X	A
Ara Rünenberg-Süd, Abwasserbehandlung	50	Sachanlagen		1'500'000	2'000'000	500'000	33%	A
ARA Frenke 2, Ausbau/Erhalt	50	Sachanlagen	12'217					
Ara Birs 2 Ausbau	50	Sachanlagen	1'699'752	500'000		-500'000	-100%	
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	-229'676	-300'000		300'000	100%	
		Nettoinvestitionen	1'470'076	200'000		-200'000	-100%	
Ormalingen - Ersatz Kanal / MWB	50	Sachanlagen	272'299					
Sanierung Kanal Sissach	50	Sachanlagen	9'386					
Deponie Elbisgraben, Reaktor-Etappe 8	50	Sachanlagen	464'359					
FHMW Muttenz Netzausbau	50	Sachanlagen	3'187'415	500'000	1'000'000	500'000	100%	C
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	-2'502'010	-100'000	-300'000	-200'000	-200%	
		Nettoinvestitionen	685'405	400'000	700'000	300'000	75%	
FWKM Muttenz Ersatz Wärmepumpe	50	Sachanlagen	7'759		2'000'000	2'000'000	X	A
FHWL Liestal Netzausbau Etappe 2	50	Sachanlagen	189'474	300'000		-300'000	-100%	
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	-60'357	-30'000		30'000	100%	
		Nettoinvestitionen	129'117	270'000		-270'000	-100%	
Zuleitungskanal ARA Frenke 1 Reigoldswil	50	Sachanlagen	23'106	30'000	500'000	470'000	>1000%	A
Ara Liesberg Ausbau	50	Sachanlagen	563					
Tunnelsanierung Elbisgraben	50	Sachanlagen		500'000		-500'000	-100%	
ARA Hemmiken Abwasserbehandlung	50	Sachanlagen	30'977					
ARA Häfelfingen Abwasserbehandlung	50	Sachanlagen	723'771					
Sanierung Schlammanlage ARA E1	50	Sachanlagen		800'000	3'000'000	2'200'000	275%	A
Ara ProRhen, Abwasserbehandlung	50	Sachanlagen		200'000	700'000	500'000	250%	A
**Ara Rhein, Abwasserbehandlung	50	Sachanlagen			1'000'000	1'000'000	X	
Deponie Ausbau und Abschluss	50	Sachanlagen		500'000	300'000	-200'000	-40%	
Metallausscheidung	50	Sachanlagen		1'000'000	2'500'000	1'500'000	150%	C
FHWL Liestal Netzausbau Etappe 3	50	Sachanlagen			500'000	500'000	X	C
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung			-20'000	-20'000	X	
		Nettoinvestitionen			480'000	480'000	X	
Total Investitionsausgaben			16'870'704	17'630'000	26'800'000	9'170'000	52%	
Total Investitionseinnahmen			-2'792'043	-430'000	-320'000	110'000	26%	
Total Nettoinvestitionen			14'078'662	17'200'000	26'480'000	9'280'000	54%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	47.6	53.4	55.4	2.0	3.8%

Der veränderte Sollstellenbestand (+2.0) resultiert aus der Landratsvorlage 2012-065, in welcher 2.0 Sollstellen für den Neubau ARA Frenke bewilligt wurden.

Jahresprogramm

A 2306.005 Sicherer Betrieb und Werterhalt der Infrastruktur

Der Grossteil der Mitarbeitenden im AIB ist für den täglichen und sicheren Betrieb und den vorausschauenden Unterhalt der technischen Anlagen verantwortlich. Mit gezielter Erhebung und Auswertung von Betriebsdaten werden die Anlagenbelastung und die Reserven regelmässig erfasst, um rechtzeitig den nötigen Bedarf für Massnahmen zu erkennen und umzusetzen. Neben einer Vielzahl von Werterhaltungsmassnahmen an Bau, Maschinen und Steuerung stehen als grössere Massnahmen an: - Sanierung resp. Aufhebung ARA Rünenberg Nord (verbunden mit Aufhebung ARA Rünenberg Süd und allenfalls später ARA Zeglingen/Kilchberg) - Sanierung der Schlammbehandlung der ARA Ergolz 1 - Kanalsanierungen zum Schutz des Grundwassers und der Reduktion von Fremdwassereintritt - Baubeginn für den Neubau der ARA Frenke (inkl. Stufe zur Elimination von Spurenstoffen) und Detailprojektierung aller Begleitmassnahmen. - Bauprojekt für den Ausbau der ARA Basel - Sanierung und Erweiterung betriebsrelevanter Infrastruktur auf der Deponie Elbisgraben. Beim Nicht-Verkauf der Fernwärme werden zurückgestellte Investitionen nachgeholt. Diese Massnahmen stellen das Ziel der dauernden Betriebsbereitschaft unserer Anlagen sicher und stärken die strategischen Schwerpunkte «Natur- und Klimawandel» (BUD-NK-1) und «Innovation und Wertschöpfung»(BUD-IW-2).

C 2306.006 Umgang mit knapper werdender Ressourcen (erneuerbare Energien und energieeffizienter Betrieb)

Zur Rückgewinnung von Eisen und nichtmagnetischen Metallen aus der angelieferten Schlacke der Kehrlichtverbrennung wird vorbehaltlich Landratsbeschluss die Aufbereitungsanlage in Betrieb gehen. Mit einem umfassendem Energiemonitoring und verschiedenen Optimierungsprojekten soll der Energieverbrauch der Anlagen weiterhin gesenkt resp. die Produktion von erneuerbarer Energie erhöht und die Verwertung optimiert werden. Dazu zählen die weitere Akquisition von vergärbarem Industriesubstrat, die vermehrte Nutzung von eigenen Energiequellen in den Abwasserreinigungsanlagen, sowie die Verdichtung und der Ausbau der Fernwärmenetze im Falle eines Nicht-Verkaufs. Diese Massnahmen dienen dem Ziel der Schonung lebenswichtiger Ressourcen und stärken den strategischen Schwerpunkt «Natur- und Klimawandel» (BUD-NK-1).

B 2306.007 Schutz der natürlichen Umwelt

Frühzeitige, breit abgestützte Planungen zur kostenoptimierten Umsetzung der ab 1.1.2015 in Kraft tretenden gesetzlichen Forderungen zur weitergehenden Reduktion von Mikroverunreinigungen in Kläranlagen (strategischer Schwerpunkt «Effizientes und effektives staatliches Handeln»). Dazu zählen der Abschluss und die Auswertung des grosstechnischen Versuchs zur Elimination von Mikroverunreinigungen in der ARA Ergolz 1 in Sissach, Erarbeiten der Konzepte für den Ausbau der einzelnen Anlagen, Engagement in verschiedenen Projekten zur Entfernung von Mikroverunreinigungen mit Dritten aus Wirtschaft und Forschung. Mit gezielter Erhebung und Auswertung der Betriebsdaten werden mögliche Betriebsverbesserungen zur Optimierung des Umweltnutzens der Anlagen erkannt und kostenbewusst umgesetzt. – Für den Rückhalt von Schmutzstoffen und der Verbesserung der Siedlungshygiene erfolgt der Bau und die Inbetriebnahme der beiden Mischwasserbecken in Bubendorf. Alle Massnahmen zielen auf die Schonung der lebenswichtigen Ressource Wasser und unterstützen somit den strategischen Schwerpunkt «Natur- und Klimawandel» (BUD-NK-1).

2314 Öffentlicher Verkehr

Auftrag und Zielsetzungen

Zur Bewältigung der Transportbedürfnisse leistet der öffentliche Verkehr einen unverzichtbaren Beitrag. Der öffentliche Verkehr leistet einen wichtigen Beitrag zur optimierten Ausnutzung der Verkehrsnetze. Mittels "Generellen Leistungsaufträgen ÖV" (GLA) werden die Angebote und der Finanzplan für vier Jahre festgelegt. Im Rahmen der Erarbeitung eines GLA werden ökonomische, ökologische und gesellschaftliche Grundanforderungen des Kantons zu einem wirkungsvollen Paket an ÖV-Leistungen geschnürt.

Mit dem beschlossenen 7. GLA 2014-2017 wird eine Konstanz des ÖV-Angebots mit Fokus auf Verbesserung der Qualität und Stabilisierung der Kosten angestrebt. Um einen finanziellen Anreiz zur Verbesserung der Qualität zu schaffen, plant die Bau- und Umweltschutzdirektion (BUD), ein Bonus/Malus-System mit den SBB einzuführen.

Mit dem positiven Volksentscheid vom 9. Februar 2014 zur Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI) wird die Finanzierung der Infrastruktur der Privatbahnen ab 1. Januar 2016 zu 100 % vom Bund übernommen. Die Kantone entrichten im Gegenzug einen Beitrag in Form einer gebundenen Pauschale. Weiter haben die Kantone den Auftrag, sich in neuen Planungsstrukturen zu organisieren (sogenannte Planungsregionen). Dies mit dem Ziel, für die neu definierten Ausbauschnitte (STEP = Strategische Entwicklungsplan Bahninfrastruktur) in sich abgestimmte Angebotskonzepte beim Bund einzureichen und zur Umsetzung zu beantragen. Zurzeit werden diese neuen Strukturen aufgebaut. Diese Neustrukturierung der Finanzmodalitäten führt zu erheblichen Verschiebungen der Finanzflüsse zwischen Kanton und Bund, aber auch zwischen Kanton und Transportunternehmungen. Neben der Pauschale sind durch die Kantone weiterhin alle Planungskosten zu tragen. Die Kosten für Vorprojekte und Realisierung von Bahninfrastrukturmassnahmen übernimmt hingegen neu der Bund.

Entsprechend der konsequenten Umsetzung des kantonalen Richtplanes werden die notwendigen Planungen der Infrastruktur für den ÖV vorangetrieben. Zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Baselbieter Wirtschaftsraumes wird z. B. die Planung der Tram-Infrastrukturen für Salina Raurica vorangetrieben.

Neben der Sicherstellung des Betriebsangebots müssen auch die Planungen für künftige Weiterentwicklungen rechtzeitig angegangen werden. Daher sind sowohl für Tramlinien als auch für die Regio-S-Bahn Finanzmittel für die mittel- und langfristigen Planungen eingestellt.

Mit einem geeigneten Angebot wird gewährleistet, dass für Menschen mit Bewegungshilfen, Rollgepäck oder Kinderwagen die Abnahme der Mobilitätseinschränkung zu vermehrter, selbstbestimmter Bewegungsfreiheit führt. Dieser Ausbau hat gemäss Vorgabe Bund (BehiG) bis 2023 zu erfolgen. Damit wird ein wesentlicher Schritt zum gender-, senioren- und behindertengerechten ÖV-Angebot beigetragen.

Zur Steigerung des Sicherheitsniveaus werden die betrieblichen Massnahmen der Transportunternehmungen unterstützt. Das Projekt zur Sicherung von Bahnübergängen wird im Grundsatz abgeschlossen; die pendenten Anlagen infolge Verzögerungen werden so rasch wie möglich erstellt. Im Rahmen der Erneuerungs- und Instandsetzungsmassnahmen werden auch in Zukunft die Sicherungsanlagen überprüft und erneuert.

Der zuverlässige und dauerhafte Betrieb, sowie die nachhaltige Werterhaltung der Infrastruktur, werden durch gezielte betriebliche Massnahmen (z. B. Winterdienst, laufender baulicher Unterhalt) und durch die notwendigen Instandsetzungsarbeiten sichergestellt. Diese Arbeiten erfolgen durch das Tiefbauamt selbst oder mittels Beiträgen an die konzessionierten Transportunternehmungen. Dabei werden in Zusammenarbeit mit den Transportunternehmungen die notwendigen Instandsetzungsmassnahmen mit notwendigen Ausbauten koordiniert und auf eine kostenoptimierte Gebrauchsdauer ausgelegt.

Ziele all dieser Massnahmen sind die Erhaltung der technischen Transportsicherheit der Anlagen, die Sicherung eines reibungslosen Betriebes, die Verbesserung der allgemeinen Verkehrssicherheit durch Reduktion oder einheitliche Signalisation der Konfliktpunkte Schiene/Strasse, die Möglichkeit zur Verdichtung der Fahrpläne in Spitzenzeiten sowie die Erhöhung der durchschnittlichen Reisegeschwindigkeit.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	568'235	614'251	904'496	290'245	47%	1
304	Zulagen	7'514	7'514	11'069	3'556	47%	

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
305	Arbeitgeberbeiträge	105'478	108'615	132'383	23'768	22%	
309	Übriger Personalaufwand	4'300					
310	Material- und Warenaufwand	20					
313	Dienstleistungen und Honorare	257'302	290'000	300'000	10'000	3%	2
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	7'361	6'000	5'500	-500	-8%	
330	Abschreibungen Sachanlagen VV	227'342	292'652	279'175	-13'477	-5%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-300					
	Total Aufwand	1'177'553	1'319'032	1'632'623	313'591	24%	
	Total Ertrag	-300					
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	1'177'253	1'319'032	1'632'623	313'591	24%	

- 1 Aufgrund der Verschiebung einer Sollstelle von der Direktion und innerhalb des Bereichs Infrastruktur und Mobilität vom Profitcenter Tiefbauamt Strassen entstand eine Abweichung zum Budget 2014. Zusätzlich wird gemäss Landratsbeschluss 2014-250 vom 11. Dezember 2014 der Personalaufwand befristet für FABI um CHF 190'000.– erhöht.
- 2 Gemäss Landratsbeschluss 2014-250 vom 11. Dezember 2014 werden im Budget 2015 CHF 60'000.– für Arbeiten im trinationalen Raum im Zusammenhang mit FABI eingestellt.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Beiträge an Infrastrukturvorhaben ÖV	366	Abschreibungen Investitionsbeiträge	135'054					
Beiträge an ÖV-Projekte	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	272'283	600'000	50'000	-550'000	-92%	1
	366	Abschreibungen Investitionsbeiträge	-22'233					
Betriebskostenbeiträge an ÖV	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	69'715'926	75'550'000	73'800'000	-1'750'000	-2%	2
Abschreibungen Investitionsbeiträge	366	Abschreibungen Investitionsbeiträge		1'300'000	1'422'779	122'779	9%	
Total Transferaufwand			70'101'029	77'450'000	75'272'779	-2'177'221	-3%	
Total Transferertrag								
Transfers (Netto)			70'101'029	77'450'000	75'272'779	-2'177'221	-3%	

- 1 Durch die Annahme von FABI werden künftig die Kosten für Vorprojekte und Realisierung von Bahninfrastrukturen in der Regel vom Bund übernommen.
- 2 Aufgrund einer Tarifierhöhung und der erfolgreichen Verhandlungen mit den Transportunternehmungen sinken die Abgeltungen im öffentlichen Verkehr gegenüber dem Jahr 2014.

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Ausbau BLT Linie 10 Arlesheim/Dornach	36	Transferaufwand	135'054					
Beiträge Bahnhofaus- und Neubauprogramm	36	Transferaufwand	-22'233					
	42	Entgelte	-129'185					
		Total	-151'418					
VK Regio-S-Bahn. 2. Etappe Planungskost.	36	Transferaufwand	272'283	600'000	50'000	-550'000	-92%	1
Total Verpflichtungskredite Aufwand			385'104	600'000	50'000	-550'000	-92%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag			-129'185					
Total Verpflichtungskredite (netto)			255'919	600'000	50'000	-550'000	-92%	

- 1 Durch die Annahme von FABI werden künftig die Kosten für Vorprojekte und Realisierung von Bahninfrastrukturen in der Regel vom Bund übernommen.

Investitionen

Investitionsvorhaben	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Laufen, Ausbau Bushof	50	Sachanlagen	522'307	400'000	4'000'000	3'600'000	900%	A,B, C,D
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung			-1'600'000	-1'600'000	X	
		Nettoinvestitionen	522'307	400'000	2'400'000	2'000'000	500%	
Ausbauten öffentlicher Verkehr 9990	50	Sachanlagen	2'069'171	500'000	500'000	0	0%	
	56	Eigene Inv.-Beitr.		500'000	500'000	0	0%	
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	-215'232					
		Nettoinvestitionen	1'853'939	1'000'000	1'000'000	0	0%	
Tram/Bahnübergänge Optimierungen	56	Eigene Inv.-Beitr.	3'543'824	5'000'000	4'000'000	-1'000'000	-20%	E
Ausbau BLT Linie 10 Margarethenstich	56	Eigene Inv.-Beitr.	51'981	900'000	200'000	-700'000	-78%	A,D
Trasseesanierung BLT Linie 12/14	56	Eigene Inv.-Beitr.	1'579'860	4'000'000	3'600'000	-400'000	-10%	C,F
Richtplan, Projektierung Schienennetz	56	Eigene Inv.-Beitr.	8'681	50'000	50'000	0	0%	
Trasseesanierung Linie 11	50	Sachanlagen	3'774'429					
	56	Eigene Inv.-Beitr.	3'770'575	5'000'000	500'000	-4'500'000	-90%	C,F
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	-1'918'287	-1'500'000		1'500'000	100%	
		Nettoinvestitionen	5'626'717	3'500'000	500'000	-3'000'000	-86%	
BLT Linie 10/17 Instandsetzung	56	Eigene Inv.-Beitr.	556'379					
BLT Linie 11 Instandsetzung	56	Eigene Inv.-Beitr.	2'051'030					
Bahnhof Laufen, Vorprojekte Module B&C	50	Sachanlagen	46'192	400'000		-400'000	-100%	
	56	Eigene Inv.-Beitr.			100'000	100'000	X	
		Nettoinvestitionen	46'192	400'000	100'000	-300'000	-75%	
BLT Linie 10/17 Doppelspur Spiesshöfli	50	Sachanlagen	23'750		400'000	400'000	X	A,D, F,G
	56	Eigene Inv.-Beitr.		400'000		-400'000	-100%	
		Nettoinvestitionen	23'750	400'000	400'000	0	0%	
BLT Linie 10/17 Doppelspur Ettlingen-Flü	56	Eigene Inv.-Beitr.	3'158'452	11'600'000	1'500'000	-10'100'000	-87%	A,F, G
Salina Raurica, ÖV-Anlagen	56	Eigene Inv.-Beitr.	737'538	700'000	2'200'000	1'500'000	214%	A,B, C,D, H
Herzstück	50	Sachanlagen			1'000'000	1'000'000	X	A,D, H
Allschwil, Baslerstr., Real. Schiene	50	Sachanlagen		500'000	1'000'000	500'000	100%	A,B, C,D, F
Allschwil, Baslerstr. BVB Linie 6, Inst.	50	Sachanlagen	613'262	100'000		-100'000	-100%	
Bushalt. Umsetz. BehiG Bus,Projekt.	50	Sachanlagen	37'211	500'000	300'000	-200'000	-40%	C
Muttenz, Busbahnhof, Projekt. (A2, Ö29)	56	Eigene Inv.-Beitr.		100'000	400'000	300'000	300%	A,B, C,D
WB Ausbau Infrastruktur (500431)	56	Eigene Inv.-Beitr.		3'400'000	13'500'000	10'100'000	297%	A,C, F,G

Investitionsvorhaben	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Tramhaltest.,Umsetz.BehiG,Proj. (500991)	56	Eigene Inv.-Beitr.		1'000'000	250'000	-750'000	-75%	C,F
BLT 10, 10/17&11,Instandsetz (501231)	56	Eigene Inv.-Beitr.		3'900'000	6'900'000	3'000'000	77%	C,F
Total Investitionsausgaben			22'544'642	38'950'000	40'900'000	1'950'000	5%	
Total Investitionseinnahmen			-2'133'519	-1'500'000	-1'600'000	-100'000	-7%	
Total Nettoinvestitionen			20'411'122	37'450'000	39'300'000	1'850'000	5%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	5.5	5.5	5.7	0.2	3.6%

Die veränderte Personalplanung ist zurückzuführen auf die Verschiebung von +0.2 Sollstellen innerhalb des Bereichs Infrastruktur und Mobilität vom Profitcenter Tiefbauamt Strassen.

Jahresprogramm

2314.006 Umsetzung des Konzeptes "Räumliche Entwicklung"

Der kantonale Richtplan (KRIP) stellt eine Ausformulierung der Grundsätze des «Konzeptes der Räumlichen Entwicklung» (KORE) dar. Mit den generellen Leistungsaufträgen ÖV (GLA) werden die im KRIP formulierten Handlungsanweisungen in ein konkretes und verbindliches ÖV-Angebotskonzept für vier Jahre gegossen. Die Erarbeitung des GLA stellt eine komplexe und vielschichtige Aufgabe dar. Zur Quantifizierung der räumlichen und verkehrlichen Wirkung von beabsichtigten ÖV-Massnahmen sind jeweils umfangreiche Planungsarbeiten notwendig.

A 2314.007 Prioritäten bei der Mobilität

Die Optimierung aller Verkehrsträger zur Befriedigung des Mobilitätsbedarfs ist oberstes Ziel. Wo zweckdienlich und sinnvoll wird mit einem attraktiven öffentlichen Verkehr und mit dem Ausbau der kantonalen Radrouten, als ergänzende Massnahme, die Verkehrsverlagerung gefördert. Bei den technischen Massnahmen gilt es vornehmlich durch konsequente ÖV-Bevorzugung an Lichtsignalanlagen oder durch Anordnung von Busspuren an staugefährdeten Stellen, die Fahrplan-Stabilität des Busangebots aufrechtzuerhalten. Bei den infrastrukturellen Massnahmen sind Eliminierungen von Einspurabschnitten und Schliessen von Netzlücken wirksame Elemente. Konkret sind folgende Projekte in Arbeit: WB; Haltestellen und Doppelspurinseln; BLT 10; Doppelspur Spiesshöfli; BLT 10; Projektierung Margarethenstich (Federführung Kanton Basel-Stadt).

B 2314.008 Optimierung der Verknüpfung der Verkehrsmittel

Im Vordergrund steht das Funktionieren der Transportkette im ÖV durch gezielte räumliche und zeitliche Bündelung der Zubringerverkehre in den drei Talschaften auf die Hauptachse und einer rasterartigen Vernetzung der ÖV-Linien im Agglomerationsraum. Nach Genehmigung des Projektierungs-/Baukredites für den Bushof Laufen, wird die Projektierung vorangetrieben mit Zielsetzung Bau ab ca. 2015. Das Vorprojekt ÖV-Anlagen Salina Raurica (Verlängerung Traminie 14) wird weitergeführt; unter anderem mit speziellem Fokus auf eine gute Verknüpfung mit den SBB (Bahnhof Pratteln) und den Buslinien (Endhaltestelle Augst).

2314.009 Weiterentwicklung des EuroAirports

Der EuroAirport ist ein wichtiger Faktor für den starken Wirtschaftsstandort Basel und Nordwestschweiz. Die internationale Erreichbarkeit ist strategisch von sehr hoher Bedeutung. Zur Förderung der regionalen Erreichbarkeit des Flughafens mit dem öffentlichen Verkehr ist der Schienenanschluss eine wichtige Massnahme. Die BUD beteiligt sich aktiv zusammen mit den Partnern in der Nordwestschweiz an den planerischen Arbeiten zur Anbindung der S-Bahn an den EuroAirport.

C 2314.010 Senioren- und Behindertengerechte Infrastruktur

Im Rahmen des GLA werden die Mobilitätsbedürfnisse verschiedener Gesellschaftsgruppen berücksichtigt. So wird explizit für jenen Teil der Bevölkerung, der bewusst oder gezwungenermassen auf das Auto verzichtet, ein ÖV-Angebot definiert, welches eine minimale Mobilitätsvorsorge gewährleistet. Insbesondere stellen die Bedürfnisse der älteren Personen einen wichtigen Pfeiler in der Angebotsplanung dar. Neben dem Angebot wird aber auch die Infrastruktur im ÖV konsequent behindertentauglich und altersgerecht umgebaut. Neben der Realisierung eines niveaufreien Einstiegs,

bei allen Verkehrsmitteln mittels hohen Haltekannten, werden auch alle Informationssysteme visuell und akustisch auf die Bedürfnisse von Personen mit körperlichen Einschränkungen angepasst. Konkret betrifft dies der Ausbau Infrastruktur WB (Erneuerung einzelner Haltestellen) sowie die Haltestellen der BVB - Linie 6 (Projekt Sanierung Baslerstrasse). Die Projektierungsarbeiten für ein Gesamtkonzept für behindertengerechte Bus- und Tramhaltestellen werden spätestens 2015 gestartet. Die Umsetzung selber wird teilweise umfangreiche Anpassungen im Schienen- und Strassenbereich nach sich ziehen.

2314.011 Förderung des senioren- und behindertengerechten Zugangs zu den öffentlichen Verkehrsmitteln

Das Angebot und die Infrastruktur im ÖV werden hinsichtlich Tauglichkeit für Personen mit Behinderungen angepasst. Die Förderung des Zugangs dieser Bevölkerungsgruppe umfasst meist Massnahmen, die auch den regulären Benützern Vorteile bieten, wie niveaufreier Einstieg und verbesserte optische Anzeigen.

F 2314.012 Werterhalt beim Schienennetz

Im Vordergrund stehen die Werterhaltung und der Ausbau der Anlagen bei den Gleistrassen, bei den Fahrleitungen und bei den Sicherungsanlagen. Die BUD unterstützt die Transportunternehmungen mit Finanzbeiträgen (SBB, BVB, BLT, WB) und durch die Übernahme der Federführung bei der Realisierung (WB). Die vorgesehenen Massnahmen im Rahmen des Ausbaus der WB sind mehrheitlich Werterhaltungsmassnahmen um den Betrieb sicherstellen zu können. Weitere Werterhaltungsmassnahmen umfassen die Instandsetzungen der BVB-Linien 12/14, der BLT-Linien 10, 17 und 11.

G 2314.013 Überprüfung und Sanierung von Unfallorten

Für die Optimierungsmassnahmen der Tram-/Bahnübergänge werden die pendenten Anlagen so rasch wie möglich erstellt bzw. fertiggestellt. Im Rahmen der Instandsetzungsmassnahmen z. B. der BVB Linie 12/14; BLT 10 werden die bahntechnischen Sicherungsanlagen wo nötig erneuert.

E 2314.014 Sicherheit im öffentlichen Verkehr

Die Sicherheit in öffentlichen Verkehrsmitteln ist von grosser Bedeutung für das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung. Im Rahmen der Leistungsbestellung ÖV werden deshalb die Anforderungen und Kriterien zusammen mit den Transportunternehmungen definiert und entsprechende Aufwände abgegolten. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf der Sicherheit beim Nachtnetz.

H 2314.015 Senkung der CO₂-Emissionen

Die ökologische Verträglichkeit der Mobilität ist eine zentrale Aufgabe des Kantons. Unter Berücksichtigung der sich verändernden Ansprüche der Bevölkerung bezüglich Komfort und Sicherheit werden deshalb Massnahmen zur Senkung der CO₂-Emission gezielt gefördert. Dabei bewirkt das Umsteigen vom Privatverkehr auf den öffentlichen Verkehr per se bereits die wirkungsvollste Reduktion des CO₂-Ausstosses pro Kopf. Des Weiteren werden im Rahmen der Leistungsbestellung ÖV Investitionen der Transportunternehmen in moderne und somit CO₂-arme Antriebsformen bei den Bussen (EURO 06) gefördert.

D 2314.016 Koordination Agglomerationsprogramm

Zur Erreichung der regional positiven Wirkung des ÖV sind kantonsübergreifende Planungen und Realisierungen zwingend. Das Agglomerationsprogramm erlaubt, solche Massnahmen prioritär zu behandeln und finanzierbar zu machen. Weiter erlaubt es auch, das Zusammenspiel der Wirkungen von übergeordneten Projekten des Bundes und von regionalen Projekten der Kantone sichtbar zu machen und hinsichtlich der Effektivität zu positionieren.

2314.017 Bündelung der regionalen Zusammenarbeit

Zur Erreichung der gesamtheregionalen Wirkung der ÖV-Systeme engagiert sich die BUD in verschiedenen regionalen Arbeitsgruppen. Im Konkreten beteiligt sich die BUD hinsichtlich ÖV aktiv in der Oberrheinkonferenz (ORK), im Trinationalen Eurodistrict Basel (TEB), in der Metropolitankonferenz Basel (MKB), in der Konferenz der Nordwestschweizer ÖV-Direktoren (KÖV NWCH), sowie in den regionalen Planungsgruppen zu Regio-S-Bahn Basel und Tramnetz Basel.

Bereich Immobilien

Als eine der wesentlichen Voraussetzungen für die notwendige Funktionstüchtigkeit und gute Aufgabenerfüllung benötigt die Kantonale Verwaltung Boden, Bauten und Anlagen. Der Bereich Immobilien ist das Dienstleistungszentrum für den Immobilienverkehr und die Immobilienbewirtschaftung sowie das Fachorgan für Hochbauten des Kantons Basel-Landschaft. Er betreut die Immobilien im Finanz- und Verwaltungsvermögen des Kantons.

Der Bereich Immobilien setzt die vom Regierungsrat festgelegte, langfristig ausgerichtete Bodenpolitik mit allen grundbuchrelevanten Bedürfnissen durch. Das Ziel ist eine angemessene, auf das Kantonsgebiet verteilte Landreserve für künftige Vorhaben und zu Abtauschzwecken zu schaffen und die laufenden Bedürfnisse des Kantons an Grund und Boden zeitgerecht, kostengünstig und unter Ausnutzung der Preisfluktuationen abzudecken. Entbehrliche Grundstücke werden zum Marktwert abgestossen.

Für die Bereitstellung von Raum wie Schul- und Sportanlagen, Verwaltungsbauten, Militäranlagen und Bauten für die Justiz mit den erforderlichen technischen und betrieblichen Infrastrukturen ist der Bereich Immobilien zuständig. Öffentliche Hochbauten, welche den Verwaltungstätigkeiten im notwendigen Mass dienen sollen, werden ausschliesslich vom Bereich Immobilien geplant, erstellt, eingerichtet und bewirtschaftet.

Im Rahmen der integralen Immobilienbewirtschaftung werden sämtliche Bedürfnisse im Bereich nach übergeordneten Immobilien- und Arealentwicklungsstrategien sowie unter ökonomischen und ökologischen Aspekten umgesetzt. Mittels Gesamtkonzepten sind die Immobilien möglichst effizient zu nutzen und auf bedarfsgerechte Art zu bewirtschaften. Die Substanz- und Werterhaltung ist dabei von besonderer Bedeutung.

Erfolgsrechnung

	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %
30 Personalaufwand	19'261'727	20'987'573	19'898'651	-1'088'922	-5%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	55'558'924	56'314'000	55'070'515	-1'243'486	-2%
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen	26'579'064	33'750'000	30'096'658	-3'653'342	-11%
34 Finanzaufwand	606'759	805'750	1'106'750	301'000	37%
36 Transferaufwand	93'349	120'000	100'000	-20'000	-17%
41 Regalien und Konzessionen	-347'047		-150'000	-150'000	X
42 Entgelte	-1'298'906	-445'000	-535'000	-90'000	-20%
44 Finanzertrag	-32'573'254	-23'150'200	-23'200'200	-50'000	0%
46 Transferertrag	-133'748	-100'000	-100'000	0	0%
48 Ausserordentlicher Ertrag	-9'702'547	-10'650'000	-10'179'367	470'633	4%
49 Interne Fakturen	-152'041	-151'807	-143'700	8'107	5%
Total Aufwand	102'099'822	111'977'323	106'272'574	-5'704'749	-5%
Total Ertrag	-44'207'542	-34'497'007	-34'308'267	188'740	1%
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	57'892'280	77'480'316	71'964'307	-5'516'009	-7%

BUD

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	102.8	113.0	113.0	0.0	0.0%

2304 Hochbauamt

Auftrag und Zielsetzungen

Das Hochbauamt betreut alle Parzellen und Hochbauten im Verwaltungs-, Finanz- und Treuhandvermögen des Kantons sowie die kantonalen Einmietungen. Es ist für die Bereitstellung von Raum mit den erforderlichen technischen und betrieblichen Infrastrukturen für die Verwaltungstätigkeiten des Kantons zuständig.

Es ist zuständig für den Immobilienverkehr sowie die Immobilienverwaltung des gesamten Liegenschaftsbestandes des Kantons, für die Durchführung und Überwachung des baulichen und betrieblichen Gebäudeunterhalts der Hochbauten inklusive Instandhaltung, Reinigung, Ver- und Entsorgung, die Raumbewirtschaftung und das Mietwesen. Öffentliche Hochbauten des Kantonsverwaltungsvermögens werden vom Hochbauamt geplant, erstellt, bewirtschaftet, eingerichtet, unterhalten und gewartet.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	15'858'513	16'433'059	16'474'711	41'652	0%	
303	Temporäre Arbeitskräfte	172'232					
304	Zulagen	356'372	331'984	356'372	24'388	7%	
305	Arbeitgeberbeiträge	2'797'325	4'122'530	2'967'568	-1'154'962	-28%	1
309	Übriger Personalaufwand	77'285	100'000	100'000	0	0%	
310	Material- und Warenaufwand	684'863	743'000	652'500	-90'500	-12%	2
311	Nicht aktivierbare Anlagen	2'468'903	1'990'000	1'650'000	-340'000	-17%	3
312	Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV	8'668'519	9'310'000	9'045'000	-265'000	-3%	
313	Dienstleistungen und Honorare	9'467'666	9'480'000	9'670'000	190'000	2%	
314	Baulicher und betrieblicher Unterhalt	12'655'515	11'813'000	12'643'000	830'000	7%	4
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	514'306	405'000	450'000	45'000	11%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	20'519'165	21'800'000	20'255'800	-1'544'200	-7%	5
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	109'441	120'000	120'000	0	0%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	-90'828	15'000	15'000	0	0%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	34'500	38'000	35'000	-3'000	-8%	
330	Abschreibungen Sachanlagen VV	26'579'064	33'750'000	30'096'658	-3'653'342	-11%	6
341	Realisierte Kursverluste	-11					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	300	750	750	0	0%	
343	Liegenschaftenaufwand Finanzvermögen	606'471	805'000	1'106'000	301'000	37%	7
412	Konzessionen	-347'047		-150'000	-150'000	X	
425	Erlös aus Verkäufen	-103'072	-135'000	-90'000	45'000	33%	
426	Rückerstattungen	-1'127'117	-280'000	-365'000	-85'000	-30%	8
427	Bussen	-68'717	-30'000	-80'000	-50'000	-167%	9
440	Zinsertrag	-30	-200	-200	0	0%	
441	Realisierte Gewinne FV	-3'921'999	-1'200'000	-1'300'000	-100'000	-8%	
443	Liegenschaftenertrag FV	-14'492'398	-9'400'000	-9'867'000	-467'000	-5%	7
447	Liegenschaftenertrag VV	-14'158'826	-12'550'000	-12'033'000	517'000	4%	10
489	Entnahmen aus dem Eigenkapital	-9'702'547	-10'650'000	-10'179'367	470'633	4%	11
492	Int Fakturen Pacht, Mieten, Benützungsko	-152'041	-151'807	-143'700	8'107	5%	
	Total Aufwand	101'479'599	111'257'323	105'638'359	-5'618'964	-5%	
	Total Ertrag	-44'073'794	-34'397'007	-34'208'267	188'740	1%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	57'405'805	76'860'316	71'430'092	-5'430'224	-7%	

- Die Budgetminderung resultiert aus der Reform der BLPK. 2014 wurden finanzielle Mittel für Übergangsrenten von vorzeitigen Pensionierungen budgetiert, welche 2015 wegfallen.
- 2014 liegt eine zu hohe Budgetierung vor deshalb wurde diese Position angepasst.
- Die Budgetminderung resultiert aus Entlastungsmassnahme BUD-N-10 (Kürzung Mobilier).
- Diese Budgetposition wurde für 2015 erhöht, um mit dem Abbruch der Liegenschaft Martin-Birmann-Spitals zu beginnen.
- Für 2015 werden Entlastungen aus der Aufgabe diverser Einmietungen erwartet, sofern die aktuellen Flächenminderungen beibehalten werden können.

- 6 Die geringeren Abschreibungen der Investitionen sind auf die Differenz Budget - Rechnung zurückzuführen. Die geplanten Abschreibungen weichen von den effektiven Abschreibungen ab, da die Inbetriebnahme von Bauten schwer planbar ist.
- 7 Durch die Umwidmung von Liegenschaften aus dem von der Basellandschaftlichen Kantonalbank gehaltene Treuhandvermögen in das Finanzvermögen des Kantons Basel-Landschaft steigt der Aufwand. In gleichem Umfang nimmt der Aufwand im Treuhandvermögen ab, sowie auch der Ertrag da dieser direkt im Hochbauamt (Kostenart 443) budgetiert ist.
- 8 Aus dem Übertrag der Sekundarschulbauten und -anlagen werden die Energiebezüge den Gemeinden in Rechnung gestellt. Diese Energiebezüge werden erstmals 2015 budgetiert.
- 9 Für 2015 sind ganzjährige Kontrollen des Parkraums geplant.
- 10 Im Rahmen der Verselbständigung der Spitalbetriebe wurden die Baurechtszinse an den hypothekarischen Referenzzinssatz angepasst.
- 11 Da die Abschreibungen der Sekundarschulbauten geringer ausfallen, wird weniger Eigenkapital zur Deckung entnommen.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Beitr. Betriebskosten Mensa FHNW Muttenz	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	93'349	120'000	100'000	-20'000	-17%	
Betriebskostenanteil Gemeinde Muttenz	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-106'919	-100'000	-100'000	0	0%	
Bundesbeitrag für SSR Gitterli Liestal	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-26'829					
Total Transferaufwand			93'349	120'000	100'000	-20'000	-17%	
Total Transferertrag			-133'748	-100'000	-100'000	0	0%	
Transfers (Netto)			-40'399	20'000		-20'000	-100%	

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Ausbau/Amortis. Kant. Labor Liestal	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	526'875	600'000	505'000	-95'000	-16%	1
Ausbau/Amortis. Polizeiposten Therwil	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand			29'215	29'215		X
Total Verpflichtungskredite Aufwand			526'875	600'000	534'215	-65'786	-11%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag								
Total Verpflichtungskredite (netto)			526'875	600'000	534'215	-65'786	-11%	

- 1 Bei der Erstellung des Budgets 2014 wurden Amortisation sowie Abnahme der Verzinsung der Restschuld nicht berücksichtigt. Budget 2015 ist dies angepasst.

Investitionen

Investitionsvorhaben	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Muttenz, Neubau FHNW HLS, PH/HSA u. HABG	50	Sachanlagen	6'644'756	26'060'000	55'500'000	29'440'000	113%	A
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung		-4'000'000		4'000'000	100%	
		Nettoinvestitionen	6'644'756	22'060'000	55'500'000	33'440'000	152%	
Technische Investitionen 9980	50	Sachanlagen	2'117'828	3'000'000	1'400'000	-1'600'000	-53%	B,C
Bauliche Investitionen 9990	50	Sachanlagen	11'939'709	5'000'000	1'800'000	-3'200'000	-64%	B,C
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	-58'315					
		Nettoinvestitionen	11'881'394	5'000'000	1'800'000	-3'200'000	-64%	
Globalkredit Unterh Bau Haustechnik 9970	50	Sachanlagen	1'651'297	500'000	500'000	0	0%	B,C

Investitionsvorhaben	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Sekundarschulen, Instandsetzung 9910	50	Sachanlagen	2'602'026	2'000'000	220'000	-1'780'000	-89%	B,C
Sekundarschulbauten, Eigentumsübertrag	50	Sachanlagen	5'091'000					
Basel, Neubau UKBB	50	Sachanlagen	-60'194					
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	60'194					
		Nettoinvestitionen						
Sekundarschulbauten Neu- und Umbauten	50	Sachanlagen	12'541'753	7'310'000	16'860'000	9'550'000	131%	A
Muttenz, Strafjustizzentrum	50	Sachanlagen	28'650'160	13'800'000	786'000	-13'014'000	-94%	
Basel, Uni, Neubau Schällennätteli	54	Darlehen	1'753'336	13'750'000	19'940'000	6'190'000	45%	A
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	63'875	-3'150'000	-4'510'000	-1'360'000	-43%	
		Nettoinvestitionen	1'817'211	10'600'000	15'430'000	4'830'000	46%	
Arlenheim, Mieterausbau Einm. SIPO-West	50	Sachanlagen	2'387'770					
Augst, RAR Steinlager Arbeitsplätze	50	Sachanlagen	89'382	470'000	750'000	280'000	60%	A
Münchenstein, Gymnasium, San. AH	50	Sachanlagen	263'463	470'000	400'000	-70'000	-15%	A
Liestal, Turnhalle Gymnasium	50	Sachanlagen	189'538					
Mü'stein, Gym., TP 02.2 Nutzungsanp/Inst	50	Sachanlagen	741'022	550'000	1'180'000	630'000	115%	A
Münchenstein, Gym., San Villa Ehinger	50	Sachanlagen	15'095					
Gutsbetriebe Wildenstein u. Arxhof	50	Sachanlagen	1'437'866					
Sissach, Arealnutzung Werkhof	50	Sachanlagen			320'000	320'000		X A
Muttenz, GIBM Erweiterungsbau/San.Altbau	50	Sachanlagen		100'000	400'000	300'000	300%	A
Muttenz,Nachnutzung FH-Gebäude(Gym.etc.)	50	Sachanlagen		150'000	100'000	-50'000	-33%	A
Muttenz, FH-Aula, Infrastr. Gesamtsani.	50	Sachanlagen		180'000	400'000	220'000	122%	A
Augst, RAR Steinlager ARP, Übergangslös.	50	Sachanlagen		300'000	100'000	-200'000	-67%	A
Münchenstein, Gym. Erw., Pavillonproviso	50	Sachanlagen	145'353	700'000		-700'000	-100%	
Mieterausbauten Einmietungen - 9930	50	Sachanlagen			500'000	500'000		X A
Basel, Uni, Neubau / IS Alt-Biozentrum	50	Sachanlagen		350'000		-350'000	-100%	A
Mü'stein, Gym., TP 02.1 Erweiterung	50	Sachanlagen		300'000	710'000	410'000	137%	A
Liestal, Ausbau Schiessstand Polizei	50	Sachanlagen	474'176					
Muttenz, Quartierplan SEK II Polyfeld	50	Sachanlagen			700'000	700'000		X A
Total Investitionsausgaben			78'675'337	74'990'000	102'566'000	27'576'000	37%	
Total Investitionseinnahmen			65'754	-7'150'000	-4'510'000	2'640'000	37%	
Total Nettoinvestitionen			78'741'091	67'840'000	98'056'000	30'216'000	45%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	102.8	113.0	113.0	0.0	0.0%

Jahresprogramm

2304.001 Flächenmanagement

Auf der Basis der erarbeiteten Grundlagen zur Optimierung des Verwaltungsstandorts Liestal hat der Regierungsrat den Auftrag für die Ausarbeitung einer Projektierungsvorlage für den Neubau eines Verwaltungsgebäudes im Kreuzboden erteilt (Etappe 1). Im Zusammenhang mit dem notwendig werdenden Erwerb von Land oder Rechten, aber auch aus städtebaulichen Überlegungen, wurde nochmals die Standortfrage aufgeworfen. Nebst der Standortfrage stellen sich auch immobilienwirtschaftliche Fragen, wie die Gegenüberstellung eines durch den Kanton zu erstellenden und zu finanzierenden Neubaus zu einer gemeinsamen Entwicklung eines Verwaltungsneubaus mit Dritten. Gemeinsam mit den SBB wird die Einmietung in einem seitens SBB neu zu erstellenden Empfangsgebäude am Bahnhof SBB geprüft. Die Absicht wurde mittels eines Letter of Intent zwischen Regierung und SBB festgehalten. Die städtebauliche Studie dazu liegt im 3. Quartal 2014 vor, ein Projektwettbewerb wird seitens SBB Ende 2014 gestartet und im 2015 bearbeitet. Etappe 2 Sanierung des Verwaltungsgebäudes Rheinstrasse 29, erfolgt nach der Realisierung des Verwaltungsneubaus. Etappe 3 Neubau Kantonsgericht wurde zeitlich verschoben.

A 2304.002 Landratsvorlagen/ Verpflichtungskredite

Die Schwerpunkte für das Jahr 2015 bilden zahlreiche Investitionsvorhaben von notwendigen Infrastrukturen im Bereich Bildung konkret für die neu übernommenen Sekundarschulbauten, die Schulbauten der Sekundarstufe II sowie für die FHNW in Muttenz. Ende 2015 wird voraussichtlich ebenfalls die Baukreditvorlage für das Sammlungszentrum Römerstadt vorliegen. Das Projekt Neubau Strafjustizzentrum in Muttenz wurde als grösseres Projekt 2014 fertig gestellt und in Betrieb genommen. Im Jahre 2015 erfolgen noch Zahlungen von allfälligen Betriebsoptimierungen.

B 2304.003 Unterhaltsmassnahmenpläne

Die Mehrjahresunterhaltsplanung (Instandhaltung und Instandsetzung) wird laufend aktualisiert und systematisch optimiert, damit die finanziellen und die personellen Ressourcen über die nächsten Jahre ausgewiesen und nach Priorität beantragt werden können. Schwerpunkt bilden auch 2015 der Unterhaltsbedarf und die daraus abgeleiteten Mehrjahresplanungen für die Liegenschaften der Sekundarschulbauten.

2304.004 Unterhaltsstandards

Auf der Basis einer formulierten Immobilien- und Objektstrategie werden übergeordnete Unterhaltsrichtlinien und objektbezogene Unterhaltsstandards mit kurz- bis langfristigen Instandhaltungs- und Instandsetzungsmassnahmen abgeleitet.

C 2304.005 Werterhaltung der Gebäude und Anlagen im Verwaltungsvermögen

Basierend auf der Immobilienstrategie des Hochbauamtes wurden sämtliche Liegenschaften im Verwaltungsvermögen abgeleitet von der Objektstrategie mit den Unterhaltsstandards (vgl. 2304.004 Unterhaltsstandards) in vier Kategorien bewertet. Die notwendigen Ressourcen für einen optimalen Werterhalt der Liegenschaften werden nach Priorität definiert und eingesetzt. Auf Grund der finanziellen Situation des Kantons wurden im Rahmen des Entlastungspakets 12/15 in diesem Leistungsteil Kürzungen vorgenommen. Sollten die Finanzmittel für den Werterhalt der Gebäude und Anlagen im Verwaltungsvermögen über eine längere Zeit zurückgebunden werden, kann die Werterhaltung nicht mehr vollumfänglich sichergestellt werden.

2304.006 Wirtschaftsoffensive und Umsetzung der kantonalen Bodenpolitik BL

Für die aktive Mitwirkung der Bodenpolitik an der Wirtschaftsoffensive ist neben der Veräusserung von bereits vorhandenen Grundstücken, insbesondere der Ankauf von Grundstücken notwendig. Ein besonderes Augenmerk wird auf die Arealentwicklung und damit den strategischen Ankauf und Verkauf von Grundstücken gerichtet. Hierbei findet eine enge Zusammenarbeit des Hochbauamtes mit dem Amt für Raumplanung statt. Grundstücke für Infrastrukturbauwerke (Hoch- und Tiefbau) werden vorausschauend beschafft.

Bereich Umwelt und Energie

Der Bereich Umwelt und Energie umfasst die Dienststellen Sicherheitsinspektorat (SIT), Lufthygieneamt beider Basel (LHA) und Amt für Umweltschutz und Energie (AUE).

Folgende Aufgaben werden im Bereich wahrgenommen:

- Vollzug der massgebenden Gesetzgebung im Bereich Umweltschutz und Energie, so z.B. Umweltschutzgesetz (USG), Gewässerschutzgesetz (GSchG), Energiegesetz (EnG), Bundesgesetz über die Stromversorgung (StromVG), Wasser-rechtsgesetz (WRG), eidgenössischen und kantonalen Luftreinhaltebestimmungen, Verordnung über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung (NISV), Störfallverordnung (StFV), Einschliessungsverordnung (ESV), Freisetzungsverordnung (FrSV) und der Gefahrgutbeauftragtenverordnung (GGBV) sowie der Schutz vor übermässigen Lichtemissionen.
- Überwachung der Umsetzung der Gesetzgebung und Eigenverantwortung der Betriebe bezüglich Umweltschutz, Luftqualität, technische Risiken und Einhaltung des Standes der Sicherheitstechnik. Kontinuierliche und flächendeckende Überwachung der Luftqualität. Für Grenzwertüberschreitungen werden Massnahmenpläne erarbeitet und umgesetzt. Industrielle und gewerbliche Anlagen werden im Bewilligungsverfahren beurteilt und periodisch kontrolliert. Bei Überschreitung der Emissionsbegrenzungen werden Sanierungen angeordnet und deren Erfüllung begleitet.
- Beurteilung im Bewilligungsverfahren von Bauten und Anlagen sowie Kontrolle der Auflageneinhaltung.

Die Leistungsaufträge im Bereich entsprechen weitestgehend dem regierungsrätlichen Schwerpunktfeld Natur- und Klimawandel; damit sollen bis 2015 prioritär nachstehende Ziele erreicht werden:

1. Altlasten: Die Altlastenbearbeitung im Rahmen des Kataster der belasteten Standorte und speziell im Raum Muttenz und Pratteln wird fortgeführt. Die Vorkehrungen zum Schutz des Grundwassers sind umgesetzt. (RP 2012-2015: R-NK-2, BUD-NK-5, BUD 13)
2. Wasser: Die Wasserstrategie des Regierungsrates im Kanton Basel-Landschaft ist genehmigt und wird umgesetzt. Die vorhandenen natürlichen Wasserressourcen bleiben in Quantität und Qualität erhalten. Vorhandene Beeinträchtigungen werden möglichst eliminiert. Strategische Leitsätze für die Beurteilung von Nutzungskonflikten liegen vor. Eine wirtschaftliche und zweckmässige Wasserversorgung (Qualität, Versorgungssicherheit) ist langfristig sichergestellt. (RP 2012-2015: R-NK-2; BUD-NK-3, VGD 16)
3. Energie und Klimaschutz: Die Energiestrategie des Regierungsrates aus dem Jahr 2008 ist für einen Ausstieg aus der Kernenergie überprüft und neu formuliert worden. Sie dient als Grundlage für die Revision des kantonalen Energiegesetzes von 1991 und für die Umsetzung des Bundesgesetzes über die Stromversorgung. (RP 2012-2015: R-NK-1; BUD-NK-2; BUD 11)
4. Luft: Einhalten der Immissionsgrenzwerte gemäss der Luftreinhalteverordnung und der NIS Verordnung. Speziell für Feinstaub, Ozon, Stickoxid. Die Schadstofffrachten sollen um 20 bis 40 Prozent reduziert werden. Umsetzung des Luftreinhalteplans beider Basel LRP. (RP 2012-2015: R-NK-2, BUD-NK-5, BUD 16)
5. Vollzug: Die Vollzugsinstrumente werden im Sinne eines wirkungsorientierten Umweltschutzes weiterentwickelt. (RP 2012-2015: R-SH-1)

Erfolgsrechnung

	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %
30 Personalaufwand	8'251'156	8'841'440	8'900'830	59'391	1%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	4'301'685	2'404'900	4'358'200	1'953'300	81%
34 Finanzaufwand	2	100	100	0	0%
36 Transferaufwand	6'146'140	7'269'300	3'824'400	-3'444'900	-47%
37 Durchlaufende Beiträge	7'516'355	2'963'000	6'784'000	3'821'000	129%
41 Regalien und Konzessionen	-6'565'919	-6'403'000	-6'604'000	-201'000	-3%
42 Entgelte	-680'606	-661'000	-754'600	-93'600	-14%

	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %
44 Finanzertrag	-23				
45 Übertrag Fonds / StaatsRG	-1'180'500	-1'200'500	-1'300'500	-100'000	-8%
46 Transferertrag	-2'179'283	-3'393'276	-2'287'116	1'106'160	33%
47 Durchlaufende Beiträge	-7'516'355	-2'963'000	-6'784'000	-3'821'000	-129%
Total Aufwand	26'215'338	21'478'740	23'867'530	2'388'791	11%
Total Ertrag	-18'122'686	-14'620'776	-17'730'216	-3'109'440	-21%
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	8'092'652	6'857'964	6'137'314	-720'649	-11%

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	55.0	58.0	58.0	0.0	0.0%

2305 Amt für Umweltschutz und Energie

Auftrag und Zielsetzungen

Das Amt für Umweltschutz und Energie (AUE) ist die zentrale Anlaufstelle für Umwelt- und Energiefragen. Das AUE vollzieht die eidgenössischen und kantonalen Gesetze und Verordnungen in den Bereichen Umweltschutz und Energie. In diesen Bereichen sollen im nächsten Jahr prioritär nachstehende Ziele erreicht werden:

1. Altlasten: Die Altlastenbearbeitung im Rahmen des Katasters der belasteten Standorte und speziell im Raum Muttenz und Pratteln wird fortgeführt. Die Vorkehrungen zum Schutz des Grundwassers sind umgesetzt. (RP 2012-2015: R-NK-2, BUD-NK-5, BUD 13)
2. Integrale Wasserstrategie: Die Wasserstrategie (Grundwasserschutz, Gewässerschutz, Wasserversorgung) des Regierungsrates im Kanton Basel-Landschaft ist genehmigt und wird umgesetzt. Die vorhandenen natürlichen Wasserressourcen bleiben in Quantität und Qualität erhalten. Vorhandene Beeinträchtigungen werden möglichst eliminiert. Strategische Leitsätze für die Beurteilung von Nutzungskonflikten liegen vor. Eine wirtschaftliche und zweckmässige Wasserversorgung (Qualität, Versorgungssicherheit) ist langfristig sichergestellt. (RP 2012-2015: R-NK-2; BUD-NK-3, VGD 16)
3. Energie und Klimaschutz: Die Energiestrategie des Regierungsrates aus dem Jahr 2008 ist für einen Ausstieg aus der Kernenergie überprüft und neu formuliert worden. Sie dient als Grundlage für die Revision des kantonalen Energiegesetzes von 1991 und für die Umsetzung des Bundesgesetzes über die Stromversorgung. (RP 2012-2015: R-NK-1; BUD-NK-2; BUD 11)

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	4'298'786	4'611'482	4'759'129	147'647	3%	
304	Zulagen	65'131	33'399	65'131	31'732	95%	
305	Arbeitgeberbeiträge	974'728	1'118'524	978'871	-139'653	-12%	1
309	Übriger Personalaufwand	24'392	33'000	30'000	-3'000	-9%	
310	Material- und Warenaufwand	29'464	65'000	37'000	-28'000	-43%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	35'926	30'000	30'000	0	0%	
312	Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV		203'000	200'000	-3'000	-1%	
313	Dienstleistungen und Honorare	1'327'321	2'695'200	1'920'100	-775'100	-29%	2
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	13'600	32'000	20'000	-12'000	-38%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	26'171	10'000	30'000	20'000	200%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	68'384	110'000	103'000	-7'000	-6%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	2'063	5'000	5'000	0	0%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	748'427	-2'366'000	227'000	2'593'000	110%	2
341	Realisierte Kursverluste	-4					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten		100	100	0	0%	
370	Durchlaufende Beiträge	7'516'355	2'963'000	6'784'000	3'821'000	129%	3
412	Konzessionen	-6'565'919	-6'403'000	-6'604'000	-201'000	-3%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-72'102	-20'000	-51'600	-31'600	-158%	
424	Benützungsgebühren und Dienstleistungen	-37'404	-36'000	-36'000	0	0%	
426	Rückerstattungen	-229'993	-180'000	-180'000	0	0%	
440	Zinsertrag	-23					
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	-1'180'500	-1'200'500	-1'300'500	-100'000	-8%	
470	Durchlaufende Beiträge	-7'516'355	-2'963'000	-6'784'000	-3'821'000	-129%	3
	Total Aufwand	15'130'744	9'543'705	15'189'331	5'645'626	59%	
	Total Ertrag	-15'602'295	-10'802'500	-14'956'100	-4'153'600	-38%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	-471'551	-1'258'795	233'231	1'492'026	119%	

1 Die tieferen Arbeitgeberbeiträge sind mit den erfolgten Vorpensionierungen 2014 zu erklären.

- Die Finanzierung der altlastrechtlichen Massnahmen wurde 2014 über diverse Kostenarten budgetiert. Gemäss HRM2 erfolgt die Verbuchung dieser Aufwendungen über die Kostenart 31990000 auf der die entsprechenden Rückstellungen gebildet wurde. Die Auflösung wird ebenfalls über die Kostenart 31990000 gebucht, so dass die Auswirkung auf die Erfolgsrechnung neutral ist. Dieser Sachverhalt wird erstmals im Budget 2015 umgesetzt.
- Die Förderbeiträge zum nationalen Gebäudeprogramm Energie werden neu über die Erfolgsrechnung ausgewiesen. Dies wegen den eingegangenen Verpflichtungen durch das AUE als beurteilende Behörde.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Energie	360	Ertragsanteile an Dritte	25'074	25'000	25'000	0	0%	
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	6'075'117	4'436'000	3'759'000	-677'000	-15%	1
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-273'850	-250'000	-250'000	0	0%	
Abfall/Altlasten	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte		2'759'000		-2'759'000	-100%	2
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten		-1'049'000		1'049'000	100%	2
Abwasser	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	44'200	25'000	25'000	0	0%	
Gewässer	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	15'113	24'300	15'400	-8'900	-37%	
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-207'667	-287'000	-280'000	7'000	2%	
7.3 Beitrag Apprentas Ausbildungszentrum	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	-13'364					
1.4 Gewässerschutz Oberflächengewässer	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-30'309		-40'000	-40'000		X
Total Transferaufwand			6'146'140	7'269'300	3'824'400	-3'444'900	-47%	
Total Transferertrag			-511'826	-1'586'000	-570'000	1'016'000	64%	
Transfers (Netto)			5'634'313	5'683'300	3'254'400	-2'428'900	-43%	

- Auszahlung der Förderbeiträge Energiepaket BL ist durch Umsetzung EP 12/15 limitiert.
- Die Finanzierung der altlastrechtlichen Massnahmen wurde 2014 über diverse Kostenarten budgetiert. Gemäss HRM2 erfolgt die Verbuchung dieser Aufwendungen über die Kostenart 31990000 auf derer die entsprechenden Rückstellungen gebildet wurde. Die Auflösung wird ebenfalls über die Kostenart 31990000 gebucht, so dass die Auswirkung auf die Erfolgsrechnung neutral ist. Dieser Sachverhalt wird erstmals im Budget 2015 umgesetzt.

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
6.5 Förderprogramm Gebäudesanierung	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	1'576'103	1'000'000	1'017'000	17'000	2%	
	36	Transferaufwand	5'942'156	4'300'000	3'623'000	-677'000	-16%	1
	46	Transferertrag	-273'850	-250'000	-250'000	0	0%	
		Total	7'244'409	5'050'000	4'390'000	-660'000	-13%	
Total Verpflichtungskredite Aufwand			7'518'259	5'300'000	4'640'000	-660'000	-12%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag			-273'850	-250'000	-250'000	0	0%	
Total Verpflichtungskredite (netto)			7'244'409	5'050'000	4'390'000	-660'000	-13%	

- Auszahlung der Förderbeiträge Energiepaket BL ist durch Umsetzung EP 12/15 limitiert.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	35.8	37.8	37.8	0.0	0.0%

Jahresprogramm

2305.001 Erarbeitung eines Massnahmenplans der Abfall- und Ressourcenwirtschaft 2012-2015 für den Kanton Basel-Landschaft

Direktionsziel «Schutz der natürlichen Umwelt». Die heutigen Abfälle sind die Rohstoffe der Zukunft. Ein Massnahmenplan soll Möglichkeiten auf dem Weg zur Kreislaufwirtschaft aufzeigen.

2305.003 Das gemeinsame Projekt Baselland/Wasserforschungsinstitut des ETH-Bereichs EAWAG "Wasserversorgung BL 21" wird in der Periode 2011-2015 umgesetzt

In den Themenbereichen Wasserversorgung, Spurenstoffe, Trinkwasseraufbereitung, Mikrobiologie, Wasserversorgung und Kommunikation werden in Modellregionen vertiefte Analysen zu prioritären Herausforderungen der Wasserversorgung in Basel-Landschaft erarbeitet. Die methodischen Ansätze sowie die konzeptionellen Erkenntnisse lassen sich auf die restlichen Grundwasservorkommen und Wasserversorgungen im Kanton Basel-Landschaft übertragen.

2305.004 Die vom Regierungsrat 2012 verabschiedete Wasserstrategie wird ab 2013 umgesetzt

Die Wasserstrategie beinhaltet Leitsätze und Indikatoren für eine ganzheitliche Wasserwirtschaft im Kanton Basel-Landschaft. Bei der Planung der kantonalen Vollzugsaufgaben dient die Wasserstrategie als Referenz- und Koordinationsinstrument.

2305.005 Das kantonale Energiegesetz wird teilrevidiert, inklusive Anschlussgesetzgebung zum eidgenössischen Stromversorgungsgesetz

Direktionsziel «Nachhaltiger Umgang mit Energie». Aufgrund der geänderten energiepolitischen Rahmenbedingungen, insbesondere dem beschleunigten Ausstieg aus der Atomenergie und der neuen Stromgesetzgebung, wird das kantonale Energiegesetz überprüft und angepasst.

2305.006 Reduktion von CO2 Emissionen (BUD 10)

Im Rahmen der Reduktion von CO2 Emissionen wurde das Energieförderprogramm ins Leben gerufen.

2311 Lufthygieneamt beider Basel

Auftrag und Zielsetzungen

Das Lufthygieneamt (LHA) ist Fachstelle für Luftreinhaltung und Schutz vor nichtionisierender Strahlung. Es ist verantwortlich für den Vollzug der eidgenössischen und kantonalen Luftreinhaltbestimmungen sowie der Verordnung über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung (NISV).

Die Luftqualität wird kontinuierlich und flächendeckend überwacht. Für Grenzwertüberschreitungen werden Massnahmenpläne erarbeitet und umgesetzt. Industrielle und gewerbliche Anlagen werden im Bewilligungsverfahren beurteilt und periodisch kontrolliert. Bei Überschreitung der Emissionsbegrenzungen werden Sanierungen angeordnet und deren Erfüllung begleitet.

Das LHA sorgt beim Vollzug der NISV dafür, dass die Grenzwerte (insb. Mobilfunkstrahlung) eingehalten werden. Es beurteilt im Bewilligungsverfahren neu zu errichtende Anlagen und kontrolliert diese nach der Errichtung.

Das LHA ist zuständig für den Schutz vor übermässigen Lichtimmissionen in BL und BS. Dies ist im Leistungsauftrag festgehalten. Dazu sind vorerst gesetzliche Grundlagen notwendig, die vom Bund zu erstellen sind. Zudem bestehen kantonale parlamentarische Aufträge (2 Motionen in BL, 1 Anzug in BS) zur Schaffung und Umsetzung ebensolcher gesetzlicher Grundlagen.

Insgesamt sind diese Aufgaben dem regierungsrätlichen Schwerpunktfeld Natur- und Klimawandel, insbes. dem Legislaturziel R-NK-2 "Lebenswichtige Ressourcen werden geschont" zuzuordnen; sie werden anhand des Zielindikators NK-4 "Luftqualität" und den Berichtsindikatoren NK-11, NK-12, NK-13 "Emissionszielwerte gemäss Luftreinhaltplan" gemessen.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	1'740'992	1'825'657	1'902'244	76'587	4%	
304	Zulagen	27'847	21'705	27'847	6'142	28%	
305	Arbeitgeberbeiträge	331'077	427'158	395'050	-32'108	-8%	
309	Übriger Personalaufwand	3'021	8'000	8'000	0	0%	
310	Material- und Warenaufwand	59'701	95'000	104'000	9'000	9%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	124'775	75'000	76'000	1'000	1%	
312	Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV	7'219	7'500	7'700	200	3%	
313	Dienstleistungen und Honorare	96'001	242'000	56'000	-186'000	-77%	1
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	121'932	116'000	124'000	8'000	7%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	9'591		8'000	8'000		X
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	28'230	25'000	25'000	0	0%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	457					
319	Verschiedener Betriebsaufwand		4'200	4'200	0	0%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-299'372	-390'000	-457'000	-67'000	-17%	2
	Total Aufwand	2'550'842	2'847'219	2'738'040	-109'179	-4%	
	Total Ertrag	-299'372	-390'000	-457'000	-67'000	-17%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	2'251'471	2'457'219	2'281'040	-176'179	-7%	

BUD

- 1 Die Rückerstattung des Bundes zum Vollzug der Lenkungsabgabe (Art 9, VOCV) wurde im Budget 2014 für Aufträge an Dritte eingesetzt. Diese Aufgabe wird neu durch Eigenleistung (befristete Stelle) erbracht.
- 2 Die Rückerstattung für Stellungnahmen im Baubewilligungsverfahren BS wird ab 2015 um 20% erhöht (Regierungsbeschluss BS). Verschiedene zusätzliche befristete Überwachungsaufgaben werden nach Verursacherprinzip verrechnet und führen zu Mehrertrag. Sie werden durch Eigenleistung erbracht; befristete Erhöhung des Anstellungsgrads einer Teilzeitstelle.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Beiträge SO an Leistungen LHA	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-25'836	-25'000	-25'000	0	0%	

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Luftmessungen/Vollzug Lenkungsabgabe VOC	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-607'370	-457'500	-457'500	0	0%	
Betriebskostenanteil BS Lufthygieneamt	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-1'034'251	-1'174'776	-1'164'616	10'160	1%	
IG VOCV Artikel 9	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten		-150'000	-70'000	80'000	53%	1
Total Transferaufwand								
Total Transferertrag			-1'667'457	-1'807'276	-1'717'116	90'160	5%	
Transfers (Netto)			-1'667'457	-1'807'276	-1'717'116	90'160	5%	

1 Die Rückerstattung des Bundes zum Vollzug der Lenkungsabgabe (Art 9, VOCV) wird vom UVEK ab 2015 neu geregelt. Es ist mit deutlicher Reduktion zu planen. Nach heutigem Kenntnisstand: Rückgang von CHF 150'000.– (2014) auf CHF 70'000.– (2015).

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	15.2	15.7	15.7	0.0	0.0%

Jahresprogramm

2311.004 Aufbau der periodischen Kontrolle von Holzfeuerungen bis 70kW

Die vorgesehene Einführung der periodischen Kontrolle von kleinen Holzfeuerungen hat sich weiter verzögert. Grund dafür sind gesetzliche Anpassungen im Kaminfegerwesen (Neugestaltung des Gesetzes über die Brand- und Elementarschadenprävention, BEPG), die ein Zusammenführen von Holzfeuerungskontrolle und Kaminfegertätigkeit gegenwärtig blockieren. In Abhängigkeit vom Gesetzgebungsprozess des BEPG wird die Holzfeuerungskontrolle aufgebaut.

2311.012 Weiterführung der Umsetzung der revidierten Verordnung zum Luftreinhalteplans 2010

In der Branche «Metall» sind von den zugehörigen Betrieben Sanierungsvorschläge einzuholen und entsprechende Sanierungsmassnahmen zu verfügen. Die Umsetzung der bereits eingeleiteten Sanierungsmassnahmen ist zu überprüfen.

2311.014 Umsetzung der Gebühr für die Oel- und Gasfeuerungskontrolle der Gemeinden

Damit die Gebühr für die Feuerungskontrolle eingefordert werden kann, muss im 2014 die gesetzliche Grundlage geschaffen und vom Landrat beschlossen werden. Anschliessend sind für die Umsetzung im 2015 die Vollzugsinstrumente zu erstellen (Anpassung der Feuerungskontrolldatenbank) und die Gemeinden und Feuerungskontrolleure zu beauftragen und zu instruieren.

2311.017 Verstärkung des Vollzugs in der Emissionsüberwachung

Die Qualität von Abluftreinigungsanlagen hat in den vergangenen Jahren zunehmend abgenommen; es werden vermehrt Ausfälle und Grenzwertüberschreitungen verzeichnet. Eine Feststellung, die auch schweizweit gemäss Interface-Studie des Bundes bestätigt wird. Die Überwachung der Emissionen wird (gemeinsam mit privaten Emissionsmessfirmen) verstärkt.

2311.018 Aktualisierung der Klimakarten 1998

Die Klimakarten Region Basel dienen der Beurteilung raumplanerischer Vorhaben: z. B. Siedlungs-, Verkehrsentwicklung, grössere Bauvorhaben. Sie müssen nach 17 Jahren aktualisiert werden.

Das LHA ist in Zusammenarbeit mit den Planungämtern (ARP BL und S&A BS) federführend bei der Konzeption und Vergabe zur Aktualisierung der Klimakarten. Der Auftrag wird an ein dafür spezialisiertes Ingenieurunternehmen oder Hochschulinstitut erteilt.

2311.019 Immissionsmessstation PM2.5.

Im Hinblick auf die Einführung des Immissionsgrenzwertes PM2.5 (Feinstaubfraktion kleiner 2.5 Mikrometer) sollen zwei bis drei bestehende Messstationen nachgerüstet werden, dies wird vorgängig noch evaluiert.

2311.020 Inspektionen Mobilfunkanlagen

Mit der Einführung von Long Term Evolution (LTE) für das neue (4G-) Mobilfunknetz der 4. Generation und der für die Betreiber einfachen Möglichkeit, dafür notwendige Anpassungen an ihren Sendeanlagen ohne ordentliche Baubewilligung vornehmen zu können, bleiben Inspektionen von Mobilfunkanlagen vor Ort sowie der QS-Systeme auf den Netzzentralen eine vertrauensbildende Massnahme, die es konsequent vorzunehmen gilt.

2311.021 Grundlagenarbeiten zum Luftreinhalteplan 2016

Der Luftreinhalteplan 2010 muss nach 6 Jahren nachgeführt werden: Standortbestimmung zur Umsetzung, Aktualisierung des Emissionskatasters und der Immissionskarten, Feststellung des Handlungsbedarfs und Erarbeiten von allfällig notwendigen Massnahmen.

2312 Sicherheitsinspektorat

Auftrag und Zielsetzungen

Im Vollzug der Störfallverordnung (StFV), der Einschliessungsverordnung (ESV), der Freisetzungverordnung (FrSV) und der Gefahrgutbeauftragtenverordnung (GGBV) ist das Sicherheitsinspektorat für Bevölkerung, Industrie- und Gewerbebetriebe, Wirtschaftsverbände, Verwaltungsstellen und Ereignisdienste von Gemeinden, Kantonen und dem Bund kompetente Ansprechstelle.

Das Sicherheitsinspektorat führt eine umfassende Übersicht über die Gefahren und Risiken, die von chemischen und biologischen Stoffen ausgehen. Es überwacht die Umsetzung der Eigenverantwortung der Betriebe bezüglich ihrer technischen Risiken und die Einhaltung des Standes der Sicherheitstechnik.

Die Tätigkeit des Sicherheitsinspektorats orientiert sich am Leitsatz: Keine Lebensgefährdung und kein bleibender Schaden für Mensch und Umwelt.

Es setzt sich kompetent dafür ein, dass Risiken verantwortungsbewusst erkannt, beurteilt und optimiert werden. Dabei berücksichtigt es die ökologischen und die ökonomischen Folgen. Es fördert die Sicherheitskultur und den Risikodialog in unserem Kanton.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	6'540	6'452	6'540	88	1%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	635'475	611'899	574'078	-37'821	-6%	
304	Zulagen	16'176	14'699	16'176	1'477	10%	
305	Arbeitgeberbeiträge	125'483	118'467	122'765	4'299	4%	
309	Übriger Personalaufwand	1'510	11'000	15'000	4'000	36%	
310	Material- und Warenaufwand	6'315	17'000	21'000	4'000	24%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	772		1'000	1'000	X	
313	Dienstleistungen und Honorare	11'640	30'200	330'100	299'900	993%	1
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	7'768	8'700	12'000	3'300	38%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	-175	100	100	0	0%	
341	Realisierte Kursverluste	6					
421	Gebühren für Amtshandlungen	-41'736	-35'000	-30'000	5'000	14%	
	Total Aufwand	811'510	818'516	1'098'759	280'243	34%	
	Total Ertrag	-41'736	-35'000	-30'000	5'000	14%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	769'774	783'516	1'068'759	285'243	36%	

- 1 Gemäss Landratsbeschluss 2014-250_05 vom 11. Dezember 2014 werden für die Bekämpfung der Neophyten im Budget 2015 CHF 300'000.– eingestellt.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	4.0	4.5	4.5	0.0	0.0%

Jahresprogramm

2312.001 Umfassender Risikokataster chemischer und biologischer Risiken

Natur und Klimawandel: Das Schadenpotenzial durch Naturgefahren und Störfällen wird durch eine effiziente Prävention minimiert. Weiterführung der laufenden Arbeiten zur Zusammenführung und zeitgemässen Kommunikation der chemischen und biologischen Risiken im Kanton. Zusätzlich werden die aktuellen Risiken auf bestehenden Geoinformationssystemen dargestellt. Das ermöglicht ein frühzeitiges Erkennen von Konflikten zwischen Raumplanung und Störfallrisiken und vereinfacht die Planungsprozesse. Somit können in einem Frühstadium der Planung Objektschutzmassnahmen mit einbezogen werden. Das Risikokataster kann durch die Öffentlichkeit eingesehen werden.

2312.002 Bekämpfung invasiver Neobioten

Natur und Klimawandel: Nachhaltiger Erhalt der Erholungs- und Rückzugsräume. Biodiversität: Die gemäss RRB Nr. 1130 vom 19. August 2008 "Neobiota-Handeln jetzt" erarbeitete Strategie zum Vorgehen gegen ungehinderte Ausbreitung invasiver Neobiota wird gemäss Beschluss des Regierungsrats umgesetzt. Mit der konsequenten Umsetzung der Strategie zur Bekämpfung der invasiven Neobiota, koordiniert durch das Sicherheitsinspektorat, wird ein grundlegender Beitrag zum Erhalt der Artenvielfalt geleistet.

Bereich Raumentwicklung und Baubewilligung

Der Bereich Raumentwicklung und Baubewilligung umfasst das Amt für Raumplanung und das Bauinspektorat. Mit den Tätigkeitsbereichen Baubewilligungsverfahren, Raumplanung und Denkmalpflege sowie Natur und Landschaft garantiert der Bereich die Umsetzung der regierungsrätlichen Strategie in beiden Amtsstellen und koordiniert deren Arbeiten.

Ein wichtiges Ziel ist die Sicherung und Förderung der Standortqualität des Kantons. Gezielte raumplanerische Massnahmen im Verbund mit dem Ausbau eines kundenfreundlichen und speditiven Baubewilligungsverfahrens sollen dazu beitragen, dass die Attraktivität des Kantons sowohl für die Wirtschaft als auch für die Bevölkerung erhalten und sogar gesteigert werden kann. Mit einer gezielten Arealentwicklungsstrategie und der Vereinfachung der administrativen Abläufe wird die Wirtschaftsoffensive massgeblich unterstützt. Einer leistungsfähigen Infrastruktur und der Erhaltung von attraktiven Erholungsräumen wird im Interesse der Wirtschaft und einer hohen Lebensqualität der Bevölkerung grosse Bedeutung beigemessen. Die Siedlungsentwicklung und der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur werden bei Bedarf mit den Nachbarkantonen und den Nachbarstaaten geplant und abgestimmt.

Im Bereich Raumentwicklung und Baubewilligung sollen im Jahr 2015 prioritär folgende Ziele erreicht werden:

1. Konsequente Umsetzung des kantonalen Richtplanes und Anpassung desselben an die geänderten Rahmenbedingungen nach der Annahme der Revision des eidgenössischen Raumplanungsgesetzes. (RP2012-2015: R-IW-1, BUD-IW-1, BUD-IW-2/BUD1)
2. Fortführung der zielgerichteten Arealentwicklungsstrategie als Teil der Wirtschaftsoffensive mit Hilfe weitergehender Analyse und Erfassung der raumplanerisch relevanten Zahlen, Daten und Fakten. (RP2012-2015: R-IW-1, BUD-IW-2, VGD-IW-3)
3. Die Einführung und Weiterentwicklung einer eGovernment-Lösung trägt dazu bei, das Bewilligungsverfahren zu vereinfachen. Ein modernes und kundenfreundlicheres Baubewilligungsverfahren zählt als positiver Standortfaktor für Wirtschaft und Bevölkerung (RP2012-2015: R-IW-2, VGD-IW-4, BUD-IW-3)
4. Einführung aktueller Bearbeitungstechnologien und Anpassung der Prozesse im Baubewilligungsverfahren unter Berücksichtigung der Vorgaben der "E-Government-Strategie Schweiz" des Bundes. (RP2012-2015: R-SH-3, BUD30)

Erfolgsrechnung

	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %
30 Personalaufwand	8'675'193	9'193'072	7'836'523	-1'356'549	-15%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	2'556'962	2'551'430	1'372'430	-1'179'000	-46%
34 Finanzaufwand	827	1'200	700	-500	-42%
36 Transferaufwand	8'425'440	12'250'527	2'349'508	-9'901'019	-81%
37 Durchlaufende Beiträge	14'807	120'000	100'000	-20'000	-17%
42 Entgelte	-4'658'347	-5'337'500	-6'322'615	-985'115	-18%
44 Finanzertrag	-114	-1'160	-200	960	83%
46 Transferertrag	-5'049'249	-8'864'055	-10'837	8'853'218	100%
47 Durchlaufende Beiträge	-14'807	-120'000	-100'000	20'000	17%
Total Aufwand	19'673'229	24'116'229	11'659'161	-12'457'068	-52%
Total Ertrag	-9'722'516	-14'322'715	-6'433'652	7'889'063	55%
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	9'950'713	9'793'514	5'225'509	-4'568'005	-47%

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	56.3	57.5	50.3	-7.2	-12.5%

2307 Amt für Raumplanung

Auftrag und Zielsetzungen

Grosse Lebensqualität, attraktive Landschaften, hervorragende Standortgunst sind zentrale Anliegen. Raumplanung ist bewahrende und gestaltende Auseinandersetzung mit dem politischen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Geschehen im Raum.

Mit der Raumplanung wird dem Finanz- und Sachbezug des staatlichen Handelns auch der Raumbezug beigefügt. Das ARP erstellt in Zusammenarbeit mit anderen Fachstellen Entscheidungsgrundlagen für die Regierung zur Bewältigung der Herausforderungen der Zukunft. Die Richtplanung ist das Instrument für die Koordination aller raumwirksamen und abzustimmenden Tätigkeiten quer über die fachlichen und politischen Grenzen hinweg.

Der Richtplan ist eines der Führungsinstrumente des Regierungsrates. Das zielorientierte Prüfen der räumlichen Planung der Gemeinden vor dem Hintergrund einer gemeinsamen Raumentwicklung ist eine Hoheitsaufgabe. Dazu gehören Erstellen der Genehmigungsanträge an die Regierung und Beraten der Gemeinden bei ihren räumlichen Aufgaben.

Damit werden wichtige Leistungen zur Verbesserung der Standortgunst des Kantons und der Region erbracht, insbesondere durch laufende Erhöhung der Qualität des Siedlungs- und des Landschaftsraumes und der Erschliessung für eine lebenswerte Region.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	660	11'064	6'540	-4'524	-41%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	2'830'198	2'979'369	2'637'881	-341'488	-11%	1
304	Zulagen	35'262	22'930	35'262	12'333	54%	
305	Arbeitgeberbeiträge	536'866	710'996	564'170	-146'826	-21%	1
309	Übriger Personalaufwand	13'318	16'600	16'800	200	1%	
310	Material- und Warenaufwand	87'666	146'930	133'230	-13'700	-9%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	21'820	29'600	42'000	12'400	42%	
313	Dienstleistungen und Honorare	729'641	602'500	330'000	-272'500	-45%	1
314	Baulicher und betrieblicher Unterhalt	95'613	60'000	60'000	0	0%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	9'757					
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	51'315	81'200	73'500	-7'700	-9%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	-19					
319	Verschiedener Betriebsaufwand	725	600	600	0	0%	
340	Zinsaufwand	423	500		-500	-100%	
341	Realisierte Kursverluste	-43					
424	Benützungsgebühren und Dienstleistungen		-10'000		10'000	100%	
425	Erlös aus Verkäufen	-180					
426	Rückerstattungen	-440					
440	Zinsertrag		-1'000		1'000	100%	
	Total Aufwand	4'413'203	4'662'288	3'899'983	-762'305	-16%	
	Total Ertrag	-620	-11'000		11'000	100%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	4'412'583	4'651'288	3'899'983	-751'305	-16%	

- 1 Ab dem 1. Juli 2014 wird der Verein AggloBasel gegründet und die Trägerschaft der Geschäftsstelle Agglomerationsprogramm darin überführt. Die Umstrukturierung führt dazu, dass kein Personalbudget für das Agglomerationsprogramm mehr besteht, daher auch keine Arbeitgeberbeiträge und zudem auch keine Honorare für Projektaufträge an Dritte mehr bezahlt werden, sondern künftig ein jährlich unter den Trägern des AggloProgramms zu vereinbarenden Mitgliederbeitrag bezahlt wird. Die Budgetierung der Vereinsbeiträge erfolgt im Generalsekretariat der BUD.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Lärmessungen	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	29'361	50'000		-50'000	-100%	
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-50'555	-70'000	-10'000	60'000	86%	1
Beitrag Kt. BS an Regionalplanungsstelle	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte		-22'500		22'500	100%	
Rückerstattungen Kantone Aggloprogramm	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-353'080	-316'555		316'555	100%	2
Total Transferaufwand			29'361	50'000		-50'000	-100%	
Total Transferertrag			-403'635	-409'055	-10'000	399'055	98%	
Transfers (Netto)			-374'274	-359'055	-10'000	349'055	97%	

- Die Beiträge vom Bund stammten in der Vergangenheit aufgrund der Bahnlärmsanierung, welche im Kanton BL in der Zwischenzeit abgeschlossen ist. Daher gibt es von dort keine Beiträge mehr. Die Beiträge des Bundes erfolgen nur noch für die Betreuung der Messstation des BAFU an der A2 und belaufen sich auf CHF 10'000.-.
- Ab dem 1. Juli 2014 ist die Geschäftsstelle für das Agglomerationsprogramm in einen Verein überführt. Diese Umstrukturierung führt dazu, dass der Kanton Basel-Landschaft nicht mehr die Verrechnungsstelle des Agglomerationsprogramms zwischen Baselstadt und Baselland ist, sondern dass der Verein über Mitgliederbeiträge der beteiligten Kantone und dem benachbarten Ausland finanziert wird. Entsprechend wird es keine Rückerstattung aus dem Kanton Basel-Stadt mehr geben.

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
VK Salina Raurica	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	35'410	160'200	383'000	222'800	139%	1
VK Neusignalisation Wanderwegnetz	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	26'419	30'000	30'000	0	0%	
Total Verpflichtungskredite Aufwand			61'829	190'200	413'000	222'800	117%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag								
Total Verpflichtungskredite (netto)			61'829	190'200	413'000	222'800	117%	

- Diese Abweichung gegenüber Budget 2014 entsteht, weil die Durchführung des Wettbewerbs zur Definition der Nutzungsarten, Nutzungsdichten, Feinerschliessungen, städtebaulicher Gestaltung des Teilgebiets «Salina Raurica Ost» zusammen mit der Gemeinde Pratteln in Angriff genommen werden muss. Dafür werden voraussichtlich rund CHF 300'000.- als Kosten für den Wettbewerb eingesetzt.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	20.4	21.5	19.1	-2.4	-11.2%

Ab 1. Juli 2014 wird das Agglomerationsprogramm in einer Vereinsstruktur geführt. Daraus resultiert ein veränderter Sollstellenplan von -2.0. Zusätzlich werden -0.6 Sollstellen innerhalb des Bereichs Raumentwicklung und Baubewilligung zum Bauinspektorat und +0.2 von der Abteilung Natur und Landschaft (Profitcenter 2309) ins Amt für Raumplanung (Profitcenter 2307) verschoben.

Jahresprogramm

2307.011 Kantonaler Richtplan

Nebst der Umsetzung als Daueraufgabe muss der kantonale Richtplan als Folge der vom Volk angenommenen RPG-Revision angepasst werden. Dies betrifft die Integration des Raumkonzepts in den Kantonalen Richtplan, aber auch die Festsetzung siedlungslenkender Massnahmen mit Blick auf die Entwicklung nach innen und die Bauzonengrösse.

Gleichzeitig sind die räumlichen Aspekte der Wirtschaftsoffensive in den Richtplan zu integrieren und mit anderen Massnahmen abzustimmen. Zudem ist zu prüfen, ob allenfalls eine Teilrevision des kantonalen Raumplanungs- und Baugesetzes notwendig wird. Schliesslich werden die ersten «Prototypen» der kantonalen Nutzungspläne zur Ausscheidung des Gewässerraums gemäss Gewässerschutzgesetzgebung und teilrevidiertes Raumplanungs- und Baugesetz entwickelt werden

2307.012 Raum- / Umweltbeobachtung

Die Umweltbeobachtung beschränkt sich auf die Entwicklung der Lärmbelastung. Ergebnis der Raumbesichtigung sind periodisch erstellte Berichte (Entwicklung Lärmbelastung).

2307.013 Agglomerationsprogramm

Zur Umsetzung des Agglomerationsprogramms hat der Landrat im Jahr 2010 der Schaffung einer Trägerschaft und der Einrichtung einer Geschäftsstelle im Amt zugestimmt. Neu wird das Agglomerationsprogramm Basel ab dem 1. Juli 2014 als selbstständiger Verein organisatorisch und räumlich unter der Führung des Amtes für Raumplanung sein.

2307.014 Salina Raurica

Nach Genehmigung des Richtplanes durch den Bundesrat im September 2010 läuft die Projektierung der Infrastrukturmassnahmen und der Nutzungsplanungen in den Gemeinden auf Hochtouren. Die revidierten Zonenpläne von Augst und Pratteln werden anfangs 2015 auf der Basis des Richtplanes genehmigungsreif. Die Verlegung der Kantonsstrasse hat im 3. Quartal des Jahres 2014 die Stufe 'Bauprojekt' erreicht.

2307.016 Lärmsanierung Gemeindestrassen

Ca. 50 Gemeindestrassen sind sanierungspflichtig. Gemeinden erarbeiten Lärmsanierungsprojekte. Dazu werden Messungen des Strassenbelages und Kalibrationsmessungen zur Überprüfung des Rechenmodells vorgenommen. Sicherstellung der Umsetzung der eidgenössischen und kantonalen Sanierungsvorgaben bis zum Ablauf der gesetzlichen Fristen im Jahre 2018. Genehmigung und Erwirken der Verfügungen durch ARP als kantonale Vollzugsbehörde.

2307.017 Lärmsanierung Kantonsstrassen

Auf Grundlage des Lärm-Immissionskatasters des ARP werden zusammen mit dem Tiefbauamt die notwendigen Lärmsanierungsprojekte erarbeitet. Dazu werden Messungen des Strassenbelages und Kalibrationsmessungen zur Überprüfung des Rechenmodells vorgenommen. Sicherstellung der Umsetzung der eidgenössischen und kantonalen Sanierungsvorgaben bis zum Ablauf der gesetzlichen Fristen im Jahre 2018. Genehmigung und Erwirken der Verfügungen durch ARP als kantonale Vollzugsbehörde.

2307.018 Wirtschaftsoffensive, Teilprojekt Arealentwicklung

Die Arealdatenbank der Wirtschaftsoffensive wird laufend auf dem aktuellen Stand gehalten. Neu wird die Möglichkeit zu Kommentaren zur Verfügbarkeit der Liegenschaften ausgebaut.

2307.019 Projekt «3D-Visualisierung»

In Zusammenarbeit mit der GIS-Fachstelle des Amtes für Geoinformation werden in diesem Projekt die Grundlagen geschaffen, Geoinformationen auch in der dritten Dimension zu erfassen, zu verwalten und darzustellen. Ziel ist es unter anderem die Gebäude kantonsweit in LoD2-Qualität (Gebäudekubus plus Dachform) zur Verfügung zu stellen.

2308 Kantonale Denkmalpflege

Auftrag und Zielsetzungen

Ortsbilder, Bauern- und Bürgerhäuser, Kirchen und Pfarrhäuser sowie weitere historisch und architektonisch bedeutende Objekte aller Epochen tragen wesentlich zur Lebensqualität bei. Sie wirken identitätsstiftend und vermitteln Heimat.

Die Kantonale Denkmalpflege setzt sich zusammen mit den Gemeinden für den Schutz von historischen Zeugen als Bestandteil des kulturellen Erbes ein und fördert fachgerechte Pflege sowie Erforschung. Sie begleitet Bau-, Sanierungs-, Renovations- und Planungsvorhaben, kann dafür Kantonsbeiträge beantragen und erarbeitet die Grundlagen dazu, wie Inventare, Dokumentationen und Wegleitungen.

Die Ortsbildpflege fördert Schutz und Pflege der historischen Siedlungskerne von nationaler und regionaler Bedeutung und trägt damit zur qualitativen Entwicklung des örtlichen Erscheinungsbildes bei.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	12'994	14'648	12'996	-1'652	-11%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	480'313	507'256	494'213	-13'043	-3%	
304	Zulagen	11'253	10'478	11'253	774	7%	
305	Arbeitgeberbeiträge	88'141	98'333	112'941	14'608	15%	
309	Übriger Personalaufwand	1'327	800	800	0	0%	
310	Material- und Warenaufwand	70'152	107'100	57'000	-50'100	-47%	1
311	Nicht aktivierbare Anlagen		500	500	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare	47'211	12'000	12'000	0	0%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	4'872					
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	10'798	13'000	13'000	0	0%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	60	100		-100	-100%	
370	Durchlaufende Beiträge		100'000	100'000	0	0%	
425	Erlös aus Verkäufen	-284	-500		500	100%	
470	Durchlaufende Beiträge		-100'000	-100'000	0	0%	
	Total Aufwand	727'122	864'216	814'703	-49'513	-6%	
	Total Ertrag	-284	-100'500	-100'000	500	0%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	726'838	763'716	714'703	-49'013	-6%	

1 Die Arbeiten am Band IV der Kunstdenkmäler sind abgeschlossen (Herbst 2014). Damit reduziert sich der Aufwand.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Subventionen Kulturdenkmäler	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	164'872					
VK Subvention Kulturdenkmäler 2014-2015	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte		300'000	300'000	0	0%	
Total Transferaufwand			164'872	300'000	300'000	0	0%	
Total Transferertrag								
Transfers (Netto)			164'872	300'000	300'000	0	0%	

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
VK Subvention Kulturdenkmäler 2008-2013	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	25'982					
	36	Transferaufwand	164'872					
		Total	190'853					
VK Subvention Kulturdenkmäler 2014-2015	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		60'000	60'000	0	0%	1
	36	Transferaufwand		300'000	300'000	0	0%	1
		Total		360'000	360'000	0	0%	
Total Verpflichtungskredite Aufwand			190'853	360'000	360'000	0	0%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag								
Total Verpflichtungskredite (netto)			190'853	360'000	360'000	0	0%	

1 Der Landrat hat den neuen Verpflichtungskredit für die Jahre 2014 und 2015 am 27. März 2014 beschlossen (2013-283).

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	3.6	3.6	3.6	0.0	0.0%

Jahresprogramm

2308.001 Unterschutzstellung von historischen Zeugen

Begleitung von Bau- und Renovationsvorhaben bei geschützten Kulturdenkmälern.

2308.002 Publikation Kunstdenkmäler der Schweiz

Erarbeitung einer Landratsvorlage zur Erstellung des Manuskriptes zu Band V: Bezirk Laufen.

2309 Natur und Landschaft

Auftrag und Zielsetzungen

Die Abteilung Natur und Landschaft wird gemäss Landratsbeschluss 2014-250 vom 11. Dezember 2014 per 1. Januar 2015 in das landwirtschaftliche Zentrum Ebenrain (LZE) der Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion integriert.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	19'985	19'206		-19'206	-100%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	406'217	417'054		-417'054	-100%	
304	Zulagen	7'435	7'435		-7'435	-100%	
305	Arbeitgeberbeiträge	79'459	80'789		-80'789	-100%	
309	Übriger Personalaufwand	1'250					
310	Material- und Warenaufwand	550					
311	Nicht aktivierbare Anlagen	99					
313	Dienstleistungen und Honorare	168'091	170'000		-170'000	-100%	
314	Baulicher und betrieblicher Unterhalt	585'358	580'000		-580'000	-100%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	9'095	12'500		-12'500	-100%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	114					
370	Durchlaufende Beiträge	14'807	20'000		-20'000	-100%	
470	Durchlaufende Beiträge	-14'807	-20'000		20'000	100%	
	Total Aufwand	1'292'460	1'306'984		-1'306'984	-100%	
	Total Ertrag	-14'807	-20'000		20'000	100%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	1'277'653	1'286'984		-1'286'984	-100%	

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Ökologischer Ausgleich	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	4'880'476	8'295'000		-8'295'000	-100%	
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-3'884'277	-7'675'000		7'675'000	100%	
Naturschutz im Wald	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	1'834'752	1'950'000		-1'950'000	-100%	
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-266'595	-280'000		280'000	100%	
Beiträge an diverse Naturschutzprojekte	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	9'580	100'000		-100'000	-100%	
Bundesbeitrag Schutz/Unterhalt Biotope	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-493'905	-500'000		500'000	100%	
Total Transferaufwand			6'724'808	10'345'000		-10'345'000	-100%	
Total Transferertrag			-4'644'777	-8'455'000		8'455'000	100%	
Transfers (Netto)			2'080'031	1'890'000		-1'890'000	-100%	

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
VK Ökologischer Ausgleich 2009-2013	30	Personalaufwand	314'746	312'764		-312'764	-100%	
	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	192'637					

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
	36	Transferaufwand	4'880'476					
	46	Transferertrag	-3'884'277					
		Total	1'503'582	312'764		-312'764	-100%	
VK Naturschutz im Wald 2009-2013	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	71'990					
	36	Transferaufwand	1'834'752					
	46	Transferertrag	-266'595					
		Total	1'640'146					
VK Verleg. Amph Zurlindengrube Pratteln	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	146'066					
VK Naturschutz im Wald 2014-2015	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		50'000		-50'000	-100%	
	36	Transferaufwand		1'950'000		-1'950'000	-100%	
	46	Transferertrag		-280'000		280'000	100%	
		Total		1'720'000		-1'720'000	-100%	
VK Biodiversität (ehm.Öko.Ausg.) 2014-17	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		254'500		-254'500	-100%	
	36	Transferaufwand		8'295'000		-8'295'000	-100%	
	46	Transferertrag		-7'675'000		7'675'000	100%	
		Total		874'500		-874'500	-100%	
Total Verpflichtungskredite Aufwand			7'440'666	10'862'264		-10'862'264	-100%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag			-4'150'872	-7'955'000		7'955'000	100%	
Total Verpflichtungskredite (netto)			3'289'794	2'907'264		-2'907'264	-100%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	5.4	5.4		-5.4	-100.0%

2310 Bauinspektorat

Auftrag und Zielsetzungen

Das Bauinspektorat ist die Dienstleistungsstelle des Kantons Basel-Landschaft für die Belange des Baubewilligungsverfahrens, der Bauinspektion und des Baupolizeiwesens.

Kernbereiche des Auftrages des Bauinspektorats sind:

- Bearbeitung und Bewilligung der Gesuche für Bauten, bauliche Anlagen und Zweckänderungen über und unter der Erde unter Berücksichtigung der einschlägigen Rechtsgrundlagen von Bund, Kanton und Gemeinden;
- Behandlung von Einsprachen im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens;
- bei erforderlicher Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP): Entscheid über die UVP-Pflicht des Gestaltstellers und Koordination des Prüfungsablaufes im Zusammenhang mit dem anschliessenden Baubewilligungsverfahren;
- im Falle von Gemeinden mit eigenem Baubewilligungswesen: Koordination der Stellungnahmen kantonaler Amtsstellen mit abschliessender Berichterstattung an die Gemeinde;
- Erlass von Verfügungen betreffend Entfernung oder Änderung vorschriftswidriger Gebäude, Gebäudeteile, Anlagen und Zweckänderungen sowie Schliessung von Betrieben;
- Antragstellung an die Untersuchungsbehörden bei Übertretung von Vorschriften im Kompetenzbereich des Amtes;
- Kontrolle über die Einhaltung von Sicherheitsvorschriften und Unfallverhütungsmassnahmen im Bauwesen;
- Vertretung des Kantons respektive der Bau- und Umweltschutzdirektion im interkantonalen Konkordat vom 15. Oktober 1951 über die nicht eidgenössisch konzessionierten Seilbahnen und Skilifte;
- Wahrnehmung der Koordinationsaufgaben zwischen Konkordat und Anlageeigentümern im Rahmen des Baugesuchsverfahrens, sowie während Bau und Betrieb der Anlagen;
- Fachprüfung im eigenen Kompetenzbereich im Falle von: Stockwerkeigentumsbegründungen, Behandlung bau- und zonenrechtlicher Probleme, Grundstückmutationen im Rahmen der entsprechenden Prüfungsverfahren; Behandlung von Anfragen und Aufträgen, die nicht im Zusammenhang mit hängigen Baubewilligungsverfahren stehen;
- Katalogisierung und Archivierung der Baugesuche.

Das Bauinspektorat unterstützt mit Hilfe eines schnellen Baubewilligungsverfahrens den Kanton Basel-Landschaft in seinen Bemühungen, im Standortwettbewerb optimale Bedingungen für die Ansiedlung von neuen Unternehmen und für bereits ansässige Unternehmen zu schaffen (IW-9, R-IW1). Das Bauinspektorat gewährleistet mit einem kundenfreundlichen und schnellen Baubewilligungsverfahren eine hohe Rechts- und Planungssicherheit (BUD-IW-4). Die Einführung und Weiterentwicklung einer eGovernment-Lösung trägt dazu bei, das Bewilligungsverfahren zu vereinfachen (VGD-IW-2). Ein modernes und kundenfreundliches Baubewilligungsverfahren zählt als positiver Standortfaktor für Wirtschaft und Bevölkerung (BUD-IW-4). Mit der optimalen Koordination des Baubewilligungsverfahrens und der Sicherstellung eines effektiven Baupolizeiwesens im Rahmen der regierungsrätlichen Strategie werden die Bedürfnisse der Kundinnen und Kunden nach Effizienz und Effektivität staatlichen Handelns sichergestellt (R-SH-3).

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	3'128'088	3'156'141	3'211'924	55'783	2%	
304	Zulagen	50'745	34'397	50'745	16'347	48%	
305	Arbeitgeberbeiträge	647'002	782'012	670'499	-111'513	-14%	1
309	Übriger Personalaufwand	9'936	10'800	10'500	-300	-3%	
310	Material- und Warenaufwand	24'134	35'000	26'400	-8'600	-25%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	2'324	5'000	3'500	-1'500	-30%	
313	Dienstleistungen und Honorare	87'834	90'700	95'700	5'000	6%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	17'937		20'000	20'000	X	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	34'538	19'000	24'000	5'000	26%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	-1'228	30'000	7'000	-23'000	-77%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand		1'000	1'000	0	0%	
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	447	700	700	0	0%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-4'635'791	-5'326'800	-6'312'415	-985'615	-19%	2
424	Benützungsgebühren und Dienstleistungen		-200	-200	0	0%	
426	Rückerstattungen	-21'652		-10'000	-10'000	X	

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
440	Zinsertrag	-114	-160	-200	-40	-25%	
	Total Aufwand	4'001'756	4'164'750	4'121'967	-42'783	-1%	
	Total Ertrag	-4'657'557	-5'327'160	-6'322'815	-995'655	-19%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	-655'801	-1'162'410	-2'200'848	-1'038'438	-89%	

- 1 Aufgrund des geänderten Pensionskassen-Reglements fallen die Rückstellungen für Vorpensionierungen weg.
- 2 Es wird mit höheren Einnahmen aus Baubewilligungsgebühren gerechnet, da einerseits die revidierte Gebührenverordnung zum Tragen kommt und andererseits mit der erfolgreichen Fortführung der Wirtschaftsoffensive mit zusätzlichen Baugesuchen von erheblichen Volumen gerechnet wird.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Gemeindeanteile an Bauvorhaben	360	Ertragsanteile an Dritte	1'492'191	1'545'527	2'025'308	479'781	31%	1
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	14'208	10'000	24'200	14'200	142%	
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-837		-837	-837		X
Total Transferaufwand			1'506'399	1'555'527	2'049'508	493'981	32%	
Total Transferertrag			-837		-837	-837		X
Transfers (Netto)			1'505'563	1'555'527	2'048'671	493'144	32%	

- 1 Mit der budgetierten Steigerung der Einnahmen aus den Baubewilligungsgebühren steigt auch der Anteil der Gemeinden am Gebührenertrag. Ein Drittel der Baubewilligungsgebühren muss gemäss gesetzlicher Regelung an die Gemeinden abgeführt werden.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	26.9	27.0	27.6	0.6	2.2%

Der veränderte Sollstellenbestand resultiert aus dem Transfer von +0.6 Sollstellenprozenten innerhalb des Bereichs Raumentwicklung und Baubewilligung vom Profitcenter Amt für Raumplanung.

Jahresprogramm

2310.001 Elektronisches Baubewilligungsverfahren und Dokumenten-/Plan-Scanning

Als erster Meilenstein bei der Einführung des elektronischen Baubewilligungsverfahrens ist geplant, bis Mitte 2015 die heute bestehende Baugesuchs-Software des Bauinspektorats durch ein neues webtaugliches System abzulösen.

In einem weiteren Schritt werden 2015 die Arbeiten zur Einbindung der Gemeinden und Integration des GWR (Gebäude-Wohnungs-Register) in das neue System in Angriff genommen.

Diese beiden Projektschritte bilden die Grundlage für die Realisierung der elektronischen Baubewilligungs-Plattform BL. Mit deren Einführung können die technologischen und sicherheitstechnischen Standards entsprechend der eidgenössischen Strategie "eGovernment Schweiz" erfüllt werden.

Mit der Entwicklung der neuen Software-Lösung geht auch eine Überprüfung der internen Verfahrensabläufe einher, mit dem Ziel, auch auf organisatorischer Ebene eine Vereinfachung und Beschleunigung der Verfahrensabläufe zu erwirken.

Als Ergebnis dieser Massnahmen soll das Baubewilligungsverfahren gestrafft und gleichzeitig kundenfreundlicher abgewickelt werden können, was sich im Sinne der Bestrebungen der Wirtschaftsförderung positiv auf die Standortattraktivität des Kantons Basel-Landschaft auswirken würde.

2310.004 Einführung und Umsetzung der vereinheitlichten Baubegriffe (IVHB)

Das Bauinspektorat begleitet gemeinsam mit der Rechtsabteilung der Bau- und Umweltschutzdirektion die Umsetzung der Vorgaben des Interkantonalen Konkordats zur Vereinheitlichung der Baubegriffe (IVHB) gemäss Landratsbeschluss vom 22. Mai 2014 (2013-139) in das kantonale Recht und berät bei Bedarf die Gemeinden bei der Übernahme in das kommunale Zonenrecht.

Sicherheitsdirektion

SID

Beitrag zu strategischen Zielen

Der Focus bei den Projekten und Vorhaben der Sicherheitsdirektion (SID) richtet sich auch im nächsten Jahr auf das strategische Schwerpunktfeld "Zusammenleben in Baselland".

Die verschiedenen Massnahmen zur Optimierung der Sicherheit in unserem Kanton stellen Schwerpunkte in der programmatischen Ausrichtung der SID für 2015 dar. Das Hauptaugenmerk gilt der Eindämmung der Einbruchkriminalität. Die Polizei Basel-Landschaft hat im 2014 die Task Force "Einbruchdiebstähle" eingeführt mit dem Auftrag, vertiefte Analysen und wirkungsvolle Massnahmen zur Bekämpfung der Einbruchkriminalität zu entwickeln und umzusetzen. Für 2015 ist die Einführung bzw. Etablierung eines spezifischen sicherheitspolizeilichen Früherkennungs- und Warnsystems vorgesehen. Forciert wird 2015 das Projekt "Aufklärung und Zusammenarbeit plus": Hohe Delikts-Aufklärungsquoten erhöhen das subjektive Sicherheitsgefühl und die Sicherheit insgesamt. Sie erzeugen damit eine hohe Präventionswirkung, weil das Risiko überführt zu werden, potentielle Täterinnen und Täter möglicherweise von der Straftat abhält.

Im Zentrum des strategischen Schwerpunktfeldes "Zusammenleben in Baselland" stehen auch die Bestrebungen zur Steigerung der familienfreundlichen Rahmenbedingungen in unserem Kanton und zur besseren Integration der Migrantinnen und Migranten. Vorausgesetzt, der Landrat und die Stimmberechtigten stimmen dem Entwurf für das Gesetz über die Familienergänzende Kinderbetreuung zu, kann die Umsetzung im Jahr 2015 vorbereitet werden. Diese Arbeiten stehen auch in der Abhängigkeit vom Entscheid über die beiden Volksinitiativen zur Familienergänzenden Kinderbetreuung. Das neue Gesetz leistet einen wichtigen Beitrag zum strategischen Schwerpunkt "Zusammenleben in Baselland". Möglichst gute familienpolitische Rahmenbedingungen erhöhen die Attraktivität von Baselland als Wohn- und Unternehmensstandort (Direktionsziel FKD-IW-1), strategisches Schwerpunktfeld "Innovation und Wertschöpfung". Bei der Integrationsförderung kommt 2015 der "Frühen Sprachförderung in Baselland" ein besonderer strategischer Stellenwert zu: Einerseits durch die Umsetzung des Konzepts "Frühe Sprachförderung in Baselland" und andererseits in der Gestalt des Projekts "Communis", welches im Rahmen des Kantonalen Integrationsprogramms 2014 - 2017 verwirklicht wird. Mit "Communis - Integration gemeinsam mit den Gemeinden", werden auf kommunaler Ebene Strategien konzipiert, welche sich an den Grundbedürfnissen der Gemeinden orientieren und mithilfe derer konkrete Integrationsmassnahmen in den Gemeinden umgesetzt werden sollen.

Im Kontext zum strategischen Schwerpunktfeld "Auftritt und Kooperation" stehen die Arbeiten im Zusammenhang mit der Fusionsinitiative (Vorlage 2013-444) und mit den bereits eingereichten bzw. lancierten Volksinitiativen "Regio - Kooperationsinitiative", "Zusammenarbeitsinitiative" und "Regio - Stärkungsinitiative". Der Entscheid über diese Volksbegehren bzw. über die allfälligen Gegenvorschläge prägt und beeinflusst den künftigen Auftritt sowie die Kooperation, bzw. die Aussenbeziehungen unseres Kantons massgeblich.

Die Vorhaben "Einführung Mobile Computing" bei der Polizei Basel-Landschaft" und "Prüfung Gemeinsame Einsatzleitzentrale für die Blaulichtorganisationen" sind Vorhaben, die zum Schwerpunktfeld "Effizientes und effektives staatliches Handeln" gehören zuzuordnen sind und dessen Zielsetzung unterstützen werden.

Gesamtübersicht Budget

Das Budget 2015 der Sicherheitsdirektion (SID) sieht beim Aufwand gegenüber dem Budget 2014 keine Zunahme vor. Hingegen wird - vor allem im Bereich der Bussenerträge (Konto 42) - mit tieferen Erträgen gerechnet. Dies vor allem wegen seit längerer Zeit zurückgehenden Mengen bei den Geschwindigkeitsübertretungen welche mit dem Ordnungsbussenverfahren geahndet werden können. Im Saldo führt das ebenfalls zu einer leichten Verschlechterung von rund 1.5 Mio. Franken. Zu den einzelnen Konten (Kto) der Gesamtdirektion ist folgendes zu bemerken: Beim Personalaufwand (Kto 30) führt der Wegfall der Budgetbeträge bei den Vorpensionierungen (Revision BLPK) zu tieferem Personalaufwand. Beim Sach- und übrigen Betriebsaufwand (Kto 31) wurden neu für ein IT-Projekt (Mobile Computing) CHF 0.5 Mio. eingestellt. Diese Vorlage wird dem Landrat im 2014 separat unterbreitet und soll ab 2015 realisiert werden. Bei den Konten 36 bzw. 46 (Transferaufwand bzw. -Ertrag) führen höhere Belegungszahlen - sowohl in BL als auch ausserkantonale - im Straf- und Massnahmenvollzug dazu, dass die Kosten gegenüber dem Vorjahresbudget ansteigen. Auf der Gegenseite steigt auch die Ertragsseite, da der Kanton in diesem Bereich auch anderen Kantonen vermehrt Rechnung stellen kann.

Erfolgsrechnung

	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %
30 Personalaufwand	142'944'217	141'161'206	139'340'052	-1'821'154	-1%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	34'317'926	30'837'652	29'492'765	-1'344'887	-4%
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen	1'100'429	1'099'466	1'100'429	963	0%
34 Finanzaufwand	346'450	417'300	391'500	-25'800	-6%
36 Transferaufwand	22'245'274	20'216'500	21'538'100	1'321'600	7%
37 Durchlaufende Beiträge	1'188'513	1'250'000	1'410'000	160'000	13%
41 Regalien und Konzessionen	-774'553	-750'000	-775'000	-25'000	-3%
42 Entgelte	-70'584'822	-82'970'585	-81'101'898	1'868'687	2%
43 Verschiedene Erträge	-601'596	-41'200	-20'700	20'500	50%
44 Finanzertrag	-269'295	-281'600	-260'869	20'731	7%
45 Übertrag Fonds / StaatsRG	-317'183	-315'000	-315'000	0	0%
46 Transferertrag	-16'064'832	-18'658'418	-18'905'261	-246'843	-1%
47 Durchlaufende Beiträge	-1'188'513	-1'250'000	-1'410'000	-160'000	-13%
Total Aufwand	202'142'810	194'982'124	193'272'846	-1'709'278	-1%
Total Ertrag	-89'800'793	-104'266'803	-102'788'728	1'478'075	1%
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	112'342'016	90'715'321	90'484'118	-231'203	0%

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	1'008.2	1'042.3	1'047.8	5.5	0.5%

- Direktionaler Sicherheitsbeauftragter in der Informatik +0.9 Stellen
- Fachperson für gefährliche Kundschaft +0.7 Stellen
- Wechsel der Aufsichtsstelle Datenschutz zu den Kantonalen Behörden -4.0 Stellen
- Übernahme gemeindepolizeilicher Aufgaben aus Vertrag mit der Stadt Liestal +2.0 Stellen
- Erhöhung der Sollstellen im Rahmen der Optimierung der Hauptabteilung Sicherheit und Ordnung +4.0 Stellen
- Erhöhung der Sollstellen infolge Umsetzung des neuen Polizeigesetzes bzgl. privaten Sicherheitsunternehmungen +1.0 Stellen
- Übertritt der Mitarbeitenden EIG (Erstinformationsgespräche AFM) in unbefristete Anstellungen +1.4 Stellen
- Abbau im Rahmen des Entlastungspakets und durch die Reorganisation der Staatsanwaltschaft (Stawa 2014) -0.5 Stellen

Weitere Details sind bei den einzelnen Dienststellen ersichtlich.

Bereich Stab SID

Im Bereich Stab SID sind die folgenden Stabs-Organisationseinheiten zusammengefasst:

- Generalsekretariat SID
- Rechtsdienst des Regierungsrates

Der Rechtsdienst des Regierungsrates ist eine eigene Dienststelle innerhalb der SID und wurde dem Bereich Stab - welcher so namentlich nur im Rechnungswesen existiert - zugeordnet, damit die buchhalterische Abbildung dieser Dienststelle in Budget und Erfolgsrechnung gemacht werden kann. Der Rechtsdienst gehört somit nicht zum eigentlichen Generalsekretariat. Er wird unter der Profitcenter-Nummer 2401 geführt.

Das Generalsekretariat ist ebenfalls eine eigene Dienststelle innerhalb der SID. Das Generalsekretariat ist Stabsstelle des Direktionsvorstehers und wirkt als Koordinations- und Kontrollstelle für die Gesamtdirektion. Es ist in Einheiten gegliedert, welche Stabsfunktionen für die ganze Direktion oder Fachaufgaben ausüben (z.B. Integration, Familien, Straf- und Massnahmenvollzug, Bewilligungen usw.). Das Generalsekretariat wird unter der Profitcenter-Nummer 2400 geführt.

Ab 01.01.2015 ist die Aufsichtsstelle Datenschutz nicht mehr der Sicherheitsdirektion zugeordnet, sondern den Kantonalen Behörden. In den Zahlen Rechnung 2013 und Budget 2014 ist die Aufsichtsstelle Datenschutz jedoch noch enthalten.

Erfolgsrechnung

	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %
30 Personalaufwand	12'436'196	15'731'186	13'707'296	-2'023'890	-13%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	9'646'334	8'486'794	8'504'629	17'835	0%
34 Finanzaufwand	4'685	3'600	3'100	-500	-14%
36 Transferaufwand	19'052'273	16'919'000	18'563'500	1'644'500	10%
41 Regalien und Konzessionen	-774'553	-750'000	-775'000	-25'000	-3%
42 Entgelte	-4'649'053	-3'515'500	-4'619'500	-1'104'000	-31%
43 Verschiedene Erträge	-8'998				
44 Finanzertrag	-1'724	-100	-100	0	0%
45 Übertrag Fonds / StaatsRG	-317'183	-315'000	-315'000	0	0%
46 Transferertrag	-1'843'223	-2'417'571	-2'792'571	-375'000	-16%
Total Aufwand	41'139'489	41'140'580	40'778'525	-362'055	-1%
Total Ertrag	-7'594'733	-6'998'171	-8'502'171	-1'504'000	-21%
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	33'544'756	34'142'409	32'276'354	-1'866'055	-5%

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	71.5	79.6	77.2	-2.4	-3.0%

Um die Erfüllung der Aufgaben der IT-Sicherheit gemäss RRB 0354 vom 11.03.2008 gewährleisten zu können, ist die Anstellung eines direktionalen Sicherheitsbeauftragten in der Informatik vorgesehen. +0.9 Stellen

Die bisherige Fachperson für gefährliche Kundschaft war extern angestellt und beendet ihre Tätigkeit gegen Ende 2014. Es ist eine Anstellung für eine interne Fachperson vorgesehen, die auch wieder für die gesamte kantonale Verwaltung tätig sein wird. Zur Finanzierung werden die vorher extern ausgegebenen Gelder verwendet. +0.7 Stellen

Die Aufsichtsstelle Datenschutz wechselt zum 01.01.2015 zu den Kantonalen Behörden. -4.0 Stellen

2400 Generalsekretariat SID

Auftrag und Zielsetzungen

Das Generalsekretariat ist Stabsstelle des Direktionsvorstehers und wirkt als Koordinations- und Kontrollstelle für die Gesamtdirektion. Es ist in folgende Einheiten gegliedert:

- Die Kommunikation sorgt für eine rasche, transparente und offene Informationspolitik sowohl nach innen gegenüber den Mitarbeitenden als auch nach aussen gegenüber den Medien und der Bevölkerung. Weitere Aufgaben sind u.a. die Bearbeitung von Anliegen aus der Bevölkerung.
- Zur Organisationseinheit "Bewilligungen, Freiheitsentzug und Soziales" gehören das Bewilligungswesen (Gastwirtschafts- und Taxibewilligungen u.a.), das Passbüro, der Zivil- und Verwaltungsvollzug, der Straf- und Massnahmenvollzug mit den alternativen Vollzugsformen (gemeinnützige Arbeit, electronic monitoring), die Bezirksgefängnisse, die Bewährungshilfe, die Opferhilfe, der Fachbereich für Kindes- und Jugendschutz und die Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt.
- Zur Organisationseinheit "Dienste" gehören das Fundbüro und der Verwertungsdienst sowie die Fachbereiche Familie und Integration. Das Fundbüro besorgt das Fundwesen und der Verwertungsdienst verwahrt und verwertet Fundsachen sowie sichergestellte und beschlagnahmte Güter. Der Fachbereich Familie berät den Regierungsrat in familienpolitischen Belangen, analysiert periodisch die Situation der Familien im Kanton Basel-Landschaft und entwirft Konzepte im familienpolitischen Bereich sowie Vorschläge für Massnahmen zu deren Umsetzung. Er ist zuständig für die Sensibilisierungs- und Öffentlichkeitsarbeit in familienpolitischen Angelegenheiten. Der Fachbereich Integration koordiniert die Massnahmen der kantonalen Stellen zur Integration von Ausländerinnen und Ausländern. Er stellt den Informations- und Erfahrungsaustausch mit den Einwohnergemeinden und dem Kanton Basel-Stadt sicher und ist Ansprechpartner für die Bundesbehörden. Zusammen mit den anderen Dienststellen ist er für die Umsetzung des kantonalen Integrationsgesetzes verantwortlich. Er sorgt in enger Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Stadt für ein abgestimmtes Angebot für die Migrationsbevölkerung in der Region und orientiert die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber über die Angebote zur Integrationsförderung.
- Zu den Zentralen Diensten gehören die Abteilung HR (Human Resources), die Informatik, die Organisation, das Finanz- und Rechnungswesen, das Controlling und das Qualitätsmanagement sowie die zentrale Kanzlei. Hier wird auch der Swisslos-Fonds betreut.
- Der Fachbereich Rechtsetzung erarbeitet Gesetzgebungsvorhaben, Vernehmlassungen und Stellungnahmen.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	68'140	57'000	57'000	0	0%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	8'553'643	9'155'918	9'730'175	574'257	6%	1
304	Zulagen	98'698	88'365	97'749	9'384	11%	
305	Arbeitgeberbeiträge	1'435'632	3'595'588	1'890'716	-1'704'873	-47%	2
309	Übriger Personalaufwand	153'625	238'100	181'500	-56'600	-24%	3
310	Material- und Warenaufwand	133'012	120'600	117'000	-3'600	-3%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	1'897'308	1'757'000	1'168'600	-588'400	-33%	4
312	Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV	5	100		-100	-100%	
313	Dienstleistungen und Honorare	4'950'542	4'034'894	4'098'380	63'486	2%	
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	2'178'139	2'173'000	2'217'049	44'049	2%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	66'255	51'000	67'000	16'000	31%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	199'711	204'100	207'000	2'900	1%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	101'887	3'100	101'100	98'000	>1000%	5
319	Verschiedener Betriebsaufwand	2'445	13'500	3'500	-10'000	-74%	
341	Realisierte Kursverluste	586					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	4'110	3'600	3'100	-500	-14%	
412	Konzessionen	-774'553	-750'000	-775'000	-25'000	-3%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-3'743'484	-3'175'000	-4'150'000	-975'000	-31%	6

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
424	Benützungsgebühren und Dienstleistungen	-30'018	-45'000	-49'500	-4'500	-10%	
425	Erlös aus Verkäufen	-36'513	-83'500	-81'000	2'500	3%	
426	Rückerstattungen	-789'638	-162'000	-292'000	-130'000	-80%	7
430	Verschiedene betriebliche Erträge	-8'998					
440	Zinsertrag	-1'724	-100	-100	0	0%	
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	-317'183	-315'000	-315'000	0	0%	
	Total Aufwand	19'843'739	21'495'865	19'939'869	-1'555'996	-7%	
	Total Ertrag	-5'702'110	-4'530'600	-5'662'600	-1'132'000	-25%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	14'141'629	16'965'265	14'277'269	-2'687'996	-16%	

- 1 Aufgrund der Eröffnung des Gefängnisses Muttenz und der Beibehaltung der Gefängnisse Laufen und Arlesheim steigen die Personalkosten. Weitere Faktoren wie Mehraufwand im Pass- und Patentbüro, bei der Bewährungshilfe und bei der Haftkoordination wirken sich erhöhend auf die Personalkosten aus.
- 2 Im Budget 2014 eingestellte Kosten für den Wegkauf bei Frühpensionierungen in der Höhe von CHF 1.8 Mio. sind aufgrund der Umstellung der Pensionskasse im Budget 2015 nicht mehr enthalten.
- 3 Das zentral eingestellte Ausbildungsbudget wurde wegen Sparmassnahmen um rund CHF 55'000 reduziert.
- 4 Für das Jahr 2015 sind weniger Anschaffungen von IT-Hardware im Umfang von rund CHF 340'000 geplant .
- 5 Im Rahmen des Opferhilfegesetzes werden die Forderungen gegenüber Tätern korrekt eingebucht und müssen in den meisten Fällen jedoch wieder abgeschrieben werden. Die Gegenposition findet sich im Konto 426 Rückerstattungen.
- 6 Aus dem Passgeschäft werden aufgrund des ablaufenden Gültigkeitsdatums der biometrischen Pässe höhere Einnahmen von rund CHF 975'000 erwartet. Die Gegenposition findet sich im Transferaufwand beim Konto 361 bei den Pässen und Identitätskarten. Es resultieren netto Mehreinnahmen von rund CHF 225'000.
- 7 Die Forderungen an Täter gemäss Opferhilfegesetz wurden brutto budgetiert. Die meisten Forderungen müssen jedoch wieder abgeschrieben werden. Siehe Konto 318.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Integration	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	200'000	200'000	200'000	0	0%	
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-435'371	-942'571	-942'571	0	0%	
Pässe u. Identitätskarten	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	1'909'109	1'400'000	2'150'000	750'000	54%	1
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	200					
Straf- u. Massnahmenvollzug	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	14'268'929	12'982'000	13'750'000	768'000	6%	2
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	450	10'000		-10'000	-100%	
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-290'455	-360'000	-735'000	-375'000	-104%	3
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-953'529	-955'000	-955'000	0	0%	
Opferhilfe	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	1'672'180	1'571'000	1'546'000	-25'000	-2%	
Familie	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	73'790					
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	37'840	37'500	37'500	0	0%	
Intervention gegen häusliche Gewalt	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte		75'000		-75'000	-100%	4
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	61'749		60'000	60'000	X4	
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-61'749	-80'000	-60'000	20'000	25%	
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-102'119	-80'000	-100'000	-20'000	-25%	

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Präventionsprogramm Take-off	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	420'000	420'000	420'000	0	0%	
Verbandsbeiträge	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	408'026	220'000	400'000	180'000	82%	5
Total Transferaufwand			19'052'273	16'915'500	18'563'500	1'648'000	10%	
Total Transferertrag			-1'843'223	-2'417'571	-2'792'571	-375'000	-16%	
Transfers (Netto)			17'209'051	14'497'929	15'770'929	1'273'000	9%	

- 1 Aus dem Passgeschäft werden aufgrund des ablaufenden Gültigkeitsdatums der biometrischen Pässe höhere Einnahmen erwartet. Somit ergeben sich auch höhere Entschädigungen an den Bund. Die Gegenposition findet sich im Konto 421 in der Erfolgsrechnung ohne Transferaufwand.
- 2 Aufgrund der Vergangenheitswerte (mehr Vollzugstage) wurde das Budget entsprechend angepasst.
- 3 Es wird von Mehrerträgen bei der Verrechnung von ausserkantonaler U-Haft an andere Kantone ausgegangen.
- 4 Verschiebung von CHF 75'000 vom Konto 361 auf das Konto 363 und Reduktion auf CHF 60'000. Es handelt sich um den Beitrag des Kantons BL an das Lernprogramm gegen häusliche Gewalt.
- 5 Das Budget für Verbandsbeiträge wurde an den Vorjahreswert angepasst, weil in den letzten Jahren verschiedene Beiträge erhöht wurden.

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Take off (2010 - 2013)	36	Transferaufwand	420'000					
Take off (2014 - 2017)	36	Transferaufwand		420'000	420'000	0	0%	
Mobile Computing	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand			500'000	500'000		X
Total Verpflichtungskredite Aufwand			420'000	420'000	920'000	500'000	119%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag								
Total Verpflichtungskredite (netto)			420'000	420'000	920'000	500'000	119%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	62.9	70.0	71.6	1.6	2.3%

Um die Erfüllung der Aufgaben der IT-Sicherheit gemäss RRB 0354 vom 11.03.2008 gewährleisten zu können, ist die Anstellung eines direktionalen Sicherheitsbeauftragten in der Informatik vorgesehen. +0.9 Stellen.

Die bisherige Fachperson für gefährliche Kundschaft war extern angestellt und beendet ihre Tätigkeit gegen Ende 2014. Es ist eine Anstellung für eine interne Fachperson vorgesehen, die auch wieder für die gesamte kantonale Verwaltung tätig sein wird. Zur Finanzierung werden die vorher extern ausgegeben Gelder verwendet. +0.7 Stellen

Jahresprogramm

2400.004 Umsetzung Konzept "Frühe Sprachförderung im Baselbiet"

Schwerpunktfeld „Zusammenleben in Baselland“ (Legislaturziel R-Z-1, Direktionsziele SID-Z-2, SID-z-3, Massnahme SID 3)

Die Massnahmen im 2015 umfassen die Fortsetzung und Optimierung der dezentralen Sprachlernprojekte in den Spielgruppen und die Entwicklung eines Leitfadens zur frühen Sprachförderung. Die Sprachlernprojekte finden derzeit in 43 Spielgruppen verteilt auf 21 Gemeinden statt. Somit ist das Projekt sowohl in Agglomerationsgemeinden als auch ländlich geprägten Gemeinden präsent. An der Entwicklung des Leitfadens beteiligen sich sowohl Vertretende von Kitas, als auch von Spielgruppen und Tageseltern. Es wird versucht, die alltäglichen Handlungen zur sprachlichen Frühförderung unabhängig vom institutionellen Rahmen zu fokussieren.

2400.009 Vorbereitung der Umsetzung des Gesetzes zur familienergänzenden Kinderbetreuung

(Legislativziel R-Z-1 und R-Z-3, Direktionsziel SID-Z-3, FKS-IW-1)

Die Rahmenbedingungen sollen für die Bewohnerinnen und Bewohner familienfreundlich gestaltet werden, sodass ihnen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtert wird. Damit gewinnt auch der Wirtschaftsstandort an Attraktivität, weil mehr gut ausgebildetes Personal verfügbar ist. Vorausgesetzt, der Landrat und die Stimmberechtigten stimmen dem Entwurf für das Gesetz über die familienergänzende Kinderbetreuung zu, kann die Umsetzung im Jahr 2015 vorbereitet werden. Diese Arbeiten stehen auch in der Abhängigkeit vom Entscheid über die beiden Volksinitiativen zur familienergänzenden Kinderbetreuung.

2400.012 Kantonales Integrationsprogramm 2014 - 2017 (KIP)

Schwerpunktfeld "Zusammenleben in Baselland" (Legislativziel R-Z-1, Direktionsziel SID-Z-2 und SID-Z-3, Massnahme SID 3, SID 4)

Die im KIP definierten integrationsfördernden Projekte, welche durch den Bund massgeblich mitfinanziert werden, befinden sich seit dem 1. Januar 2014 in der Umsetzungsphase. Mit Ausnahme der Integrationsförderung in den Regelstrukturen werden in diesem Programm sämtliche Integrationstätigkeiten des Kantons zusammengefasst. Dank der mehrjährigen Programmdauer können die einzelnen Projekte langfristig geplant und besser koordiniert werden. Das Projekt "Communis" bildet neben der sprachlichen Frühförderung (2400.004), das Herzstück von KIP: Mit "Communis - Integration gemeinsam mit den Gemeinden" werden auf kommunaler Ebene individuelle, an die spezifischen Gemeindebedürfnisse angepasste Strategiepaper verfasst, mithilfe derer konkrete Integrationsmassnahmen umgesetzt werden können. Geplant ist das Erarbeiten von weiteren strategischen Programmen mit Gemeinden, welche über einen überdurchschnittlich hohen Anteil von Ausländerinnen und Ausländern verfügen. Der Kanton begleitet und unterstützt die Gemeinden während des mehrmonatigen Prozesses.

2400.013 Projekt "familienfreundliche KMU im Baselbiet"

Schwerpunktfeld "Zusammenleben in Baselland" (Legislativziel R-Z-1, Direktionsziel SID-Z-1)

In den Jahren 2012/2013 wurde das Projekt "familienfreundliche KMU im Baselbiet" mit 12 teilnehmenden Betrieben erfolgreich durchgeführt und 2014 abgeschlossen. Im Jahr 2015 sollen in einer zweiten Phase weitere Firmen an dem Projekt teilnehmen.

Die Firmen werden im Zuge des Projekts durch eine externe Fachstelle auf ihre Familienfreundlichkeit (Flexible Arbeitszeiten, Kinderbetreuung usw.) geprüft und es wird aufgezeigt, wo es noch Verbesserungspotential gibt. Weiter organisiert der Fachbereich Familien Vernetzungstreffen unter den Betrieben und unterstützt die mediale Berichterstattung zu den umgesetzten Massnahmen.

2400.015 Familienergänzende Kinderbetreuung: Informationsplattform für die Gemeinden

Schwerpunktfeld "Zusammenleben in Baselland" (Legislativziel R-Z-1, Direktionsziele SID-Z-2, SID-Z-3, Massnahme SID 3)

Das Thema der familienergänzenden Kinderbetreuung ist in den vergangenen Jahren intensiv bearbeitet worden. Aus dieser Arbeit entstand ein umfangreiches Wissen bei der kantonalen Verwaltung und den im Alltag mit der Umsetzung bereits betrauten Gemeinden. 2014 fanden daher vier Austauschtreffen statt, um das Wissen rund um die Themen der familienergänzenden Kinderbetreuung untereinander zu kommunizieren. Aufbauend auf den Ergebnissen dieses Austausches wird eine Website angelegt, welche die erarbeiteten „best practice-Beispiele“ zugänglich macht und Basis zur Fortsetzung des Dialogs ist.

2400.016 Fusions- und Regio-Initiativen

Schwerpunktfeld "Auftritt und Kooperation" (Legislativziel R-AK-1, R-AK-2, R-AK-3 und R-AK-4, Direktionsziel SID-AK-1, Massnahme SID 15)

Die Weiterbearbeitung der in diesen Initiativen enthaltenen Themen wird massgeblich abhängig sein vom Ergebnis der Volksabstimmung vom September 2014 zur Fusionsinitiative. Die Volksabstimmung über die Regio-Kooperationsinitiative wird voraussichtlich im Jahr 2015 stattfinden. Die beiden anderen Volksinitiativen - nämlich die "Zusammenarbeitsinitiative" und die "Regio-Stärkungsinitiative" sind bis anhin noch nicht eingereicht worden.

2400.018 Portraits der Baselbieter Familien- und Begegnungszentren

Schwerpunktfeld "Zusammenleben in Baselland" (Legislativziel R-Z-1, Direktionsziel SID-Z-1 und SID Z-3, Massnahme SID 1 und SID 2)

Im Kanton Basel-Landschaft gibt es insgesamt neun Familienzentren, die als wichtiger Begegnungsort für Menschen unterschiedlichen Alters und Herkunft, insbesondere für Familien, dienen. Die Familienzentren unterscheiden sich in ihrer Entstehungsgeschichte, ihrer Einbindung an den jeweiligen Standorten und in der Palette der Angebote. Im Jahr 2015 beginnt der Fachbereich Familien eine Porträtserie der Familienzentren, um diese bekannter und die erreichten Zentrumsleistungen sichtbar und nachahmbar zu machen.

2400.019 Umsetzung Konzept Kinder- und Jugendhilfe

Schwerpunktfeld "Zusammenleben in Baselland" (Legislativziel R-Z-3, Direktionsziel SID-Z-5)

Der Fachbereich Kindes- und Jugendschutz wirkt bei der Umsetzung der 10 Handlungsempfehlungen des Konzeptes

Kinder- und Jugendhilfe mit. 2015 stehen die bessere Koordination in Kinder- und Jugendfragen sowie die zunehmende Erlangung eines flächendeckenden Beratungsangebotes für Kinder, Jugendliche und Erziehende im Mittelpunkt der Bemühungen. Zusätzliche Finanzmittel des Bundes (Kinder- und Jugendförderungsgesetz) ermöglichen auch im Bereich des Kinderschutzes Entwicklungsschritte, soweit die für die Umsetzung beantragten kantonalen Mittel ebenfalls zur Verfügung stehen.

2400.020 Konzept "Umgang mit gefährlicher Kundschaft"

Schwerpunktfeld "Zusammenleben in Baselland" (Legislaturziel R-Z-3, Direktionsziel SID-Z-4)

Die neue Fachperson "Bedrohungsmanagement" wird vollständig in die kantonale Verwaltung integriert (beim Generalsekretariat SID, ab 2015). Zu ihrem Auftrag gehört die Leitung des erweiterten Kompetenzzentrums "Bedrohungsmanagement". Infolge des engen sachlichen Zusammenhangs wird 2015 auch das Thema "häusliche Gewalt" in das Konzept "Bedrohungsmanagement" einbezogen werden.

2401 Rechtsdienst des Regierungsrates

Auftrag und Zielsetzungen

Der Rechtsdienst des Regierungsrates bereitet Beschwerdeentscheide für die Regierung vor. Er erstellt juristische Gutachten für die gesamte Kantonsverwaltung und wirkt bei der Gesetzgebung mit. Im Übrigen vertritt er den Kanton in verfassungs- und verwaltungsrechtlichen Beschwerdeverfahren vor den Gerichten.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	1'271'784	1'523'866	1'473'027	-50'839	-3%	
304	Zulagen	17'100	19'572	17'100	-2'472	-13%	
305	Arbeitgeberbeiträge	221'063	252'203	260'029	7'826	3%	
310	Material- und Warenaufwand	11'288	14'000	13'000	-1'000	-7%	
313	Dienstleistungen und Honorare	3'573	5'500	3'500	-2'000	-36%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	2'375	2'500	2'500	0	0%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	726	1'000	1'000	0	0%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	12'328	5'000	5'000	0	0%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-49'400	-50'000	-47'000	3'000	6%	
	Total Aufwand	1'540'238	1'823'641	1'775'156	-48'485	-3%	
	Total Ertrag	-49'400	-50'000	-47'000	3'000	6%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	1'490'838	1'773'641	1'728'156	-45'485	-3%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	5.6	5.6	5.6	0.0	0.0%

2402 Aufsichtsstelle Datenschutz

Auftrag und Zielsetzungen

Die Datenschutzbehörde ist zuständig für die Aufsicht über

- alle Behörden des Kantons Basel-Landschaft (mit Ausnahme des Landrates und seiner Mitglieder sowie des Regierungsrates)
- alle Einwohnergemeinden des Kantons Basel-Landschaft
- alle Bürgergemeinden des Kantons Basel-Landschaft
- alle Kirchengemeinden des Kantons Basel-Landschaft
- Private, soweit sie mit der Erfüllung öffentlicher Aufgaben betraut sind.

Die Aufgaben der Aufsichtsstelle umfassen:

- Die Kontrolle, ob die Bestimmungen über den Datenschutz rechtmässig angewendet werden und von Datenbearbeitungen, die besondere Risiken für die Rechte der betroffenen Personen beinhalten (Vorabkontrolle).
- Die Beratung von Behörden in Fragen des Datenschutzes und von betroffenen Personen über ihre Rechte.
- Die Vermittlung zwischen betroffenen Personen und Behörden und die Erarbeitung von Stellungnahmen, die für den Datenschutz erheblich sind.
- Die Veröffentlichung eines periodischen Tätigkeitsberichts.
- Die Zusammenarbeit mit Datenschutz-Kontrollorganen im In- und Ausland.
- Entscheidungen über die Bearbeitung von Personendaten im Zusammenhang mit Wissenschaft und Forschung.
- Den Erlass von Empfehlungen und Weisungen.
- Die Bezeichnung der für den Datenschutz verantwortlichen Behörde.
- Die Beschwerdeführung gegen datenschutzrelevante Entscheide des Regierungsrates.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	504'153	653'857		-653'857	-100%	1
304	Zulagen	5'996	5'140		-5'140	-100%	1
305	Arbeitgeberbeiträge	101'023	131'577		-131'577	-100%	1
309	Übriger Personalaufwand	5'336	10'000		-10'000	-100%	1
310	Material- und Warenaufwand	17'673	30'000		-30'000	-100%	1
313	Dienstleistungen und Honorare	54'778	60'500		-60'500	-100%	1
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	3'078					1
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	11'212	11'000		-11'000	-100%	1
341	Realisierte Kursverluste	-11					1
	Total Aufwand	703'239	902'073		-902'073	-100%	
	Total Ertrag						
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	703'239	902'073		-902'073	-100%	

- 1 Die Aufsichtsstelle Datenschutz wechselt voraussichtlich per 01.01.2015 administrativ zu den Kantonalen Behörden. Voraussetzung dafür ist die entsprechende Anpassung im Datenschutzgesetz (Geschäft zur Zeit im Landrat hängig). Daher werden im Budget 2015 beim Profitcenter 2402 der SID keine Daten mehr ausgewiesen.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Kantonsbeitrag Datenschutz	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte		3'500		-3'500	-100%	1
Total Transferaufwand				3'500		-3'500	-100%	
Total Transferertrag								
Transfers (Netto)				3'500		-3'500	-100%	

- 1 Die Aufsichtsstelle Datenschutz wechselt voraussichtlich per 01.01.2015 administrativ zu den Kantonalen Behörden. Voraussetzung dafür ist die entsprechende Anpassung im Datenschutzgesetz (Geschäft zur Zeit im Landrat hängig). Daher werden im Budget 2015 beim Profitcenter 2402 der SID keine Daten mehr ausgewiesen.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	3.0	4.0		-4.0	-100.0%

Die Aufsichtsstelle Datenschutz wechselt voraussichtlich per 01.01.2015 administrativ zu den Kantonalen Behörden. Voraussetzung dafür ist die entsprechende Anpassung im Datenschutzgesetz (Geschäft zur Zeit im Landrat hängig). Daher werden im Budget 2015 beim Profitcenter 2402 der SID keine Daten mehr ausgewiesen.

Bereich Zivilrechtsverwaltung

Die Zivilrechtsverwaltung Basel-Landschaft ist zuständig für die Umsetzung und den Vollzug des Bundes- und des kantonalen Zivilrechts sowie des Schuldbetreibungs- und Konkursrechts im Kanton Basel-Landschaft. Der Bereich bietet aus einer Hand das gesamte Angebot an Dienstleistungen des Grundbuchamtes, der behördlichen Teile des Erbrechts, des Betreibungs- und Konkursamtes, des Zivilstandswesens und des Bürgerrechtswesens sowie bezüglich der Adoptionen und Namensänderungen. Ausserdem arbeiten auf der Zivilrechtsverwaltung Beglaubigungspersonen, welche die Beglaubigung von Dokumenten und Unterschriften durchführen können. Die Zivilrechtsverwaltung ist zuständig für die Durchführung freiwilliger Liegenschaftsversteigerungen, führt das Aktuariat der Aufsichtskommission über die Notariate und ist mitwirkungsverpflichtete Behörde im Sinne von Art. 609 ZGB (behördliche Mitwirkung bei der Erbteilung zum Schutz der Gläubiger).

Erfolgsrechnung

	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %
30 Personalaufwand	17'303'691	12'809'184	13'105'733	296'549	2%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	1'446'177	1'198'870	1'151'215	-47'655	-4%
34 Finanzaufwand	38'281	45'000	45'000	0	0%
36 Transferaufwand	178'493	160'000	160'000	0	0%
42 Entgelte	-21'993'551	-24'363'855	-24'071'500	292'355	1%
43 Verschiedene Erträge	-15'230				
44 Finanzertrag	-5'328	-10'200	-10'000	200	2%
46 Transferertrag	1				
Total Aufwand	18'966'642	14'213'054	14'461'948	248'894	2%
Total Ertrag	-22'014'107	-24'374'055	-24'081'500	292'555	1%
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	-3'047'466	-10'161'001	-9'619'552	541'449	5%

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	117.2	110.5	110.5	0.0	0.0%

2410 Zivilrechtsverwaltung

Auftrag und Zielsetzungen

Die Zivilrechtsverwaltung Basel-Landschaft ist zuständig für die Umsetzung und den Vollzug des Bundes- und des kantonalen Zivilrechts sowie des Schuldbetriebs- und Konkursrechts im Kanton Basel-Landschaft. Die Dienststelle bietet aus einer Hand das gesamte Angebot an Dienstleistungen des Grundbuchamtes, der behördlichen Teile des Erbrechts, des Betreibungs- und Konkursamtes, des Zivilstandswesens und des Bürgerrechtswesens sowie bezüglich der Adoptionen und Namensänderungen. Ausserdem sind auf der Zivilrechtsverwaltung Beglaubigungspersonen vorhanden, welche die Beglaubigung von Dokumenten und Unterschriften durchführen können. Die Zivilrechtsverwaltung ist zuständig für die Durchführung freiwilliger Liegenschaftsversteigerungen, führt das Aktuariat der Aufsichtskommission über die Notariate und ist mitwirkungsverpflichtete Behörde im Sinne von Art. 609 ZGB (behördliche Mitwirkung bei der Erbteilung zum Schutz der Gläubiger).

Die Zahlen für die Rechnung 2013 beziehen sich noch auf die Bezirksschreiberei Arlesheim. Die Zahlen ab 2014 gelten für die neue Zivilrechtsverwaltung BL und sind deshalb auf Stufe Dienststelle mit den Zahlen bis 2013 nicht vergleichbar.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	10'494		7'000	7'000		X
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	6'970'686	10'730'375	10'875'858	145'483	1%	
304	Zulagen	73'373	99'422	145'331	45'908	46%	
305	Arbeitgeberbeiträge	1'535'459	1'965'387	2'057'545	92'158	5%	
309	Übriger Personalaufwand	7'799	14'000	20'000	6'000	43%	
310	Material- und Warenaufwand	92'340	187'525	159'190	-28'335	-15%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	2'641	3'000	4'500	1'500	50%	
313	Dienstleistungen und Honorare	407'940	804'345	782'425	-21'920	-3%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	47'839	88'600	89'800	1'200	1%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	21'385	30'000	30'000	0	0%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	55'348	75'400	77'100	1'700	2%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	11'717	10'000	8'200	-1'800	-18%	
341	Realisierte Kursverluste	0					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	14'795	45'000	45'000	0	0%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-8'069'433	-24'363'855	-24'071'500	292'355	1%	
426	Rückerstattungen	-239'488					
429	Übrige Entgelte	-33'730					
430	Verschiedene betriebliche Erträge	-13'751					
440	Zinsertrag	-1'678	-10'200	-10'000	200	2%	
	Total Aufwand	9'251'814	14'053'054	14'301'948	248'894	2%	
	Total Ertrag	-8'358'081	-24'374'055	-24'081'500	292'555	1%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	893'733	-10'321'001	-9'779'552	541'449	5%	

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Vormundschaftliche Mandate	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	159					
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	1					

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Bundesanteil Handelsregistergebühren	360	Ertragsanteile an Dritte	178'334	160'000	160'000	0	0%	
Total Transferaufwand			178'493	160'000	160'000	0	0%	
Total Transferertrag			1					
Transfers (Netto)			178'494	160'000	160'000	0	0%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	56.8	110.5	110.5	0.0	0.0%

2411 Bezirksschreiberei Binningen

Auftrag und Zielsetzungen

Entlastungsmassnahme SID-1 Projekt FOCUS: Schliessung der Bezirksschreibereien aufgrund der Reorganisation der Behörden im Zivilrecht. Verzicht auf die Führung eines Amtsnotariats und Zusammenzug der verbleibenden Dienstleistungen zur Zivilrechtsverwaltung Basel-Landschaft.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	1'873'547					
304	Zulagen	24'026					
305	Arbeitgeberbeiträge	308'811					
310	Material- und Warenaufwand	19'589					
313	Dienstleistungen und Honorare	266'394					
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	20'224					
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	4'504					
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	3'528					
319	Verschiedener Betriebsaufwand	853					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	7'160					
421	Gebühren für Amtshandlungen	-4'041'895					
430	Verschiedene betriebliche Erträge	-1'437					
440	Zinsertrag	-1'125					
	Total Aufwand	2'528'635					
	Total Ertrag	-4'044'456					
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	-1'515'821					

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	15.7				

2412 Bezirksschreiberei Liestal

Auftrag und Zielsetzungen

Entlastungsmassnahme SID-1 Projekt FOCUS: Schliessung der Bezirksschreibereien aufgrund der Reorganisation der Behörden im Zivilrecht. Verzicht auf die Führung eines Amtsnotariats und Zusammenzug der verbleibenden Dienstleistungen zur Zivilrechtsverwaltung Basel-Landschaft.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	2'227'477					
304	Zulagen	21'083					
305	Arbeitgeberbeiträge	530'154					
310	Material- und Warenaufwand	29'352					
313	Dienstleistungen und Honorare	135'430					
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	33'328					
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	2'938					
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	11'580					
319	Verschiedener Betriebsaufwand	2'335					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	13'326					
421	Gebühren für Amtshandlungen	-4'682'810					
440	Zinsertrag	-1'201					
	Total Aufwand	3'007'003					
	Total Ertrag	-4'684'011					
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	-1'677'007					

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	21.2				

2413 Bezirksschreiberei Sissach

Auftrag und Zielsetzungen

Entlastungsmassnahme SID-1 Projekt FOCUS: Schliessung der Bezirksschreibereien aufgrund der Reorganisation der Behörden im Zivilrecht. Verzicht auf die Führung eines Amtsnotariats und Zusammenzug der verbleibenden Dienstleistungen zur Zivilrechtsverwaltung Basel-Landschaft.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	1'452'046					
304	Zulagen	10'479					
305	Arbeitgeberbeiträge	289'822					
310	Material- und Warenaufwand	14'616					
313	Dienstleistungen und Honorare	51'239					
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	19'796					
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	3'518					
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	-1'002					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	4'167					
421	Gebühren für Amtshandlungen	-2'221'222					
440	Zinsertrag	-437					
	Total Aufwand	1'844'683					
	Total Ertrag	-2'221'659					
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	-376'976					

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	10.8				

2414 Bezirksschreiberei Waldenburg

Auftrag und Zielsetzungen

Entlastungsmassnahme SID-1 Projekt FOCUS: Schliessung der Bezirksschreibereien aufgrund der Reorganisation der Behörden im Zivilrecht. Verzicht auf die Führung eines Amtsnotariats und Zusammenzug der verbleibenden Dienstleistungen zur Zivilrechtsverwaltung Basel-Landschaft.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	776'712					
304	Zulagen	9'710					
305	Arbeitgeberbeiträge	128'305					
310	Material- und Warenaufwand	6'481					
311	Nicht aktivierbare Anlagen	946					
313	Dienstleistungen und Honorare	49'968					
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	7'029					
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	2'930					
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	2'294					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	2'506					
421	Gebühren für Amtshandlungen	-1'126'296					
430	Verschiedene betriebliche Erträge	-42					
440	Zinsertrag	-493					
	Total Aufwand	986'881					
	Total Ertrag	-1'126'831					
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	-139'950					

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	6.2				

2415 Bezirksschreiberei Laufen

Auftrag und Zielsetzungen

Entlastungsmassnahme SID-1 Projekt FOCUS: Schliessung der Bezirksschreibereien aufgrund der Reorganisation der Behörden im Zivilrecht. Verzicht auf die Führung eines Amtsnotariats und Zusammenzug der verbleibenden Dienstleistungen zur Zivilrechtsverwaltung Basel-Landschaft.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	894'753					
304	Zulagen	7'105					
305	Arbeitgeberbeiträge	151'850					
310	Material- und Warenaufwand	7'093					
313	Dienstleistungen und Honorare	91'742					
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	12'611					
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	4'554					
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	2'803					
319	Verschiedener Betriebsaufwand	292					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	-3'672					
421	Gebühren für Amtshandlungen	-1'578'676					
440	Zinsertrag	-394					
	Total Aufwand	1'169'132					
	Total Ertrag	-1'579'070					
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	-409'939					

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	6.5				

Bereich Polizei Basel-Landschaft

Das Budget 2015 steht unter dem Stern von weitreichenden Kürzungen vor allem beim Sachaufwand. Um die Saldovorgaben erreichen zu können, mussten teilweise Kürzungen unter den Budgetwerten 2014 als auch der Rechnung 2013 erfolgen. Diese Kürzungen stellen auch bezüglich der Zielerreichungen (Aufklärungsquote, Einbruchdiebstähle) eine Herausforderung dar. Im weiteren musste die Polizei in den letzten Jahren einen Rückgang der Bussenerträge feststellen (Anzahl der fehlbaren Verkehrsteilnehmenden), weshalb diese Einnahmen von CHF 22.3 Mio. auf CHF 20 Mio. reduziert wurden. Damit soll der anhaltenden Entwicklung in diesem Bereich Rechnung getragen werden.

Erfolgsrechnung

	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %
30 Personalaufwand	70'341'356	68'456'487	68'185'987	-270'500	0%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	7'248'216	7'815'000	6'770'344	-1'044'656	-13%
34 Finanzaufwand	102'991	154'500	155'200	700	0%
36 Transferaufwand	2'704'799	2'765'100	2'455'200	-309'900	-11%
42 Entgelte	-17'670'202	-26'403'600	-23'836'600	2'567'000	10%
43 Verschiedene Erträge	-467'917				
44 Finanzertrag	-2'970	-9'000	-7'000	2'000	22%
46 Transferertrag	-3'513'494	-3'361'200	-3'462'100	-100'900	-3%
Total Aufwand	80'397'362	79'191'087	77'566'731	-1'624'356	-2%
Total Ertrag	-21'654'582	-29'773'800	-27'305'700	2'468'100	8%
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	58'742'780	49'417'287	50'261'031	843'744	2%

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	499.4	524.6	531.6	7.0	1.3%

- Übernahme gemeindepolizeilicher Aufgaben aus Vertrag mit der Stadt Liestal +2.0 Stellen
- Erhöhung der Sollstellen im Rahmen der Optimierung der Hauptabteilung Sicherheit und Ordnung +4.0 Stellen
- Erhöhung der Sollstellen infolge Umsetzung des neuen Polizeigesetzes bzgl. privaten Sicherheitsunternehmungen +1.0 Stellen

2420 Polizei Basel-Landschaft

Auftrag und Zielsetzungen

Die Aufgaben und der Auftrag der Polizei Basel-Landschaft sind im Polizeigesetz geregelt. Dabei wird der allgemeine Auftrag wie folgt definiert:

§ 2 Allgemeiner Auftrag

- 1 Die Polizei sorgt für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.
- 2 Sie steht im Dienste der Bevölkerung und der Behörden.

Die Aufgaben sind im Gesetz wie folgt umschrieben:

§ 3 Aufgaben

1 Die Polizei erfüllt folgende Aufgaben:

- a. Sie ergreift Massnahmen, um unmittelbar drohende Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie für Mensch, Tier und Umwelt abzuwehren und eingetretene Störungen zu beseitigen;
- b. Sie trifft Vorkehrungen zur Verhinderung und Bekämpfung von Straftaten;
- c. Sie wirkt auf die Beilegung von Streitigkeiten und auf die Lösung von Konflikten hin;
- d. Sie hilft Menschen, die unmittelbar an Leib und Leben bedroht oder anderweitig in Not sind;
- e. Sie wirkt mit bei der Strafverfolgung sowie unter der Leitung der zuständigen Behörde beim Vollzug in Zivil- und Verwaltungsangelegenheiten.
- f. Sie leistet den Verwaltungs- und Justizbehörden Amts- und Vollzugshilfe, soweit die polizeiliche Mithilfe in Gesetzen, Dekreten, Verordnungen und interkantonalen oder internationalen Vereinbarungen vorgesehen ist;
- g. Sie erfüllt weitere Aufgaben, die ihr durch Gesetz, Dekret und Verordnung übertragen sind.

2 Der Schutz privater Rechte obliegt der Polizei nur dann, wenn:

- a. deren Bestand glaubhaft gemacht wird, und
- b. gerichtlicher Schutz nicht rechtzeitig zu erlangen ist und
- c. ohne polizeiliche Hilfe die Verwirklichung des Rechts vereitelt oder wesentlich erschwert werden könnte.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	57'146'336	56'481'142	56'585'623	104'481	0%	
304	Zulagen	1'764'691	909'181	1'133'765	224'585	25%	1
305	Arbeitgeberbeiträge	10'482'555	9'875'864	9'546'799	-329'065	-3%	
309	Übriger Personalaufwand	947'775	1'190'300	919'800	-270'500	-23%	2
310	Material- und Warenaufwand	674'419	1'023'200	871'910	-151'290	-15%	3
311	Nicht aktivierbare Anlagen	2'703'512	2'797'800	1'915'420	-882'380	-32%	4
312	Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV	12'060	21'000	22'020	1'020	5%	
313	Dienstleistungen und Honorare	1'261'590	1'051'100	1'147'140	96'040	9%	
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	1'014'546	1'273'500	1'166'360	-107'140	-8%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	635'830	644'000	706'790	62'790	10%	5
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	704'749	728'400	695'204	-33'196	-5%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	234'455	245'000	235'000	-10'000	-4%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	7'054	31'000	10'500	-20'500	-66%	
341	Realisierte Kursverluste	-54'590					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	157'529	154'500	155'200	700	0%	
349	Verschiedener Finanzaufwand	52					
421	Gebühren für Amtshandlungen	-2'559'354	-3'172'000	-2'888'000	284'000	9%	
422	Spital- und Heimgelder, Kostgelder	-35'985	-43'000	-43'000	0	0%	
423	Schul- und Kursgelder	-25'760	-20'000	-25'000	-5'000	-25%	
424	Benützungsgebühren und Dienstleistungen	-543'583	-803'600	-814'600	-11'000	-1%	
425	Erlös aus Verkäufen	6'855	-25'000	-16'000	9'000	36%	
426	Rückerstattungen	-569					
427	Bussen	-14'511'806	-22'340'000	-20'000'000	2'340'000	10%	6
429	Übrige Entgelte			-50'000	-50'000	X	7
430	Verschiedene betriebliche Erträge	-467'917					

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
440	Zinsertrag	-2'970	-9'000	-7'000	2'000	22%	
	Total Aufwand	77'692'563	76'425'987	75'111'531	-1'314'456	-2%	
	Total Ertrag	-18'141'088	-26'412'600	-23'843'600	2'569'000	10%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	59'551'475	50'013'387	51'267'931	1'254'544	3%	

- 1 Die Familienzulagen wurden im Personalkostentool in den Budgetjahren 2013 und 2014 jeweils auf Ende des individuellen Ausbildungsjahres des Kindes abgegrenzt und nicht weiter berechnet. Dieser Fehler wurde nun im Personalkostenplanungstool korrigiert und führt zu entsprechenden Mehrkosten.
- 2 Die Saldovorgaben zwingen die Polizei dazu, bei der Aus- und Weiterbildung massiv zu reduzieren. Zudem konnten in den Vorjahren infolge der hohen Arbeitsbelastung der Mitarbeitenden nicht alle vorgesehenen Aus- und Weiterbildungen besucht werden und das Budget wurde daher nicht ausgeschöpft.
- 3 Die Saldovorgaben zwingen die Polizei dazu, beim Material- und Warenaufwand zu sparen. Zudem erfolgten punktuell Anpassungen an die Rechnungswerte des Vorjahres.
- 4 Im Budget 2014 waren zusätzliche Alkoholmessgeräte im Rahmen einer Gesetzesänderung im Rahmen von CHF 520'000.-- berücksichtigt; diese fallen nun im Budget 2015 weg. Im Sinne der Umsetzung von Sparmassnahmen wurden Ersatz- und Neubeschaffungen zurückgestellt oder gestrichen.
- 5 Erhöhung der Kosten. Die Position war im Budget 2014 im Konto 310 (neue Kopiergeräte) enthalten.
- 6 Die Bussenerträge waren in den vergangenen Jahren rückläufig (Anzahl der Verkehrsübertretungen), weshalb eine Anpassung der Budgetwerte nach unten vorgenommen wurde.
- 7 Es handelt sich um eine einmalige, finanztechnische Ausbuchung von Doppelzahlungen und unbekanntem Zahlungseingängen aus der Bussenbuchhaltung, welche älter als 10 Jahre sind.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Sicherheit und Ordnung	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	300					
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	21'620	22'000	22'000	0	0%	
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-543'127	-533'000	-653'000	-120'000	-23%	1
Kriminalitätsbekämpfung	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	892'839	888'000	882'000	-6'000	-1%	
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	25'060	23'200	11'000	-12'200	-53%	
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-300'055	-300'000	-300'000	0	0%	
Verkehrssicherheit	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	367'608	451'000	300'000	-151'000	-33%	2
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	9'339	20'000	20'000	0	0%	
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-1'680'508	-1'555'600	-1'555'600	0	0%	
Support und HR	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	154'413	70'900	60'700	-10'200	-14%	
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	140'137	140'000	159'500	19'500	14%	
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-887'749	-722'600	-828'500	-105'900	-15%	3
SV IPH Hitzkirch	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	1'093'484	1'150'000	1'000'000	-150'000	-13%	4
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-102'055	-250'000	-125'000	125'000	50%	5
Total Transferaufwand			2'704'799	2'765'100	2'455'200	-309'900	-11%	
Total Transferertrag			-3'513'494	-3'361'200	-3'462'100	-100'900	-3%	
Transfers (Netto)			-808'695	-596'100	-1'006'900	-410'800	-69%	

- 1 Im 2013 wurde vom Bund erstmals eine Sicherheitspauschale im Zusammenhang mit sicherheitspolizeilichen Aufwendungen und Dispositiven für das Bundeszentrum für Asylsuchende in Allschwil an die Polizei entrichtet.
- 2 Reduktion der Kosten für Halterabfragen im Zusammenhang mit der Reduktion der Bussenerträge.
- 3 Höhere Verrechnungen von Polycomkosten an die Armasuisse (Kompetenzzentrum des Bundes für die Beschaffung von technologisch komplexen Systemen und Materialien, sicherheitsrelevanten Technologien und das Qualitätsmanagement)
- 4 Die Ausbildung der polizeilichen Sicherheitsassistentinnen und -assistenten wurde im 2014 abgeschlossen. Somit entfällt der entsprechende Ausbildungsbeitrag.
- 5 Die Interkantonale Polizeischule Hitzkirch (IPH) musste ihr Referentenmodell insofern ändern, dass die Anzahl Milizinstruktoren zu Gunsten vollamtlicher und Teilzeitinstruktoren reduziert wurde. Dadurch kann die Polizei weniger Instruktoren nach Hitzkirch senden, was zu Mindereinnahmen führt.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	499.4	524.6	531.6	7.0	1.3%

- Übernahme gemeindepolizeilicher Aufgaben aus Vertrag mit der Stadt Liestal +2.0 Stellen
- Erhöhung der Sollstellen im Rahmen der Optimierung der Hauptabteilung Sicherheit und Ordnung +4.0 Stellen
- Erhöhung der Sollstellen infolge Umsetzung des neuen Polizeigesetzes bzgl. privaten Sicherheitsunternehmungen +1.0 Stellen

Jahresprogramm

2420.001 Sicherheitspolizeiliches Früherkennungs- und Warnsystem / Einbruchsbekämpfung

Schwerpunktfeld "Zusammenleben in Baselland" (Legislativziel R-Z-3, Direktionsziel SID-Z-4, SID-Z-6, Massnahme SID 6 und SID 7)

Die Arbeit der Polizei BL wird effektiver, wenn im voraus klar ist, wann, wo mit welchen Delikten zu rechnen ist. Die Polizei BL wird die Delikte im Bereich Einbruchdiebstahl, Taschendiebstahl und Fahrzeugaufbrüche täglich auswerten und dokumentieren. Durch Vergleich mit den Vorjahren mit Hilfe der geographischen Dokumentation werden "Verbrechensmuster" erarbeitet. Es lassen sich so Voraussagen machen über periodisch oder geografisch wiederkehrende Kriminalereignisse. Für die konkrete Einsatzplanung sind diese Erkenntnisse von grossem Wert. Im Weiteren können - mit Einbindung der Bevölkerung - gezielt öffentliche Präventionsmassnahmen umgesetzt werden, damit die erwarteten Delikte gar nicht stattfinden können.

Die Polizei BL hat im Jahr 2014 eine spezielle Task Force "Einbruchdiebstähle" eingerichtet, welche weitergehende Analysen und Massnahmen zur Bekämpfung der Einbruchkriminalität erarbeitet. Die Umsetzung dieser Massnahmen erfolgt ab Herbst 2014 und wird im Jahr 2015 weitergeführt.

2420.004 Projekt Aufklärung und Zusammenarbeit plus

Schwerpunktfeld "Zusammenleben in Baselland" (Legislativziel R-Z-3, Direktionsziel SID-Z-4 und SID-Z-6)

Hohe Delikts-Aufklärungsraten erhöhen die Sicherheit und wirken gleichzeitig präventiv, da das Risiko für die Täterinnen und Täter steigt. Im Rahmen des Projekts "Aufklärung und Zusammenarbeit plus" wird die Zusammenarbeit zwischen der Polizei BL und der Staatsanwaltschaft intensiviert. Die beiden Behörden informieren sich frühzeitig über Aktionen und Ermittlungstätigkeiten und arbeiten in der Aus- und Weiterbildung noch enger zusammen.

Für das Jahr 2015 wurde ein konkretes Ziel definiert: Die Aufklärungsquoten von Einbruchdiebstahl, einfacher Körperverletzung, Raub, Vergewaltigung, sexueller Nötigung, sexueller Handlung mit Kindern, Brandstiftung und Taschendiebstahl sind für das Jahr 2015 bei allen 8 Delikten höher als der Landesdurchschnitt in der jeweiligen Deliktskategorie.

2420.005 Mobile Computing

Schwerpunktfeld "Zusammenleben im Baselland" (Legislativziel R-Z-3, Direktionsziel SID-Z-4)

Das Projekt Mobile Computing hat zum Ziel, die Effizienz der Frontkräfte zu erhöhen, indem mittels Informatikmittel Journaleinträge, Rapportierungen, Abfragen von Systemen oder Fahndungersuchen direkt mobil erfolgen können. Damit können redundante Erfassungen eliminiert oder Wartezeiten effizient genutzt werden. Andererseits sollen die Requisitionsinformationen online auf die Fahrzeuge übertragen werden (z.B. Koordinaten für die Navigation).

2420.006 Projekt Prüfung einer einheitlichen Einsatzleitzentrale

Schwerpunktfeld "Effizientes und effektives staatliches Handeln" (Legislativziel und Schwerpunktfeld "Zusammenleben in Baselland", Legislativziel R-Z-3, Direktionsziel SID-Z-6, Massnahme SID 10)

Für die Abdeckung des Kantonsgebiets durch die Blaulichtorganisationen Feuerwehr, Polizei und Rettungssanität existieren in Baselland zurzeit 3 Einsatzleitzentralen. Die Grundversorgung der Bevölkerung ist dadurch sichergestellt.

Optimierungspotential besteht im Bereich der interdisziplinären Bearbeitung und Betreuung von grossen Unfällen, Grossereignissen und Katastrophen mit hohem Koordinationsbedarf. Der Regierungsrat hat beschlossen, das Projekt einer gemeinsamen Einsatzleitzentrale der Blaulichtorganisationen in die Wege zu leiten (Vorlage 2014-188). Eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe unter der Federführung der Sicherheitsdirektion soll die erforderlichen Entscheidungsgrundlagen erstellen, unter Berücksichtigung der finanziellen Gegebenheiten im Kanton und der partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit Basel-Stadt.

Bereich Sicherheit 1

Zum Bereich Sicherheit 1 gehören die folgenden Organisationseinheiten:

Amt für Migration (Dienststelle 2430)
 Amt für Militär und Bevölkerungsschutz (Dienststelle 2431)
 Motorfahrzeugkontrolle (Dienststelle 2432)

Die Saldovorgaben konnten in den Dienststellen MFK und AMB umgesetzt werden. Beim AfM wurden die Zielvorgaben trotz Sparbemühungen nicht erreicht.

Der Anstieg in der Kontengruppe 30 ist auf den Primatwechsel zur Beitragsfinanzierung der Basellandschaftlichen Pensionskasse zurückzuführen.

Die Kosten im Bereich Sach- und Betriebsaufwand wurden aufgrund des Spardrucks flächendeckend gesenkt. Dies jedoch mit der Konsequenz, dass zum Beispiel Leistungseinkäufe im Bereich Katastrophenvorsorge auf 2016 und später verschoben, Ausbildung und Training von Einsatz- und Führungsorganisationen sowie Unterhalts- und Werterhaltungsmassnahmen reduziert wurden.

Der Kostenanstieg bei den Durchlaufenden Beiträgen ist kostenneutral infolge Rückerstattung durch den Bund (Kontengruppe 47).

Erläuterungen für die Abnahme beim Transferertrag werden auf Stufe Profitcenter erläutert.

Erfolgsrechnung

	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %
30 Personalaufwand	11'931'046	12'035'908	12'179'188	143'280	1%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	5'440'672	4'042'896	3'687'485	-355'411	-9%
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen	1'100'429	1'099'466	1'100'429	963	0%
34 Finanzaufwand	108'834	122'000	106'000	-16'000	-13%
36 Transferaufwand	217'376	259'400	246'400	-13'000	-5%
37 Durchlaufende Beiträge	1'188'513	1'250'000	1'410'000	160'000	13%
42 Entgelte	-11'432'968	-11'346'000	-11'368'668	-22'668	0%
43 Verschiedene Erträge	-57'959	-37'200	-16'700	20'500	55%
44 Finanzertrag	-141'721	-159'900	-141'369	18'531	12%
46 Transferertrag	-4'445'651	-4'553'600	-4'246'250	307'350	7%
47 Durchlaufende Beiträge	-1'188'513	-1'250'000	-1'410'000	-160'000	-13%
Total Aufwand	19'986'871	18'809'670	18'729'502	-80'168	0%
Total Ertrag	-17'266'813	-17'346'700	-17'182'987	163'713	1%
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	2'720'058	1'462'970	1'546'515	83'545	6%

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	104.3	105.5	106.9	1.4	1.3%

Die Abweichungen zum Sollstellenplan werden auf Stufe Profitcenter (P2430) begründet.

2430 Amt für Migration

Auftrag und Zielsetzungen

Das Amt für Migration klärt und regelt die Anwesenheitsberechtigung von ausländischen Personen im Kanton Basel-Landschaft. Es wendet die Bestimmungen des Ausländergesetzes, des Asylgesetzes, des EU-Freizügigkeitsabkommens sowie der jeweiligen Verordnungen und Weisungen an.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	2'907'588	2'813'241	2'857'038	43'797	2%	
304	Zulagen	40'827	31'826	39'086	7'260	23%	
305	Arbeitgeberbeiträge	559'651	528'604	569'790	41'186	8%	
309	Übriger Personalaufwand	1'820					
310	Material- und Warenaufwand	43'196	43'500	43'500	0	0%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	6'818	2'000	2'000	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare	326'097	343'000	316'100	-26'900	-8%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	25'072					
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	15'271	28'000	13'000	-15'000	-54%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	26'918	20'000	20'000	0	0%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	668'049	161'000	134'700	-26'300	-16%	
370	Durchlaufende Beiträge	778'900	800'000	1'180'000	380'000	48%	1
421	Gebühren für Amtshandlungen	-2'440'349	-2'320'000	-2'313'700	6'300	0%	
426	Rückerstattungen	-300					
429	Übrige Entgelte	-2'668					
430	Verschiedene betriebliche Erträge	-91					
439	Übriger Ertrag	-2'408					
440	Zinsertrag	-15	-500	-500	0	0%	
470	Durchlaufende Beiträge	-778'900	-800'000	-1'180'000	-380'000	-48%	1
	Total Aufwand	5'400'207	4'771'171	5'175'214	404'043	8%	
	Total Ertrag	-3'224'732	-3'120'500	-3'494'200	-373'700	-12%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	2'175'475	1'650'671	1'681'014	30'343	2%	

1 Der Bund erhöht die Pauschale für die Rückerstattung von Asylhaftplätzen. Diese Anpassung ist für uns jedoch kostenneutral. Konto 370 und Konto 470.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Migration	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	214'546	250'000	240'000	-10'000	-4%	
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-425'289	-200'000	-207'000	-7'000	-4%	
Haftkosten Asyl	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-410'850	-400'000	-295'650	104'350	26%	1
Total Transferaufwand			214'546	250'000	240'000	-10'000	-4%	
Total Transferertrag			-836'139	-600'000	-502'650	97'350	16%	
Transfers (Netto)			-621'593	-350'000	-262'650	87'350	25%	

1 Aufgrund der erhöhten Beiträge des Bundes an die Haftkosten reduziert sich der Anteil des Kantonalen Sozialamtes von CHF 75.00 auf CHF 50.00 pro Person und Tag.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	27.5	27.8	29.2	1.4	5.0%

Seit dem 1.1.2014 wird die Finanzierung der Erstinformationsgespräche (EIG) durch die Fachstelle Integration bzw. durch die für EIG vorgesehenen Bundesgelder finanziert. Seit März 2011 sind alle heutigen EIG-Sachbearbeiter/innen in befristeten Arbeitsverhältnissen tätig. Diese sollen nach mehr als vier Jahren durch unbefristete Verträge abgelöst werden. Die 1.4 Stellen stehen ausschliesslich für die EIG zur Verfügung und sind ausdrücklich an die Finanzierung durch die Fachstelle Integration mittels Bundesgeldern gebunden.

2431 Amt für Militär und Bevölkerungsschutz

Auftrag und Zielsetzungen

Die Dienststelle besorgt die vom Bund dem Kanton übertragenen Aufgaben des Militär- und Zivilschutzes, des Wehrpflichtersatzes, des Waffenplatzes, der wirtschaftlichen Landesversorgung, der Kantonalen Sicherheitskooperation sowie die der Direktion übertragenen Aufgaben in den Bereichen des Bevölkerungsschutzes und des Kulturgüterschutzes.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	72'496	139'750	84'600	-55'150	-39%	1
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	4'271'274	4'450'867	4'392'780	-58'087	-1%	
304	Zulagen	47'984	43'397	47'729	4'332	10%	
305	Arbeitgeberbeiträge	738'071	731'079	798'428	67'349	9%	
309	Übriger Personalaufwand	29'136	32'400	24'500	-7'900	-24%	
310	Material- und Warenaufwand	131'297	204'583	186'515	-18'068	-9%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	1'365'280	458'000	600'015	142'015	31%	2
312	Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV	5'393		1'000	1'000		X
313	Dienstleistungen und Honorare	1'337'688	1'185'350	913'255	-272'095	-23%	3
314	Baulicher und betrieblicher Unterhalt	114'321	159'000	151'950	-7'050	-4%	
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	211'443	297'100	250'950	-46'150	-16%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	92'660	32'500	54'400	21'900	67%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	94'250	135'800	108'100	-27'700	-20%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	90'043	90'000	45'000	-45'000	-50%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	500					
330	Abschreibungen Sachanlagen VV	1'100'429	1'099'466	1'100'429	963	0%	
341	Realisierte Kursverluste	-1					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	15'753	17'000	16'000	-1'000	-6%	
370	Durchlaufende Beiträge	409'613	450'000	230'000	-220'000	-49%	4
421	Gebühren für Amtshandlungen	-1'064					
424	Benützungsgebühren und Dienstleistungen	-31'578	-40'000	-40'000	0	0%	
425	Erlös aus Verkäufen	-76'905	-72'000	-84'000	-12'000	-17%	
426	Rückerstattungen	-366'481	-42'000	-19'300	22'700	54%	
427	Bussen	-96'656	-91'000	-81'000	10'000	11%	
429	Übrige Entgelte	-10'614	-21'000	-21'000	0	0%	
430	Verschiedene betriebliche Erträge	-55'460	-37'200	-16'700	20'500	55%	
440	Zinsertrag	-467	-400	-300	100	25%	
446	Finanzertrag von öff Unternehmungen	-20'555	-40'000	-20'000	20'000	50%	
447	Liegenschaftenertrag VV	-120'659	-118'000	-115'000	3'000	3%	
470	Durchlaufende Beiträge	-409'613	-450'000	-230'000	220'000	49%	4
	Total Aufwand	10'127'630	9'526'292	9'005'652	-520'641	-5%	
	Total Ertrag	-1'190'051	-911'600	-627'300	284'300	31%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	8'937'579	8'614'692	8'378'352	-236'341	-3%	

- Der Budgetbetrag wurde im Vorjahr aufgrund der gesamtschweizerischen Sicherheitsverbandsübung (SVU 14) angehoben. Diese Belastung entfällt im 2015.
- Ersatzbeschaffung Boot für Oelwehr und Rheinrettung. Für die Beschaffung wird keine Saldoverbesserung gesprochen. Das AMB muss die Kosten von CHF 300'000.- innerhalb des eigenen Budgets kompensieren.
- Aufgrund der Sparvorgaben und der Tatsache, dass die Ersatzbeschaffung des Oelwehr- und Rheinrettungsboots aus eigener Kraft gestemmt werden muss, wurden Aufgaben und Leistungen priorisiert, das heisst auf andere Jahre verschoben oder sistiert. Dies betrifft Leistungen im Bereich der Katastrophenvorsorge sowie die Ausbildung und das Training von Einsatz- und Führungsorganisationen.
- Die Reduktion des Budgets bei den Durchlaufenden Beiträgen ist infolge Rückerstattung durch das Bundesamt für Bevölkerungsschutz kostenneutral.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Militär-, Unterhalt u. Vergütungen	460	Ertragsanteile von Dritten	-1'079'759	-1'400'000	-1'100'000	300'000	21%	1
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-2'171'417	-2'212'600	-2'212'600	0	0%	
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-6'320					
Zivilschutz und Schadenwehren	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-43'174	-21'000	-21'000	0	0%	
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-56'362	-50'000	-130'000	-80'000	-160%	2
Verbandsbeiträge	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	2'830	9'400	6'400	-3'000	-32%	
Total Transferaufwand			2'830	9'400	6'400	-3'000	-32%	
Total Transferertrag			-3'357'032	-3'683'600	-3'463'600	220'000	6%	
Transfers (Netto)			-3'354'202	-3'674'200	-3'457'200	217'000	6%	

- 1 Durch die beim Wehrpflichtersatz im Jahre 2012 durchgeführte Umstellung auf das im Finanzhaushaltsgesetz geforderte Bruttoprinzip (Soll-Stellung Debitoren) ergibt sich nur ein einmaliger Mehrertrag (Erkenntnis aus Jahresabschluss 2013). Es erfolgt daher eine Ertragsanpassung.
- 2 Die SBB entschädigt neu die kantonale ABC-Wehr und Stützpunktfeuerwehr für Vorhalteleistungen auf ihrem Streckennetz.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	42.6	43.0	43.0	0.0	0.0%

Jahresprogramm

2431.005 Teilrevision des kantonalen Gesetzes über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz

Schwerpunktfeld "Zusammenleben in Baselland" (Legislaturziel R-Z-3, Direktionsziel SID-Z-4)

Auf Grund von Teilrevisionen der eidgenössischen Gesetze über den Bevölkerungsschutz und Zivilschutz, des Kulturgüterschutzes sowie der Landesversorgung muss das kantonale Bevölkerungsschutz- und Zivilschutzgesetz mit seiner Verordnung revidiert werden. Im Rahmen dieser Revision werden auch erkannte Optimierungsmassnahmen aus Einsätzen in die kantonale Gesetzgebung aufgenommen. Die Vorarbeiten zur Erarbeitung der Rechtsänderungen (Gesetz und Verordnung) werden 2014 abgeschlossen. Im ersten Quartal 2015 soll das Vernehmlassungsverfahren durchgeführt werden. Abhängig vom Ergebnis der Vernehmlassungen wird der Regierungsrat die Gesetzesvorlage 2015 dem Landrat unterbreiten, so dass eine allfällige Volksabstimmung über das Gesetz noch im selben Jahr stattfinden kann

2432 Motorfahrzeugkontrolle

Auftrag und Zielsetzungen

Die Motorfahrzeugkontrolle besorgt die der Direktion übertragenen Aufgaben in den Bereichen Administration des motorisierten Strassenverkehrs sowie des Einzugs der eidgenössischen und kantonalen Verkehrsabgaben. Sie ist für das Inkasso der Verkehrssteuern zuständig.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	2'738'925	2'826'752	2'926'144	99'392	4%	
304	Zulagen	26'921	25'309	26'921	1'612	6%	
305	Arbeitgeberbeiträge	484'073	384'683	397'172	12'488	3%	
309	Übriger Personalaufwand	12'280	28'000	15'000	-13'000	-46%	
310	Material- und Warenaufwand	417'599	507'063	461'000	-46'063	-9%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	32'488	20'000	20'000	0	0%	
312	Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV		5'000	5'000	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare	233'015	188'000	191'000	3'000	2%	
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	19'918	10'000	10'000	0	0%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	17'132		10'000	10'000	X	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	9'102	30'000	15'000	-15'000	-50%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	150'021	120'000	130'000	10'000	8%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	7'101	3'000	5'000	2'000	67%	
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	93'082	105'000	90'000	-15'000	-14%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-6'755'874	-7'049'000	-7'049'000	0	0%	
425	Erlös aus Verkäufen	-1'344'153	-1'611'000	-1'610'000	1'000	0%	
426	Rückerstattungen	-223'660	-51'000	-70'668	-19'668	-39%	
429	Übrige Entgelte	-82'667	-49'000	-80'000	-31'000	-63%	
440	Zinsertrag	-25	-1'000	-5'569	-4'569	-457%	
	Total Aufwand	4'241'658	4'252'807	4'302'237	49'430	1%	
	Total Ertrag	-8'406'378	-8'761'000	-8'815'237	-54'237	-1%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	-4'164'721	-4'508'193	-4'513'000	-4'807	0%	

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Motorfahrzeugkontrolle	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-252'480	-270'000	-280'000	-10'000	-4%	
Total Transferaufwand								
Total Transferertrag			-252'480	-270'000	-280'000	-10'000	-4%	
Transfers (Netto)			-252'480	-270'000	-280'000	-10'000	-4%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	34.2	34.7	34.7	0.0	0.0%

Bereich Sicherheit 2

Der Bereich Sicherheit 2 umfasst das Massnahmenzentrum für junge Erwachsene Arxhof und die Jugendanwaltschaft. Das Massnahmenzentrum für junge Erwachsene Arxhof ist eine offene Einrichtung des Straf- und Massnahmenvollzugs. Die Jugendanwaltschaft ist in der Jugendstrafrechtspflege tätig.

Erfolgsrechnung

	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %
30 Personalaufwand	10'070'012	10'708'286	10'555'004	-153'282	-1%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	3'328'895	3'132'592	3'379'592	247'000	8%
34 Finanzaufwand	1'278	2'200	2'200	0	0%
36 Transferaufwand	92'332	113'000	113'000	0	0%
42 Entgelte	-2'260'320	-1'984'630	-2'278'630	-294'000	-15%
43 Verschiedene Erträge	-10	-4'000	-4'000	0	0%
44 Finanzertrag	-117'289	-100'400	-100'400	0	0%
46 Transferertrag	-6'262'465	-8'326'047	-8'404'340	-78'293	-1%
Total Aufwand	13'492'517	13'956'078	14'049'796	93'718	1%
Total Ertrag	-8'640'084	-10'415'077	-10'787'370	-372'293	-4%
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	4'852'434	3'541'001	3'262'426	-278'575	-8%

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	71.5	72.2	72.2	0.0	0.0%

2441 Jugendanwaltschaft

Auftrag und Zielsetzungen

Die Jugendanwaltschaft untersucht Straftaten, die von Jugendlichen begangen worden sind. Sie beurteilt die Straftaten selbständig, ausser wenn es sich um Freiheitsstrafen von über 3 Monaten oder um stationäre Unterbringungen handelt. In den letztgenannten Fällen überweist sie diese dem Jugendgericht zur Beurteilung. Die Jugendanwaltschaft ist auch für den Vollzug der Strafen und Massnahmen zuständig. In den vergangenen Jahren hat sie ihre Präventionsarbeit wesentlich verstärkt und erweitert.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	1'732'600	1'758'673	1'779'179	20'506	1%	
304	Zulagen	14'305	13'168	14'304	1'136	9%	
305	Arbeitgeberbeiträge	294'255	307'573	327'792	20'219	7%	
309	Übriger Personalaufwand	700					
310	Material- und Warenaufwand	10'084	10'000	10'000	0	0%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	772					
313	Dienstleistungen und Honorare	139'061	90'500	88'500	-2'000	-2%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	10'755					
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	17'884	16'000	15'000	-1'000	-6%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	57'584	2'500	2'500	0	0%	
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	889	1'000	1'000	0	0%	
426	Rückerstattungen	-18'989		-20'000	-20'000	X	
427	Bussen	-161'931	-212'750	-186'750	26'000	12%	
430	Verschiedene betriebliche Erträge	-10	-4'000	-4'000	0	0%	
440	Zinsertrag	-65	-100	-100	0	0%	
	Total Aufwand	2'278'890	2'199'414	2'238'275	38'861	2%	
	Total Ertrag	-180'995	-216'850	-210'850	6'000	3%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	2'097'895	1'982'564	2'027'425	44'861	2%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	13.6	13.6	13.6	0.0	0.0%

2442 Arxhof, Massnahmezentrum für junge Erwachsene

Auftrag und Zielsetzungen

Der Arxhof, Massnahmezentrum für junge Erwachsene, ist eine offene Einrichtung des Straf- und Massnahmenvollzugs des Konkordats der Nordwest- und Innerschweiz. Er wendet sich an entwicklungsgefährdete, kriminelle, gewalttätige und süchtige junge Männer. Der Arxhof arbeitet mit dem Ansatz eines sozialtherapeutischen Milieus und mit den Grundsätzen der Selbsthilfe. Schwerpunkte der Resozialisierung bilden die verschiedenen sozialpädagogischen Lernfelder, die Psychotherapie sowie die Berufsausbildung in den Lehrbetrieben mit internem Berufsfachunterricht.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	6'683'083	7'188'534	6'926'784	-261'750	-4%	
304	Zulagen	124'838	105'369	124'838	19'469	18%	
305	Arbeitgeberbeiträge	1'105'312	1'209'969	1'249'010	39'041	3%	
309	Übriger Personalaufwand	114'920	125'000	133'096	8'096	6%	
310	Material- und Warenaufwand	1'538'057	1'541'792	1'541'792	0	0%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	168'067	171'500	271'500	100'000	58%	1
312	Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV	128'351	120'000	120'000	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare	719'275	699'300	849'300	150'000	21%	2
314	Baulicher und betrieblicher Unterhalt	340'446	216'000	216'000	0	0%	
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	101'047	145'000	145'000	0	0%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	8'444					
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	82'609	115'000	115'000	0	0%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	6'458	5'000	5'000	0	0%	
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	388	1'200	1'200	0	0%	
422	Spital- und Heimplatz, Kostgelder	-104'582	-110'000	-110'000	0	0%	
425	Erlös aus Verkäufen	-1'958'982	-1'659'880	-1'959'880	-300'000	-18%	3
426	Rückerstattungen	-15'836	-2'000	-2'000	0	0%	
440	Zinsertrag	-87	-300	-300	0	0%	
447	Liegenschaftenertrag VV	-117'138	-100'000	-100'000	0	0%	
	Total Aufwand	11'121'295	11'643'664	11'698'520	54'857	0%	
	Total Ertrag	-2'196'624	-1'872'180	-2'172'180	-300'000	-16%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	8'924'671	9'771'484	9'526'340	-245'143	-3%	

1 Es sind im 2015 mehrere nötige Neuanschaffungen geplant

2 Erhöhung Dienstleistung Dritter (Fremdarbeiten) zur Unterstützung der Gewerbe Gartenbau und Forst. Gewisse vorgesehene Leistungen werden in Kooperation mit Dritten aus der Region erbracht.

3 Die Leistungen an Dritte wurden an die Vergangenheitswerte angepasst und entsprechend erhöht.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Prävention Sucht und Gewalt	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	77'104	103'000	103'000	0	0%	
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-6'262'465	-8'326'047	-8'404'340	-78'293	-1%	
Verbandsbeiträge	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	15'228	10'000	10'000	0	0%	
Total Transferaufwand			92'332	113'000	113'000	0	0%	
Total Transferertrag			-6'262'465	-8'326'047	-8'404'340	-78'293	-1%	
Transfers (Netto)			-6'170'132	-8'213'047	-8'291'340	-78'293	-1%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	57.9	58.6	58.6	0.0	0.0%

Jahresprogramm

2442.002 Konsolidierung der neuen Leitung

Schwerpunktfeld "Zusammenleben in Baselland" (Legislaturziel R-Z-3)

Mit Ausnahme des sozialpädagogischen Leiters wurde die gesamte Leitung des Massnahmenzentrums für junge Erwachsene (MZJE) Arxhof infolge Pensionierungen personell erneuert (Direktor Arxhof, Leiter Ausbildung, therapeutischer Leiter). Die Konsolidierung der Leitungsarbeit und die Überprüfung des Vollzugsangebots des MZJE Arxhof unter Berücksichtigung der aktuellen Bedürfnisse und Erwartungen der einweisenden Behörden bilden im Jahr 2015 die herausragenden strategischen Schwerpunkte des MZJE Arxhof.

Bereich Staatsanwaltschaft

Erfolgsrechnung

	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %
30 Personalaufwand	20'861'916	21'420'156	21'606'844	186'688	1%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	7'207'632	6'161'500	5'999'500	-162'000	-3%
34 Finanzaufwand	90'381	90'000	80'000	-10'000	-11%
42 Entgelte	-12'578'729	-15'357'000	-14'927'000	430'000	3%
43 Verschiedene Erträge	-51'483				
44 Finanzertrag	-263	-2'000	-2'000	0	0%
Total Aufwand	28'159'929	27'671'656	27'686'344	14'688	0%
Total Ertrag	-12'630'475	-15'359'000	-14'929'000	430'000	3%
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	15'529'454	12'312'656	12'757'344	444'688	4%

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	144.3	149.9	149.4	-0.5	-0.3%

Abbau von 0.5 Stellen im Rahmen des Entlastungspakets und durch die Reorganisation der Staatsanwaltschaft (Stawa 2014).

2450 Staatsanwaltschaft

Auftrag und Zielsetzungen

Die Staatsanwaltschaft ist zuständig für Strafverfolgung und Anklage bei Verfahren gegenüber Erwachsenen. Sie leitet das Vorverfahren bis zur Anklageerhebung. Sie vertritt den Strafverfolgungsanspruch des Kantons Basel-Landschaft vor den Gerichten. Sie führt Einigungs- und Vergleichsverhandlungen. Die Vorverfahren werden mittels Anklageerhebung, Einstellung, Nichtanhandnahme und Strafbefehl abgeschlossen.

Die Staatsanwaltschaft stellt eine Organisationseinheit dar, welche in Hauptabteilungen gegliedert ist. Sie wird von der Ersten Staatsanwältin geleitet. Die Hauptabteilungen werden von Leitenden Staatsanwältinnen bzw. Leitenden Staatsanwälten geleitet.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	17'524'834	17'855'624	17'918'131	62'506	0%	
304	Zulagen	161'351	133'190	161'178	27'988	21%	
305	Arbeitgeberbeiträge	3'082'759	3'301'341	3'417'535	116'194	4%	
309	Übriger Personalaufwand	92'971	130'000	110'000	-20'000	-15%	
310	Material- und Warenaufwand	146'751	170'000	150'000	-20'000	-12%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	7'248	8'500	8'500	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare	2'822'874	2'515'000	2'578'000	63'000	3%	
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen		3'000	3'000	0	0%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	92'412	60'000	60'000	0	0%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	112'814	105'000	100'000	-5'000	-5%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	3'218'510	2'300'000	2'300'000	0	0%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	807'024	1'000'000	800'000	-200'000	-20%	1
341	Realisierte Kursverluste	8'289	20'000	10'000	-10'000	-50%	
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	82'092	70'000	70'000	0	0%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-5'167'514	-6'000'000	-5'850'000	150'000	3%	
426	Rückerstattungen	-75'276	-75'000	-75'000	0	0%	
427	Bussen	-7'335'939	-9'282'000	-9'002'000	280'000	3%	
430	Verschiedene betriebliche Erträge	-51'483					
440	Zinsertrag	-263	-2'000	-2'000	0	0%	
	Total Aufwand	28'159'929	27'671'656	27'686'344	14'688	0%	
	Total Ertrag	-12'630'475	-15'359'000	-14'929'000	430'000	3%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	15'529'454	12'312'656	12'757'344	444'688	4%	

1 Aufgrund der Vergangenheitswerte wurden die Kosten für amtliche Verteidigung, Parteientschädigungen und unentgeltliche Rechtspflege reduziert.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	144.3	149.9	149.4	-0.5	-0.3%

Abbau von 0.5 Stellen im Rahmen des Entlastungspakets und durch die Reorganisation der Staatsanwaltschaft (Stawa 2014).

**Bildungs-, Kultur-
und Sportdirektion**

BKSD

Beitrag zu strategischen Zielen

- Strategie Hochschulen und Forschung

Unter der Voraussetzung der vierkantonalen Zustimmung wird das primäre Ziel der FHNW in der vierten Leistungsperiode die Konsolidierung des Erreichten und die stärkere Profilierung als Innovationstreiberin für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung unserer Region sein. Die Universität Basel stärkt entlang ihrer Strategie weiter ihre Schwerpunkte: Life Sciences, Nanowissenschaften, Nachhaltigkeits- und Energieforschung, Bildungswissenschaften und European and Global Studies. Das CSEM entwickelt im Rahmen seiner disziplinenübergreifenden Kompetenzen und Netzwerke zukunftsorientierte und nachhaltige Technologien. Mit der dabei gewonnenen Expertise und dem Wissensvorsprung baut es Technologieplattformen, die als Innovationskatalysatoren zugunsten von KMUs und der Life Sciences-Industrie eingesetzt werden. Sowohl die FHNW als auch die Universität Basel leisten bedeutende Beiträge zum strategischen Schwerpunkt „Basel-Bildungs-Landschaft“. Beide Hochschulen und das CSEM unterstützen den Schwerpunkt „Innovation und Wertschöpfung“ und insbesondere den Bereich der Nachhaltigen Entwicklung.

- SAL / IT-Strategie / ICT-Primarschule

Aktuell werden folgende IT-Projekte Schulen umgesetzt: Schuladministrationslösung, IT-Strategie Schulen und ICT Primar.

Die Projekte sind inhaltlich zusammenhängend, formal unabhängig (separate Verpflichtungskredite). Die Koordination der aktuellen ICT-Vorlagen im Bildungsbereich wird durch eine übergeordnete Programmleitung „Informatik Schulen Baselland IT.sbl“ gewährleistet. Die IT-Projekte leisten nach Umsetzung einen wichtigen Beitrag an die strategischen Schwerpunkte „Basel-Bildungs-Landschaft“ sowie „Effizientes und effektives staatliches Handeln“.

Mit der Einführung einer Schuladministrationslösung (SAL) sollen die Schulen in ihrer täglichen Administrationsarbeit unterstützt und die kantonale Verwaltung mit Daten zur Steuerung der Schulen versorgt werden. Es wird davon ausgegangen, dass die Lösung in zwei Schritten per Sommer 2015 und per Sommer 2016 eingeführt werden kann. Bei der Umsetzung der IT-Strategie Schulen geht es um die stufen- und bedarfsgerechte Ausstattung der Schulen. Die IT-Strategie Schulen gilt verpflichtend für kantonale Schulen und formuliert Empfehlungen / Vorgaben für die Gemeindeschulen. Sie umfasst die Ausstattung der Schulen mit Beschaffung, Life Cycle Management, Services und strategischem Betriebsmodell der kantonalen Dienstleister für die Schulen. Die Umsetzung ist mit einer Konzeptphase im Jahr 2014 auf eine Einführung ab 2015 geplant.

Die Einführung von ICT und Medien als Unterrichtsmittel und Lerninhalt ab der 3. Primarklasse ist vom Landrat verpflichtend ab Schuljahr 2015/16 beschlossen worden. Mit der ICT Primarschule wird das Baselbieter Bildungssystem gestärkt und die Aktualität des Bildungsangebots gewährleistet.

- Projekte im Schulsektor

Gemäss Landratsvorlage 2009-351 bilden der reguläre Kredit "Projekte im Schulsektor" sowie die Position "Erhöhung Kredit Projekte im Schulsektor" über 2,5 Mio im Verpflichtungskredit Bildungsharmonisierung eine Einheit zur Finanzierung der Zusatzkosten für die Projektierung der Bildungsharmonisierung. Neben der Umsetzung der Bildungsharmonisierung und der entsprechenden Kooperation bei Projekten im Bildungsraum Nordwestschweiz wird das Gewicht auf die Projektierung der Integrativen Schulung sowohl für die Volksschule gelegt als auch neu für die Optimierung der Anschlusslösungen Sekundarstufe II in Verbindung mit den Brückenangeboten. Ebenso bildet der Rahmenlehrplan Berufsmaturität in Vernetzung mit der Bildungsharmonisierung (vgl. Berufsbildung) einen Schwerpunkt. Ferner ist nach einer Standortbestimmung zur externen Evaluation der Gymnasien und der Berufsfachschulen vorgesehen, das Konzept im Lichte der interkantonalen Entwicklung (Bildungsmonitoring Schweiz, Leistungsmessungen Checks, Benchmarking, Schulen Sekundarstufe II) für alle Stufen zu überprüfen und zu aktualisieren sowie im Rahmen der beschränkten Mittel fokussiert bzw. etappiert umzusetzen. Es wird eine Vorlage für die Änderung der Verordnung aller Schulstufen im Hinblick auf eine Inkraftsetzung 2016/17 vorbereitet. Alle diese Massnahmen sind auf die regierungsrätliche Strategie "Basel-Bildungs-Landschaft" fokussiert.

- Bildungssystematik Quartärbereich

Koordination, Förderung und Weiterentwicklung der Erwachsenenbildung und Weiterbildung im Kanton sowie Verankerung des lebenslangen Lernens: Auf Grundlage einer Verordnung über die Weiterbildung werden Rahmenkonzepte zur Qualitätssicherung, zur kantonalen Förderstrategie zum Koordinationsauftrag und zur Verankerung des lebenslangen Lernens erstellt. Diese Rahmenkonzepte legen die Basis für eine Systematisierung und Steuerung der kantonal geförderten Weiterbildung. Dies fördert die Chancengleichheit aller Bevölkerungsschichten für den Zugang zu Weiterbildung. Der Quartäre Bildungsbereich erhält weiterbildungsförderliche Rahmenbedingungen und erhöhte Transparenz.

Diese Massnahmen leisten einen wichtigen Beitrag zu den strategischen Schwerpunkten "Basel-Bildungs-Landschaft" und „Zusammenleben in BL“.

- Überprüfung der Leistungsvereinbarungen betreffend Schulpsychologie

Die Überprüfung der Leistungsvereinbarungen zwischen Kanton und den Gemeinden Allschwil und Muttenz betreffend Schulpsychologie hat ergeben, dass die Rechtsgrundlage für die Auslagerung der Schulpsychologie an die

Gemeinden fehlt. Die Übernahme der bisher ausgelagerten Aufgabe durch den Kanton wurde dadurch zwingend. Die Kantonalisierung wird in enger Zusammenarbeit zwischen dem Kanton und den betroffenen Gemeinden geplant und per Schuljahr 2015/16 umgesetzt. Das Projekt dient der Vereinheitlichung der Zugangskriterien zu schulischen Unterstützungsmassnahmen. Es ist damit ein Beitrag zur Steuerung der Bildungskosten und Teil des strategischen Schwerpunktes "Effizientes und effektives staatliches Handeln".

- Bildungsharmonisierung / Umsetzung HarmoS

Der Bildungsrat BL wird in diesem Jahr über den definitiven Einführungszeitpunkt des Lehrplans 21 entscheiden. Derzeit ist geplant, diesen auf den Sommer 2015 für die Primarschulen integral und auf den Sommer 2016 für die Sekundarschulen aufsteigend einzuführen. Die D-EDK wird den Lehrplan 21 im Laufe des Jahres zu Händen der Kantone freigeben. Im Kanton Basel-Landschaft werden parallel dazu die Ergänzungen und Präzisierungen des kantonalen Erlasses Lehrplan 21 im Herbst 2014 sowie die notwendigen Handreichungen und Instrumente für die Lehrerinnen und Lehrer geschaffen. Je nach (noch ausstehendem) Entscheid des Bildungsrates wird im Jahr 2015 v.a. an der Einführung oder an der weiteren Umsetzungsplanung gearbeitet werden.

Im Herbst 2015 wird zum dritten Mal der erste der vier Checks (P3 freiwillig) auf der dritten Primarstufe und auf der sechsten Primarstufe erstmals der Check P6 durchgeführt werden. Dieser ist obligatorisch. Im Schuljahr 2016/2017 wird dann auch der Check P3 obligatorisch sein. Auf der Sekundarstufe wird der Check S2 zum ersten Mal im Schuljahr 2016/17 durchgeführt. Ein Jahr später (Schuljahr 2017/18) kommt der Check S3 dazu und komplettiert so das Obligatorium für alle vier Checks für die Volksschule. Die Checks dienen der Standortbestimmung der Schülerinnen und Schüler in Bezug auf die Mindestansprüche des Lehrplans 21 und der Grundkompetenzen der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) und machen die schulischen Leistungen der Schülerinnen und Schüler transparent.

Beide Teilprojekte der Bildungsharmonisierung tragen zur Stärkung der Strategie „Basel-Bildungs-Landschaft“ bei.

- Integrative Ausrichtung der Regelschule

Der Landrat behandelt im 3./4. Quartal 2014 die Vorlage Integrative Schulung. Je nach Entscheid des Landrates bzw. Ausgang einer möglichen nachfolgenden Volksabstimmung wird die Umsetzung des Entscheides zu Folgearbeiten in der Umsetzung führen.

- Governance der geleiteten teilautonomen Schulen

Die Zusammenarbeit mit den geleiteten teilautonomen Schulen soll weiter gestärkt werden. Dies einerseits über die Zusammenarbeit mit dem Präsidialausschuss und andererseits über die vier jährlich stattfindenden Schulleitungsforen (SLF). Der strategische Schwerpunkt "Basel-Bildungs-Landschaft" wird dadurch weiter gestärkt.

- Vierjähriges Gymnasium

Im August 2014 treten die ersten Klassen ins vierjährige Gymnasium ein. Bis dann werden die Lehrpläne an die neue Studententafel angepasst und, wo nötig, ergänzt oder neu erarbeitet. Das Gymnasium wird dadurch schrittweise Jahresstundenpläne einführen können. Das gymnasiale Angebot in der Region wird vereinfacht, indem die Struktur der gymnasialen Bildung und die Studententafel in Basel-Stadt und Basel-Landschaft weitgehend gleich sein werden. Diese Strukturanpassung steuert einen bedeutenden Beitrag zum strategischen Schwerpunkt „Basel-Bildungs-Landschaft“ bei.

- Berufsbildung

Förderung der Höheren Berufsbildung (HBB):

Die Berufsbildung, zu der neben der beruflichen Grundbildung auch die Höhere Berufsbildung gehört, ist ein zentraler Erfolgsfaktor für die Wirtschaft unseres Kantons, die durch viele KMUs geprägt ist. Darum soll auch die Höhere Berufsbildung im Rahmen der Wirtschaftsoffensive gezielt gefördert werden. In Zusammenarbeit mit der Wirtschaftskammer Baselland und der Handelskammer beider Basel wird aktuell der Fachkräftebedarf eruiert, um Strategien zur lokalen Förderung von Angeboten der höheren Berufsbildung einerseits und für die Sicherstellung von Fachpersonal andererseits abzuleiten. In diesen Zusammenhang gehören auch der geplante Ausbau der HF-ICT (frühere KTSI) und der Aufbau einer Höheren Fachschule Chemie durch aprentas. Wegen der hohen fiskalischen Bildungsrendite der Höheren Berufsbildung wird mit deren Förderung der Schwerpunkt „Innovation und Wertschöpfung“ unterstützt.

Gewinnen von schulisch starken Lernenden für die Berufsbildung; Implementierung des neuen Rahmenlehrplans Berufsmaturität:

Die nachhaltige Förderung der Berufsmaturität ist ebenso ein strategisches Ziel des Amtes für Berufsbildung und Berufsberatung wie die mit Basel-Stadt koordinierte Einführung des neuen Berufsmaturitäts-Rahmenlehrplans an den Berufsfachschulen ab Schuljahr 2015/16 mit gemeinsamen schriftlichen Berufsmaturitätsprüfungen, die unter dem Lead von BL vierkantonal validiert werden (Kantone AG, SO, BS und BL). Mit der Gewinnung schulisch starker Lernender für die Berufsbildung wird ein bedeutender Beitrag zum strategischen Schwerpunkt „Basel-Bildungs-Landschaft“ geleistet.

Bedarfsgerechte berufsintegrative Angebote:

Die Umsetzung der Bildungsharmonisierung hat auch Auswirkungen auf die nachobligatorische Bildung. Im Rahmen des bikantonalen Mandats „Zukunft der Brückenangebote“ werden Angebot und Funktionalität der Brückenangebote überprüft. Parallel dazu werden unter Federführung des Amtes für Berufsbildung und Berufsberatung auf Grund aktueller Situationen Erfahrungen für die künftige Konzeption der integrativen Beschulung auf der Sekundarstufe II gesammelt, um den Rechtsanspruch der Inklusivität auch auf der Sekundarstufe II erfüllen zu können.

Das Projekt BWB (BerufsWegBereitung) wird im Rahmen eines zweiten Verpflichtungskredits weitergeführt. Dabei werden die Erkenntnisse der ersten Fünfjahresperiode umgesetzt und das Projekt 2018 mit dem Ziel, BWB 2019 in die Linienorganisation zu überführen, erneut extern evaluiert.

Diese Anstrengungen unterstützen die strategischen Schwerpunkte „Basel-Bildungs-Landschaft“ und „Zusammenleben in Baselland“.

Förderung der Ausbildungsqualität; Lernortsübergreifende Qualitätsentwicklung (LQE):

Ein Ziel der Revision des Berufsbildungsgesetzes 2004 war es, die Ausbildungsqualität der Grundbildungen zu steigern und die Lerninhalte der drei Lernorte (Lehrbetrieb, Berufsfachschule, überbetriebliche Kurse) gezielter aufeinander abzustimmen (Lernortskooperation). Die Umsetzung erfolgte gemeinsam mit BS. Um die Nachhaltigkeit zu sichern, wurden für jeden Beruf bikantonale QE-Gruppen konstituiert und ein spezifisches Bildungsmonitoring aufgebaut. 2015 wird diese lernortübergreifende Qualitätsentwicklung in beiden Kantonen (BL und BS) in den Linienorganisation weiterentwickelt. Diese Entwicklungsschritte leisten einen bedeutenden Beitrag zu den strategischen Schwerpunkten „Basel-Bildungs-Landschaft“ und „Innovation und Wertschöpfung“.

- Umsetzung Konzept Behindertenhilfe mit BS

Die Vorbereitungsarbeiten für die Einführung des Systems IBBplus (Individueller Betreuungsbedarf) für die Bedarfserfassung und Leistungsbemessung sowie zur Kostensteuerung werden in den Institutionen der Behindertenhilfe bis Ende 2015 abgeschlossen. Bis Ende 2015 erfolgt eine Vollerhebung der Bedarfe der behinderten Personen, die Erarbeitung der standardisierten Kostenrechnungen der Institutionen, der Beschluss über das Gesetz über die Behindertenhilfe BS/BL durch den Landrat und Grossen Rat sowie die Vorbereitung für die Anpassung der Leistungsvereinbarungen mit den Institutionen der Behindertenhilfe. Damit werden wichtige Schritte für die Umsetzung des Konzeptes der Behindertenhilfe BS/BL erreicht. Ziel der Konzeptumsetzung ist eine integrierende Wirkung auf die Bevölkerungsgruppe der Menschen mit Behinderung. Der strategische Schwerpunkt „Zusammenleben in Baselland“ wird ebenso gestärkt wie die Kooperation mit dem Partnerkanton Basel-Stadt.

- Umsetzung Konzept Kinder- und Jugendhilfe

Die im Konzept Kinder- und Jugendhilfe formulierten zehn Handlungsempfehlungen werden in entsprechenden Projekten umgesetzt. 2015 erfolgen wichtige Schritte für eine bessere Koordination in Kinder- und Jugendfragen im Kanton, für die Erlangung eines flächendeckenden Beratungsangebotes für Kinder, Jugendliche und Erziehende sowie zur Neuregelung der ambulanten als Alternative zur stationären Jugendhilfe. Die Umsetzung des Konzeptes wird durch den Bund mit Mitteln im Rahmen des Bundesgesetzes über die Förderung der ausserschulischen Kinder- und Jugendarbeit (KJFG) mitfinanziert. Die zusätzlichen Finanzmittel ermöglichen in den Bereichen der Kinder- und Jugendförderung sowie des Kinderschutzes zusätzliche Entwicklungsschritte.

Die BKSD setzt damit in Zusammenarbeit mit den weiteren beteiligten Direktionen die folgenden Ziele um: „Kinder und Jugendliche werden in ihrem Heranwachsen unterstützt und geschützt. Ihre Familien finden Beratung und Unterstützung.“ Die Massnahmen stärken den strategischen Schwerpunkt „Zusammenleben in Baselland“.

- Sammlungszentrum Augusta Raurica

Neueinrichtung der Arbeitsplätze und Auflösung der Einmietungen in Koordination mit der Bau- und Umweltschutzdirektion (Federführung HBA). Mit der Zustimmung des Stimmvolks vom 9. Juni 2013 hat die Projektierung und Ausarbeitung einer Baukreditvorlage begonnen.

Das Projekt dient der Erreichung der strategischen Schwerpunkte „Zusammenleben in Baselland“ (Kultur und Freizeit, regionale Identität), „Basel-Bildungs-Landschaft“ (Erschliessung von Wissen) sowie „Innovation und Wertschöpfung“.

- Kooperationsinitiative Museen

Nach dem erfolgreichen Abschluss des in enger Zusammenarbeit mit ausgewählten Regionalmuseen und dem Kulturgüterschutz entwickelten Kooperationsprojekts zur langfristigen Erschliessung, Sicherung und Bewahrung der kultur- und naturhistorisch wertvollen Güter im Kanton Basel-Landschaft soll KIM.bl in einer dreijährigen Verstetigungsphase in den laufenden Betrieb überführt werden. Parallel dazu läuft die Mitarbeit im EU-Forschungsprojekt EEXCESS weiter, das zum Ziel hat, digital erschlossene kulturgeschichtliche Inhalte im Internet gezielter an interessierte User zu bringen. KIM.bl leistet einen grundlegenden Beitrag zu den strategischen Schwerpunkten «Basel-Bildungs-Landschaft» (Erschliessung von Wissen), «Zusammenleben in Baselland» (Kultur und Freizeit, regionale Identität) sowie «Innovation und Wertschöpfung» (neue, effizientere Technologien zur Wissenserschliessung).

- Qualitätssicherung Jugend und Sport

In Ergänzung zum formalen Kontrollauftrag und weiteren Controllingaufgaben wird ab 2014 die Qualitätssicherung bei Jugend + Sport zu einem weiteren wichtigen Steuerungselement im Sinne der Qualitätsförderung der Vereinsangebote durch Trainingsbesuche und –auswertungen vor Ort. Das Bundesamt für Sport in Magglingen stellt die Finanzierung sicher. Die Umsetzung erfolgt mit Unterstützung von langjährigen J+S-Expertinnen und –Experten.

Gesamtübersicht Budget

30 Personalaufwand:

Mit der Umsetzung der Bildungsharmonisierung per Schuljahr 2015/2016 wird die Sekundarstufe I um ein Jahr zu Gunsten der Primarschule (6/3) verkürzt. Dies hat zur Folge, dass im August 2015 keine 1. Sekundarklassen starten und sich der Personalaufwand anteilmässig entsprechend reduziert. Auch für das Budget 2015 gilt die Devise, alle Möglichkeiten von Reduktionen zu prüfen. Daher sind alle Projekte und im Speziellen die Verpflichtungskredite auf ihre Etappierung überprüft und wo möglich verzögert budgetiert worden.

31 Sach- und übriger Betriebsaufwand:

Der Auftrag, das Budget 2015 zu reduzieren, wurde im Sachaufwand flächendeckend und zusätzlich zu EP-Massnahmen in der BKSD umgesetzt. Zudem hat sich mit dem Wegfall des 1. Sekundarschuljahres der Materialaufwand reduziert. Die Verzögerung der Sanierung Hauptstrasse Augst (VK BUD) entlastet zusätzlich den Sachaufwand.

36 Transferaufwand:

Mit klaren Vorgaben in den Verhandlungen für den neuen Leistungsauftrag mit der FHNW konnte vierkantonal erstmals ein deutlich tieferer Beitrag ausgehandelt werden. Im Transferbereich konnte mit der angesprochenen neuen Etappierung von Verpflichtungskrediten der Aufwand entlastet werden. Weitere Reduktionen sind die Folge der Anpassung des Stipendienrechts und von Steuerungsmaßnahmen bei der Überweisung von Schülerinnen und Schülern an Privatschulen. Zudem manifestiert sich eine Reduktion von Lernenden am Bildungszentrum kvBL. Demgegenüber steigt wiederum der Aufwand für die Sonderschulung, die Jugend- und Behindertenhilfe. Die konzipierten Handlungsstrategien und Massnahmen zur Dämpfung der Kostenentwicklung benötigen die politische Unterstützung.

Erfolgsrechnung

	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %
30 Personalaufwand	304'200'276	303'304'823	288'607'903	-14'696'920	-5%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	34'335'663	40'026'469	37'620'091	-2'406'378	-6%
34 Finanzaufwand	23'477	12'723	12'503	-220	-2%
36 Transferaufwand	526'811'290	548'756'120	555'251'916	6'495'796	1%
37 Durchlaufende Beiträge	2'993'468	2'894'000	3'085'000	191'000	7%
42 Entgelte	-7'662'767	-7'238'750	-7'047'220	191'530	3%
43 Verschiedene Erträge	-224'084	-38'000	-193'000	-155'000	-408%
44 Finanzertrag	-10'642	-10'430	-10'430	0	0%
45 Übertrag Fonds / StaatsRG	-157'934	-150'850	-168'250	-17'400	-12%
46 Transferertrag	-54'563'574	-54'567'913	-55'040'692	-472'779	-1%
47 Durchlaufende Beiträge	-2'993'468	-2'894'000	-3'085'000	-191'000	-7%
Total Aufwand	868'364'174	894'994'135	884'577'413	-10'416'722	-1%
Total Ertrag	-65'612'469	-64'899'943	-65'544'592	-644'649	-1%
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	802'751'705	830'094'192	819'032'821	-11'061'371	-1%

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen (ohne Lehrpersonen)	415.9	417.0	412.9	-4.2	-1.0%
Anzahl Lehrpersonen (ausserhalb Soll-Stellenplan)	1'502.2	1'464.5	1'280.0	-184.5	-12.6%
Anzahl Vollstellen (inkl. Lehrpersonen)	1'918.1	1'881.5	1'692.9	-188.7	-10.0%

Mit der Umsetzung der Bildungsharmonisierung per Schuljahr 2015/2016 wird die Sekundarstufe I um ein Jahr zu Gunsten der Primarschule (6/3) verkürzt. Per Juli 2015 werden in der Folge befristete Anstellungen auf der Sekundarstufe I nicht verlängert. Dieser Abbau kann somit vollständig mit natürlichen Fluktuationen und dem nicht Verlängern von befristeten Anstellungsverhältnissen vorgenommen werden.

Im Verwaltungsbereich erfolgt im Zusammenhang mit dem Projekt Stratum und der Zentralisierung der Verwaltungsinformatik ein Transfer von insgesamt 4 Vollstellen in die FKD.

2500 Generalsekretariat BKSD

Auftrag und Zielsetzungen

Das Generalsekretariat BKSD unterstützt den Direktionsvorsteher in der Direktionsführung und die Dienststellen in den zentralen Stabsaufgaben. Schwerpunkte sind die Koordination von Querschnittsaufgaben, die direktionsübergreifende Zusammenarbeit, die Verwaltung der Regierungs- und Landratsgeschäfte der Direktion sowie die interne und externe Kommunikation (Generalsekretär); die Finanzplanung und der Budgetprozess und die Sicherstellung des koordinierten, zielkonformen Handelns der Direktion (Finanzen, Qualität und Projekte), die Raum- und Infrastrukturplanung für die gesamte Direktion inklusive der Schulen in kantonaler Trägerschaft sowie die Bewirtschaftung der interkantonalen Schulabkommen (Stab Controlling und Ressourcenplanung); die direktionsinterne Personalpolitik sowie die Unterstützung der Dienststellen, Schulleitungen und Schulräte in Fragen der Personalrekrutierung, -führung und -entwicklung (Stab Personal); die Rechtsetzungsarbeiten der Direktion, die Entscheid- und Beschwerdeinstruktion sowie die aktive Pflege der Gesetzesbestimmungen in den Bereichen Kultur und Schulen sowie die Unterstützung der Dienststellen und Schulen in Rechtsfragen (Stab Recht); das finanzielle und betriebliche Rechnungswesen, die zentrale Buchführung der Direktion sowie das Interne Kontrollsystem (IKS) im Finanzbereich (Stab Zentrales Rechnungswesen); die Planung, Koordination und Betreuung inklusive Beschaffung, Support und Betrieb der Informatik der kantonalen Schulen, die Entwicklung von IT-strategischen Vorgaben und deren Umsetzung (Stab Informatik); strategische und operative Koordination der Projekte im Schulsektor aller Stufen und der Bildungsentwicklung und -planung, schweizerisches Bildungsmonitoring, Bildungsstatistik und –prognostik sowie Bildungsberichte. Aktuell stellt es die Gesamtprojektleitung zur Umsetzung der Bildungsharmonisierung sicher (Stab Bildung); die Fachführung im Rahmen der Trägerschaftsverantwortung für die Hochschulen sowie strategische Fragen der Hochschulentwicklung, der Forschungs- und Innovationspolitik sowie die Bearbeitung hochschulpolitischer Fragestellungen und deren Koordination zwischen Bund, interkantonalen Gremien und kantonalen Behörden (Stab Hochschulen). Zusätzlich wird in Bezug auf die Themen Innovation und Forschung ein Beitrag zu günstigen Rahmenbedingungen geleistet.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	226'453	274'500	372'850	98'350	36%	1
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	6'784'343	6'605'956	5'939'888	-666'068	-10%	2
303	Temporäre Arbeitskräfte	34'869					
304	Zulagen	70'099	37'757	70'408	32'651	86%	
305	Arbeitgeberbeiträge	1'158'341	1'155'205	1'175'981	20'776	2%	
309	Übriger Personalaufwand	179'693	371'100	323'000	-48'100	-13%	
310	Material- und Warenaufwand	59'097	83'000	52'000	-31'000	-37%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	999'053	1'822'483	1'095'047	-727'436	-40%	3
313	Dienstleistungen und Honorare	632'648	830'950	865'696	34'746	4%	
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	372'429	440'250	696'669	256'419	58%	4
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	28'503	14'000	28'000	14'000	100%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	302'626	353'650	110'670	-242'980	-69%	5
341	Realisierte Kursverluste	-129					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	10'636					
421	Gebühren für Amtshandlungen		-1'000		1'000	100%	
424	Benützungsgebühren und Dienstleistungen	-18'685	-21'000	-12'000	9'000	43%	
425	Erlös aus Verkäufen	-11'880		-5'000	-5'000	X	
440	Zinsertrag	-50					
	Total Aufwand	10'858'659	11'988'852	10'730'209	-1'258'643	-10%	
	Total Ertrag	-30'615	-22'000	-17'000	5'000	23%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	10'828'044	11'966'852	10'713'209	-1'253'643	-10%	

1 Bewilligte Vollversammlung der Amtlichen Kantonalkonferenz.

2 Im Zusammenhang mit dem Projekt Stratum und der Zentralisierung der Verwaltungsinformatik werden insgesamt 4 Vollstellen in die FKD transferiert.

3 Im 2014 mussten für das CliZ-Projekt CHF 0.9 Mio budgetiert werden. Damit werden durch die ZID die rund 650 Clients der BKSD Ende Sommer 2014 zum grössten Teil ersetzt und auf das neue Betriebssystem migriert. Im Budget 2015 beträgt der Budgetbetrag für den Client-Betrieb CHF 0.3 Mio, was die Differenz erklärt.

4 Bei der Hard- und Softwarewartung hat sich der Aufwand im 2015 gegenüber 2014 erhöht, da zum ersten Mal die von den

ZID gemeldeten Betriebskosten eingestellt wurden.

- 5 Die bis anhin im Generalsekretariat zentral budgetierten Betriebsanlässe werden ab Budget 2015 dezentral in den Dienststellen aufgeführt.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
EDK Beiträge	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	337'172	400'000	391'000	-9'000	-2%	
Beiträge an Institutionen	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	210'000	85'000	85'000	0	0%	
Universität Basel	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	156'700'000	159'900'000	161'900'000	2'000'000	1%	1
FHNW	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	60'477'000	67'700'000	63'674'000	-4'026'000	-6%	2
CSEM Forschungszentrum	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	3'000'000	3'000'000	3'000'000	0	0%	
Total Transferaufwand			220'724'172	231'085'000	229'050'000	-2'035'000	-1%	
Total Transferertrag								
Transfers (Netto)			220'724'172	231'085'000	229'050'000	-2'035'000	-1%	

- Die Steigerung von CHF 2 Mio. erfüllt den Beschluss des Landrates zum Globalbeitrag an die Universität Basel vom 12. Dezember 2013 (LRV 2013-282 vom 27. August 2013, LRB Nr. 1661).
- Die aktuelle Leistungsperiode der FHNW läuft per Ende 2014 aus (LRV 2011-173, LRB NR. 187 vom 1. Dezember 2011). Leistungsauftrag und Globalbudget 2015–2017 werden in der zweiten Jahreshälfte 2014 dem Landrat unterbreitet. Der Antrag des Regierungsrats sieht gegenüber dem Budget 2014 eine Reduktion von CHF 4 Mio. vor. Diese Reduktion wurde durch enge Vorgaben bei den Verhandlungen zum neuen Leistungsauftrag und durch den Auftrag der Regierungen erreicht, einmalig einen Anteil von CHF 15 Mio. am anerkannten Mehrbedarf der FHNW aus ihren Reserven zu finanzieren.

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
VK CSEM Forschungszentrum 2009-2013	36	Transferaufwand	3'000'000					
VK Leistungsauftrag an die FHNW 2012-14	36	Transferaufwand	60'477'000	67'700'000		-67'700'000	-100%	1
VK Leistungsauftrag Uni Basel 2010-2013	36	Transferaufwand	156'700'000					
VK Ums. IT-Strategie Schulen; 2014-2019	30	Personalaufwand		300'000	300'000	0	0%	
	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	2'238	1'597'500	1'469'000	-128'500	-8%	
		Total	2'238	1'897'500	1'769'000	-128'500	-7%	
VK Umsetz. SAL 2013-2016	30	Personalaufwand	14'375		680'000	680'000	X 2	
	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	52'262	1'323'250	1'113'000	-210'250	-16%	2
		Total	66'637	1'323'250	1'793'000	469'750	35%	
VK CSEM Forschungszentrum 2014-2018	36	Transferaufwand		3'000'000	3'000'000	0	0%	
VK Leistungsauftrag Uni Basel 2014-2017	36	Transferaufwand		159'900'000	161'900'000	2'000'000	1%	3
VK Leistungsauftrag an die FHNW 2015-17	36	Transferaufwand			63'674'000	63'674'000	X 1	
VK ICT Primar	30	Personalaufwand			160'000	160'000	X 4	
Total Verpflichtungskredite Aufwand			220'245'874	233'820'750	232'296'000	-1'524'750	-1%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag								
Total Verpflichtungskredite (netto)			220'245'874	233'820'750	232'296'000	-1'524'750	-1%	

- 1 Die aktuelle Leistungsperiode der FHNW läuft per Ende 2014 aus (LRV 2011-173, LRB NR. 187 vom 1. Dezember 2011). Leistungsauftrag und Globalbudget 2015–2017 werden in der zweiten Jahreshälfte 2014 dem Landrat unterbreitet. Der Antrag des Regierungsrats sieht gegenüber dem Budget 2014 eine Reduktion von CHF 4 Mio. vor. Diese Reduktion wurde durch engen Vorgaben bei den Verhandlungen zum neuen Leistungsauftrag und durch den Auftrag der Regierungen erreicht, einmalig einen Anteil von CHF 15 Mio. am anerkannten Mehrbedarf der FHNW aus ihren Reserven zu finanzieren.
- 2 Die Umsetzungsarbeiten zu SAL wurden im Frühjahr 2014 gestartet. Die Budgetierung der Jahrestrenche 2015 entspricht dem erwarteten Projektverlauf. Die Planung bewegt sich innerhalb des vom Landrat bewilligten Verpflichtungskredites.
- 3 Die Steigerung von CHF 2 Mio. entspricht dem Beschluss des Landrates zum Globalbeitrag an die Universität Basel vom 12. Dezember 2013 (LRV 2013-282 vom 27. August 2013, LRB Nr. 1661).
- 4 Der pädagogische ICT-Support für die Primar und die Fortbildung, Beratung und Unterstützung der Lehrerinnen und Lehrer ist gemäss § 57 Absatz 1 Buchstabe d des Bildungsgesetzes Aufgabe des Kantons. (LRV Nr. 2013-409 Zur Gewährleistung des pädagogischen ICT-Supports zur Einführung der ICT als Unterrichtshilfe und Lerninhalt)

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	52.8	52.2	45.3	-6.9	-13.2%

"Garten- und Hauswartsarbeiten" im Schloss Castelen wird neu in der Römerstadt Augusta Raurica (Amt für Kultur) angesiedelt. Es handelt sich um eine betriebliche Optimierung.

Im Rahmen des Aufbaus des Dienstleistungszentrums Personal wird ein Stellentransfer von der BKSD in das Personalamt vorgenommen. Es handelt sich um 2.5 Stellen, welche per 1. August 2015 transferiert werden.

Im Zusammenhang mit dem Projekt Stratum und der Zentralisierung der Verwaltungsinformatik werden insgesamt 4 Vollstellen in die FKD transferiert.

Jahresprogramm

2500.002 Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW)

Die FHNW schliesst per Ende 2014 ihre dritte Leistungsperiode seit der Beginn der vierkantonalen Trägerschaft ab. Leistungsauftrag und Globalbeitrag 2015–2017 werden in der zweiten Jahreshälfte 2014 den vier Parlamenten unterbreitet. Unter der Voraussetzung der vierkantonalen Zustimmung wird das primäre Ziel der FHNW in der vierten Leistungsauftragsperiode die Konsolidierung des Erreichten sein. Um dem Fachkräftemangel begegnen zu können, soll die FHNW weiterhin nach Fachbereichen differenziert moderat wachsen können. Mittels interdisziplinärer, strategischer Themenfelder möchte sich die FHNW überdies noch stärker als Innovationstreiberin für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung der Region Nordwestschweiz profilieren. Die Planung für den Campus Muttenz der FHNW wird fortgeführt. Diese Massnahme leistet einen wichtigen Beitrag zu den strategischen Schwerpunkten „Basel-Bildungs-Landschaft“ und „Innovation und Wertschöpfung“.

2500.003 Universität Basel

In ihrer 3. Leistungsperiode seit Beginn der gemeinsamen Trägerschaft wird die Universität entlang der Strategie 2014–2021 ihr Angebot weiter profilieren. Schwerpunkte sind dabei vor allem die Life Sciences (Molekularbiologie, Biomedizin, Neurowissenschaften), die Nanowissenschaften, die Nachhaltigkeits- und Energieforschung, die Bildungswissenschaften sowie die European and Global Studies. Durch den Leistungsauftrag werden die strategischen Schwerpunkte „Basel-Bildungs-Landschaft“ und „Innovation und Wertschöpfung“ unterstützt.

2500.004 CSEM

Mit den Beiträgen des Kantons Basel-Landschaft kann das CSEM im Rahmen seiner disziplinenübergreifenden Kompetenzen und Netzwerke zukunftsorientierte und nachhaltige Technologien wie Polytronics und OLED (organische Lichttechnologien) für die lokale Wirtschaft erschliessen. Auf diese Weise erarbeitet das CSEM die erforderliche Expertise und den bedeutenden Wissensvorsprung und entwickelt sogenannte Technologieplattformen, die bei der Zusammenarbeit mit KMU und der regionalen Leitindustrie (Life Sciences) eingesetzt werden. Darüber hinaus bietet das CSEM hoch qualifizierte Arbeitsplätze in unserem Kanton sowie Ausbildungsstellen für Lernende und Nachwuchsforschende. Der Landrat hat die Weiterführung der Beteiligung am CSEM Muttenz für die Jahre 2014–2018 beschlossen (LRV 2012-217 vom 14. August 2012, LRB NR. 1443 vom 19. September 2013). Damit stellt die weitere Beteiligung am CSEM Muttenz eine wesentliche Massnahme zur Förderung des Transfers wissenschaftlicher Erkenntnisse und neuer Technologien in marktfähige Produkte und Dienstleistungen gemäss Legislaturziel dar. Zudem entspricht die Forschungsrichtung des CSEM der regierungsrätlichen Strategie von "Innovation und Wertschöpfung" und im speziellen der Nachhaltigen Entwicklung.

2500.005 Umsetzung Schuladministrationslösung SAL

(Inhaltlich mit IT-Strategie Schulen und ICT Primarschule zusammenhängend, formal unabhängig) Mit der Einführung einer Schuladministrationslösung (SAL) sollen die Schulen in ihrer täglichen Administrationsarbeit unterstützt und die kantonale Verwaltung mit Daten zur Steuerung der Schulen beliefert werden. In einer ersten Etappe werden die Schulen der Sekundarstufe I, die Gymnasien, die kantonale Verwaltung sowie optional mit eingeschränktem Funktionsumfang die Schulen in Trägerschaft der Gemeinden eingebunden. In einer zweiten Etappe sind eine Funktionserweiterung sowie gegebenenfalls die Einführung bei den Berufsfachschulen und ein möglicher Anschluss der Gemeindeschulen mit vollem Funktionsumfang vorgesehen. Der Start der Umsetzung (Landratsvorlage 2013/223) erfolgte anfangs 2014. Es wird davon ausgegangen, dass die Lösung in den oben genannten Organisationen in zwei Schritten per Sommer 2015 und per Sommer 2016 eingeführt werden kann. Die Koordination der aktuellen ICT-Vorlagen im Bildungsbereich wird durch eine übergeordnete Programmleitung „Informatik Schulen Baselland IT.sbl“ gewährleistet.

2500.006 Umsetzung IT-Strategie Schulen

(Inhaltlich mit SAL Schuladministrationslösung und ICT Primarschule zusammenhängend, formal unabhängig) In diesem Projekt geht es um die stufen- und bedarfsgerechte Ausstattung der Schulen auf Basis eines Medienkonzeptes, welches im Schulprogramm festgehalten werden soll. Die IT-Strategie Schulen gilt verpflichtend für kantonale Schulen und formuliert Empfehlungen für die Gemeindeschulen. Es umfasst die Ausstattung der Schulen inklusive Beschaffung, Life Cycle Management, Services und strategischem Betriebsmodell der kantonalen Dienstleister für die Schulen. Die Umsetzung (Landratsvorlage 2013/176) mit einer Konzeptphase im Jahr 2014 auf eine Einführung ab 2015 geplant. Mit der Umsetzung der IT-Strategie Schulen wird das Baselbieter Bildungssystem gestärkt und die Aktualität des Bildungsangebots gewährleistet. Damit leistet diese Vorlage einen wichtigen Beitrag an die strategischen Schwerpunkte „Basel-Bildungs-Landschaft“ und „Effizientes und effektives staatliches Handeln“. Die Koordination der aktuellen ICT-Vorlagen im Bildungsbereich wird durch eine übergeordnete Programmleitung „Informatik Schulen Baselland IT.sbl“ gewährleistet.

2500.007 ICT Primarschule

(Inhaltlich mit SAL Schuladministrationslösung und IT-Strategie Schulen zusammenhängend, formal unabhängig) Der Landrat hat am 10. April 2014 die Einführung von ICT und Medien als Unterrichtsmittel und Lerninhalt ab der 3. Primarklasse, verpflichtend ab Schuljahr 2015/16 beschlossen. Zur Gewährleistung des Pädagogischen Supports ICT wird der Verpflichtungskredit in der Höhe von 1,1 Mio CHF (2014-2020) für eine Anstellung im Umfang von ca. 70% während dieser Jahre eingesetzt.

Mit der ICT Primarschule wird das Baselbieter Bildungssystem gestärkt und die Aktualität des Bildungsangebots gewährleistet. Damit leistet diese Vorlage einen wichtigen Beitrag an die strategischen Schwerpunkte „Basel-Bildungs-Landschaft“ und „Effizientes und effektives staatliches Handeln“.

2500.008 Kompetenzzentrum Hochschulen, Forschung, Innovation

Mit diesem Kompetenzzentrum besteht die Absicht, das bestehende Engagement des Kantons in den Bereichen Förderung, Koordinierung, Begleitung und Mitgestaltung von Innovations- und Forschungsprojekten zu erhöhen und einen behördlichen Ansprechpartner für private sowie für öffentliche Forschungseinrichtungen zu schaffen. In erster Linie geht es darum, der Innovation bestmögliche Rahmenbedingungen zu setzen. Dabei werden die heute verfügbare Expertise sowie die in den letzten Jahren aufgebauten Netzwerke genutzt. Auf Grundlage dieser Aufgabenstellung sowie einer Auslegeordnung zum Schwerpunkt Innovation, wirtschaftspolitischen Perspektiven (im Rahmen der Wirtschaftsoffensive) und komplementär zum Standortmarketing, werden Konzept, Struktur und organisatorische Eingliederung definiert und daraus die erforderlichen Ressourcen abgeleitet. Durch diese Massnahmen wird dem strategischen Schwerpunkt „Innovation und Wertschöpfung“ entsprochen.

2501 Schulabkommen

Auftrag und Zielsetzungen

Das Profitcenter Schulabkommen umfasst mehrere interkantonale Schulabkommen. Es sind dies:

- Regionales Schulabkommen Nordwestschweiz (RSA)
- Fachschulvereinbarung (FSV)
- Fachhochschulvereinbarung (FHV)
- Berufsfachschulvereinbarung (BFSV)
- Interkantonale Universitätsvereinbarung (IUV)

Diese Abkommen ermöglichen den Einwohnerinnen und Einwohnern aus den Vereinbarungskantonen, Schulen, Studiengänge oder Ausbildungen in einem anderen Abkommenskanton ohne finanzielle Nachteile zu besuchen. Mit den Abkommen werden einheitliche Kantonsbeiträge der Abkommenskantone festgelegt. Auszubildende aus den Abkommenskantonen sind solchen aus dem Standortkanton rechtlich gleichgestellt, insbesondere hinsichtlich Aufnahme, Promotion, Ausschluss sowie Schul- bzw. Studiengebühren. Die FHV regelt auch den interkantonalen Lastenausgleich, die Freizügigkeit für Studierende sowie die Optimierung des Fachhochschulangebots. Sie trägt zu einer koordinierten schweizerischen Hochschulpolitik bei.

Zudem beinhaltet das Profitcenter Schulabkommen die Ausrichtung von Staatsbeiträgen an die Kosten des Privatschulbesuchs innerhalb der obligatorischen Schulzeit. Die Erziehungsberechtigten werden durch einen jährlichen Beitrag in Höhe von CHF 2'500 unterstützt.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	16'845					
	Total Aufwand	16'845					
	Total Ertrag						
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	16'845					

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Beiträge an Privatschulbesuche	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	3'783'755	3'685'377	3'735'475	50'098	1%	
Schulabkommen	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	59'422'017	58'605'920	59'864'858	1'258'938	2%	1
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-30'272'186	-31'185'020	-30'877'056	307'964	1%	
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-463'003					
Total Transferaufwand			63'205'772	62'291'297	63'600'333	1'309'036	2%	
Total Transferertrag			-30'735'189	-31'185'020	-30'877'056	307'964	1%	
Transfers (Netto)			32'470'583	31'106'277	32'723'277	1'617'000	5%	

1 Die Kopfzahlerhebungen ergeben gegenüber dem Budget 2014 eine Zunahme von Baselbieter Studierenden an ausserkantonalen Fachhochschulen und höheren Fachschulen.

Der Landrat hat zudem eine Budgeterhöhung beschlossen, damit der gestalterische Vorkurs der Schule für Gestaltung Basel Baselbieter Jugendlichen auch im Schuljahr 2015/16 als einjähriges Brückenangebot im Hinblick auf eine gestalterische Grundbildung offen steht.

2502 Projekte im Schulsektor

Auftrag und Zielsetzungen

Dieses Profitcenter bildet die strategische und operative Koordination der Projekte im Schulsektor aller Stufen, vom Kindergarten bis zum Abschluss der Sekundarstufe II, ab. Sowohl der reguläre Kredit „Projekte im Schulsektor“ als auch die Verpflichtungskredite werden bis 2019/20 insbesondere für die Umsetzung der Beschlüsse zur Bildungsharmonisierung eingesetzt (2009-351; Landratbeschlüsse vom 17. Juni 2010 sowie des Souveräns vom 26. September 2010; BKSD 4) für die Volksschule, die Berufsbildung und die Gymnasien. Namentlich werden die Schulen und die Lehrerinnen und Lehrer mit einem bedarfsgerechten Weiterbildungsangebot unterstützt.

Zu einzelnen Projekten und Vorlagen:

- Lehrplan 21: Weiterführung der Umsetzungsarbeiten (insbesondere Entwicklung von Kompetenzprofilen für die Anforderungsniveaus A, E und P der Sekundarschule); Überarbeitung des Entwurfs Lehrplan 21 bis Ende Oktober 2014; sonach Entscheidung BL Einführung Primarstufe ab Schuljahr 2015/16 und für die Sekundarschule ab Schuljahr 2016/17, aufsteigend für die ersten Klassen (in Prüfung, Beschlüsse Bildungsrat zur Inkraftsetzung noch offen).
- Sprachenkonzept: Strukturrevision gemäss HarmoS-Konkordat ab Schuljahr 2012/13; Beginn des Französischunterrichts aufsteigend mit den Schülerinnen und Schülern der 3. Primarklassen und 2014/15 Beginn des Englischunterrichts in den 5. Primarklassen; Evaluationen von Lehrmitteln; Überprüfung der Grundkompetenzen gemäss Beschluss der EDK vom 20. Juni 2013 für die Primarstufe (2017) und für die Sekundarstufe I (2020).
- Leistungstests (Checks): Aufbau und Erprobungsphase (erste freiwillige Checks 3. Klassen Primarstufe P3 September 2013; Check P6 ab 2014: Checks S2 und S3 Sekundarstufe I ab 2015); Verpflichtungskredit für den Aufbau der Aufgabensammlung und der Checks sowie die Weiterbildung von CHF 3.44 Mio. CHF; ab 2016 Betriebskredit Checks gemäss kantonalem Finanzplan im regulären Budget.
- „Integrative Schulung an der Volksschule“ (2013-284): RRB vom 27. August 2013, Entwurf der Änderung des Bildungsgesetzes zur Strukturoptimierung der Speziellen Förderung und der Sonderschulung zur Beschlussfassung an den Landrat; Rückweisung der Landratsvorlage an die Regierung vom 12. Juni 2014.
- Brückenangebote: Optimierungskonzept gemäss bikantonalem Mandat „Neupositionierung Brückenangebote beider Basel“; Umsetzung ab 2018.
- Gymnasium: Verlängerung auf vier Jahre (aufsteigend für Schülerinnen und Schüler ab Schuljahr 2014/15); beschränkte Schulwahl innerhalb des Kantons und unter den Kantonen Basel-Landschaft, Basel-Stadt, Solothurn und Aargau des Bildungsraums Nordwestschweiz auf Schuljahr 2015/16. Die Bildungsharmonisierung steuert damit einen bedeutenden Beitrag zum strategischen Schwerpunkt „Basel-Bildungs-Landschaft“ bei. Vor allem die Zielsetzungen „Entwicklung eines Bildungssystems“ und „Vergleichbare und durchlässige Gestaltung des Bildungsangebots“ werden dadurch unterstützt.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	4'463					
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	437'947	352'710	413'600	60'890	17%	1
302	Löhne der Lehrkräfte	44'989	80'000	67'400	-12'600	-16%	1
304	Zulagen	791					
305	Arbeitgeberbeiträge	112'935					
310	Material- und Warenaufwand	9'741					
313	Dienstleistungen und Honorare	31'559	70'000	35'000	-35'000	-50%	1
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	2'443					
	Total Aufwand	644'867	502'710	516'000	13'290	3%	
	Total Ertrag						
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	644'867	502'710	516'000	13'290	3%	

- 1 Alle im Zusammenhang mit der Umsetzung der Bildungsharmonisierung stehenden Verpflichtungskredite machen ein Gesamttotal von gegen 54 Mio CHF aus. Die Jahresstranche 2015 für alle Verpflichtungskredite beträgt 6,77 Mio CHF, ergänzend zum Budget „Projekte im Schulsektor“ mit 0,75 Mio CHF für 2015, das ebenfalls weitgehend für die Umsetzung der Bildungsharmonisierung sowie die entsprechende interkantonale Zusammenarbeit eingesetzt wird. Für die Umsetzung des Gesamtsprachenkonzeptes mit einem Verpflichtungskredit von 12,5 Mio CHF bestehen Reglemente, die den Anspruch der einzelnen Schulen für die Nutzung des Fortbildungsangebotes hinsichtlich Mehrsprachendidaktik und Sprachkompetenzfortbildung steuern. Es besteht eine über Erwarten intensive Nutzung der didaktischen Fortbildungskurse, die besonders aufwendigen Weiterbildungen und Sprachaufenthalte mit teilweisen bezahlten Freistellungen für Primarlehrpersonen zum Erwerb eines C1-Fremdsprachendiploms in Englisch oder Französisch sind indessen noch nicht im

erwarteten Masse abgerufen worden, was mit einem leicht reduzierten Kredit von 1,7 Mio CHF für 2015 berücksichtigt wird. Für die Umsetzung der Bildungsharmonisierung an den Schulen bzw. der Schulraum- und Personalplanung sowie die Einführung des Lehrplans und die Anpassung des Schulprogramms sind den einzelnen Schulen per Entscheid vom 31. Januar 2013 Personalmittel im Umfang von 7,95 Mio CHF für die Primarschulen und 5,6 Mio CHF für die Sekundarschulen zur Verfügung gestellt worden mit indikativen Jahrestanchen (gesamthaft 13,55 Mio CHF). Da die Nutzung auch dieses Kredites langsamer als erwartet abgerufen worden ist, ist für 2014 die Jahrestanche tiefer als im Finanzplan, dh. auf 4 Mio CHF veranschlagt worden. Mit dem Verpflichtungskredit für die Leistungsmessungen mit Checks werden die Aufbau- und Erprobungskosten aufgrund einer Verzögerung bis Ende 2015 finanziert und nicht nur bis Ende 2014. Ab 2016 werden 0,9 Mio CHF jährlich wiederkehrende Kosten gemäss Landratsvorlage und Finanzplan im regulären Budget aufzunehmen sein. Der Verpflichtungskredit zur nominellen Besitzstandswahrung der Lehrpersonen in Form einer persönlichen Zulage wird erstmals mit einer Jahrestanche 2015 budgetiert, weil einzelne Sekundarlehrpersonen, welche das entsprechenden speziellen Anforderungsprofil erfüllen, aufgrund des erweiterten Bedarfs der auf 6 Jahre verlängerten Primarschule gewonnen werden, ausgewiesen ist die Jahrestanche 2015 aufgrund eines voraussichtlich tieferen Bedarfs mit 0,51 Mio CHF.

Insgesamt werden die Verpflichtungskredite nicht linear gemäss den Kostenübersichten der Landratsvorlage über die Jahrestanchen verteilt beansprucht werden, sondern erst mit der Verabschiedung des Lehrplans 21 und den damit verbundenen Weiterbildungen werden in diesem geklärten Rahmen die Schulen und Lehrerinnen und Lehrer in der zweiten Hälfte der Projektperiode die zur Verfügung gestellten Mittel nutzen.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Projekte im Bildungswesen	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	145'125	307'290	279'000	-28'290	-9%	1
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-22'500		-45'000	-45'000		X1
VK Projekte im Bildungswesen	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte		872'000		-872'000	-100%	1
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	825'801	2'916'136	1'100'000	-1'816'136	-62%	1
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-20'000					
Total Transferaufwand			970'926	4'095'426	1'379'000	-2'716'426	-66%	
Total Transferertrag			-42'500		-45'000	-45'000		X
Transfers (Netto)			928'426	4'095'426	1'334'000	-2'761'426	-67%	

- 1 Alle im Zusammenhang mit der Umsetzung der Bildungsharmonisierung stehenden Verpflichtungskredite machen eine Gesamttotal von gegen 54 Mio CHF aus. Die Jahresstranche 2015 für alle Verpflichtungskredite beträgt 6,77 Mio CHF, ergänzend zum Budget „Projekte im Schulsektor“ mit 0,75 Mio CHF für 2015, das auch weitgehend für die Umsetzung der Bildungsharmonisierung sowie die entsprechende interkantonale Zusammenarbeit eingesetzt wird. Für die Umsetzung des Gesamtsprachenkonzeptes mit einem Verpflichtungskredit von 12,5 Mio CHF bestehen Reglemente, die den Anspruch der einzelnen Schulen für die Nutzung des Fortbildungsangebotes hinsichtlich Mehrsprachendidaktik und Sprachkompetenzfortbildung steuern. Es besteht eine über Erwarten intensive Nutzung der didaktischen Fortbildungskurse, die besonders aufwendigen Weiterbildungen und Sprachaufenthalte mit teilweisen bezahlten Freistellungen für Primarlehrpersonen zum Erwerb eines C1-Fremdsprachendiploms in Englisch oder Französisch sind indessen noch nicht im erwarteten Masse abgerufen worden, was mit einem leicht reduzierten Kredit von 1,7 Mio CHF für 2015 berücksichtigt wird. Für die Umsetzung der Bildungsharmonisierung an den Schulen bzw. der Schulraum- und Personalplanung sowie die Einführung des Lehrplans und die Anpassung des Schulprogramms sind den einzelnen Schulen per Entscheid vom 31. Januar 2013 Personalmittel im Umfang von 7,95 Mio CHF für die Primarschulen und 5,6 Mio CHF für die Sekundarschulen zur Verfügung gestellt worden mit indikativen Jahrestanchen (gesamthaft 13,55 Mio CHF). Da die Nutzung auch dieses Kredites langsamer als erwartet abgerufen worden ist, ist für 2014 die Jahrestanche tiefer als im Finanzplan, dh. auf 4 Mio CHF veranschlagt worden. Mit dem Verpflichtungskredit für die Leistungsmessungen mit Checks werden die Aufbau- und Erprobungskosten aufgrund einer Verzögerung bis Ende 2015 finanziert und nicht nur bis Ende 2014. Ab 2016 werden 0,9 Mio CHF jährlich wiederkehrende Kosten gemäss Landratsvorlage und Finanzplan im regulären Budget aufzunehmen sein. Der Verpflichtungskredit zur nominellen Besitzstandswahrung der Lehrpersonen in Form einer persönlichen Zulage wird erstmals mit einer Jahrestanche 2015 budgetiert, weil einzelne Sekundarlehrpersonen, welche das entsprechenden speziellen Anforderungsprofil erfüllen, aufgrund des erweiterten Bedarfs der auf 6 Jahre verlängerten Primarschule gewonnen werden, ausgewiesen ist die Jahrestanche 2015 aufgrund eines voraussichtlich tieferen Bedarfs mit 0,51 Mio CHF.

Insgesamt werden die Verpflichtungskredite nicht linear gemäss den Kostenübersichten der Landratsvorlage über die Jahrestanchen verteilt beansprucht werden, sondern erst mit der Verabschiedung des Lehrplans 21 und der damit verbundenen Weiterbildungen werden in diesem geklärten Rahmen die Schulen und Lehrerinnen und Lehrer in der zweiten Hälfte der Projektperiode die zur Verfügung gestellten Mittel nutzen.

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
VK Bildungsharmonisierung 2010-2019	30	Personalaufwand	1'246'707	5'294'000	3'900'000	-1'394'000	-26%	1
	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	119'915					
	36	Transferaufwand	88'900	100'000	100'000	0	0%	
	46	Transferertrag	-20'000					
		Total	1'435'523	5'394'000	4'000'000	-1'394'000	-26%	
VK Gesamtsprachenkonzept 2011-2018	30	Personalaufwand	1'023'597	1'982'000	1'620'000	-362'000	-18%	1
	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	24'580					
	36	Transferaufwand	57'458	100'000	100'000	0	0%	
		Total	1'105'635	2'082'000	1'720'000	-362'000	-17%	
VK Aufgabens.+Leistungschecks 2011-2014	30	Personalaufwand	179					
	36	Transferaufwand	532'633	2'716'136	900'000	-1'816'136	-67%	1
		Total	532'812	2'716'136	900'000	-1'816'136	-67%	
VK Besitzw. Sek.-Lehrpers. Niv.A 2015-26	30	Personalaufwand			151'000	151'000		X 1
VK Umschulung zum Lehrerberuf 2012 -14	30	Personalaufwand	26'991					
	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	32'944					
	36	Transferaufwand	146'810	872'000		-872'000	-100%	1
		Total	206'745	872'000		-872'000	-100%	
Total Verpflichtungskredite Aufwand			3'300'714	11'064'136	6'771'000	-4'293'136	-39%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag			-20'000					
Total Verpflichtungskredite (netto)			3'280'714	11'064'136	6'771'000	-4'293'136	-39%	

- 1 Alle im Zusammenhang mit der Umsetzung der Bildungsharmonisierung stehenden Verpflichtungskredite machen eine Gesamttotal von gegen 54 Mio CHF aus. Die Jahresstranche 2015 für alle Verpflichtungskredite beträgt 6,77 Mio CHF, ergänzend zum Budget „Projekte im Schulsektor“ mit 0,75 Mio CHF für 2015, das auch weitgehend für die Umsetzung der Bildungsharmonisierung sowie die entsprechende interkantonale Zusammenarbeit eingesetzt wird. Für die Umsetzung des Gesamtsprachenkonzeptes mit einem Verpflichtungskredit von 12,5 Mio CHF bestehen Reglemente, die den Anspruch der einzelnen Schulen für die Nutzung des Fortbildungsangebotes hinsichtlich Mehrsprachendidaktik und Sprachkompetenzfortbildung steuern. Es besteht eine über Erwarten intensive Nutzung der didaktischen Fortbildungskurse, die besonders aufwendigen Weiterbildungen und Sprachaufenthalte mit teilweisen bezahlten Freistellungen für Primarlehrpersonen zum Erwerb eines C1-Fremdsprachendiploms in Englisch oder Französisch sind indessen noch nicht im erwarteten Masse abgerufen worden, was mit einem leicht reduzierten Kredit von 1,7 Mio CHF für 2015 berücksichtigt wird. Für die Umsetzung der Bildungsharmonisierung an den Schulen bzw. der Schulraum- und Personalplanung sowie die Einführung des Lehrplans und die Anpassung des Schulprogramms sind den einzelnen Schulen per Entscheid vom 31. Januar 2013 Personalmittel im Umfang von 7,95 Mio CHF für die Primarschulen und 5,6 Mio CHF für die Sekundarschulen zur Verfügung gestellt worden mit indikativen Jahresstranchen (gesamthaft 13,55 Mio CHF). Da die Nutzung auch dieses Kredites langsamer als erwartet abgerufen worden ist, ist für 2014 die Jahresstranche tiefer als im Finanzplan, dh. auf 4 Mio CHF veranschlagt worden. Mit dem Verpflichtungskredit für die Leistungsmessungen mit Checks werden die Aufbau- und Erprobungskosten aufgrund einer Verzögerung bis Ende 2015 finanziert und nicht nur bis Ende 2014. Ab 2016 werden 0,9 Mio CHF jährlich wiederkehrende Kosten gemäss Landratsvorlage und Finanzplan im regulären Budget aufzunehmen sein. Der Verpflichtungskredit zur nominellen Besitzstandswahrung der Lehrpersonen in Form einer persönlichen Zulage wird erstmals mit einer Jahresstranche 2015 budgetiert, weil einzelne Sekundarlehrpersonen, welche das entsprechenden speziellen Anforderungsprofil erfüllen, aufgrund des erweiterten Bedarfs der auf 6 Jahre verlängerten Primarschule gewonnen werden, ausgewiesen ist die Jahresstranche 2015 aufgrund eines voraussichtlich tieferen Bedarfs mit 0,51 Mio CHF.

Insgesamt werden die Verpflichtungskredite nicht linear gemäss den Kostenübersichten der Landratsvorlage über die Jahresstranchen verteilt beansprucht werden, sondern erst mit der Verabschiedung des Lehrplans 21 und der damit verbundenen Weiterbildungen werden in diesem geklärten Rahmen die Schulen und Lehrerinnen und Lehrer in der zweiten Hälfte der Projektperiode die zur Verfügung gestellten Mittel nutzen.

Jahresprogramm

2502.002 Projekte im Schulbereich

Gemäss Landratsvorlage 2009-351 bilden der reguläre Kredit "Projekte im Schulsektor" sowie die Position "Erhöhung Kredit Projekte im Schulsektor" über 2,5 Mio im Verpflichtungskredit Bildungsharmonisierung eine Einheit zur Finanzierung der Zusatzkosten für die Projektierung der Bildungsharmonisierung. Neben der Umsetzung der Bildungsharmonisierung und der entsprechenden Kooperation bei Projekten im Bildungsraum Nordwestschweiz wird das Gewicht gelegt auf die Projektierung der Integrativen Schulung sowohl für die Volksschule wie auch neu für die Optimierung der Anschlusslösungen Sekundarstufe II in Verbindung mit den Brückenangeboten. Ebenso bildet der Rahmenlehrplan Berufsmaturität in Vernetzung mit der Bildungsharmonisierung (vgl. Berufsbildung) einen Schwerpunkt. Ferner ist nach einer Standortbestimmung zur externen Evaluation der Gymnasien und der Berufsfachschulen vorgesehen, das Konzept im Lichte der interkantonalen Entwicklung (Bildungsmonitoring Schweiz, Leistungsmessungen Checks, Benchmarking, Schulen Sekundarstufe II) für alle Stufen zu überprüfen und zu aktualisieren sowie im Rahmen der beschränkten Mittel fokussiert bzw. etappiert umzusetzen. Es wird eine Vorlage für die Änderung der Verordnung aller Schulstufen im Hinblick auf eine Inkraftsetzung 2016/17 vorbereitet. Alle diese Massnahmen sind auf die regierungsrätliche Strategie der "Basel-Bildungs-Landschaft" fokussiert.

2503 Fachstelle Erwachsenenbildung

Auftrag und Zielsetzungen

Der Fachstelle Erwachsenenbildung obliegt die Informations- und Koordinationsfunktion im Quartärbereich des Kantons. Sie koordiniert und stellt Weiterbildungsangebote für die Lehrerinnen- und Lehrerweiterbildung bereit. Die beiden Fachbereiche „Weiterbildung Schulbereich“ und „Weiterbildung Quartärbereich“ fördern übergreifend die Verankerung des lebenslangen Lernens und engagieren sich für eine Aufwertung des quartären Bildungsbereichs. Die Fachstelle fördert die Schaffung von Rahmenbedingungen für die Weiterbildung von Erwachsenen im Kanton Basel-Landschaft. Weiterbildungsentwicklungen werden aufgenommen und deren Umsetzung im kantonalen Umfeld wird gefördert. Konzepte und Massnahmenkataloge werden zuhänden politischer oder umsetzender Instanzen erstellt. Die FEBL leistet einen Beitrag zur Erhaltung und Erweiterung der Qualität des Unterrichts und der Guten Schule Baselland.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	854'393	978'309	973'657	-4'651	0%	
302	Löhne der Lehrkräfte	26'333					
304	Zulagen	8'138		8'138	8'138	X	
305	Arbeitgeberbeiträge	247'728	185'172	234'714	49'542	27%	
309	Übriger Personalaufwand	865'346	1'655'381	1'405'381	-250'000	-15%	1
310	Material- und Warenaufwand	24'832	86'000	65'000	-21'000	-24%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	967	5'000	5'000	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare	453'591	448'000	398'000	-50'000	-11%	1
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	573					
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	2'287					
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	13'329	18'000	15'000	-3'000	-17%	
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	449	643	643	0	0%	
423	Schul- und Kursgelder	-129'475	-150'000	-150'000	0	0%	
425	Erlös aus Verkäufen		-1'140		1'140	100%	
440	Zinsertrag	-6	-150	-150	0	0%	
	Total Aufwand	2'497'965	3'376'505	3'105'534	-270'971	-8%	
	Total Ertrag	-129'481	-151'290	-150'150	1'140	1%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	2'368'484	3'225'215	2'955'384	-269'831	-8%	

1 Die Umsetzung verschiedener Entlastungsmassnahmen im Rahmen der Lehrerinnen- und Lehrerweiterbildung bewirken diese Reduktion.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Weiterbildungsbeiträge	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	68'977	70'000	70'000	0	0%	
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	1'048'500	1'098'619	1'103'619	5'000	0%	
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-6'229					
Sprachförderung	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte		430'000	430'000	0	0%	
Beitrag an Oda KV aprentas	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte			75'000	75'000	X	1
Total Transferaufwand			1'117'477	1'598'619	1'678'619	80'000	5%	
Total Transferertrag			-6'229					
Transfers (Netto)			1'111'248	1'598'619	1'678'619	80'000	5%	

1 Die Zuständigkeit für die Oda wurde gemäss RRB Nr. 1101 vom 8. Juli 2014 vom Generalsekretariat in die Fachstelle Erwachsenenbildung transferiert.

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
VK Volkshochschule b.B. 2013-2016	36	Transferaufwand	748'500	748'619	748'619	0	0%	
Total Verpflichtungskredite Aufwand			748'500	748'619	748'619	0	0%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag								
Total Verpflichtungskredite (netto)			748'500	748'619	748'619	0	0%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	7.0	8.0	8.3	0.3	3.8%

Im 2014 wurde der Aufgaben- und Budgettransfer zu Sprachfördermassnahmen von der SID in die BKSD transferiert. Um die Aufgabensteuerung wahrnehmen zu können, werden 30 Stellenprocente innerhalb dieses Kredits (saldoneutral) eingestellt.

Jahresprogramm

2503.001 Bildungssystematik Quartärbereich

Koordination, Förderung und Weiterentwicklung der Erwachsenenbildung und Weiterbildung des Kantons und Verankerung des Lebenslangen Lernens: Auf der Grundlage der zu erstellenden Verordnung über die Weiterbildung werden Rahmenkonzepte zur Qualitätssicherung, zur kantonalen Förderstrategie zum Koordinationsauftrag und zur Verankerung des Lebenslangen Lernens erstellt. Diese Rahmenkonzepte legen die Grundlage für eine Systematisierung und Steuerung der kantonal geförderten Weiterbildung. Dies fördert die Chancengleichheit aller Bevölkerungsschichten für den Zugang zu Weiterbildung. Der Quartäre Bildungsbereich profitiert durch weiterbildungsförderliche Rahmenbedingungen und erhöhte Transparenz.

Diese Massnahmen leisten einen wichtigen Beitrag zu den strategischen Schwerpunkten "Basel-Bildungs-Landschaft" und „Zusammenleben in BL“.

2503.002 Bildungsharmonisierung BL

Zur Erreichung des von der Bildungsharmonisierung vorausgesetzten Qualifikationsniveaus der Lehrpersonen werden Weiterbildungsangebote gemäss den Aufträgen des Projektteams Volksschulen konzipiert und organisiert. Dies geschieht unter anderem in Kooperation mit der Pädagogischen Hochschule.

Diese Massnahmen unterstützen den strategischen Schwerpunkt "Basel-Bildungs-Landschaft".

2504 Schulpsychologischer Dienst

Auftrag und Zielsetzungen

Generelles Ziel schulpsychologischer Aktivität ist die Unterstützung der Kooperation zwischen Schule und Elternhaus in ihren Bildungsaufgaben sowie die Förderung von positiven Schullaufbahnen.

Im Einzelnen hat der Dienst folgende Aufträge:

- Er berät und unterstützt Schülerinnen und Schüler sowie deren Erziehungsberechtigten in Fragen des Lernens, des Verhaltens und der Entwicklung.
- Er berät Schulleitungen und andere Behörden in (schul-)psychologischen Fragestellungen.
- Er vermittelt zwischen individuellen Bildungsbedürfnissen und schulischen Angeboten.
- Er beantragt mit Zustimmung der Inhaber der elterlichen Sorge bei den zuständigen Behörden die notwendigen Massnahmen.
- Er gewährleistet als kantonale Fachstelle eine kantonsweit einheitliche Anwendung der Indikationsstellungen.

Umfeldentwicklungen: Je stärker das System Schule belastet ist, desto grösser wird die Komplexität der dem schulpsychologischen Dienst zur Anmeldung gebrachten Probleme. Die hohe Individualisierung der Gesellschaft führt zum Anspruch an die Volksschule, nicht nur angemessene, sondern immer optimale Lösungen anbieten zu können. Dieser Anspruch ist nicht finanzierbar und zwingt zu einer sorgfältigen Beurteilung des Einzelfalls. Vor diesem Hintergrund ist eine nach einheitlichen Kriterien durchgeführte, wissenschaftlich fundierte Diagnostik und Indikationsstellung ein Gebot der Chancengleichheit für Alle. Der damit verbundene Mehraufwand (mitverursacht auch durch Folgen des NFA bzw. des Sonderpädagogikkonkordates) wird durch tendenziell sinkende Schülerzahlen nur teilweise kompensiert.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	2'490'243	2'581'530	2'620'821	39'291	2%	
304	Zulagen	29'246	12'020	29'246	17'226	143%	
305	Arbeitgeberbeiträge	634'621	460'188	513'692	53'505	12%	1
309	Übriger Personalaufwand	10'735	12'000	12'000	0	0%	
310	Material- und Warenaufwand	43'068	59'000	59'000	0	0%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	850					
313	Dienstleistungen und Honorare	31'604	33'500	33'500	0	0%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	6'284					
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	26'258	18'000	21'300	3'300	18%	
	Total Aufwand	3'272'910	3'176'238	3'289'560	113'322	4%	
	Total Ertrag						
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	3'272'910	3'176'238	3'289'560	113'322	4%	

- 1 Die Eingliederung der beiden gemeindeeigenen SPD's in den kantonalen SPD ist eine gebundene Aufgabe und erfolgt per Schuljahr 15/16. Ab diesem Zeitpunkt entfällt die Pauschalzahlung an die beiden Gemeinden.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Schulpsycho. Leistung Allschwil/Muttenz	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	202'000	202'000	101'000	-101'000	-50%	1
Schulpsychol. Leistungen allg.	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-958					
Total Transferaufwand			202'000	202'000	101'000	-101'000	-50%	
Total Transferertrag			-958					
Transfers (Netto)			201'042	202'000	101'000	-101'000	-50%	

- 1 Die Eingliederung der beiden gemeindeeigenen SPD's in den kantonalen SPD ist eine gebundene Aufgabe und erfolgt per Schuljahr 15/16. Ab diesem Zeitpunkt entfällt die Pauschalzahlung an die beiden Gemeinden.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	19.0	18.7	21.2	2.5	13.1%

Die Eingliederung der beiden gemeindeeigenen SPD's in den kantonalen SPD ist eine gebundene Aufgabe und erfolgt per Schuljahr 15/16. Entsprechend dem Stellenschlüssel der kantonalen Schulpsychologie bedingt die schulpsychologische Versorgung der beiden Gemeinden 2,5 zusätzliche Stellen ab dem zweiten Halbjahr 2015. Die 21.2 Sollstellen für 2015 entsprechen also nicht einem Ausbau der schulpsychologischen Dienstleistung, sondern bilden die Tatsache ab, dass mit Allschwil die grösste, und mit Muttenz die drittgrösste baselbieter Gemeinde neu durch den kantonalen SPD versorgt werden müssen.

Jahresprogramm

2504.002 Überprüfung der Leistungsvereinbarungen betreffend Schulpsychologie

Die Überprüfung der Leistungsvereinbarungen zwischen Kanton und den Gemeinden Allschwil und Muttenz betreffend Schulpsychologie hat ergeben, dass die Rechtsgrundlage für die Auslagerung der Schulpsychologie an die Gemeinden fehlt. Die Übernahme der bisher ausgelagerten Aufgabe durch den Kanton wurde dadurch zwingend. Die Kantonalisierung wird in enger Zusammenarbeit zwischen dem Kanton und den betroffenen Gemeinden geplant und per Schuljahr 2015/16 umgesetzt. Das Projekt dient der Vereinheitlichung der Zugangskriterien zu schulischen Unterstützungsmassnahmen. Es ist damit ein Beitrag zur Steuerung der Bildungskosten und Teil des strategischen Schwerpunktes "effizientes und effektives staatliches Handeln".

2504.003 Sicherheit an Schulen - Notfallpsychologie

Im Zusammenhang mit dem Aufbau von Kriseninterventionsteams (KIT) an den Schulen wurde das bereits bestehende Notfallkonzept des SPD überarbeitet. Seine Angebote sollen verbessert und mit den Kriseninterventionsteams vernetzt werden. Zu diesem Zweck wird spezialisiertes Knowhow aufgebaut. Das leistet einen direkten Beitrag zum strategischen Schwerpunkt "effizientes und effektives staatliches Handeln".

2504.004 Dokumentation von Schulunterstützung

Die Entwicklung der Ansprüche an die Schule hat dazu geführt, dass die Schule vermehrt schulpsychologische Leistungen benötigt, die nicht im Zusammenhang mit Einzelfällen stehen. Das macht eine Anpassung der statistischen Erfassung und Dokumentation schulpsychologischer Leistungen nötig, die neben der Bearbeitung der angemeldeten Einzelfälle auch Dienstleistungen an Schulen und Behörden umfasst. Mit dieser Anpassung wird die Kostentransparenz und die dienststelleninterne Evaluation verbessert.

2505 Schul- und Büromaterialverwaltung

Auftrag und Zielsetzungen

Die Schul- und Büromaterialverwaltung beschafft, lagert und spedierte Schul- und Büromaterialien, Bürogeräte und Drucksachen für die kantonale Verwaltung und Schulen im Kanton Basel-Landschaft und sorgt dafür, dass durch kostengünstigen und fachkundigen Einkauf unter Berücksichtigung der Ökologie ein optimales Preis- und Leistungsverhältnis erreicht wird. Weiter betreibt sie eine Hausdruckerei als Dienstleistung für kantonale Stellen und Schulen. Im Rahmen des ERP-Systems kommt das Modul Materialwirtschaft zum Einsatz. Per 1. Januar 2010 wurde für die Dienststellen und Schulen auf SAP ein Webshop eingerichtet. Der Verlag des Kantons Basel-Landschaft produziert und vertreibt Bücher verschiedener Reihen und produziert teils auch Lehrmittel. Die Schul- und Büromaterialverwaltung stellt dem Verlag die Infrastruktur und Logistik zur Verfügung.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	8'391	10'000	10'500	500	5%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	1'578'461	1'647'735	1'596'914	-50'821	-3%	
304	Zulagen	23'130	14'233	23'130	8'898	63%	
305	Arbeitgeberbeiträge	440'110	278'804	301'908	23'104	8%	
309	Übriger Personalaufwand	3'600	3'000	6'000	3'000	100%	
310	Material- und Warenaufwand	1'706'049	1'580'000	1'680'000	100'000	6%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	6'860	10'500	10'500	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare	50'392	52'000	52'100	100	0%	
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	37'176	60'000	50'000	-10'000	-17%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	213'066	250'000	240'000	-10'000	-4%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	6'539	9'000	8'250	-750	-8%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	184	200	200	0	0%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	155'650	155'000	155'000	0	0%	
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	74	100	100	0	0%	
425	Erlös aus Verkäufen	-2'392'592	-2'200'000	-2'300'000	-100'000	-5%	
426	Rückerstattungen	-19'437	-20'000	-20'500	-500	-3%	
440	Zinsertrag	-6	-20	-20	0	0%	
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	-80'000	-60'000	-80'000	-20'000	-33%	
	Total Aufwand	4'229'682	4'070'571	4'134'602	64'031	2%	
	Total Ertrag	-2'492'034	-2'280'020	-2'400'520	-120'500	-5%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	1'737'648	1'790'551	1'734'082	-56'469	-3%	

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
CH-Schule Santiago de Chile	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	35'000	35'000	35'000	0	0%	
Beiträge an interk. Lehrmittelzentrale	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	16'464	17'000	17'000	0	0%	
Total Transferaufwand			51'464	52'000	52'000	0	0%	
Total Transferertrag								
Transfers (Netto)			51'464	52'000	52'000	0	0%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	15.1	17.4	16.4	-1.0	-5.8%

Im Rahmen der Einführung von ERP in der kantonalen Verwaltung konnte die SBMV durch Effizienzsteigerungen eine Vollzeitstelle einsparen.

Jahresprogramm

2505.003 Erweiterung Kompetenzzentrum Logistik

Die SBMV ist das Kompetenzzentrum der Kantonalen Verwaltung im Bereich Büro-, Schul- und Verbrauchsmaterial. Die polizeispezifischen Artikel (ohne persönliche Ausrüstung) werden neu durch die SBMV beschafft und an die kantonalen Polizeistellen spedit.

Gemäss RRB Nr. 1801 vom 5. November 2013 wird der Teilbereich "Ver- und Entsorgung" aus dem Bereich "Betrieb" des HBA in die SBMV integriert und führungs- und fachtechnisch der Leitung SBMV unterstellt. Die Umsetzung wird sukzessive vorangetrieben.

2506 Amt für Volksschulen

Auftrag und Zielsetzungen

Das Amt für Volksschulen (AVS) versteht sich als Kompetenzzentrum der Volksschule und unterstützt, evaluiert und beaufsichtigt diese. Es nimmt Querschnittsfunktionen wahr und arbeitet mit den Dienst- und Fachstellen innerhalb der BKSD zusammen. Es behandelt Geschäfte, die für das Volksschulwesen von pädagogischer, schulpolitischer und finanzieller Bedeutung sind, und ist zuständig für vielfältige Prozesse auf allen Stufen der Volksschule. Dazu gehören insbesondere auch Aufgabenstellungen wie die Projekte Sonderschulkonzept, TimeOut oder BerufswegBereitung. Das AVS stellt den Schulen im Rahmen des Qualitätssicherungsprozesses gemäss Bildungsgesetz eine professionelle Aussensicht in Form eines externen Evaluationsberichts mit Entwicklungsempfehlungen zur Verfügung und leistet Unterstützung bei der Internen Evaluation. Es beurteilt den Unterricht der Schulleitungsmitglieder zuhänden der Schulräte, führt periodisch standardisierte Gespräche mit den Schulleitungen, bewilligt die Klassenbildung der Sekundarschulen sowie Ausnahmen für den Kindergarten und die Primarschule. Es überprüft die Einhaltung kantonaler Vorschriften, welche die Volksschule betreffen, kann entsprechende Weisungen erlassen und beantragt dem Bildungsrat die Einführung der obligatorischen Lehrmittel. Für die Musikschulen wird ein besonderes Fortbildungsangebot für Behörden und Lehrpersonen zur Verfügung gestellt. Als Kompetenzzentrum sorgt das AVS in Zusammenarbeit mit den verschiedenen Anspruchsgruppen für die koordinierte Kommunikation im Volksschulbereich und nimmt seine Führungsverantwortung auch im Bereich der Schnittstellen zwischen den einzelnen Dienststellen und den Volksschulstufen wahr. In seinen Zuständigkeitsbereich fällt die Bearbeitung besonderer Vorkommnisse im Volksschulbereich. Das AVS ist verantwortlich für die Verträge mit Privatschulen, die Veröffentlichung von Informationsbroschüren und die Erstellung von Statistiken. Es vermittelt Stellvertretungen und koordiniert die bezahlten Urlaube. Das AVS arbeitet in Schulentwicklungsprojekten mit. Diese haben zum Ziel, Antworten auf aktuelle Problem- und Handlungsfelder zu finden und Entwicklungen zu initiieren, welche zur Erfüllung des Anspruchs "Gute Schule Baselland" unabdingbar sind.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	8'285	43'280	45'280	2'000	5%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	2'972'631	3'134'229	2'931'126	-203'103	-6%	
302	Löhne der Lehrkräfte	61'729	93'300	75'600	-17'700	-19%	
304	Zulagen	34'941	17'593	34'941	17'348	99%	
305	Arbeitgeberbeiträge	587'897	554'575	595'475	40'901	7%	
309	Übriger Personalaufwand	31'026	53'300	51'000	-2'300	-4%	
310	Material- und Warenaufwand	87'896	138'870	126'550	-12'320	-9%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	-18'706	400	400	0	0%	
312	Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV	246	150	150	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare	549'515	534'337	439'490	-94'847	-18%	1
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	15'566	6'500	8'500	2'000	31%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	81'480	125'000	151'600	26'600	21%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	500	2'500	2'500	0	0%	
423	Schul- und Kursgelder		-10'000		10'000	100%	
424	Benützungsgbühren und Dienstleistungen	-43'064	-65'000	-21'000	44'000	68%	
425	Erlös aus Verkäufen		-1'000		1'000	100%	
426	Rückerstattungen	-32'483	-49'800	-23'520	26'280	53%	
440	Zinsertrag	0					
	Total Aufwand	4'413'005	4'704'033	4'462'612	-241'421	-5%	
	Total Ertrag	-75'547	-125'800	-44'520	81'280	65%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	4'337'458	4'578'233	4'418'092	-160'141	-3%	

- 1 Aufgrund des unterschiedlichen Ressourceneinsatzes in den Abteilungen des AVS kommt es zu Verschiebungen von Aufwendungen innerhalb der Sachkonten "310 Material- und Warenaufwand", "313 Dienstleistungen und Honorare" und "317 Spesen, Anlässe, Lager und Exkursionen". Ein Drittel der Abweichung im Sachkonto "313 Dienstleistungen und Honorare" resultiert aus den geforderten Sparmassnahmen des Kantons BL.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Beiträge an Musikförderung	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	72'000	87'000	87'000	0	0%	
ergänzende, unterstützende Schulangebote	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	55'102	214'000	214'000	0	0%	
Sonderschulung	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	46'101'845	49'352'913	50'690'977	1'338'064	3%	1
Spitalschulen	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	9'673	375'900	530'000	154'100	41%	2
PK Reform	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte			1'435'000	1'435'000		X3
Total Transferaufwand			46'238'620	50'029'813	52'956'977	2'927'164	6%	
Total Transferertrag								
Transfers (Netto)			46'238'620	50'029'813	52'956'977	2'927'164	6%	

- 1 Zusätzliche Kinder und Jugendliche mit einer Sonderschulindikation erfordern ein erhöhtes Platzangebot.
- 2 Das Budget für die Beschulung wurde per 1. Januar 2014 von der Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion zur Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion transferiert und die Abgeltung für Unterrichtsleistungen in Spitälern im Budget 2015 erstmalig vollständig ausgewiesen.
- 3 Berücksichtigung der finanziellen Auswirkungen infolge Ausfinanzierung der BLPK bei den Institutionen im Bereich der Sonderschulung gemäss Budgetantrag des Regierungsrats zur LRV 2014-250 01-09 vom 11. November 2014.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	22.6	22.6	22.6	0.0	0.0%

Jahresprogramm

2506.003 Programm BR NWCH

Der Kanton Basel-Landschaft beteiligt sich am Projekt Swiss Science Education (SWISE). Das Projekt SWISE liefert im Vorlauf zur Einführung des Lehrplans 21 im Bereich „Stärkung des naturwissenschaftlichen Unterrichts“ Hinweise und Ergebnisse, die den Aufbau von Interessen und Neigungen der Schülerinnen und Schüler in ihrer Schullaufbahn im Bezug auf die Naturwissenschaften unterstützen. Das Projekt wird 2015 abgeschlossen werden.

2506.004 Bildungsharmonisierung Basel-Landschaft - Umsetzung HarmoS

Der Bildungsrat BL wird im Jahr 2014 über den definitiven Einführungszeitpunkt des Lehrplans 21 entscheiden. Bis jetzt ist geplant, diesen auf den Sommer 2015 für die Primarschulen integral und auf den Sommer 2016 für die Sekundarschulen aufsteigend einzuführen. Die D-EDK wird den Lehrplan 21 im Laufe des Jahres 2014 zu Händen der Kantone freigeben. Im Kanton Basel-Landschaft werden parallel dazu die Ergänzungen und Präzisierungen des kantonalen Erlasses Lehrplan 21 im Herbst 2014 sowie die notwendigen Handreichungen und Instrumente für die Lehrerinnen und Lehrer geschaffen. Je nach (noch ausstehendem) Entscheid des Bildungsrates wird im Jahr 2015 v.a. an der Einführung oder an der weiteren Umsetzungsplanung gearbeitet.

Im Herbst 2015 wird zum dritten Mal der erste der vier Checks (P3 freiwillig) auf der dritten Primarstufe und auf der sechsten Primarstufe erstmals der Check P6 durchgeführt werden. Dieser ist obligatorisch. Im Schuljahr 2016/2017 wird dann auch der Check P3 obligatorisch sein. Auf der Sekundarstufe wird der Check S2 zum ersten Mal im Schuljahr 2016/17 durchgeführt. Ein Jahr später (Schuljahr 2017/18) kommt der Check S3 dazu und komplementiert so das Obligatorium für alle vier Checks für die Volksschule. Die Checks dienen der Standortbestimmung der Schülerinnen und Schüler in Bezug auf die Mindestansprüche des Lehrplans 21 und der Grundkompetenzen der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) und machen die schulischen Leistungen der Schülerinnen und Schüler transparent. Beide Teilprojekte der Bildungsharmonisierung tragen zur Stärkung der Strategie „Basel-Bildungs-Landschaft“ bei.

2506.006 Integrative Ausrichtung der Regelschule

Der Landrat behandelt im 3./4. Quartal 2014 die Vorlage Integrative Schulung. Je nach Entscheid des Landrates bzw. Ausgang einer möglichen nachfolgenden Volksabstimmung wird die Umsetzung des Entscheides zu Folgearbeiten in der Umsetzung führen (siehe auch Organisationsentwicklung AVS).

2506.008 Organisationsentwicklung AVS

Die Organisationsentwicklung des AVS hat zum Ziel, die Dienststelle für die jetzigen und zukünftigen Aufgaben im Sinne eines Kompetenz- und Steuerungszentrums zu stärken. Damit verbunden ist das Ziel, der Evaluation und Entwicklung in den Schulen einen gewichtigen Stellenwert beizumessen. Dies ist ein wichtiger Baustein in Bezug auf die Governance, beziehungsweise die Steuerung der Schulen. Je nach Entscheidung zur Vorlage Intergrative Schulung wird es auch in der Sonderpädagogik zu organisatorischen Anpassungen kommen. Auch dies eine Stärkung des strategischen Schwerpunkts "Basel-Bildungs-Landschaft". Die entsprechende neue Dienstordnung des AVS ist im 2014 registriert worden.

2506.009 Governance der geleiteten teilautonomen Schulen

Die Governance der geleiteten teilautonomen Schulen soll weiter gestärkt werden. Dies einerseits über die Zusammenarbeit mit dem Präsidialausschuss und andererseits über die vier jährlich stattfindenden Schulleitungsforen (SLF). Der strategische Schwerpunkt "Basel-Bildungs-Landschaft" wird dadurch weiter gestärkt.

2507 Sekundarschulen inkl. Werkjahr

Auftrag und Zielsetzungen

Die teilautonom geleiteten Sekundarschulen, aufgeteilt in verschiedene Schulkreise, vermitteln den Schülerinnen und Schülern eine niveauspezifische Ausbildung, die ihnen den Eintritt in eine berufliche Grundbildung oder in eine weiterführende Schule ermöglicht. Die Sekundarschule weist folgende drei Anforderungsniveaus auf: Niveau A inkl. Werkjahr (Allgemeine Anforderungen), Niveau E (Erweiterte Anforderungen) und Niveau P (Progymnasiale Anforderungen). Die Schülerinnen und Schüler erhalten gemäss Stufenlehrplan einen alters-, stufen- und geschlechtergerechten Unterricht, der in zeitgemässen Lehr- und Lernformen vermittelt wird. Sonderschulung, Gesundheitsförderung und Prävention stellen ebenso wie die Förderung der Handlungskompetenz und des Verantwortungsbewusstseins essentielle Bestandteile des Bildungsanspruches dar. Des Weiteren fördert die Sekundarschule die Grundlagen für ein lebenslanges Lernen und unterstützt die Jugendlichen geschlechterdifferenziert bei ihrer persönlichen und kulturellen Selbstfindung. Um diese Ziele mit hoher Qualität zu erreichen, betreiben die Sekundarschulen eine systematische Schulentwicklung und bieten ihren Lehrpersonen Gelegenheit, sich entsprechend fachlich, methodisch-didaktisch sowohl schulextern als auch schulintern fortzubilden. Im Rahmen des vom Schulrat genehmigten Schulprogramms sowie unterstützt durch das Amt für Volksschulen obliegt der Schulleitung die Führung der Schule in pädagogischer, personeller, organisatorischer und administrativer Hinsicht.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	431'945	461'400	460'000	-1'400	0%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	8'780'993	8'320'001	8'737'237	417'236	5%	
302	Löhne der Lehrkräfte	117'240'010	112'831'400	102'111'769	-10'719'631	-10%	1
304	Zulagen	1'654'441	1'660'000	1'654'441	-5'559	0%	
305	Arbeitgeberbeiträge	25'261'047	23'850'000	20'505'256	-3'344'744	-14%	1
309	Übriger Personalaufwand	9'489		100'000	100'000	X	2
310	Material- und Warenaufwand	5'093'928	5'361'000	4'772'000	-589'000	-11%	1
311	Nicht aktivierbare Anlagen	1'360'018	1'469'510	1'421'030	-48'480	-3%	
312	Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV	5'195	8'500	35'500	27'000	318%	
313	Dienstleistungen und Honorare	571'036	645'583	600'500	-45'083	-7%	
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	224'912	294'800	273'300	-21'500	-7%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	462'532	480'000	480'000	0	0%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	2'364'307	2'626'800	2'558'800	-68'000	-3%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	386	5'000	5'000	0	0%	
341	Realisierte Kursverluste	-41					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	4'362	5'000	5'000	0	0%	
422	Spital- und Heimtaxen, Kostgelder	-221'265	-312'710	-160'000	152'710	49%	3
427	Bussen	-1'020					
439	Übriger Ertrag	-4'000					
440	Zinsertrag	-71					
	Total Aufwand	163'464'561	158'018'994	143'719'834	-14'299'161	-9%	
	Total Ertrag	-226'356	-312'710	-160'000	152'710	49%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	163'238'206	157'706'284	143'559'834	-14'146'451	-9%	

- 1 Umsetzung der Bildungsharmonisierung. Der im Schuljahr 2015/16 bei der Verkürzung der Sekundarschule von vier auf drei Jahre verminderte Personal- bzw. Sachaufwand wird ab August 2015 wirksam.
- 2 Erstmalige Bruttodarstellung des Budgets 2015 im Rahmen des Projektes ERP/3 Integration Sekundarschulen. Diese Position wurde durch die Reduktion des Material- und Warenaufwandes gebildet.
- 3 Geringere Nachfrage beim Mittagstischangebot.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Spezielle Förderung an Privatschulen	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	3'568'819	4'700'000	3'600'000	-1'100'000	-23%	1
Mittagstisch	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	525					
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-6'166					
Logopädie	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	176'826	210'000	210'000	0	0%	
Mitgliederbeiträge	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	299					
Fremdsprachenklassen	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	263'136	260'000	260'000	0	0%	
Beiträge Baspo	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-3'429					
Total Transferaufwand			4'009'605	5'170'000	4'070'000	-1'100'000	-21%	
Total Transferertrag			-9'595					
Transfers (Netto)			4'000'010	5'170'000	4'070'000	-1'100'000	-21%	

- 1 Die konsequente Überprüfung, ob alle vorgelagerten Massnahmen der Speziellen Förderung nach BildG § 44 ausgeschöpft sind (Subsidiaritätsprinzip) und die Vorgabe nach BildG § 5 a, dass die Integration geprüft werden soll, haben zu einer Reduktion der Privatschulplatzierungen im Rahmen der Speziellen Förderung an Privatschulen nach BildG § 46 geführt.

Kennzahlen

	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Klassenentwicklung					
Klassen	587	564	518	-46	-8.16
Anz. Lernende	10'589	10'595	9'460	-1'135	-10.71
Lernende pro Klasse	18.1	18.8	18.3	-0.5	-2.66

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen (ohne Lehrpersonen)	72.0	71.0	71.0	0.0	0.0%
Anzahl Lehrpersonen (ausserhalb Soll-Stellenplan)	923.7	897.0	710.0	-187.0	-20.9%
Anzahl Vollstellen (inkl. Lehrpersonen)	995.7	968.0	781.0	-187.0	-19.3%

Umsetzung der Bildungsharmonisierung. Der im Schuljahr 2015/16 bei der Verkürzung der Sekundarschule von vier auf drei Jahre verminderte Personal wird ab August 2015 wirksam.

Jahresprogramm

2507.01 Lesezentren an den Sekundarschulen

Nach erfolgreichem Abschluss des Pilotprojektes an der Sekundarschule Waldenburgertal in Oberdorf erliess die BKSD ein Reglement für die definitive Einführung von Lesezentren an Sekundarschulen. Interessierte Schulen, die die räumlichen und personellen Voraussetzungen erfüllen, nehmen das Lesezentrum ins Schulprogramm auf und ermöglichen den Betrieb über eine Umwidmung von Lektionen aus dem ergänzenden Angebot. Das Projekt wird in den Betrieb überführt und dient der Erreichung der strategischen Schwerpunkte „Zusammenleben in Baselland“ (Kultur und Freizeit, regionale Identität) sowie „Basel-Bildungs-Landschaft“ (Vermittlung von Wissen).

2508 Gymnasien

Auftrag und Zielsetzungen

Die vier Gymnasien Liestal, Münchenstein, Muttenz und Oberwil führen je eine Maturitätsabteilung und eine Fachmittelschule (FMS), das Gymnasium Laufental-Thierstein neben der Maturitätsabteilung das Niveau P der Sekundarstufe I. Seit 2007 werden an den vier FMS-Standorten auch die Fachmaturitäten angeboten. Damit bieten sie auf der Sekundarstufe II die Ausbildungsgänge an, die zum späteren Besuch einer Hochschule (Universität und Fachhochschule) befähigen. Diese allgemeinbildenden Ausbildungsgänge befähigen die Schülerinnen und Schüler - im Hinblick auf ein lebenslanges Lernen - grundlegende Kenntnisse zu erwerben sowie ihre geistige Offenheit und die Fähigkeit zum selbständigen Denken zu entwickeln. Die Schulen streben eine breit gefächerte, ausgewogene und kohärente Bildung an, nicht aber eine fachspezifische oder berufliche Ausbildung. Um diese Ziele mit hoher Qualität zu erreichen, betreiben die Gymnasien eine systematische Schulentwicklung und bieten ihren Lehrpersonen Gelegenheit, sich entsprechend fachlich, methodisch-didaktisch sowohl schulextern als auch schulintern weiterzubilden. Das Erreichen der Ziele wird durch ein professionelles Qualitätsmanagement sichergestellt. Die Aufsicht über die Gymnasien obliegt den jeweiligen Schulräten.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	67'744	82'000	81'000	-1'000	-1%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	6'782'192	6'543'538	5'961'377	-582'161	-9%	1
302	Löhne der Lehrkräfte	56'765'419	54'794'600	55'345'818	551'217	1%	1
304	Zulagen	866'374	492'348	857'428	365'080	74%	2
305	Arbeitgeberbeiträge	12'061'927	12'592'820	11'952'711	-640'109	-5%	3
309	Übriger Personalaufwand	132'641	170'500	172'000	1'500	1%	
310	Material- und Warenaufwand	918'328	1'109'084	937'640	-171'444	-15%	4
311	Nicht aktivierbare Anlagen	868'487	945'360	970'591	25'231	3%	
312	Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV	2'879	1'200	1'700	500	42%	
313	Dienstleistungen und Honorare	693'064	770'610	688'236	-82'374	-11%	4
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	89'964	108'300	160'680	52'380	48%	4
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	257'184	244'500	245'500	1'000	0%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	441'424	518'776	530'772	11'996	2%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand		1'300	1'300	0	0%	
341	Realisierte Kursverluste	25					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	825	500	250	-250	-50%	
424	Benützungsgebühren und Dienstleistungen	-1'849					
425	Erlös aus Verkäufen	-378'088	-390'700	-377'500	13'200	3%	
427	Bussen	-300					
440	Zinsertrag	-111	-200	-150	50	25%	
	Total Aufwand	79'948'477	78'375'436	77'907'002	-468'433	-1%	
	Total Ertrag	-380'348	-390'900	-377'650	13'250	3%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	79'568'129	77'984'536	77'529'352	-455'183	-1%	

- 1 Die Verträge der Schulleitungsmitglieder wurden gemäss VO Schulleitungen nach Unterricht und Administration gesplittet.
- 2 Die Referenzgrösse im Budget 2014 wurde technisch falsch gerechnet und im Budget 2015 korrigiert.
- 3 Zwei Effekte beeinflussen die technisch errechneten Werte. Zum Einen fallen die Arbeitgeberbeiträge an Vorpensionierungen ab Budget 2015 nicht mehr an und zum Andern führt die Sanierung der Pensionskasse zu Mehrkosten auf Seiten des Arbeitgebers.
- 4 Der Sachaufwand basiert auf einer Lernendenpauschale, die aufgrund interner Sparvorgaben insgesamt einmalig reduziert wurde.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Vereinsmitgliedschaften	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	17'733	13'400	8'300	-5'100	-38%	
Total Transferaufwand			17'733	13'400	8'300	-5'100	-38%	
Total Transferertrag								
Transfers (Netto)			17'733	13'400	8'300	-5'100	-38%	

Kennzahlen

	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Klassenentwicklung					
Lernende	3'984	4'201	4'130	-71	-1.69
Lernende pro Klasse	20.22	21.43	21.29	-0.14	-0.65
Klassen	197	196	198	2	1.02

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen (ohne Lehrpersonen)	53.6	54.6	54.6	0.0	0.0%
Anzahl Lehrpersonen (ausserhalb Soll-Stellenplan)	413.8	394.3	395.0	0.7	0.2%
Anzahl Vollstellen (inkl. Lehrpersonen)	467.4	448.9	449.6	0.7	0.2%

Jahresprogramm

2508.001 Umsetzung der kleinen MAR-Reform

Der geplante Ausbau der Interdisziplinarität auf der Wahlkurs- und Ergänzungsfachstufe ist aus Kostengründen vorläufig sistiert. Ein bescheidener Ausbau wird durch eine Erhöhung der Kursgrössen kompensiert; ein Mehraufwand ist deshalb nicht vorgesehen.

Durch diese Massnahmen wird dem strategischen Ziel "effizientes und effektives staatliches Handeln" entsprochen.

2508.003 Vierjähriges Gymnasium

Im August 2014 treten die ersten Klassen ins vierjährige Gymnasium ein. Bis dann werden die Lehrpläne an die neue Stundentafel angepasst und, wo nötig, ergänzt oder neu erarbeitet. Das Gymnasium wird dadurch schrittweise Jahresstundenpläne einführen können. Das gymnasiale Angebot in der Region wird vereinfacht, indem die Struktur der gymnasialen Bildung und die Stundentafel in Basel-Stadt und Basel-Landschaft weitgehend gleich sein werden.

Diese Strukturanpassung steuert einen bedeutenden Beitrag zum strategischen Schwerpunkt „Basel-Bildungs-Landschaft“ bei.

2509 Amt für Berufsbildung und Berufsberatung

Auftrag und Zielsetzungen

Das Amt für Berufsbildung und Berufsberatung (AfBB) ist verantwortlich für die Information und Beratung von Jugendlichen und Erwachsenen bezüglich Berufs-, Studien- und Laufbahnfragen (BIZ, Berufsberatung), die Sicherung der beruflichen Zukunft von Jugendlichen und Erwachsenen durch eine ihren individuellen Fähigkeiten angepasste berufliche Grund-, Weiter- und Nachholbildung und die Bereitstellung von Beratungs-, Stütz-, Förder- und Brückenangeboten sowie für die finanzielle Unterstützung von in Ausbildung stehenden Personen (Ausbildungsbeiträge).

Die strategischen Ziele und die dazugehörigen Entwicklungsschwerpunkte des AfBB basieren auf den strategischen Schwerpunkten der Regierung (insbesondere Basel-Bildungs-Landschaft) und lauten wie folgt:

1. Förderung der Ausbildungsqualität gemeinsam mit den Ausbildungspartnern zu Gunsten der Lernenden und des Wirtschaftsstandortes BL
 - Qualitätsentwicklung
 - Qualifikationsverfahren (QV)
2. Möglichst viele Jugendliche und junge Erwachsene erreichen einen ihren Fähigkeiten entsprechenden Bildungsabschluss
 - Lehrstellenmarkt
 - Gewinnen von schulisch starken Lernenden für die Berufsbildung
 - Bedarfsgerechte berufsintegrative Angebote
 - Aktive Berufswahl auf allen Stufen
3. Berufliche Laufbahnen von Erwachsenen fördern
 - Höhere Berufsbildung
 - Zielgruppenspezifische Angebote für Erwachsene (Nachholbildung / Tertiär / Quartär)

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	9'083	3'350	8'100	4'750	142%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	5'431'459	5'507'444	5'680'892	173'449	3%	1
304	Zulagen	59'194	29'176	69'788	40'612	139%	2
305	Arbeitgeberbeiträge	1'136'408	1'070'074	1'246'278	176'204	16%	3
309	Übriger Personalaufwand	51'754	52'490	56'700	4'210	8%	
310	Material- und Warenaufwand	286'211	444'450	337'380	-107'070	-24%	4
311	Nicht aktivierbare Anlagen	14'531	10'190	10'720	530	5%	
312	Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV	593	800	800	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare	3'046'064	2'978'130	2'964'180	-13'950	0%	
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	385	1'480	1'480	0	0%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	65'498	57'120	67'140	10'020	18%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	114'779	136'300	124'070	-12'230	-9%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	2'190	5'000	3'000	-2'000	-40%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand		650		-650	-100%	
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	2'439	2'330	2'330	0	0%	
370	Durchlaufende Beiträge	91'965	94'000	115'000	21'000	22%	
423	Schul- und Kursgelder	-116'810	-131'000	-120'000	11'000	8%	
424	Benützunggebühren und Dienstleistungen	-10'200					
425	Erlös aus Verkäufen	-3'086					
426	Rückerstattungen	-1'577'513	-1'040'000	-1'085'000	-45'000	-4%	
440	Zinsertrag	-13					
470	Durchlaufende Beiträge	-91'965	-94'000	-115'000	-21'000	-22%	
	Total Aufwand	10'312'551	10'392'983	10'687'858	294'875	3%	
	Total Ertrag	-1'799'587	-1'265'000	-1'320'000	-55'000	-4%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	8'512'964	9'127'983	9'367'858	239'875	3%	

- 1 Die Mehrausgaben werden durch die Neusubventionierung der Berufsintegration durch das seco (380'000 Franken) kompensiert.
- 2 Die Referenzgrösse im Budget 2014 wurde technisch falsch gerechnet und im Budget 2015 korrigiert.
- 3 Zwei Effekte beeinflussen die technisch errechneten Werte. Zum Einen fallen die Arbeitgeberbeiträge an Vorpensionierungen ab Budget 2015 nicht mehr an und zum Anderen führt die Sanierung der Pensionskasse zu Mehrkosten auf Seiten des Arbeitgebers.
- 4 Im Rahmen der Sparvorgaben in der Kontengruppe 31 (Sachmittel) wird beim Materialaufwand auf Anschaffungen verzichtet oder es erfolgte eine Verschiebung auf einen späteren Zeitpunkt.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Stipendien und Ausbildungsbeiträge	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	12'213'829	12'620'000	11'463'000	-1'157'000	-9%	1
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-869'271	-825'000	-830'000	-5'000	-1%	
check-in aprentas I und II	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	460'000	307'000	460'000	153'000	50%	2
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-153'000	-153'000	-153'000	0	0%	
Berufswegbereitung (BWB)	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	107					
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-202'399	-118'000	-74'000	44'000	37%	
private Org.& überbetriebliche Kurse	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	4'366'618	5'026'250	4'927'300	-98'950	-2%	
	366	Abschreibungen Investitionsbeiträge			35'500	35'500		X
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-10'126		-380'000	-380'000		X3
Mentoring/Beiträge an BS	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	7'786		17'000	17'000		X
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-43'851	-45'000	-55'000	-10'000	-22%	
KIGA (seco)-Beitrag an RAV-Beratungen	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-114'654	-124'000	-174'000	-50'000	-40%	4
Bundesbeitrag an Berufsbildung	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-20'539'325	-20'676'000	-21'000'000	-324'000	-2%	
Bundesbeitrag an „wie weiter?“	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-256'921	-270'000	-270'000	0	0%	
Vorzeitige Einführung Assistenz Gesundhe	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	24'000					
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-30'000					
ProfesionELLE	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte		80'000	80'000	0	0%	
Kampagne Berufslehre & Berufsmatur	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	172'395					
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-150'000					
Total Transferaufwand			17'244'734	18'033'250	16'982'800	-1'050'450	-6%	
Total Transferertrag			-22'369'547	-22'211'000	-22'936'000	-725'000	-3%	
Transfers (Netto)			-5'124'812	-4'177'750	-5'953'200	-1'775'450	-42%	

- 1 Im Rahmen der Entlastungsmassnahme Ü-8 beschloss der Landrat einen Wechsel der Berechnungsgrundlage für Stipendien vom steuerbaren Einkommen zu den reinen Einkünften, um den Einfluss steuerlicher Vergünstigungen auf die Beitragsgewährung zu unterbinden.
- 2 Im Budget 2014 ist der einmalige Beitrag der Stiftung ALU berücksichtigt. Der VK check-in aprentas II bewegt sich insgesamt innerhalb der Kreditlimite.
- 3 Das KIGA/seco hat für die Angebote der Hauptabteilung Berufsintegration eine erweiterte Kostenbeteiligung zugesagt.
- 4 Das KIGA überweist vermehrt Arbeitslose an die Beratungen der Hauptabteilung Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung.

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Berufswegbereitung (BWB) 2009-2013	30	Personalaufwand	1'039'053					
	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	8'376					
	36	Transferaufwand	107					
	46	Transferertrag	-202'399					
		Total	845'137					
VK Sicherung der Attest-Lehrst. 2011-15	30	Personalaufwand	452'500	510'000	210'000	-300'000	-59%	1
VK check-in aprentas II; 2011-2016	36	Transferaufwand	460'000	307'000	460'000	153'000	50%	2
	46	Transferertrag	-153'000	-153'000	-153'000	0	0%	
		Total	307'000	154'000	307'000	153'000	99%	
Berufswegbereitung (BWB) 2014-2018	30	Personalaufwand		1'037'000	680'823	-356'177	-34%	3
	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		35'000	35'000	0	0%	
	46	Transferertrag		-118'000	-74'000	44'000	37%	
		Total		954'000	641'823	-312'177	-33%	
Total Verpflichtungskredite Aufwand			1'960'036	1'889'000	1'385'823	-503'177	-27%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag			-355'399	-271'000	-227'000	44'000	16%	
Total Verpflichtungskredite (netto)			1'604'637	1'618'000	1'158'823	-459'177	-28%	

- 1 Der VK Sicherung der Attest-Lehrstellen 2011-15 läuft im Sommer 2015 aus.
- 2 Im Budget 2014 ist der einmalige Beitrag der Stiftung ALU berücksichtigt. Der VK check-in aprentas II bewegt sich insgesamt innerhalb der Kreditlimite.
- 3 Der VK BWB 2014-18 bewegt sich insgesamt innerhalb des Kreditrahmens.

Investitionen

Investitionsvorhaben	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
ÜK-Zentrum Holzbau	56	Eigene Inv.-Beitr.		500'000		-500'000	-100%	1
Total Investitionsausgaben				500'000		-500'000	-100%	
Total Investitionseinnahmen								
Total Nettoinvestitionen				500'000		-500'000	-100%	

- 1 Die Subventionierung des ÜK-Zentrums Holzbau wurde in den Budgets 2013 und 2014 mit je 500'000 Franken budgetiert. Die Auszahlung wird im Jahr 2015 erfolgen.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	44.5	44.9	44.9	0.0	0.0%

Jahresprogramm

2509.007 Förderung der Höheren Berufsbildung (HBB)

Im Rahmen der Förderung der höheren Berufsbildung wird 2014 auf mehreren Ebenen gleichzeitig gearbeitet: Einerseits wird im Rahmen der Wirtschaftsoffensive bei den regionalen KMU sowie Industrie- und Dienstleistungsbetrieben der Fachkräftebedarf erhoben. Zielsetzung ist, dass daraus Strategien zur lokalen Förderung von Angeboten für die höhere Berufsbildung, aber auch generell für die Sicherstellung von Fachpersonal abgeleitet werden sollen. Für die Bedarfsabklärung wird eng mit der Wirtschaftskammer BL und der Handelskammer beider Basel zusammengearbeitet. Die Resultate sollen bis spätestens Ende 2014 zur Verfügung stehen und werden anschliessend genutzt, um die

regionale Bildungsstrategie im Bereich der höheren Berufsbildung auf den kantonalen Bedarf abzustimmen. Bereits in Planung ist, die ehemalige Informatikausbildung auf Stufe Höhere Fachschulen dem aktuellen Bedarf anzupassen. Dabei wird davon ausgegangen, dass 2015 ein neuer Rahmenlehrplan Informatik zur Verfügung stehen wird, so dass ab 2016 die Höhere Fachschule für Informatik und Kommunikationstechnologie (HF ICT) strukturell und inhaltlich an die bereits überarbeiteten Modularisierung der Grundbildung im Beruf Informatiker/in EFZ angepasst sein wird. Auch aprentas erarbeitet derzeit die Grundlagen für eine neue „Höhere Fachschule Chemie“ auf der Grundlage des Rahmenlehrplans Höhere Fachschule Technik, Fachrichtung Systemtechnik. Die Einführung wird 2015 oder 2016 erfolgen.

Gemäss Planung wird der Landrat die Ratifizierung der „Interkantonalen Vereinbarung über Beiträge an Bildungsgänge der Höheren Fachschulen“ (HFSV) voraussichtlich noch 2014 verabschieden. Ziel ist, dass 2015 auch der Kanton Basel-Landschaft der HFSV beitrifft. Damit kann das Abkommen einen wichtigen Beitrag zur Förderung der höheren Berufsbildung leisten, gleichzeitig wird dadurch ein bedeutender Beitrag zu Schwerpunkten der Strategie „Innovation und Wertschöpfung“ geleistet.

2509.008 Gewinnen von schulisch starken Lernenden für die Berufsbildung; Implementierung des neuen Rahmenlehrplans Berufsmaturität

Die nachhaltige Förderung der Berufsmaturität bleibt auch nach Abschluss der Berufsmaturitäts-Kampagne von BL und BS ein strategisches Ziel des Amtes für Berufsbildung und Berufsberatung (s. Strategie 1), ebenso die gemeinsame Umsetzung des neuen Berufsmaturitäts-Rahmenlehrplans des Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) an den Berufsfachschulen in den beiden Kantonen mit Einführung ab Schuljahr 2015/16. Die bikantonale Erarbeitung der Fachlehrpläne hat weiter zur Folge, dass künftig im Bereich der schriftlichen Schlussprüfungen die beiden Kantone BL und BS gemeinsame Prüfungen durchführen werden. Ein weiteres Projekt in diesem Zusammenhang betrifft die Validierung der Schlussprüfungen in den vier Kantonen des Bildungsraums Nordwestschweiz (AG, SO, BL und BS) unter der Leitung von BL. Damit wird ein bedeutender Beitrag zum strategischen Schwerpunkt „Basel-Bildungs-Landschaft“ ermöglicht.

2509.009 Bedarfsgerechte berufsintegrative Angebote

Die Umsetzung der Bildungsharmonisierung hat auch Auswirkungen auf die nachobligatorische Bildung im Bereich der Brückenangebote und der Berufsbildung. Diese Themen werden im Rahmen von zwei Mandaten vorbereitet. Das Mandat Brückenangebote (BrA) und dasjenige betreffend die integrative Sonderschulung Sek II wird im Rahmen des bikantonalen Mandats „Zukunft Brückenangebote“ fortgesetzt und zwar im Hinblick auf das ebenfalls bikantonale abgestimmte Anschlussprogramm der Umsetzung der Bildungsharmonisierung ab 2018. Zu diesem Zeitpunkt verlassen im Kanton Basel-Stadt die ersten Schülerinnen und Schüler, welche die Volksschule nach dem neuen HarmoS-System durchlaufen haben, die Sekundarstufe I (in BL 2019).

Das in der ersten Phase unter der Leitung einer externen Projektleiterin erarbeitete Strategiepapier zur zukünftigen Ausrichtung der Brückenangebote „Neupositionierung Brückenangebote beider Basel“ wird derzeit im Auftrag der beiden Bildungsdirektoren der beiden Kantone extern validiert. Anschliessend sollen 2015 die Vorbereitungsarbeiten zur Umsetzung der Strategien eingeleitet werden.

Die „Integrative Schulung Sek II“ wird unter Federführung des Amtes für Berufsbildung und Berufsberatung unter Beizug des Amtes für Volksschulen, des Amtes für Kind, Jugend und Behindertenangebote und der Dienststelle Gymnasien im Rahmen der Bildungsharmonisierung erarbeitet. Auf Grund von aktuellen Situationen sollen Erfahrungen für die künftige Konzeption der integrativen Beschulung auf der Sekundarstufe II gesammelt werden. Bis im Dezember 2015 werden die entsprechend angepassten oder neu erarbeiteten Grundlagen gegebenenfalls durch den Bildungsrat (BL) bzw. den Erziehungsrat (BS), die beiden Regierungen und die Parlamente zu beschliessen sein. Aufgrund des dreifachen Rechtsanspruchs – a) Bildungsangebot bis Abschluss der Sekundarstufe II, b) Sonderschulung, c) Primat der integrativen Schulung – muss der Anspruch der Inklusivität auch auf der Sekundarstufe II erfüllt werden. Zusätzlich verstärkt wird dieser Anspruch durch die bevorstehende Ratifizierung der UN-Konvention zum Schutz der Rechte von Menschen mit Behinderungen, die auch Richtlinien zur integrativen Gestaltung des gesamten Bildungswesens enthält. Dies wird im Rahmen des Mandats Brückenangebote erarbeitet (s. oben). Vordringlich ist die Bereitstellung von Anschlusslösungen für die InSo-Schüler/innen nach Abschluss der Volksschule.

Das Projekt BWB (BerufswegBereitung) wird im Rahmen eines zweiten Verpflichtungskredits für 5 Jahre weitergeführt. In dieser zweiten Projektphase werden die Erkenntnisse aus dem Evaluationsbericht der ersten Fünfjahresperiode umgesetzt und das Projekt 2018 erneut evaluiert. Ziel ist es, 2019 BWB in die Linienorganisation zu überführen. Alle diese Bereiche stärken den strategischen Schwerpunkt „Basel-Bildungs-Landschaft“.

2509.010 Förderung der Ausbildungsqualität; Lernortsübergreifende Qualitätsentwicklung (LQE)

Seit der Einführung der Revision des Berufsbildungsgesetzes 2004 müssen die Lerninhalte der drei Lernorte gemäss neuer Bildungspläne (Betrieb, Berufsfachschule, überbetriebliche Kurse) gezielt aufeinander abgestimmt, die Kooperation der lokalen Bildungspartner gefördert und damit die Qualitätsentwicklungsprozesse lernortübergreifend gesichert werden. Hierfür wurde für jeden Beruf eine QE-Gruppe bikantonale konstituiert und ein entsprechendes spezifisches Bildungsmonitoring aufgebaut. 2015 wird diese lernortübergreifende Qualitätsentwicklung in beiden Kantonen (BL und BS) in den Linienorganisation weiterentwickelt. Zudem werden die Gruppe genutzt, um die laufenden Aktualisierungen der Vorgaben durch den Bund lokal zu implementieren. Diese Entwicklungsschritte leisten einen bedeutenden Beitrag zum strategischen Schwerpunkt „Basel-Bildungs-Landschaft“.

2510 Berufsfachschulen

Auftrag und Zielsetzungen

Die kantonalen Berufsfachschulen (Gewerblich-industrielle Berufsfachschule (GIB) Liestal, GIB Muttenz, Berufsfachschule Gesundheit), die Berufsfachschulen privater Träger (Bildungszentrum kvBL, Berufsfachschule aprentas) und die berufsvorbereitenden Schulen (KVS, BVS2, SBA+) sind zuständig für die schulische Bildung von Jugendlichen und Erwachsenen gemäss den Vorgaben des Bundes (Berufsbildungsgesetz, BBG) und des Kantons (Bildungsgesetz, Verordnung für die Berufsbildung usw.). Sie leisten durch eine an die individuellen Fähigkeiten ihrer Lernenden sowie Kursteilnehmenden und Studierenden angepasste berufliche Grund- und Weiterbildung einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der beruflichen Zukunft von Jugendlichen und Erwachsenen und zur Wirtschaftsstandortförderung.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	18'258	18'600	17'800	-800	-4%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	2'756'217	2'787'152	2'794'711	7'559	0%	
302	Löhne der Lehrkräfte	21'910'004	22'778'592	22'978'592	200'000	1%	
304	Zulagen	318'582	167'443	307'976	140'533	84%	1
305	Arbeitgeberbeiträge	4'584'305	4'873'125	5'139'416	266'291	5%	
309	Übriger Personalaufwand	141'790	155'100	151'410	-3'690	-2%	
310	Material- und Warenaufwand	684'686	827'035	748'550	-78'485	-9%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	865'747	1'060'500	874'500	-186'000	-18%	2
312	Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV	2'940	6'500	6'000	-500	-8%	
313	Dienstleistungen und Honorare	625'701	812'600	824'300	11'700	1%	
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	32'678	97'800	116'800	19'000	19%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	147'181	127'200	145'000	17'800	14%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	199'710	204'980	253'830	48'850	24%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	935	1'000	1'000	0	0%	
341	Realisierte Kursverluste	-227					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	1'980	1'050	1'880	830	79%	
349	Verschiedener Finanzaufwand		100	100	0	0%	
423	Schul- und Kursgelder	-981'713	-988'000	-922'500	65'500	7%	
425	Erlös aus Verkäufen	-314'563	-288'000	-307'000	-19'000	-7%	
426	Rückerstattungen	-43'604	-45'800	-44'300	1'500	3%	
440	Zinsertrag	-27	-10	-110	-100	<-1000%	
	Total Aufwand	32'290'486	33'918'776	34'361'865	443'088	1%	
	Total Ertrag	-1'339'907	-1'321'810	-1'273'910	47'900	4%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	30'950'579	32'596'966	33'087'955	490'988	2%	

- 1 Die Referenzgrösse im Budget 2014 wurde technisch falsch gerechnet und im Budget 2015 korrigiert.
- 2 Im Rahmen der Sparvorgaben in der Kontengruppe 31 (Sachmittel) wird bei den nicht aktivierbaren Anlagen auf Anschaffungen verzichtet oder es erfolgte eine Verschiebung auf einen späteren Zeitpunkt.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Bildungszentrum KV BL	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	34'835'255	35'530'000	33'764'594	-1'765'406	-5%	1
aprentas	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	2'474'860	2'767'179	2'893'410	126'231	5%	
Lehrbetriebsbeiträge	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	11'836	9'250	11'500	2'250	24%	
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-155'810	-164'000	-164'000	0	0%	

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Aufbau Praktikums-Management WMS	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	139'005	160'000		-160'000	-100%	2
PK Reform	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte			4'941'000	4'941'000		X3
Total Transferaufwand			37'460'956	38'466'429	41'610'504	3'144'075	8%	
Total Transferertrag			-155'810	-164'000	-164'000	0	0%	
Transfers (Netto)			37'305'146	38'302'429	41'446'504	3'144'075	8%	

- 1 Im Bildungszentrum kvBL werden im kommenden Jahr weniger Lernende ausgebildet.
- 2 Das Projekt 'Aufbau Praktikums-Management WMS' am Bildungszentrum kvBL wird im Sommer 2014 abgeschlossen.
- 3 Berücksichtigung der finanziellen Auswirkungen infolge Ausfinanzierung der BLPK beim Bildungszentrum kvBL gemäss Budgetantrag des Regierungsrats zur LRV 2014-250 01-09 vom 11. November 2014.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen (ohne Lehrpersonen)	28.3	26.3	26.3	0.0	0.0%
Anzahl Lehrpersonen (ausserhalb Soll-Stellenplan)	164.8	173.2	175.0	1.8	1.0%
Anzahl Vollstellen (inkl. Lehrpersonen)	193.1	199.5	201.3	1.8	0.9%

2511 Amt für Kind, Jugend und Behindertenangebote

Auftrag und Zielsetzungen

Das Amt für Kind, Jugend und Behindertenangebote (AKJB) sichert Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen und ihren Familien den Zugang zu bedarfsgerechten und qualitativ hochstehenden Angeboten (R-Z-1). Es fördert die Koordination und Zusammenarbeit sowohl zwischen den staatlichen Stellen und den privaten Institutionen als auch der verschiedenen Einrichtungen untereinander. Es ist im Kanton Basel-Landschaft für die Planung, Entwicklung und Finanzierung von Leistungen der Behindertenhilfe in den Bereichen Wohnen, Arbeit und Tagesgestaltung sowie der stationären Kinder- und Jugendhilfe in Heimen (inklusive Sonderschulheime) zuständig. Es unterstützt und finanziert ebenso Pflegefamilien als gleichwertige Partner in der stationären Jugendhilfe (R-AK-4, BKSD 16, 17, 20, 21). Das AKJB schliesst mit den meist privat getragenen Einrichtungen Vereinbarungen ab, die den Leistungsauftrag, die Qualitätsentwicklung und die finanzielle Abgeltung regeln. Es überprüft im Finanz- und Leistungscontrolling die Leistungserfüllung und die Wirtschaftlichkeit der Einrichtungen. Für den Bereich der Behindertenhilfe vollzieht es das Bundesgesetz IFEG. Zudem ist es für die Kinder- und Jugendförderung, die Schulsozialdienste der Sekundarstufen I und II, die familienergänzende Kinderbetreuung sowie die heilpädagogische Früherziehung verantwortlich. In der familienergänzenden Kinderbetreuung im Schulbereich entwickelt es die Mittagsbetreuung an den Sekundarschulen. (BKSD –BBL-6/BKSD 13). Das AKJB erteilt die Bewilligung und führt die Aufsicht über die Heime für Kinder und Jugendliche (Schul- und Wohnheime), die Kindertagesstätten und die Heime für behinderte Erwachsene. Es stellt mit der Bewilligungsabklärung und einer regelmässigen Aufsicht eine Mindestqualität der Heime und Kindertagesstätten für Kinder, Jugendliche und behinderte Erwachsene sicher. Zudem ist das AKJB zuständig für die Entgegennahme von Meldungen der Dienstleistungsangebote in der Familienpflege und übt die Aufsicht über diese Angebote aus. Das AKJB ist die kantonale Verbindungsstelle zur interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen IVSE. Als kantonale Verbindungsstelle zum Bundesamt für Justiz erfüllt das AKJB in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt Aufgaben im Rahmen der Verfahren für Bau- und Betriebsbeiträge des Bundesamtes für Justiz an Einrichtungen für Minderjährige und junge Erwachsene. Das AKJB fördert zudem mit Beiträgen die Fahrten von Behinderten und mobilitätseingeschränkten Betagten (R-AK-4, R-M-2, BKSD 19).

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter		2'000	900	-1'100	-55%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	1'172'840	1'343'165	1'375'055	31'889	2%	
304	Zulagen	16'422	9'134	16'422	7'288	80%	
305	Arbeitgeberbeiträge	227'659	252'957	263'697	10'740	4%	
309	Übriger Personalaufwand	954	3'000	500	-2'500	-83%	
310	Material- und Warenaufwand	10'269	11'390	12'770	1'380	12%	
313	Dienstleistungen und Honorare	187'197	203'350	348'470	145'120	71%	1
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	497	500	500	0	0%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	4'025	4'000	4'000	0	0%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	9'835	12'800	14'400	1'600	13%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	2'561					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	51					
370	Durchlaufende Beiträge	2'901'503	2'800'000	2'970'000	170'000	6%	
439	Übriger Ertrag	-25'000		-110'000	-110'000	X 2	
440	Zinsertrag	-5					
470	Durchlaufende Beiträge	-2'901'503	-2'800'000	-2'970'000	-170'000	-6%	
	Total Aufwand	4'533'812	4'642'297	5'006'713	364'417	8%	
	Total Ertrag	-2'926'508	-2'800'000	-3'080'000	-280'000	-10%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	1'607'304	1'842'297	1'926'713	84'417	5%	

- Die Position enthält Ausgaben in der Höhe von CHF 89'600.-- für Ausgaben im Rahmen des Programms „Nachhaltige Optimierung der Kinder- und Jugendpolitik“ (NOKJ). Sie werden durch zusätzliche Erträge (Bundesmittel) finanziert. Mittel in der Höhe von CHF 150'000.-- sind für die Vorbereitung der Systemeinführung von IBBplus (Individueller Betreuungsbedarf) in den Einrichtungen der Behindertenhilfe vorgesehen. Sie dienen der verbesserten Kostensteuerung.
- Der Kanton erhält im Jahr 2015 CHF 150'000.-- vom Bund im Rahmen des Gesetzes über die Förderung der ausserschulischen Kinder- und Jugendarbeit. Davon werden CHF 40'000.-- für die Vergünstigung des Verpflichtungskredits Koordination Jugendhilfe eingesetzt, CHF 110'000.-- stehen für andere Massnahmen im Rahmen des Bundesprogrammes NOKJ zur Verfügung.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Sonderschulung	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	12'149'977	12'327'769	13'188'608	860'839	7%	1
Behindertenhilfe	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	71'879'274	72'959'666	74'978'540	2'018'874	3%	2
Jugendhilfe	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	37'706'336	38'192'451	39'127'535	935'084	2%	3
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-107'781	-77'893	-96'636	-18'743	-24%	
PK Reform	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte			1'799'500	1'799'500		X4
Total Transferaufwand			121'735'587	123'479'886	129'094'183	5'614'297	5%	
Total Transferertrag			-107'781	-77'893	-96'636	-18'743	-24%	
Transfers (Netto)			121'627'806	123'401'993	128'997'546	5'595'553	5%	

- Die zu erwartende Steigerung von inner- und ausserkantonalen Kostenpauschalen per 2015 und die Anpassung der Berechnung der Schulkosten bei den Schulinternaten führt zu einem Mehraufwand. Der Anteil der Schulkosten wurde von 30% auf 40% der Gesamtkosten erhöht, da dies der effektiven Kostenaufteilung entspricht.
- Die Umsetzung der vom Regierungsrat genehmigten Bedarfsplanung führt im Laufe des Jahres 2015 zur Erweiterung des Platzangebots, das von Personen mit Behinderung aus BL genutzt wird. Daraus resultieren Mehrausgaben in Höhe von etwa CHF 1.0 Mio. Eine weitere Steigerung beruht auf einer höheren Belegung in Wohnheimen und Werkstätten der Behindertenhilfe im Vergleich zum Vorjahr (+ 22 Wohnplätze und + 25'000 Arbeitsstunden in BS und BL, per Stichtag 31. März; CHF + 1.2 Mio.).
Aufgrund der Neuberechnung des Verteilerschlüssels der Fahrten für Betagte und Behinderte (KBB) für BL und BS reduziert sich der auf die BL entfallende Anteil um CHF 0.2 Mio. Eine Änderung des Staatsvertrages KBB ist per 1.1.2016 vorgesehen.
- Gegenüber dem Vorjahr waren zum Zeitpunkt der Budgetierung 35 Kinder und Jugendliche mehr in stationären Einrichtungen und 19 Kinder mehr in Pflegefamilien platziert. Zudem stiegen die Kostenpauschalen. Gleichzeitig wurde eine Reduktion des Anteils der Betreuungskosten in den Schulinternaten von 70% auf 60% berücksichtigt (vgl. Kommentar Sonderschulung).
- Berücksichtigung der finanziellen Auswirkungen infolge Ausfinanzierung der BLPK bei den Institutionen im Bereich der Kind-, Jugend- und Behindertenhilfe gemäss Budgetantrag des Regierungsrats zur LRV 2014-250 01-09 vom 11. November 2014.

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
VK Ums. Konzept Behindertenhilfe 2010-14	30	Personalaufwand	26'539	13'579		-13'579	-100%	1
	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	9'469	74'500		-74'500	-100%	1
		Total	36'008	88'079		-88'079	-100%	
VK Koord. Jugendhilfe 2014-2017	30	Personalaufwand		70'000	70'000	0	0%	2
	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		10'000	10'000	0	0%	2
	43	Verschiedene Erträge			-40'000	-40'000		X
		Total		80'000	40'000	-40'000	-50%	
Total Verpflichtungskredite Aufwand			36'008	168'079	80'000	-88'079	-52%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag					-40'000	-40'000		X
Total Verpflichtungskredite (netto)			36'008	168'079	40'000	-128'079	-76%	

- Der Verpflichtungskredit wird per Ende 2014 abgeschlossen.
- Die Kinder- und Jugendhilfe soll in einem 3-jährigen Projekt koordiniert werden (vgl. Landratsvorlage 2013-416). Die Kosten werden zur Hälfte durch Mittel des Bundes im Rahmen des Gesetzes über die Förderung der ausserschulischen Kinder- und Jugendarbeit finanziert, sodass der Kanton für diese Aufgabe im Jahr 2015 effektiv CHF 0.04 Mio. zu finanzieren hat. Der Kanton erhält im Jahr 2015 insgesamt (siehe auch Kommentar 2 in der Erfolgsrechnung) CHF 0.15 Mio. vom Bund im Rahmen des Gesetzes über die Förderung der ausserschulischen Kinder- und Jugendarbeit.

Kennzahlen

	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Sonderschulung					
500704 Sonderschulung Internat	10'024'958	10'381'766	11'259'651	877'885	8.46
500705 Fahrtkosten	123'030	109'545	110'900	1'355	1.24
500706 Fahrtkosten Heilpädagogische Früherziehung	56'950	58'702	60'497	1'795	3.06
500708 Heilpädagogische Früherziehung	1'873'107	1'697'586	1'687'440	-10'146	-0.6
500710 Beratung + Dienstleistung Sonderschule	71'932	80'170	70'120	-10'050	-12.54
Jugendhilfe					
500698 Unterbringung in Heimen	35'663'939	36'121'885	36'737'850	615'965	1.71
500699 Unterbringung in Pflegefamilien	1'666'616	1'724'673	2'025'049	300'376	17.42
500700 Beratung + Dienstleistung Kind + Jugend	268'000	268'000	268'000	0	0
Behindertenhilfe					
500694 Betreutes Wohnen + betreute Tagesgestaltung	50'144'940	51'157'439	52'128'482	971'043	1.9
500695 Begleitete Arbeit	20'209'736	20'268'027	21'470'808	1'202'781	5.93
500696 Fahrten für Behinderte	1'383'275	1'365'000	1'200'000	-165'000	-12.09
500697 Beratung + Dienstleistung Behindertenhilfe	141'322	169'200	179'250	10'050	5.94

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	9.2	9.7	9.7	0.0	0.0%

Jahresprogramm

2511.002 Bedarfsplanung der Leistungsangebote der Einrichtungen der Behindertenhilfe BS/BL

Die Tranche 2015 der Bedarfsplanung über die Leistungsangebote der Einrichtungen der Behindertenhilfe für die Jahre 2014 bis 2016 wird umgesetzt. Die Bedarfsplanung umfasst geeignete Massnahmen und Projekte, damit Menschen mit Behinderung verstärkt Teil am gesellschaftlichen Leben haben und ihr Leben vermehrt selbstbestimmt gestalten können. Sie stärkt den strategischen Schwerpunkt „Zusammenleben in Baselland“.

2511.004 Fahrten von Behinderten und mobilitätseingeschränkten Betagten

Die Verhandlungen über die Anpassung des Staatsvertrages werden abgeschlossen und die Landratsvorlagen dem Parlament unterbreitet. Der angepasste Staatsvertrag tritt 2016 in Kraft. Die subventionierten Fahrten ergänzen die Förderung des behindertengerechten Zugangs zu den öffentlichen Verkehrsmitteln und tragen zum strategischen Schwerpunkt „Mobilität“ bei.

2511.006 Bedarfsorientierte Angebote der familienergänzenden Kinderbetreuung

Um das Ziel von bedarfsgerechten Angeboten der familienergänzenden Kinderbetreuung im Schul- wie im Frühbereich zu erreichen, verfolgen die BKSD und die SID in Zusammenarbeit mit den Gemeinden einen neuen Regelungsvorschlag. Das Legislaturziel fordert: „Zu wichtigen Themen (...) wie der familienergänzenden Kinderbetreuung werden messbare Fortschritte erreicht.“ Familienergänzende Kinderbetreuung stärkt die „Basel-Bildungs-Landschaft“.

2511.007 Umsetzung des Konzeptes Kinder- und Jugendhilfe

Die im Konzept Kinder- und Jugendhilfe formulierten zehn Handlungsempfehlungen werden in entsprechenden Projekten umgesetzt. 2015 erfolgen wichtige Schritte für eine bessere Koordination in Kinder- und Jugendfragen im Kanton, für die Erlangung eines flächendeckenden Beratungsangebotes für Kinder, Jugendliche und Erziehende sowie zur Neuregelung der ambulanten Jugendhilfe als Alternative zur stationären. Die Umsetzung des Konzeptes wird durch den Bund mit Mitteln im Rahmen des Bundesgesetzes über die Förderung der ausserschulischen Kinder- und Jugendarbeit (KJFG) mitfinanziert. Die zusätzlichen Finanzmittel ermöglichen in den Bereichen der Kinder- und Jugendförderung sowie des Kinderschutzes zusätzliche Entwicklungsschritte.

Die BKSD setzt damit in Zusammenarbeit mit den weiteren beteiligten Direktionen die folgenden Ziele um: „Kinder und Jugendliche werden in ihrem Heranwachsen unterstützt und geschützt. Ihre Familien finden Beratung und Unterstützung.“ Die Massnahmen stärken den strategischen Schwerpunkt „Zusammenleben in Baselland“.

2511.008 Gemeinsame Bedarfsplanung BS / BL der stationären Kinder- und Jugendhilfe

Der Planungsbericht von Basel-Landschaft und Basel-Stadt über die Leistungsangebote der stationären Kinder- und Jugendhilfe umfasst die Planungsperiode 2015 bis 2017. Im Jahr 2015 beginnt die Umsetzung der neuen Bedarfsplanung zur Weiterentwicklung der stationären Angebote. Die gemeinsame Bedarfsplanung folgt dem Ziel, Heranwachsende bedarfsgerecht zu unterstützen und sie in das „Zusammenleben in Baselland“ zu integrieren. Die Strukturen in der Zusammenarbeit Basel-Landschaft / Basel-Stadt werden weiter entwickelt.

2511.009 Gemeinsame Umsetzung des Konzeptes Behindertenhilfe mit Basel-Stadt

Die Vorbereitungsarbeiten für die Einführung des Systems IBBplus (Individueller Betreuungsbedarf) für die Bedarfserfassung und Leistungsbemessung sowie zur Kostensteuerung werden in den Institutionen der Behindertenhilfe bis Ende 2015 abgeschlossen. Bis Ende 2015 erfolgt eine Vollerhebung der Bedarfe der behinderten Personen, die Erarbeitung der standardisierten Kostenrechnungen der Institutionen, der Beschluss über das Gesetz über die Behindertenhilfe BS/BL durch den Landrat und Grossen Rat sowie die Vorbereitung für die Anpassung der Leistungsvereinbarungen mit den Institutionen der Behindertenhilfe. Damit werden wichtige Schritte für die Umsetzung des Konzeptes der Behindertenhilfe BS/BL erreicht. Ziel der Konzeptumsetzung ist eine integrierende Wirkung auf die Bevölkerungsgruppe der Menschen mit Behinderung. Der strategische Schwerpunkt „Zusammenleben in Baselland“ wird ebenso gestärkt wie die Kooperation mit dem Partnerkanton Basel-Stadt.

2512 Amt für Kultur

Auftrag und Zielsetzungen

Das Amt für Kultur besteht aus vier Hauptabteilungen, die sich innerhalb der Kulturkonferenz organisieren. Es koordiniert die ihnen zugewiesenen Aufgaben im Kulturbereich. Die Hauptabteilungen sind operativ selbständig. Die Hauptabteilung Kulturelles funktioniert als Drehscheibe und als Mittlerin zwischen den Fördergremien und den Kulturschaffenden und -produzenten. Sie ist die Geschäftsstelle für Fragen im Kunst- und Kulturförderungsbereich. Sie tritt auch als Initiatorin oder Veranstalterin von eigenen Projekten in Erscheinung. Die Kantonsbibliothek ist eine Grundeinrichtung für Bildung, Begegnung, Kultur und Freizeit. Mit ihren Angeboten und Dienstleistungen fördert sie die individuelle Bildung sowie das Bewusstsein für eigene und fremde Kulturen. Als gesellschaftlicher und kultureller Treffpunkt wirkt sie integrativ und fördert die Lese- und Medienkompetenz. Die Hauptabteilung Archäologie und Museum ist verantwortlich für die Sicherung und Erhaltung ausgewählter naturgeschichtlicher und kulturhistorischer Denkmäler und Objekte sowie für die Erforschung und Vermittlung natur- und kulturhistorischer, aber auch zeitgenössischer Themen. Die Hauptabteilung Römerstadt Augusta Raurica ist verantwortlich für die Erhaltung, Erforschung und Vermittlung der römischen Kolonialstadt und macht sie der Öffentlichkeit zugänglich. Mit Ausstellungen und Publikationen fördert sie das Verständnis für das archäologische Erbe.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	27'689	38'000	38'000	0	0%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	9'405'945	9'253'366	9'425'317	171'951	2%	
303	Temporäre Arbeitskräfte	96'034	260'792	260'792	0	0%	
304	Zulagen	135'134	77'185	135'920	58'736	76%	1
305	Arbeitgeberbeiträge	1'687'662	1'694'668	1'760'699	66'032	4%	
309	Übriger Personalaufwand	26'857	22'000	25'500	3'500	16%	
310	Material- und Warenaufwand	2'112'965	1'987'000	1'999'000	12'000	1%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	342'806	244'600	263'800	19'200	8%	
312	Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV	22'968	17'000	17'000	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare	1'269'039	1'103'930	1'087'030	-16'900	-2%	
314	Baulicher und betrieblicher Unterhalt	793'663	1'000'000	740'000	-260'000	-26%	2
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	123'254	97'501	141'501	44'000	45%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	182'949	134'000	169'500	35'500	26%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	108'836	115'000	128'900	13'900	12%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	824	500	500	0	0%	
341	Realisierte Kursverluste	-615					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	2'918	2'000	1'200	-800	-40%	
423	Schul- und Kursgelder		-8'000	-8'000	0	0%	
424	Benützungsgebühren und Dienstleistungen	-867'274	-1'009'000	-989'000	20'000	2%	
425	Erlös aus Verkäufen	-144'698	-162'500	-164'500	-2'000	-1%	
426	Rückerstattungen	-18'416	-5'000	-5'000	0	0%	
430	Verschiedene betriebliche Erträge	-1'390	-2'000	-1'000	1'000	50%	
439	Übriger Ertrag	-187'766	-29'000	-33'000	-4'000	-14%	
440	Zinsertrag	-61					
447	Liegenschaftenertrag VV	-10'280	-10'000	-10'000	0	0%	
	Total Aufwand	16'338'927	16'047'541	16'194'659	147'118	1%	
	Total Ertrag	-1'229'886	-1'225'500	-1'210'500	15'000	1%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	15'109'041	14'822'041	14'984'159	162'118	1%	

1 Die Referenzgrösse im Budget 2014 wurde technisch falsch gerechnet und im Budget 2015 korrigiert.

2 Budgetierung archäologische Massnahmen aufgrund neuer Verbuchungspraxis (Verschiebung zu Lasten 313, 315, 316)

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Archäologie & Museum	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	157'000	82'000	72'000	-10'000	-12%	
bibliothekarische Leistungen	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	15'420	10'000	10'000	0	0%	
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-2'110	-25'000	-25'000	0	0%	
archäologische Leistungen	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-913'411	-750'000	-760'000	-10'000	-1%	
Projektbeiträge Kultur	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	3'113'488	3'175'000	3'125'000	-50'000	-2%	
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-9'446	-14'000	-14'000	0	0%	
Kulturvertragspauschale	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	9'673'503	9'950'000	9'790'000	-160'000	-2%	
Verein Kulturraum Roxy	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	550'000	550'000	550'000	0	0%	
VK Ruinensanierung Homburg	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-23'817					
Archäobiologie	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	13'287	96'000	46'000	-50'000	-52%	1
VK Sanierungsetappe 2013 Ruine Farnsburg	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-68'750					
Zusatzbeitrag Theater Basel	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte			700'000	700'000		X2
Total Transferaufwand			13'522'698	13'863'000	14'293'000	430'000	3%	
Total Transferertrag			-1'017'533	-789'000	-799'000	-10'000	-1%	
Transfers (Netto)			12'505'165	13'074'000	13'494'000	420'000	3%	

- 1 Verzicht auf Leistungseinkauf
- 2 Der Zusatzkredit wurde im Landrat gegen den Willen der Regierung anlässlich der Budgetdebatte beschlossen. Die technische Umsetzung dieses Geschäfts ist zu diesem Zeitpunkt nicht geklärt worden und bedingt weitere rechtliche Abklärungen.

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
VK Ruinensanierung Homburg	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	95'267					
	46	Transferertrag	-23'817					
		Total	71'450					
VK Verein Kulturraum Roxy 2010 - 2013	36	Transferaufwand	550'000					
VK Ruinensanierung Pfeffingen	30	Personalaufwand	4'730					
	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	1'290'997	750'000	750'000	0	0%	
		Total	1'295'727	750'000	750'000	0	0%	
VK Sanierungsetappe 2013 Ruine Farnsburg	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	302'238					
	46	Transferertrag	-68'750					
		Total	233'488					
VK Sanierung Hauptstrasse Augst	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		450'000		-450'000	-100%	1

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
VK Verein Kulturraum Roxy 2014-2017	36	Transferaufwand		550'000	550'000	0	0%	
Total Verpflichtungskredite Aufwand			2'243'232	1'750'000	1'300'000	-450'000	-26%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag			-92'567					
Total Verpflichtungskredite (netto)			2'150'665	1'750'000	1'300'000	-450'000	-26%	

- 1 Die Sanierung der Hauptstrasse Augst wurde aufgrund der Beantwortung des Postulats Buser betreffend Umfahrung Augst sofort (LRV 2013-266) verschoben. Die archäologischen Ausgrabungen erfolgen in Abstimmung mit dem federführenden Tiefbauamt.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	82.5	82.2	83.2	1.0	1.2%

Die zusätzliche Vollzeitstelle Technischer Dienst in der Römerstadt Augusta Raurica für den Unterhalt Castelen wird mittels Stellentransfer aus dem Generalsekretariat (0.4 %) und dem Sachmitteltransfer aus der Baudirektion, der umgewidmet wurde, realisiert.

Jahresprogramm

2512.001 Burgen und Ruinen

Die 2013 in Angriff genommene, mehrjährig geplante Sicherung auf der Ruine Pfeffingen kommt gut voran. Nach Abschluss der Arbeiten am Wohnturm werden die umliegenden Bauten der «neuen Behausung» gesichert. Die Sicherung dieses Kulturguts von nationaler Bedeutung trägt zur Umsetzung der strategischen Schwerpunkte «Zusammenleben in Baselland» (Kultur und Freizeit, regionale Identität) sowie «Auftritt und Kooperation» (Standortattraktivität) bei.

2512.002 Erhaltung und Erschliessung des Natur- und Kulturerbes

Das bedeutende natur- und kulturgeschichtliche Archiv des Kantons ist unzureichend untergebracht. Archäologie und Museum benötigt für die rund 2 Millionen Objekte einen sicheren Aufbewahrungsort. Zudem braucht es Massnahmen zur langfristigen Konservierung einzelner Bestände. Beides sind Massnahmen zur Erreichung der strategischen Schwerpunkte «Zusammenleben in Baselland» (Kultur und Freizeit, regionale Identität), «Basel-Bildungs-Landschaft» (Erschliessung von Wissen) sowie «Auftritt und Kooperation» (Standortattraktivität).

2512.003 Lesezentren an den Sekundarschulen

Nach erfolgreichem Abschluss des Pilotprojektes an der Sekundarschule Waldenburgertal in Oberdorf hat die BKSD ein Reglement für die definitive Einführung von Lesezentren an Sekundarschulen erlassen. Interessierte Schulen, die die räumlichen und personellen Voraussetzungen erfüllen, nehmen das Lesezentrum ins Schulprogramm auf und ermöglichen den Betrieb über eine Umwidmung von Lektionen aus dem ergänzenden Angebot. Das Projekt dient der Erreichung der strategischen Schwerpunkte „Zusammenleben in Baselland“ (Kultur und Freizeit, regionale Identität) sowie „Basel-Bildungs-Landschaft“ (Vermittlung von Wissen).

2512.005 Entwicklungskonzept Augusta Raurica

Das Entwicklungskonzept Augusta Raurica, das die Zukunftsperspektiven der Gemeinde Augst und der Römerstadt aufzeigt, wird in seinen grundsätzlichen Zielsetzungen auf Machbarkeit geprüft und ein Grobkonzept entwickelt. In Teilprojekten werden die Grundlagen für eine koordinierte Verkehrserschliessung des Raumes Augst in Koordination mit dem strategischen Entwicklungsareal Salina Raurica und für eine Siedlungsentwicklung im Augster Oberdorf entwickelt sowie das "Bauen über Ruinen" geprüft. Ausserdem entsteht ein Konzept für die etappenweise museale Entwicklung von Augusta Raurica.

Die Massnahmen tragen zu den strategischen Schwerpunkten "Zusammenleben in Baselland" (Kultur und Freizeit, regionale Identität), "Auftritt und Kooperation" (Standortattraktivität) und "Innovation und Wertschöpfung" bei.

2512.006 Sammlungszentrum Augusta Raurica

Neueinrichtung der Arbeitsplätze und Auflösung der Einmietungen in Koordination mit der Bau- und Umweltschutzdirektion (Federführung HBA). Mit der Zustimmung des Stimmvolks vom 9. Juni 2013 hat die Projektierung und Ausarbeitung einer Baukreditvorlage begonnen.

Das Projekt dient der Erreichung der strategischen Schwerpunkte „Zusammenleben in Baselland“ (Kultur und Freizeit, regionale Identität), „Basel-Bildungs-Landschaft“ (Erschliessung von Wissen) sowie „Innovation und Wertschöpfung“.

2512.009 Kooperationsinitiative Museen (KIM.bl)

Nach dem erfolgreichen Abschluss des in enger Zusammenarbeit mit ausgewählten Regionalmuseen und dem Kulturgüterschutz entwickelten Kooperationsprojekts zur langfristigen Erschliessung, Sicherung und Bewahrung der kultur- und naturhistorisch wertvollen Güter im Kanton Basel-Landschaft soll KIM.bl in einer dreijährigen Verstetigungsphase in den laufenden Betrieb überführt werden. Parallel dazu läuft die Mitarbeit im EU-Forschungsprojekt EEXCESS weiter, das zum Ziel hat, digital erschlossene kulturgeschichtliche Inhalte im Internet gezielter an interessierte User zu bringen. KIM.bl leistet einen grundlegenden Beitrag zu den strategischen Schwerpunkten «Basel-Bildungs-Landschaft» (Erschliessung von Wissen), «Zusammenleben in Baselland» (Kultur und Freizeit, regionale Identität) sowie «Innovation und Wertschöpfung» (neue, effizientere Technologien zur Wissenserschliessung).

2513 Sportamt

Auftrag und Zielsetzungen

Das Sportamt hat den Auftrag, den Sport im Kanton differenziert für alle Bevölkerungs- und Altersgruppen zu fördern. Primär geht es darum, gute Rahmenbedingungen im Interesse von Sport und Bewegung zu setzen. Die Basis bilden die Handlungskonzepte im Jugendsport, Erwachsenensport und im Behindertensport. Im Zentrum steht die Organisation von sportfachbezogenen Aus-, Weiter- und Fortbildungskursen für Leitende der Sparten Jugendsport Baselland (JSBL), Jugend + Sport (J+S) sowie Erwachsenensport. Das Sportamt prüft und bewilligt die von ausgebildeten Leiterinnen und Leitern angemeldeten Sportkurse in J+S und JSBL. Das Sportamt setzt sich für die Förderung und Weiterentwicklung des Vereins- und Verbandssports ein, aber auch für die Anliegen des Schulsports, Individualsports, Breitensports und Leistungssports. Unterstützt werden auch Angebote im Bereich der allgemeinen Bewegungsförderung, mit dem Ziel, die Anzahl an regelmässig bewegungsaktiven Baselbieterinnen und Baselbietern zu erhöhen.

Die Verwaltung des Swisslos-Sportfonds gehört ebenso zum Aufgabenbereich wie die Durchführung von Sportveranstaltungen, mit dem Ziel, das physische und psychische Wohlbefinden, die Leistungsfähigkeit sowie die Integration durch Sport zu fördern. Das Sportamt sorgt für die Umsetzung des Kantonalen Sportanlagen-Konzepts (KASAK). Als Drehscheibe der sportlichen Aktivitäten bietet das Sportamt kompetente Beratung für alle Belange im Zusammenhang mit Sport und Bewegung sowie der Planung und Realisierung von Sportanlagen an.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	2'671	4'500	5'000	500	11%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	949'682	1'012'152	1'021'983	9'831	1%	
304	Zulagen	8'396	3'796	8'396	4'600	121%	
305	Arbeitgeberbeiträge	133'295	209'701	216'948	7'247	3%	
309	Übriger Personalaufwand	4'481	5'500	4'300	-1'200	-22%	
310	Material- und Warenaufwand	48'318	64'400	63'800	-600	-1%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	13'572	20'000	18'000	-2'000	-10%	
313	Dienstleistungen und Honorare	674'333	837'250	847'650	10'400	1%	
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	5'577	5'000	5'000	0	0%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	9'998	5'200	7'500	2'300	44%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	189'777	226'450	251'350	24'900	11%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	1'000					
341	Realisierte Kursverluste	0					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	731	1'000	1'000	0	0%	
423	Schul- und Kursgelder	-322'268	-326'600	-318'900	7'700	2%	
424	Benützungsgebühren und Dienstleistungen	-9'926	-12'000	-12'500	-500	-4%	
425	Erlös aus Verkäufen	-1'759	-500	-1'000	-500	-100%	
439	Übriger Ertrag	-5'928	-7'000	-9'000	-2'000	-29%	
440	Zinsertrag	-11	-50		50	100%	
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	-77'934	-90'850	-88'250	2'600	3%	
	Total Aufwand	2'041'830	2'394'948	2'450'926	55'978	2%	
	Total Ertrag	-417'826	-437'000	-429'650	7'350	2%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	1'624'004	1'957'948	2'021'276	63'328	3%	

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
Ausbildungsbeiträge im Sport	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	248'490	336'500	250'500	-86'000	-26%	1
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-108'260	-126'000	-108'000	18'000	14%	

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-10'171	-15'000	-15'000	0	0%	
Sportprojekte	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	60'100	38'500	123'500	85'000	221%	2
Mitgliederbeiträge Sportamt	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	956	1'000	1'200	200	20%	
Total Transferaufwand			309'546	376'000	375'200	-800	0%	
Total Transferertrag			-118'431	-141'000	-123'000	18'000	13%	
Transfers (Netto)			191'115	235'000	252'200	17'200	7%	

- 1 Mit der Inkraftsetzung des neuen Bundesgesetzes über die Förderung von Sport und Bewegung (1. Oktober 2012) erfolgten Anpassungen in den Unterstützungsleistungen durch den Bund. Aktivitäten der Sportvereine im J+S-Kindersport, welche über das kantonale Förderprogramm JSBL mitfinanziert wurden, erhalten seit 2013 Förderbeiträge vom Bund, weshalb weniger JSBL- Mittel beansprucht werden. Zudem müssen Unterstützungsleistungen an Sportvereine, Gemeinden und Sportorganisationen auf Grund der Finanzlage reduziert werden.
- 2 Der Budgetantrag zur Aufhebung der Budgetkürzung wurde durch den Landrat beschlossen.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	9.4	9.4	9.4	0.0	0.0%

Jahresprogramm

2513.001 Beratung und Unterstützung

Das Sportamt verstärkt seine Beratungs- und Unterstützungsleistungen, insbesondere in den Bereichen Jugend + Sport, Erwachsenensport, Schulsport, Vereinssport, Sport in der kantonalen Verwaltung, Sportförderung der Gemeinden und in der Beratung im Sportanlagenbau. Um die Anzahl sportlich aktiver Personen zu steigern, sollen neue Sportförderangebote entwickelt und umgesetzt werden.

2513.002 Blyb SPORTlich

Zur Förderung des Erwachsenen- und des Vereinssports wird das im Jahr 2014 erfolgreich lancierte Aktionsprogramm „Blyb SPORTlich“ stärker verankert und ausgebaut. Die Kurse werden weiterhin für zwei unterschiedliche Zielgruppen angeboten. Einerseits werden im Erwachsenensport mit attraktiven Sportkursen Impulse gesetzt, andererseits werden den Sportvereinen an Veranstaltungen zu sportspezifischen Themen neue Ideen vermittelt.

2513.003 Qualitätssicherung Jugend + Sport

In Ergänzung zum formalen Kontrollauftrag und weiteren Controllingaufgaben wird ab 2014 die Qualitätssicherung bei Jugend + Sport zu einem weiteren wichtigen Steuerungselement im Sinne der Qualitätsförderung der Vereinsangebote durch Trainingsbesuche und –auswertungen vor Ort. Das Bundesamt für Sport in Magglingen stellt die Finanzierung sicher. Die Umsetzung erfolgt mit Unterstützung von langjährigen J+S-Expertinnen und –Experten.

2513.004 Sportförderkurse

Zur Förderung der motorischen Fähigkeiten von Schülerinnen und Schülern werden Sportförderkurse durchgeführt. Die Leiterinnen und Leiter dieser Kurse, die als J+S-Kurse im Rahmen des freiwilligen Schulsports durchgeführt werden, werden vom Sportamt spezifisch dafür geschult.

2514 Kindergärten und Primarschulen

Auftrag und Zielsetzungen

Gemäss § 93 des Bildungsgesetzes trägt der Kanton sämtliche Kosten der vom Bildungsrat beschlossenen Lehrmittel.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	1'184	5'800	5'800	0	0%	
302	Löhne der Lehrkräfte	21'327	47'500	47'500	0	0%	
304	Zulagen	2'486					
305	Arbeitgeberbeiträge	1'707					
310	Material- und Warenaufwand	882'520	1'126'000	1'524'000	398'000	35%	1
312	Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV			27'000	27'000		X
313	Dienstleistungen und Honorare	5'024		3'000	3'000		X
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	1'101	2'000	2'000	0	0%	
427	Bussen	-800					
	Total Aufwand	915'348	1'181'300	1'609'300	428'000	36%	
	Total Ertrag	-800					
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	914'548	1'181'300	1'609'300	428'000	36%	

- 1 Die Primarschule dauert ab Schuljahr 2015/2016 6 statt 5 Jahre. Im Profitcenter 2507 (Sekundarschulen) ist ein entsprechender Minderaufwand zu erwarten.

Gerichte

GER

Gesamtübersicht Budget

Im Sach- und übrigen Betriebsaufwand sind im Bereich Fürsorgereiche Unterbringungen vermehrt externe Gutachten notwendig. Bei den Entgelten kann insbesondere bei den Gebühren für Amtshandlungen (Gerichtsgebühren) von einem höheren Ertrag ausgegangen werden, dies aufgrund der ausgewiesenen Rechnungszahlen der Vorjahre und der aktuellen Hochrechnung. Der Block Verschiedene Erträge beinhaltet die Rückgewinnung von ausbezahlten Honoraren im Zusammenhang mit seinerzeit gewährter, unentgeltlicher Rechtspflege. Die aktive Bewirtschaftung wird zu einem höheren Ergebnis führen.

Erfolgsrechnung

	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %
30 Personalaufwand	21'720'296	23'463'315	23'687'916	224'601	1%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	11'211'340	10'330'400	10'430'700	100'300	1%
34 Finanzaufwand	9'671	11'540	10'600	-940	-8%
42 Entgelte	-9'649'603	-9'168'775	-9'811'900	-643'125	-7%
43 Verschiedene Erträge	-529'503	-450'000	-500'000	-50'000	-11%
44 Finanzertrag	-178	-578	-490	88	15%
Total Aufwand	32'941'307	33'805'255	34'129'216	323'961	1%
Total Ertrag	-10'179'283	-9'619'353	-10'312'390	-693'037	-7%
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	22'762'023	24'185'902	23'816'826	-369'076	-2%

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	108.5	117.2	117.9	0.7	0.6%

Mehr Beschwerden gegen Entscheide im Strafrecht sowie der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden bedeuten eine Mehrbelastung für die Gerichte. Dafür sind zusätzliche Gerichtsschreiberstellen budgetiert.

2600 Kantonsgericht BL

Auftrag und Zielsetzungen

Das Kantonsgericht ist die oberste rechtsprechende Behörde des Kantons. Es übt die Aufsicht aus über die Friedensrichterämter und die Gerichte.

Abteilung Verfassungs- und Verwaltungsrecht:

Beschwerdeinstanz bei Rechtsmitteln gegen Entscheide des Regierungsrats, der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden, des Landrats, des Amtes für Migration, der Spitäler, der Anwaltsprüfungskommission etc. sowie gegen Entscheide des Steuer- und Enteignungsgerichts.

Abteilung Zivilrecht:

Berufungs- und Beschwerdeinstanz gegen Urteile der Zivilkreisgerichte und der Friedensrichter und Friedensrichterinnen sowie der Schlichtungsstellen, einzige kantonale Instanz für gewisse Spezialmaterien (u.a. Immaterialgüter- und Kartellrecht), Rechtsmittelbehörde gegen Entscheide der Betreibungs- und Konkursämter.

Abteilung Strafrecht:

Berufungsinstanz gegen Urteile des Straf- und Jugendgerichts; Beschwerdeinstanz gegen Verfahrenshandlungen, Verfügungen und Beschlüsse der Polizei, der Staatsanwaltschaft, des Straf- und Jugendgerichts sowie des Zwangsmassnahmengerichts. Revisionsinstanz. Sekretariat der Anwaltsaufsichtskommission.

Abteilung Sozialversicherungsrecht:

Beurteilung von Beschwerden und Klagen in den Bereichen AHV, IV, BVG, UVG, KVG, EL, EO, ALV, Familienzulagen und Prämienverbilligung. Sekretariat der Anwaltsprüfungskommission.

Gerichtsverwaltung:

Die Gerichtsverwaltung ist Stabsstelle / Generalsekretariat der Judikative und unterstützt alle Gerichte in administrativen Belangen (Personal, Finanzen, Informatik, Infrastruktur, Information / Kommunikation). Zentralbehörde für internationale Rechtshilfe in Zivilstreitigkeiten. Zuständig für den Gerichtswelbeldienst.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	1'686'075	1'697'400	1'724'000	26'600	2%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	6'661'998	7'476'211	7'480'822	4'611	0%	
304	Zulagen	82'488	58'620	61'164	2'545	4%	
305	Arbeitgeberbeiträge	1'529'871	1'527'448	1'619'640	92'192	6%	
309	Übriger Personalaufwand	24'953	113'800	113'960	160	0%	
310	Material- und Warenaufwand	161'265	200'000	146'000	-54'000	-27%	1
311	Nicht aktivierbare Anlagen	300'493	138'000	133'000	-5'000	-4%	
313	Dienstleistungen und Honorare	1'100'192	1'242'000	1'239'500	-2'500	0%	
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen		190'000	190'000	0	0%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	44'766		50'000	50'000	X	2
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	77'884	101'000	66'000	-35'000	-35%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	1'350'644	850'000	1'000'000	150'000	18%	3
319	Verschiedener Betriebsaufwand	63'546	112'000	102'000	-10'000	-9%	
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	855	1'000	1'000	0	0%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-2'547'141	-2'475'000	-2'480'000	-5'000	0%	
426	Rückerstattungen	-263'275	-80'000	-300'000	-220'000	-275%	4
427	Bussen	-38'533	-20'000	-40'000	-20'000	-100%	5
430	Verschiedene betriebliche Erträge	-529'503	-450'000	-500'000	-50'000	-11%	6
440	Zinsertrag	-23	-100	-50	50	50%	
	Total Aufwand	13'085'029	13'707'478	13'927'086	219'608	2%	
	Total Ertrag	-3'378'474	-3'025'100	-3'320'050	-294'950	-10%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	9'706'555	10'682'378	10'607'036	-75'342	-1%	

- 1 Der tiefere budgetierte Warenaufwand (Büromaterial) wird kompensiert unter der Kostenart 316, worin die Leasinggebühren für Fotokopierer separat ausgewiesen werden.
- 2 Vergleiche Kommentierung unter Kostenart 310.
- 3 Die Budgetierung von Tatsächlichen Forderungsverlusten kann nur aufgrund von effektiven Kennzahlen eruiert werden und trotzdem grösseren Schwankungen unterlegen sein. Die Höhergewichtung im Budget 2015 beinhaltet Durchschnittswerte aus Vorjahren.
- 4 Die Abteilung Sozialversicherungsrecht muss aufgrund eines Bundesgerichtsentscheids vermehrt Gerichtsgutachten in Auftrag geben. Deren Kosten fallen zunächst bei der Gerichtskasse an, werden aber im Urteil in der Regel der IV-Stelle beziehungsweise anderen Versicherungsträgern auferlegt und von diesen zeitverschoben rückerstattet.
- 5 Aufgrund der Rechnungszahlen 2013 wird diese Position nach oben angepasst.
- 6 Durch die aktive Bewirtschaftung (Rückgewinnung) der unentgeltlichen Rechtspflege aus den Vorjahren scheint ein Ertrag in dieser Grösserordnung als realistisch.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	42.5	43.4	44.1	0.7	1.6%

Infolge mehr Beschwerden gegen Entscheide der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden sowie im Strafrecht ist von einer entsprechenden Mehrbelastung am Gericht auszugehen. Dafür sind zusätzliche Gerichtsschreiberstellen budgetiert.

2601 Straf- und Zwangsmassnahmengericht sowie Jugendgericht

Auftrag und Zielsetzungen

Beurteilung von Anklagen der Staatsanwaltschaft und der Jugendanwaltschaft sowie von Einsprachen gegen Strafbefehle der Staatsanwaltschaft und der Jugendanwaltschaft. Für die Anordnung der Untersuchungs- und der Sicherheitshaft sowie für die Anordnung oder Genehmigung weiterer Zwangsmassnahmen gemäss Schweizerischer Straf- und Jugendstrafprozessordnung ist das Zwangsmassnahmengericht zuständig. Das Strafgericht und das Jugendgericht sind Rechtsmittelinstanz gegen gemeinderätliche Urteile.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	643'794	550'000	600'000	50'000	9%	1
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	3'634'636	4'468'383	4'463'984	-4'398	0%	
304	Zulagen	52'288	37'799	36'138	-1'661	-4%	
305	Arbeitgeberbeiträge	705'761	823'183	872'783	49'599	6%	
309	Übriger Personalaufwand	6'460	16'500	21'550	5'050	31%	
310	Material- und Warenaufwand	54'956	70'000	63'500	-6'500	-9%	
313	Dienstleistungen und Honorare	1'927'304	1'443'000	1'599'000	156'000	11%	2
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	29'157		30'000	30'000	X	3
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	9'620	12'500	15'000	2'500	20%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	2'185'837	1'620'000	1'720'000	100'000	6%	4
319	Verschiedener Betriebsaufwand	293'180	130'000	260'000	130'000	100%	5
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	4'465	4'000	4'000	0	0%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-2'988'044	-2'400'000	-2'900'000	-500'000	-21%	6
426	Rückerstattungen	-366	-3'400	-102'000	-98'600	<-1000%	
427	Bussen	-148'670	-350'000	-300'000	50'000	14%	7
440	Zinsertrag	-32	-50	-50	0	0%	
	Total Aufwand	9'547'459	9'175'365	9'685'955	510'590	6%	
	Total Ertrag	-3'137'111	-2'753'450	-3'302'050	-548'600	-20%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	6'410'348	6'421'915	6'383'905	-38'010	-1%	

- 1 Zuzolge Praxisänderung der Staatsanwaltschaft werden mehr Anklagefälle (mehr Dreierkammerfälle bzw. mehr Einzelrichterfälle anstatt Strafbefehlsverfahren) an das Strafgericht überwiesen, was zu insgesamt steigenden Kosten führt.
- 2 Die Erhöhung betrifft den Bereich Anwaltshonorare für die unentgeltliche Rechtspflege. Eine Anpassung ist aufgrund der Vorjahreswerte angebracht. Generell ist dieser Kostenblock schwierig budgetierbar und unterliegt jeweils grösseren Schwankungen.
- 3 In der Vergangenheit wurden die Leasinggebühren für Fotokopierer unter dem Aufwandkonto Büromaterial verbucht. Seit April 2013 kam es hier zu einer Praxisänderung (neu zuständig dafür ist die Schul- und Büromaterialverwaltung). Für die Budgetierungsphase 2014 lagen diesbezüglich noch keine Erfahrungswerte vor. Dies wird nun im Budget 2015 berücksichtigt.
- 4 Der ermittelte Betrag der Tatsächlichen Forderungsverluste basiert auf einem Mehrjahresvergleich.
- 5 Der Schwankungsbereich der ausbezahlten Parteientschädigungen variiert von Jahr zu Jahr sehr stark. Eine Vorhersage in die Zukunft ist daher schwierig und richtet sich in der Regel nach den Rechnungszahlen der Vorjahre.
- 6 In den Jahren 2012 und 2013 konnten CHF 2'900'000 als Gerichtskosten ausgewiesen werden. Der Budgetbetrag für das Jahr 2014 wurde als zu konservativ eingeschätzt und wird jetzt dementsprechend auf das Niveau der Vorjahre angehoben.
- 7 Darin sind auch die Geldstrafen enthalten, welche teilweise bedingt ausgesprochen werden. Trotzdem scheint der budgetierte Wert als realistisch.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	26.2	34.7	34.7	0.0	0.0%

2603 Steuer- und Enteignungsgericht

Auftrag und Zielsetzungen

Abteilung Steuergericht:

Beurteilung von Rekursen gegen Einspracheentscheide der Steuerverwaltung betreffend der Staatssteuer (inkl. Handänderungs-, Grundstückgewinn- sowie Erbschafts- und Schenkungssteuer) sowie von Beschwerden betreffend der direkten Bundessteuer und gegen Einspracheentscheide des Amtes für Militär- und Bevölkerungsschutz betreffend des Wehrpflichtersatzes (Weiterzug an Kantonsgericht Abt. Verfassungs- und Verwaltungsrecht möglich).

Abteilung Enteignungsgericht:

Rechtsmittelinstanz für Beschwerden gegen Verfügungen des Kantons und der Gemeinden betreffend Erschliessungsabgaben (bspw. Wasser, Kanalisation, Strassen, Grossgemeinschaftsantennenanlage). Beurteilung von Entschädigungen aus formeller und materieller Enteignungen sowie von Gesuchen betreffend vorzeitige Besitzeinweisung des Gemeinwesens (Weiterzug an Kantonsgericht Abt. Verfassungs- und Verwaltungsrecht möglich).

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	77'005	70'000	70'000	0	0%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	710'562	696'167	665'468	-30'699	-4%	
304	Zulagen	6'918	7'907	7'907	0	0%	
305	Arbeitgeberbeiträge	147'505	114'710	116'397	1'687	1%	
309	Übriger Personalaufwand	1'404	4'000	4'110	110	3%	
310	Material- und Warenaufwand	29'568	40'000	34'000	-6'000	-15%	
313	Dienstleistungen und Honorare	9'655	25'000	25'000	0	0%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	8'824		9'000	9'000	X 1	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	3'073	3'200	3'700	500	16%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen		10'000	10'000	0	0%	
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	175	1'000	1'000	0	0%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-53'458	-50'000	-50'000	0	0%	
426	Rückerstattungen		-1'500	-1'500	0	0%	
440	Zinsertrag	-20	-100	-100	0	0%	
	Total Aufwand	994'690	971'984	946'582	-25'402	-3%	
	Total Ertrag	-53'478	-51'600	-51'600	0	0%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	941'212	920'384	894'982	-25'402	-3%	

- 1 In der Vergangenheit wurden die Leasinggebühren für Fotokopierer unter dem Aufwandkonto Büromaterial verbucht. Seit April 2013 kam es hier zu einer Praxisänderung (neu zuständig dafür ist die Schul- und Büromaterialverwaltung). Zum Zeitpunkt der Budgetierungsphase 2014 lagen diesbezüglich noch keine Erfahrungswerte vor. Dies wird nun im Budget 2015 berücksichtigt.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	5.5	5.7	5.7	0.0	0.0%

2604 Zivilkreisgericht Basel-Landschaft West

Auftrag und Zielsetzungen

Beurteilung von Zivilprozessen (Eheschutz und Ehescheidung, Forderungen, Nachbarrecht, Erbrecht, Arbeitsrecht, Miete, etc.) und schuldbetreibungsrechtlichen Prozessen (Rechtsöffnung, Konkursöffnung etc.), zum Teil nach vorherigem Schlichtungsverfahren beim Friedensrichteramt oder vor einer sonstigen Schlichtungsbehörde (Berufung bzw. Beschwerde an Kantonsgericht Abt. Zivilrecht teilweise möglich). Direkt vor das Zivilkreisgericht, d.h. ohne Anrufen des Friedensrichteramtes, sind u.a. folgende Streitigkeiten zu bringen: Klagen auf Ehescheidung, Eheschutzverfahren, Rechtsöffnungsbegehren, Streitigkeiten aus Arbeitsrecht.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	55'710	80'000	80'000	0	0%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	2'366'504	2'868'226	2'901'818	33'592	1%	
304	Zulagen	25'246	17'988	22'713	4'724	26%	
305	Arbeitgeberbeiträge	445'075	491'991	595'305	103'314	21%	
309	Übriger Personalaufwand	10'736	13'000	13'870	870	7%	
310	Material- und Warenaufwand	23'375	54'400	44'200	-10'200	-19%	1
313	Dienstleistungen und Honorare	1'333'900	1'797'150	1'609'000	-188'150	-10%	2
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	10'320		13'000	13'000		X 3
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	1'821	9'000	9'500	500	6%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	335'383	397'000	390'000	-7'000	-2%	
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	2'111	3'375	3'000	-375	-11%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-1'813'421	-2'210'000	-2'100'000	110'000	5%	4
426	Rückerstattungen	-14'487	-28'000	-23'000	5'000	18%	
440	Zinsertrag	-30	-167	-190	-23	-14%	
	Total Aufwand	4'610'181	5'732'130	5'682'406	-49'724	-1%	
	Total Ertrag	-1'827'938	-2'238'167	-2'123'190	114'977	5%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	2'782'243	3'493'963	3'559'216	65'253	2%	

- 1 Der tiefere budgetierte Warenaufwand (Büromaterial) wird kompensiert unter der Kostenart 316, worin die Leasinggebühren für die Fotokopierer ausgewiesen werden.
- 2 Für Anwaltshonorare im Bereich der unentgeltlichen Rechtspflege musste im 2013 deutlich weniger ausbezahlt werden als im Budget 2014 angenommen. Der erste Quartalsabschluss 2014 bestätigt diese Tendenz und demzufolge kann von einem tieferen Aufwand ausgegangen werden.
- 3 Vergleiche Kommentar unter Kostenart 310.
- 4 Unter Berücksichtigung der abgeschlossenen Rechnung 2013 ist die Annahme fürs 2014 zu hoch. Eine moderat tiefere Budgetierung entspricht daher eher den Gegebenheiten.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	17.7	20.9	20.9	0.0	0.0%

2605 Bezirksgericht Liestal

Auftrag und Zielsetzungen

Beurteilung von Zivilprozessen (Eheschutz und Ehescheidung, Forderungen, Nachbarrecht, Erbrecht, Arbeitsrecht, Miete, etc.) und schuldbetreibungsrechtlichen Prozessen (Rechtsöffnung, Konkursöffnung etc.), zum Teil nach vorherigem Schlichtungsverfahren beim Friedensrichteramt oder vor einer sonstigen Schlichtungsbehörde (Berufung bzw. Beschwerde an Kantonsgericht Abt. Zivilrecht teilweise möglich). Direkt vor das Bezirksgericht, d.h. ohne Anrufen des Friedensrichteramtes, sind u.a. folgende Streitigkeiten zu bringen: Klagen auf Ehescheidung, Eheschutzverfahren, Rechtsöffnungsbegehren, Streitigkeiten aus Arbeitsrecht. Streitigkeiten aus Wohn- und Geschäftsraummiete oder wegen geschlechtsbezogener Diskriminierung am Arbeitsplatz sind zunächst bei den entsprechenden Schlichtungsstellen in Liestal anzuheben (Weiterzug an Bezirksgerichte möglich).

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	32'455	10'001		-10'001	-100%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	1'094'545	262'549		-262'549	-100%	
304	Zulagen	14'361	3'742		-3'742	-100%	
305	Arbeitgeberbeiträge	189'542	46'844		-46'844	-100%	
309	Übriger Personalaufwand	1'770	750		-750	-100%	
310	Material- und Warenaufwand	14'818	7'175		-7'175	-100%	
313	Dienstleistungen und Honorare	827'802	213'800		-213'800	-100%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	4'542					
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	765	500		-500	-100%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	183'100	44'000		-44'000	-100%	
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	839	250		-250	-100%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-872'267	-219'000		219'000	100%	
426	Rückerstattungen	-11'047	-3'500		3'500	100%	
440	Zinsertrag	-17	-25		25	100%	
	Total Aufwand	2'364'538	589'612		-589'612	-100%	
	Total Ertrag	-883'331	-222'525		222'525	100%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	1'481'207	367'087		-367'087	-100%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	8.4				

2606 Zivilkreisgericht Basel-Landschaft Ost

Auftrag und Zielsetzungen

Beurteilung von Zivilprozessen (Eheschutz und Ehescheidung, Forderungen, Nachbarrecht, Erbrecht, Arbeitsrecht, Miete, etc.) und schuldbetreibungsrechtlichen Prozessen (Rechtsöffnung, Konkursöffnung etc.), zum Teil nach vorherigem Schlichtungsverfahren beim Friedensrichteramt oder vor einer sonstigen Schlichtungsbehörde (Berufung bzw. Beschwerde an Kantonsgericht Abt. Zivilrecht teilweise möglich). Direkt vor das Zivilkreisgericht, d.h. ohne Anrufen des Friedensrichteramtes, sind u.a. folgende Streitigkeiten zu bringen: Klagen auf Ehescheidung, Eheschutzverfahren, Rechtsöffnungsbegehren, Streitigkeiten aus Arbeitsrecht.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	19'710	60'000	60'000	0	0%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	498'453	1'446'965	1'795'770	348'805	24%	1
304	Zulagen	8'936	8'936	15'500	6'563	73%	2
305	Arbeitgeberbeiträge	91'864	254'891	339'777	84'886	33%	3
309	Übriger Personalaufwand	550	5'500	5'240	-260	-5%	
310	Material- und Warenaufwand	11'346	53'500	43'000	-10'500	-20%	4
313	Dienstleistungen und Honorare	264'215	1'166'500	1'313'000	146'500	13%	5
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	6'101		16'300	16'300	X	6
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	1'084	4'300	7'000	2'700	63%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	71'351	262'000	290'000	28'000	11%	7
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	416	1'700	1'600	-100	-6%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-418'524	-1'200'000	-1'500'000	-300'000	-25%	8
426	Rückerstattungen	-2'505	-13'000	-15'400	-2'400	-18%	9
440	Zinsertrag	-14	-100	-100	0	0%	
	Total Aufwand	974'027	3'264'293	3'887'187	622'894	19%	
	Total Ertrag	-421'043	-1'213'100	-1'515'500	-302'400	-25%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	552'984	2'051'193	2'371'687	320'494	16%	

- Per 1. April 2014 erfolgte der Zusammenschluss der Bezirksgerichte Liestal, Sissach/Gelterkinden und Waldenburg zum Zivilkreisgericht Basel-Landschaft Ost. Im Profitecenter 2606 (alt Bezirksgerichte Sissach/Gelterkinden) ist der Lohnaufwand im 2014 für genanntes Gericht für 12 Monate und für die Bezirksgerichte Liestal und Waldenburg für deren 9 Monate budgetiert. Das Budget 2015 ist nun für 12 Monate ausgelegt.
- Vergleiche Kommentar unter Kostenart 301.
- Vergleiche Kommentar unter Kostenart 301.
- Der tiefere budgetierte Warenaufwand (Büromaterial) wird kompensiert unter der Kostenart 316, worin die Leasinggebühren für die Fotokopierer ausgewiesen werden.
- Im Budget 2014 sind für die Bezirksgerichte Sissach/Gelterkinden 12 Monate budgetiert, währendem die Bezirksgerichte Liestal und Waldenburg nur mit 9 Monaten enthalten sind (3 Monate im 2014 noch operativ selbständig). Unter Berücksichtigung dieser Faktoren muss diese Aufwandposition höher ausfallen, ist jedoch im Vergleich zu 12 Monaten tiefer angesetzt.
- Vergleiche Kommentar unter Kostenart 310.
- Analog zu vorherigen Kommentaren umfasst das Budget 2015 der fusionierten Gerichte ein ganzes Jahr (12 Monate).
- Auch ertragsseitig kommt die Abweichung daher zustande, dass das Budget 2015 der fusionierten Gerichte 12 Monate beinhaltet.
- Vergleiche Kommentar unter Kostenart 421.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	3.3	12.5	12.5	0.0	0.0%

2607 Bezirksgericht Waldenburg

Auftrag und Zielsetzungen

Beurteilung von Zivilprozessen (Eheschutz und Ehescheidung, Forderungen, Nachbarrecht, Erbrecht, Arbeitsrecht, Miete, etc.) und schuldbetreibungsrechtlichen Prozessen (Rechtsöffnung, Konkursöffnung etc.), zum Teil nach vorherigem Schlichtungsverfahren beim Friedensrichteramt oder vor einer sonstigen Schlichtungsbehörde (Berufung bzw. Beschwerde an Kantonsgericht Abt. Zivilrecht teilweise möglich). Direkt vor das Bezirksgericht, d.h. ohne Anrufen des Friedensrichteramtes, sind u.a. folgende Streitigkeiten zu bringen: Klagen auf Ehescheidung, Eheschutzverfahren, Rechtsöffnungsbegehren, Streitigkeiten aus Arbeitsrecht. Streitigkeiten aus Wohn- und Geschäftsraummiete oder wegen geschlechtsbezogener Diskriminierung am Arbeitsplatz sind zunächst bei den entsprechenden Schlichtungsstellen in Liestal anzuheben (Weiterzug an Bezirksgerichte möglich).

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	2'245	2'000		-2'000	-100%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	255'515	70'506		-70'506	-100%	
304	Zulagen	5'218	1'502		-1'502	-100%	
305	Arbeitgeberbeiträge	40'797	10'996		-10'996	-100%	
309	Übriger Personalaufwand	590	670		-670	-100%	
310	Material- und Warenaufwand	7'173	4'375		-4'375	-100%	
313	Dienstleistungen und Honorare	100'959	38'050		-38'050	-100%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	5'616					
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	658	300		-300	-100%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	20'304	10'000		-10'000	-100%	
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	287	90		-90	-100%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-205'153	-42'500		42'500	100%	
426	Rückerstattungen	-1'635	-375		375	100%	
440	Zinsertrag	-16	-13		13	100%	
	Total Aufwand	439'363	138'489		-138'489	-100%	
	Total Ertrag	-206'804	-42'888		42'888	100%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	232'559	95'601		-95'601	-100%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	1.6				

2608 Bezirksgericht Laufen

Auftrag und Zielsetzungen

Beurteilung von Zivilprozessen (Eheschutz und Ehescheidung, Forderungen, Nachbarrecht, Erbrecht, Arbeitsrecht, Miete, etc.) und schuldbetreibungsrechtlichen Prozessen (Rechtsöffnung, Konkursöffnung etc.), zum Teil nach vorherigem Schlichtungsverfahren beim Friedensrichteramt oder vor einer sonstigen Schlichtungsbehörde (Berufung bzw. Beschwerde an Kantonsgericht Abt. Zivilrecht teilweise möglich). Direkt vor das Bezirksgericht, d.h. ohne Anrufen des Friedensrichteramtes, sind u.a. folgende Streitigkeiten zu bringen: Klagen auf Ehescheidung, Eheschutzverfahren, Rechtsöffnungsbegehren, Streitigkeiten aus Arbeitsrecht. Streitigkeiten aus Wohn- und Geschäftsraummiete oder wegen geschlechtsbezogener Diskriminierung am Arbeitsplatz sind zunächst bei den entsprechenden Schlichtungsstellen in Liestal anzuheben (Weiterzug an Bezirksgerichte möglich).

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	7'170	5'000		-5'000	-100%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	435'444	115'152		-115'152	-100%	
304	Zulagen	2'444	1'008		-1'008	-100%	
305	Arbeitgeberbeiträge	143'698	22'467		-22'467	-100%	
309	Übriger Personalaufwand		500		-500	-100%	
310	Material- und Warenaufwand	10'039	2'800		-2'800	-100%	
313	Dienstleistungen und Honorare	278'071	65'550		-65'550	-100%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	2'796					
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen		300		-300	-100%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	45'835	13'000		-13'000	-100%	
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	523	125		-125	-100%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-264'375	-70'000		70'000	100%	
426	Rückerstattungen	-6'703	-2'500		2'500	100%	
440	Zinsertrag	-27	-23		23	100%	
	Total Aufwand	926'020	225'903		-225'903	-100%	
	Total Ertrag	-271'105	-72'523		72'523	100%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	654'915	153'380		-153'380	-100%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2013	Sollstellenplan 2014	Sollstellenplan 2015	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	3.3				

Anhang

1. Konsolidiertes Budget 2015

1.1 Erfolgsrechnung über alle Organisationseinheiten

		Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %
300	Behörden, Kommissionen und Richter	6'560'053	6'762'384	6'740'015	-22'369	0%
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	310'300'148	309'415'275	321'586'217	12'170'943	4%
302	Löhne der Lehrkräfte	197'661'902	195'007'392	184'023'679	-10'983'713	-6%
303	Temporäre Arbeitskräfte	528'863	395'792	440'792	45'000	11%
304	Zulagen	7'952'596	5'819'500	7'227'128	1'407'627	24%
305	Arbeitgeberbeiträge	97'412'284	101'063'062	94'278'363	-6'784'700	-7%
306	Arbeitgeberleistungen	6'541'505	6'951'000		-6'951'000	-100%
309	Übriger Personalaufwand	5'252'529	9'439'567	7'561'516	-1'878'051	-20%
30	Personalaufwand	632'209'879	634'853'972	621'857'709	-12'996'263	-2%
310	Material- und Warenaufwand	29'098'308	31'719'422	30'458'752	-1'260'670	-4%
311	Nicht aktivierbare Anlagen	24'235'648	27'674'643	20'843'270	-6'831'373	-25%
312	Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV	18'358'017	19'488'120	19'114'055	-374'065	-2%
313	Dienstleistungen und Honorare	74'597'226	74'629'726	69'852'494	-4'777'232	-6%
314	Baulicher und betrieblicher Unterhalt	29'229'768	30'948'000	30'571'950	-376'050	-1%
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	12'551'969	12'399'491	12'595'039	195'548	2%
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	25'440'280	26'234'120	25'206'392	-1'027'729	-4%
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	7'676'406	8'343'956	8'040'920	-303'036	-4%
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	26'559'923	25'340'051	24'891'876	-448'175	-2%
319	Verschiedener Betriebsaufwand	3'232'732	-64'400	2'326'800	2'391'200	>1000%
31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	250'980'277	256'713'129	243'901'548	-12'811'581	-5%
330	Abschreibungen Sachanlagen VV	69'465'351	71'857'784	68'161'700	-3'696'084	-5%
33	Abschreibungen Verwaltungsvermögen	69'465'351	71'857'784	68'161'700	-3'696'084	-5%
340	Zinsaufwand	29'004'437	28'474'500	54'756'538	26'282'038	92%
341	Realisierte Kursverluste	65'697	20'600	10'700	-9'900	-48%
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	782'698	1'070'313	728'653	-341'660	-32%
343	Liegenschaftenaufwand Finanzvermögen	742'163	926'300	1'226'000	299'700	32%
344	Wertberichtigungen Anlagen FV	1'157'300				
349	Verschiedener Finanzaufwand	-482'925	2'000'100	800'100	-1'200'000	-60%
34	Finanzaufwand	31'269'371	32'491'813	57'521'991	25'030'178	77%
350	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	22'962'858	22'721'000	21'650'000	-1'071'000	-5%
35	Übertrag Fonds / StaatsRG	22'962'858	22'721'000	21'650'000	-1'071'000	-5%
360	Ertragsanteile an Dritte	2'498'217	2'857'527	3'337'308	479'781	17%
361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	129'314'767	379'428'900	456'823'430	77'394'530	20%
362	Finanz- und Lastenausgleich	26'805'390	35'369'000	27'548'000	-7'821'000	-22%
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	1'244'985'692	1'012'209'564	1'030'739'794	18'530'230	2%
366	Abschreibungen Investitionsbeiträge	112'821	1'800'000	2'458'279	658'279	37%
369	Verschiedener Transferaufwand	42'634		140'000	140'000	X
36	Transferaufwand	1'403'759'521	1'431'664'991	1'521'046'811	89'381'820	6%
370	Durchlaufende Beiträge	95'811'394	95'855'100	100'111'900	4'256'800	4%
37	Durchlaufende Beiträge	95'811'394	95'855'100	100'111'900	4'256'800	4%
380	Ausserordentlicher Personalaufwand	10'215'109	1'352'440'000		-1'352'440'000	-100%
38	Ausserordentlicher Aufwand	10'215'109	1'352'440'000		-1'352'440'000	-100%
390	Int Fakturen Material- und Warenbezüge	2'006	2'610	2'050	-560	-21%
391	Int Fakturen Dienstleistungen	24'862	21'127	21'127	0	0%
392	Int Fakturen Pacht, Mieten, Benützungsko	152'041	151'807	143'700	-8'107	-5%
39	Interne Fakturen	178'909	175'544	166'877	-8'667	-5%
3	Aufwand	2'516'852'669	3'898'773'333	2'634'418'536	-1'264'354'797	-32%
400	Direkte Steuern natürliche Personen	-1'195'309'410	-1'244'000'000	-1'271'000'000	-27'000'000	-2%
401	Direkte Steuern juristische Personen	-194'463'261	-206'850'000	-217'455'000	-10'605'000	-5%
402	Übrige Direkte Steuern	-84'227'290	-86'000'000	-92'000'000	-6'000'000	-7%
403	Besitz- und Aufwandsteuern	-105'956'870	-105'700'000	-107'300'000	-1'600'000	-2%
40	Fiskalertrag	-1'579'956'831	-1'642'550'000	-1'687'755'000	-45'205'000	-3%
410	Regalien	-80'115	-80'000	-80'000	0	0%
411	Schweizerische Nationalbank	-23'160'446	-23'200'000	-23'200'000	0	0%
412	Konzessionen	-7'932'939	-7'403'000	-7'779'000	-376'000	-5%
41	Regalien und Konzessionen	-31'173'500	-30'683'000	-31'059'000	-376'000	-1%

		Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %
421	Gebühren für Amtshandlungen	-70'030'469	-73'885'055	-75'061'115	-1'176'060	-2%
422	Spital- und Heimtaxen, Kostgelder	-494'654	-596'710	-444'500	152'210	26%
423	Schul- und Kursgelder	-1'726'943	-1'810'600	-1'684'400	126'200	7%
424	Benützungsgebühren und Dienstleistungen	-8'738'699	-10'086'650	-10'853'650	-767'000	-8%
425	Erlös aus Verkäufen	-24'154'292	-24'694'020	-25'869'680	-1'175'660	-5%
426	Rückerstattungen	-6'799'322	-3'422'375	-4'020'688	-598'313	-17%
427	Bussen	-22'364'371	-32'325'750	-29'689'750	2'636'000	8%
429	Übrige Entgelte	-2'738'122	-3'671'000	-4'351'600	-680'600	-19%
42	Entgelte	-137'046'872	-150'492'160	-151'975'383	-1'483'223	-1%
430	Verschiedene betriebliche Erträge	-2'044'221	-1'533'850	-1'522'060	11'790	1%
439	Übriger Ertrag	-228'719	-196'000	-352'000	-156'000	-80%
43	Verschiedene Erträge	-2'272'940	-1'729'850	-1'874'060	-144'210	-8%
440	Zinsertrag	-22'927'910	-17'425'088	-18'876'929	-1'451'841	-8%
441	Realisierte Gewinne FV	-3'926'106	-1'200'000	-1'300'000	-100'000	-8%
442	Beteiligungsertrag FV	-4'368	-4'000		4'000	100%
443	Liegenschaftenertrag FV	-15'093'943	-9'995'000	-10'462'000	-467'000	-5%
444	Wertberichtigungen Anlagen FV	-284'730		-50'000	-50'000	X
445	Finanzertrag aus Darl/Beteil des VV	-4'066'046	-3'950'000	-3'940'000	10'000	0%
446	Finanzertrag von öff Unternehmungen	-53'239'496	-55'160'000	-55'140'000	20'000	0%
447	Liegenschaftenertrag VV	-14'465'512	-12'842'100	-12'806'100	36'000	0%
449	Übriger Finanzertrag	-16'643'809				
44	Finanzertrag	-130'651'920	-100'576'188	-102'575'029	-1'998'841	-2%
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	-1'845'039	-2'323'850	-1'981'250	342'600	15%
451	Übertrag Fonds EK / StaatsRG	-59'410'965				
45	Übertrag Fonds / StaatsRG	-61'256'005	-2'323'850	-1'981'250	342'600	15%
460	Ertragsanteile von Dritten	-140'946'713	-140'037'800	-149'742'281	-9'704'481	-7%
461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-64'186'924	-73'620'200	-74'361'986	-741'786	-1%
462	Finanz- und Lastenausgleich	-1'095'434				
463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-240'168'136	-252'161'321	-281'322'884	-29'161'563	-12%
469	Verschiedener Transferertrag	-134'107	-250'000	-400'000	-150'000	-60%
46	Transferertrag	-446'531'314	-466'069'321	-505'827'151	-39'757'830	-9%
470	Durchlaufende Beiträge	-95'811'394	-95'855'100	-100'111'900	-4'256'800	-4%
47	Durchlaufende Beiträge	-95'811'394	-95'855'100	-100'111'900	-4'256'800	-4%
483	Ausserordentliche verschiedene Erträge		-459'400'000	-5'930'000	453'470'000	99%
489	Entnahmen aus dem Eigenkapital	-27'725'519	-10'650'000	-10'179'367	470'633	4%
48	Ausserordentlicher Ertrag	-27'725'519	-470'050'000	-16'109'367	453'940'633	97%
490	Int Fakturen Material- und Warenbezüge	-2'006	-2'610	-2'050	560	21%
491	Int Fakturen Dienstleistungen	-24'862	-21'127	-21'127	0	0%
492	Int Fakturen Pacht, Mieten, Benützungsko	-152'041	-151'807	-143'700	8'107	5%
49	Interne Fakturen	-178'909	-175'544	-166'877	8'667	5%
4	Ertrag	-2'512'605'204	-2'960'505'013	-2'599'435'017	361'069'996	12%
	Aufwand laufende Rechnung	2'516'852'669	3'898'773'333	2'634'418'536	-1'264'354'797	-32%
	Ertrag laufende Rechnung	-2'512'605'204	-2'960'505'013	-2'599'435'017	361'069'996	12%
	Saldo laufende Rechnung	4'247'465	938'268'320	34'983'519	-903'284'801	-96%

1.2 Investitionsrechnung über alle Organisationseinheiten

		Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %
500	Grundstücke		2'000'000		-2'000'000	-100%
501	Strassen / Verkehrswege	139'159'791	75'920'000	70'700'000	-5'220'000	-7%
502	Wasserbau	1'676'756	4'300'000	4'000'000	-300'000	-7%
503	Übriger Tiefbau	16'870'704	17'630'000	26'800'000	9'170'000	52%
504	Hochbauten	76'922'001	61'240'000	82'626'000	21'386'000	35%
509	Übrige Sachanlagen			-22'700'000	-22'700'000	X
50	Sachanlagen	234'629'252	161'090'000	161'426'000	336'000	0%
541	Kantone und Konkordate	1'753'336	13'750'000	19'940'000	6'190'000	45%
54	Darlehen	1'753'336	13'750'000	19'940'000	6'190'000	45%

		Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %
556	Private Organisationen ohne Erwerbszweck	18'825'563				
55	Beteiligungen und Grundkapitalien	18'825'563				
564	Öffentliche Unternehmungen	13'470'999		6'100'000	6'100'000	X
565	Private Unternehmungen	1'987'320	37'050'000	27'600'000	-9'450'000	-26%
566	Private Organisationen ohne Erwerbszweck	29'332'496	35'000'000	30'000'000	-5'000'000	-14%
56	Eigene Investitionsbeiträge	44'790'816	72'050'000	63'700'000	-8'350'000	-12%
5	Investitionsausgaben	299'998'967	246'890'000	245'066'000	-1'824'000	-1%
630	Bund	-6'900'535	-5'610'000	-7'205'000	-1'595'000	-28%
631	Kantone und Konkordate	-71'368'515	-35'150'000	-33'510'000	1'640'000	5%
632	Gemeinde und Gemeindezweckverbände	-744'908	-1'900'000	-300'000	1'600'000	84%
635	Private Unternehmungen	-617				
637	Private Haushalte	-2'620'682	-30'000	-20'000	10'000	33%
63	Investitionsbeiträge für eigene Rechnung	-81'635'256	-42'690'000	-41'035'000	1'655'000	4%
654	Öffentliche Unternehmungen	-1'000'000				
65	Übertragung von Beteiligungen	-1'000'000				
6	Investitionseinnahmen	-82'635'256	-42'690'000	-41'035'000	1'655'000	4%
	Total Investitionsausgaben	299'998'967	246'890'000	245'066'000	-1'824'000	-1%
	Total Investitionseinnahmen	-82'635'256	-42'690'000	-41'035'000	1'655'000	4%
	Total Nettoinvestitionen	217'363'710	204'200'000	204'031'000	-169'000	0%

2. Erfolgsrechnung nach Organisationseinheiten

	Total	KB Budget	FKD Budget	VGD Budget	BUD Budget	SID Budget	BKSD Budget	GER Budget
30 Personalaufwand	621'857'709	10'702'747	46'604'471	44'410'993	68'503'627	139'340'052	288'607'903	23'687'916
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	243'901'548	2'573'650	42'143'187	10'752'171	110'888'984	29'492'765	37'620'091	10'430'700
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen	68'161'700				67'061'271	1'100'429		
34 Finanzaufwand	57'521'991	1'000	55'860'738	130'000	1'115'650	391'500	12'503	10'600
35 Einlagen in Fonds und Spez.-Finanz.	21'650'000		21'440'000	210'000				
36 Transferaufwand	1'521'046'811	1'288'765	452'498'899	401'661'444	88'807'687	21'538'100	555'251'916	
37 Durchlaufende Beiträge	100'111'900		27'300'000	61'432'900	6'884'000	1'410'000	3'085'000	
39 Interne Verrechnungen	166'877			166'877				
Total Aufwand	2'634'418'536	14'566'162	645'847'295	518'764'385	343'261'218	193'272'846	884'577'413	34'129'216
40 Fiskalertrag	-1'687'755'000		-1'687'755'000					
41 Regalien und Konzessionen	-31'059'000		-23'530'000		-6'754'000	-775'000		
42 Entgelte	-151'975'383	-895'000	-15'613'500	-3'222'500	-34'283'365	-81'101'898	-7'047'220	-9'811'900
43 Verschiedene Erträge	-1'874'060		-938'860	-166'500	-55'000	-20'700	-193'000	-500'000
44 Finanzertrag	-102'575'029		-73'458'800	-5'643'440	-23'201'000	-260'869	-10'430	-490
45 Entnahmen aus Fonds und Spez. -Finanz.	-1'981'250		-40'000	-157'500	-1'300'500	-315'000	-168'250	
46 Transferertrag	-505'827'151	-187'650	-350'264'000	-35'903'314	-45'526'234	-18'905'261	-55'040'692	
47 Durchlaufende Beiträge	-100'111'900		-27'300'000	-61'432'900	-6'884'000	-1'410'000	-3'085'000	
48 Ausserordentlicher Ertrag	-16'109'367		-5'930'000		-10'179'367			
49 Interne Verrechnungen	-166'877		-21'127		-145'750			
Total Ertrag	-2'599'435'017	-1'082'650	-2'184'851'287	-106'526'154	-128'329'216	-102'788'728	-65'544'592	-10'312'390
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	34'983'519	13'483'512	-1'539'003'992	412'238'231	214'932'002	90'484'118	819'032'821	23'816'826

3. Funktionale Gliederung

Die anschliessend publizierte Funktionale Gliederung ist nach den Richtlinien des Harmonisierten Rechnungslegungsmodell für die Kantone und Gemeinden - HRM2 dargestellt. Sie gliedert alle Aufwands- und Ertragspositionen nach staatlichen Aufgabenfunktionen eines Gemeinwesens und ermöglicht eine andere Sichtweise auf Finanzdaten als die Gliederung nach den Verwaltungsorganisationseinheiten.

Die Funktionale Gliederung wird an dieser Stelle in aggregierter Form auf Ebene der zehn Hauptfunktionen dargestellt.

Funktion	Bezeichnung	Aufwand B2015	Ertrag B2015	Saldo B2015
0	Allgemeine Verwaltung	222'854'081	-51'503'847	171'350'234
1	Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung	237'694'004	-119'580'219	118'113'785
2	Bildung	741'299'729	-74'009'086	667'290'643
3	Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	45'368'619	-2'672'150	42'696'469
4	Gesundheit	385'673'084	-3'758'250	381'914'834
5	Soziale Sicherheit	529'390'290	-256'988'627	272'401'663
6	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	136'768'856	-16'998'281	119'770'575
7	Umweltschutz und Raumordnung	74'820'284	-66'201'966	8'618'318
8	Volkswirtschaft	90'470'471	-74'962'592	15'507'879
9	Finanzen und Steuern	170'079'129	-1'932'760'000	-1'762'680'871
	Summe	2'634'418'546	-2'599'435'018	34'983'528

4. Fonds

9010 Fonds für regionale Infrastrukturvorhaben

Zweck und Rechtsgrundlage

Fonds des Eigenkapitals

Das Fondsvermögen ist für Investitionen und Beiträge an die regionale Infrastruktur zu verwenden. Über die einzelnen Projekte ist dem LR separat Antrag zu stellen.

Als Rechtsgrundlage gelten die folgenden beiden Landratsbeschlüsse: LRB 1049 vom 25. September 1997 und LRB 1300 vom 23. Juni 2005.

Das Kapital beläuft sich per 31. Dezember 2013 auf einen Bestand von CHF 82'294'769.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
313	Dienstleistungen und Honorare	10'927	13'000	11'000	-2'000	-15%	
351	Übertrag Fonds EK / StaatsRG	59'350'771					
441	Realisierte Gewinne FV	-67'349	-87'000	-67'000	20'000	23%	
483	Ausserordentliche verschiedene Erträge	-59'410'465					
	Total Aufwand	59'361'699	13'000	11'000	-2'000	-15%	
	Total Ertrag	-59'477'815	-87'000	-67'000	20'000	23%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung	-116'116	-74'000	-56'000	18'000	24%	

9020 Schulhausfonds

Zweck und Rechtsgrundlage

Vorfinanzierung des Eigenkapitals

Das Vermögen ist für die Deckung der Abschreibungen der Sekundarschulhäuser bestimmt.

Als Rechtsgrundlage gelten die Jahresrechnungen 1998, 1999 und 2000

– 1999/053 vom 23.03.1999

– 2000/067 vom 28.03.2000

– 2001/085 vom 27.03.2001

Diese Beschlüsse unterstanden dem fakultativen Finanzreferendum.

Das Kapital beläuft sich per 31. Dezember 2013 auf einen Bestand von CHF 67'563'036.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
313	Dienstleistungen und Honorare	57'939	69'000	58'000	-11'000	-16%	
389	Einlagen in das Eigenkapital	9'702'547	10'652'500	10'135'000	-517'500	-5%	
441	Realisierte Gewinne FV	-357'095	-461'000	-357'000	104'000	23%	
	Total Aufwand	9'760'486	10'721'500	10'193'000	-528'500	-5%	
	Total Ertrag	-357'095	-461'000	-357'000	104'000	23%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung	9'403'390	10'260'500	9'836'000	-424'500	-4%	

9040 Neubau Kantonsspital Bruderholz

Zweck und Rechtsgrundlage

Vorfinanzierung des Eigenkapitals

Der Fonds wurde für die Finanzierung des Neubaus Kantonsspital Bruderholz gebildet.

Als Rechtsgrundlage gilt:

- der Abschluss 2005, LRV 2006-086 Punkt 6 bzw. LRB 1922 vom 22. Juni 2006 (CHF 150 Mio.)
- der Abschluss 2006, LRV 2007-057 Punkt 5 bzw. LRB 2541 vom 21. Juni 2007 (CHF 65 Mio.)
- der Abschluss 2007, LRV 2008-079 Punkt 3 bzw. LRB 626 vom 19. Juni 2008 (CHF 25 Mio.)

Alle Beschlüsse unterstanden dem fakultativen Finanzreferendum.

Mit Abschluss 2009 (LRV 2010-083, LRB 2037) wurden CHF 220 Mio. entnommen und die Konjunkturausgleichsreserve gebildet.

Die Vorfinanzierung "Neubau Kantonsspital Bruderholz" wurde mit LRV 2012/381 (LRB 1273) aufgehoben (Entnahme zur Deckung der Abschreibung der Projektierungskosten im P2200 und Übertrag des Restkapitals in die Konjunkturausgleichsreserve (P9240)).

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
389	Einlagen in das Eigenkapital	7'807'863					
	Total Aufwand	7'807'863					
	Total Ertrag						
	Ergebnis Erfolgsrechnung	7'807'863					

9070 Campus FHNW

Zweck und Rechtsgrundlage

Vorfinanzierung des Eigenkapitals

Eine Zuweisung von zwei Mal CHF 50 Mio. in den Fonds wurde zur Finanzierung des Campus FHNW vorgenommen.

Als Rechtsgrundlage gilt der Abschluss 2006, LRV 2007-057 bzw. LRB 2541 vom 21. Juni 2007 Punkt 6 sowie der Abschluss 2007, LRV 2008-079 bzw. LRB 626 vom 19. Juni 2008 Punkt 4. Die Beschlüsse unterlagen dem fakultativen Finanzreferendum.

Das Kapital beläuft sich per 31. Dezember 2013 auf einen Bestand von CHF 99'957'932.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
389	Einlagen in das Eigenkapital		0		0	-100%	
	Total Aufwand		0		0	-100%	
	Total Ertrag						
	Ergebnis Erfolgsrechnung		0		0	-100%	

9080 Fonds zur Förderung des Wohnungsbaues

Zweck und Rechtsgrundlage

Fonds des Fremdkapitals

Aus dem Fonds werden folgende Sachverhalte ausbezahlt:

- Kantonale Zusatzverbilligungen zur Reduktion von Mietzinsbelastungen
- Kantonale Bausparprämien
- Beiträge an Neubauten und Sanierungen von Mietwohnungen von Organisationen des gemeinnützigen Wohnungsbaus

In den Fonds fliessen folgende Sachverhalte zurück:

- Allfällige Rückerstattungen aus obigen Geschäften
- Rückerstattungen alter Wohnbausubventionen (Kantonsanteile)

Als Rechtsgrundlage gilt SGS 842 ff.

Das Kapital beläuft sich per 31. Dezember 2013 auf einen Bestand von CHF 43'651'117.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
313	Dienstleistungen und Honorare	289'549	289'969	288'331	-1'638	-1%	
350	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	5'000	5'000	5'000	0	0%	
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	418'859	646'120	573'000	-73'120	-11%	
441	Realisierte Gewinne FV	-297'655	-384'000	-298'000	86'000	22%	
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	-5'050	-12'000	-5'000	7'000	58%	
463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-220'365	-165'000	-123'000	42'000	25%	
	Total Aufwand	713'408	941'089	866'331	-74'758	-8%	
	Total Ertrag	-523'069	-561'000	-426'000	135'000	24%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung	190'339	380'089	440'331	60'242	16%	

9090 Wirtschaftsförderungsfonds

Zweck und Rechtsgrundlage

Fonds des Fremdkapitals

Der Fonds dient der Umsetzung von wirtschafts- und standortpolitischen Massnahmen, der einzelbetrieblichen Förderung und der Finanzierung von Kooperationen sowie weiteren Projekten und Massnahmen welche geeignet sind, die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu stärken, bestehende Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen sowie die wirtschaftliche Entwicklung und die Standortqualität zu fördern.

Als Rechtsgrundlagen gelten das Gesetz zur Förderung der Wirtschaft (Wirtschaftsförderungsgesetz), SGS 501 und die Verordnung zum Wirtschaftsförderungsgesetz, SGS 501.12.

Das Kapital beläuft sich per 31. Dezember 2013 auf einen Bestand von CHF 10'754'207.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	1'269	3'500	3'500	0	0%	
305	Arbeitgeberbeiträge	17					

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
313	Dienstleistungen und Honorare	7'872	12'350	12'350	0	0%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	185	5'000	5'000	0	0%	
350	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	125'000	125'000	125'000	0	0%	
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	3'047'085	1'649'219	3'568'650	1'919'431	116%	
441	Realisierte Gewinne FV	-48'515	-62'000	-49'000	13'000	21%	
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	-1'002'691	-1'008'000	-1'003'000	5'000	1%	
	Total Aufwand	3'181'427	1'795'069	3'714'500	1'919'431	107%	
	Total Ertrag	-1'051'206	-1'070'000	-1'052'000	18'000	2%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung	2'130'220	725'069	2'662'500	1'937'431	267%	

9100 Ausgleichsfonds

Zweck und Rechtsgrundlage

Fonds des Fremdkapitals

Der Fonds deckt ausserordentliche Beiträge an Einwohner- und Bürgergemeinden für Aufgaben ab, welche zu nicht zumutbaren finanziellen Belastungen führen würden.

Als Rechtsgrundlage gilt SGS 185.

Das Kapital beläuft sich per 31. Dezember 2013 auf einen Bestand von CHF 7'598'831.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	5'007'014	6'100'000	6'000'000	-100'000	-2%	
461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-4'813'014	-5'000'000	-5'000'000	0	0%	
	Total Aufwand	5'007'014	6'100'000	6'000'000	-100'000	-2%	
	Total Ertrag	-4'813'014	-5'000'000	-5'000'000	0	0%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung	194'000	1'100'000	1'000'000	-100'000	-9%	

9120 Swisslos-Fonds

Zweck und Rechtsgrundlage

Fonds des Fremdkapitals

Der Fonds entrichtet Beiträge für wohltätige und gemeinnützige Zwecke, die nicht zu den Staatsaufgaben gehören.

Als Rechtsgrundlage gilt die SGS 543.3 – Interkantonale Vereinbarung betreffend die gemeinsame Durchführung von Lotterien, Bundesgesetz betreffend die Lotterien und die gewerbmässigen Wetten vom 8. Juni 1923 und VO vom 29. März 2011, SGS 543.12 Verordnung über den Swisslos-Fonds.

Das Kapital beläuft sich per 31. Dezember 2013 auf einen Bestand von CHF 15'416'696.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
313	Dienstleistungen und Honorare	13'911	16'000	14'000	-2'000	-13%	
350	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	397'183	390'000	400'000	10'000	3%	
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	9'513'848	13'000'000	10'700'000	-2'300'000	-18%	
413	Ertragsant Lotterien, Sport-Toto, Wetten	-10'789'712	-10'100'000	-10'000'000	100'000	1%	
425	Erlös aus Verkäufen	-24'002	-30'000	-30'000	0	0%	
441	Realisierte Gewinne FV	-85'738	-110'000	-86'000	24'000	22%	
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	-3'394	-10'000	-3'000	7'000	70%	
	Total Aufwand	9'924'942	13'406'000	11'114'000	-2'292'000	-17%	
	Total Ertrag	-10'902'847	-10'250'000	-10'119'000	131'000	1%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung	-977'905	3'156'000	995'000	-2'161'000	-68%	

9130 Handschin-Stiftung

Zweck und Rechtsgrundlage

Fonds des Fremdkapitals

Der Fonds dient zur Unterstützung armer talentvoller junger Kantonsangehöriger zum Besuch von Schulen und Anstalten im In- und Ausland.

Als Rechtsgrundlage gilt das Testament des Heinrich Handschin vom 20. Oktober 1892 (CHF 1'256'260) SGS 365.21 vom 9. März 1993.

Das Kapital beläuft sich per 31. Dezember 2013 auf einen Bestand von CHF 3'044'275.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	633	630	630	0	0%	
305	Arbeitgeberbeiträge		2		-2	-100%	
313	Dienstleistungen und Honorare	18'811	16'700	18'800	2'100	13%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	1'095	900	1'100	200	22%	
350	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	3'496	4'500	3'500	-1'000	-22%	
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	55'500	36'000	55'500	19'500	54%	
441	Realisierte Gewinne FV	-165'326	-218'000	-165'300	52'700	24%	
	Total Aufwand	79'536	58'732	79'530	20'798	35%	
	Total Ertrag	-165'326	-218'000	-165'300	52'700	24%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung	-85'790	-159'268	-85'770	73'498	46%	

9140 Swisslos Sportfonds

Zweck und Rechtsgrundlage

Fonds des Fremdkapitals

Der Fonds dient zur Förderung sportlicher Tätigkeiten und zur Schaffung sowie zum Unterhalt von Turn- und Sportplätzen, sofern diese nicht Aufgabe des Kantons sind.

Als Rechtsgrundlage gilt die SGS 369.11 und das Bundesgesetz betreffend die Lotterien und die gewerbsmässigen Wetten vom 8. Juni 1923.

Das Kapital beläuft sich per 31. Dezember 2013 auf einen Bestand von CHF 12'583'979.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
310	Material- und Warenaufwand	1'965					
313	Dienstleistungen und Honorare	164'477	148'000	167'000	19'000	13%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	2'155	66'000	3'000	-63'000	-95%	
350	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	77'934	145'000	140'000	-5'000	-3%	
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	3'947'927	3'150'000	5'350'000	2'200'000	70%	
413	Ertragsant Lotterien, Sport-Toto, Wetten	-3'596'571	-3'500'000	-4'300'000	-800'000	-23%	
441	Realisierte Gewinne FV	-41'729	-53'000	-42'000	11'000	21%	
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	-4'334	-11'000	-4'000	7'000	64%	
	Total Aufwand	4'194'458	3'509'000	5'660'000	2'151'000	61%	
	Total Ertrag	-3'642'634	-3'564'000	-4'346'000	-782'000	-22%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung	551'824	-55'000	1'314'000	1'369'000	>1000%	

9150 Ausgleichsfonds Ruhegehalt Regierungsräte

Zweck und Rechtsgrundlage

Fonds des Fremdkapitals

Der Fonds dient als Pensionskasse der Regierungsräte. Die Revision der Ruhegehaltsordnung (voraussichtlich in Kraft ab Ende 2014) sieht die Überführung der aktuellen und der alt-Mitglieder des Regierungsrates in die BLPK vor. Der Fonds wird nach der Überführung per 31. Dezember 2014 aufgelöst.

Als Rechtsgrundlage gilt das Dekret vom 09. April 1979, BLPK-Dekret vom 22. April 2004, SGS 834.2 und 834.3.

Das Kapital beläuft sich per 31. Dezember 2013 auf einen Bestand von CHF 25'329'872.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
306	Arbeitgeberleistungen	1'913'710	925'000		-925'000	-100%	
340	Zinsaufwand	27'890	13'000		-13'000	-100%	
350	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	500	500		-500	-100%	
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	-1'484'831	-641'000		641'000	100%	

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
469	Verschiedener Transferertrag	-469'123	-250'000		250'000	100%	
	Total Aufwand	1'942'100	938'500		-938'500	-100%	
	Total Ertrag	-1'953'954	-891'000		891'000	100%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung	-11'854	47'500		-47'500	-100%	

9160 Fonds Bau H2

Zweck und Rechtsgrundlage

Fonds des Fremdkapitals

Der Fonds dient zur Finanzierung des Ausbaus der H2.

Als Rechtsgrundlage gilt die SGS 439, "Reglement über den Fonds zum Bau der H2 Pratteln - Liestal" RRB 0141 vom 30. Januar 2007.

Das Kapital beläuft sich per 31. Dezember 2013 auf einen Bestand von CHF -45'299'341.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
350	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	71'519'062	28'005'000	28'005'000	0	0%	
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	-20'155'663	-20'700'000	-20'400'000	300'000	1%	
463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-7'000'000	-7'000'000	-7'000'000	0	0%	
	Total Aufwand	71'519'062	28'005'000	28'005'000	0	0%	
	Total Ertrag	-27'155'663	-27'700'000	-27'400'000	300'000	1%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung	44'363'400	305'000	605'000	300'000	98%	

9170 Fonds Sicherstellung Deponie Elbisgraben

Zweck und Rechtsgrundlage

Fonds des Fremdkapitals

Der Fonds dient zur verursacherorientierten Finanzierung der Rekultivierung der Deponie Elbisgraben.

Als Rechtsgrundlage gilt der Eidg. USG Artikel 32/BUS BL § 29/BD 535/2001 vom 29. November 2001/Reglement vom 04. Dezember 2001.

Das Kapital beläuft sich per 31. Dezember 2013 auf einen Bestand von CHF 34'492'537.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
313	Dienstleistungen und Honorare	50'647	60'000	51'000	-9'000	-15%	
350	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	500	500'500		-500'500	-100%	

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
441	Realisierte Gewinne FV	-312'156	-403'000	-312'000	91'000	23%	
	Total Aufwand	51'147	560'500	51'000	-509'500	-91%	
	Total Ertrag	-312'156	-403'000	-312'000	91'000	23%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung	-261'008	157'500	-261'000	-418'500	-266%	

9180 Fonds Bundessubvention für KVA Basel

Zweck und Rechtsgrundlage

Fonds des Fremdkapitals

Die Gelder sind so zu bewirtschaften, dass sie jährlich im erforderlichen Umfang dem Bereich "Verbrennung" in der kantonalen Abfallrechnung gutgeschrieben werden können.

Als Rechtsgrundlage gilt das Eidg. GSchG Art. 62 Abs. 2, USG BL § 31 RRB 1292 vom 16. August 2005: Reglement der Bewirtschaftung der "Bundessubventionen an den Kanton Basel-Landschaft für die Beteiligung am Bau der KVA III in Basel".

Das Kapital beläuft sich per 31. Dezember 2013 auf einen Bestand von CHF 8'745'039.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
313	Dienstleistungen und Honorare	15'395	18'000	15'000	-3'000	-17%	
350	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	1'180'500	700'500	1'300'000	599'500	86%	
441	Realisierte Gewinne FV	-94'886	-122'000	-95'000	27'000	22%	
	Total Aufwand	1'195'895	718'500	1'315'000	596'500	83%	
	Total Ertrag	-94'886	-122'000	-95'000	27'000	22%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung	1'101'009	596'500	1'220'000	623'500	105%	

9190 Fischhegefonds

Zweck und Rechtsgrundlage

Fonds des Fremdkapitals

Der Fonds dient zur Finanzierung der dem Kanton übertragenen Aufgaben in der Fischerei.

Als Rechtsgrundlage gilt das Fischereigesetz vom 11. Februar 1999 SGS 530.

Das Kapital beläuft sich per 31. Dezember 2013 auf einen Bestand von CHF 340'506.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
310	Material- und Warenaufwand	12'515	4'000	4'000	0	0%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen		5'000	5'000	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare	12'038	10'000	10'000	0	0%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	508	1'000	1'000	0	0%	

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	500					
319	Verschiedener Betriebsaufwand	600	5'000	5'000	0	0%	
341	Realisierte Kursverluste	98					
350	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	2'500	2'500	2'500	0	0%	
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	6'000	10'000	10'000	0	0%	
426	Rückerstattungen	-11'198	-1'000	-1'000	0	0%	
447	Liegenschaftenertrag VV	-7'570	-7'700	-7'700	0	0%	
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	-203	-500	-500	0	0%	
461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-14'748					
	Total Aufwand	34'759	37'500	37'500	0	0%	
	Total Ertrag	-33'719	-9'200	-9'200	0	0%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung	1'040	28'300	28'300	0	0%	

9200 Tierseuchenkasse

Zweck und Rechtsgrundlage

Fonds des Fremdkapitals

Die Tierseuchenkasse übernimmt im Rahmen der Tierseuchengesetzgebung:

- die Entschädigung für Verluste von landw. Nutztieren
- Kosten für Bekämpfungsmassnahmen
- Beiträge an Tierkörperbeseitigungen ab Hof
- Beiträge an Notschlachtungen grosser landw. Nutztiere

Als Rechtsgrundlage gilt das Landwirtschaftsgesetz SGS 510 § 19 ff.

Das Kapital beläuft sich per 31. Dezember 2013 auf einen Bestand von CHF 67'575.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	3'955	6'500	6'500	0	0%	
305	Arbeitgeberbeiträge	56	160	160	0	0%	
310	Material- und Warenaufwand	3'380	3'100	3'100	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare	551'255	665'200	665'200	0	0%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsggeb		500	500	0	0%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	995	1'300	1'300	0	0%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	63	2'000	2'000	0	0%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	12'422					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	113	300	300	0	0%	
350	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	25'448	25'000	25'000	0	0%	
361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	15'000					
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	17'069	38'300	38'300	0	0%	
403	Besitz- und Aufwandsteuern	-208'954	-213'000	-213'000	0	0%	
412	Konzessionen	-5'556	-8'000	-8'000	0	0%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-25'920	-34'000	-34'000	0	0%	
425	Erlös aus Verkäufen	-2'123					
426	Rückerstattungen	-102'811	-110'000	-110'000	0	0%	
429	Übrige Entgelte	-34					

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
430	Verschiedene betriebliche Erträge		-500	-500	0	0%	
440	Zinsertrag	0					
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	-300'000	-210'000	-210'000	0	0%	
	Total Aufwand	629'757	742'360	742'360	0	0%	
	Total Ertrag	-645'398	-575'500	-575'500	0	0%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung	-15'641	166'860	166'860	0	0%	

9210 Stiftung Kirchengut

Zweck und Rechtsgrundlage

Fonds des Fremdkapitals

Die Stiftung dient zur Erhaltung der reformierten Pfarrhäuser und Kirchen.

Als Rechtsgrundlage gilt das Kirchengesetz SGS 191 und Dekret zum Kirchengesetz SGS 191.1.

Das Kapital beläuft sich per 31. Dezember 2013 auf einen Bestand von CHF 4'966'014.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	5'574	11'000	11'000	0	0%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	143'163	150'000	155'600	5'600	4%	
305	Arbeitgeberbeiträge	31'312	34'000	34'000	0	0%	
309	Übriger Personalaufwand	1'940	9'000	9'000	0	0%	
310	Material- und Warenaufwand	4'917	13'500	15'000	1'500	11%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	8'925	10'000	10'000	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare	265'468	280'900	261'400	-19'500	-7%	
314	Baulicher und betrieblicher Unterhalt	2'058'273	1'800'000	1'961'000	161'000	9%	
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	8'315	11'000	11'000	0	0%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb			27'500	27'500	X	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	7'861	9'000	9'000	0	0%	
341	Realisierte Kursverluste	23'028					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	213	800	800	0	0%	
344	Wertberichtigungen Anlagen FV	125'950					
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte		7'500	7'500	0	0%	
380	Ausserordentlicher Personalaufwand	149'738					
381	Ausserord Sach- und Betriebsaufwand	50					
383	Zusätzliche Abschreibungen		5'000	5'000	0	0%	
440	Zinsertrag	-95'350	-75'500	-81'500	-6'000	-8%	
441	Realisierte Gewinne FV	-69'828	-40'000	-80'000	-40'000	-100%	
444	Wertberichtigungen Anlagen FV	-412'597					
447	Liegenschaftenertrag VV	-2'402'225	-2'227'500	-2'352'500	-125'000	-6%	
483	Ausserordentliche verschiedene Erträge		-1'300		1'300	100%	
	Total Aufwand	2'834'726	2'341'700	2'517'800	176'100	8%	
	Total Ertrag	-2'980'000	-2'344'300	-2'514'000	-169'700	-7%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung	-145'274	-2'600	3'800	6'400	246%	

9240 Konjunkturausgleichsreserve

Zweck und Rechtsgrundlage

Vorfinanzierung des Eigenkapitals

Die Konjunkturausgleichsreserve kommt freiem Eigenkapital gleich und hat in erster Linie die Funktion, Staatsdefizite in wirtschaftlich schwierigen Jahren auszugleichen. Die Äufnung der Konjunkturausgleichsreserve wurde mit dem LRB 2037 vom 24. Juni 2010 beschlossen.

Die Vorfinanzierung "Neubau Kantonsspital Bruderholz" wurde mit LRV 2012/381 (LRB 1273) aufgehoben (Entnahme zur Deckung der Abschreibung der Projektierungskosten im P2200 und Übertrag des Restkapitals in die Konjunkturausgleichsreserve (P9240)). Die Konjunkturausgleichsreserve wurde mit dem Rechnungsabschluss 2013 aufgelöst und das Restkapital zur Äufnung der Rückstellung zur Ausfinanzierung der Deckungslücke BLPK verwendet.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
389	Einlagen in das Eigenkapital	10'215'109					
	Total Aufwand	10'215'109					
	Total Ertrag						
	Ergebnis Erfolgsrechnung	10'215'109					

9250 Projektfonds

Zweck und Rechtsgrundlage

Fonds des Fremdkapitals

Der Projektfonds wurde gebildet zur Unterstützung professioneller Analysen und Begleitungen in Gemeindefusions- und Gemeindezusammenarbeitsprojekten.

Als Rechtsgrundlage gilt SGS 185.11 §14.

Das Kapital beläuft sich per 31. Dezember 2013 auf einen Bestand von CHF 180'897.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
313	Dienstleistungen und Honorare	29'047	30'000	30'000	0	0%	
361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	-60'000		20'000	20'000	X	
	Total Aufwand	-30'953	30'000	50'000	20'000	67%	
	Total Ertrag						
	Ergebnis Erfolgsrechnung	-30'953	30'000	50'000	20'000	67%	

9260 Fonds Trinkwasserschutz

Zweck und Rechtsgrundlage

Fonds des Fremdkapitals

Der Kanton Basel-Landschaft hat am 18. Mai 2010 mit Industriefirmen eine Vereinbarung abgeschlossen welche unter anderem die Bereitschaft der Industriefirmen vorgesehen hat dem Kanton für die Durchführung zweckmässiger Massnahmen beim Trinkwasserschutz einen Beitrag von CHF 20 Mio. zu überweisen. Die Gelder sind zweckgebunden einzusetzen. Über die Verwendung der Gelder entscheidet der Regierungsrat auf Antrag der Bau- und Umweltschutzdirektion.

Als Rechtsgrundlage gilt das Wasservorsorgungsgesetz (SGS 455) und das Reglement für den Fonds Trinkwasserschutz.

Das Kapital beläuft sich per 31. Dezember 2013 auf einen Bestand von CHF 12'838'438.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
313	Dienstleistungen und Honorare	518'370		1'200'000	1'200'000	X	
350	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	500	500	500	0	0%	
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	3'750'000	2'928'000		-2'928'000	-100%	
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	-6'692	-21'000	-7'000	14'000	67%	
	Total Aufwand	4'268'870	2'928'500	1'200'500	-1'728'000	-59%	
	Total Ertrag	-6'692	-21'000	-7'000	14'000	67%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung	4'262'178	2'907'500	1'193'500	-1'714'000	-59%	

9290 Schutzplatzfonds

Zweck und Rechtsgrundlage

Fonds des Fremdkapitals

Der Schutzplatzfonds wird durch Ersatzbeiträge geüffnet, wenn kein Schutzraum erstellt wird. Der Fonds wird einerseits für die Finanzierung öffentlicher Schutzräume und andererseits für die Erneuerung von privaten Schutzräumen verwendet.

Als Rechtsgrundlage gilt das Bundesgesetz über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz (Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetz, BZG) vom 4. Oktober 2002 (Stand 1. Januar 2012).

Das Kapital beläuft sich per 31. Dezember 2013 auf einen Bestand von CHF 3'848'200.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
311	Nicht aktivierbare Anlagen		50'000	50'000	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare		50'000	50'000	0	0%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	38'255					
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte		150'000	150'000	0	0%	
463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-1'991'100	-800'000	-1'500'000	-700'000	-88%	
	Total Aufwand	38'255	250'000	250'000	0	0%	
	Total Ertrag	-1'991'100	-800'000	-1'500'000	-700'000	-88%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung	-1'952'845	-550'000	-1'250'000	-700'000	-127%	

9300 Legat Kaderli

Zweck und Rechtsgrundlage

Fonds des Fremdkapitals

Der Fonds Legat Kaderli wird folgendermassen verwendet:

- Durchführung wissenschaftlicher Studien zur Qualitätskontrolle
- Finanzierung von kurzen finanziellen Engpässen von Bewohnern als Darlehen
- Spezielle Anschaffungen des Arxhofes
- Spezielle kozeptuelle Projekte, welche nicht zum Auftrag gehören und deshalb nicht über das ordentliche Budget finanziert werden können (z.B. Gründung eines Vereins für Massnahmenentlassene)

Das Legat "Kaderli" wird durch den Überschuss des Kioskes Arxhof, durch allfällig entstehende Gewinne der vom Arxhof durchgeführten Tagungen, durch Schenkungen und durch Anteile des Verdienstes der Lohnzahlungen an Bewohnern in Arbeitsexternaten gespiesen.

Als Rechtsgrundlage gilt der Schlussbericht vom 18. April 1986 über die Teilung der Nacherbschaft aus dem Nachlass von Frau Luise Kaderli-Schulthess.

Das Kapital beläuft sich per 31. Dezember 2013 auf einen Bestand von CHF 154'771.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. Absolut	Abw. %	B
310	Material- und Warenaufwand	40'826	37'000	37'000	0	0%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	11'003					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	7	100	100	0	0%	
425	Erlös aus Verkäufen	-39'469	-39'000	-39'000	0	0%	
426	Rückerstattungen	-10'460					
439	Übriger Ertrag	-4'283					
440	Zinsertrag	-333	-600	-600	0	0%	
	Total Aufwand	51'835	37'100	37'100	0	0%	
	Total Ertrag	-54'546	-39'600	-39'600	0	0%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung	-2'710	-2'500	-2'500	0	0%	

5. Verpflichtungskredite

5.1 Verpflichtungskredite der Erfolgsrechnung

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA Bezeichnung 2-st.	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Nr. Abr.
KB	Ergebnis					9'405'651	2'607'924	834'639	1'152'400	1'517'265	
	LAKA	2007-214	2007-265	Beiträge an Interreg IV (2008-2013)	36 Transferaufwand		879'285	254'190			
		2010-120	2010-2036	Beitrag Kooperationsfond ORK 2011-2014	36 Gesamtkredit	1'500'000					
		2010-120	2010-2036	Beitrag an Regio Basiliensis 2011-2014	36 Transferaufwand	89'600	50'516	17'247	22'400		
		2010-120	2010-2036	Beitrag an Sekretär ORK 2011-2014	36 Gesamtkredit	1'372'000	1'029'000	343'000	343'000		
		2010-120	2010-2036	Beitrag an Sekretär ORK 2011-2014	36 Transferaufwand		174'000	58'000	58'000		
		2010-120	2010-2036	Beitrag an Sekretariat ORK 2011-2014	36 Gesamtkredit	232'000					
		2010-120	2010-2036	Beitrag an Sekretariat ORK 2011-2014	36 Transferaufwand		82'783	28'262	39'000		
		2010-290	2010-2196	Beitrag an TEB 2011-2013	36 Gesamtkredit	156'000					
		2010-290	2010-2196	Beitrag an TEB 2011-2013	36 Transferaufwand		262'609	89'780			
		2010-290	2010-2196	Beitrag an Infobest Palmrain 2011-2013	36 Gesamtkredit	329'570					
		2013-192	2013-1566	Beitrag an TEB 2014-2016	36 Transferaufwand	225'525			110'000	95'063	
		2013-192	2013-1566	Beitrag an Infobest Palmrain 2014-2016	36 Gesamtkredit	285'188					
		2013-381	2014-1751	Sammelvorlage IT/Aufttritt BL	31 Transferaufwand	218'400			80'000	72'800	
		2014-116	PENDENT	Beitrag Kooperationsfond ORK 2015-2018	36 Gesamtkredit	500'000			250'000		
		2014-116	PENDENT	Beitrag an Regio Basiliensis 2015-2018	36 Transferaufwand	78'400				19'600	
		2014-116	PENDENT	Beitrag an Sekretär ORK 2015-2018	36 Gesamtkredit	1'399'440				349'860	
		2014-116	PENDENT	Beitrag an Sekretariat ORK 2015-2018	36 Transferaufwand	191'060				32'177	
		2014-249	PENDENT	Beiträge an Interreg V (2014-2020)	36 Gesamtkredit	128'468				47'765	
		pendent	PENDENT	E-Government BL	30 Transferaufwand	1'750'000				250'000	
					31 Personalaufwand					150'000	
					31 Sach- und übriger Betriebsaufwand					500'000	

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA 2-st.	KOA Bezeichnung	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Nr. Abr.
KB						Gesamtkredit	950'000					
FKD	Ergebnis						36'713'000	15'612'490	5'662'816	6'845'962	2'666'550	
	FKD GS	2007-003	2007-2334	Erneuerung Telefonie der Kant. Verwaltung	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		3'181'470	311'217	250'000		
						Gesamtkredit	4'100'000					
		2010-140	2010-2035	ERP-Etappe 2	30	Personalaufwand		102'660				
					31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		6'885'354	1'260'678			
						Gesamtkredit	7'000'000					
		2011-268	2012-251	2tes Rechenzentrum der Kant. Verwaltung	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		1'204'645	718'471	200'000		
						Gesamtkredit	1'200'000					
		2013-125	2013/1398	ERP-Etappe 3	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		191'056	191'056	1'600'000	1'350'000	
						Gesamtkredit	7'240'000					
		pendent	PENDENT	Erneuerung erstes Rechenzentrum	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand				800'000		
FIV		2012-111	2012-604	Umsetzung Entlastungspaket 12/15	30	Personalaufwand		95'645	95'645	15'962	16'550	
					31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		2'778'171	2'624'046	1'200'000	600'000	
					34	Finanzaufwand		4	4			
						Gesamtkredit	5'000'000					
	PA	176-2007	219-2007	Beteiligung NSNW AG	30	Personalaufwand		601'519				
						Gesamtkredit	673'000					
		2011-296	2012-386	Sozialplan Entlastungspaket 12/15	30	Personalaufwand		556'928	461'701	2'390'000	500'000	
					31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		15'039		390'000	200'000	
						Gesamtkredit	11'500'000					
VGD	Ergebnis						111'617'515	12'250'859	3'716'747	32'410'250	33'480'250	
	VGD GS	2008-195	2008-937	Gesetzl. Schwangerschaftsberatung 09-12	36	Transferaufwand		898'000				
						Gesamtkredit	898'000					
		2009-199	2010-1594	Aids-Hilfe/Frauen-Oase 10-13	36	Transferaufwand		1'057'500	267'500			
						Gesamtkredit	1'080'000					
		2011-242	2011-121	Gesundes Körpergewicht 2012-2015	30	Personalaufwand		930	930			
					31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		251'147	170'078	202'500	227'000	
					46	Transferertrag		-153'493	-96'500	-101'250	-114'250	
						Gesamtkredit	356'250					
		2011-328	2012-257	Zentrum Selbsthilfe 2012-14	36	Transferaufwand		200'000	100'000	100'000		
						Gesamtkredit	300'000					
		2011-331	2012-258	Weiterb. Assi.ärzte in Praxen (2012-14)	36	Transferaufwand		402'618	195'925	250'000		
						Gesamtkredit	750'000					
		2012-311	2013-995	Gesetzl. Schwangerschaftsberatung 13-16	36	Transferaufwand		224'500	224'500	224'500	224'500	
						Gesamtkredit	898'000					
		2012-314	2013-998	Baselland Tourismus 2013-2016	36	Transferaufwand		600'000	600'000	600'000	600'000	

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA 2-st.	KOA Bezeichnung	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Nr. Abr.
VGD						Gesamtkredit	2'400'000					
		2012-404	2013-1237	Standortpolitische Massnahmen 2013	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		1'503'542	1'503'542			
						Gesamtkredit	1'500'000					
		2012-404	2013-1237	Standortpolitische Massnahmen 2014-2017	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand					1'500'000	
					36	Transferaufwand				1'500'000		
						Gesamtkredit	6'000'000					
		2013-346	2014-1745	Aids-Hilfe/Frauen-Oase 14-17	36	Transferaufwand				262'500	275'000	
						Gesamtkredit	1'100'000					
		2013-355	2013-1647	GWL Kantonsspital BL 2014 bis 2016	36	Transferaufwand				14'900'000	13'500'000	
						Gesamtkredit	41'900'000					
		2013-356	2013-1648	GWL Psychiatrie BL 2014 bis 2016	36	Transferaufwand				8'000'000	8'000'000	
						Gesamtkredit	24'000'000					
		2013-413	2014-1839	Weiterbild. AA in Privatspit. BL 2014-16	36	Transferaufwand				345'000	345'000	
						Gesamtkredit	1'035'000					
		2013-414	2014-1840	GWL UKBB 2014 bis 2015	36	Transferaufwand				5'451'000	5'451'000	
						Gesamtkredit	10'902'000					
		2014-248	PENDENT	Weiterb. Assi.ärzte in Praxen (2015-17)	36	Transferaufwand					225'000	
		2014-251	PENDENT	Mammographie-Screening (2015-18)		Gesamtkredit	2'000'000					
		2014-274	PENDENT	Zentrum Selbsthilfe 2015 - 18	36	Transferaufwand					120'000	
						Gesamtkredit	480'000					
	KIGA	2010-175	2010-1973	Bekämpfung Schwarzarbeit 2011-2013	36	Transferaufwand		1'100'000	380'000			
					46	Transfertrag		-550'000	-190'000			
						Gesamtkredit	570'000					
	AIW	2005-169	2005-1399	Wiederinst.st.proj. Röschenz-Dittingen	36	Transferaufwand		297'617				
						Gesamtkredit	307'525					
		2005-170	2005-1399	Wiederinst.st.proj. Laufen	36	Transferaufwand		326'418				
						Gesamtkredit	401'740					
	AGI	2001-022	2001-1281	Realisierung AV93, 2. Etappe	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		11'675'502	132'785	20'000		
					46	Transfertrag		-6'745'394	-204'633	-40'000		
						Gesamtkredit	6'004'000					
		pendent	PENDENT	Realisierung AV93, 3. Etappe	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		152'618	152'618	9'000	114'000	
					46	Transfertrag		-35'000	-35'000	-113'000	-293'000	
						Gesamtkredit	2'671'000					
	LZE	2005-293	2006-1716	Gesamtmelioration Blauen 2009-2018	36	Transferaufwand		40'000		300'000	120'000	
						Gesamtkredit	856'000					
		2005-294	2006-1716	Gesamtmelioration Brislach 2008-2017	36	Transferaufwand		196'000	91'000	100'000	300'000	
						Gesamtkredit	1'556'000					

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA 2-st.	KOA Bezeichnung	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Nr. Abr.
VGD		2005-295/2 012-091	2006-1716/ 2012-615	Gesamtmelloration Wahlen 2009-2021	36	Transferaufwand		808'354	424'000	400'000	500'000	
					37	Durchlaufende Beiträge		163'000				
					47	Durchlaufende Beiträge		-163'000				
						Gesamtkredit	3'652'000					
		2007-017	2007-2428	VK Verleg. Amph Zur lindengrube Pratteln	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand					10'000	
		2013-389	2014-1722	VK Naturschutz im Wald 2014-2015	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand					100'000	
					36	Transferaufwand					1'631'000	
					46	Transferertrag					-280'000	
		2013-390	2014-1750	VK Biodiversität (ehm.Öko.Ausg.) 2014-17	30	Personalaufwand					105'000	
					31	Sach- und übriger Betriebsaufwand					260'000	
					36	Transferaufwand					8'700'000	
					46	Transferertrag					-8'140'000	
BUD	Ergebnis						326'229'317	141'250'224	11'624'595	19'462'464	14'774'715	
	TBA/Strassen	2007-176	2007-219	Beteiligung NSNW AG	30	Personalaufwand		479'345	54'916	55'000	27'500	
						Gesamtkredit	510'000					
		2013-271	2013-1573	Unterhalt Kantonsstrassen (exkl. H-Str.)	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand				9'700'000	9'000'000	
						Gesamtkredit	36'000'000					
	HBA	2005-179	2005-1635	Ausbau/Amortis. Kant. Labor Liestal	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		3'087'944	526'875	600'000	505'000	
						Gesamtkredit	8'325'000					
		2013/388	2014/1784	Ausbau/Amortis. Polizeiposten Therwil	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand					29'215	
						Gesamtkredit	292'145					
	AUE	2009-200	2009-1476	6.5 Förderprogramm Gebäudesanierung	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		3'339'344	1'576'103	1'000'000	1'017'000	
					36	Transferaufwand		10'345'968	5'942'156	4'300'000	3'623'000	
					46	Transferertrag		-1'635'365	-273'850	-250'000	-250'000	
						Gesamtkredit	50'000'000					
	ARP	2007-005A	2009-982	VK Salina Raurica	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		295'910	35'410	160'200	383'000	
						Gesamtkredit	5'860'000					
		2010-410	2011-2533	VK Neusignalisation Wanderwegnetz	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		61'120	26'419	30'000	30'000	
						Gesamtkredit	480'000					
	ARP KD	2006-178	2006-2147	VK Subvention Kulturdenkmäler 2008-2013	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		291'602	25'982			
					36	Transferaufwand		3'312'606	164'872			
						Gesamtkredit	3'950'000					
		2013/283	2014/1846	VK Subvention Kulturdenkmäler 2014-2015	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand				60'000	60'000	
					36	Transferaufwand				300'000	300'000	
						Gesamtkredit	720'000					
	ARP NL	2007-017	2007-2428	VK Verleg. Amph Zur lindengrube Pratteln	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		1'304'361	146'066			
					36	Transferaufwand		63'449				

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	LRB	KOA 2-st.	KOA Bezeichnung	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Nr. Abr.
BUD						46	Transferertrag		-6'045				
							Gesamtkredit	1'772'332					
		2007-218	2008-322	VK NATUR Festival beider Basel		31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		7'478				
						36	Transferaufwand		660'369				
							Gesamtkredit	720'000					
		2008-326	2009-1061	VK Naturschutz im Wald 2009-2013		31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		274'479	71'990			
						36	Transferaufwand		9'267'053	1'834'752			
						42	Entgelte		-6'768				
						46	Transferertrag		-1'647'080	-266'595			
							Gesamtkredit	7'855'000					
		2009-034	2009-1187	VK Ökologischer Ausgleich 2009-2013		30	Personalaufwand		1'368'367	314'746	312'764		
						31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		531'844	192'637			
						36	Transferaufwand		22'638'858	4'880'476			
						46	Transferertrag		-18'175'311	-3'884'277			
							Gesamtkredit	5'911'000					
		2013-389	2014-1722	VK Naturschutz im Wald 2014-2015		31	Sach- und übriger Betriebsaufwand				50'000		
						36	Transferaufwand				1'950'000		
						46	Transferertrag				-280'000		
							Gesamtkredit	4'030'000					
		2013-390	2014-1750	VK Biodiversität (ehm.Öko.Ausg.) 2014-17		31	Sach- und übriger Betriebsaufwand				254'500		
						36	Transferaufwand				8'295'000		
						46	Transferertrag				-7'675'000		
							Gesamtkredit	5'102'000					
ÖV		2004-238 2011-378	2005-1018 2012-496	Beiträge Bahnhofaus- und Neubauprogramm		36	Transferaufwand		40'193'934	-22'233			
						42	Entgelte		-129'185	-129'185			
							Gesamtkredit	43'242'440					
		2006-037	2006-2036	Tram/Bahnüberg. Optimierungsm (700819)		36	Transferaufwand		493'948				
							Gesamtkredit	20'000'000					
		2006-037	2006-2036	Hofmatt Wanderweg		36	Transferaufwand		2'956				
		2006-037	2006-2036	Birseckstrasse FG		36	Transferaufwand		176'782				
		2006-037	2006-2036	Schwerttrain (Veloquerung)		36	Transferaufwand		81'188				
		2006-037	2006-2036	LSA Gartenstadt FG		36	Transferaufwand		10'111				
		2006-037	2006-2036	Heiligholz Kreisel FG		36	Transferaufwand		46'431				
		2006-037	2006-2036	Fleischbach FG		36	Transferaufwand		36'586				
		2006-037	2006-2036	Schönenbachstrasse		36	Transferaufwand		135'577				
		2006-037	2006-2036	Weiherrmattstrasse FG		36	Transferaufwand		36'275				
		2006-037	2006-2036	Brückenstrasse		36	Transferaufwand		2'549				

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA 2-st.	KOA Bezeichnung	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Nr. Abr.
BUD		2006-037	2006-2036	Flühbergweg	36	Transferaufwand		33'442				
		2006-037	2006-2036	Hauptstrasse FG	36	Transferaufwand		7'596				
		2006-037	2006-2036	Brühlmattweg	36	Transferaufwand		5'602				
		2006-037	2006-2036	Brühlstrasse	36	Transferaufwand		5'602				
		2006-037	2006-2036	Gräubern-Wegli	36	Transferaufwand		14'681				
		2006-037	2006-2036	Kläranlage	36	Transferaufwand		697'132				
		2006-037	2006-2036	Talhaus Parkplatz-Ausfahrt	36	Transferaufwand		20'797				
		2006-037	2006-2036	Obertalhaus	36	Transferaufwand		16'797				
		2006-037	2006-2036	Lampenberg Nord	36	Transferaufwand		956'528				
		2006-037	2006-2036	Schützenhaus	36	Transferaufwand		79'998				
		2006-037	2006-2036	Schöpfilin-Brücke	36	Transferaufwand		37'364				
		2006-037	2006-2036	Lindenbrücke	36	Transferaufwand		37'364				
		2006-037	2006-2036	Fussweg ob Hirschlang	36	Transferaufwand		19'073				
		2006-037	2006-2036	Mühle/Bennwilerstrasse	36	Transferaufwand		34'328				
		2006-037	2006-2036	Reserve/nicht zuteilbar	36	Transferaufwand		77'745				
		2007-005A	2009-982	Salina Raurica, ÖV-Anl. Vorpr. (700821)	36	Transferaufwand		750'175				
						Gesamtkredit	1'844'000					
		2007-169	2009-1080	Richtplan, Proj.Schienennetz (700818)	36	Transferaufwand		24'232				
		2007-216	2008-404	Vpfl.Kred. Bahnhofausb. S9 Läufeifingen	36	Transferaufwand		2'465'282				
						Gesamtkredit	2'767'400					
		2008-006	2008-418	Ausbau BLT Linie 10 Arlesheim/Dornach	36	Transferaufwand		6'650'635	135'054			
						Gesamtkredit	20'788'000					
		2008-349	2009-1398	VK Regio-S-Bahn. 2. Etappe Planungskost.	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand						
					36	Transferaufwand		1'042'720	272'283	600'000	50'000	
						Gesamtkredit	3'100'000					
		2010-266	2010-2177	Ausbau BLT Linie 10, Margar.st. (700822)	36	Transferaufwand		201'003				
						Gesamtkredit	770'000					
		2010-283	2010-2178	BLT Linie 10 Birseck, Instandsetzung	36	Transferaufwand		228'724				
						Gesamtkredit	4'910'000					
		2010-283	2010-2178	BLT Linie 10/17, Instandsetzung (700826)	36	Transferaufwand		5'990'746				
						Gesamtkredit	17'400'000					
		2010-283	2010-2178	BLT Linie 11, Instandsetzung (700827)	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		11				
					36	Transferaufwand		13'098'903				
						Gesamtkredit	16'350'000					
		2011-221	2011-148	Trasseesanierung BLT Linie 12/14 (700817)	36	Transferaufwand		6'217'646				
						Gesamtkredit	23'230'000					
		2011-378	2012-496	Bahnhof Laufen, Vorpr. Mod. B & C (700830)	36	Transferaufwand		5'440				

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA 2-st.	KOA Bezeichnung	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Nr. Abr.
BUD						Gesamtkredit	600'000					
			2002-1478	Trassesanierung Linie 11 (700820)	36	Transferaufwand		32'227'956				
					46	Transferertrag		-6'819'612				
						Gesamtkredit	39'700'000					
				WB Umbau Haltestellen und Umsetz.BehiG	36	Transferaufwand		35'175				
				WB Ausbau Infrastruktur (700824)	36	Transferaufwand		3'957				
				BLT Linie 10/17 Doppelp Spiessh(700832)	36	Transferaufwand		136'503				
SID	Ergebnis						6'760'000	2'400'000	420'000	420'000	920'000	
	SID GS	2010-137	2010-1990	Take off (2010 - 2013)	36	Transferaufwand		2'400'000	420'000			
						Gesamtkredit	1'680'000					
		2013-263	2013-1592	Take off (2014 - 2017)	36	Transferaufwand				420'000	420'000	
						Gesamtkredit	1'680'000					
		pendent	PENDENT	Mobile Computing	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand					500'000	
						Gesamtkredit	3'400'000					
BKSD	Ergebnis						1'789'685'026	782'128'539	228'066'399	249'169'584	242'314'442	
	BKSD GS	2008-328	2009-1063	VK SAL Schuladministrationslösung	30	Personalaufwand		36'642				
					31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		433'337				
						Gesamtkredit	490'000					
		2008-350	2009-1119	VK CSEM Forschungszentrum 2009-2013	36	Transferaufwand		15'000'000	3'000'000			
						Gesamtkredit	15'000'000					
		2009-122	2009-1376	VK Leistungsauftrag Uni Basel 2010-2013	36	Transferaufwand		600'300'000	156'700'000			
						Gesamtkredit	600'300'000					
		2011-315	2011-173	VK Leistungsauftrag an die FHNW 2012-14	36	Transferaufwand		118'994'000	60'477'000	67'700'000		
						Gesamtkredit	186'680'000					
		2011-350	2012-602	VK Ausfinanzierung Pensionskasse Uni BS	36	Transferaufwand		20'200'032				
						Gesamtkredit	24'750'000					
		2012-217	2013-1443	VK CSEM Forschungszentrum 2014-2018	36	Transferaufwand				3'000'000	3'000'000	
						Gesamtkredit	4'000'000					
		2013-176	2013-1662	VK Ums. IT-Strategie Schulen; 2014-2019	30	Personalaufwand				300'000	300'000	
					31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		2'238	2'238	1'597'500	1'469'000	
						Gesamtkredit	10'925'000					
		2013-223	2013-1527	VK Umsetz. SAL 2013-2016	30	Personalaufwand		14'375	14'375		680'000	
					31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		52'262	52'262	1'323'250	1'113'000	
						Gesamtkredit	5'315'000					
		2013-282	2013-1661	VK Leistungsauftrag Uni Basel 2014-2017	36	Transferaufwand				159'900'000	161'900'000	
						Gesamtkredit	654'800'000					
		2013-409	2014-1896	VK ICT Primar	30	Personalaufwand					160'000	

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA 2-st.	KOA Bezeichnung	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Nr. Abr.
BKSD						Gesamtkredit	1'100'000					
		2014-199	2014-2368	VK Leistungsauftrag an die FHNW 2015-17	36	Transferaufwand					63'674'000	
						Gesamtkredit	192'850'000					
	PIS	2009-312	2010-1985	VK Gesamtsprachenkonzept 2011-2018	30	Personalaufwand		2'288'507	1'023'597	1'982'000	1'620'000	
					31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		47'630	24'580			
					36	Transferaufwand		277'802	57'458	100'000	100'000	
						Gesamtkredit	12'500'000					
		2009-351	2010-2008	VK Bildungsharmonisierung 2010-2019	30	Personalaufwand		2'116'568	1'246'707	5'294'000	3'900'000	
					31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		278'009	119'915			
					36	Transferaufwand		305'300	88'900	100'000	100'000	
					46	Transferertrag		-40'000	-20'000			
						Gesamtkredit	32'070'000					
		2009-351	2010-2008	VK Aufgabens.-+Leistungschecks 2011-2014	30	Personalaufwand		1'220	179			
					36	Transferaufwand		865'786	532'633	2'716'136	900'000	
						Gesamtkredit	3'440'000					
		2009-351	2010-2008	VK Besitzzw. Sek-Lehrpers. Niv.A 2015-26	30	Personalaufwand					151'000	
						Gesamtkredit	4'350'000					
		2011-315	2011-187	VK Umschulung zum Lehrerberuf 2012 -14	30	Personalaufwand		27'814	26'991			
					31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		78'084	32'944			
					36	Transferaufwand		146'810	146'810	872'000		
						Gesamtkredit	1'312'000					
	FEBL	2009-291	2010-1597	VK Volkshochschule b.B. 2009-2012	36	Transferaufwand		3'400'825				
						Gesamtkredit	2'776'000					
		2012-318	2013-1129	VK Volkshochschule b.B. 2013-2016	36	Transferaufwand		748'500	748'500	748'619	748'619	
						Gesamtkredit	2'994'476					
	SEK	1999-162	2000-373	Sportklassenversuch	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		1'378'083				
						Gesamtkredit	1'239'000					
	AIFB	2005-276	2006-1595	zusätzliche Ausbildungsplätze	30	Personalaufwand		2'752'127				
					31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		160				
					36	Transferaufwand		1'485				
						Gesamtkredit	2'900'000					
		2006-059	2006-1735	Bundesbeitrag an check-in aprentas	46	Transferertrag		-621'783				
						Gesamtkredit	-617'000					
		2006-059	2006-1735	VK check-in aprentas	36	Transferaufwand		1'452'420				
						Gesamtkredit	1'450'000					
		2008-054	2008-655	Berufswegbereitung (BWB) 2009-2013	30	Personalaufwand		3'937'346	1'039'053			
					31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		239'914	8'376			

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA 2-st.	KOA Bezeichnung	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Nr. Abr.
BKSD					36	Transferaufwand		107	107			
					46	Transferertrag		-794'112	-202'399			
						Gesamtkredit	5'100'000					
		2008-327	2009-1062	VK Sicherung der Alttest-Lehst. 2011-15	30	Personalaufwand		1'355'000	452'500	510'000	210'000	
						Gesamtkredit	2'048'000					
		2011-048	2011-2644	VK check-in aprentas II; 2011-2016	36	Transferaufwand		730'000	460'000	307'000	460'000	
					46	Transferertrag		-376'333	-153'000	-153'000	-153'000	
						Gesamtkredit	1'113'000					
		2013-265	2013-1593	Berufswegbereitung (BWB) 2014-2018	30	Personalaufwand				1'037'000	680'823	
					31	Sach- und übriger Betriebsaufwand				35'000	35'000	
					46	Transferertrag				-118'000	-74'000	
						Gesamtkredit	5'280'000					
		2010-270	2010-2305	VK Ums. Konzept Behindertenhilfe 2010-14	30	Personalaufwand		136'103	26'539	13'579		
					31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		81'758	9'469	74'500		
						Gesamtkredit	350'550					
		2013-416	2014-2174	VK Koord. Jugendhilfe 2014-2017	30	Personalaufwand				70'000	70'000	
					31	Sach- und übriger Betriebsaufwand				10'000	10'000	
					43	Verschiedene Erträge					-40'000	
						Gesamtkredit	240'000					
		2007-189	2008-321	VK Ruinensanierung Homburg	30	Personalaufwand		69'544				
					31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		2'792'865	95'267			
					46	Transferertrag		-660'333	-23'817			
						Gesamtkredit	2'870'000					
		2009-165	2009-1379	VK Verein Kulturraum Roxy 2010 - 2013	36	Transferaufwand		2'200'000	550'000			
						Gesamtkredit	2'200'000					
		2010-115	2010-2171	VK Ruinensanierung Pfeffingen	30	Personalaufwand		4'730	4'730			
					31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		1'705'553	1'290'997	750'000	750'000	
					46	Transferertrag		-65'323				
						Gesamtkredit	6'934'000					
		2012-317	2013-1128	VK Sanierungsetappe 2013 Ruine Farnsburg	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		302'238	302'238			
					46	Transferertrag		-68'750	-68'750			
						Gesamtkredit	275'000					
		2013-391	2014-1731	VK Verein Kulturraum Roxy 2014-2017	36	Transferaufwand				550'000	550'000	
						Gesamtkredit	2'200'000					
		pendent	PENDENT	VK Sanierung Hauptstrasse Augst	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand				450'000		
						Gesamtkredit	450'000					

(Verpflichtungskredite)

5.2 Verpflichtungskredite und Sammelpositionen der Investitionsrechnung

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA KOA Bezeichnung 2-st.	VK	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Nr. Abr.
FKD	Ergebnis											
	FIV			Realprognose	50 Sachanlagen						-22'700'000	
VGD	Ergebnis						24'500'000	156'632'173	48'158'059			
	VGD GS	2007-222	2008-294	APH-Investitionsbeiträge	56 Eigene Inv.-Beitr.	X		29'332'496	29'332'496			
	VGD GS	2013-020	2013-1460	Kapitalerhöhung MCH Group	55 Anteil. und Grundkapitalien			3'138'525				
	ZW			Beteiligung UKBB	55 Anteil. und Grundkapitalien			18'825'563	18'825'563			
				2209.999 Sammelkto. Hochbau Allgemein	50 Sachanlagen			1'642'611				
				2209.999 Sammelkto. Instandsetzung	50 Sachanlagen			418'527				
				2209.999 Sammelkto. Masch./App./Instrum.	50 Sachanlagen			949'037				
	KSL			2210.999 Sammelkto. Hochbau Allgemein	50 Sachanlagen			18'978'409				
				2210.999 Sammelkto. Instandsetzung	50 Sachanlagen			9'167'918				
				2210.999 Sammelkto. Masch./App./Instrum.	50 Sachanlagen			14'060'387				
	KSB			2211.999 Sammelkto. Hochbau Allgemein	50 Sachanlagen			8'760'307				
				2211.999 Sammelkto. Instandsetzung	50 Sachanlagen			9'173'279				
				2211.999 Sammelkto. Masch./App./Instrum.	50 Sachanlagen			8'061'812				
		2006-325	2007-2502	2211.252 Sicherh.relev. Massn. 2. Etappe	50 Sachanlagen	X		17'560'646				
					Gesamtkredit	X	24'500'000					
	KSLa			2212.999 Sammelkto. Hochbau Allgemein	50 Sachanlagen			1'461'178				
				2212.999 Sammelkto. Instandsetzung	50 Sachanlagen			2'938'216				
				2212.277 OP's Trakt u. Cat	50 Sachanlagen			1'214'395				
				2212.999 Sammelkto. Masch./App./Instrum.	50 Sachanlagen			175'805				
	KPD			2213.999 Sammelkto. Instandsetzung	50 Sachanlagen			9'056'732				
				2213.276 APD Umbauten u. Sanierungen	50 Sachanlagen			91'193				
				2213.999 Sammelkto. Masch./App./Instrum.	50 Sachanlagen			1'625'138				
BUD	Ergebnis						2'299'740'450	1'088'226'132	169'210'307	168'600'000	196'631'000	
	TBA/Strassen			Erneuerung Kantonsstr./Nebenanlagen 9981	50 Sachanlagen	X		50'202'880	18'842'085			
					63 Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-2'626'009	-825'617			
				Ausbau Kantonsstrasse/Nebenanlagen 9991	50 Sachanlagen	X		43'852'424	20'678'068			

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA 2-st.	KOA Bezeichnung	VK	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Nr. Abr.
BUD					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-2'668'432	-825'000			
				Lärmschutz Kant. Hochleistungsstr. 9951	50	Sachanlagen	X		3'687'055	2'369'544	1'000'000	3'000'000	
				Erneuerung Kant. Hochleistungsstr. 9970	50	Sachanlagen	X		28'602'867	6'020'487	5'200'000	1'300'000	
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-8'761'154	-1'650'000	-1'650'000	-3'400'000	
				Ankauf Grundstücke 9990	50	Sachanlagen	X		3'193'315	310'338	800'000	500'000	
				Lärmsanierung Kantonsstrassen	50	Sachanlagen	X		14'644'147	2'586'057	2'500'000	2'500'000	
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-6'766'058	-863'775	-630'000	-600'000	
				Darlehen/Beteiligung NSNW AG	65	Übertragung von Beteil.	X		-2'500'000	-1'000'000			
				H18, Muggenbergtunnel	50	Sachanlagen	X		58'941			150'000	
				Mutzen/Pratteln, San. Rheinfelderstrass	50	Sachanlagen	X				300'000	200'000	
				Sicherheitsmassnahmen TRA 9500	50	Sachanlagen	X		779'783	50'155			
				Allschwil, Baslerstr., Strassenbau	50	Sachanlagen	X				500'000		
				Lärmschutz - 9980	50	Sachanlagen	X		280'420				
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-20'000				
				Strassennetzplan Rheintal	50	Sachanlagen	X		236'265				
				Aesch,Zubringer Dornach an H18,Proj/Real	50	Sachanlagen	X		239'679	44'533	300'000	100'000	
				Allschwil, Kreisel Hegenheimermattweg	50	Sachanlagen	X		127'275	62'215	200'000	200'000	
				Allschwil; Zubringer Nordtang. Vorproj.	50	Sachanlagen	X		21'435			100'000	
				Veränderung Nationalstrassen - 9992	50	Sachanlagen	X		17'860'449				
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-18'137'663				
				Rothenf.,Hemmikerstr.,Ausb. Säge-Asph.	50	Sachanlagen	X		293'798				
				Arisdorf, Sanierung Hauptstrasse	50	Sachanlagen	X		126'643				
				Liestal, Betriebs-u. Gestalt.konzept Ost	50	Sachanlagen	X				300'000	200'000	
				Aesch, Anschluss Pfeffingerring, Real.	50	Sachanlagen	X					1'000'000	
				Aesch,Betriebs-u.Gestaltungskonzept	50	Sachanlagen	X					50'000	
				Entw.planung ELBA; Projektierung	50	Sachanlagen	X					1'250'000	
				Instandsetzung HLS (H18 / H2)	50	Sachanlagen	X					4'000'000	
				1978/2567 Ergolzthal-Ost, Projektierung		Gesamtkredit	X	400'000					
				1990/3381 Ausbauprogramm Radrouten		Gesamtkredit	X	25'000'000					
				1990/3462 H2, Pratteln-Liestal (HPL)	50	Sachanlagen	X		32'595'059				
						Gesamtkredit	X	650'000					
				1994/1766 Leimental-Birstal, Projektierung	50	Sachanlagen	X		688'583				
						Gesamtkredit	X	700'000					
				1995/0031 Kantonsstrasse Laufental, Projektierung	50	Sachanlagen	X		472'028				
						Gesamtkredit	X	500'000					
				1996/0032 Ausbauprogramm Radrouten		Gesamtkredit	X	-32'677'827					

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA 2-st.	KOA Bezeichnung	VK	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Nr. Abr.
BUD			1998/1346	H18, Birstal, Anschluss Aesch		Gesamtkredit	X	1'407'500					
			1999/0162	H2, Pratteln-Liestal (HPL)	50	Sachanlagen	X	-650'000	-1'346'168				
			1999/0162	Ergolzthal-Ost, Projektierung	50	Gesamtkredit	X	-400'000	-209'237				
			2000/671	Linksufrige Birsigalstrasse	50	Gesamtkredit	X	400'000	373'287				
		1983/006 + 1985/130	1985/1948	Ergolzthal-Ost, Projektierung	50	Sachanlagen	X		635'172				
			1984/0645	Ausbauprogramm Radrouten	50	Gesamtkredit	X	400'000					
			1987/077	Sissach, Umfahrung	50	Sachanlagen	X	400'000	14'081'849				
			1988/162+ 1990/180	Sissach, Umfahrung	50	Gesamtkredit	X	870'000	44'770				
					50	Sachanlagen	X		328'030'493	66'420			
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-179'699'000				
			1989/1070	Binningen, Sanierung Brücke Schlossgasse	50	Gesamtkredit	X	179'000'000					
			1989/308	Ergolzthal-West, Projektierung	50	Sachanlagen	X	900'000	1'051'923				
			1991/180+ 2004/124 + 2004/887	Sissach, Umfahrung Flank. Massnahmen	50	Gesamtkredit	X	500'000	388'832				
			1992/110	Ausbauprogramm Radrouten		Gesamtkredit	X		436'236	342'777	3'500'000	2'500'000	
			1995/2418	H2, Pratteln-Liestal (HPL)	50	Sachanlagen	X		364'000'293	72'085'477	20'800'000	5'000'000	
			1998/074	Ausbauprogramm Radrouten	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-325'606'548	-71'492'584	-28'000'000	-29'000'000	
						Gesamtkredit	X	248'000'000					
					50	Sachanlagen	X		18'658'507	2'720'443	2'000'000	2'000'000	
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-3'097'736	-581'000	-600'000	-630'000	
			1999/026	Seltisberg, San. Kantonsstrasse innerorts	50	Gesamtkredit	X	25'000'000					
					50	Sachanlagen	X		2'882'840	71'614	500'000	2'000'000	
			2000/150	H18, Laufen/Zwingen Umfahrung	50	Gesamtkredit	X	6'900'000					
					50	Sachanlagen	X		3'418'280				

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA 2-st.	KOA Bezeichnung	VK	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Nr. Abr.
BUD						Gesamtkredit	X	3'000'000					
		2001/310	2002/564	Grellingen,Korr. Baselstr./Delsb.,Proj.	50	Sachanlagen	X		138'018				
		2004/124	2004/887	Sissach, Umfahrung		Gesamtkredit	X	150'000					
		2006/093	2006/1816	H2, Pratteln-Liestal (HPL)		Gesamtkredit	X	94'300'000					
		2006/302	2007/2420	Zwingen, San./Umgest. Ortsdurchfahrt	50	Sachanlagen	X	35'000'000	10'889'674	2'203'846	20'000		
		2007/005	2009/982	Salina Raurica	50	Gesamtkredit	X	14'000'000					
		2007/005(A)	2009/982	Augst, San./Umgestalt. Ortsdurchfahrt A1	50	Sachanlagen	X	13'800'000	1'935'074	356'363	2'550'000	550'000	
		2007/169	2009/1080	Richtplan, Projektierung Strassennetz	50	Sachanlagen	X	500'000	356'657	16'185	50'000		
		2007/176	2007/219	Darlehen/Beteiligung NSNW AG	50	Gesamtkredit	X	2'500'000	1'506'282	277'557	250'000	150'000	
		2008/269	2009/1027	7001 Tunnel Eggflue, Tunnelsicherheit	50	Gesamtkredit	X	5'700'000	3'051'013				
		2008/310	2009/1179,1180	Aesch, Zubringer Pfeffingerring, Vorproj.	50	Sachanlagen	X	18'830'000	15'789'444	1'430'642	100'000		
		2008/310	2009/1179	H18, Birstal, Anschluss Aesch	50	Gesamtkredit	X	400'000	388'383	186'410	500'000		
		2009/209	2009/1526	H2, Umfahrung Liestal, Konzept/Bauprojek	50	Sachanlagen	X	3'300'000	1'272'849	11'305	100'000	100'000	
		2009/211	2009/1527	Allschwil-Baslerstrasse, Projektierung	50	Gesamtkredit	X	8'500'000	3'548'225	976'342	200'000	1'500'000	
				Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	63	Sachanlagen	X		3'264'991	244'926	250'000		
				Gesamtkredit			X	4'845'000	-199'071				
		2009/211	2009/1527	Allschwil, Dorfplatz Tramendschlaufe	50	Sachanlagen	X	400'000			100'000	50'000	
		2010/269	2010/2400	H2, Pratteln-Liestal (HPL)	50	Gesamtkredit	X	139'800'000					
		2010/281	2012/495	Laufen, Gesamtplanung neue Birsbrücke	50	Sachanlagen	X	2'000'000			500'000	700'000	
		2010/281	2012/495	Laufen, Neue Kantonsstrasse Stangimatt	50	Sachanlagen	X				50'000	100'000	
		2012/066	2012/614	Reigoldswil, Sanierung Ziefenstrasse	50	Gesamtkredit	X	200'000	147'479	112'224	200'000	200'000	

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA 2-st.	KOA Bezeichnung	VK	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Nr. Abr.
BUD						Gesamtkredit	X	400'000					
		2013/271	2013/1573	Erneuerung Kantonsstr./Nebenanlagen 9981	50	Sachanlagen	X		26'245'869	1	19'000'000	19'000'000	
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X				-830'000		
						Gesamtkredit	X	76'000'000					
		2013/271	2013/1573	Ausbau Kantonsstrasse/Nebenanlagen 9991	50	Sachanlagen	X		17'373'933		10'000'000	10'000'000	
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-60'000		-820'000		
						Gesamtkredit	X	40'000'000					
		2013/335	2014/1702	Grellingen, San./Umgestalt. Ortsdurchf.	50	Sachanlagen	X		27'903	27'903	3'500'000	3'600'000	
						Gesamtkredit	X	7'150'000					
		2014/036		Langenbruck, Sanierung Ortsdurchfahrt	50	Sachanlagen	X		175'488	3'600	200'000	1'500'000	
	ZFW			Zentrales Fahrzeugwesen	50	Sachanlagen	X		997'254				
	WB			Ankauf Grundstücke Wasserbau 9990	50	Sachanlagen	X		335'454	10'102	100'000	100'000	
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-539'423				
				Wasserbau genereller Ausbau 9991	50	Sachanlagen	X		8'464'896	969'140	1'400'000	1'500'000	
					57	Durchlaufende Inv.-Beitr.	X		304'958				
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-2'146'000	-485'000	-580'000	-575'000	
					67	Durchlaufende Inv.-Beitr.	X		-304'958				
				Biel-Benken, Birsig, Hochwasserschutz	50	Sachanlagen	X		82				
				Grellingen, HWS Birs gem. Konzept	50	Sachanlagen	X		71'704	61'203	100'000	100'000	
				Zwingen, HWS Birs gem. Konzept	50	Sachanlagen	X		263'127	35'863	100'000	100'000	
				HWS Allschwil, HWRB Lützelbach	50	Sachanlagen	X		107'031				
		2005/309	2006/1697	Gelterkinden, Eibach, Hochwasserschutz	50	Sachanlagen	X		2'577'393	1'406			
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-1'077'921	-52'472			
						Gesamtkredit	X	2'950'000					
		2006/302	2007/2420	Zwingen, Birs, HW-Schutz, Fischgängigkeit	50	Sachanlagen	X		868'454				
						Gesamtkredit	X	1'600'000					
		2012/060	2012/683	Laufen, HWS Birs gem. Konzept	50	Sachanlagen	X		570'203	500'631	600'000	600'000	
						Gesamtkredit	X	2'600'000					
		2012/066	2012/614	Reigoldswil, Hintere Frenke, HW-Schutz	50	Sachanlagen	X		185'341	63'641	400'000	200'000	
						Gesamtkredit	X	425'000					
		2012/402	2013/1121	Liesberg, HWS Birs gem. Konzept	50	Sachanlagen	X		104'955	15'379	1'500'000	1'000'000	
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X				-500'000	-400'000	
						Gesamtkredit	X	2'300'000					
		2013/199	2014/1814	"Bäche ans Licht"	50	Sachanlagen	X					400'000	

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA 2-st.	KOA Bezeichnung	VK	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Nr. Abr.
BUD	HBA			Technische Investitionen 9980	50	Sachanlagen			82'997	82'997			
					50	Sachanlagen	X		11'815'675	2'034'831	3'000'000	1'400'000	
				Bauliche Investitionen 9990	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-131'130				
					50	Sachanlagen			222'292	222'292			
					50	Sachanlagen	X		33'367'015	11'717'417	5'000'000	1'800'000	
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-297'566	-58'315			
				Globalkredit Unterh Bau Haustechnik 9970	50	Sachanlagen	X		2'412'961	1'651'297	500'000	500'000	
				Sekundarschulen, Instandsetzung 9910	50	Sachanlagen	X		5'605'360	2'602'026	2'000'000	2'200'000	
				Sekundarschulbauten Neu- und Umbauten	50	Sachanlagen	X		331'090	200'390	700'000	4'260'000	
				Liestal, Kauf Grundstücke	50	Sachanlagen			11'690'400				
				Niederdorf, JUNI Arxhof	50	Sachanlagen	X		1'512				
				Sissach, Landw.Zentrum Ebenrain, San.	50	Sachanlagen	X		128'606				
				Pratteln, KIGA, Optimierungen	50	Sachanlagen	X		8'958				
				Liestal, Neubau Verwaltungsgebäude, 1.Et	50	Sachanlagen	X		26'687				
				Sissach, Arealnutzung Werkhof	50	Sachanlagen	X					320'000	
				Muttenz, FHBB, Sanierung Lüftung Chemie	50	Sachanlagen	X		166'715				
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		4'548'029				
				Investition Mobilier - 9991	50	Sachanlagen	X		433'478				
				Münchenstein, Fachstelle Messwesen		Gesamtkredit	X	560'000					
				Liestal, Rechenzentrum Zeughaus	50	Sachanlagen	X		3'974				
				Muttenz, GIBM	50	Sachanlagen	X				100'000	400'000	
				Erweiterungsbau/San.Altbau									
				Muttenz,Nachnutzung	50	Sachanlagen	X		181'705		150'000	100'000	
				FH-Gebäude(Gym.etc.)									
				Muttenz, FH-Aula, Infrastr. Gesamtsani.	50	Sachanlagen	X				180'000	400'000	
				Überträge ins Finanzvermögen	60	Übertragung von Sachanlagen in das FV			-257'775				
				Augst, RAR Steinlager ARP, Übergangslös.	50	Sachanlagen	X				300'000	100'000	
				Muttenz, Mietausbau Einmietung Valora	50	Sachanlagen	X		99'118				
				Mietausbauten Einmietungen - 9930	50	Sachanlagen	X					500'000	
				Basel, Uni, Neubau / IS Alt-Biozentrum	50	Sachanlagen	X				350'000		
				Liestal, Ausbau Schiessstand Polizei	50	Sachanlagen	X		474'176	474'176			
				Muttenz, Quartierplan SEK II Polyfeld	50	Sachanlagen	X					700'000	
		2002/136	2002/1837	Basel, Neubau UKBB	50	Sachanlagen	X		875'000				
						Gesamtkredit	X						
		2004/182	2005/1325	Muttenz, Strafjustizzentrum	50	Sachanlagen	X		56'904'572	28'650'160	13'800'000	786'000	
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-20'000				

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA 2-st.	KOA Bezeichnung	VK	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Nr. Abr.
BUD						Gesamtkredit	X	2'650'000					
		2005/125	2005/1393	Basel, Neubau UKBB	50	Sachanlagen	X		82'586'710	-60'194			
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-67'501'294	60'194			
						Gesamtkredit	X	74'650'000					
		2007/283+ 2009/383	2008/424+ 2010/1842	Münchenstein, Gymnasium, San. AH	50	Sachanlagen	X		1'082'633	263'463	470'000	400'000	
						Gesamtkredit	X	23'029'000					
		2008/046	2008/633	Muttenz, Straftjustizzentrum		Gesamtkredit	X	4'450'000					
		2008/267 2012/348	2009/1245 2013/1168	Basel, Uni, Neubau Schällemätteli	50	Sachanlagen	X						
					54	Darlehen	X		11'583'336	1'753'336	13'750'000	19'940'000	
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X			63'875	-3'150'000	-4'510'000	
						Gesamtkredit	X	129'500'000					
		2009/100	2009/1399	Liestal, Turnhalle Gymnasium	50	Sachanlagen	X		9'889'380	189'538			
						Gesamtkredit	X	9'889'000					
		2009/383	2010/1842	Münchenstein, Gym., San Villa Ehinger	50	Sachanlagen	X		2'703'576	15'095			
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-17'540				
						Gesamtkredit	X	2'820'000					
		2009/383	2010/2175	Mü'stein, Gym., TP 02.1 Erweiterung	50	Sachanlagen	X				300'000	710'000	
		2009/383 2013/466	2010/2175 2014/1845	Mü'stein, Gym., TP 02.2 Nutzungsanp/Inst	50	Sachanlagen	X		985'346	741'022	550'000	1'180'000	
						Gesamtkredit	X	24'859'777					
		2009/384	2010/1936	Muttenz, Neubau FHNW HLS, PH/HSA u. HABG	50	Sachanlagen	X		409'614				
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-42'068				
		2009/384 2013/349	2010/1936 2014/1701	Muttenz, Neubau FHNW HLS, PH/HSA u. HABG	50	Sachanlagen	X		41'532'323	6'644'756	26'060'000	55'500'000	
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X				-4'000'000		
						Gesamtkredit	X	302'400'000					
		2010/087	2010/2053	Muttenz, Straftjustizzentrum		Gesamtkredit	X	74'200'000					
		2010/317	2010/2395	Sekundarschulbauten, Eigentumsübertrag	50	Sachanlagen	X		202'911'864	5'091'000			
						Gesamtkredit	X	195'000'000					
		2011/194	2011/125	Arlesheim, Mieterausbau Einn. SIPO-West	50	Sachanlagen	X		2'599'004	2'387'770			
						Gesamtkredit	X	2'425'000					
		2011/282	2012/250	Sekundarschulbauten Neu- und Umbauten	50	Sachanlagen	X		15'444'449	11'906'094			
						Gesamtkredit	X	15'500'000					
		2012/084	2012/765	Gutsbetriebe Wildenstein u. Arxhof	50	Sachanlagen	X		1'721'445	1'437'866			

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA 2-st.	KOA Bezeichnung	VK	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Nr. Abr.
BUD						Gesamtkredit	X	1'700'000					
		2012/138	2012/872	Augst, RAR Steinlager Arbeitsplätze	50	Sachanlagen	X		341'860	89'382	470'000	750'000	
		2013/023	2013/1238	Münchenstein, Gym. Erw., Pavillonproviso	50	Gesamtkredit	X	1'650'000					
						Sachanlagen	X		226'945	145'353	700'000		
		2013/068	2013/1313	Sekundarschulbauten Neu- und Umbauten	50	Gesamtkredit	X	2'392'000					
						Sachanlagen	X		272'184	136'989	1'500'000	1'000'000	
		2013/348	2013/1752	Sekundarschulbauten Neu- und Umbauten	50	Gesamtkredit	X	3'250'000					
						Sachanlagen	X		296'271	296'271	4'200'000	4'000'000	
		2014/005	2014/1943	Sekundarschulbauten Neu- und Umbauten	50	Gesamtkredit	X	8'990'000					
						Sachanlagen	X		178'698	2'009	500'000	600'000	
		2014/033	2014/1945	Sekundarschulbauten Neu- und Umbauten	50	Gesamtkredit	X	9'900'000					
						Sachanlagen	X				410'000	7'000'000	
	AIB	2003/250	2004/582	Ara Ergolz 2 Schlammanlagen	50	Gesamtkredit	X	7'945'000					
						Sachanlagen	X		8'812'440				
				Abwasserreinigungsanlagen Sammelpos 9990	50	Gesamtkredit	X	9'200'000					
						Sachanlagen	X		7'632'363	2'420'235	700'000	1'850'000	
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-385'747				
				Abfallbeseitigungsanlagen Sammelpos 9991	50	Sachanlagen	X		435'589		50'000	50'000	
				Energiewirtschaft Sammelpositionen 9981	50	Sachanlagen	X		1'258'433	836'938	1'050'000	200'000	
				Effizienzinvest. Fernwärmezentrale 9992	50	Sachanlagen	X		1'923'095	838'098	1'000'000	200'000	
				Netz Sammelposition 9991	50	Sachanlagen	X		2'229'461	1'199'899	1'400'000	1'400'000	
				Betriebsverbund Höli 9980	50	Sachanlagen	X		61'644				
				Wasser Sammelposition-9990	50	Sachanlagen	X				500'000	500'000	
				Ara Zeglingen, Abwasserbehandlung	50	Sachanlagen	X					1'000'000	
				Ara Rünenberg-Süd, Abwasserbehandlung	50	Sachanlagen	X				1'500'000	2'000'000	
				FWKM MuttENZ Ersatz Wärmepumpe	50	Sachanlagen	X		2'124'128	7'759		2'000'000	
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-693'900				
				Sanierung Hochkamin FW Liestal	50	Sachanlagen	X		150'712				
						Gesamtkredit	X	7'420'000					
				Tunnelsanierung Elbisgraben	50	Sachanlagen	X				500'000		
				Sanierung Schlammanlage ARA E1	50	Sachanlagen	X				800'000	3'000'000	
				**Ara Rhein, Abwasserbehandlung	50	Sachanlagen	X					1'000'000	
				Deponie Ausbau und Abschluss	50	Sachanlagen	X				500'000	300'000	
				Metallausscheidung	50	Sachanlagen	X				1'000'000	2'500'000	

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA 2-st.	KOA Bezeichnung	VK	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Nr. Abr.
BUD				FHWL Liestal Netzausbau Etappe 3	50	Sachanlagen	X					500'000	
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X					-20'000	
			1993/1396	Deponie Elbisgraben, Reaktor-Etappe 6	50	Sachanlagen	X		18'748'114				
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-3'253'585				
						Gesamtkredit	X	20'500'000					
			1994/1741	FHWL Liestal Netzausbau Etappe 2	50	Sachanlagen	X		15'043'472	189'474	300'000		
					61	Rückerstattungen	X		-270'916				
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-2'462'779	-60'357	-30'000		
						Gesamtkredit	X	15'000'000					
		1991/034	1991/2717	Region Birsig Regenwasserbehandlung	50	Sachanlagen	X		15'920'217	296'078			
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-2'080'521				
						Gesamtkredit	X	20'300'000					
		1997/188	1997/1161	Deponie Elbisgraben, Reaktor-Etappe 7	50	Sachanlagen	X		498'164				
						Gesamtkredit	X	2'270'000					
		1997/188	1997/1161	Deponie Elbisgraben, Reaktor-Etappe 8	50	Sachanlagen	X		1'744'835	464'359			
						Gesamtkredit	X	1'800'000					
		2003/143	2004/308	Mischwasserbehandlung Region Birstal	50	Sachanlagen	X		20'215'065	3'818'207	1'100'000	800'000	
						Gesamtkredit	X	24'700'000					
		2003/143 + 2011/330	2004/308 + 2012/354	Ara Birs 2 Ausbau	50	Sachanlagen	X		51'635'053	1'699'752	500'000		
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-12'293'122	-229'676	-300'000		
						Gesamtkredit	X	58'000'000					
		2005/034	2005/1324	Ara Liesberg Ausbau	50	Sachanlagen	X		3'432'802	563			
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-341'882				
						Gesamtkredit	X	3'600'000					
		2007/179	2007/268	Ara Frenke 3, Planung und Mischwasser	50	Sachanlagen	X		835'821				
						Gesamtkredit	X	800'000					
		2007/179	2007/268	Ara Frenke 1, Ableitungskanal	50	Sachanlagen	X		2'161'678				
						Gesamtkredit	X	3'900'000					
		2010/036	2010/1896	Sanierung Kanal Sissach	50	Sachanlagen	X		2'300'403	9'386			
						Gesamtkredit	X	2'600'000					
		2010/409	2011/2464	Ormalingen - Ersatz Kanal / MWB	50	Sachanlagen	X		3'065'223	272'299			
						Gesamtkredit	X	4'800'000					
		2011/329	2012/353	ARA Hemmiken Abwasserbehandlung	50	Sachanlagen	X		633'213	30'977			
						Gesamtkredit	X	800'000					

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA 2-st.	KOA Bezeichnung	VK	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Nr. Abr.
BUD		2011/329	2012/353	ARA Häfelfingen Abwasserbehandlung	50	Sachanlagen	X		753'319	723'771			
						Gesamtkredit	X	700'000					
		2011/330	2012/354	Solaranlagen	50	Sachanlagen	X		1'422'418	447'497	600'000		
						Gesamtkredit	X	1'910'000					
		2012/005	2012/471	FHMW MuttENZ Netzausbau	50	Sachanlagen	X		3'731'631	3'187'415	500'000	1'000'000	
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-2'552'010	-2'502'010	-100'000	-300'000	
						Gesamtkredit	X	4'512'000					
		2012/065	2012/766	Massnahmen im Netz Frenkentäler	50	Sachanlagen	X		23'965	23'965	4'600'000	2'800'000	
						Gesamtkredit	X	10'620'000					
		2012/065	2012/766	ARA Frenke Neubau	50	Sachanlagen	X		368'710	368'710	800'000	4'500'000	
						Gesamtkredit	X	39'340'000					
		2012/065	2012/766	ARA Frenke 2, Ausbau/Erhalt	50	Sachanlagen	X		12'217	12'217			
						Gesamtkredit	X	2'000'000					
		2012/066	2012/614	Zuleitungskanal ARA Frenke 1 Reigoldswil	50	Sachanlagen	X		23'106	23'106	30'000	500'000	
						Gesamtkredit	X	75'000					
		2013/281	2014/1733	Ara ProRtheno, Abwasserbehandlung	50	Sachanlagen	X				200'000	700'000	
						Gesamtkredit	X	2'200'000					
ARP		2007/005(A)	2009/982	Salina Raurica		Gesamtkredit	X	2'500'000					
ARP NL				Ankauf von Grundstücken 999	50	Sachanlagen	X		241'754				
ALV				Überträge ins Finanzvermögen	60	Übertragung von Sachanlagen in das FV			-1'106				
ÖV				Ausbauten öffentlicher Verkehr 9990	50	Sachanlagen	X		8'244'150	2'069'171	500'000	500'000	
					56	Eigene Inv.-Beitr.	X				500'000	500'000	
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-281'321	-215'232			
				Ausbau BLT Linie 10 Margarethenstich	56	Eigene Inv.-Beitr.	X				500'000		
				BLT Linie 10/17 Doppelspur Spiesshöfli	50	Sachanlagen	X		23'750	23'750	400'000		
					56	Eigene Inv.-Beitr.	X				400'000		
				Salina Raurica, ÖV-Anlagen	56	Eigene Inv.-Beitr.	X				500'000	2'000'000	
				Herzstück	50	Sachanlagen	X					1'000'000	
				Allschwil, Baslerstr., Real. Schiene	50	Sachanlagen	X				500'000	1'000'000	
				Trasseesanierung ink. Landerwerb L 10	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		677'015				
				MuttENZ, Busbahnhof, Projekt. (A2, Ö29)	56	Eigene Inv.-Beitr.	X				100'000	400'000	
				Trasseesanierung Linie 11	50	Sachanlagen	X		3'774'429	3'774'429			
					56	Eigene Inv.-Beitr.	X		3'770'575	3'770'575	5'000'000	500'000	
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-1'918'287	-1'918'287	-1'500'000		

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA Bezeichnung 2-st.	VK	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Nr. Abr.
BUD					Gesamtkredit	X	39'700'000					
		2006/037	2006/2036	Tram/Bahnübergänge Optimierungen	56	X		3'543'824	3'543'824	5'000'000	4'000'000	
					Gesamtkredit	X	20'000'000					
		2007/005A	2009/982	Salina Raurica, ÖV-Anlagen	56	X		737'538	737'538	200'000	200'000	
					Gesamtkredit	X	1'344'000					
		2007/169	2009/1080	Richtplan, Projektierung Schienennetz	56	X		8'681	8'681	50'000	50'000	
					Gesamtkredit	X	500'000					
		2009/211	2009/1527	Allschwil, Grabenring, BVB Linie 6	50	X		2'447'407				
					Gesamtkredit	X	2'705'000					
		2009/348	2010/1721	Allschwil, Baslerstr. BVB Linie 6, Inst.	50	X		2'884'559	613'262	100'000		
					Gesamtkredit	X	3'500'000					
		2010/266	2010/2177	Ausbau BLT Linie 10 Margarethenstich	56	X		51'981	51'981	400'000	200'000	
					Gesamtkredit	X	770'000					
		2010/283	2010/2178	BLT Linie 10/17 Instandsetzung	56	X		556'379	556'379			
					Gesamtkredit	X	17'400'000					
		2010/283	2010/2178	BLT Linie 11 Instandsetzung	56	X		2'051'030	2'051'030			
					Gesamtkredit	X	16'350'000					
		2011/221	2011/148	Trassesanierung BLT Linie 12/14	56	X		1'579'860	1'579'860	4'000'000	3'600'000	
					Gesamtkredit	X	23'230'000					
		2011/378	2012/496	Laufen, Ausbau Bushof	50	X		648'702	522'307	400'000	4'000'000	
					Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X					-1'600'000	
					Gesamtkredit	X	5'660'000					
		2011/378	2012/496	Bahnhof Laufen, Vorprojekte Module B&C	50	X		52'879	46'192	400'000		
					Eigene Inv.-Beitr.	X					100'000	
		2012/204	2012/1014	Bushalt. Umsetz. BehiG Bus,Projekt.	50	X		72'655	37'211	500'000	300'000	
					Gesamtkredit	X	1'000'000					
		2012/204	2012/1014	Tramhaltest., Umsetz.BehiG, Proj. (500991)	56	X				1'000'000	250'000	
					Gesamtkredit	X	2'000'000					
		2012/272	2012/1015	BLT Linie 10/17 Doppelspur Eitingen-Flü	56	X		3'158'452	3'158'452	11'600'000	1'500'000	
					Gesamtkredit	X	16'450'000					
		2013/275	2013/1572	BLT 10, 10/17&11, Instandsetz (501231)	56	X				3'900'000	6'900'000	
					Eigene Inv.-Beitr.	X						
		2013/465	2014/1942	WB Ausbau Infrastruktur (500431)	56	X				3'400'000	13'500'000	
					Gesamtkredit	X	29'000'000					
SID	Ergebnis							13'600'767				
	AMB	2002/176	2003/1941	Ölwehrmassnahmen auf Fliessgewässern	50	X		233'544				

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA KOA Bezeichnung 2-st.	VK	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Nr. Abr.
SID					Gesamtkredit	X	870'000					
		2005/262	2006/1558 ,1559	Sicherheitsfunknetz Polycom	50 Sachanlagen	X		18'713'221				
					Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-5'345'998				
					Gesamtkredit	X	13'373'000					
BKSD	Ergebnis									500'000		
	AfBB			ÜK-Zentrum Holzbau	56 Eigene Inv.-Beitr.					500'000		

6. Liste der Massnahmen aus dem Entlastungspaket 12/15 mit Entlastungen bis 2015

Nr. in LRV	Profitcenter	Dienststelle	Titel der Massnahme	Entlastungsbetrag kumuliert bis und mit Budget 2015 in TCHF
KB-KI-3	P2003	Staatsarchiv	Reduktion Personalaufwand (CHF 35'000.-) und Sachaufwand (CHF 45'000.-)	80
KB-KI-6	P2002	Landeskanzlei	Das Info-Heft soll nur noch 3x jährlich erscheinen (z.B. April, September und Dezember)	64
KB-KI-7	P2002	Landeskanzlei	Systematische Gesetzessammlung (SGS) nicht mehr auf Papier ausdrucken	21
FKD: Entlastungsbeitrag aus direktionsspezifischen Massnahmen				165
Ü-1b-KB	div.	div.	Aus Ü-1b: Infoheft: interne Verteilung an Mitarbeiter, Sparen von Porti	26
Ü-1c-KB	div.	div.	ANTEIL KB: Restriktiver Papierverbrauch	8
Ü-5-KB	div.	div.	ANTEIL KB: Aufwand externe Gutachter, Berater etc. auf Stand 2009 reduzieren	44
Kantonale Behörden: EP 12/15 TOTAL				243

FKD-2	P21024	Finanzverwaltung	Einkommensabhängige Reduktion der Krankenkassenprämienverbilligung	10'000
FKD-3	P21023	Finanzverwaltung	Anpassung Ergänzungsleistungen zu AHV/IV (Vermögensverzehr)	0
FKD-4	P21024	Finanzverwaltung	Neuregelung Anspruch auf Prämienverbilligung für junge Erwachsene	4'000
FKD-5	P2106/P2107	Steuerverwaltung	Zusätzlicher Steuerertrag durch verstärkte Revisionstätigkeit	1'980
FKD-6	P21021	Finanzverwaltung	Erhöhung der Abgeltung Staatsgarantie BLKB	5'000
FKD-KI-1	P2107	Steuerverwaltung	Provision für den Bezug der Kirchensteuer	104
FKD-KI-2	P2106	Steuerverwaltung	Umstellung auf A-Post Plus	40
FKD-KI-3	P2104	Personalamt	Totalrevision der Ruhegehaltsordnung	611
FKD-KI-4	P2107	Steuerverwaltung	Bezugsprovision Quellensteuer	681
FKD-KI-5	P2100	GS	Telefonie (Kostenreduktion)	500
FKD-KI-6	P2106	Steuerverwaltung	Einführung einer Gebühr für Zahlungsabkommen	450
FKD-KI-7	P2107	Steuerverwaltung	Änderung des Umlageverfahrens der Bezugskosten der Quellensteuer	384
FKD-KI-8	P2103	Kantonales Sozialamt	Entlastung nach Gesetzesänderung Sozialhilfegesetz im Bereich Alimente	500
FKD-KI-9	P2100	GS	Reduzierung der einzelnen Dienststellenbudgets (IT)	297
FKD-KI-10	P2105	Statistisches Amt	Aufwandreduktion temporäre Personalkosten (Projekte)	-150
FKD-KI-11	P2106	Steuerverwaltung	Reduktion Temporärbudget Steuerverwaltung	220
FKD-KI-12	P2106	Steuerverwaltung	Kundenempfang der Steuerverwaltung	125
FKD-KI-13	P2105	Statistisches Amt	Finanz- und Lastenausgleich (Budgetanpassung)	300
FKD-KI-14	P2102	Finanzverwaltung	Reduktion eingekaufte Dienstleistungen	-47
FKD-KI-15	P2106	Steuerverwaltung	Halbierung der Vergütung an Gemeinden für Fristerstreckungen	125
FKD-KI-16	P2104	Personalamt	Straffung des zentral eingestellten Budgets für Inseratekosten	40
FKD-KI-17	P2106	Steuerverwaltung	Reduktion Aus- und Weiterbildung	50
FKD-KI-18	P2104	Personalamt	Reduktion der PE-Seminare um 10%	132
FKD-KI-19	P2104	Personalamt	Führungsausbildung Durchführungen reduzieren	49
FKD-KI-20	P21001	GS	Der Kanton zahlt die Löhne für die Organisten in Spitalgottesdiensten nicht mehr	48
FKD-KI-21	P2104	Personalamt	Prüfung der Leistungsvereinbarung mit der Basellandschaftlichen Gebäudeversicherung "Arbeitsicherheit und Gesundheitsschutz in der Verwaltung des Kantons Basel-Landschaft"	-39
FKD-KI-22	P2104	Personalamt	Verzicht auf Personalmarketing-Massnahmen	40
FKD-KI-23	P21001	GS	Die Subvention für das Seminarhotel Leuenberg wird ersatzlos gestrichen	20
FKD-KI-24	P2105	Statistisches Amt	Aufwandreduktion Konto 310/313 (Büromaterial, Publikationen, Drucksachen, Porti)	20
FKD-KI-25	P2106	Steuerverwaltung	Erhöhung der Entschädigung für Mehrkosten bei Einsprachen auf amtliche Veranlagungen	20
FKD-KI-26	P2106	Steuerverwaltung	Verzicht auf kostenpflichtige Inserate	16
FKD-KI-27	P2101	Fachstelle für Gleichstellung	Kürzung von Leistungen	10
FKD-KI-28	P2104	Personalamt	Reduktion der Grafiker-und Druckkosten für die Seminarprogramme	18

Nr. in LRV	Profitcenter	Dienststelle	Titel der Massnahme	Entlastungsbetrag kumuliert bis und mit Budget 2015 in TCHF
FKD-KI-29	P2104	Personalamt	Seminarpreiserhöhungen für Externe (ohne LOGS und Spitäler, inkl. "KIGA-Spezialeinheiten")	10
FKD-KI-30	P2101	Fachstelle für Gleichstellung	Kommission für Gleichstellung (Budgetanpassung)	4
FKD: Entlastungsbeitrag aus direktionsspezifischen Massnahmen				25'558
Ü-1c-FKD	div.	div.	ANTEIL FKD: Restriktiver Papierverbrauch	14
Ü-1d-FKD	div.	div.	Anteil FKD: Effizienzsteigerung im Beschaffungs- und Auftragwesen	406
Ü-5-FKD	div.	div.	Anteil FKD: Aufwand externe Gutachter, Berater etc. auf Stand 2009 reduzieren (inkl. Teile von Ü-1d-FKD im Jahr 2014 und 2015)	575
Ü-6-FKD	P2100 (P21000)	Generalsekretariat (ZID)	ANTEIL FKD: Optimierung im IT-Bereich (Aufgabenprofile etc.)	0
Ü-7-FKD	P2102 / P2104	Finanzverwaltung / Personalamt	ANTEIL FKD: Ausweisung der Effizienzgewinne resultierend aus dem ERP-Projekt (IT-Optimierung im Bereich Rechnungswesen und Personal)	300
Ü-8-FKD	P2100	Finanz	ANTEIL FKD: Reduktion Subventionen durch neue Berechnungsgrundlage	1'450
Ü-KI-9-FKD	P2100 (P21000)	Finanzverwaltung	ANTEIL FKD: Informatik: Thin Clients anstelle PC's	250
Ü-KI-10-FKD	P2100 (P21000)	Generalsekretariat (ZID)	ANTEIL FKD: Gesamtaufwand für Informatik bei allen Direktionen und Gerichten auf Stand 2009 zurückführen	6
FKD: EP 12/15 TOTAL				28'559

VGD-1	P2313	BUD - ALV	Baurechtzinseinnahmen Spitalgesellschaften	3'463
VGD-2	P21020	FKD - FIV	Darlehen Spitalgesellschaften	2'740
VGD-KI-1	öff.-rechtl. Anstalt BL/BS	Schweizerische Rheinhäfen	Aktivere Bewirtschaftung des Hafenvermögens	150
VGD-KI-2	P2200	GS	Betriebsanlässe Mitarbeiter Spitäler BL	438
VGD-KI-3	P2206	Amt für Geoinformation	Ordentliche Pensionierungen ohne Stellenersatz	1'007
VGD-KI-4	P2205	Amt für Wald	Erhöhung der Entschädigung BS für das gemeinsame Amt für Wald	150
VGD-KI-5	P2205	Amt für Wald	Verzicht auf den Ersatz eines in Pension gehenden Kreisförsters	175
VGD-KI-6	P2207	Landw. Zentrum Ebenrain	Die Dienststellenleitung übernimmt die Schulleitung der landwirtschaftlichen Schule in Personalunion	150
VGD-KI-7	P2201	KIGA	Verzicht auf eine zusätzlich geplante Stelle im Arbeitsinspektorat	160
VGD-KI-8	P2207	Landw. Zentrum Ebenrain	Kursprogramm des Landwirtschaftlichen Zentrums Ebenrain zu Vollkosten anbieten oder streichen	75
VGD-KI-9	P2206	Amt für Geoinformation	Frühzeitige Pensionierungen ohne Stellenersatz	147
VGD-KI-10	P2201	KIGA	Verzicht auf die Kompensation einer Pensenreduktion von 40 Stellenprozent im Arbeitsinspektorat	50
VGD-KI-11	P2207	Landw. Zentrum Ebenrain	Reduktion der Spezialfinanzierung Betriebshilfe	50
VGD-KI-12	P2205	Amt für Wald	Abschaffung der Investitionskredite / Einführung koordinierter Entscheide / Auslagerung Kursadministration	40
VGD-KI-13	P2208 / P2305	Kantonales Laboratorium/ BUD - AUE	Integration der BUD-Wasseranalytik ins Kantonslabor	115
VGD-Neu-3	P2200	GS	Regressforderungen im KVG-Bereich (Haftung Dritter für Spitalbehandlungen)	300
VGD-Neu-5	P2200	GS	Gemeinwirtschaftl. Leistungen Kantonsspital BL / IA 501073	1'400
VGD-Neu-6	P2200	GS	Gemeinwirtschaftl. Leistungen Psychiatrie BL / IA 501194 (alt)	500
VGD-Neu-7	P2200	GS	Gemeinwirtschaftl. Leistungen UKBB BL / IA 501074 (alt)	500
VGD-Neu-8	P2200	GS	Gemeinwirtschaftl. Leistungen Priv. Spitäler BL / IA 501193 (alt)	115
VGD: Entlastungsbeitrag aus direktionsspezifischen Massnahmen				11'725
Ü-1a-VGDa	div.	div.	Aus Ü-1a: Bereich Landwirtschaft: Tiefere Beiträge (Obstbau, Tierzucht, Hochbau, Kontrollkosten)	200
Ü-1a-VGDb	div.	div.	Heilmittelinspektorat	45
Ü-1a-VGDb	div.	div.	Försterinnenausbildung	15
Ü-1a-VGDd	div.	div.	ANTEIL VGD: Aus Ü-1a: Bereich Gesundheitsgesetz: Aufwandredukt. bei Beiträgen an Institut. und Drucksachen	30

Nr. in LRV	Profitcenter	Dienststelle	Titel der Massnahme	Entlastungsbetrag kumuliert bis und mit Budget 2015 in TCHF
Ü-1a-VGDe	div.	div.	ANTEIL VGD: Aus Ü-1a: Naturschutz im Wald: Aufwandreduktion durch Prozessvereinfachungen, Stelleneinsparungen	100
Ü-1a-VGDf	div.	div.	ANTEIL VGD: Aus Ü-1a: Revision Jagd- und Fischereigesetz	431
Ü-1c-VGD	div.	div.	ANTEIL VGD: Restriktiver Papierverbrauch	12
Ü-1d-VGD	div.	div.	ANTEIL VGD: Effizienzsteigerung im Beschaffungs- und Auftragswesen	555
Ü-5-VGD	div.	div.	ANTEIL VGD: Aufwand externe Gutachter, Berater etc. auf Stand 2009 reduzieren	449
Ü-7-VGD	div.	div.	ANTEIL VGD: Ausweisung der Effizienzgewinne resultierend aus dem ERP-Projekt (IT-Optimierung im Bereich Rechnungswesen und Personal)	154
VGD: EP 12/15 TOTAL				13'716

BUD-2	P2314	Amt für Raumplanung	Erhöhung Kostendeckungsgrad Öffentlicher Verkehr	2'000
BUD-3	P2314	Amt für Raumplanung	Nullrunde bei Transportunternehmen und Elimination der Teuerungsreserven	2'000
BUD-4	P2304	Hochbauamt	Reduktion des Aufwands für Instandhaltung Gebäude und Umgebung	600
BUD-5	P2304	Hochbauamt	Verzicht auf Mieterausbau (Einmietungen)	800
BUD-6	P2304	Hochbauamt	Reduktion Neu-Anschaffung von Büro- und Schulmobiliar	500
BUD-KI-1	P2309	Amt für Raumplanung	VK Verlegung Amphibien aus der Zurlindengrube Pratteln wird nicht mehr weiter ausgeschöpft	894
BUD-KI-2	P2305	Amt für Umweltschutz und Energie	Erhöhung der Konzessionsgebühren für Kraftwerke	800
BUD-KI-3	P2305	Amt für Umweltschutz und Energie	Reduktion Sollstellen	800
BUD-KI-5	P2301	Tiefbauamt	Betrieblicher Unterhalt H2/H18	300
BUD-KI-6	P2305	Amt für Umweltschutz und Energie	Förderung "Baselbieter Energiepaket", Verpflichtungskredit CHF 50 Mio. vom 12.11.2009	300
BUD-KI-7	P2304	Hochbauamt	Reduktion Personalressourcen	150
BUD-KI-8	P2309	Amt für Raumplanung	"Abgeltungen für Unterschutzstellungen" ausser "Landerwerb" auf CHF 100'000.- herunterfahren	280
BUD-KI-9	P2301	Tiefbauamt	Winterdienst	230
BUD-KI-10	P2311	Lufthygieneamt	Optimierung Personaleinsatz und Abbau Massnahmenplanung / Planungsgrundlagen / Erfolgskontrolle	220
BUD-KI-11	P2310	Bauinspektorat	Anpassung der Gebühren im Baubewilligungsverfahren	202
BUD-KI-12	P2303	Tiefbauamt	Unterhalt Wasserbau	200
BUD-KI-13	P2304	Hochbauamt	Parkzinsen: Verdoppelung der Gebühren für Mitarbeitende des Kantons (exkl. Spitäler)	200
BUD-KI-14	P2302	Tiefbauamt	Treibstoffverkauf an den Tankstellen der kantonalen Verwaltung	200
BUD-KI-15	P2314	Amt für Raumplanung/Tiefbauamt	Anpassung der WB-Stationen auf das neue Rollmaterial sind auf das notwendigste zu beschränken	200
BUD-KI-16	P2305	Amt für Umweltschutz und Energie	Reduktion Sollstellen	150
BUD-KI-17	P2311	Lufthygieneamt	Verursachergerechte Gebührenerhebung nach eidg. Umweltschutzgesetz bei der Feuerungskontrolle BL	150
BUD-KI-18	P2305	Amt für Umweltschutz und Energie	Erdwärmesonden	60
BUD-KI-19	P2305	Amt für Umweltschutz und Energie	Altlastenbearbeitung (inkl. Bearbeitung Kataster)	150
BUD-KI-20	P2312	Sicherheitsinspektorat	Personalsoptimierung und Mutationsgewinn	145
BUD-KI-21	P2301	Tiefbauamt	Kostenbeteiligung an NSNW AG um 5 % reduzieren; versprochenen Produktivitätsgewinn einfordern	135
BUD-KI-22	P2310	Bauinspektorat	Reorganisation des Bauinspektorates	177
BUD-KI-23	P2302	Tiefbauamt	Ersatz- und Zusatzanschaffungen von Fahrzeugen der kantonalen Fahrzeugflotte	130
BUD-KI-24	P2302	Generalsekretariat	Pensenreduktion der pendenten Sekretariatsstelle (von 80% auf 60%) sowie Abbau Juristenstelle im Aktuarat der Baurekurskommission	120
BUD-KI-25	P2309	Amt für Raumplanung	VK ökologischer Ausgleich (2009-2013) wird um CHF 116'000.- gekürzt	116

Nr. in LRV	Profitcenter	Dienststelle	Titel der Massnahme	Entlastungsbetrag kumuliert bis und mit Budget 2015 in TCHF
BUD-KI-26	P2300	Generalsekretariat	GEVER	100
BUD-KI-27	P2309	Amt für Raumplanung	NATUR Festival beider Basel (2008-2011)	100
BUD-KI-28	P2309	Amt für Raumplanung	Ausschöpfung Jahrestanchen Verpflichtungskredit Naturschutz im Wald (2009 - 2013) um CHF 100'000.- gekürzt	120
BUD-KI-29	P2313	Amt für Liegenschaftsverkehr	Reduktion des Budgets Unterhalt an Grundstücken	100
BUD-KI-30	P2301	Tiefbauamt	Anschaffung Maschinen, Geräte, Werkzeuge	100
BUD-KI-31	P2301	Tiefbauamt	Sicherheitsholzerei	80
BUD-KI-32	P2309	Amt für Raumplanung	Waldförderungsprogramme streichen (Naturschutz im Wald, Walddauerbeobachtung, Natur- und Landschaftsschutz)	50
BUD-KI-33	P2303	Tiefbauamt	Anschaffung Maschinen, Geräte, Werkzeuge	70
BUD-KI-34	P2301	Tiefbauamt	Unterhalt der Beleuchtungsanlagen	65
BUD-KI-37	P2308	Amt für Raumplanung	Voraussichtlicher Mutationsgewinn bei Ersatz regulär pensionierter Person März 2012	45
BUD-KI-38	P2300	Generalsekretariat	Straffung Mitgliedschaften und Beiträge	26
BUD-KI-39	P2301	Tiefbauamt	Anschaffung / Unterhalt Verkehrszählgeräte	28
BUD-KI-40	P2300	Generalsekretariat	Administration Reinigungspersonal	0
BUD-KI-41	P2301	Tiefbauamt	Strassenmarkierung	20
BUD-KI-42	P2307	Amt für Raumplanung	Unterhalt und Ersatz der Messgeräte Lärmschutz	10
BUD-KI-43	P2307	Amt für Raumplanung	Reduktion der budgetierten Mittel für Spesen und Anlässe	10
BUD-KI-44	P2307	Amt für Raumplanung	Reduktion der Frankaturkosten	4
BUD-KI-45	P2301	Tiefbauamt	Bericht Verkehrszählungen	1
BUD-Neu-1	P2314	Öffentlicher Verkehr	Effizienzsteigerung KTU	538
BUD-Neu-2	P2305	Amt für Umweltschutz und Energie	Expertisen im Bereich Umwelt und Energie	150
BUD-Neu-3	P2301	Tiefbauamt	Dauerhafte Budgetkürzung im Bereich Dienstleistung, Planung und Projekte beim Tiefbauamt	400
BUD-Neu-4	P2307	Amt für Raumplanung	Dauerhafte Budgetkürzung im Bereich Dienstleistung, Planung und Projekte beim Amt für Raumplanung	50
BUD-Neu-5	P2304	Hochbauamt	Dauerhafte Reduktion baulicher Unterhalt	1'000
BUD-Neu-6	P2305	Amt für Umweltschutz und Energie	Budgetkürzung im Bereich Umwelt und Energie	300
BUD-Neu-7	P2304	Hochbauamt	Aufhebung Stellen Dienststellenleiter und Dienststellenleiter-stv. beim Amt für Liegenschaftsverkehr	420
BUD-Neu-8	P2309	Amt für Raumplanung	Vermehrte Bestellung baulicher Leistungen beim Tiefbauamt	50
BUD-Neu-10	P2304	Hochbauamt	Kürzung Mobiliar nicht aktivierbare Anlagen (2014) resp. anderweitig kompensiert (Folgejahre)	1'000
BUD-Neu-11	P2304	Hochbauamt	Kürzung im baulichen Unterhalt (2014) resp. anderweitig kompensiert (Folgejahre)	1'000
BUD: Entlastungsbeitrag aus direktionsspezifischen Massnahmen				18'046
Ü-1c-BUD	div.	div.	ANTEIL BUD: Restriktiver Papierverbrauch	10
Ü-5-BUD	div.	div.	ANTEIL BUD: Aufwand externe Gutachter, Berater etc. auf Stand 2009 reduzieren	1'709
Ü-7-BUD	div.	div.	ANTEIL BUD: Ausweisung der Effizienzgewinne resultierend aus dem ERP-Projekt (IT-Optimierung im Bereich Rechnungswesen und Personal)	300
BUD: EP 12/15 TOTAL				20'065
SID-1	P241 etc.	Bereich Zivilrecht	Projekt FOCUS: Verzicht auf die Führung eines Amtsnotariats und vollständige Reorganisation der Behörden im Zivilrecht	2'000
SID-1b	P2304	Hochbauamt	Projekt FOCUS: Teil Raumeinsparungen	800
SID-2	P2420	Polizei BL	Anpassung Auslösegeschwindigkeit bei Geschwindigkeitskontrollen	5'000
SID-3	P24001B	GS	Konsequenter Bewirtschaftung von Drittkostenträgern, Optimierungen etc.	1'171

Nr. in LRV	Profitcenter	Dienststelle	Titel der Massnahme	Entlastungsbetrag kumuliert bis und mit Budget 2015 in TCHF
SID-4	P2420	Polizei BL	Strengere Bearbeitung der Bilder bei Geschwindigkeitsmessungen	1'000
SID-5	P2450	Staatsanwaltschaft	Erhöhung Verfahrenskosten (Seitenpauschale) in der Staatsanwaltschaft	850
SID-KI-1	P24000 P24002 / P24003	GS	Verzicht auf subsidiäre Präventionstätigkeiten	833
SID-KI-2	P2420	Polizei BL	Auflösung Dienst Organisierte Kriminalität OK innerhalb der Hauptabteilung Kriminalitätsbekämpfung	660
SID-KI-3	P2420	Polizei BL	Anpassung Geschwindigkeitskonzept Stinger	1'400
SID-KI-4	P2442	Massnahmenzentrum Arxhof	Erhöhung der Aufenthaltstaxen und Erhöhung der durchschnittlichen Belegung (Massnahmenzentrum Arxhof)	579
SID-KI-5	P2420		Aufhebung der Wohnzulage (Mietausgleich)	536
SID-KI-7	P2420	Polizei BL	Reduktion Prozess Leistungserfassung/Controlling	385
SID-KI-8	P2442	Massnahmenzentrum Arxhof	Grössere Unterhaltsarbeiten für Gebäude und Areal sind mittelfristig nicht erforderlich	349
SID-KI-9	P24000	GS	Halbierung der Aus- und Weiterbildungskosten der Sicherheitsdirektion (ohne Polizei und ohne Arxhof) sowie der Honorare für auswärtige Beratungen und Begutachtungen	337
SID-KI-10	P2431	Amt für Militär und Bevölkerungsschutz	Nichtersatz von Pensionierungen, Verteilung der Aufgaben	290
SID-KI-11	P2430	Amt für Migration	Aufhebung von Stellen und Aufgabentransfer innerhalb der Abteilung	230
SID-KI-12	P2431	Amt für Militär und Bevölkerungsschutz	Schliessung Liq.-Shop	192
SID-KI-13	P2442	Massnahmenzentrum Arxhof	Einsparungen bei Anschaffungen von Maschinen	110
SID-KI-14	P2450	Staatsanwaltschaft	Optimierung und Reduzierung Postversand	200
SID-KI-16	P24004	GS	M1 Reduktion Dienstleistungen Dritter	150
SID-KI-17	P24004	GS	M2 Reduktion Hardware	150
SID-KI-18	P2431	Amt für Militär und Bevölkerungsschutz	Reduktion der Ölwehrstützpunkte	150
SID-KI-19	P2450	Staatsanwaltschaft	Neue Massnahme	150
SID-KI-20	P2430	Amt für Migration	Ersatzfinanzierung für die Fortführung der Erstinformationsgespräche für neu zuziehende Ausländerinnen und Ausländer per 2012 und 2013	150
SID-KI-21	P2432	MfK BL	Verzicht auf die per 2011 zusätzlich bewilligte Stelle (auf MFK)	130
SID-KI-22	P24000	GS	Reduktion von Führungsinstrumenten im Generalsekretariat mit Abbau 1 Stelle	116
SID-KI-23	P2432	MfK BL	Verzicht auf Besetzung einer Stelle nach Pensionierung eines MA	110
SID-KI-24	P2450	Staatsanwaltschaft	Erhöhung von Bussen bei einigen Übertretungen	80
SID-KI-25	P2450		Schliessung von kleineren Hauptabteilungen	100
SID-KI-26	P2430	Amt für Migration	Generelles Verlangen der bundesrechtlichen Höchstgebühren und Einführung neuer Gebühren (sofortige Umsetzung)	50
SID-KI-28	P2441	Jugendanwaltschaft	Anpassen Verfahrenseinnahmen aus Jugendstrafverfahren auf kostendeckende Ansätze	40
SID-KI-29	P24001	GS	Abbau von 60% Arbeitspensum bei der Koordinationsstelle Strafregister KOST	64
SID-KI-30	P24004	GS	M3 Reduktion Lizenzen	50
SID-KI-31	P2401	Rechtsdienst des RR	Dezentralisierung der Volontariatsadministration sowie Verlängerung der Bearbeitungsfristen gemäss Leistungsauftrag	39
SID-KI-32	P24005	GS	Optimierung Ausgaben und Einnahmen FuV	28
SID-KI-33	P24004	GS	Halbierung der Veranstaltungskosten	20
SID-KI-34	P2402	Aufsichtsstelle Datenschutz	Tätigkeit der Datenschutz-Aufsichtsstelle um 10 % reduzieren	10
SID: Entlastungsbeitrag aus direktionsspezifischen Massnahmen				18'509
Ü-1c-SID	div.	div.	ANTEIL SID: Restriktiver Papierverbrauch	44
Ü-1d-SID	div.	div.	Anteil SID: Effizienzsteigerung im Beschaffungs- und Auftragswesen	376
Ü-5-SID	div.	div.	ANTEIL SID: Aufwand externe Gutachter, Berater etc. auf Stand 2009 reduzieren	50
Ü-7-SID	div.	div.	ANTEIL SID: Ausweisung der Effizienzgewinne resultierend aus dem ERP-Projekt (IT-Optimierung im Bereich Rechnungswesen und Personal)	150
SID: EP 12/15 TOTAL				19'129

Nr. in LRV	Profitcenter	Dienststelle	Titel der Massnahme	Entlastungsbetrag kumuliert bis und mit Budget 2015 in TCHF
BKSD-1	P2507	Sekundarschulen	Neuordnung der Sekundarschulkreise führt zur Senkung Anzahl Klassen	7'166
BKSD-2	P2508 / 2510	Gymnasien / Berufsfachschulen	Erhöhung der Pflichtlektionen der Fachlehrer auf der Sekundarstufe II	1'610
BKSD-4	P2507	Sekundarschulen	Erhöhung der Pflichtlektionen der Fachlehrer der Sekundarschule	2'150
BKSD-6	P25124	Kulturelles	Beitragserhöhung an das Theater Basel streichen (gemäss Volksentscheid)	1'500
BKSD-7	P2507	Sekundarschulen	Anpassung der Löhne für Stellvertretungen von Lehrpersonen an den effektiv erbrachten Arbeitsaufwand	1'000
BKSD-KI-1	P2511	AKJB	Teilverzicht auf das Einführen von Betriebsbeiträgen an die ehem. Tarifheime	800
BKSD-KI-2	P2507	Sekundarschulen	Anpassung Kurs- und Abteilungsrösse auf Sekundarstufe I	700
BKSD-KI-4	P2501	Schulabkommen	Keine weiteren Kantonsbeiträge für vollzeitliche, dual konzipierte Angebote der beruflichen Grundbildung	200
BKSD-KI-6	P2509 / P2506 / P2508	AfBB / AVS / Gym	Lehrerweiterbildungen nur noch ausserhalb der Unterrichtszeit	300
BKSD-KI-7	P2505	SBMV	Reduktion Budget Materialpauschalen	300
BKSD-KI-8	P2501	Schulabkommen	Vorkurs Gestaltung SFG (Schule für Gestaltung): Streichen der Kantonsbeiträge	50
BKSD-KI-9	P2501	Schulabkommen	Übergabe der Hochschule für Landwirtschaft (SLH) Zollikofen an den Kanton Bern / Aufhebung des Konkordates und Unterstellung unter die Fachhochschulvereinbarung	200
BKSD-KI-10	P2510	Berufsfachschulen	VOBBZ Zulassungsbedingungen WMS	400
BKSD-KI-11	P2511	AKJB	Sparpotenzial bei Verträgen mit Heimen ausschöpfen (Reduktion Standards)	150
BKSD-KI-12	P2511	AKJB	Erhöhung der Elternbeiträge an die Mittagsverpflegung von heute CHF 3.- auf 5.-	150
BKSD-KI-13	P2500	Generalsekretariat	Support für den Schulbereich Verträge und Lizenzen neu verhandeln	130
BKSD-KI-14	P2500	Generalsekretariat	Verschiebung HW-Migration um 1 Jahr	100
BKSD-KI-15	P2511	AKJB	Korrektur der Betriebsbeiträge bei ausserkantonalen Unterbringungen (technische Verschiebung)	100
BKSD-KI-16	P25124	Amt für Kultur	Erhöhung der Eintrittspreise bei den Museen und Gebühren bei Dienstleistungen	57
BKSD-KI-17	P2513	Sportamt	Reduktion der JSBL- Beiträge an Vereine	0
BKSD-KI-18	P2511	AKJB	Wegfall der ambulanten, medizinischen Logopädie (Übernahme durch Gesundheitswesen), bereits vorbeschlossen	30
BKSD-KI-19	P2500	Generalsekretariat	Reduktion Ausbildungsbudget, welches für die gesamte Verwaltung im Generalsekretariat verwaltet wird	20
BKSD: Entlastungsbeitrag aus direktionsspezifischen Massnahmen				17'113
Ü-1a-BKSDa	P2503	Fachstelle Erwachsenenbildung	ANTEIL BKSD: Aus Ü-1a: Bündelung der Massnahmen im Bereich "Lebenslanges Lernen",	50
Ü-1a-BKSDb	P2503	Fachstelle Erwachsenenbildung	Reduktion der separaten Ausbildungskonzeption zum Lehrplan 21	250
Ü-1b-BKSDa	P2506	Amt für Volksschulen	Aus Ü-1b: Kostenverrechnung "Time-Out gemäss Verordnung SGS 641.11 zu Vollkosten an Gemeinden verrechnen	30
Ü-1b-BKSDb	P2511	Amt für Kind, Jugend- und Behindertenhilfe	Aus Ü-1b: Verwaltungsvollzug IVSE. BKSD legt eine Ordnungsrevision vor	100
Ü-1b-BKSDc	P2500	Generalsekretariat	Aus Ü-1b: Verschiebung Abteilung ICT Schulen in Direktionsinformatik mit Pensionierung StelleninhaberIn	25
Ü-1b-BKSDd	P2506	Amt für Volksschulen	Aus Ü-1b: Gesundheitsförderung an Schulen: Prüfung der Weiterführung der 3D-Veranstaltungen.	10
Ü-1b-BKSDe	P2506	Amt für Volksschulen	Aus Ü-1b: Auflösung Fachstelle Musikschulen und Integration in die Abteilung Schulbetrieb	10
Ü-1c-BKSD	div.	div.	ANTEIL BKSD Restriktiver Papierverbrauch	8
Ü-1-d-BKSD	div.	div.	ANTEIL BKSD: Effizienzsteigerung im Beschaffungs- und Auftragswesen	256
Ü-3-BKSD	P2511	Amt für Kind, Jugend- und Behindertenhilfe	Anteil BKSD: Neuverhandlung der Staatsverträge mit Basel-Stadt	165
Ü-5-BKSD	div.	div.	ANTEIL BKSD: Aufwand externe Gutachter, Berater etc. auf Stand 2009 reduzieren	350
Ü-7-BKSD	div.	div.	ANTEIL BKSD: Ausweisung der Effizienzgewinne resultierend aus dem ERP-Projekt (IT-Optimierung im Bereich Rechnungswesen und Personal)	375

Nr. in LRV	Profitcenter	Dienststelle	Titel der Massnahme	Entlastungsbetrag kumuliert bis und mit Budget 2015 in TCHF
Ü-8-BKSD	div.	div.	ANTEIL BKSD: Reduktion Subventionen durch neue Berechnungsgrundlage	950
Ü-KI-10-BKSD	div.	div.	ANTEIL BKSD: Gesamtaufwand für Informatik bei allen Direktionen und Gerichten auf Stand 2009 zurückführen	15
BKSD: EP 12/15 TOTAL				19'707

GER-KI-1	P2600	Kantonsgericht	Optimierung bei den Gerichten	790
GER-KI-1b	P2304	Hochbauamt	Optimierung bei den Gerichten: Anteil Raumkosten	88
Gerichte: Entlastungsbeitrag aus direktionsspezifischen Massnahmen				878
Ü-1c-GER	div.	div.	ANTEIL GER: Restriktiver Papierverbrauch	4
GER: EP 12/15 TOTAL				882

TOTAL				102'301
--------------	--	--	--	----------------

7. Rechtsgrundlagen und angewandtes Regelwerk

7.1 Rechtsgrundlagen

Das Finanzrecht des Kantons Basel-Landschaft stützt sich auf folgende Rechtsgrundlagen:

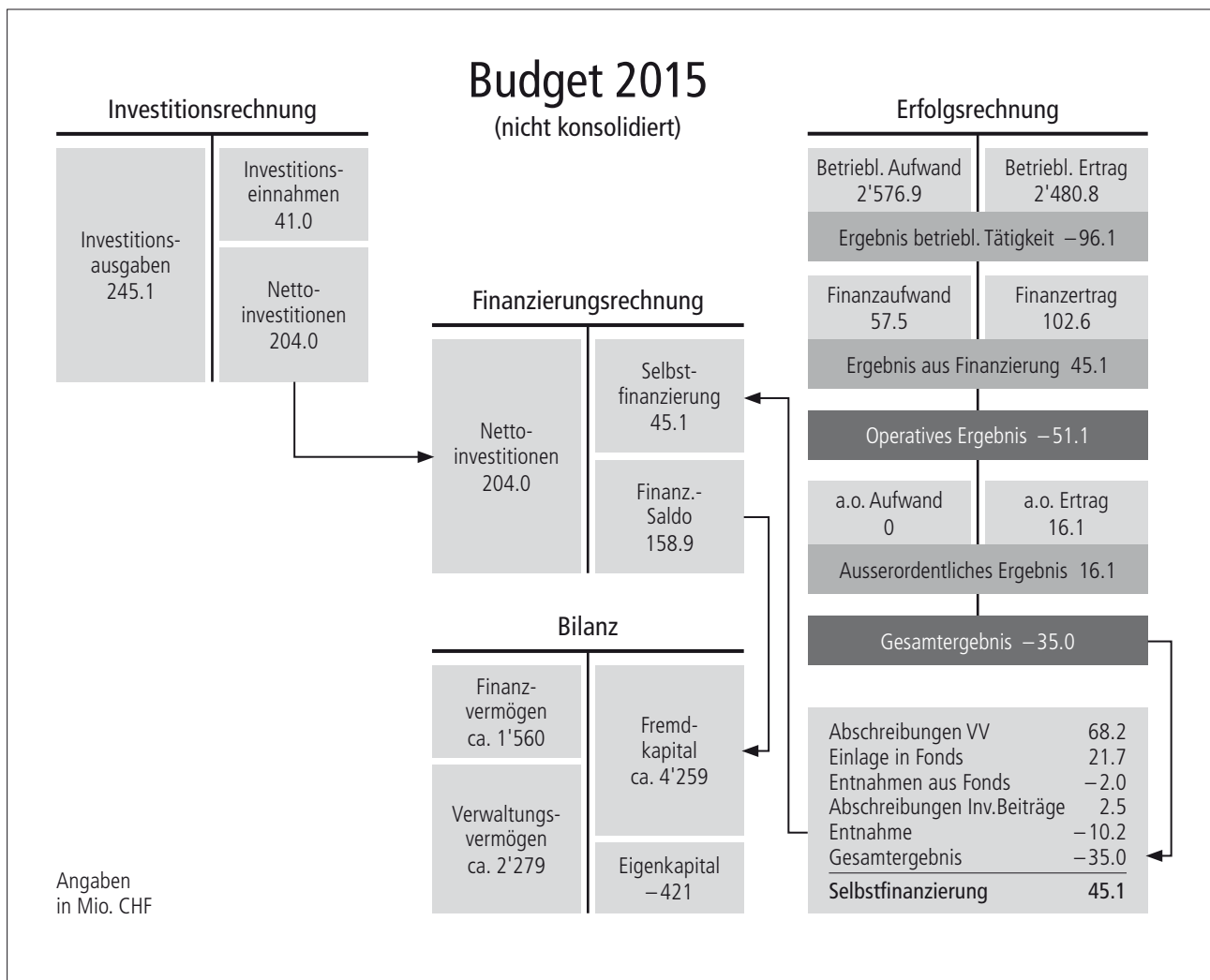
- Kantonsverfassung (namentlich die §§ 31, 66, 73, 75, 129 bis 135)
- Finanzhaushaltsgesetz (SGS 310)
- Dekret zum Finanzhaushaltsgesetz (SGS 310.1)
- Verordnung zum Finanzhaushaltsgesetz (SGS 310.11)
- Verordnung zur Steuerung der Finanzstruktur (SGS 310.13)
- Verordnung über die Bewertung und Abschreibung des Verwaltungsvermögens (SGS 310.14)
- Verordnung über das Controlling der Beteiligungen (SGS 314.51)
- Weisungen der Finanz- und Kirchendirektion
- Handbuch Finanz- und Rechnungswesen (RRB Nr. 1343 vom 21. September 2010 und RRB Nr. 1488 vom 25. Oktober 2011)

7.2 Rechnungsmodell des Kantons (HRM2)

Die Rechnungslegung und Haushaltsführung richtet sich nach der Fachempfehlung "Harmonisiertes Rechnungslegungsmodell für die Kantone und Gemeinden - HRM2" vom 25. Januar 2008 der Schweizerischen Finanzdirektorenkonferenz.

7.3 Rechnungsaufbau

Die Erfolgsrechnung (ER) zeigt den periodisierten Wertverzehr und Wertzuwachs sowie das Jahresergebnis. Der Abschluss der Erfolgsrechnung erfolgt stufenweise. In der ersten Stufe wird das operative Ergebnis inklusive Finanzertrag und -aufwand ausgewiesen. Die zweite Stufe zeigt das ordentliche Ergebnis aus den ordentlichen Erträgen und Aufwänden (inkl. Finanzertrag und -aufwand). In der dritten Stufe werden im Jahresergebnis ausserordentliche Geschäftsfälle erfasst.



Die Bilanz zeigt die Vermögens- und Kapitalstruktur des Kantons. Die Unterscheidung zwischen Finanz- und Verwaltungsvermögen bildet die finanzrechtliche Basis für die Regelung der Verfügungsgewalt über das Vermögen des Kantons. Das Finanzvermögen umfasst alle nicht für die Aufgabenerfüllung gebundenen Mittel wie die flüssigen Mittel, die laufenden Guthaben und die Tresoreranlagen. Die Verwaltung dieser Mittel erfolgt gemäss Verordnung zur Steuerung der Finanzstruktur (SGS 310.13) und liegt im Kompetenzbereich des Regierungsrates. Demgegenüber bedarf der Einsatz von Mitteln für die Aufgabenerfüllung der Zustimmung des Parlamentes im Rahmen des Kreditbewilligungsverfahrens. Soweit bei der Aufgabenerfüllung Vermögenswerte geschaffen werden, stellen diese Verwaltungsvermögen dar. Verwaltungsvermögen ist somit gekennzeichnet durch eine dauernde Bindung von Mitteln für die unmittelbare Erfüllung öffentlicher Aufgaben bzw. für einen öffentlich-rechtlich festgelegten Zweck. Die Passiven sind in Fremd- und Eigenkapital untergliedert. Im Eigenkapitalnachweis wird die Veränderung des Eigenkapitals detailliert pro Eigenkapitalposition nachgewiesen (Jahresbericht). Die Planbilanz basiert auf Annahmen.

Im Anhang der Jahresplanung (Voranschlag und Jahresprogramm) beziehungsweise des Jahresberichts (Staatsrechnung und Amtsbericht) sind in Ergänzung zu den vorgängig beschriebenen Rechnungselementen wesentliche Einzelheiten festgehalten und kommentiert. Unter anderem enthält der Anhang zur Jahresplanung folgende Angaben: Zusammenstellung von Aufwand und Ertrag nach Aufgaben (funktionale Gliederung) und nach Kostenarten (volkswirtschaftliche Gliederung), Verzeichnis der Verpflichtungskredite, Voranschläge der Spezialrechnungen kantonaler Anstalten. Der Anhang der Jahresplanung und des Jahresberichts enthält die Nennung des auf die Rechnungslegung anzuwendenden Regelwerks und eine Begründung der Abweichungen; Zusammenfassung der Rechnungslegungsgrundsätze und der wesentlichen Grundsätze für die Bilanzierung und Bewertung; Bezeichnung der erfassten Organisationseinheiten und Angaben zu den ausserordentlichen Aufwendungen und Erträgen. Während der Laufzeit des Entlastungspakets 12/15 wird im Anhang der Jahresplanung eine Liste der einzelnen Massnahmen publiziert.

7.4 Erfasste Organisationseinheiten

Die Jahresplanung umfasst folgende Organisationseinheiten:

- Kantonale Behörden
- Finanz- und Kirchendirektion
- Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion
- Bau- und Umweltschutzdirektion
- Sicherheitsdirektion
- Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion
- Gerichte

Die Fonds und Vorfinanzierungen werden weiterhin im Anhang zur Jahresplanung und zum Jahresbericht geführt.

7.5 Grundsätze der Budgetierung und Rechnungslegung

Periodenabgrenzung

Das HRM2 ist auf die periodengerechte Verbuchung von Aufwendungen und Erträgen ausgerichtet. Die relevanten Finanzvorfälle werden im Zeitpunkt des Entstehens der entsprechenden Verpflichtungen und Forderungen erfasst und nicht wenn diese zur Zahlung fällig beziehungsweise als Zahlungen eingegangen sind. Dieses Prinzip ist mit dem Grundsatz der Sollverbuchung verankert.

Bruttodarstellung

Das Prinzip des getrennten Ausweises von Aufwand bzw. Ausgaben und Ertrag bzw. Einnahmen ohne gegenseitige Verrechnung (Bruttodarstellung) bleibt weiterhin ein wichtiger Grundsatz für die Rechnungsführung, wobei eine leichte Aufweichung in HRM2 vorgesehen ist. Die Verpflichtungskreditsummen werden netto, das heisst abzüglich der Beiträge Dritter, ausgewiesen.

Vollständigkeit

In der Jahresplanung sind alle zu erwartenden Aufwende und Erträge sowie Investitionsausgaben und -einnahmen aufzuführen.

Jährlichkeit

Das Voranschlagsjahr entspricht dem Kalenderjahr. Nicht beanspruchte Kredite verfallen grundsätzlich am Ende des Voranschlagsjahr. Davon ausgenommen sind Kreditübertragungen gemäss § 30 Abs. 1bis FHG.

Spezifikation

Aufwende und Erträge sowie Investitionsausgaben und Investitionseinnahmen sind nach Organisationseinheiten und nach der Artengliederung des Kontenrahmens zu unterteilen. Kredite sind grundsätzlich für den umschriebenen Zweck zu verwenden. Der Regierungsrat kann in der Investitionsrechnung im Rahmen des bewilligten gesamten Investitionsvolumens zwischen den einzelnen Objekten und in der Erfolgsrechnung im Rahmen des gesamten Lohnkredites Kreditverschiebungen vornehmen.

Wesentlichkeit

Nach dem Grundsatz der Wesentlichkeit müssen sämtliche Informationen offen gelegt werden, die für eine rasche und umfassende Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage notwendig sind.

Verständlichkeit

Die Informationen müssen auch für aussenstehende Interessierte klar, verständlich und nachvollziehbar sein.

Zuverlässigkeit

Die Informationen sollen sachlich richtig sein und richtig dargestellt werden. Die wirtschaftliche Betrachtungsweise soll die Rechnungslegung bestimmen (vgl. auch die Periodenabgrenzung). Die Informationen sollen willkürfrei und wertfrei dargestellt werden (Neutralität). Die Darstellung soll nach dem Vorsichtsprinzip erfolgen.

Vergleichbarkeit

Die Voranschläge des Gesamtkantons und der Verwaltungseinheiten sollen sowohl untereinander als auch über die Zeit hinweg vergleichbar sein.

Stetigkeit

Die Stetigkeit ist gewährleistet, wenn die gewählten Grundsätze der Rechnungslegung und Budgetierung wie auch die Strukturen der Berichterstattung über einen längeren Zeitraum beibehalten werden. Notwendige Änderungen werden transparent ausgewiesen.

7.6 Kontenrahmen nach HRM2

Erfolgsrechnung		Investitionsrechnung	
3	Aufwand	5	Investitionsausgaben
30	Personalaufwand	50	Sachanlagen
300	Behörden, Kommissionen und Richter	500	Grundstücke
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	501	Strassen / Verkehrswege
302	Löhne der Lehrkräfte	502	Wasserbau
303	Temporäre Arbeitskräfte	503	Übriger Tiefbau
304	Zulagen	504	Hochbauten
305	Arbeitgeberbeiträge	505	Waldungen
306	Arbeitsleistungen	506	Mobilien
309	Übriger Personalaufwand	509	Übrige Sachanlagen
31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	51	Investitionen auf Rechnung Dritter
310	Material- und Warenaufwand	510	Grundstücke
311	Nicht aktivierbare Anlagen	511	Strassen
312	Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV	512	Wasserbau
313	Dienstleistungen und Honorare	513	Übriger Tiefbau
314	Baulicher und betrieblicher Unterhalt	514	Hochbauten
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	515	Waldungen
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgelb	516	Mobilien
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	519	Übrige Sachanlagen
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	52	Immaterielle Anlagen
319	Verschiedener Betriebsaufwand	520	Software
33	Abschreibungen Verwaltungsvermögen	521	Patente / Lizenzen
330	Abschreibungen Sachanlagen VV	529	Übrige immaterielle Anlagen
332	Abschreibungen immaterielle Anlagen	54	Darlehen
339	Abtragung Bilanzfehlbetrag	540	Bund
		541	Kantone und Konkordate
		542	Gemeinden und Gemeindezweckverbände
		6	Investitionseinnahmen
		60	Übertrag von Sachanlagen in das FV
		600	Übertragung von Grundstücken
		601	Übertragung von Strassen
		602	Übertragung von Wasserbauten
		603	Übertragung übrige Tiefbauten
		604	Übertragung Hochbauten
		605	Übertragung Waldungen
		606	Übertragung Mobilien
		609	Übertragung übrige Sachanlagen
		61	Rückerstattungen
		610	Grundstücke
		611	Strassen
		612	Wasserbau
		613	Tiefbau
		614	Hochbauten
		615	Waldungen
		616	Mobilien
		619	Verschiedene Sachanlagen
		62	Abgang immaterielle Anlagen
		620	Software
		621	Patente / Lizenzen
		629	Übrige immaterielle Anlagen
		63	Investitionsbeiträge für eigene Rechnung
		630	Bund
		631	Kantone und Konkordate
		632	Gemeinde und Gemeindezweckverbände

Kontenrahmen nach HRM2 – Fortsetzung

Erfolgsrechnung		Investitionsrechnung	
34	Finanzaufwand	543	Öffentliche Sozialversicherungen
340	Zinsaufwand	544	Öffentliche Unternehmungen
341	Realisierte Kursverluste	545	Private Unternehmungen
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	546	Private Organisationen ohne Erwerbszweck
343	Liegenschaftenaufwand Finanzvermögen	547	Private Haushalte
344	Wertberichtigungen Anlagen FV	548	Ausland
349	Verschiedener Finanzaufwand		
35	Übertrag Fonds / StaatsRG	55	Beteiligungen und Grundkapitalien
350	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	550	Bund
351	Übertrag Fonds EK / StaatsRG	551	Kantone und Konkordate
		552	Gemeinden und Gemeindezweckverbände
36	Transferaufwand	553	Öffentliche Sozialversicherungen
360	Ertragsanteile an Dritte	554	Öffentliche Unternehmungen
361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	555	Private Unternehmungen
362	Finanz- und Lastenausgleich	556	Private Organisationen ohne Erwerbszweck
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	557	Private Haushalte
364	Wertberichtigungen Darlehen VV	558	Ausland
365	Wertberichtigungen Beteiligungen VV		
366	Abschreibungen Investitionsbeiträge	56	Eigene Investitionsbeiträge
369	Verschiedener Transferaufwand	560	Bund
		561	Kantone und Konkordate
		562	Gemeinden und Gemeindezweckverbände
37	Durchlaufende Beiträge	563	Öffentliche Sozialversicherungen
370	Durchlaufende Beiträge	564	Öffentliche Unternehmungen
		565	Private Unternehmungen
		566	Private Organisationen ohne Erwerbszweck
		567	Private Haushalte
		568	Ausland
		64	Rückzahlung von Darlehen
		640	Bund
		641	Kantone und Konkordate
		642	Gemeinde und Gemeindezweckverbände
		643	Öffentliche Sozialversicherungen
		644	Öffentliche Unternehmungen
		645	Private Unternehmungen
		646	Private Organisationen ohne Erwerbszweck
		647	Private Haushalte
		648	Ausland
		65	Übertrag von Beteiligungen
		650	Bund
		651	Kantone und Konkordate
		652	Gemeinde und Gemeindezweckverbände
		653	Öffentliche Sozialversicherungen
		654	Öffentliche Unternehmungen
		655	Private Unternehmungen
		656	Private Organisationen ohne Erwerbszweck
		658	Ausland
		66	Rückzahlung eigene Investitionsbeiträge
		660	Bund
		661	Kantone und Konkordate

Erfolgsrechnung		Investitionsrechnung	
38	Ausserordentlicher Aufwand	57	Durchlaufende Investitionsbeiträge
380	Ausserordentlicher Personalaufwand	570	Bund
381	Ausserord Sach- und Betriebsaufwand	571	Kantone und Konkordate
383	Zusätzliche Abschreibungen	572	Gemeinden und Gemeindef Zweckverbände
384	Ausserordentlicher Finanzaufwand	573	Öffentliche Sozialversicherungen
386	Ausserordentlicher Transferaufwand	574	Öffentliche Unternehmungen
389	Einlagen in das Eigenkapital	575	Private Unternehmungen
39	Interne Fakturen	576	Private Organisationen ohne Erwerbszweck
390	Int Fakturen Material- und Warenbezüge	577	Private Haushalte
391	Int Fakturen Dienstleistungen	578	Ausland
392	Int Fakturen Pacht, Mieten, Benützungskosten	67	Durchlaufende Investitionsbeiträge
393	Int Fakturen Betriebs- und Verwaltungskosten	670	Bund
394	Int Fakturen Kalk Zinsen und Finanzaufwand	671	Kantone und Konkordate
395	Int Fakturen Planmässige/ausserpl Abschreibungen	672	Gemeinde und Gemeindef Zweckverbände
398	Int Fakturen Übertragungen	673	Öffentliche Sozialversicherungen
399	Übrige interne Fakturen	674	Öffentliche Unternehmungen
		675	Private Unternehmungen
		676	Private Organisationen ohne Erwerbszweck
		677	Private Haushalte
		678	Ausland
		68	Ausserordentliche Investitionseinnahmen
		680	Ausserord Inv-Einn für Sachanlagen
		682	Ausserord Inv-Einn für immat Anlagen
		683	Ausserord Inv-Beitr für eigene Rechnung
		684	Ausserord Rückzahlung von Darlehen
		685	Ausserord Übertragung von Beteiligungen
		686	Ausserord Rückzahlung eigener Inv-Beitr
		689	Übrige ausserord Investitionseinnahmen
		69	Übertrag an Bilanz
		690	Aktivierung Nettoinvestitionen
45	Übertrag Fonds / StaatsRG	58	Ausserordentliche Investitionen
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	580	Ausserord Inv für Sachanlagen
451	Übertrag Fonds EK / StaatsRG	582	Ausserord Inv für immaterielle Anlagen
46	Transferertrag	584	Ausserord Inv für Darlehen
460	Ertragsanteile von Dritten	585	Ausserord Inv für Beteiligungen und GK
461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	586	Ausserord Investitionsbeiträge
462	Finanz- und Lastenausgleich	589	Übrige ausserord Investitionen
463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	59	Übertrag an Bilanz
466	Auflösung passivierte Investitionsbeitr	590	Passivierungen
469	Verschiedener Transferertrag		
47	Durchlaufende Beiträge		
470	Durchlaufende Beiträge		
48	Ausserordentlicher Ertrag		
480	Ausserordentliche Steuererträge		
481	Ausserord Erträge Regalien, Konzessionen		
482	Ausserordentliche Entgelte		
483	Ausserordentliche verschiedene Erträge		
484	Ausserordentliche Finanzerträge		
485	Ausserord Entnahme aus Fonds/Spez-Fin		
486	Ausserordentliche Transfererträge		
489	Entnahmen aus dem Eigenkapital		
49	Interne Fakturen		
490	Int Fakturen Material- und Warenbezüge		
491	Int Fakturen Dienstleistungen		
492	Int Fakturen Pacht, Mieten, Benützungskosten		
493	Int Fakturen Betriebs- und Verwaltungskosten		
494	Int Fakturen Kalk Zinsen und Finanzaufwand		
495	Int Fakturen Planmässige/ausserpl Abschreibungen		
498	Int Fakturen Übertragungen		
499	Übrige interne Fakturen		

7.7 Abweichungen von HRM2

Sämtliche Abweichungen zum HRM2 werden im Folgenden ausgewiesen und begründet.

1. Bis anhin wurden die Investitionsbeiträge für Investitionen Dritter - in Abweichung zu HRM2 - über die Erfolgsrechnung verbucht. Die Regierung bzw. der Landrat hat mit LRV 2012/219 bzw. LRB 798 vom 1. November 2012 verabschiedet, dass ab dem Jahr 2013 die Investitionsbeiträge über die Investitionsrechnung abgewickelt werden (also keine Abweichung mehr zu HRM2). Abschreibungen fallen erstmalig ab dem Jahr 2014 an.
2. Fonds und Spezialfinanzierungen werden im Anhang ausserhalb der Staatsrechnung geführt. Es werden lediglich Fonds (Fremdkapital und Eigenkapital) und Vorfinanzierungen (Eigenkapital) unterschieden. Spezialfinanzierungen werden als Fonds berücksichtigt. Somit entfallen die Sachgruppen der Spezialfinanzierungen.
3. Informatik (Hard- und Software), Mobilien, Fahrzeuge und Maschinen werden unabhängig von der Aktivierungsgrenze nicht aktiviert. Sie werden über die Erfolgsrechnung verbucht.
4. Gemäss der überarbeiteten Fachempfehlung Nr. 8 des HRM2 Handbuches (Änderung vom April 2011) werden Vorfinanzierungen über die Erfolgsrechnung zur Glättung der Abschreibungen aufgelöst. Dieses Verfahren setzt auch der Kanton BL um, mit einer Ausnahme: Der Fonds H2 wird zur Glättung der Investitionsrechnung verwendet, wie dies im Gesetz zum Bau der H2 festgehalten wurde.

7.8 Abschreibungsmethoden

Die Abschreibungen werden in der systematischen Gesetzessammlung (SGS) 310.14 geregelt.

Das Verwaltungsvermögen wird gemäss der Entwertung durch Nutzung über die angenommene Nutzungsdauer linear abgeschrieben. Ausgaben für Investitionen, welche den Betrag von CHF 300'000 pro Objekt unterschreiten, werden in der Erfolgsrechnung verbucht.

Die Abschreibungen erfolgen ab dem Zeitpunkt der Inbetriebnahme, was bei grösseren Projekten auch bei etappenweisen Inbetriebnahmen geschehen kann (z.B. Teileröffnung einer Kantonsstrasse).

Es kommen folgende Anlagekategorien zur Anwendung:

Anlageklasse	Nutzungsdauer in Jahren	Abschreibungssatz in %
Grundstücke	keine Abschreibung	
Vorbereitungsarbeiten, Gebäude (Rohbau, Innenausbau)	30	3.33
Gebäude (Haustechnikanlagen), Betriebseinrichtungen, Umgebung	15	6.67
Ausstattung	1	100.00
Kantonsstrassen	40	2.50
Elektromechanische Anlagen Tunnelbau	20	5.00
Kantonale Hochleistungsstrassen	40	2.50
Wasserbauten	40	2.50
ÖV-Anlagen	40	2.50
Kanalisation AIB	60	1.67
Tiefbauten AIB	25	4.00
Maschinen AIB	15	6.67
EMSRT AIB (Elektronik, Maschinen, Steuerung, Anlage)	10	10.00
Werkstrassen AIB	40	2.50
Tunnel AIB	40	2.50
Deponiekörper AIB	30	3.33
Fernwärmeleitungen AIB	40	2.50
Funkanlagen (Polycom)	15	6.67
Anlagen im Bau	–	–
Investitionsbeiträge ÖV	40	2.50
Investitionsbeiträge Kanalisation AIB	60	1.67
Investitionsbeiträge Tiefbau AIB	25	4.00
Investitionsbeiträge EMSRT	10	10.00
Investitionsbeiträge Alters- und Pflegeheime	25	4.00
Investitionsbeiträge Pflegewohnungen	10	10.00
Investitionsbeiträge an Kurszentren der Berufsbildung	30	3.33
Investitionen in Mieterausbau	20	5.00
Beteiligungen im Verwaltungsvermögen	–	–
Darlehen im Verwaltungsvermögen	–	–

Das Finanzvermögen wird nicht abgeschrieben. Wertveränderungen beim Finanzvermögen sind separat zu ermitteln und mit Wertberichtigungen zu berücksichtigen. Die Wertschriften im Finanzvermögen werden wie bisher per Bilanzstichtag zum eidg. Steuerwert bewertet, die Anlagen im Finanzvermögen werden einer periodischen Neubewertung unterzogen.

7.9 Angaben zum ausserordentlichen Aufwand und Ertrag

In der Jahresplanung 2015 werden die folgenden ausserordentlichen Erträge beansprucht:

- Im Rahmen der Ausfinanzierung der BLPK per 1. Januar 2015 übernimmt der Kanton die Ausfinanzierung des Fehlbetrages der Spitalbetriebe (Kantonsspital Baselland, Psychiatrie Baselland, UKBB) gegenüber der BLPK. Dafür müssen die Spitalbetriebe und das UKBB den Arbeitnehmendenbeitrag von 5% bzw. CHF 2.3 Mio. sowie die Einsparung bei der Rententeuerung von CHF 3.7 Mio. an den Kanton abtreten.
- CHF 10'179'367 für Entnahmen aus Vorfinanzierungen des Eigenkapitals zur Deckung der geplanten Abschreibungen 2015 der Sekundarschulbauten und -anlagen

7.10 Kommentierungsgrundsätze

Für den Ausweis der folgenden beiden Zahlenbereiche "Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)" sowie "Transferaufwand und -ertrag" gelten die folgenden Kommentierungsvorschriften:

Abweichungen in den einzelnen Budgetkrediten/-positionen gegenüber dem Vorjahr (Aufwand- und Ertragsseite), welche

- CHF 50'000 und mind. 10% (beide Kriterien gleichzeitig erfüllt) oder
- mindestens CHF 500'000 betragen

sind zu kommentieren.

Die Kommentierung der Verpflichtungskredite in der Erfolgsrechnung sowie der Positionen der Investitionsrechnung umfasst nur wesentliche Informationen und erfolgt situativ. Des weiteren sind gemäss § 23 Abs. 2 Finanzhaushaltsgesetz Verpflichtungskredite, welche erst während des Voranschlagsjahres beschlossen werden, zu bezeichnen und zu kommentieren.

8. Definition Kennzahlen

Konsolidierter Gesamtaufwand	3 Aufwand - 33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen - 35 Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierungen - 37 Durchlaufende Beiträge - 38 ausserordentlicher Aufwand - 39 Interne Verrechnungen + 50 Sachanlagen + 51 Investitionen auf Rechnung Dritter + 52 Immaterielle Anlagen + 54 Darlehen + 55 Beteiligungen und Grundkapitalien + 56 Eigene Investitionsbeiträge
Laufender Ertrag	40 Fiskalertrag + 41 Regalien und Konzessionen + 42 Entgelte + 43 Verschiedene Erträge + 45 Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen + 46 Transferertrag + 48 Ausserordentlicher Ertrag - 487 Zusätzliche Auflösung passivierter Investitionsbeiträge - 489 Entnahmen aus dem Eigenkapital - 4895 Entnahmen aus Aufwertungsreserve
Selbstfinanzierung	Saldo Erfolgsrechnung + 33 Abschreibungen + 35 Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierungen - 45 Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen + 364 Wertberichtigungen Darlehen VV + 365 Wertberichtigungen Beteiligungen VV + 366 Abschreibungen Investitionsbeiträge - 466 Auflösung passivierte Investitionsbeiträge + 383 Zusätzliche Abschreibungen + 387 Zusätzliche Abschreibungen Darlehen/Beteiligungen/Investitionsbeiträge - 487 Zusätzliche Auflösung passivierte Investitionsbeiträge + 389 Einlagen in das Eigenkapital - 489 Entnahmen aus dem Eigenkapital - 4490 Aufwertungen Verwaltungsvermögen
Transferausgaben	36 Transferaufwand - 364 Wertberichtigungen Darlehen Verwaltungsvermögen - 365 Wertberichtigung Beteiligungen Verwaltungsvermögen + 56 Eigene Investitionsbeiträge
Staatsquote	Konsolidierter Gesamtaufwand in % des Volkseinkommens Basel-Landschaft
Steuerquote	Fiskalertrag (Steuern) in % des Volkseinkommens Basel-Landschaft
Selbstfinanzierungsgrad	Diese Kennzahl gibt an, welchen Anteil ihrer Nettoinvestitionen eine öffentliche Körperschaft aus eigenen Mittel finanzieren kann. Selbstfinanzierung in % der Nettoinvestitionen
Kapitaldienstanteil	Mass für die Belastung des Haushaltes durch Kapitalkosten. Die Kennzahl gibt Auskunft darüber, wie stark der Laufende Ertrag durch den Zinsendienst und die Abschreibungen (= Kapitaldienst) belastet ist. Ein hoher Anteil weist auf einen enger werdenden finanziellen Spielraum hin. (340 Zinsaufwand – 440 Zinsertrag + 33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen + 364 Wertberichtigungen Darlehen VV + 365 Wertberichtigungen Beteiligungen VV + 366 Abschreibungen Investitionsbeiträge - 466 Auflösung passivierte Investitionsbeiträge) in % des Laufenden Ertrags
Zinsbelastungsanteil	Die Grösse sagt aus, welcher Anteil des "verfügbaren Einkommens" durch den Zinsaufwand gebunden ist. Je tiefer der Wert, desto grösser der Handlungsspielraum. (340 Zinsaufwand – 440 Zinsertrag) in % des Laufenden Ertrags
Gesamtausgaben	30 Personalaufwand + 31 Sach- und übriger Betriebsaufwand - 3180 Wertberichtigungen auf Forderungen + 34 Finanzaufwand - 344 Wertberichtigungen Anlagen FV + 36 Transferaufwand - 364 Wertberichtigungen Darlehen VV - 365 Wertberichtigungen Beteiligungen VV - 366 Abschreibungen Investitionsbeiträge + 380 Ausserordentlicher Personalaufwand + 381 Ausserordentlicher Sach- und Betriebsaufwand + 3840 Ausserordentlicher Finanzaufwand (geldflusswirksam) + 386 Ausserordentlicher Transferaufwand + Bruttoinvestitionen
Investitionsanteil	Weist auf die Investitionsintensität eines Gemeinwesens hin. Bruttoinvestitionen in % der Gesamtausgaben
Transferanteil	Transferausgaben in % des konsolidierten Gesamtaufwandes
Nettoverschuldungsquotient	Diese Grösse zeigt, welcher Anteil der Fiskalerträge bzw. wie viele Jahrestranchen erforderlich wären, um die Nettoschuld abzutragen. 20 Fremdkapital - 2068 Passivierte Investitionsbeiträge - 10 Finanzvermögen in % des 40 Fiskalertrags

Nettoschuld I in CHF

Wichtigste Grösse zur Beurteilung der Verschuldung bzw. des Vermögens eines Gemeinwesens. Zeigt unter anderem, wie volatil ein Gemeinwesen auf Zinsschwankungen voraussichtlich reagieren wird.

$20 \text{ Fremdkapital} - 2068 \text{ Passivierte Investitionsbeiträge} - 10 \text{ Finanzvermögen}$

Nettoschuld I in CHF / Einwohner

Diese Kennzahl hat nur beschränkte Aussagekraft, da es eher auf die Finanzkraft der Einwohner und nicht auf ihre Anzahl ankommt.

$(20 \text{ Fremdkapital} - 2068 \text{ Passivierte Investitionsbeiträge} - 10 \text{ Finanzvermögen}) : \text{Anzahl Kantoneinwohner}$

9. Glossar

Abschreibungen	Mit Abschreibungen erfasst man planmässige oder ausserplanmässige Wertminderungen von Vermögensgegenständen. Sie bilden somit den Wertverzehr einer Anlage durch ihren Gebrauch ab. Unter planmässigen Abschreibungen versteht man die systematische Verteilung des gesamten Abschreibungsvolumens eines Vermögenswertes über dessen geschätzte Nutzungsdauer. Ausserplanmässige Abschreibungen dienen der Wertminderung von Vermögenswerten, wenn es sich zeigt, dass der Buchwert des Vermögenswertes nach Vornahme der planmässigen Abschreibungen aufgrund einer voraussichtlich dauernden Wertminderung über dem tatsächlichen Wert liegt.
Abschreibungsmethode	Die Abschreibungsmethode beschreibt, nach welcher Systematik das Abschreibungsvolumen eines zeitlich nur begrenzt nutzbaren Vermögenswertes planmässig verteilt wird. In der Regel wird zwischen der "linearen Abschreibungsmethode" und der "degressiven Abschreibungsmethode" unterschieden.
Aktiven	Aktiven sind die mit Geld bewerteten Vermögenswerte eines Unternehmens. Die Aktiven befinden sich auf der linken Seite der Bilanz. Die Aktivseite der Bilanz zeigt, in welche Vermögenswerte das Kapital (d.h. die finanziellen Mittel) investiert wurde. Die Reihenfolge der Aktiven entspricht in der Regel der Liquidierbarkeit.
Aufwand	Erfolgsrechnerischer Begriff der Finanzbuchhaltung. Ein Aufwand ist eine monetäre Bewertung der in der Rechnungsperiode verbrauchten oder verzerrten Güter und Dienstleistungen oder eine Erhöhung der Verbindlichkeiten. Der Aufwand wird in der Erfolgsrechnung in einen Betriebs- und Finanzaufwand (= operativer Aufwand) und in einen ausserordentlichen Aufwand aufgeteilt.
Ausgaben	Als Ausgabe wird die Verminderung des Geldvermögens (Zahlungsmittelbestand + Bestand an Geldforderungen - Bestand an Geldverbindlichkeiten) verstanden. Eine Ausgabe liegt also beim Abfluss von Zahlungsmitteln und/oder beim Eingehen von Zahlungsverpflichtungen in Form von Geldverbindlichkeiten vor. Im HRM2 ist eine Ausgabe definiert als die Bindung von Finanzvermögen zur Erfüllung öffentlicher Ausgaben. Sie bedarf einer Rechtsgrundlage und eines Voranschlagskredits.
Ausserordentlicher Aufwand und Ertrag	Aufwand und Ertrag gelten als ausserordentlich, wenn mit ihnen in keiner Art und Weise gerechnet werden konnte oder sie nicht zum operativen Geschäft gehören bzw. nicht mit der betrieblichen Leistungserstellung zusammenhängen. Vom Umfang her muss ein ausserordentlicher Aufwand oder Ertrag für den Kantonshaushalt wesentlich sein. Beispiele für ausserordentlichen Aufwand bzw. Ertrag sind: Ausschüttung der überschüssigen Goldreserven, zusätzliche (finanzpolitisch motivierte) Abschreibungen, Abtragung eines Bilanzfehlbetrags, Aufwand im Zusammenhang mit Naturkatastrophen, Einlagen und Entnahmen aus Eigenkapital (im Rahmen der Defizitbremse).
Beiträge an Investitionen Dritter	Beiträge an Investitionen Dritter sind definiert als geldwerte Leistungen, mit denen beim Empfänger dauerhafte Vermögenswerte mit Investitionscharakter begründet werden.
Beteiligung	Unter einer Beteiligung wird eine Institution verstanden, die teilweise oder ganz im Eigentum des Kantons ist oder welche eine öffentliche Aufgabe oder eine Aufgabe im Interesse des Kantons ausserhalb der Kantonsverwaltung erfüllt. Der Kanton geltet die erbrachten Leistungen aus öffentlichen Mitteln ab oder es besteht eine Staatsgarantie (von Rechts wegen oder faktisch aus politischen Gründen).
Betriebsbuchhaltung	Vgl. Kosten- und Leistungsrechnung.
Bilanz	Die Bilanz ist eine stichtagsbezogene Aufstellung von Herkunft und Verwendung des Kapitals. Auf der linken Seite sind die Vermögenswerte aufgeführt (Verwendung), auf der rechten Seite das Fremdkapital und das Eigenkapital (Herkunft). Die Residualgrösse bildet bei einem Aktivenüberschuss das Eigenkapital, bei einem Passivenüberschuss der Bilanzfehlbetrag. Die Bilanz ist das Resultat vergangener vermögensrelevanter Ereignisse und ist ein Instrument zur Darstellung der Vermögenslage.
Bilanzfehlbetrag	Ein Bilanzfehlbetrag stellt die Summe der kumulierten Defizite aus der Erfolgsrechnung dar.

Bruttoprinzip	Ein Grundsatz der Budgetierung und Rechnungslegung welcher besagt, dass Aufwand und Ertrag bzw. Ausgaben und Einnahmen ohne gegenseitige Verrechnung in der Erfolgs- und Investitionsrechnung aufgeführt werden.
Bruttoinlandprodukt (BIP)	Das BIP ist ein Mass für die gesamte wirtschaftliche Leistung eines Wirtschaftsgebietes innerhalb einer Betrachtungsperiode. Es erfasst die Produktion von Waren und Dienstleistungen (zu aktuellen Marktpreisen) nach Abzug der Vorleistungen der im Inland ansässigen Unternehmen.
Bruttoinvestitionen	Vgl. Investitionsausgaben
Budget	Das Budget ist die zusammenfassende und vollständige Darstellung der geplanten finanziellen Vorgänge des Gemeinwesens in einer bestimmten Planungsperiode.
Budgetantrag	Ein Budgetantrag ist ein Antrag des Landrats zum Voranschlag und bezweckt die Aufnahme einer neuen Ausgabe oder die Änderung bzw. Streichung einer im Entwurf des Voranschlags enthaltenen Ausgabe.
Defizitbremse	Instrument zur Erreichung des mittelfristigen Ausgleichs der Erfolgsrechnung. Der Aufwandüberschuss in der Erfolgsrechnung darf im Voranschlag 3 Prozent des Ertrags der Einkommenssteuern natürlicher Personen nicht überschreiten. Ein Defizit über dieser Grenzmarke muss in erster Linie mit Entlastungsmassnahmen auf der Aufwandseite, in zweiter Linie mit einer Eigenkapitalentnahme (vorausgesetzt, das freie Eigenkapital ist höher als CHF 100 Mio) und in dritter Linie mit einer Steuerfusserhöhung reduziert werden.
Eigenkapital	In der Privatwirtschaft bezeichnet das Eigenkapital jene Mittel, die von den Eigentümern einer Unternehmung zu deren Finanzierung aufgebracht oder als erwirtschafteter Gewinn im Unternehmen belassen wurden. Bei einem öffentlichen Gemeinwesen ist es die rechnerische Differenz zwischen den Aktiven (Vermögenswerten) und den Schulden (Fremdkapital). In diesem Fall ist das Eigenkapital grundsätzlich die Summe der vergangenen Ertragsüberschüsse der Erfolgsrechnung. Die Höhe des Eigenkapitals hängt aber auch von der Bewertung der Vermögenswerte und der Schulden ab. Freies Eigenkapital kann im Rahmen der Defizitbremse zur Reduktion von Aufwandüberschüssen im Voranschlag eingesetzt werden.
Einnahmen	Einnahmen sind Zahlungen Dritter, die das Vermögen vermehren oder die als Entgelt für die Veräusserung von Verwaltungsvermögen oder mit Bezug auf die Schaffung von Verwaltungsvermögen geleistet werden.
Erfolgsrechnung	Die Erfolgsrechnung stellt einander die Aufwendungen und Erträge gegenüber. Durch die Saldierung aller Erträge und Aufwendungen wird der Erfolg bzw. das wirtschaftliche Ergebnis (Aufwandüberschuss/Defizit oder Ertragsüberschuss) einer Periode ermittelt.
Erlös	Der Erlös bezeichnet das bewertete Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit, d.h. der erzeugten Güter- und Dienstleistungen.
Ertrag	Erfolgsrechnerischer Begriff der Finanzbuchhaltung. Erträge stellen eine Zunahme des wirtschaftlichen Nutzens in der Berichtsperiode in der Form von Zuflüssen oder Erhöhungen von Vermögenswerten oder einer Abnahme von Schulden. Der Ertrag wird in der Erfolgsrechnung in einen Betriebs- und Finanzertrag (= operativer Ertrag) und in einen ausserordentlichen Ertrag dargestellt.
Finanzbuchhaltung	Die Finanzbuchhaltung erfasst die wertmässigen Beziehungen des Unternehmens bzw. eines Gemeinwesens nach aussen. Die Finanzbuchhaltung umfasst zwei Bereiche: Die (Finanz-) Buchführung (chronologische und systematische Erfassung und Aufzeichnung aller vermögensrelevanter Geschäftsvorgänge anhand von Belegen) und die Rechnungslegung (Darstellung der aus der Finanzbuchführung entstandenen Ergebnisse anhand der Bilanz, Erfolgsrechnung, Investitionsrechnung und Geldflussrechnung).
Finanzertrag	Der Finanzertrag umfasst Erträge aus dem Finanzvermögen (Finanz- und Sachanlagen). Dies sind in der Regel Zinserträge, Dividenden, Verkaufsgewinne aus Finanz- und Sachanlagen, Liegenschaftserträge und Wertberichtigungen. Der Finanzertrag wird im gestuften Erfolgsausweis separat ausgewiesen (im operativen Ergebnis).

Finanzpolitik (nachhaltige)	Die Finanzpolitik bedient sich der staatlichen Einnahmen und Ausgaben zur Verwirklichung öffentlicher Ziele. Dabei kann sie als langfristige Einflussnahme auf die Entwicklung der Staatsverschuldung bezeichnet werden. Die Finanzpolitik ist dann nachhaltig, wenn mit der tatsächlichen Entwicklung der Staatsschulden die Bedürfnisse der heutigen Generation befriedigt werden können, ohne dass die Möglichkeiten künftiger Generationen zur Befriedigung ihrer eigenen Bedürfnisse beeinträchtigt werden.
Finanzvermögen	Das Finanzvermögen umfasst jene Vermögenswerte (Finanz- und Sachanlagen), die ohne Beeinträchtigung der öffentlichen Aufgabenerfüllung veräussert werden können.
Fiskalertrag	Ertrag aus der Erhebung von Steuern bei natürlichen und juristischen Personen.
Fonds	Unter einem Fonds versteht man die Zusammenfassung bestimmter Aktiv- und Passivkonten zu einer buchhalterischen Einheit, über die separat abzurechnen ist. Im Bereich der öffentlichen Finanzen bestehen Fonds zumeist aus Zweckvermögen, das aus Spezialfinanzierungen stammt. Einnahmen und Ausgaben von Fonds werden nicht über die Erfolgsrechnung gebucht sondern werden direkt dem Fondskonto gutgeschrieben oder belastet. Die Fondsbudgets und -rechnungen werden im Anhang zum Voranschlag und zur Staatsrechnung aufgezeigt.
Fremdkapital	Das Fremdkapital zeigt auf der Passivseite der Bilanz den Umfang des von Dritten für eine bestimmte Zeitdauer überlassene Kapital. Es bezeichnet die Schulden der Unternehmung (Verbindlichkeiten und Rückstellungen mit Verbindlichkeitscharakter) gegenüber Dritten, die rechtlich entstanden oder wirtschaftlich verursacht sind.
Funktionale Gliederung	Statistische Gliederung der Staatsausgaben und -einnahmen aufgeteilt nach Aufgabebereichen. Die funktionale Gliederung ist kompatibel mit der internationalen Nomenklatur, der Classification of Functions of Government (COFOG) und ist abrufbar auf http://efv.admin.ch/themen/oeff_haushalte/funktional.php .
Gebundene Ausgaben	Eine Ausgabe ist gebunden, <ul style="list-style-type: none"> a. wenn sie durch einen Rechtssatz prinzipiell sowie dem Umfang nach vorgeschrieben ist oder b. wenn sie zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben der Verwaltung unbedingt nötig ist oder c. wenn anzunehmen ist, die Stimmberechtigten hätten mit einem vorausgehenden Grund-erlass auch die aus ihm folgenden Aufwendungen gebilligt, falls ein entsprechendes Bedürfnis voraussehbar war, oder falls es gleichgültig ist, welche Sachmittel zur Erfüllung der vom Gemeinwesen mit dem Grunderlass übernommenen Aufgaben gewählt werden.
Globalbudget	Ein Globalbudget ist ein Verfahren der Mittelbereitstellung bei dem nur ein pauschaler Betrag ohne sachliche und zeitliche Zweckbestimmung bewilligt wird. Über diesen Betrag kann organisatorische Teileinheit weitgehend unabhängig verfügen. Der Umfang des Globalbudgets basiert auf einem Leistungsauftrag bzw. einer Leistungsvereinbarung zwischen Verwaltung und Teileinheit.
Immaterielle Vermögensanlagen	Identifizierbarer, nichtmonetärer Vermögenswert ohne physische Substanz wie Konzessionen, Patente, Lizenzen, Urheberrechte.
Interne Verrechnung	Gutschriften und Belastungen zwischen Dienststellen innerhalb der kantonalen Verwaltung.
Investitionen im weiteren Sinne	Investitionen im weiteren Sinne umfassen die Ausgaben in der Investitionsrechnung und die Beiträge an Investitionen Dritter (Erfolgsrechnung).
Investitionsausgaben	Ausgaben für den Erwerb, die Erstellung und Verbesserung von dauerhaften Vermögenswerten, welche den Betrag von CHF 300'000 überschreiten. Investitionsausgaben werden im Verwaltungsvermögen aktiviert und in den Folgejahren in der Erfolgsrechnung auf Basis der angenommenen Nutzungsdauer pro Anlagekategorie abgeschrieben.
Investitionseinnahmen	Investitionseinnahmen sind die Einnahmen für Investitionen oder die Einnahmen aus Desinvestitionen. Gemäss HRM2 sind dies nebst Investitionen vor allem Entnahmen aus der Veräusserung von Sachanlagen und Rückerstattungen von Investitionsbeiträgen, Rückzahlungen von Darlehen des Verwaltungsvermögens und Rückzahlungen oder Verkäufe von Beteiligungen des Verwaltungsvermögens.

Investitionsrechnung	Die Investitionsrechnung stellt die Investitionsausgaben den Investitionseinnahmen gegenüber. Sie bildet die Basis für die Ermittlung des Geldflusses aus Investitionen und Desinvestitionen in der Geldflussrechnung.
Konjunktur(zyklus)	Als Konjunktur (lat. <i>coniungere</i> „vereinigen“, „verbinden“) bezeichnet man ein über mehrere Jahre hinweg in einer Volkswirtschaft wiederkehrendes Grundmuster ("Zyklus") von Auf und Ab der wirtschaftlichen Aktivität. Man unterscheidet im Allgemeinen vier Phasen der Konjunktur: Aufschwungphasen ("Expansion"), Hochkonjunktur ("Boom"), Abschwungphasen ("Rezession") und Tiefphasen ("Depression").
Konsolidierung	Unter Konsolidierung versteht man im finanziellen Rechnungswesen die Zusammenfassung und Bereinigung von Einzelabschlüssen mehrerer Einheiten zu einem Gesamtabschluss (konsolidierter Abschluss).
Konsolidierungskreis	Der Konsolidierungskreis bezeichnet diejenigen Einheiten, welche konsolidiert werden sollen.
Kontenrahmen	Der Kontenrahmen ist ein systematisches Verzeichnis aller Konten für die Buchführung. Er dient als Richtlinie für die Aufstellung eines konkreten Kontenplans. Damit sollen einheitliche Buchungen von gleichen Geschäftsvorfällen erreicht und zwischenbetriebliche Vergleiche ermöglicht werden.
Kosten	Begriff aus der Kosten- und Leistungsrechnung. Kosten sind der bewertete Verzehr von Ressourcen, die zur Produkterstellung bzw. Leistungserbringung in einer Periode benötigt wurden. Sie sind derjenige Teil des Aufwandes, welcher ordentlich, betrieblich (leistungsbezogen) sowie periodenbezogen ist. Beispiele sind die Personalkosten, Material oder kalkulatorische Kosten.
Kosten- und Leistungsrechnung	Die Kosten- und Leistungsrechnung bezieht sich auf die betriebsinternen Vorgänge und dient der Ermittlung von Kosten- und Leistungsdaten als Grundlage für Preiskalkulationen (Gebührenfestlegung) und für die Kostenplanung und -kontrolle. In der Kosten- und Leistungsrechnung werden die Kosten den Leistungen gegenübergestellt. Die Kosten- und Leistungsrechnung besteht aus den drei Hauptbereichen Kostenartenrechnung, Kostenstellenrechnung und der Kostenträgerrechnung.
Neubewertung	<i>Wertanpassung</i> Die Neubewertung, auch englisch "Restatement", bezeichnet den Vorgang der wiederholten Bewertung der Bestandskonten im Anlagevermögen und der erstmaligen Bewertung der Bestandskonten bei der Einführung nach den HRM2-Bewertungsrichtlinien.
Neubewertungsreserve	Das Konto "Neubewertungsreserve" dient dazu, dass Auf- oder Abwertungen des Finanzvermögens im Zeitpunkt der Neubewertung nicht erfolgswirksam sind bzw. keine unverhältnismässigen Auswirkungen auf den Steuerfuss haben.
Rechnungsperiode	Die Rechnungsperiode ist der Zeitraum, auf den sich die Erfolgsrechnung bezieht. Sie beträgt meist ein volles Jahr (Rechnungsjahr). Aufwendungen und Erträge werden nach dem Prinzip der Periodenabgrenzung zeitlich auf die Rechnungsperiode abgegrenzt.
Rechnungswesen	Teil des Informationssystems der Kantonsverwaltung, in dem die interne Leistungserstellung (Betriebsbuchhaltung) und die finanziellen Aussenbeziehungen (Finanzbuchhaltung) zahlenmässig dargestellt werden.
Rückstellungen	Rückstellungen sind bereits feststehende, in ihrer Höhe und/oder im Zahlungszeitpunkt meist noch nicht genau abschätzbare Verpflichtungen, deren Berücksichtigung zur Feststellung des Aufwandes oder der Ausgaben am Ende einer Rechnungsperiode notwendig sind. Die Ursache für die Bildung der Rückstellung liegt auf einem Ereignis in der Vergangenheit. Rückstellungen stellen Fremdkapital dar.
Staatsrechnung	Die Jahresrechnung ist das Kernstück der Rechnungslegung nach HRM2. Sie besteht aus der Bilanz, der Erfolgsrechnung, der Investitionsrechnung und dem Anhang.
Strukturelles Defizit	Defizit, das entsteht, wenn Einnahmen und Ausgaben über einen Konjunkturzyklus hinweg nicht im Gleichgewicht sind.

Verpflichtungskredite	Mehrjährige Kredite für neue Ausgaben in der Erfolgs- oder Investitionsrechnung, welche vom Parlament auf der Basis von separaten Vorlagen gesprochen werden.
Verschuldung	Staatsschulden sind Finanzschulden, die zustande kommen, wenn die laufenden Staatsausgaben nicht durch die laufenden Staatseinnahmen und das Eigenkapital gedeckt werden können. Es entsteht eine Nettoneuverschuldung, die mit Fremdkapital finanziert werden muss. Die Staatsverschuldung entspricht den aufsummierten Nettoneuverschuldungen der Vergangenheit bzw. dem in der Bilanz ausgewiesenen Bestand an Fremdkapital.
Verwaltungsvermögen	Das Verwaltungsvermögen umfasst jene Vermögenswerte, die unmittelbar der öffentlichen Aufgabenerfüllung dienen und die ohne diese zu beeinträchtigen nicht veräussert werden können.
Volkseinkommen (kantonaes)	Setzt sich zusammen aus den Einkommen der im Kanton ansässigen Wirtschaftssubjekte (Arbeitnehmende, Selbstständigerwerbende und Unternehmen), welche diese aus ihrer Beteiligung am Wirtschaftsprozess sowohl innerhalb wie auch ausserhalb des Kantons generieren.
Voranschlag	Vgl. Budget
Vorfinanzierungen	Vorfinanzierungen sind Reserven, welche für noch nicht beschlossene Vorhaben gebildet werden. Vorfinanzierungen stellen zweckgebundenes Eigenkapital dar.

Impressum

Vom Landrat beschlossen am
11. Dezember 2014

Inhalt, Redaktion

Finanz- und Kirchendirektion, mit Unterstützung der vier
anderen Direktionen, der Landeskantonskanzlei und der Gerichte

Gestaltung

phorbis Communications AG, Basel

Fotografie

Peter Schönenberger, Winterthur

Druck

Druckerei Bloch AG, Arlesheim

Titelbild

Die Familie, welche auf ihrem Weg der Betrachterin und dem
Betrachter immer näher kommt, illustriert den Zeithorizont
der Dokumente und bildet eine optische Klammer um die vier
Publikationen Vision, Programm, Planung und Rückblick.

